



Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

H.-J. BIEBER

GEWERKSCHAFTEN IN KRIEG UND REVOLUTION

TEIL I



Arbeiterbewegung,
Industrie, Staat
und Militär
in Deutschland
1914—1920

CHRISTIANS

HANS-JOACHIM BIEBER

Gewerkschaften in Krieg und Revolution

Arbeiterbewegung,
Industrie, Staat und Militär
in Deutschland
1914–1920

Teil I

CHRISTIANS

HAMBURGER BEITRÄGE
ZUR SOZIAL- UND ZEITGESCHICHTE BAND XV

*Im Auftrag der
Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus in Hamburg
und der Hamburger Bibliothek
für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung
herausgegeben von
Werner Jochmann, Werner Johe
und Ursula Büttner*

© Hans Christians Verlag, Hamburg 1981
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen
Nachdrucks und der photomechanischen
Wiedergabe, vorbehalten
Ausstattung Alfred Janietz
Printed in Germany
ISBN 3-7672-0724-9

INHALT

TEIL I

Vorwort	9
Einleitung: Arbeiterschaft, Unternehmertum und Staat am Vorabend des Ersten Weltkriegs	21
<i>Wirtschaftliche Entwicklung, gesellschaftliche und politische Verhältnisse (21) Ausbreitung der freien Gewerkschaften (29) Ursachen der Diskrepanz zwischen industrieller und gewerkschaftlicher Entwicklung (31) Zünftlerische Tradition und berufliches Gliederungsprinzip (36) Gewerkschaften und SPD (47) Wandel der Lebensbedingungen (56) Sonstige Gewerkschaften (66) Sammlungspolitik und Weltpolitik (69)</i>	
1. Reichsleitung und Arbeiterbewegung bei Kriegsausbruch	73
<i>Motive und Taktik (73) Streikverzicht und Kriegsunterstützungen (85)</i>	
2. Der Krieg und die Gewerkschaftsorganisation	99
<i>Mitgliederverluste und ihre Ursachen (99) Der Verfall der gewerkschaftlichen Basisorganisationen (108) Stabilität der Zentralinstanzen und innergewerkschaftliche Demokratie (113)</i>	
3. Unternehmer, Staat und Gewerkschaften 1914–1916	116
<i>Unternehmer und Gewerkschaften (116) Die Kriegsarbeitgemeinschaften (125) Anerkennung der Gewerkschaften (131) Reaktivierung der gelben Organisationen (136) Kriegswirtschaft und Kriegssozialismus (141)</i>	
4. Die Sozialpolitik 1914–1916	148
<i>Der Kampf um den Arbeitsnachweis (148) Gewerbliche Schlichtungseinrichtungen (157)</i>	
5. Fortschritte und Stagnation in der Innenpolitik	168
<i>Die Novellierung des Vereinsgesetzes (168) Die Gründung des Eisenbahner-Verbandes (176) Die preußische Wahlrechtsfrage (185)</i>	
6. Die Lage der Arbeiterschaft 1914–1916	192
<i>Ernährungsverhältnisse (192) Löhne (196) Arbeitszeit, Gesundheitsverhältnisse, Arbeiterschutz (200) Frauenarbeit (203) Jugendarbeit (210) Situation im Betrieb (213) Versammlungsrecht und Zensur (214)</i>	
7. Die Kriegspolitik der Gewerkschaften 1914–1916	219
<i>Der Weltkrieg in gewerkschaftlicher Perspektive (220) Gewerkschaftliche Kriegsziele (223) Gewerkschaftliche Unterstützung der Kriegführung (232) Die Kriegspolitik der christlichen und Hirsch-Duncker-schen Gewerkschaften (249) Ansätze zur Zusammenarbeit (253)</i>	

8. Das Aufkommen der Opposition in der Arbeiterbewegung 260
Gewerkschaftsführung und innerparteiliche Opposition 1914–1915 (260) Opposition in den Gewerkschaften (270) Die Reaktion der Gewerkschaftsführung (276) Weitere Ausbreitung der Opposition (283) Die Reaktion auf die Streiks 1915/16 (289)
9. Das Hilfsdienstgesetz und seine sozialen Auswirkungen 296
Entstehung des Hilfsdienstgesetzes (296) Auswirkungen auf die Gewerkschaften (306) Die Reklamierten (312) Arbeiterausschüsse (313) Schlichtungsausschüsse (322) Handhabung des Versammlungsrechts (328) Großindustrie und Gewerkschaften (337) Bemühungen um Konsolidierung der Werkvereine (341)
10. Wirtschaftliche Auswirkungen von Hindenburgprogramm und Hilfsdienstgesetz 360
Organisation der Kriegswirtschaft (360) Das industrielle Verbandswesen (367) Gewerkschaften und Übergangswirtschaft (369) Unternehmer und Übergangswirtschaft (374) Staatliche Vorbereitungen für die Übergangswirtschaft (377)
11. Die Auseinandersetzung um die Sozialpolitik 1917/1918 384
Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat (384) Aufhebung der Streikrechtsbeschränkung (387) Die Arbeitskammern (390) Pläne für die Beibehaltung der Arbeiterausschüsse (402) Die Tarifvertragsdiskussion (405) Die Auseinandersetzung um den Arbeitsnachweis (411)
12. Die soziale Lage der lohnabhängigen Massen 1916–1918 416
Lebensmittelnot, Konsumgütermangel, Lohnrückgang (416) Arbeitszeit und Gesundheitsverhältnisse (421) Wohnverhältnisse und Arbeitsleistung (423) Proletarisierung der Angestellten (425) Die Haltung der Arbeitgeber (433) Lage und Organisation der Beamten (436)
13. Die großen Streiks 1917/1918 und die Machtlosigkeit des Staates 441
Ausdehnung und Motive der Streiks (441) Die Rolle der Gewerkschaften (445) Reaktionen von Unternehmern und Staat (455) Kriegspropaganda (471) Propaganda der Industrie (477) Wirkung der Propaganda (481)
14. Die Kontinuität der gewerkschaftlichen Kriegspolitik und das Anwachsen der Opposition 487
Kriegsziele (487) Brest-Litowsk (492) Wahlrecht und Parlamentarisierung (498) Die Gewerkschaftsopposition (505)

TEIL II

15. Die deutsche Gesellschaft in den letzten Kriegsjahren
und der Ausbruch der Revolution 527
*Die Vaterlandspartei (529) Reichstagsmehrheit und Volksbund für
Freiheit und Vaterland (533) Staatsapparat und Militär im innen-
politischen Spannungsfeld (539) Der Eintritt der SPD in die Regie-
rung und die innenpolitischen Reformen vom Oktober 1918 (546) Bür-
gerliche Pläne zur Revolutionsverhütung (554) Revolution und Ende
des alten Regimes (563) Gewerkschaftliche Einflüsse in Arbeiter-,
Soldaten- und Bauernräten (574) Die Gewerkschaften nach der Revo-
lution (582) Die Lage Mitte November 1918 (586)*
16. Die Auseinandersetzungen um die politische und
wirtschaftliche Neuordnung 592
*Gewerkschaften und politische Neuordnung (592) Entstehung und
Funktion der Arbeitsgemeinschaft (595) Die Bedeutung des Abkom-
mens (608) Sozialisierungsforderungen der Arbeiterschaft (619)
Regierung und Gewerkschaften zur Sozialisierungsforderung (625)
Die oberschlesischen Streiks vom Winter 1918/1919 (637) Die Berg-
arbeiterstreiks an der Ruhr 1918/1919 (643) Die Betriebsrätebewe-
gung an der Ruhr Januar bis April 1919 (666) SPD- und Gewerk-
schaftsführung zur Sozialisierungsfrage im Sommer 1919 (685)*
17. Das Problem der militärischen Sicherung
der Revolution 696
*Soldatenräte und Offizierskorps (696) Das »Bündnis« zwischen Ebert
und Groener (703) Das Vorgehen gegen die Soldatenräte (709) Frei-
korps und Januarkämpfe 1919 (717) Die Liquidierung der Soldaten-
räte im Frühjahr 1919 (721) Die Haltung der Gewerkschaften zur
Zerschlagung der Räte (726) Arbeiterschaft und Reichswehr (735)
Die Reichswehr als Bollwerk gegen die soziale Revolution (736) Ein-
wohnerwehren und Arbeiterschaft (743) Reichswehr, Einwohner-
wehren und Arbeiterschaft nach dem Kapp-Putsch 1920 (750)*
18. Antirevolutionäre Strategien der Arbeitgeber 1919/1920 756
*Zentralarbeitsgemeinschaft und Sozialisierungsgedanke (756) Propa-
ganda und Unterstützung der Freikorps (758) Unterstützung der bür-
gerlichen Parteien (760) Unternehmerorganisationen und industrielle
Konzentration (771)*
19. Die innere Entwicklung der Gewerkschaften 1919/1920 778
*Mitgliederbewegung und soziale Zusammensetzung (778) Richtungs-
kämpfe, Vorstandswahlen und Gewerkschaftsopposition (782) Funk-
tionärsbedarf und Bildungsarbeit (788) Industrieverbandprinzip
und Zusammenschlüsse (791) Christliche Gewerkschaften, katholische
Arbeitervereine und Gewerkvereine (795) Die Wirtschaftsfriedlichen
(801) Die Angestellten- und Beamtenschaft (805)*

Schluß: Arbeiterschaft und Republik – ein Jahr nach der Revolution	808
Abkürzungsverzeichnis	817
Anmerkungen	821
Tabellenanhang	1120
Quellen- und Literaturverzeichnis	1129
Personen- und Sachregister	1156

Vorwort

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erfreut sich in der Bundesrepublik seit Mitte der 60er Jahre eines wachsenden und mittlerweile beträchtlichen Interesses namentlich jüngerer Historiker. Es hebt sich von der bis dahin vorherrschenden Vernachlässigung dieses Gebiets erfreulich ab. Zunächst galt es vornehmlich der Geschichte der sozialistischen Parteien, der Entwicklung ihrer Programme und Theorien und der Auseinandersetzung mit ihnen, ferner den Biographien einiger prominenter Arbeiterführer; es hat sich sodann auf die lokale und regionale Entwicklung der Arbeiterbewegung ausgeweitet und erfaßt neuerdings auch das Alltagsleben der Arbeiterschaft, von den Arbeitsbedingungen über die Familien- und Wohnverhältnisse bis zum Freizeitverhalten.

Die Geschichte der deutschen Gewerkschaften jedoch ist bis in jüngste Zeit ein Stiefkind der Forschung geblieben, jedenfalls was die Zeit vor 1933 angeht. Vermutlich erklärt sich dies zur Hauptsache aus der Natur des Gegenstandes. Ein Zugang zur Gewerkschaftsgeschichte von der Theorie her ist, wenn er ergiebig sein soll, umwegreich und schwierig. Denn anders als in den Arbeiterparteien haben theoretische und programmatische Auseinandersetzungen – zumal solche, die historisch und politisch interessierte Zeitgenossen auch 50 Jahre später noch bewegen – in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften vor 1933 meistens nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Deren Hauptaugenmerk galt der Vertretung der materiellen Interessen der Arbeiterschaft; ihre wichtigsten Tätigkeitsfelder machten daher die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Sozial-

und Wirtschaftspolitik im Rahmen der jeweils gegebenen Bedingungen aus. Die Materie dieser Gegenstände aber ist in der Regel spröder beschaffen und weniger spektakulär als viele der politischen Fragen, mit denen sich die Parteien befaßten.

Außerdem erschließen sich ihre volle Bedeutung sowie die Motive und Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften vielfach erst im Kontext der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft auf der einen und von externen Bedingungen auf der anderen Seite – von ökonomischen und politischen Machtverhältnissen, dem Verhalten der Arbeitgeber, staatlichen Gesetzen, insbesondere auf den Gebieten des Koalitions- und Streikrechts, der Betriebsverfassung und der Arbeitsmarktregelungen, sowie ihrer Anwendung durch Betriebsleitungen und Behörden und ihrer Auslegung durch die Gerichte. Bezieht man aber diesen Kontext mit ein, weitet sich der Gegenstand von Untersuchungen zur Entwicklung und Politik der Gewerkschaften aus zu einem vielschichtigen Geflecht miteinander zusammenhängender und einander beeinflussender Faktoren und Handlungen vieler Akteure unterschiedlicher Provenienz. Er nötigt dann zur Durchsicht einer verwirrenden und ermüdenden Fülle heterogener Materialien und bereitet durch die Notwendigkeit, die dabei gewonnenen Informationen zu wägen, zu filtern, zu ordnen, zusammenzufassen und miteinander in Beziehung zu setzen, beträchtliche Schwierigkeiten bei der Darstellung.

Beides wird zusätzlich dadurch erschwert, daß die gewerkschaftlichen Hauptakteure auf jenen Feldern vor 1933 die Einzelgewerkschaften stellten, besonders profiliert vor 1914, vielfach aber auch noch in der Weimarer Republik. Bis zu deren Ende hatte sich weder der Gedanke der Einheitsgewerkschaft noch der des Industrieverbandes durchgesetzt. Nebeneinander bestanden drei Richtungen – sozialistische oder »freie«, christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften –, und jede von ihnen war in zahlreiche Einzelverbände zersplittert, teils kleine Berufs-, teils große Industrieverbände. Noch 1930 belief sich die Gesamtzahl der deutschen Gewerkschaften infolgedessen auf rund 100. Sie alle handelten weithin nach Maßgabe der spezifischen ökonomischen und sozialen Bedingungen ihres Industrie- oder Gewerbebezugs. Die Dachverbände der einzelnen Richtungen – die Generalkommission, ab 1919 der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) für die freien Gewerkschaften, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und der Verband der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) – mußten ihr Verhalten in hohem Maße an der Stellungnahme der Einzelverbände ausrichten; diesen gegenüber war ihre Stellung lange Zeit relativ schwach und vielfach schwieriger als die eines Parteivorstands. Die Prozesse der Meinungsbildung in zentralen Fragen gewerkschaftlicher Politik waren daher häufig noch differenzierter und kompli-

zierter als in den Parteien. Auf entsprechend größere Schwierigkeiten stößt ihre Erforschung.

Mit der Eigenart der Gewerkschaftstätigkeit hängt ferner zusammen, daß die Gewerkschaftsführer hauptsächlich eher unauffällige Kärnerarbeit leisteten als große politische Konzeptionen zu entwerfen oder gar Visionen zu verkünden. Sie erlangten daher in der Regel geringere Bekanntheit als die Parteiführer und gewannen selten ein so ausgeprägtes politisches Profil, daß die Erinnerung an sie Jahrzehnte überdauert hätte oder gar noch lange später sich die Geister an ihnen schieden. Wer Bebel und Ebert waren, wissen zumindest die meisten Sozialdemokraten wahrscheinlich noch immer. Hingegen dürften die Namen Carl Legien und Theodor Leipart selbst vielen heutigen Gewerkschaftsmitgliedern unbekannt sein, und die Namen der Führer großer Einzelgewerkschaften wie Alexander Schlicke, August Brey oder Fritz Paepow sind vermutlich sogar den meisten Mitgliedern der jeweiligen Nachfolgeorganisationen fremd. Mit einiger Sicherheit hat sich diese Anonymität der Gewerkschaftsgeschichte auch ungünstig auf ihre Erforschung ausgewirkt.

Schließlich kann die Quellenlage zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften nur als wenig günstig gelten. Zwar sind die gedruckten Quellen – Periodika der Einzelgewerkschaften und Gewerkschaftsverbände, Protokolle von Verbandstagen, Gewerkschaftskongressen und größeren Konferenzen, Jahresberichte von Gewerkschaftskartellen und Arbeitersekretariaten – großenteils erhalten, wenngleich oft nur mit einiger Mühe zu beschaffen. Ungedruckte Quellen hingegen finden sich nur noch spärlich. Die Akten der Einzelgewerkschaften aus der Zeit vor 1933 müssen größtenteils als verloren gelten. Das gleiche betrifft die Archive des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (H. D.). Besser erhalten ist das Archiv des ADGB; doch auch dieses galt lange als verschollen; der Restbestand ist erst seit kurzer Zeit zugänglich. Auch private Nachlässe von Gewerkschaftsführern existieren kaum; die wenigen vorhandenen enthalten meist nur wenig wissenschaftlich ergiebige Material.

Die Verluste sind im wesentlichen auf das Verbot der Gewerkschaften und die Verschleppung ihrer Akten durch die Nationalsozialisten sowie auf die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und die Wirren der Nachkriegszeit zurückzuführen. Leider jedoch war und ist vielfach noch immer auch in Gewerkschaftskreisen selbst das Bewußtsein vom Wert älterer Papiere oft nur schwach entwickelt, so daß auch die Sicherung überkommener Spuren der Vergangenheit in zahlreichen Fällen unterblieb oder nicht mit der wünschenswerten Sorgfalt betrieben wurde.

Zu diesen Gründen für die bisherige wissenschaftliche Vernachlässigung

der Gewerkschaftsgeschichte mögen wissenschaftsimmanente Motive hinzugekommen sein. Offensichtlich bestand seit Mitte der 60er Jahre zunächst eine höhere Affinität zwischen dem Erkenntnisinteresse namentlich jüngerer Sozialhistoriker und den eingangs genannten Themenbereichen als mit der Geschichte der Gewerkschaften. Die Gründe hierfür haben mit der Eigenart dieses Gegenstandes freilich nur indirekt zu tun und bleiben deshalb hier unerörtert.

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß die Geschichte der deutschen Gewerkschaften einstweilen noch viele unerforschte Gebiete aufweist. Dies betrifft die Analyse von Entwicklung und Politik wichtiger Einzelverbände – etwa der Bergarbeiter, der Transportarbeiter und der Arbeiter der chemischen Industrie, von kleineren Berufsverbänden ganz zu schweigen –, aber auch weite Strecken der Geschichte der gewerkschaftlichen Dachverbände. Ebenfalls am Anfang steht noch die wissenschaftliche Aufarbeitung von Entwicklung und Wirksamkeit der Gewerkschaften in einzelnen Orten und Regionen. Die Erforschung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sowie des Verhältnisses von Gewerkschaften und politischen Parteien weist ebenfalls große Lücken auf. Wissenschaftliche Biographien von Gewerkschaftsführern aus der Zeit vor 1933 finden sich nur für einige Führer christlicher Organisationen; für die freien und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften fehlen sie gänzlich; bisher hat noch nicht einmal Carl Legien einen wissenschaftlichen Biographen gefunden.

Mangelnde Klarheit besteht ferner noch über viele allgemeine Fragen der Voraussetzungen für die gewerkschaftliche Organisierung und des Organisationsverhaltens von Arbeitern, des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses, der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisations- und Kampfformen und der innergewerkschaftlichen Demokratie, gleichfalls über die Entwicklung der Interessenvertretungen von Angestellten und Beamten und ihr Verhältnis zu den Arbeitergewerkschaften. Auch die Untersuchung der Reaktionen von Arbeitgebern, Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung auf Entwicklung und Aktionen der Gewerkschaften trägt noch weithin fragmentarischen Charakter. Die Geschichte des Koalitions- und Streikrechts sowie der entsprechenden Rechtsprechung ist nur bruchstückhaft erforscht. Auch die Geschichte der industriellen Beziehungen und ihrer Wandlungen infolge der Entwicklung und Einflußzunahme der Gewerkschaften stellt noch ein ungenügend erforschtes Feld dar. So sucht man neuere Untersuchungen über die Praxis des Betriebsrätegesetzes von 1920, das immerhin einen wichtigen Vorläufer der Mitbestimmungsregelungen der Bundesrepublik darstellt, noch immer vergeblich. Ebenfalls für die Entwicklung des Arbeitsrechts und der Arbeitsrechtsprechung sowie

die Geschichte der Sozialpolitik ist man fast ausschließlich auf ältere Arbeiten angewiesen. Eine detaillierte Übersicht über den gegenwärtigen Forschungsstand zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften vor 1933 erübrigt sich hier, da er erst kürzlich an anderer Stelle referiert worden ist und sich seitdem nur unwesentlich verändert hat¹.

Die vorliegende Arbeit beschränkt sich zeitlich auf die Jahre zwischen dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 und dem Kapp-Putsch im März 1920. Inhaltlich kann und will sie selbst für diesen kurzen Zeitraum nicht alle soeben angesprochenen Fragen behandeln und beantworten. Denn in ihrem Zentrum stehen weniger die Organisationsgeschichte der Gewerkschaften und deren innere Entwicklung als die Bedingungen und Ziele gewerkschaftlichen Handelns im Rahmen der allgemeinen sozialen und politischen Verhältnisse Deutschlands während des Weltkrieges und der Novemberrevolution. In diesen Zeitraum fallen zwei der bis heute umstrittensten Entscheidungen der deutschen Gewerkschaften, nämlich ihre Unterstützung der deutschen Regierung von Anfang bis Ende des Krieges und ihr Bündnis mit der Großindustrie in der Zentralarbeitsgemeinschaft vom November 1918, das die Entscheidung gegen eine sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft einschloß. In diesem Zeitraum vollzogen sich aber auch tiefgreifende soziale und politische Veränderungen; sie hatten zur Folge, daß die Gewerkschaften zum erstenmal in eine für die deutsche Innen- und Sozialpolitik zentrale Rolle hineinwachsen – schneller und tiefer, als ihre Führer es erwartet hatten und selbst wahrnahmen. Ohne ihre Unterstützung hätten die kaiserliche Regierung und die Oberste Heeresleitung den Krieg schwerlich über mehr als vier Jahre durchhalten können; und die Novemberrevolution hätte mit großer Wahrscheinlichkeit einen anderen Verlauf genommen und andere Ergebnisse erbracht, wenn die Gewerkschaftsführer sich nicht mit den Großindustriellen verbündet und wenn sie nicht auch die Aufstellung bewaffneter Verbände unter Führung royalistischer Offiziere gebilligt oder ebenfalls unterstützt hätten.

Aus diesem thematischen Ansatz der Arbeit ergibt sich für ihre inhaltliche Schwerpunktsetzung dreierlei: Zu den Untersuchungsgegenständen zählen erstens vorrangig diejenigen Angelegenheiten, die alle Gewerkschaften und Gewerkschaftsrichtungen gemeinsam betrafen; außer der allgemeinen Entwicklung der Lohn- und Arbeitsbedingungen also sowohl generelle Fragen der staatlichen Sozialpolitik und Sozialgesetzgebung sowie der Betriebsverfassung und des Koalitionsrechts als auch die Probleme der gewerkschaftlichen Kriegspolitik und die Kernfragen der wirtschaftlichen und staatlichen Neuordnung in den Revolutionsmonaten. Vorgänge in einzelnen Gewerkschaften und Probleme einzelner Arbeiter-

gruppen werden nur dann behandelt, wenn sie für die allgemeinen Fragen der gewerkschaftlichen Entwicklung und Politik exemplarische Bedeutung haben. Infolgedessen gilt den gewerkschaftlichen Zentralinstanzen durchweg größere Aufmerksamkeit als den Einzelverbänden.

Um die Rahmenbedingungen des gewerkschaftlichen Denkens und Handelns deutlich zu machen, dessen Spielräume zu ermessen und Maßstäbe für die Beurteilung des gewerkschaftlichen Verhaltens zu gewinnen, werden zweitens den Überlegungen und Handlungen der Gewerkschaften diejenigen ihrer Gegenspieler oder Bündnispartner gegenübergestellt und ähnlich eingehend untersucht. Dies betrifft die Arbeitgeber, in erster Linie der Großindustrie, die Reichsleitung und die preußische Regierung sowie zivile und militärische Behörden, vornehmlich in den letzten beiden Kriegsjahren und in den Revolutionsmonaten auch die Armeeführung. Hiermit wächst sich die Arbeit streckenweise zu einer Untersuchung tiefgreifender sozialer und politischer Veränderungen aus, die der Krieg auslöste oder beschleunigte. Dabei erweist sich, daß die Zunahme der politischen Bedeutung der Arbeiterorganisationen und ihres Einflusses mit der Aushöhlung der sozialen Fundamente des politischen Systems Preußen-Deutschlands, dem Autoritätsschwund seiner Institutionen und dem Zerfall ihrer Machtmittel aufs engste zusammenhängt.

Da die Arbeit über weite Strecken Kernfragen der gesellschaftlichen und politischen Machtverteilung berührt, werden drittens entgegen der üblichen Periodisierung die Jahre des Weltkrieges und die Revolutionszeit zusammen behandelt. Denn nur unter verfassungsrechtlichen und außenpolitischen Aspekten bilden die Abdankung des Kaisers, die Ausrufung der Republik in Berlin und das Eingeständnis der militärischen Niederlage mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes im Wald von Compiègne eine Zäsur. Namentlich die verfassungsrechtlichen Veränderungen des 9. November 1918 aber stellen im Grunde nichts anderes dar als die unausweichliche politische Konsequenz sozialer Veränderungsprozesse, die lange vorher eingesetzt hatten und lange über das Ende des Krieges und des Kaiserreiches hinaus wirkten. Schon in den großen Streikwellen vom April 1917 und Januar 1918 drückten sie sich unüberhörbar aus, und mit dem 9. November 1918 fanden sie nicht ihr Ende, sondern sie erhielten einen neuen Impuls. Als bald mit dem Zusammenbruch der alten Ordnung nämlich begann eine bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung über die Konsequenzen aus diesen sozialen Veränderungen für alle Bereiche, in denen politische, ökonomische, militärische und gesellschaftliche Macht ausgeübt wurde, insbesondere die Staatsverfassung, die Wirtschaftsordnung und die Armee. Sie wurde überwiegend bis zum Sommer 1919, zum geringeren Teil in den Kämpfen im Anschluß an den Kapp-Putsch im Frühjahr 1920 ent-

schieden. Unter sozialgeschichtlichen Aspekten bilden daher der Erste Weltkrieg und die Novemberrevolution eine Einheit.

Wegen ihrer thematischen und zeitlichen Dimension hat die Arbeit einen Umfang angenommen, der ihren Lesern viel zumutet und ihre Rezeption vermutlich eher behindert. Freilich ist sie in erster Linie für ein wissenschaftlich interessiertes und geschultes, also zahlenmäßig nicht sehr großes Publikum geschrieben. Aus unterschiedlichen Gründen ist es kaum möglich, über einen vielschichtigen und komplexen Gegenstand wie den hier behandelten eine Untersuchung zu schreiben, die gleichzeitig akademischen Qualifikationsstandards genügt und den Bedürfnissen eines nicht primär wissenschaftlich orientierten Leserkreises entspricht und etwa für den Unterricht in den Oberklassen der Schulen oder die Verwendung in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit geeignet ist. Immerhin habe ich mich bemüht, die Arbeit so abzufassen, daß auch Leser ohne wissenschaftliche Vorkenntnisse sie verstehen können. Die Gliederung ist so erfolgt, daß die einzelnen Kapitel auch ohne Lektüre der jeweils übrigen verständlich sind.

Die Untersuchung wurde im wesentlichen in den Jahren 1972–74 geschrieben und 1975 vom Fachbereich Geschichtswissenschaft der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Daß ihre Veröffentlichung erst jetzt erfolgt, liegt zur Hauptsache daran, daß die ursprüngliche Fassung noch umfangreicher war und ich die für die Kürzung und Überarbeitung erforderliche Zeit neben anderen, mittlerweile vorrangigen Aufgaben nur mit Mühe und nur in kleinen Schritten erübrigen konnte. Die Lösung von Finanzierungsfragen und schließlich der Zeitaufwand, den der Druck einer so langen Abhandlung erfordert, taten ein übriges. Ich hoffe indessen, daß die Länge der Überarbeitungszeit der Ausreifung des Textes zugute gekommen ist.

Einschlägige Neuerscheinungen aus den Jahren 1974–79 wurden bei der Überarbeitung berücksichtigt, sofern sie mir zugänglich waren. Ihre Mehrzahl berührt die vorliegende Untersuchung allerdings nur am Rande. Manche von mir benutzten Quellen liegen jetzt in der Studie von Gerald D. Feldman und Heidrun Homberg über Industrie und Inflation vor²; einige andere enthält die von Heinz Hürten herausgegebene Dokumentation über Militär und Innenpolitik 1918–1920³. Einige allgemeine Passagen meiner Dissertation über die Soldatenräte und die Politik der OHL in den Revolutionsmonaten sind durch die Untersuchungen von Kluge und Rakenius überholt⁴ und deshalb hier entfallen. Partielle Überschneidungen verbleiben lediglich mit der Arbeit von Heinrich Potthoff über Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation⁵. Aufgrund der Unterschiede hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung und des zeitlichen Rahmens zwischen Potthoffs Untersuchung und der vorliegenden Arbeit be-

treffen sie jedoch nur kleine Sektoren. Anlaß zu substantiellen Veränderungen meiner Darstellung und meiner Wertungen hat mir keine der seit 1975 erschienenen Publikationen gegeben.

Vielen Personen und Institutionen, die das Entstehen der Arbeit unterstützt und gefördert haben, bin ich zu großem Dank verpflichtet: Der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg für die großzügige Finanzierung der langwierigen und ausgedehnten Archivreisen und Literaturstudien sowie für die Aufnahme der Arbeit in ihre Publikationsreihe; der Universität Hamburg für ein dreijähriges Doktorandenstipendium, das mich während der Abfassung des Manuskriptes materieller Sorgen entthob; der Stiftung Europa-Kolleg Hamburg für gleichermaßen ruhige und ungestörte wie zugleich anregende Arbeitsbedingungen.

Ferner danke ich den Mitarbeitern aller Archive, in denen ich recherchiert habe: des Bundesarchivs Koblenz und des Bundesarchivs/Militärarchivs Freiburg, des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes Bonn, des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem, des Geheimen Staatsarchivs und des Allgemeinen Staatsarchivs München, des Generallandesarchivs Karlsruhe sowie der Staatsarchive Düsseldorf, Hamburg, Marburg und Münster, ferner des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte Amsterdam und des Archivs der sozialen Demokratie Bonn-Bad Godesberg, des Archivs des Deutschen Gewerkschaftsbundes Düsseldorf sowie der Archive der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Bochum und der IG Metall in Frankfurt. Besonderen Dank schulde ich den Industriearchiven, die mir in entgegenkommender und großzügiger Weise die Benutzung ihrer Bestände ermöglicht haben, vor allem dem Historischen Archiv der Gutehoffnungshütte Oberhausen und seinem Leiter, Herrn Bodo Herzog, ferner dem Werksarchiv der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Werk Augsburg, sowie dem Werner v. Siemens-Institut für Geschichte des Hauses Siemens in München.

Leider kann ich einige Archive, in denen ich gern gearbeitet hätte, in diesen Dank nicht einschließen. Für die Zentralarchive in Potsdam und Merseburg erhielt ich keine Benutzungsgenehmigung, vom Historischen Archiv der Friedrich Krupp AG noch nicht einmal eine Antwort. Die jetzt im August-Bebel-Institut Berlin befindlichen ADGB-Restakten waren noch nicht zugänglich, als ich die Archivstudien für meine Untersuchung durchführte.

Bei der Erfassung und Durchsicht der umfangreichen Literatur, insbesondere der zeitgenössischen Publizistik, waren mir die Sammlungen der Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung eine große Hilfe. Sehr geholfen hat mir ferner die Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, nicht nur durch ihre eigenen Bestände, sondern vor

allem durch die geduldige und zuverlässige Ausführung Hunderter von Bestellungen für den auswärtigen Leihverkehr, deren Titel bibliographisch oft nur mit großen Schwierigkeiten zu ermitteln waren. Auch den Mitarbeitern dieser Institutionen schulde ich aufrichtigen Dank.

Für zahlreiche Anregungen und kritische Bemerkungen und für viele ausführliche Gespräche danke ich Prof. Dr. Werner Jochmann, dem Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg und der Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung; er hat die Arbeit angeregt und ihre Entstehung über Jahre mit Interesse und Geduld verfolgt. Für die Überlassung einzelner Quellenstücke und manche Literaturhinweise danke ich Prof. Dr. Klaus Saul (Oldenburg/Hamburg). Für die kritische und überaus sorgfältige Durchsicht des Manuskripts und für zahlreiche redaktionelle Verbesserungsvorschläge bin ich Dr. Werner Johe zu großem Dank verpflichtet. Für die Anfertigung des Personenregisters danke ich Irene Roch. Mein akademischer Lehrer Prof. Dr. Egmont Zechlin hat das Entstehen der Arbeit nur noch aus der Distanz des Emeritus verfolgt. Dennoch gilt an dieser Stelle auch ihm mein Dank; denn in den Jahren, als ich dem geistig ungewöhnlich offenen und menschlich angenehmen Kreis angehörte, den er als letzte Assistentengeneration um sich versammelt hatte, habe ich im ständigen Gedankenaustausch mit ihm und meinen damaligen Kollegen sehr viel über historische Forschung gelernt, was mir bei der Arbeit an der vorliegenden Untersuchung zugute gekommen ist.

Schließlich möchte ich mich bei den vielen Freunden und Bekannten bedanken, die mich auf meinen ausgedehnten Archivreisen als Gast aufgenommen haben, ferner bei denen, mit denen ich während der Arbeit an dieser Untersuchung über alles andere haben reden können als über die Geschichte der deutschen Gewerkschaften, schließlich und besonders herzlich bei den Menschen, die mir am nächsten stehen und die Belastungen, die meine jahrelange Beschäftigung mit dieser Arbeit für sie mit sich gebracht hat, geduldig und nachsichtig ertragen haben.

Fehler, Irrtümer, Lücken und andere Unzulänglichkeiten der Arbeit hingegen fallen ausschließlich in meine Verantwortung. Manche Fragen blieben mit Rücksicht auf die Quellenlage oder den Umfang der Darstellung von vornherein ausgeklammert, unter anderem die Meinungsbildung innerhalb einzelner Gewerkschaften, einzelne sozialpolitische Forderungen der Revolutionsmonate wie diejenige nach Abschaffung der Akkordarbeit, die Sozialisierungsbestrebungen außerhalb der Montanindustrie, schließlich Spezialprobleme einzelner wichtiger Arbeitergruppen wie das Organisationsverhalten der Landarbeiter und die Rätebewegung unter den Eisenbahnern. Andere Fragen traten erst im Laufe der Untersuchung oder

an ihrem Ende in Erscheinung. Denn es liegt in der Natur jeder Wissenschaft, daß sich hinter jeder beantworteten Frage neue Ketten offener Fragen auftun, die zum Weiterforschen auffordern. Eine solche Kette knüpft sich an die Kriegspolitik der Gewerkschaften zwischen 1914 und 1918. Wie gezeigt werden wird, haben die deutschen Gewerkschaften die Politik der Regierung auch in bezug auf deren Kriegsziele über weite Strecken nicht zuletzt deshalb mitgetragen, weil sie den Krieg in erster Linie als Kampf der Industriestaaten um Rohstoffquellen und Absatzmärkte auffaßten und von einer Beeinträchtigung der internationalen Versorgungs- und Absatzmöglichkeiten der deutschen Industrie, wie sie eine Niederlage nach sich gezogen hätte, katastrophale Rückwirkungen auf die materielle Lage der deutschen Arbeiterschaft und auf die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung befürchteten. Es würde sich lohnen, den Gründen hierfür weiter nachzugehen. Vermutlich ließe sich nämlich zeigen, daß in diesem Befund eine bisher von der historischen Forschung weithin übersehene Komponente in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung steckt, nämlich ihr großes Interesse an ökonomischem Wachstum und industrieller Expansion. Es reicht bis in die Anfänge der Industrialisierung zurück und wirkt offensichtlich bis heute fort. Möglicherweise sind die gegenwärtigen ökonomischen Wachstumskrisen, die unübersehbaren ökologischen und politischen Wachstumsgrenzen sowie die evidenten Unzulänglichkeiten des »real existierenden Sozialismus« und die zunehmende Skepsis gegenüber der Tragweite überkommener sozialistischer Theorien und Konzepte dazu angetan, diesem Traditionsstrang größere Aufmerksamkeit zu widmen und zu seiner genaueren Erforschung anzuregen.

Zu einer anderen Kette von Fragen gibt das Verhalten der Arbeiterführer während der Novemberrevolution Anlaß. Es ist oft bemerkt worden und wird in dieser Arbeit erneut bestätigt, daß ihnen in den Revolutionsmonaten folgenreiche Versäumnisse und Fehleinschätzungen unterlaufen sind. Dies führte dazu, daß die Herrschaftseliten des Kaiserreichs die Macht, die sie im November 1918 verloren hatten, nach überraschend kurzer Zeit größtenteils wieder in die Hand bekamen. Zweifellos gab es für das damalige Verhalten der Arbeiterführer gewichtige pragmatische Gründe. Aber sie liefern keine hinreichende Erklärung. Ein tiefsitzendes Gefühl eigenen Unvermögens, eine Mischung aus Angst und Hochachtung vor ihren alten politischen Gegnern, gleichzeitig Furcht vor spontanen Aktionen ihrer eigenen Anhänger und mangelndes Vertrauen in die politische Lernfähigkeit und das Gestaltungsvermögen der Arbeiterschaft kamen hinzu. Diese psychischen Faktoren sind allem Anschein nach im wesentlichen durch die kollektiven sozialen und politischen Erfahrungen der Arbeiterschaft und die Begrenzung ihres politischen Handlungsspielraums im Wilhelmini-

schen Reich geprägt worden. Die Eliten des Kaiserreichs haben die Erhaltung oder Wiedereroberung wichtiger Machtbastionen nach dem Zusammenbruch der Monarchie also nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, daß sie das gesellschaftliche und politische Bewußtsein der Arbeiterschaft und ihrer Führer trotz deren sozialistischer Überzeugungen in den Jahrzehnten zuvor nachhaltig deformiert hatten.

Eine genauere Analyse dieser Zusammenhänge würde vermutlich nicht allein zum besseren Verständnis von Aktionen beitragen, die in dieser Untersuchung behandelt werden, sondern auch neues Licht auf das politische und soziale Verhalten der Arbeiterschaft und ihrer Führer im Kaiserreich und in der Weimarer Republik werfen, möglicherweise auch darüber hinaus. Denn die Wirksamkeit kollektiver Erfahrungen, Wahrnehmungsweisen und Leitbilder auf das soziale und politische Bewußtsein und Verhalten großer gesellschaftlicher Gruppen und ihrer Repräsentanten dürfte stärker sein, als in der politischen und der Sozialgeschichtsschreibung bisher weit hin angenommen wird. Dies gilt nicht nur in bezug auf die Arbeiterschaft, sondern ebenso für alle übrigen Teile der Gesellschaft. In der vorliegenden Arbeit ist dieser Aspekt zwar hier und da angedeutet, jedoch nicht systematisch verfolgt worden. Vielleicht aber kann sie dazu anregen, ihn künftig gründlicher zu untersuchen. Freilich wäre dies nicht innerhalb der herkömmlichen Grenzen historischer Forschung zu leisten, sondern nur in intensiver Kooperation zwischen Geschichtswissenschaft und Psychologie; sie steckt in der Bundesrepublik einstweilen noch ganz in den Anfängen⁶.

Kassel/Hamburg, im März 1981

Hans-Joachim Bieber

Einleitung: Arbeiterschaft, Unternehmertum und Staat am Vorabend des Ersten Weltkriegs

Wirtschaftliche Entwicklung, gesellschaftliche und politische Verhältnisse

Am Vorabend des 1. Weltkriegs präsentierte sich das Wilhelminische Deutschland als ein Gebilde voller Widersprüche. Sie zeigten sich zwischen »Landwirtschaft und Industrie, Besitzenden und Nichtbesitzenden, Kleingewerbe und Großkaufleuten, Angestellten und Lohnarbeitern, Regierung und Parlament, Krone und Bevölkerung«¹. Diese Widersprüche waren zur Hauptsache eine Folge der industriellen Revolution. Innerhalb von nur zwei Generationen war durch sie die ökonomische und soziale Physiognomie Deutschlands von Grund auf verändert worden. Die Bevölkerung hatte sich zwischen 1873 und 1914 von 41,6 auf 68 Mill. vermehrt². Lebten 1871 noch über 63% der Menschen in ländlichen Gemeinden unter 2000 Einwohnern und erst 13,4% in Städten über 10000 Einwohnern, so sank im Zuge einer gewaltigen Binnenwanderung der Anteil der Landbevölkerung bis 1910 auf 40%, während der Bevölkerungsanteil in Städten mit mehr als 10000 Einwohnern auf 25,2% stieg; ca. zwei Drittel von ihnen wohnten bereits in Großstädten mit mehr als 100000 Einwohnern³. Gleichzeitig kehrten sich die Anteile von Landwirtschaft und Industrie am Nettoinlandsprodukt um. Der landwirtschaftliche Anteil sank von 1854

bis 1913 von 45,2 % auf 23,4 %, derjenige von Bergbau und Industrie stieg von 21,4 % auf 44,6 %⁴. Die Produktion der Grundstoffindustrien nahm rapide zu⁵; neue Industriezweige entstanden, insbesondere in der Elektro- und Chemiebranche.

In den wichtigsten Industriezweigen war schon Ende des 19. Jahrhunderts die frühkapitalistisch-manchesterliche Konkurrenz durch Betriebskonzentrationen und durch den Aufbau von Syndikaten und Kartellen weitgehend aufgehoben worden. 1893 wurde das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat gegründet, das fast alle großen Ruhrzechen umfaßte, den deutschen Kohlenmarkt weitgehend unter seine Kontrolle brachte und eine rigorose Preispolitik auch gegen den Willen der Staatsbergwerke und erst recht der Verbraucher trieb⁶. 1904 schlossen sich die wichtigsten Stahlproduzenten des Ruhrgebiets, des Saarlands und Oberschlesiens zum Stahlwerksverband zusammen. Kleinere monopolistische Absatzorganisationen bestanden u. a. mit dem Kalisyndikat und dem 1896 gegründeten Rheinisch-Westfälischen Eisensyndikat.

Parallel dazu schritt die Betriebskonzentration voran. Den Montanbereich teilte sich bei Ausbruch des 1. Weltkrieges nur noch eine Handvoll Konzerne, darunter nach der mit Abstand stärksten Krupp AG in Essen die Deutsch-Luxemburgische Berg- und Hütten AG in Gelsenkirchen unter Führung von Hugo Stinnes, die Konzerne von Thyssen, Klöckner und Mannesmann, die Dortmunder Phönix-AG und die Gelsenkirchner Bergbau AG im Ruhrgebiet, der Stumm-Konzern und die Burbacher Hütte im Saarland und die Vereinigte Königs- und Laurahütte in Oberschlesien. Dieselben Firmen beherrschten auch die wirtschaftlichen Interessenorganisationen, insbesondere das Kohlensyndikat, das Eisensyndikat und den Stahlwerksverband. »Ein Staat im Staate, wie er gefährlicher noch nicht existierte« – so beschrieb der Bergarbeiterführer Otto Hue 1916 die wirtschaftlichen Machtverhältnisse in der deutschen Montanindustrie⁷. Ebenfalls seit 1904 waren die größten deutschen Chemiefirmen – Bayer Leverkusen, Hoechst und BASF – durch ein loses Kartell miteinander verbunden, das in Europa die Führung auf dem Markt für chemische Erzeugnisse übernahm⁸. Noch weiter ging die Konzentration in der Elektroindustrie: Sie wurde von zwei Marktriesen beherrscht, der 1883 von Emil Rathenau gegründeten AEG, die sich schon frühzeitig mit dem amerikanischen Konzern General Electric über eine Teilung des Weltmarktes für ihre Erzeugnisse verständigte, und dem Siemens-Konzern⁹.

Schon um die Jahrhundertwende hatte die industrielle Konzentration in Deutschland ein solches Ausmaß erreicht, daß sich unter den mittleren und kleineren Unternehmern der Zuliefer- und Fertigungindustrie Widerstand gegen die Übermacht der Großindustrie formierte¹⁰ und auch die Regierung

darüber nachzudenken begann, wie die »riesigen Privatmonopole«, deren Macht »mit den öffentlichen Interessen auf die Dauer unvereinbar werden mußte«, einer stärkeren staatlichen Kontrolle unterworfen werden könnten¹¹.

Der alte selbständige Mittelstand – Handwerker, kleine Gewerbetreibende und Einzelhändler – verfolgte diese Entwicklung mit gemischten Gefühlen. Viele gerieten unter zunehmenden Konkurrenzdruck der Industrie und erlagen ihm schließlich. Schon vor der Jahrhundertwende waren ehemals so bedeutende Berufe wie die der Spinner, Weber, Färber und Bleicher aus der Gruppe der Selbständigen praktisch verschwunden¹². In anderen Branchen nahm die Zahl der Handwerksbetriebe erheblich ab, in wieder anderen wuchs sie zwar noch an, aber sehr viel langsamer im Vergleich zur Industrie. Der prozentuale Anteil der Handwerker ging stark zurück¹³. Ähnliches gilt für die Einzelhändler; sie gerieten unter den Konkurrenzdruck von Warenhäusern und Handelsketten¹⁴.

Um die Jahrhundertwende waren deshalb nicht nur sozialistische, sondern auch liberale und sogar konservative Nationalökonominnen davon überzeugt, daß die fortschreitende Industrialisierung und der Konzentrationsprozeß über kurz oder lang den alten Mittelstand zerstören und die gesamte Gesellschaft »in wenige Überreiche und zahlreiche Proletarier« polarisieren würden¹⁵. Derartige Prognosen erwiesen sich freilich als irrig. Eine beträchtliche Zahl von Handwerksbetrieben und mittelständischen Unternehmen paßte sich der industriellen Entwicklung an, indem sie Zulieferer- oder Dienstleistungsfunktionen für die Industrie übernahm, etwa im Installations- und Reparatursektor. Viele Einzelhändler sicherten ihre ökonomische Existenz dadurch, daß sie ihr Warenangebot ausweiteten und so ihren Umsatz vergrößerten. Andere bewahrten ihre Selbständigkeit durch die Übernahme von Vermittlerfunktionen zwischen Industrie und Einzelhandel. Die materielle Situation des alten Mittelstandes entwickelte sich infolgedessen für die verschiedenen Gruppen sehr unterschiedlich und innerhalb dieser Gruppen wiederum uneinheitlich.

Trotzdem verbreitete sich in weiten Kreisen des alten Mittelstandes ein Gefühl der ökonomischen Bedrohung und der Gefährdung des sozialen Status. Es richtete sich sowohl gegen Großindustrie und Banken und andere wirkliche oder vermeintliche Repräsentanten der modernen Entwicklung – etwa linksliberale jüdische Journalisten – als auch gegen die Arbeiterschaft, zumal dort, wo das Einkommen von Selbständigen auf das Niveau von Facharbeiterlöhnen oder gar noch darunter sank. Derartige Ressentiments und die politischen Bewegungen, in denen sie sich artikulierten, änderten ihre Intensität mit dem Konjunkturverlauf, blieben aber bis zum Ende des Kaiserreiches und lange darüber hinaus virulent¹⁶.

Eine weitere Folge der Industrialisierung von beträchtlicher Bedeutung war schließlich das rapide Anwachsen der Arbeiterschaft. Während die Bevölkerung des Reiches zwischen 1875 und 1913 um 58 % zunahm, stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten in Industrie und Handwerk um 115 %, im Sektor Handel, Banken und Versicherungen um 212 %, im Verkehrswesen gar um 339 %¹⁷. Der Anteil der in Industrie und Handwerk Beschäftigten an der erwerbstätigen Bevölkerung erhöhte sich von 30 auf 40 %, mit den in Handel und Verkehr Tätigen sogar auf über 50 %, während derjenige der in Land- und Forstwirtschaft Tätigen von 50 auf 33 % sank¹⁸. Industrie, Verkehr, Handel, Banken und Versicherungen zusammen beschäftigten 1913 rund 13 Mill. Arbeitnehmer¹⁹.

Der Industrialisierungsprozeß verlief freilich keineswegs gleichmäßig und gleichzeitig, sondern konzentrierte sich an den Energiequellen – den Kohlevorkommen in Rheinland-Westfalen, Oberschlesien, Mitteldeutschland und im Saargebiet – sowie an den wichtigsten Handels- und Umschlagplätzen. In weiten Landstrichen, insbesondere östlich der Elbe und in Süddeutschland, blieben indessen agrarische und kleingewerbliche Verhältnisse erhalten. Hier überlebten vorindustrielle Produktions- und Lebensformen, Sozialstrukturen und Verhaltensweisen den Durchbruch der Industrie in den Ballungsgebieten noch um Jahrzehnte. Für die soziale und politische Entwicklung Deutschlands hat dies erheblich größere Bedeutung gehabt, als in der Sozialgeschichtsschreibung im allgemeinen und von Historikern der deutschen Arbeiterbewegung im besonderen lange Zeit wahrgenommen wurde.

Dieser wirtschaftlichen, technischen und sozialen Entwicklung entsprach die politische Struktur Deutschlands immer weniger. Die Konstruktion des Bismarckreiches beruhte auf der Vormachtstellung des grundbesitzenden Adels in Preußen und ihrer Ausdehnung auf das Reich²⁰. In Preußen hielt die agrarische Aristokratie alle Machtpositionen in der Hand. Die Regierung hing nicht vom Vertrauen des Parlaments, sondern von demjenigen des Königs ab. Umgeben von Beratern, die überwiegend dem grundbesitzenden Adel entstammten, ernannten die Hohenzollernkönige zu Kanzlern und Ministern oder Staatssekretären fast ausnahmslos Männer, die denselben Kreisen angehörten, vorzugsweise protestantische Preußen, und auf jeden Fall konservativ gesonnen waren. Das Parlament kam als Gegenspieler der Regierung kaum in Betracht. Im preußischen Abgeordnetenhaus sicherte das Dreiklassenwahlrecht den Konservativen die Mehrheit. Trotz des zahlenmäßigen Wachstums der Arbeiterschaft und des Anstiegs sozialdemokratischer Stimmen war die SPD bis 1908 im preußischen Abgeordnetenhaus überhaupt nicht vertreten; bis 1913 errang sie gerade zehn der 424 Abgeordnetenmandate²¹. Das Herren-

haus war aufgrund der königlichen Ernennungsprerogative ohnehin eine Hochburg der Konservativen; bis 1914 gehörte ihm kein einziger Vertreter der Arbeiterschaft an²². Im übrigen bedurften Gesetzesvorlagen der Zustimmung beider Häuser des preußischen Landtags und außerdem derjenigen des Königs; notfalls konnten also allein das Herrenhaus oder der Monarch Gesetze verhindern, die den Konservativen nicht paßten²³.

Etwas günstiger für die Arbeiterschaft lagen die Verhältnisse im Reichstag. Er wurde wenigstens nach dem gleichen Wahlrecht gewählt, wenngleich bis 1914 die Wahlkreiseinteilung den Bevölkerungsveränderungen nicht angepaßt wurde, so daß für die Wahl eines Abgeordneten in den industriellen Ballungsgebieten bis zu zehnmal so viele Stimmen aufgebracht werden mußten wie in den Agrargebieten Ostelbiens²⁴. Frauen hatten ohnehin kein Stimmrecht. Immerhin erhöhte die SPD die Zahl ihrer Reichstagsabgeordneten von einem im Jahre 1871 auf 112 im Jahre 1912. Doch auch der Reichstag konnte sich nicht zu einem eigenständigen Machtfaktor entwickeln. Der Reichskanzler, durchweg personengleich mit dem preußischen Ministerpräsidenten, war nicht ihm, sondern dem Kaiser verantwortlich. Außerdem teilte der Reichstag seine Legislativkompetenz mit dem Bundesrat, der Vertretung der Bundesstaaten, dem formellen Souverän des Reiches. Im Bundesrat aber hatte Preußen ebenfalls die ausschlaggebende Stellung inne. Im übrigen war dieses »buntscheckige Gesandtenkollegium«²⁵ faktisch regierungsunfähig; es stellte daher nichts anderes dar als »das konstitutionelle Feigenblatt für die preußische Regierung über das Reich«²⁶.

In Preußen selbst, das etwa zwei Drittel des Reiches umfaßte, kontrollierte der König dank seiner halbabsolutistischen Position die Armee und den Verwaltungsapparat einschließlich der Justiz. Namentlich das Offizierskorps blieb eine Domäne des Adels, aber auch in der Verwaltung dominierte sein Einfluß bis 1914²⁷. In der Justiz war das bürgerliche Element stärker, aber sowohl die Gehaltsregelungen in den ersten Dienstjahren als auch die internen Selektionsmechanismen der Justizbürokratie garantierten, daß lediglich Männer aus vermögenden Familien mit konservativer Gesinnung und loyaler Einstellung zur kaiserlichen Regierung und ihrer Politik in Schlüsselpositionen vordrangen²⁸. Aufgrund seiner Stellung als Kaiser kontrollierte der preußische König darüber hinaus auch die Reichsbehörden und den diplomatischen Dienst. Mit Recht ist daher das politische System des Kaiserreiches als »zeitwidriger monarchischer Semiabsolutismus« charakterisiert worden²⁹.

Für die Beteiligung anderer sozialer Klassen an der politischen Macht war in diesem System kein Platz. Das Bürgertum hatte hieran allerdings seinerseits auch kaum Interesse. Zwar hatte es 1848 – vergeblich – um seine

politische Emanzipation gekämpft. Nach 1871 aber verbündete es sich mit seinen politischen Gegnern von damals, nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen. Denn die durch die militärische Macht Preußens erzwungene Gründung des Deutschen Reiches bescherte dem Bürgertum endlich den großen zusammenhängenden Wirtschaftsraum, in dem sich Industrie und Handel überraschend schnell entfalten und von dem aus sie binnen kurzem – die Militärmacht des Reiches im Rücken – den Kampf auf den Weltmärkten mit ebenfalls ungeahntem Erfolg aufnehmen konnten. Zudem förderte der Staat Herstellung und Austausch industrieller Produkte durch die Übernahme der wichtigsten Verkehrs- und Versorgungsbetriebe in eigene Regie. Als die agrarische Schutzzollpolitik die Interessen des industriellen Außenhandels bedrohte, wurden dessen Einbußen durch bereitwillige Förderung der markt- und gewinnsichernden Konzentrations- und Kartellierungsbestrebungen sowie durch eine forcierte Rüstungspolitik mehr als ausgeglichen³⁰. Auf diese Weise befriedigte das Bündnis mit dem preußischen Adel die wirtschaftlichen Interessen des kapitalistischen Bürgertums aufs glücklichste.

Es gibt jedoch noch einen weiteren Grund für dieses Desinteresse des Bürgertums an der Veränderung des politischen Systems. Anders als in den Industrieländern Westeuropas nämlich fiel dem Bürgertum in Deutschland die Möglichkeit zu politischer Betätigung nicht zu Beginn, sondern auf dem Höhepunkt der industriellen Revolution zu. Zu diesem Zeitpunkt aber war in Gestalt des rasch wachsenden Heeres lohnabhängiger Arbeiter und Angestellten bereits eine neue Klasse auf dem Plan erschienen. Demokratische Reformen, die in England und Frankreich zunächst im Interesse des Bürgertums durchgesetzt worden waren – etwa das gleiche Wahlrecht und das parlamentarische Regierungssystem –, ließen sich deshalb in Deutschland nicht mehr allein zugunsten des Bürgertums durchführen; vielmehr hätten sie auch der Arbeiterschaft politischen Einfluß verschafft und hierdurch nicht nur die politische Stellung des Adels, sondern auch die soziale und ökonomische Position des Bürgertums bedroht. Angesichts solcher Aussichten war der überwiegenden Mehrheit des Bürgertums an einer demokratischen Verfassung nur wenig gelegen, um so mehr hingegen an der Bekämpfung aller Bestrebungen der Arbeiter, sich politisch Gehör zu verschaffen und sich durch organisatorischen Zusammenschluß und Kampfmaßnahmen dem einseitigen Diktat der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Produktionsmittelbesitzer zu entziehen. Die alten liberalen Ideen des Bürgertums entsprachen immer weniger den mit der Industrialisierung entstandenen sozialen Gegebenheiten und wurden mehr und mehr zugunsten des Traums vom nationalen Machtstaat aufgegeben. So entstand »jene Bourgeoisie, die keine war«³¹. Abgesehen von dem zusam-

menschmelzenden Häuflein der Linksliberalen gab sie einen politischen Mitspracheanspruch auf, ließ sich über den Mangel an politischer Macht mit feudalistischen Statussymbolen, militärischen Rängen, Nobilitierung und einer »Hoffähigkeit zweiter Klasse«³² hinwegtrösten und übernahm in Lebensstil und Wertorientierung die Standards der aristokratisch-agrarischen Herrenschicht. Das vorrangige politische Interesse des preußischen Adels konvergierte mit dem vorrangigen ökonomischen Interesse des Bürgertums in dem Ziel, das Proletariat als politischen und wirtschaftlichen Faktor niederzuhalten und seine Emanzipationsbestrebungen zu bekämpfen.

Aus dieser Konvergenz ergab sich zunächst der Versuch der offenen Unterdrückung der Arbeiterschaft mit dem Sozialistengesetz. Nachdem seine Wirkung unbefriedigend geblieben und es deshalb 1890 fallengelassen worden war, trat an seine Stelle ein ganzes Bündel von vereinsrechtlichen Beschränkungen und Behinderungen, von Polizeivorschriften und -shikanen, und schon bei geringfügigen Verstößen kam es zur Strafverfolgung durch eine Justiz, deren innere Struktur eine Jurisdiktion ganz im Sinne der Urheber dieser Gesetze und Verordnungen verbürgte³³. Die direkten Repressionen wurden durch zahlreiche Maßnahmen ergänzt, die ebenfalls die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse konservieren und funktionstüchtig erhalten sollten. Hierzu gehörte in erster Linie die so oft gerühmte staatliche Sozialpolitik. Gewiß bescherten die Kranken- und Unfallversicherung, die Arbeitsschutzgesetze usw. der Arbeiterschaft größere soziale Sicherheit, als sie zuvor gekannt hatte, und insofern bedeuteten sie einen Fortschritt, der einen Vergleich mit anderen Ländern nicht zu scheuen brauchte. Freilich war er seinen materiellen Ausmaßen nach alles andere als überwältigend. Aufgrund der damaligen Machtverhältnisse wurde »unter Wilhelm II. nicht mehr Sozialpolitik getrieben, als die Industrie ertrug«³⁴ und als zur Erhaltung und Reproduktion der Arbeitskraft unbedingt erforderlich war. Vor allem aber sollte sie die Arbeiterschaft davon überzeugen, daß ihre materiellen Interessen im Rahmen des bestehenden Systems befriedigt werden könnten³⁵. Als sich zeigte, daß dieses Kalkül nicht aufging, wurde sie prompt eingefroren.

Auch das Bildungswesen als das langfristig wichtigste Steuerungsinstrument für Sozialchancen diente der Zementierung der sozialen und politischen Verhältnisse. Die Volksschule vermittelte den Arbeiterkindern lediglich die notwendigsten Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten, die Fortbildungsschule ein gewisses berufliches Fachwissen. Dabei bediente sie sich einer Didaktik, die alles andere förderte als die Fähigkeit zu selbständigem Denken, und bemühte sich im übrigen nach Kräften, den Schülern eine monarchistische, national-staatstreue Gesinnung beizubringen.

Die Fortsetzung dieser Gesinnungspflege übernahm für die schulentlassene Jugend und die erwachsenen Arbeiter eine Unzahl bürgerlicher Vereinigungen, die mehr oder minder eng mit den agrarischen und industriellen Interessenverbänden und häufig auch mit den kirchlichen verbunden waren. Die weiterführenden Schulen hingegen, insbesondere die Gymnasien und Hochschulen, waren Kindern aus Proletarierfamilien so gut wie vollkommen verschlossen. »Höhere Bildung« war ein Privileg der höheren Klassen³⁶.

Es ließe sich noch eine Fülle weiterer Maßnahmen mit gleicher Zielsetzung anführen, etwa die Disziplinierungsversuche mit Hilfe der Wehrpflicht oder die vielfältigen Bemühungen um die Bewahrung der Religiosität und der überkommenen Moralvorstellungen auf der einen und die Ächtung der organisierten Arbeiter wie übrigens auch sonstiger sozialer Minderheiten auf der anderen Seite³⁷. Eine Unzahl derartiger Herrschafts- und Selektionsmechanismen schloß bis 1914 die Arbeiterschaft von allen wichtigen Bereichen aus, in denen Macht ausgeübt und Entscheidungen herbeigeführt wurden: aus der Regierung, der Verwaltung, der Wirtschaftsführung, der Justiz, dem Offizierskorps und den Bildungsinstitutionen. Sie blieb eine politisch, ökonomisch, sozial und intellektuell abhängige, hermetisch abgeschlossene und weitgehend unterdrückte Klasse ohne nennenswerte Entwicklungschancen im bestehenden System.

Die Kluft, die sie vom übrigen Teil der Gesellschaft trennte, war unvergleichlich tiefer als die Gräben zwischen allen anderen Gesellschaftsklassen. Selbst langjährige SPD-Reichstagsabgeordnete mit proletarischer Herkunft hatten kaum Kontakte zu bürgerlichen Kollegen, geschweige denn zu Regierungsmitgliedern oder hohen Ministerialbeamten. August Bebel, der über vier Jahrzehnte dem Reichstag angehörte und die SPD führte, wurde zeit seines Lebens nicht ein einziges Mal von einem deutschen Reichskanzler zu einem Privatgespräch empfangen; erst kurz vor seinem Tode, als sein Gesundheitszustand schon lange stark angegriffen war, erkundigte sich Bethmann Hollweg bei einer zufälligen Begegnung im Reichstagsgebäude beiläufig nach seinem Befinden. Es war das erste Mal, daß ein Regierungsmitglied außerhalb der Parlamentsverhandlungen und Kommissionssitzungen ein Wort an ihn richtete³⁸. Von den Lebensbedingungen der Arbeiterschaft wußten die übrigen Gesellschaftsschichten in der Regel denn auch wenig oder nichts. Die Kaiserin brach 1896 in Tränen aus, als sie sich in der ersten Heimarbeiterausstellung in Berlin über das Elend der Konfektionsarbeiterinnen zu informieren geruhte, und wie eine interessante Meldung aus einem exotischen Land war eine Zeitlang die Not der Arbeiter bevorzugtes Gesprächsthema in den Frauenzirkeln bei Hofe³⁹. Von einer Integration der Arbeiterschaft in das politisch-soziale Sy-

stem konnte so weder die Rede sein noch war sie von Adel und Bürgertum beabsichtigt. Infolgedessen entwickelte die Arbeiterschaft eigene Organisationen, eigene Lebensgewohnheiten, eine eigene Kultur, eine eigene Sprache und ein eigenes Bewußtsein.

Ausbreitung der freien Gewerkschaften

Trotz aller Behinderungen gelang es nämlich der zahlenmäßig rasch anwachsenden Arbeiterschaft, sich zur Vertretung ihrer Interessen zusammenzuschließen. Am Anfang stand dabei die politische Organisation in einer eigenen Klassenpartei. Als solche verstand und verhielt sich die 1875 aus verschiedenen Strömungen vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands bis zum Ende des Kaiserreichs. Allen Schwierigkeiten zum Trotz entwickelte sie sich zur wichtigsten politischen Interessenvertretung der Arbeiterschaft, wie ihre stetig steigenden Stimmzahlen bei den Reichstagswahlen zeigen: 1871 gaben 101 927 Wähler der Partei ihre Stimme, 1890 waren es 1,4 Mill., 1903 bereits 3,01 Mill. und 1912 schließlich 4,25 Mill.⁴⁰. Demgegenüber blieben die Bemühungen bürgerlicher Parteien um die Gewinnung der Arbeiter weitgehend erfolglos, im wesentlichen deshalb, weil sich unter den gegebenen Bedingungen die Interessen des Proletariats und die des Bürgertums weder praktisch noch theoretisch in Einklang bringen und gemeinsam vertreten ließen. Lediglich das Zentrum, die Partei der seit dem Kulturkampf ebenfalls in eine marginale Rolle gedrängten katholischen Bevölkerung, verfügte in den Industriegebieten des Rheinlands, Westfalens und Bayerns über eine nennenswerte Zahl von Anhängern unter der katholischen Arbeiterschaft⁴¹.

Abgesehen von Koalitionen der Buchdrucker, Tabakarbeiter und Schneider, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden, setzte die berufliche Organisation der Arbeiter erst mit der stürmischen industriellen Entwicklung nach der Reichsgründung ein, und zwar häufig im Gefolge der politischen Organisation. 1878, bei Erlaß des Sozialistengesetzes, bestanden 26 gewerkschaftliche Zentralverbände mit knapp 50000 Mitgliedern⁴², bei seiner Aufhebung 1890 bereits 58 Verbände mit über 250000 Mitgliedern⁴³. Mit der Hochkonjunktur nach 1895 schwollen die Mitgliederzahlen der freien Gewerkschaften weiter an. 1898 umfaßten sie knapp 500000 Mitglieder, 1904 bereits über 1 Mill., 1910 über 2 Mill., Ende 1913 über 2,5 Mill.⁴⁴.

Zweifellos sind diese Zahlen imponierend; zeigen sie doch zwischen 1895 und 1913 einen Anstieg um mehr als 880% bei einer gleichzeitigen Zunahme der Beschäftigten in Industrie, Handwerk und Verkehr um nur 55%⁴⁵. Jedoch folgte das Anwachsen der Gewerkschaften der Ausdeh-

nung der Industrie keineswegs gleichmäßig. Ungefähren Aufschluß hierüber liefert ein Vergleich der Ergebnisse der Berufszählung vom 17. Juni 1907 mit den Mitgliedszahlen der freien Gewerkschaften vom Ende des 2. Quartals 1907⁴⁶. Danach waren Mitte 1907 von insgesamt 14 125 699 Gesellen, Gehilfen, Lehrlingen und Hilfsarbeitern in Landwirtschaft, Industrie und Handel 1 882 665, also 13,3 %, Angehörige einer freien Gewerkschaft. Mit Abstand am höchsten organisiert waren die Angehörigen der graphischen Berufe, nämlich zu rd. 42 %; bei der Kerngruppe der Buchdrucker betrug der Organisationsgrad sogar 60 %. Es folgten die Holzarbeiter einschließlich der Schirmmacher und Böttcher mit einem Organisationsgrad von 28 % und die Bauarbeiter mit 26 %; unter diesen waren einzelne Sparten mit langer handwerklicher Tradition wiederum erheblich höher organisiert, so die Maurer zu 40 %, die Stukkateure zu 38,2 %, die Glaser zu 31,5 %, die Steinsetzer und die Zimmerer zu je 30 % und die Maler zu 28,8 %, die Bauhilfsarbeiter dagegen nur zu 12,2 %. Rund 22 % betrug der Organisationsgrad der Metallarbeiter einschließlich der Kupferschmiede, Schmiede und Formstecher, 18 % erreichte er bei den Lederarbeitern einschließlich der Sattler, Portefeuller und Tapezierer, etwa 14 % bei den Textilarbeitern und durchschnittlich 12 % bei den Arbeitern der Bekleidungsindustrie, den Schneidern, Wäschearbeitern, Kürschnern, Schuhmachern und Handschuhmachern. Auch von den Bergarbeitern waren rund 12 % organisiert, ebenfalls von den Arbeitern der Nahrungs- und Genussmittelbranche⁴⁷. Knapp 10 % betrug der Organisationsgrad noch bei den Steinarbeitern, Töpfern, Glasarbeitern und Porzellanarbeitern. Den niedrigsten Wert wiesen die Beschäftigten von Handel, Banken und Versicherungen mit nur 1,5 % auf.

Der höchste Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter fand sich also unter den traditionellen Handwerksberufen. Dagegen lag der Organisationsgrad sowohl ungelernter Arbeiter als auch qualifizierter Arbeitergruppen, die fast ausschließlich in Großbetrieben arbeiteten wie die Bergleute, auffällig niedrig. Schon dieser Überblick läßt erkennen, daß die Gewerkschaften ihre Erfolge vor allem in Gewerbezeigen mit handwerklichen Berufen und überwiegend kleinen und mittleren Betrieben verbuchten, in die industriellen Großbetriebe, etwa der Montanindustrie, jedoch noch kaum eingedrungen waren. Manche Berufszweige waren bis Kriegsausbruch von der gewerkschaftlichen Organisation noch nahezu unberührt: die Eisenbahner, die Landarbeiter und die Angestellten. Von den rd. 500 000 Arbeitern und unteren Angestellten und Beamten der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltungen gehörte weniger als 1 % dem freigewerkschaftlichen Transportarbeiterverband an; denn den Angehörigen der Staatsbetriebe war die Mitgliedschaft in einer »sozialdemokratischen« Be-

rufsorganisation durchweg verboten. Sie mußten schriftlich ihre Nichtzugehörigkeit erklären und bei einer Zuwiderhandlung mit ihrer Entlassung rechnen⁴⁸. Die Organisation der Angehörigen von Bahn und Post blieb daher die Domäne zahlloser reichseinheitlicher oder bundesstaatlicher, national gesonnener, auf sozial- und standespolitische Angelegenheiten beschränkter Verbände, die meist nur einzelne Statusgruppen umfaßten, vom »Bund geprüfter Sekretäre und Obersekretäre für die Reichspost« und dem »Verband der Weichensteller« bis zur »Vereinigung der höher geprüften Postbeamten Württembergs« und dem »Verband des statusmäßigen Personals der Güterstationen Bayerns«⁴⁹.

Eine ähnliche Zersplitterung herrschte auf dem Gebiet der Angestelltenorganisationen⁵⁰. Unter den Landarbeitern begannen SPD und Gewerkschaftsführung wegen der für sie besonders ungünstigen gesellschaftlichen Machtverhältnisse in den Agrargebieten erst 1909 mit einer systematischen Agitation und Organisationsarbeit. Infolge der geschlossenen Abwehr durch die Landbesitzer und ihre Organisationen, durch Staatsorgane, Kirchen, Presse und bürgerliche Agitationsvereine aber vermochte der freigewerkschaftliche Landarbeiterverband bis 1914 kaum Fuß zu fassen. Bei Kriegsausbruch gehörten ihm lediglich 22 531 der über 3 Mill. Landarbeiter an, also noch nicht einmal 0,1 %⁵¹.

Infolge der regional unterschiedlichen Ausbreitung der Industrie und der ungleichmäßigen branchenmäßigen Ausdehnung der Gewerkschaften waren diese auch geographisch sehr unterschiedlich verbreitet. Ihre Schwerpunkte lagen in den Industriegebieten von Berlin und Umgebung, in Sachsen und Rheinland-Westfalen sowie in den Seestädten. Dagegen war der Süden des Reiches gewerkschaftlich unterentwickelt; 1906 zählte ganz Süddeutschland noch nicht so viele Mitglieder wie die Provinz Brandenburg einschließlich Berlins. Zwei Industriezentren hatte die Gewerkschaftsbewegung praktisch noch gar nicht erreicht, Oberschlesien und das Saarland⁵². Ebenso dünn gesät waren gewerkschaftliche Stützpunkte in den übrigen, vornehmlich agrarischen Regionen Ostdeutschlands. 1906 überwog die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im ganzen preußischen Ostelbien die des Stadtkreises Berlin nur um ein geringes⁵³.

Ursachen der Diskrepanz zwischen industrieller und gewerkschaftlicher Entwicklung

Der erste Grund für die unterschiedliche Entwicklung der Gewerkschaften in den verschiedenen Branchen lag in den ökonomischen Machtverhältnissen. Wo die Unternehmer dazu in der Lage waren, versuchten sie, »die

Gewerkschaften niederzuzwingen, zu zerschlagen, zu vernichten«, wie der Geschäftsführer des Centralverbandes Deutscher Industrieller (CDI) 1910 offen bekannte⁵⁴. Damit hatten sie den größten Erfolg in den technisch und organisatorisch am höchsten entwickelten Industriezweigen, die in Form von Großkonzernen, Syndikaten und Kartellen einen hohen Grad von Konzentration und Monopolisierung erreicht hatten, vor allem also in der Schwerindustrie wie in der Chemie- und Elektrobranche, wo auch die Entwicklung zum Großbetrieb am weitesten fortgeschritten war⁵⁵. Hier erwiesen sich die Einzelunternehmen als so stark, daß sie die Einnistung und Ausbreitung der Gewerkschaften weitgehend verhindern oder rückgängig machen konnten.

Ein probates Mittel hierzu bot die betriebliche Sozialpolitik⁵⁶. In der kapitalistischen Grunderkenntnis, daß nichts so bindet wie Privateigentum, und sei es noch so gering, verlegten sich viele Großbetriebe, insbesondere im Montanbereich, darauf, ihre Arbeiter zu Kleinbesitzern, vorzugsweise von Eigenheimen, zu machen und sie dadurch nicht allein psychologisch, sondern auch ökonomisch und finanziell für Jahrzehnte an denselben Betrieb und Ort zu fesseln; denn so lange hatten sie zum endgültigen Kauf des Besitzes oder zur Abzahlung von Firmenkrediten zu arbeiten. Während dieser Zeit sorgte die ständige Drohung des Arbeitgebers mit sofortiger Wohnungs- oder Kreditkündigung für politisches Wohlverhalten im gewünschten Sinne. Eine gleiche Funktion übten betriebliche Sozialleistungen aus, vor allem Alters- und Invaliditätsunterstützungen.

Auch werkseigene Wohnkolonien wurden der Abwehr der Organisationen dienstbar gemacht, etwa dadurch, daß allen Mietern der Bezug sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Zeitungen verboten und Partei- wie Gewerkschaftskassierern das Betreten der Siedlungen untersagt wurde. Belegschaftsmitglieder, die trotzdem einer Gewerkschaft beitraten, liefen nicht nur Gefahr, entlassen zu werden, sondern mußten auch befürchten, keine neue Stellung zu finden, jedenfalls nicht in ihrem Beruf und oft nicht einmal an ihrem bisherigen Arbeitsort. Denn um ihre Betriebe »gewerkschaftsfrei« zu halten, tauschten die Direktionen auf sogenannten schwarzen Listen die Namen unliebsamer Arbeiter untereinander aus, um deren Wiedereinstellung in einem anderen Betrieb zu verhindern. Die Betroffenen wurden auf diese Weise nicht selten zum Berufswechsel, oft sogar zum Umzug in eine andere Industrieregion gezwungen.

Nach der Jahrhundertwende versuchten die Arbeitgeber insbesondere in großbetrieblichen Branchen überdies, durch die Einrichtung eigener Arbeitsnachweiskbüros die Arbeitsvermittlung unter ihre Kontrolle zu bringen; auch diese Einrichtungen dienten dazu, Gewerkschaftsmitglieder

fernzuhalten⁵⁷. Nach 1905 begannen sie schließlich, ihre Belegschaften in eigenen »Werkvereinen« zu organisieren. Diese »gelben« Verbände waren finanziell von den Unternehmern abhängig, um Sozialleistungen bestreiten zu können, die die gewerkschaftliche Konkurrenz ausstechen und die Arbeiter an die Betriebe fesseln sollten. Ihre Mitglieder hatten der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften abzuschwören und auf den Streik als wirtschaftliches Kampfmittel zu verzichten. Bei Reichstags- und Landtagswahlen dienten sie nicht selten als Stimmvieh zugunsten der national-liberalen Industriellenkandidaten. Darüber hinaus vertraten die Werkvereine eine Ideologie, in der die Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit gepredigt, Nationalismus statt sozialistischem Internationalismus propagiert und Militarismus und Kolonialpolitik legitimiert wurden.

Diese zunächst nur auf Betriebsebene organisierten Vereine schlossen sich 1910 zum Bund deutscher Werkvereine (BdW) zusammen, von dem sich 1913/14 der Kartellverband deutscher Werkvereine abgespaltete⁵⁸. Im gleichen Jahr taten sie sich mit den ähnlich gearteten, allerdings überbetrieblich organisierten und zahlenmäßig unbedeutenden »Vaterländischen Arbeitervereinen«⁵⁹ im »Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands«⁶⁰ zusammen. Er bildete sich in den Jahren bis zum 1. Weltkrieg zum wichtigsten Bindeglied zwischen den gelben Organisationen und der Unternehmerschaft, insbesondere der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (VDA) und einzelnen Arbeitgeberorganisationen heraus. Unter diesem Schutz brachten es die Gelben bis 1914 auf knapp 200000 Mitglieder, davon rund 140000 im BdW und je ca. 27000 im Kartellverband deutscher Werkvereine und im Bund vaterländischer Arbeitervereine. Sie konzentrierten sich auf die Zechen und Hüttenwerke an der Ruhr, Maschinenbau-Unternehmen wie Borsig und MAN, einige Großwerften wie Blohm & Voß, die Großchemie wie Bayer Leverkusen, BASF, Continental, die Elektrokonzerne AEG und Siemens sowie die wichtigsten Staatsbetriebe, die Saarbergwerke und die Heeres- und Marinewerkstätten. Nur in Oberschlesien blieben sie relativ schwach; hier witterten die tonangebenden Industriellen in jeder Art von Arbeiterorganisation eine Bedrohung ihrer eigenen Position und wahrten daher auch gegenüber den Wirtschaftsfriedlichen mißtrauische Zurückhaltung.

Ein weiterer Grund für die Schwäche der Gewerkschaften in der Großindustrie lag darin, daß ihre ökonomische Stärke die Betriebe gegen das schärfste gewerkschaftliche Kampfmittel, den Streik, weitgehend unempfindlich machte. Die Werke trafen untereinander regelmäßig Vereinbarungen zur Unterstützung bestreikter Betriebe und zur Wahrung der gemeinsamen Unternehmerinteressen, etwa durch Aussperrung der Arbeiter. Folglich ließ sich ein Streik kaum auf einen Betrieb begrenzen, son-

dern er mußte wohl oder übel auf die meisten Werke derselben Branche in einer ganzen Industrieregion ausgedehnt werden. Dadurch wurden meist Tausende von Arbeitern in den Arbeitskampf hineingezogen; für die Gewerkschaft, die an ihre Mitglieder Streikunterstützung zahlte, wurde er deshalb äußerst kostspielig. Da die Mehrheit der Arbeiter in diesen Branchen aber noch gar keiner Gewerkschaft angehörte, war es im übrigen nie sicher, ob ein Streikaufruf nicht überhaupt ins Leere ging und auf die Gewerkschaften wie ein Bumerang zurückfiel.

Demgegenüber war die Kapitaldecke der Betriebe groß genug, um selbst einen langen Produktionsausfall ohne finanzielle Dauerschäden zu verkraften, sofern sie ihn nicht gar durch Produktionsumstellungen innerhalb des eigenen Konzerns auszugleichen vermochten. Überdies brauchten sie infolge der Abreden mit ihren Branchenkollegen keinen Verlust von Absatzmärkten an einen Rivalen zu befürchten. Unter diesen Bedingungen waren Arbeitskämpfe in den wichtigsten Industriezweigen für die Gewerkschaften kaum zu gewinnen und endeten für sie, wo sie sich dennoch darauf einließen, häufig mit einer schweren Niederlage. Da so nicht nur Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausblieben, sondern die Streikkassen erschöpft und oft genug auch die kleinen privaten Rücklagen der Arbeiter aufgezehrt waren und damit die Voraussetzungen für einen neuen Kampf für längere Zeit fehlten, außerdem auch fast immer die Streikführer, nicht selten sogar eine große Zahl der Streikenden selbst gemäßregelt wurden, zogen solche Niederlagen leicht eine nachhaltige Demoralisierung der Arbeiter und einen Kräfteschwund der Gewerkschaften nach sich, der sich in Massenausritten, in der Lähmung der Organisationsarbeit und im Rückgang der Neuzugänge niederschlug. Der Streik der Ruhrbergarbeiter 1912 liefert hierfür ein eindrucksvolles Beispiel⁶¹.

Schließlich hing die geringe Verbreitung der Gewerkschaften in den Großbetrieben auch mit der Struktur ihrer Belegschaften zusammen. Die fortschreitende Arbeitsteilung und Mechanisierung ließ die traditionellen handwerklichen Spezialberufe sowohl an Zahl als auch an Bedeutung abnehmen; statt dessen nahm der Anteil der un- oder angelernten Arbeiter zu, die keine spezifische Berufssolidarität kannten. Damit fehlte hier einer der wichtigsten Anknüpfungspunkte für die gewerkschaftliche Organisierung. Hinzu kam, daß die heterogene Zusammensetzung und oft nicht mehr überschaubare Größe der Belegschaften die Bindungen auch innerhalb traditioneller Berufsgruppen lockerten und gleichzeitig das Entstehen engerer Bindungen zwischen verschiedenartigen Arbeitergruppen erschwerten. Schließlich machten die Größe und Technisierung der Großbetriebe deren Belegschaftsangehörige durchweg leichter ersetzbar als in Handwerksbetrieben oder spezialisierten mittelständischen Unternehmen⁶².

Unter diesen Bedingungen übten die Gewerkschaften in der Großindustrie vor 1914 auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur geringen Einfluß aus, zumal es zu den eisernen Grundsätzen großindustrieller Unternehmerpolitik gehörte, die Gewerkschaften als Interessenvertreter der Arbeiterschaft nicht anzuerkennen, niemals mit ihnen zu verhandeln und keinerlei Vereinbarungen mit ihnen einzugehen. Tarifverträge waren deshalb für die Arbeiter der Bergwerke sowie der Metall-, Chemie- und Elektrogroßbetriebe vor dem 1. Weltkrieg so gut wie unbekannt⁶³.

Erheblich andere Bedingungen fanden die Gewerkschaften vor 1914 in Gewerbezweigen mit überwiegend mittleren und kleinen Betrieben oft noch handwerklichen Zuschnitts vor⁶⁴. Diese waren in der Regel kapitalarm und befanden sich zu einem erheblichen Teil in wachsender Abhängigkeit von Großunternehmen; aus diesem Grunde herrschte unter ihnen oft scharfe Konkurrenz. Schon deshalb konnten Streiks oder andere gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen sie ungleich empfindlicher treffen als die Großbetriebe. Zudem waren sie wegen ihres oft noch geringen Technisierungsgrades und wegen ihrer Spezialisierung auf die Herstellung weniger Produkte in höherem Maße auf qualifizierte Arbeiter angewiesen, damit aber auch von ihnen abhängig. Den Gewerkschaften ermöglichte die geringe Zahl von Belegschaftsmitgliedern, solche Betriebe ohne allzu großen finanziellen Aufwand auch längere Zeit zu bestreiken oder erfolgreich zu boykottieren. Außerdem gestalteten sich die Bindungen innerhalb der Belegschaft infolge ihrer Überschaubarkeit und ihrer beruflichen Homogenität in der Regel erheblich enger als in den Großbetrieben. Aus diesen Gründen verfügten die Arbeitgeber hier nur über beschränkte Abwehrmöglichkeiten und sahen sich in erheblich größerem Maße als die Großindustrie zum Entgegenkommen gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen gezwungen. Der Grad ihrer Konzessionsbereitschaft nahm mit ihrer Abhängigkeit von den Arbeitern zu, die wiederum mit deren Qualifikationsniveau stieg.

Die größten gewerkschaftlichen Erfolge erzielte deshalb die qualifizierteste Arbeitergruppe, die der Buchdrucker, die gleichzeitig die bestorganisierte war. Bereits 1897 willigten 1631 Firmen, die rd. 40 % der Buchdruckergehilfen beschäftigten, in eine reichstarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ein Jahr später arbeitete die Hälfte der Gehilfen dieses Gewerbes unter tariflichen Bedingungen, 1901 drei Viertel und im Sommer 1914 über 90 %⁶⁵. Auch die Organisationen der Holzarbeiter, der Angehörigen der Bauberufe sowie der Nahrungs- und Genussmittelbetriebe rangen vor 1914 in erheblichem Umfange ihren Arbeitgebern Tarifvereinbarungen ab⁶⁶. Insgesamt verdoppelte sich von 1907 bis 1913 die Zahl der Arbeiter, die unter Tarifverträgen arbeiteten, von 974 564 auf rund 2 Mil-

lionen. In den Genuß einer solchen Regelung aber kamen damit immer noch nicht mehr als ca. 14 % der rund 14 Mill. Angehörige zählenden Gesamtarbeiterschaft, und das Tempo der Ausdehnung verlangsamte sich⁶⁷. Auch wo solche Tarifvereinbarungen bestanden, ließ ihr Funktionieren manches zu wünschen übrig⁶⁸.

Zünftlerische Tradition und berufliches Gliederungsprinzip

Außer den ökonomischen Machtverhältnissen beeinflusste allerdings auch die Genesis der Gewerkschaften selbst ihre unterschiedliche Entwicklung in den verschiedenen Branchen. Obwohl im einzelnen erst wenig erforscht, kann es doch als sicher gelten, daß zwischen der alten, bis ins Mittelalter zurückzuverfolgenden zünftlerischen Gesellenbewegung und den Anfängen der modernen Gewerkschaftsbewegung zahlreiche Verbindungen bestehen, vor allem in Berufen mit langer Tradition wie den Buchdruckern, Bergarbeitern, Steinmetzen, Zimmerern und Schmieden⁶⁹. Ohne dieses Erbe, das übrigens in den klassischen Handwerken im Brauch der Gesellenwanderschaft bis über die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert hinaus weiterlebte, wäre es schwer erklärlich, daß die Berufssolidarität, oft noch stark zünftlerisch gefärbt, nicht allein den organisatorischen Kristallisationspunkt abgab, sondern auch das Aufbau- und Gliederungsprinzip der meisten Gewerkschaften bestimmte, nämlich ihre Einteilung in eng begrenzte Berufsverbände. Nicht weniger als 53 Berufsorganisationen schlossen sich dem Dachverband der freien Gewerkschaften, der Generalkommission, bei seiner Gründung im Jahre 1890 an, darunter jeweils eigene Verbände für Tabakarbeiter und Zigarrensortierer, für Lohgerber, Weißgerber und Kürschner, Holzarbeiter und Böttcher, Bildhauer und Steinmetzen, Maler und Tapezierer, Werftarbeiter und Schiffszimmerer, Fabrik- und Hilfsarbeiter und Fabrikarbeiterinnen⁷⁰.

Indessen ließ sich das Berufsprinzip schon bald nicht mehr mit den sozialen Folgen des Industrialisierungsprozesses in Einklang bringen. Die fortschreitende Technisierung vergrößerte die Zahl der Berufe um ein Vielfaches. Ältere Berufe fächerten sich mit zunehmender Arbeitsteilung in zahlreiche Spezialberufe auf; allein aus dem alten Goldschmiedehandwerk gingen bis 1914 etwa 75 Spezialberufe hervor⁷¹. Daneben entstanden mit der Einführung neuer Produktionstechniken, der Erschließung neuer Energiequellen und der Ausbreitung neuer Verkehrsmittel viele bisher unbekannte Berufe: in der Metallverarbeitung die des Schweißers, Maschinen- und Werkzeugschlossers, des Drehers und Fräasers; allein auf den Werften, wo

früher der Schiffszimmermann dominiert hatte, entwickelten sich rund 60 neue Spezialberufe⁷³. Im Verkehrswesen gab es nun Kraftfahrer und Seemaschinenisten und die zahlreichen Eisenbahnerberufe; in fast allen Industriezweigen benötigte man Maschinisten und Heizer. Schon 1907 registrierte das deutsche Berufsverzeichnis nicht weniger als 14000 Berufe⁷³.

Im Zuge dieser Entwicklung verwischten sich die herkömmlichen Berufsgrenzen. Gleichzeitig verringerte das Vordringen maschineller Fertigungsmethoden die Bedeutung handwerklicher Fertigkeiten und erleichterte das Überwechseln in verwandte Berufe, etwa vom Schmied zum Maschinenbauer oder vom Schlosser zum Werkzeugmacher⁷⁴. Mitunter war ein solcher Wechsel von alten Handwerkerberufen in neue Industriezweige zu deren Ankurbelung geradezu notwendig. So ließ sich der hohe Bedarf der Elektroindustrie an Feinmechanikern nur durch die Abwerbung von Uhrmachern und Reißzeugmachern decken⁷⁵. Das Absterben oder die schlechte Konjunktur mancher Gewerbezweige erzwangen manchmal einen Übergang sogar in gänzlich andere Berufszweige, und selbst die Ausübung des erlernten Berufes garantierte keineswegs mehr wie in vorindustriellen Zeiten die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Branche. Ein Tischler z. B. konnte sich als Geselle in einem kleinen Handwerksbetrieb verdingen, aber ebensogut in einer Möbelfabrik, einem Hüttenwerk, der Bauabteilung eines Dienstleistungsunternehmens, einer Eisenbahnwerkstätte oder einer Auto- oder Waggonfabrik⁷⁶.

Noch wichtiger freilich als die Differenzierung alter und das Aufkommen neuer Berufe war die Entstehung eines immer größeren Heeres un- oder angelernter Arbeiter, insbesondere im Bau- und Transportgewerbe und in den Großbetrieben der Metall- und der chemischen Industrie. Oft dem agrarischen Milieu entstammend und historisch Nachfahren des Tagelöhners, auf niedrigster Zivilisations- und Bildungsstufe und ohne Ansätze eines politischen Bewußtseins, unterschieden sich ihre Lebensgewohnheiten mitunter kraß von denen gelernter Facharbeiter. Über rund 100 Tiefbauarbeiter z. B., die beim Bau einer Eisenbahnlinie in der Nähe von Bremen tätig waren, teilte der Bauarbeiterverband 1914 Beobachtungen mit, die er »sogar in Rußland und Sibirien für unmöglich« gehalten hätte: Obwohl die Bauarbeiten schon vier bis fünf Jahre im Gange waren, hatten sich diese Arbeiter »auf unweit der Arbeitsstelle gelegenen Wiesen . . . in Erdhöhlen und aus Zweigen Wohngelegenheiten bereitet . . . Die Laubhütten waren sehr luftig, Sonne und Mond schienen frei herein. Alte Kleidungsstücke und faules Stroh bildeten das »Bett«. Vor jeder dieser Hütten befand sich eine Kochgelegenheit; auf zwei in die Erde eingetriebenen Pfählen eine Eisenstange, an der alte Bratheringsbüchsen als Kochtöpfe hingen. Zum Kochen diente Grabenwasser . . . Jeder Arbeiter erhielt täglich 3 Mark vor-

geschossen. Mehrmals am Tage machte der Kantinenwirt mit seinen Erzeugnissen die Runde, und abends war das Geld zum größten Teil in Schnaps umgesetzt.«⁷⁷

Da sie sich keiner Berufsgruppe zugehörig fühlten, waren die ungelerten Arbeiter im allgemeinen der gewerkschaftlichen Organisation außerordentlich schwer zugänglich⁷⁸. Allerdings entwickelten auch sie im Laufe der Zeit Ansätze eines Berufsbewußtseins, anknüpfend an ihre jeweilige Tätigkeit, insbesondere dort, wo diese neue Anforderungen stellte, etwa bei der Bedienung und Wartung von Maschinen. Mochte es auch anfänglich schwächer sein als in den traditionellen Berufen, so bildete es gleichwohl den Anfang eines Zusammengehörigkeitsgefühls und nahm an Stärke in dem Maße zu, in dem sich mit der Konsolidierung der neuen Industriezweige eindeutige Tätigkeitsmerkmale und Qualifikationsanforderungen herausbildeten⁷⁹. In dem Maße, in dem die handwerklichen Lehrberufe an Bedeutung verloren, verringerten sich auch die Unterschiede zwischen gelerten und ungelerten Arbeitern vor allem in der Großindustrie⁸⁰.

Diese tiefgreifende Änderung der Berufs- und Tätigkeitsfelder machte die Gliederung der Gewerkschaften in Berufsverbände zunehmend anachronistisch. Die Vielfalt der Berufe ließ sich damit immer weniger einfangen, die Abgrenzung zwischen den einzelnen Organisationen immer weniger vornehmen und wegen der höchst unterschiedlichen Größe der einzelnen Berufsgruppen das Nebeneinander von sehr kleinen und sehr großen Berufsverbänden nicht verhindern. So umfaßte 1891 der Verband der Seiler 281 Mitglieder, der Verband der westfälischen Bergarbeiter hingegen 58000⁸¹. Zusätzlich fragwürdig wurde das berufliche Gliederungsprinzip aus ökonomischen Gründen. Die Kleinstverbände waren ihren wenigen Mitgliedern gegenüber kaum leistungsfähig und den Unternehmern gegenüber kaum kampffähig. Die Zusammenfassung der ungelerten Arbeiter in Sonderverbänden brachte die Gefahr mit sich, daß sie den Facharbeitern bei Arbeitskämpfen als Streikbrecher in den Rücken fielen oder sie auf dem Arbeitsmarkt unterboten. In den Großbetrieben drohte schließlich die organisatorische Zersplitterung der Belegschaften in verschiedene Berufsverbände die Arbeiter vollends zur Erfolglosigkeit gegenüber den Unternehmern zu verurteilen.

Aus diesen Gründen begann bald nach der Einrichtung der Generalkommission eine ausgedehnte Diskussion über die Organisationsfrage. Bis 1914 führte sie zu verschiedenen praktischen Antworten auf die Veränderung der Berufs- und Arbeitsverhältnisse. Eine Antwort auf die Ausbildung neuer Berufe bestand in der Gründung neuer Berufsverbände. Dies geschah 1891 für die Lithographen, 1892 für die Lederarbeiter sowie die Maschinisten und Heizer, 1895 für die Büroangestellten, 1896 für die Gra-

veure sowie die Arbeiter kommunaler Betriebe, außerdem für die Arbeiter im Verkehrs- und Transportsektor, 1897 für die Lagerhalter, 1898 für die Seeleute, 1900 für die Portefeuller, 1903 für die Wäschearbeiter, 1904 für die Asphaltierer, 1906 für Fotografen und Xylographen⁸².

Eine andere Möglichkeit bot die Einbeziehung sowohl der ungelerten Arbeiter als auch der Frauen in die Berufsorganisationen. Sie wurde von den meisten Verbänden bis 1914 beschlossen, allerdings erst nach Überwindung beträchtlicher Widerstände. Denn in den Kreisen der gelernten Arbeiter sprach »man vielfach in Mißachtung von dem Tagelöhner, dem Fabrikarbeiter, dem nicht gewerblichen Arbeiter«, wie ein zeitgenössischer Chronist vermerkte⁸³. Ein anderer klagte darüber, daß sich die gelernten Arbeiter in ihrem traditionellen Berufsstolz vielfach »über die Hilfsarbeiter erhaben dünkten und so ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit den Hilfsarbeitern vereitelten«⁸⁴. Auch befürchteten sie von einer Zusammenarbeit mit den Ungelernten eine Verschlechterung ihres Lohnniveaus und ihrer Stellung. Bei den Buchdruckern, deren Qualifikation am höchsten, deren Berufsstolz daher am größten und deren Position auf dem Arbeitsmarkt am stärksten war, weil sie nicht durch weniger Qualifizierte ersetzt werden konnten, und die ein so starkes individuelles Selbstbewußtsein besaßen, daß unter ihnen statt der sonst in Gewerkschaftskreisen üblichen Anrede »Du« das bürgerliche »Sie« vorherrschte⁸⁵, blieb die Sonderorganisation für die Hilfsarbeiter sogar bis nach dem 1. Weltkrieg bestehen.

Im übrigen wurde als Sammelbecken für die Hilfsarbeiter der Branchen, für die keine Berufsverbände existierten, 1890 der Fabrikarbeiterverband gegründet. Anfänglich eine buntscheckige Organisation von Hilfsarbeitern aller möglichen Sparten, verengte sich sein Einzugsbereich später im wesentlichen auf die chemische Industrie einschließlich der Gummi- und Kunststoffwerke und die Papierindustrie. Denn hier entwickelten sich ganz neue Tätigkeiten, während die Produktionsvorgänge in der übrigen Großindustrie oft an ältere handwerkliche Tätigkeiten anknüpften, so daß die dort beschäftigten ungelerten Arbeiter mehr und mehr von den entsprechenden Berufsverbänden erfaßt wurden. Auch in den neuen Industriezweigen aber entwickelten sich mit der Zeit neue Berufe und erzeugten ein entsprechendes Bewußtsein der Arbeiter. Daher nahm auch der Fabrikarbeiterverband allmählich den Charakter eines Berufsverbandes an, oder genauer – weil er sich über verschiedene Gewerbebezüge erstreckte – eines gemischten Berufsverbandes⁸⁶.

Die vierte und wichtigste Reaktion auf die Veränderung der Berufsstruktur stellte der Zusammenschluß mehrerer Berufsverbände zu einer einheitlichen Organisation dar, die verwandte Berufe oder gar ganze Industrie-

zweige umfaßte. Die Motive und erst recht die Formen, die diese Konzentrationsbewegung hervorbrachte, bieten ein vielfältiges Bild. Das häufigste Motiv war durchaus pragmatisch, nämlich der Wunsch nach größerer Leistungsfähigkeit. Für manche kleinen Verbände wurde er mit der Erschöpfung ihrer Streikkassen nach erbitterten Arbeitskämpfen akut. Auf diese Weise kamen die Gold- und Silberarbeiter 1899, die Ziseleure und Graveure 1907 zum Metallarbeiterverband⁸⁷. Andere trieb der Rückgang des Gewerbes infolge technischer Veränderungen oder mangelnder Nachfrage nach seinen Produkten zum Anschluß an größere Verbände; so gingen die Drechsler und Vergolder zum Holzarbeiterverband, die Stukkateure zum Bauarbeiterverband und die Handschuhmacher zum Lederarbeiterverband⁸⁸.

Aber auch ohne derartige Anlässe kamen vor 1914 zahlreiche Zusammenschlüsse zustande. Bei der Wahl des Partners orientierte man sich vornehmlich an der Berufsverwandtschaft, z. B. beim Zusammenschluß von Lohgerbern und Weißgerbern, von Gold- und Silberarbeitern, von Rauchwarenzurichtern und Kürschnern, von Perückenmachern und Friseurgehilfen, von Bäckern und Konditoren; ebenso schlossen sich Maurer, Isolierer, Bauhilfsarbeiter und Stukkateure im Bauarbeiterverband und Handelsarbeiter, Kutscher, Fuhrleute, Mietfahrer, Droschkenführer, Bier- und Mineralwasserkutscher und Kellerarbeiter, Kohlenarbeiter, Hafenarbeiter, Binnenschiffer, Flößer und Seeleute sowie Straßen-, Hoch- und Kleinbahnangestellte im Transportarbeiterverband zusammen⁸⁹. In anderen Fällen war die Verarbeitung des gleichen oder ähnlichen Materials das einigende Band, so beim Textilarbeiterverband, der Weber, Spinner, Färber und Hilfsarbeiter, und zwar sowohl der Woll- und Baumwoll- als auch der Leinen- und Seidenbranche, in sich vereinigte. Dasselbe gilt für den Holzarbeiterverband, in dem seit 1893 Tischler, Drechsler, Stellmacher und Bürstenmacher zusammengeschlossen waren; bis 1914 kamen Vergolder, Korkarbeiter, Stockarbeiter und Schirmmacher, Knopfmacher, Kammacher, Musikinstrumentenarbeiter, Stuhlbauer, Polierer, Modelltischler, Schiffstischler und -zimmerer, Parkett-Tischler, Maschinenarbeiter und Säger, Pantinenmacher und Kistenmacher hinzu⁹⁰.

In einigen Fällen veranlaßte die Identität ihrer Arbeitgeber die Verbände zur Fusion, u. a. die Hoteldiener und Gastwirtsgehilfen, Tabakarbeiter und Zigarrensortierer, Sattler und Portefeuller⁹¹. Am ausgeprägtesten erscheint dieses Motiv im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, in dem die beruflichen Unterschiede zwischen Krankenpflegern, Gas- und Elektrizitätsarbeitern, Gärtnern und Friedhofsarbeitern in den Hintergrund traten gegenüber der gemeinsamen Sonderstellung als Arbeitnehmer der öffentlichen Hand. Jedoch blieb dieses »Regieprinzip« seitens der Berufs-

verbände stets angefochten und innerhalb des organisatorischen Spektrums der freien Gewerkschaften ein Fremdkörper⁹².

Da die Abkehr vom beruflichen Gliederungsprinzip im Zuge der Konzentrationsbewegung die Grenzen des Einzugsbereichs fast aller Gewerkschaften verwischte, kam es über die Zuordnung bestimmter Arbeitergruppen immer wieder zu Konflikten. Fabrikarbeiter, Porzellanarbeiter und Töpfer stritten sich um die Organisierung der Arbeiter in Kachelofenfabriken, der Baukeramiker in Ziegeleien und der Arbeiter von Ton- und Steinzeugröhrenfabriken⁹³, Brauereiarbeiter und Böttcher um die Arbeiter, die Bierfässer herstellten, Transportarbeiterverband und Brauereiarbeiterverband um die Bierkutscher, und schließlich stritten sich fast alle Verbände mit dem Verband der Maschinisten und Heizer um die Angehörigen dieser fast in jedem Industriebetrieb anzutreffenden Berufsgruppe, die aufgrund ihrer Schlüsselstellung im Produktionsprozeß rasch ein starkes berufliches und organisatorisches Selbstbewußtsein entwickelte. Manche solcher »Grenzstreitigkeiten« wurden durch Kartellverträge zwischen den beteiligten Verbänden beendet, die übrigen durch einen Beschluß des Hamburger Gewerkschaftskongresses 1908 oder durch die Vermittlung der Generalkommission beigelegt, mitunter freilich ohne dauernden Erfolg⁹⁴.

Weder mit erweiterten Berufsverbänden noch mit Kartellverträgen aber waren die Probleme zu lösen, die mit der Entstehung der industriellen Großbetriebe auftauchten: auf der einen Seite das Nebeneinander zahlreicher verschiedenartiger Berufe im selben Betrieb, auf der anderen die zunehmende horizontale Konzentration in Syndikaten und Kartellen sowie die wachsende vertikale Konzentration in Konzernen, die ganze Produktionszweige umfaßten. Die angemessene Antwort darauf war die einheitliche Organisation der Arbeiterschaft in Industrieverbänden. Diese Lösung wurde von den Gewerkschaftskongressen seit den 90er Jahren wiederholt grundsätzlich befürwortet⁹⁵, am konsequentesten vertreten und verwirklicht aber nur von den Metallarbeitern.

Bis 1914 schlossen sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) mit Ausnahme der Kupferschmiede und Maschinisten alle Berufsverbände der Metallverarbeitung an⁹⁶. Manchen kleinen Berufsverband zwang die bittere Erfahrung, daß seine Kampfmittel an der konzentrierten Macht der Unternehmer abprallten, zur Fusion⁹⁷. Andere trieb die Einsicht in die beschränkte eigene Kampffähigkeit ohne akuten Anlaß unter das große Dach des Metallarbeiter-Verbandes. Mitunter scheute sich der DMV-Vorstand augenscheinlich auch nicht, auf Verbände, in denen diese Einsicht erst schwach entwickelt war, so lange massiven Druck auszuüben, bis sie sich zum Anschluß gefügig zeigten, wofür er sich den Vorwurf des »gewerkschaftlichen Imperialismus« zuzog⁹⁸.

Zur Hauptsache aber wurde den Organisationen der Metallarbeiter ein Zusammenschluß dadurch nahegelegt, daß in der Metallindustrie, zumal in Großbetrieben, die Nivellierung und Mobilität zwischen verschiedenen Gruppen der gelernten Arbeiter am weitesten fortgeschritten war. »Der Berufswechsel ist sehr häufig. Derselbe Arbeiter ist Werkzeugmacher, Maschinenschlosser, Schlosser, Maschinenbauer; Werkzeugmacher, Mechaniker; Werkzeugmacher, Werkmeister, Werkzeugdreher, Dreher, Monteur, Revolverdreher; Maschinenbauer, Lokomotivführer, Schmied«, stellte ein Sozialforscher fest⁹⁹. Auch der Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern begann sich zu verwischen, so daß sich selbst ein qualifizierter Facharbeiter meist ohne sonderliche Mühe ersetzen ließ. »Wo fängt heute der Schmied an, und wo fängt der Schlosser, der Hobler usw. an? Heute arbeite ich als Schmied in einem Betrieb und morgen stehe ich vielleicht als Fräser oder Bohrer oder sonst dergleichen in demselben Betrieb«, erklärte ein Delegierter auf der Generalversammlung der Schmiede 1908¹⁰⁰.

Hinzu kam, daß sich gerade in der Metallindustrie Mechanisierungs- und Rationalisierungstechniken am ehesten durchsetzten. Derselbe Delegierte klagte darüber, »daß die Kunst und der Fleiß des einzelnen Arbeiters nach und nach verschwindet, sie geht auf die Maschine über, die jeder Arbeiter ohne besondere Fertigkeit bedienen kann«¹⁰¹. Sofern durch die Mechanisierung die Arbeitsvorgänge in immer kleinere Einheiten zerstückelt wurden, bis im Extremfall nur noch bestimmte Handgriffe verblieben, deren Zusammenhang mit dem Endprodukt immer weniger erkennbar war, und gleichzeitig der Arbeiter Arbeitsgeschwindigkeiten und -rhythmen unterworfen wurde, die von maschinellen Abläufen vorgegeben wurden, verkümmerte er »zum Anhängsel der Maschine«¹⁰² und entfremdete sich immer weiter von Inhalt, Ergebnis und Sinn seiner Arbeit.

Diese technischen Produktionsbedingungen ergänzte in den Großbetrieben ein Herrschaftssystem, das darauf ausgerichtet war, die Belegschaft an einer Solidarisierung zu hindern und in möglichst viele sich gegenseitig bekämpfende Interessengruppen zu zersplittern. Hierzu dienten die Unterteilung der Arbeiterschaft in zahlreiche Qualifikationsgruppen mit unterschiedlichen Löhnen, die hierarchische Aufgliederung der Belegschaft in einfache Arbeiter, Vorarbeiter, Werkmeister und eine Reihe von Angestelltenrängen sowie die Formalisierung der Beziehungen dieser Gruppen untereinander in quasi militärischen Arbeitsordnungen¹⁰³, ferner eine Mischung von Prämienverheißungen und Strafandrohungen, die für Leistungsdruck und Wohlverhalten sorgten. Schließlich ermöglichte das Akkordlohnsystem, das mit der Einführung von maschinellen und rationalisierten Fertigungsmethoden vordrang, den Unternehmensleitungen nicht

nur, die Arbeitsnormen innerhalb erheblicher Bandbreiten zu manipulieren – Marx bezeichnete es deshalb als »fruchtbarste Quelle von Lohnabzügen und kapitalistischer Prellerei«¹⁰⁴ –, sondern es entfesselte auch eine gleichsam archaische und animalische Konkurrenz der Arbeiter unter- und gegeneinander, die kaum weiterer Antriebe und Aufsicht bedurfte und gleichsam automatisch ein Maximum an Arbeitsinsatz und Produktivität garantierte.

Um sich ein Bild von der Lage der Arbeiter in der Metallindustrie vor 1914 zu machen, sind darüber hinaus die allgemeinen Produktionsbedingungen zu berücksichtigen. Oft zehnstündige Arbeitstage, die durch Überstunden häufig noch weiter verlängert wurden¹⁰⁵, Aufenthalt in lärm-erfüllten und rußigen Fabrikhallen, die oft nicht einmal minimale Sicherheits- und hygienische Ansprüche erfüllten, setzten viele Arbeiter permanentem Streß und gesundheitlichen Gefahren aus, wofür die steigenden Zahlen von Betriebsunfällen und Invalidität eindringliche Belege bieten¹⁰⁶.

Selbst im Privatleben dieser Industriearbeiter verblieb kaum ein Winkel, der nicht durch ihre Eigenschaft als lohnabhängige Proletarier bestimmt wurde. Die arbeitsfreie Zeit blieb als notwendige Regenerationsphase eine Funktion der Arbeit, von ihrer Vorprogrammierung durch Nacht- und Sonntagsarbeit ganz abgesehen. Oft wurde sie durch lange Wege von und zur Arbeitsstelle noch weiter verkürzt. Urlaub für Arbeiter war noch weitgehend unbekannt; Arbeiter des Mansfeldischen Kupferbergbaues etwa durften noch Anfang des 20. Jahrhunderts selbst anlässlich ihrer Hochzeit nur einen einzigen Tag der Arbeit fernbleiben. Die Löhne reichten häufig kaum zur Bestreitung der notwendigsten Bedürfnisse¹⁰⁷. Wenn man endlich noch die Wohnverhältnisse vieler Industriearbeiter in den Großstädten berücksichtigt, vollgestopfte, unhygienische Mietskasernen, die sich zu ganzen Arbeiterghettos zusammenballten¹⁰⁸, ferner ihre Gewißheit, daß die Bildungsschranken auch ihren Kindern den Aufstieg aus dem Elend verwehren würden, und demgegenüber die Tatsache bedenkt, daß ihnen die Entfaltung des privaten Reichtums der besitzenden Schichten tagtäglich handgreiflich vor Augen geführt wurde, dann wird verständlich, daß ihr Bewußtsein spezieller Berufszugehörigkeit verblaßte und einem allgemeinen Zusammengehörigkeitsgefühl Platz machte, das in der Gleichartigkeit ihrer Existenzbedingungen als lohnabhängige Industriearbeiter wurzelte. Sie gaben den eigentlichen Nährboden für das proletarische Klassenbewußtsein ab, und es ist kein Zufall, daß dort, wo diese Bedingungen am stärksten ausgeprägt waren, auch die Bestrebungen nach grundlegender Veränderung der Wirtschaftsordnung und der Betriebsverfassung am ehesten und am deutlichsten in Erscheinung traten.

Vor 1914 jedoch waren erst rd. 37 % aller Beschäftigten in Betrieben mit

mehr als 51 Belegschaftsmitgliedern tätig, davon 20 % in Betrieben mit 51 bis 200 Beschäftigten, 10 % in Betrieben mit 201 bis 1000 Beschäftigten und nur 7 % in Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten. 25 % aller Arbeiter hingegen gehörten Betrieben mit einer Beschäftigtenzahl zwischen 6 und 50 an und 37 % gar Kleinbetrieben mit weniger als 5 Beschäftigten¹⁰⁹. Viele der Bedingungen, die den Produktionsprozeß wie die Lage der Arbeiter in der Großindustrie bestimmten, galten für die Arbeiterschaft dieser Klein- und Mittelbetriebe noch nicht oder nur eingeschränkt. Noch arbeiteten hier überwiegend Angehörige derselben oder verwandter Berufe, und diese Homogenität stiftete ein natürliches Zusammengehörigkeitsgefühl. Seine Pflege und sein organisatorischer Ausbau wurden durch die besseren Kontaktmöglichkeiten innerhalb des Betriebs erleichtert, die die geringeren Belegschaftsstärken mit sich brachten. Wegen des meist niedrigeren Technisierungs- und Rationalisierungsgrades des Produktionsprozesses waren hier auch die Arbeitsteilung geringer und die Möglichkeiten, die Arbeitsbedingungen zu beeinflussen oder selbst zu gestalten, noch größer als in Großbetrieben. Schließlich fehlten weitgehend oder gänzlich neben den technischen auch die institutionellen Mechanismen zur Kontrolle und Disziplinierung der Arbeiterschaft, wie sie in der Großindustrie gebräuchlich waren.

Je kleiner die Betriebe, desto geringer die Differenzierung der Belegschaft, und desto eher bestand noch ein unmittelbares, patriarchalisches Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern. Auch die für die Großindustrie charakteristische Anonymität der Beziehungen zwischen Arbeitern und Eigentümern der Produktionsmittel war hier also noch kaum vorhanden. Im übrigen befanden sich viele dieser Betriebe nicht in Großstädten, sondern in Mittel- und Kleinstädten, eingebettet in ein agrarisch und kleingewerblich-handwerklich geprägtes Milieu. Für die Arbeiter hatte das oft nicht nur bessere Wohn- und teils auch Ernährungsverhältnisse zur Folge, zumal wenn sie selbst über kleinen Landbesitz verfügten, wie es etwa in Württemberg nicht selten der Fall war; sondern weil sie durchweg in diesen Städten erst eine soziale Minderheit ausmachten, unterlagen sie auch einem ständigen gleichsam osmotischen Druck seitens nicht-proletarischer Gruppen, der ihr Bewußtsein und politisches Verhalten nachhaltig beeinflusste.

Diesen sozioökonomischen Zuständen war der Berufsverband als gewerkschaftliche Organisationsform noch weitgehend adäquat. Er faßte Arbeitergruppen zusammen, die nach Ausbildung und Arbeitsbedingungen zusammenhingen und noch erkennbar in sich abgeschlossen waren, wie die der Bäcker, Fleischer, Buchdrucker, Glaser, Schuhmacher und Zimmerer. Er taugte sehr wohl als Instrument zur Vertretung der Interessen seiner Mitglieder, wie am deutlichsten die erfolgreichen Kämpfe der Buchdrucker

zeigen. Das Prinzip des Berufsverbandes erweist sich insoweit also nicht als antiquierte zünftlerische Marotte, sondern als Reflex eines bestimmten Entwicklungsstadiums traditioneller Handwerkerberufe unter den Bedingungen vordringender Industrialisierung und kapitalistischer Wirtschaftsorganisation.

Daß die Gewerkschaften von der Großindustrie weitgehend ausgeschlossen blieben und insbesondere die ungelerten Arbeitergruppen erst zum kleinsten Teil erfaßten, hat allerdings dazu geführt, daß dieses Organisationsprinzip und die Dominanz berufsständisch-zünftlerischer Elemente in den Einzelgewerkschaften länger konserviert wurden, als es der sozialen Entwicklung der Arbeiterschaft und der Entwicklung der Produktionsverhältnisse entsprach. Bis zum 1. Weltkrieg blieben die Gewerkschaften hinter diesen Entwicklungen deutlich zurück. Ihre Organisation zeigte noch 1914 ein ähnlich buntscheckiges Bild wie 1890. Die Zahl der Einzelgewerkschaften hatte sich lediglich von 53 auf 48 verringert. Allerdings gab es separate Arbeiterinnen-Organisationen mit Ausnahme des 1909 gegründeten Zentralverbandes der Hausangestellten nicht mehr, und die Ungelernten waren in die jeweiligen Berufs- oder Branchenorganisationen einbezogen worden, mit Ausnahme der Buchdruckereihilfsarbeiter, die außerhalb des exklusiven, »aristokratischen« Buchdruckerverbandes weiterhin ein organisatorisches Schattendasein fristeten.

Der Verschmelzungsprozeß jedoch war erst bei den Arbeitern der Metallberufe im wesentlichen abgeschlossen; ansatzweise begonnen hatte er in den Berufen des Hoch- und Tiefbaus, wo neben dem Bauarbeiterverband noch Verbände für Asphalteure, Dachdecker, Glaser, Steinarbeiter, Steinsetzer, Maler, Tapezierer und Zimmerer existierten; kaum berührt zeigte sich das graphische Gewerbe, wo nebeneinander Verbände für Buchbinder, Buchdrucker, Buchdruckereihilfsarbeiter, Lithographen, Notenstecher und Xylographen bestanden. Gar nicht erfaßt hatte er die traditionellen Handwerkerberufe, unter denen technische und strukturelle Veränderungen nur langsam vordrangen, wie die Bäcker und Konditoren, Böttcher, Fleischer, Friseure, Glasarbeiter, Kürschner, Schneider, Schuhmacher und Töpfer. Sie behaupteten ihre organisatorische Eigenständigkeit auch dann, wenn sich neben ihnen Verbände verwandter, aber weniger traditionsreicher Berufe gebildet hatten – so die Schuhmacher neben den Lederarbeitern sowie den Sattlern und Portefeuilern –, oder gar, wenn sie nur noch Inseln innerhalb des Einzugsgebiets gemischter Berufs- oder Industrieverbände bildeten – so die Böttcher neben den Holzarbeitern, die Kupferschmiede neben den Metallarbeitern, die Schneider und Hutmacher neben den Textilarbeitern.

Noch immer dominierten zahlenmäßig die reinen Berufsverbände. Rund

35 der 48 freien Gewerkschaften waren als solche anzusprechen, und selbst in einem Industrieverband wie dem DMV gaben die handwerklich qualifizierten Arbeiter den Ton an¹¹⁰. Allerdings verschob sich das Gewicht der Mitglieder zu den zusammengeschlossenen Verbänden. Allein die sechs Industrieverbände – DMV, Fabrikarbeiterverband, Bauarbeiterverband, Transportarbeiterverband, Holz- und Textilarbeiterverband – umfaßten zusammen über 1,6 Millionen Mitglieder, rund zwei Drittel aller Gewerkschaftsangehörigen. Einstweilen jedoch blieben mit der Uneinheitlichkeit der Organisationsprinzipien extreme Größenunterschiede erhalten: der größte Verband, der DMV, zählte Ende Juli 1914 538 730 Mitglieder, der kleinste, der Xylographenverband, gerade 419¹¹¹. Von den 48 Verbänden hatten 9 weniger als 5000 Mitglieder, 7 zwischen 5000 und 10000, 12 zwischen 10000 und 20000, 8 zwischen 20000 und 50000, 4 zwischen 50000 und 100000 und lediglich 7 mehr als 100000 Mitglieder. Diese 7 Verbände aber umfaßten allein ca. 70 % aller freigewerkschaftlich Organisierten¹¹².

Die Dominanz des handwerklichen und klein- und mittelgewerblichen Elements in den Gewerkschaften bestimmte auch die Zusammensetzung des Funktionärskörpers. Der typische Gewerkschaftsführer der ersten Generation, die zwischen 1855 und 1870 geboren wurde, stammte aus der Provinz, hatte nach dem Besuch der Volksschule ein Handwerk erlernt, oft nach der Beendigung der Lehre nach alter Zunftsitte eine längere Wanderschaft angetreten, in kleineren und mittleren Betrieben gearbeitet und innerhalb der Organisation von Stufe zu Stufe Karriere gemacht¹¹³. So wurde Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission, 1861 in Marienburg geboren, absolvierte eine Lehre als Drechsler, besuchte die Fortbildungsschule und eignete sich im Selbststudium weitere Kenntnisse an, kam nach verschiedenen Stationen 1886 nach Hamburg, wo er alsbald dem Fachverein der Drechsler beitrug, und wurde 1889 besoldeter Zentralverbandsvorsitzender der Drechsler¹¹⁴. Entsprechend der Entwicklung der Industrieverbände aus einzelnen Berufsverbänden und ihrer noch stark handwerklich bestimmten Mitgliedschaft gilt dieses biographische Schema auch für die Führer der Metall-, Holz- und Fabrikarbeiter¹¹⁵.

Von den 25 Gewerkschaftsführern, die zwischen 1890 und 1914 der Generalkommission angehörten, hatten mindestens 20 ein Handwerk erlernt; nicht weniger als 47 % hatten sich außerdem nach dem Volksschulbesuch auf Mittel- oder Fachschulen, im Selbststudium oder auf Reisen noch weitergebildet¹¹⁶. Diese biographischen Daten machen es wenigstens zum Teil verständlich, daß manche Gewerkschaftsführer unbeschadet ihrer sozialistischen Bekenntnisse in nicht minder starkem Maße Träger des alten Handwerksgeistes blieben als selbständige Handwerksmeister – wie ihr ausgeprägtes Interesse für die Zunftgeschichte bezeugt¹¹⁷ – und daß vielen

von ihnen mangels eigener Kenntnis der großindustriellen Produktionsverhältnisse das Verständnis für die Relevanz grundlegender wirtschaftspolitischer Fragen in auffälliger Weise fehlte¹¹⁸.

Aus all dem ergibt sich, daß die deutsche Arbeiterschaft vor 1914 noch so sehr in sich differenziert war und noch so viele Elemente der handwerklich-zünftlerischen Tradition in ihr weiterlebten, daß sie nur mit Einschränkungen bereits als eine sich ihrer selbst bewußte Klasse mit entsprechendem politischem Verhalten anzusehen war. Noch überlagerte bei vielen Arbeitern das Bewußtsein spezifischer Berufszugehörigkeit das Klassenbewußtsein. So war um die Jahrhundertwende etwa unter den Mansfelder Bergleuten das Bewußtsein der Berufszugehörigkeit gleichbedeutend mit dem Bewußtsein einer bestimmten Standeszugehörigkeit und mit einer selbstverständlichen Abgrenzung von Angehörigen eines anderen Berufs oder Standes. Ein Bergmann setzte sich nie mit einem Knecht an einen Tisch, weil er ihn in der sozialen Rangordnung niedriger als sich selbst einstufte, aber auch nicht mit sozial Höherstehenden, etwa einem Beamten oder Lehrer, »und auch nie auf ein Sofa, denn das war ihm zu fein, sondern nur auf einen Bretterstuhl«¹¹⁹. Erst im Laufe des weiteren Industrialisierungs-, Technisierungs- und Urbanisierungsprozesses und der mit ihm einhergehenden sozialen Mobilisierung und Nivellierung entwickelte ein wachsender Teil der Arbeiterschaft ein proletarisches Klassenbewußtsein, das das Berufsbewußtsein zurückdrängte.

Gewerkschaften und SPD

Die Dominanz des zünftlerisch-beruflichen Elements wirkte sich vor dem 1. Weltkrieg vor allem auf das Verhältnis der Gewerkschaften zur SPD aus. Anfänglich standen die Gewerkschaften im Schatten der Partei. Sie verdankten schon ihre Entstehung vielfach einer Parteiiinitiative, waren ihr zunächst zahlenmäßig und organisatorisch unterlegen, und die Partei bestimmte auch vorrangig ihre Funktion als »Rekrutenschule«¹²⁰, also als Instrument der Politisierung für den von der Partei geführten Klassenkampf. Freilich kehrte sich das Stärkeverhältnis allmählich um. Schon um 1900 lag die Zahl der Parteimitglieder anscheinend erheblich niedriger als die der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter¹²¹.

Die Diskrepanz zwischen gewerkschaftlichem und politischem Organisationsgrad läßt darauf schließen, daß das berufliche Zusammengehörigkeitsgefühl bei vielen Arbeitern stärker war als das politische und daß sie sich eher zur Verbesserung ihrer materiellen als ihrer politischen Lage organisierten. Sie taten dies um so eher, je mehr die Gewerkschaften ihrem

Bedürfnis nach größerer sozialer und ökonomischer Sicherheit entgegenkamen, das aus der allgemeinen Unsicherheit ihres Daseins nur zu leicht verständlich war. »Sie wollten sich satt essen und ein bißchen Lebensfreude erlangen«¹²². Neben den für jede Gewerkschaft konstitutiven Unterstützungen für streikende und gemäßregelte Mitglieder führten alle Verbände daher im Laufe der Zeit mehr oder minder breitgefächerte Unterstützungen für arbeitskampfunabhängige Risiken ein – für Erwerbslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Tod –, fast immer freilich erst nach langen Auseinandersetzungen. Denn während die Befürworter in erster Linie auf die Werbewirksamkeit solcher Unterstützungen gegenüber unorganisierten Berufskollegen hinwiesen, warnten ihre Gegner vor einem damit verbundenen Verlust des Kampfcharakters der Gewerkschaften. In der Tat nahmen die freien Gewerkschaften mit dem Ausbau ihres Unterstützungswesens mehr und mehr Züge einer »proletarischen Versicherungsgesellschaft«¹²³ an. Zwischen 1890 und 1912 gaben sie insgesamt 168,2 Mill. Mark für Reise-, Kranken-, Invaliden- und Erwerbslosenunterstützung sowie für Rechtsschutz, Prozeßkosten, Umzugskosten und andere Beihilfen aus, dagegen nur 130,8 Mill. für Streik- und Gemäßregeltenunterstützung¹²⁴. Trotzdem wird man ihnen nicht generell den Charakter von Kampfverbänden absprechen können.

In dem Maße, in dem die Gewerkschaften die SPD zahlenmäßig überflügeln, gewannen sie innerhalb der Partei an Einfluß. Bezeichnend hierfür ist das sprunghafte Ansteigen der Zahl der Gewerkschaftsfunktionäre in der Reichstagsfraktion von 1912 gegenüber den Fraktionen der vorangegangenen Legislaturperioden¹²⁵. Damit erlangten die Gewerkschaften zunehmend auch Einfluß auf den politischen Kurs der Partei und verlangten schließlich ein förmliches Mitspracherecht. Es wurde ihnen 1905 im Mannheimer Abkommen zwischen SPD-Vorstand und Generalkommission zugestanden, welches die Partei bei wichtigen politischen Entscheidungen faktisch an die Zustimmung der Gewerkschaften band.

Mit dem Wandel im Verhältnis von SPD und freien Gewerkschaften ging die unter den Begriffen »Revisionismus« und »Reformismus« bekanntgewordene theoretische und praktische Abwendung von der ehemals verbindlichen, im Erfurter Parteiprogramm formulierten revolutionären Zielsetzung einher, wobei der Reformismus eine seiner stärksten Stützen wiederum in den Gewerkschaften fand. Dies alles ist oft beschrieben worden¹²⁶. Nichtsdestoweniger liegen die Ursachen dieser Entwicklung noch immer weithin im dunkeln. Von bürgerlicher Seite ist sie im Interesse einer Integrationsideologie lange Zeit als pragmatischer Verzicht auf utopische Zukunftsvisionen, realpolitisch vernünftig und national erwünscht begrüßt worden¹²⁷. Auf der anderen Seite hat die orthodoxe marxistische Ge-

schriftsschreibung diesen Prozeß vorzugsweise auf ein individuelles Fehlverhalten der Arbeiterführer verkürzt und in den moralischen Vorwurf des Opportunismus, der Korrumpierung und des Arbeiterverrats umgemünzt. Für eine Historiographie, die auf ihre Weise ebenfalls der Herrschaftslegitimation dient, ist ein solches Verfahren ebenso verständlich, aber als Erklärung ebenso unzureichend¹²⁸. In Anlehnung an die Tradition der etatistisch-diplomatischen Geschichtsschreibung ist im übrigen von beiden Seiten die Wendung zum Revisionismus immer wieder in wenigen prominenten Partei- und Gewerkschaftsfunktionären personalisiert, überdies oft einseitig von der Partei und ihrer Ideologie her gesehen oder allenfalls als ein organisationssoziologisches Problem der Konkurrenz zwischen Partei und Gewerkschaft interpretiert worden. Sofern überhaupt Erklärungsversuche unternommen werden, greift man vorzugsweise auf zwei mittlerweile betagte Theorien zurück.

Die eine ist die Bürokratisierungstheorie, die erstmalig 1911 von Robert Michels formuliert und seitdem besonders von linken Kritikern der Arbeiterorganisationen in vielen Varianten immer wieder vorgebracht wurde¹²⁹. Sie sieht den Hauptgrund für die revisionistische Veränderung der Sozialdemokratie in der Zunahme hauptamtlicher Funktionäre. Mit dem Übergang vom Arbeiterdasein in den Status des hauptamtlichen Organisationsangestellten – so die zentrale These von Michels' auch auf die Gewerkschaftsführer gemünzten Theorie – entfremdeten sich die Arbeiterführer der Arbeiterschaft und formierten sich zu einer »neuen Klasse«¹³⁰ kleinbürgerlichen Zuschnitts, die immer weniger als Sachwalter der Arbeiter fungiere und immer einseitiger einen spezifischen Gruppenegoismus hervorkehre. Dabei verwandelten sich ursprünglich positive Eigenschaften wie Enthusiasmus, Energie, Geduld, Gewandtheit und sachlicher Ernst in typische »Parvenü«-Merkmale wie »Eitelkeit«, »Selbstzufriedenheit«, »Eigennutz, Faulheit und Feigheit«¹³¹. Vermöge ihrer Überlegenheit an Fachkenntnissen und Verwaltungserfahrung und ihrem Informationsvorsprung sichere diese Klasse ihre Herrschaft über die Organisation und führe mit ihrer »Herrschaft«¹³² und ihrer Allergie gegen Widerspruch die innergewerkschaftliche Demokratie ad absurdum. Die aus ihrer persönlichen Saturiertheit resultierende »Feigheit«, »politische oder moralische Unzuverlässigkeit«¹³³ und mangelnde Kampfbereitschaft verhinderten schließlich das Erreichen der eigentlichen Organisationsziele.

Hieran ist soviel richtig, daß die Zahl der hauptamtlichen Gewerkschaftsangestellten vor 1914 stetig zunahm. Einen ungefähren Eindruck dieser Entwicklung vermitteln die Mitgliedszahlen der Pensionseinrichtung der freien Gewerkschaften. Ihr gehörten 1902 111 ihrer Beschäftigten an, 1905 549, 1908 1267, 1911 1718 und 1914 2261¹³⁴. Demnach wären auf

einen Angestellten 1902 6600 Mitglieder, 1905 2400, 1910 1200 und 1914 870 entfallen¹³⁵. Da aber nicht jeder Gewerkschaftsangestellte der Pensionskasse angehört hat, lagen die wirklichen Zahlen mit Sicherheit höher, das Verhältnis zwischen Angestellten und Mitgliedern entsprechend niedriger¹³⁶. In etwa ist die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre zwischen 1904 und 1914 doppelt so schnell gestiegen wie die der Mitglieder¹³⁷. Die Generalkommission vermehrte die Zahl ihrer besoldeten Angestellten zwischen 1905 und 1914 sogar von 3 auf 34, also um mehr als das Zehnfache, während im gleichen Zeitraum die Mitgliedschaft der Gewerkschaften lediglich um 91 % zunahm.

Ein Zeichen von Überorganisation war dies trotzdem nicht. So beschäftigte allein der Bund der Landwirte, die wirtschaftliche Interessenvertretung der Großgrundbesitzer und eine der wichtigsten antisozialistischen Agitationszentralen, 1911 118 Angestellte¹³⁸. Auch die Relationen zwischen besoldeten Funktionären und Mitgliedern in den Einzelverbänden muten keineswegs übertrieben bürokratisch an¹³⁹. Im allgemeinen erlegten sich die Gewerkschaften bei der Einstellung neuer hauptamtlicher Angestellter große Zurückhaltung auf; Klagen reichlich mit Arbeit überhäufte Gewerkschaftsführer darüber waren nichts Seltenes¹⁴⁰.

Mit der Ausweitung der Organisation wurde auch die Bindung an die selbstgesetzten Regeln im allgemeinen Interesse aller Mitglieder strenger. Das führte dazu, daß die Leitungsinstanzen in einer wachsenden Zahl von Fällen gegenüber lokalen oder betrieblichen Sonderinteressen und Einzelaktionen, vor allem bei Lohnkämpfen, sowie gegenüber einzelnen Mitgliedern in Unterstützungsfragen eine restriktive Praxis übten. Dabei war freilich die Bereitschaft zu unbürokratischen Sonderregelungen im allgemeinen noch immer recht groß¹⁴¹. Gleichzeitig wurde mit ihrer hauptamtlichen Anstellung und mit zunehmender Amtsdauer das Gewicht der Führer innerhalb der Organisation größer, weil ihr Informationsvorsprung und ihre Verwaltungserfahrung sie immer weniger ersetzbar machten und sich in gleichem Maße die Möglichkeiten ihrer Kontrolle seitens der Mitglieder verringerten.

Bezeichnend dafür war das ungeschriebene Gesetz der Wiederwahl der Führer auf den Generalversammlungen, das sich vor 1914 durchsetzte. Es bewirkte eine außerordentliche Stabilität der gewerkschaftlichen Führung, jedenfalls auf der Ebene der Spitzenfunktionäre. Jahrzehntelange Amtsperioden, deren Dauer nur noch von denen katholischer Bischöfe übertroffen wurde¹⁴², waren keine Seltenheit. Carl Legien stand von 1890 bis zu seinem Tod 1920 an der Spitze der Generalkommission, Emil Döblin war von 1888 bis 1918 Vorsitzender des Buchdruckerverbandes, August Brey führte den Fabrikarbeiterverband sogar 41 Jahre lang; August Bringmann redigierte

von 1893 bis 1920 den »Zimmerer«, Gustav Hoch von 1891 bis 1916 die Dachdeckerzeitung. Bei Ausbruch des Weltkrieges war Oswald Schumann schon 17 Jahre Vorsitzender des Transportarbeiterverbandes, Hermann Sachse 12 Jahre Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes, Alexander Schlicke 19 Jahre Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, Josef Simon 14 Jahre Vorsitzender des Schuhmacherverbandes, Paul Umbreit 14 Jahre Chefredakteur des Correspondenzblattes, Otto Hue 20 Jahre Redakteur der Bergarbeiterzeitung und Robert Schmidt 11 Jahre Angestellter der Generalkommission¹⁴³.

Zweifellos konnten diese Verhältnisse eine Beeinträchtigung oder gar Bedrohung der innergewerkschaftlichen Demokratie mit sich bringen. Indessen ergaben sie sich aus Sachzwängen, die der Zielsetzung der Gewerkschaften entsprangen und mit den subjektiven Intentionen der Gewerkschaftsführer zunächst wenig zu tun hatten. Erst die straffe Organisierung und die Anstellung hauptamtlicher Funktionäre nämlich ermöglichten es den Gewerkschaften, sich von Arbeitgeberwillkür einerseits und Sonderinteressen von Mitgliedergruppen andererseits unabhängig zu halten. Außerdem gewannen sie so jene innerverbandliche Disziplin und Rationalität, das akkumulierte Wissen und die Erfahrung, die eine Voraussetzung dafür bildeten, gezielte Arbeitskämpfe erfolgreich durchzuführen. Die materiellen Kampferrfolge der Gewerkschaften zeigen, daß sich, gemessen am Maßstab des Gesamtinteresses der Bewegung, die Bürokratisierung trotz der relativen Mediatisierung der Massen auszahlte und als Fortschritt zu werten war¹⁴⁴.

Außerdem bestanden jedenfalls in den kleinen und mittelgroßen Verbänden noch enge Kontakte zwischen Führung und Mitgliedern. Manche Gewerkschaftsführer verbrachten den größeren Teil ihrer Zeit auf Reisen und kannten fast jede Zahlstelle, wie auch jedes interessierte Mitglied sie aus eigener Anschauung kannte. So waren die meisten Funktionäre über Lage, Stimmung und Interessen der Mitglieder in der Regel genau unterrichtet. Lediglich in den großen Verbänden hatten sich die Beziehungen zwischen Funktionären und Mitgliedern infolge der unumgänglichen Delegation von Entscheidungsbefugnissen gelockert. Hier versuchte man deshalb, die oligarchischen Tendenzen durch institutionelle Sicherungen einzudämmen. Ein Mittel dazu war die laufende Überwachung der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder durch unbesoldete, noch im Arbeitsprozeß stehende Beisitzer, die häufig die Vorstandsmehrheit bildeten, ein anderes die Kontrolle des Gesamtvorstands durch einen Beirat, welcher regelmäßig seinen Sitz in einer anderen Stadt als der Vorstand hatte, oder einen überregional zusammengesetzten Ausschuß, ferner die Möglichkeit der Urabstimmung in grundsätzlichen Fragen, der Einberufung außerordentlicher

Generalversammlungen auf Verlangen einer qualifizierten Minderheit sowie der Überprüfung aller Vorstandsentscheidungen durch die Generalversammlung. Außerdem diente die Einrichtung von Gau- oder Bezirksvorständen, -kommissionen und -delegiertenversammlungen als Verbindungsglied zwischen Ortsverwaltungen und Zentralvorstand, die Schaffung von Branchenorganisationen der Behandlung spezifischer Berufsfragen¹⁴⁵.

Freilich ließen sich auf diese Weise das Gewicht der Gewerkschaftsbürokratie nur unvollkommen kompensieren und die Reibungsflächen zwischen ihr und der Basis nicht restlos beseitigen; teilweise wurden sie durch den organisatorischen Ausbau sogar neu geschaffen, etwa in Form der überproportionalen Zahl von Gewerkschaftsangestellten auf Gau- und Generalversammlungen sowie durch das Bestätigungsrecht des Zentralvorstandes bei der Einstellung von Orts- und Gaubeamten. Daß man sich an der Basis der Bedeutung dieser Probleme bewußt war, zeigte sich daran, daß die Frage der optimalen innergewerkschaftlichen Demokratie in allen Verbänden fast jede Generalversammlung aufs neue beschäftigte.

Trotzdem scheint das skizzierte System vor 1914 im großen und ganzen funktioniert zu haben; denn daß Vorstandsmitglieder oder ganze Zentralvorstände abgewählt wurden, kam bis zur Novemberrevolution nicht vor. Grundsätzliche Angriffe gegen die Vorstände wegen ungenügender Vertretung der Mitgliederinteressen waren selten, derart motivierte Absplitterungen von Minderheitsgruppen noch seltener und ausnahmslos von kurzer Dauer. Das lag vor allem daran, daß anders als in der politischen Organisation in den Gewerkschaften die Rückkoppelung der Führer an die Massen über materielle Verbesserungen lief. Ob die Gewerkschaftsführer eine effektive Tätigkeit entfalteten oder nicht, konnte jedes Mitglied unter anderem an Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ablesen. Blieben sie aus, so ließ eine heftige Reaktion der Mitglieder kaum lange auf sich warten. Auf die Dauer konnten die Gewerkschaftsführer deshalb schwerlich gegen die Interessen ihrer Mitglieder handeln. Nur die hauptamtlichen Mitglieder der Generalkommission, der 1890 eingerichteten Zentralinstanz der freien Gewerkschaften, arbeiteten unter anderen Bedingungen. Sie führten keine Lohnkämpfe und hatten auch keine Zeit, Kontakt mit den Basisorganisationen aller Einzelgewerkschaften zu pflegen. Doch war ihr Einfluß vor 1914 relativ schwach. Die Grundlinien ihres Handelns bestimmte die Konferenz der Vorstände der Einzelgewerkschaften, die regelmäßig zusammenkam.

Im übrigen fehlten für eine Distanzierung von der Mitgliederbasis auch die wesentlichen sozialen Voraussetzungen. Der angebliche Statuswandel der Gewerkschaftsführer bestand in erster Linie darin, daß »die Mitglieder,

die in der Werkstatt arbeiten, den Beamten im Büro, der einmal dasselbe war wie sie und jetzt mit den Unternehmern verhandelt, fast wie den Werkmeister als ehemaligen Kollegen, der seine Herkunft ein wenig verleugnet«¹⁴⁶, empfanden. Aber nur im Rahmen der proletarischen Subkultur galten die Arbeitsbedingungen, vor allem der Unterschied zwischen körperlicher und Schreibtischarbeit, als konstitutiv für die Zuschreibung des sozialen Status. Unter den damaligen gesamtgesellschaftlichen Bedingungen hingegen konnte von sozialem Aufstieg der Gewerkschaftsführer erstlich kaum die Rede sein.

Ihre Gehälter lagen in der Pionierzeit der Gewerkschaftsbewegung kaum höher als die Facharbeiterlöhne des betreffenden Gewerbes, oft sogar erheblich unter dessen Spitzenlöhnen. Erst um 1900 überschritten sie den Durchschnittsverdienst eines Arbeiters um durchschnittlich 182 %, 1914 sogar um rund 220 %¹⁴⁷. Finanzschwächere Verbände konnten ihren Funktionären allerdings auch weiterhin oft nur niedrigere Gehälter zahlen. Theodor Cassau zufolge, der von allen Sozialwissenschaftlern seiner Generation die deutschen Gewerkschaften aus seiner Tätigkeit als Syndikus des Holzarbeiterverbandes und aus sonstigen vielfältigen Kontakten wohl am besten von innen kannte¹⁴⁸, blieben sie nicht selten sogar hinter den Akkordlöhnen guter Facharbeiter zurück, wie seiner Ansicht nach leitende Funktionen in den Gewerkschaften überhaupt »viel zu niedrig« honoriert wurden¹⁴⁹. Nicht selten bereitete deshalb die Besetzung von Lokal- und Gauangestelltenposten Schwierigkeiten, weil sie potentiellen Anwärtern wenig attraktiv erschienen. Hinzu kam, daß viele Gewerkschaftsführer einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens direkt oder indirekt für Zwecke der Organisation wieder ausgaben. Ihr Lebensstandard lag deshalb kaum höher als etwa der eines Werkmeisters¹⁵⁰. Bezeichnend dafür ist, daß selbst solche Arbeiterführer, die in der Weimarer Republik zu Ministern aufstiegen, ihre Dreizimmerwohnung weiter bewohnten und ihre Ehefrauen mit geringer Unterstützung durch eine Aufwartefrau den Haushalt selbst besorgten¹⁵¹. Auch ihre sonstigen Konsumgewohnheiten unterschieden sich nicht von denen anderer Arbeiter, wenn man vielleicht von einem bei manchen im Laufe der Zeit stärker hervortretenden Bildungsinteresse absieht, das sich mitunter auf ihre Kinder übertrug und bei diesen später als Motor zum sozialen Aufstieg weiter wirkte. Doch sogar solche Fälle blieben Ausnahmen¹⁵².

Für ihre Gehälter aber wurde den Gewerkschaftsführern ein Maximum an Arbeit abverlangt. Agitationsversammlungen, die in der Mehrzahl auswärts stattfanden, ließen für viele Gewerkschaftsfunktionäre freie Abende und selbst freie Wochenenden zur Rarität werden. Komfortabel ging es in ihrer Tätigkeit auch sonst nicht immer zu. Dem Vorsitzenden des Brauerei-

arbeiterverbandes z. B. verbot die Polizei im oberschlesischen Rybnik an einem der kältesten Abende im Januar 1907 nicht nur das Reden in einer Versammlung, sondern veranlaßte auch den Hotelbesitzer, ihn spät-abends, als kein Zug mehr fuhr, auszuquartieren, so daß er genötigt war, bei einem organisierten Bergarbeiter, dessen kleine Wohnung für die eigene Familie kaum ausreichte, im Ziegenstall zu übernachten¹⁵³. Für solche Unannehmlichkeiten wurden die Gewerkschaftsangestellten freilich durch die größere soziale Sicherheit entschädigt, die ihnen die Organisationen boten, indem sie ihnen im Krankheitsfalle das Gehalt weiterzahlten und ihnen die Risiken von Arbeitslosigkeit, Streiks und Maßregelungen abnahmen.

Entscheidend aber ist, daß die Gewerkschaftsführer trotz ihres höheren Einkommens und trotz der intellektuellen und rhetorischen Fertigkeiten, die sich viele von ihnen aneigneten, die Kluft, die die Arbeiterschaft von den bürgerlichen Schichten trennte, ebensowenig zu überspringen vermochten wie ein gewöhnlicher Arbeiter. Abgesehen von beschränkten und formalisierten Kontakten in den Parlamenten, in der sozialpolitischen Selbstverwaltung, in der Kommunalverwaltung sowie mit Tarifkontrahenten blieb ihr sozialer Bereich bis 1914 auf ihre eigene Klasse begrenzt. Konnte einem einzelnen Arbeiter ausnahmsweise der soziale Aufstieg glücken – den von der bürgerlichen Gesellschaft geächteten Arbeiterführern waren alle Möglichkeiten eines Aufstiegs in andere Positionen und damit des Übergangs in eine andere Klasse versperrt. Mochten in der Zunahme des Beamtenelements in den freien Gewerkschaften auch Tendenzen zur Entfremdung zwischen hauptamtlichen Funktionären und Mitgliedschaft angelegt sein, so blieben sie unter diesen Umständen doch bis zum Weltkrieg weithin latent.

Die Bürokratisierung erweist sich für die deutschen Gewerkschaften vor 1914 also weitgehend als »Scheinproblem«¹⁵⁴ und jedenfalls als ungeeignet zur Erklärung ihrer Anfälligkeit für den Revisionismus. Sofern die Größe der Organisationen für die reformistische Praxis der Gewerkschaftsführer – etwa bei der Ablehnung des Massenstreiks – verantwortlich zu machen ist, lagen die Ursachen dafür nicht in deren Gruppenegoismus, sondern primär in äußeren Rücksichten, in erster Linie der Überzeugung, daß Massenstreiks unter den damaligen Machtverhältnissen nur mit einer schweren Niederlage enden konnten. Hinzu trat die Absicht, die Gewerkschaften in der Durchführung der Tageskämpfe des Proletariats nicht zu gefährden und deshalb vor dem Zugriff von Polizei und Staatsanwaltschaft zu schützen und das Organisationsvermögen für die Unterstützungsleistungen zusammenzuhalten, die für das Vertrauen einer großen Zahl von Mitgliedern zur Organisation wachsende Bedeutung erhielten¹⁵⁵.

Die andere Theorie zur Erklärung des Revisionismus in der deutschen

Arbeiterschaft vor dem 1. Weltkrieg ist die Imperialismustheorie Lenins¹⁵⁶. Ihr zufolge bedient sich der durch immense Kapitalkonzentration in wenigen Händen charakterisierte monopolisierte Kapitalismus zur Aufrechterhaltung einer maximalen Profitrate mehr und mehr des Kapitalexports, welcher ihm die ökonomische Ausplünderung des größten Teils der Welt ermöglicht und einen »gigantischen Extraprofit« verschafft, mit dem er »die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie bestechen«¹⁵⁷ könne, um sie »von der Masse des Proletariats abzuspalten«¹⁵⁸ und schließlich als »soziale Hauptstützen der Bourgeoisie« seinen Herrschaftsinteressen dienstbar zu machen. Solcherart materiell und am Ende auch ideologisch korrumpiert, würden sie »die wirklichen Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, die Arbeiterkommiss der Kapitalistenklasse ... die wirklichen Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus«¹⁵⁹.

In der vorliegenden Form ist auch dieser Ansatz nicht sonderlich hilfreich. Wegen mangelnder Definitionsmerkmale bleibt der Begriff der »Arbeiteraristokratie« ebenso unklar wie die an sich bemerkenswerte Unterscheidung »zwischen der ›Oberschicht‹ der Arbeiter und der ›eigentlich proletarischen Unterschicht‹«¹⁶⁰. Als wichtigstes Kriterium scheint die Lohnhöhe zu gelten. Demnach wären zur letzten Gruppe vor allem Hilfsarbeiter, Landarbeiter, Gastarbeiter und Frauen zu zählen. Vermutlich ließen sich tatsächlich – ausreichende Erhebungsdaten vorausgesetzt – bei ihnen signifikant andere politische Einstellungen und Verhaltensweisen feststellen als bei der Mehrheit der bestbezahlten Arbeiter. Doch daß die Lohnhöhe allein das politische Verhalten keineswegs prädestiniert, daß Zugehörigkeit zur »Arbeiteraristokratie« und revisionistische Einstellung durchaus nicht immer korrelieren, zeigt schon ein Blick auf den Konservatismus der Buchdrucker, den häufigen Radikalismus der Metallarbeiter und das Nebeneinander von Traditionsverbundenheit und starken syndikalistischen Strömungen bei den Bergarbeitern – drei Gruppen, die ihrer Lohnhöhe nach einigermaßen vergleichbar sind. Überdies wäre erst zu demonstrieren, auf welchem Wege ausgerechnet die Buchdrucker durch koloniale Extraprofiten »bestochen« worden sein sollen. Mit einiger Wahrscheinlichkeit sind neben der Lohnhöhe als weitere Parameter für das politische Bewußtsein und Verhalten die Arbeitszeit, die Betriebsgröße, das Ausmaß der innerbetrieblichen Autokratie, die Qualifikation der Arbeiter und das Verhältnis zwischen Gelernten und Ungelernten, die Dauer der Branchen- und Betriebszugehörigkeit, außerdem der Familienstand, Konfessionszugehörigkeit sowie sozialgeographische Daten zu berücksichtigen und mit den Mechanismen politischer Unterdrückung und intellektueller Absperrung in Verbindung zu bringen.

Nichtsdestoweniger enthält der Leninsche Ansatz mit dem Versuch, binnen- und außenwirtschaftliche mit innen- und außenpolitischen Faktoren zu verknüpfen und politisches Verhalten aus ökonomischen Determinanten abzuleiten, einen Ansatz, der weiterführen kann. Das wird deutlich, wenn man ihn zu der Frage erweitert, welche materiellen Konsequenzen die industrielle Entwicklung und die Entfaltung des Kapitalismus für die Arbeiterschaft hatten und welche Auswirkungen sich daraus auf ihr politisches Bewußtsein ergaben.

Wandel der Lebensbedingungen

In der Antwort darauf ist an erster Stelle die kontinuierliche Steigerung der Reallöhne zu nennen, die vom Ende der Gründerjahre bis zur Jahrhundertwende anhielt¹⁶¹. Sie fällt erst recht ins Gewicht, wenn man sie mit der gleichzeitig stetig voranschreitenden Arbeitszeitverkürzung in Verbindung bringt. 1870 betrug die tägliche Arbeitszeit durchschnittlich 12 Stunden und mehr, 1900 etwa 10½ Stunden, 1914 9½ Stunden mit weiter fallender Tendenz¹⁶², bei allerdings erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Industriezweigen und Regionen selbst innerhalb derselben Berufsgruppe¹⁶³. Gleichzeitig ging die im Frühkapitalismus noch weit verbreitete Kinderarbeit stark zurück¹⁶⁴, während die Zahl der arbeitenden Frauen sich zwischen 1882 und 1907 nahezu verdoppelte¹⁶⁵. Auch die Arbeitslosigkeit nahm erheblich ab, wenn auch in den verschiedenen Regionen und Branchen unterschiedlich schnell; im übrigen schwankte sie je nach konjunktureller Lage¹⁶⁶. Auch wenn man berücksichtigt, daß wegen des Wachstums der Zahl abhängig Beschäftigter selbst bei gleichbleibender Arbeitslosenquote die absolute Zahl der Arbeitslosen anstieg¹⁶⁷, so läßt sich aufgrund dieser Zahlen doch die Auflösung der industriellen Reservearmee konstatieren. Aus diesem Grund ging auch die Zahl der Auswanderer, die zwischen 1881 und 1885 noch insgesamt 1 Mill. erreicht hatte, ziemlich stetig zurück¹⁶⁸. In den wichtigsten Industriezweigen wurde die Vollbeschäftigung zur Regel, und in manchen Bereichen ließ sich der Arbeitskräftebedarf sogar nur noch mit ausländischen Arbeitern decken; deren Gesamtzahl belief sich vor 1914 auf ca. 800000. Rund 500000 von ihnen waren in der Industrie beschäftigt, vornehmlich im Baugewerbe und im Bergbau, rund 300000 in der Landwirtschaft, meist Saisonarbeiter aus dem polnischen Teil Rußlands¹⁶⁹.

Die Realloohnerhöhung und die mit ihr verbundene Kaufkraftsteigerung¹⁷⁰ führten zu einer spürbaren Hebung des Lebensstandards auch der Arbeiterschaft in den Jahrzehnten zwischen Reichsgründung und Kriegs-

ausbruch. Sie wirkte sich am stärksten auf dem Ernährungssektor aus. Das wiederum hing mit der quantitativen Steigerung der Nahrungsmittelproduktion zusammen, die in erster Linie wissenschaftlich-technischen Neuerungen in den Produktionsmethoden – Kunstdünger, Schädlingsbekämpfung – sowie verbesserten Konservierungstechniken und schnelleren Transportmöglichkeiten zu verdanken war und dadurch auch qualitative Verbesserungen in der Ernährung der breiten Volksmassen ermöglichte. Die seit Jahrhunderten chronische Unterernährung der unteren Volksklassen ging zum ersten Mal seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zurück, um endlich ganz zu verschwinden¹⁷¹. Erst diese »endgültige Lösung der Magenfrage« schuf in Verbindung mit der Arbeitszeitverkürzung und der Erleichterung der Arbeit durch den Einsatz von Maschinen »die elementaren physiologischen Voraussetzungen für das Ansammeln von physischen, geistigen und psychischen Energiereserven«, die auch vielen Arbeitern »nunmehr den Luxus aktiver Beteiligung am öffentlichen Leben als Dauerzustand« erlaubten¹⁷².

Mit der Realloohnerhöhung sank auch der Anteil der Nahrungsmittelausgaben am Gesamtvolumen der privaten Konsumausgaben¹⁷³. Folglich blieben größere Lohnanteile für andere Posten verfügbar, insbesondere für die Wohnung und die Verbesserung der Wohnungseinrichtung, außerdem für Hausrat und Bekleidung sowie für Verkehrs- und Versorgungsleistungen, die die höchsten Zuwachsraten überhaupt zu verzeichnen hatten¹⁷⁴. Gerade hinter dem letzten Titel verbergen sich umwälzende, in ihren Auswirkungen schwer quantifizierbare Veränderungen, etwa die zeitsparende Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel anstelle stundenlanger Fußmärsche von und zur Arbeitsstelle und alltäglich spürbare Erleichterungen durch die Einführung der allgemeinen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung. Schließlich erwachsen der Arbeiterschaft wenigstens minimale Bildungsmöglichkeiten aus der Arbeitszeitverkürzung. Sie erst schuf hier und da kleine Freiräume, in denen über die Reproduktion der Arbeitskraft hinaus sich die Möglichkeit zur Lektüre, zum Besuch kultureller Veranstaltungen, zur theoretischen Schulung und endlich zur organisatorischen Arbeit auftrat. Noch schneller als die Kaufkraft der Löhne und der allgemeine Lebensstandard der Arbeiter stieg allerdings die Menge der von ihnen produzierten Güter. Folglich übertraf das Wachstum des Kapitaleinkommens das des Arbeitseinkommens, der Anteil der Arbeiter am gesamtgesellschaftlichen Reichtum ging also zurück¹⁷⁵.

Nichtsdestoweniger erbrachte die Gesamtheit dieser Veränderungen in Verbindung mit der staatlichen Sozialpolitik ein Minimum sozialer Sicherheit und damit erst die materiellen Voraussetzungen für das Aufblühen, die Leistungsfähigkeit und die vielfältigen Aktivitäten der Arbeiterorganisa-

tionen: neben Partei und Gewerkschaften entstanden Turn- und Sängervereinigungen, Radfahrer- und Wanderbünde, Abstinenzlerbünde, Jugendvereinigungen und Bildungsvereine aller Art. Es ist deshalb kein Zufall, daß es um die Arbeiterbewegung dort am besten stand, wo die Industrie am weitesten entwickelt war und sich zur Gewährung relativ hoher Löhne bei relativ niedrigen Arbeitszeiten in der Lage sah. Wie die verschiedenen Faktoren zusammenwirkten und auf welche Weise sie sich im Bewußtsein der Arbeiter niederschlugen, ist noch kaum erforscht und sollte anhand präziser empirischer Analysen zunächst für einzelne Arbeitergruppen oder Gewerbebezüge geklärt werden. Diese ökonomischen Befunde wären sodann mit den außerökonomischen Parametern in Verbindung zu bringen, die bereits für die Analyse des Phänomens der »Arbeiteraristokratie« als notwendig bezeichnet wurden¹⁷⁶. Erst auf einer solchen Basis ließe sich eine zulängliche Theorie der Ursachen des Reformismus entwickeln.

Trotz dieses Mangels läßt sich jedoch die Hypothese wagen, daß der Durchbruch in die technisch-industrielle Zivilisation, diese »entscheidende . . . , wirklich revolutionierende Epochenwende in der Strukturgeschichte des Wirtschaftswachstums«¹⁷⁷, von der Mehrheit des Proletariats ungeachtet der damit einhergehenden neuen Verelendungserscheinungen als Fortschritt empfunden wurde. Ausdrückliche Belege für diese Behauptung lassen sich allerdings nur schwer erbringen; denn die Masse der Arbeiter, die im Laufe des 19. Jahrhunderts erst dem Analphabetentum entwuchs, hat keine schriftlichen Spuren hinterlassen. Man kennt kaum Briefe oder Tagebücher von ihnen, entweder weil sie verlorengegangen oder von der historischen Wissenschaft als Quelle nicht beachtet worden sind, wahrscheinlich aber deshalb, weil sie nie geschrieben wurden. Aus naheliegenden Gründen zeigte und zeigt bis auf den heutigen Tag das Proletariat keine Neigung zur literarischen Selbstdarstellung und ein unterentwickeltes Verhältnis zu seiner eigenen Geschichte als Klasse. Kaum ein gewöhnlicher Arbeiter hat eine Autobiographie geschrieben, lediglich manche Partei- und Gewerkschaftsführer, und auch sie in viel geringerem Maße als bürgerliche Politiker, Verbandsfunktionäre und Wirtschaftsführer. Den wenigen Autobiographien der ersten Generation von Gewerkschaftsführern aber, die zwischen 1850 und 1870 geboren wurden und vor- und frühindustrielle Produktions- und Lebensformen noch am eigenen Leibe kennengelernt haben, ist jedoch die überwiegend positive Wertung der Industrialisierung und ihrer Folgen explizit oder implizit zu entnehmen¹⁷⁸.

Daneben gibt es indirekte Belege für jene Hypothese. Ein Indiz liegt darin, daß in der Sozialdemokratie allmählich die Ablehnung der außenwirtschaftlichen, selbst der imperialistischen Implikationen der deutschen Industrialisierung schwächer wurde und einer scheuen Zustimmung wich.

Schon vor 1914 verwarfen SPD und Gewerkschaften die deutsche Kolonialpolitik nicht mehr grundsätzlich, sondern zogen sich mehr und mehr auf Kritik an den Formen der Herrschaftspraxis zurück¹⁷⁹; und auch der grundsätzliche Widerstand gegen die preußisch-deutsche Militärpolitik bröckelte langsam ab¹⁸⁰. Wie in den Leninschen Bemerkungen über den »Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus« bereits angedeutet¹⁸¹, begann sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft als ganze insofern als Arbeiteraristokratie zu verhalten, als eine Gruppe nämlich, die zur Erfüllung ihrer materiellen Interessen die ökonomische und notfalls auch die politische Abhängigkeit billiger Rohstofflieferanten in Kauf zu nehmen bereit war. Während des 1. Weltkrieges trat diese Bereitschaft in aller Deutlichkeit hervor¹⁸².

Ein weiteres Indiz für die Bejahung der industriellen Struktur Deutschlands durch die Arbeiterschaft ist darin zu sehen, daß deren größter Teil gegen alle Spielarten antiindustrieller Strömungen und Ideologien gleichermaßen immun blieb¹⁸³. In bürgerlichen und adligen Kreisen machte sich angesichts der technisch-industriellen Veränderungen und des sozialen Wandels in ihrem Gefolge das Gefühl breit, in einer niedergehenden Epoche, einem *fin de siècle* zu leben, mit dem soziale Privilegien und kulturelle Werte untergingen. Zwar unterschieden sich die Motive dieses Gefühls bei adligen Gutsherren, im Bildungsbürgertum und unter selbständigen Gewerbetreibenden; aber die Grundstimmung war ähnlich und speiste kulturpessimistische Strömungen, die ausnahmslos mehr oder weniger starke antiindustrielle Elemente enthielten¹⁸⁴.

Die Arbeiterschaft hingegen verbesserte im Zuge der Industrialisierung ihre materielle Lage, ohne durch sie zugleich eine Minderung ihres sozialen Status oder Einbußen an wirtschaftlicher oder politischer Macht befürchten zu müssen; denn diese besaß sie noch gar nicht, und ihr sozialer Status lag denkbar niedrig. Viele Arbeiter registrierten deutliche Fortschritte, wenn sie ihre eigenen Lebensbedingungen mit denen ihrer Eltern und Großeltern verglichen. Das Gefühl, Proletarier zu sein, die nichts zu verlieren hatten als ihre Ketten, schwächte sich hierdurch ebenso ab wie der Wille, die bestehenden Verhältnisse von Grund auf umzustürzen. Sofern revolutionäre Energien aus der Unerträglichkeit materieller Existenzbedingungen herrührten, trugen die ökonomischen Auswirkungen der Industrialisierung also dazu bei, sie zu verringern. Während im Bürgertum der Kulturpessimismus grassierte, verbreitete sich in der Arbeiterschaft ein unverkennbarer Fortschrittsoptimismus. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft fühlte sich als Pionier einer neuen Epoche. »Mit uns zieht die neue Zeit« – so hieß der Refrain des Kampfliedes der Sozialistischen Arbeiterjugend. Doch ein Kampflied war dies eigentlich gar nicht, viel eher ein fröhli-

ches Wanderlied, zu singen auf dem langen und beschwerlichen, aber doch verheißungsvollen Weg aus Armut, Not, Elend und Unbildung in eine hellere Zukunft.

Es hat überdies den Anschein, als habe die Identifikation mit der industriellen Struktur Deutschlands wenigstens in den Gewerkschaften ein latentes Arrangement mit, wenn nicht gar eine heimliche partielle Bejahung auch der kapitalistischen Struktur nach sich gezogen. Bezeichnend dafür ist, daß sich ähnlich wie in der Kolonialfrage die Kritik in erster Linie gegen die innerbetrieblichen Formen kapitalistischer Herrschaftsausübung richtete, die grundsätzliche Systemkritik aber auffällig zurückblieb. Nach den Beobachtungen Cassaus waren die Gewerkschaften vor 1914 »trotz starken Klassengefühls und sozialistischer Grundauffassung nicht von dem Willen zum Aufbau einer neuen ökonomischen Welt, sondern von der Praxis des Tageskampfes beherrscht«¹⁸⁵. Mit Erstaunen registrierte er, »wie gering das Interesse der Gewerkschaftsführer an den wichtigsten wirtschaftspolitischen Entwicklungstatsachen war« und daß die Gewerkschaften über den Konsumentenschutz der Arbeiter hinaus »kein ernsthaftes Interesse an der Wirtschaft« hatten¹⁸⁶. Auch geistig hätten sie »von dem Tage gelebt und weder versucht, theoretisch geschulte Köpfe zur Ausbildung ihrer Theorie in ihre Praxis zu ziehen, noch verstanden, aus den Kreisen ihrer Praktiker heraus Theoretiker zu schulen«¹⁸⁷. In der Tat beschränkte sich das Augenmerk der Gewerkschaftsführer auf die Belange des eigenen Berufes, auf Lohnkämpfe und andere Arbeitskonflikte in festgelegten Formen, auf Verbesserungen konkreter Arbeitsbedingungen, auf Sozialpolitik und Tarifauseinandersetzungen und vielleicht noch auf die Ausdehnung der Organisation.

Gewiß läßt sich diese Beschränkung nicht allein als Zeichen des Einverständnisses mit der kapitalistischen Grundstruktur der deutschen Industrie interpretieren. Einer ihrer Gründe lag auch in der hergebrachten Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Partei, derzufolge die Partei für die politische Seite des Klassenkampfes, für die theoretische Fundierung und das strategische Konzept zuständig war. Dies hätte indessen die Gewerkschaften keineswegs von der Beschäftigung mit Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung oder den Möglichkeiten des Übergangs von einer kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft und von der Erarbeitung einer Gewerkschaftstheorie abzuhalten brauchen. Die spärlichen Ansätze hierzu aber waren das Werk von Parteitheoretikern¹⁸⁸ und machten auf die Gewerkschaften selbst nur geringen Eindruck. Die Frage nach Übergangsmöglichkeiten vom Kapitalismus in den Sozialismus berührte sie »im Grunde nie«¹⁸⁹. Im allgemeinen zeigten sie sich ausgesprochen theoriefeindlich. Die Gewerkschaftsführer hatten für die Parteitheoretiker

wenig übrig; sie sahen in ihnen Literaten, die dem Proletariat fernstanden und seine Probleme nicht begriffen; »der Gewerkschaftspraktiker und der Parteitheoretiker redeten aneinander vorbei«¹⁹⁰.

Das galt in erster Linie für das Verhältnis der Gewerkschaftsführer zu den Wortführern der Radikalen auf dem linken Parteiflügel. Freundschaftlicher waren dagegen ihre Beziehungen zu den Revisionisten, den theoretischen Vorkämpfern praktischer Gewerkschaftspolitik. Mit ihnen sympathisierten sie im Streit um die Strategie sozialdemokratischer Politik, insbesondere in der Massenstreikdebatte und in der Auseinandersetzung um die Maifeier. Im Grunde aber bestand auch zwischen Gewerkschaftsführern und Revisionisten nur eine praktische Übereinstimmung; im stillen nämlich hielten jene die theoretischen Streitigkeiten überhaupt für »überflüssig und schädlich«¹⁹¹. Überaus bezeichnend dafür ist nicht nur, daß sie sich an den Kontroversen kaum beteiligten, sondern sich zur gleichen Zeit, sofern sie zur Feder griffen, lieber der Geschichte ihres eigenen Handwerks widmeten, mit Vorliebe der Zunftgeschichte¹⁹². Die Zurückhaltung der Gewerkschaften auf den Gebieten der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik hatte indessen zur Folge, daß sich aufgrund der erwähnten Arbeitsteilung auch die Partei dieser Themen kaum annahm; auch hier blieb die Beschäftigung mit wirtschaftspolitischen Grundsatzfragen die Domäne weniger Spezialisten.

Zum Teil hängt die Theoriefeindlichkeit vieler Gewerkschaftsführer wiederum mit ihrem Bildungsdefizit zusammen, das teilweise wohl auch ihre persönliche Animosität gegen die Parteiintellektuellen bürgerlicher Herkunft wie Karl Liebknecht erklärt. Auch spielte zweifellos eine Rolle, daß sie überwiegend in handwerklich-zünftlerischem Milieu groß geworden waren. Nicht zu Unrecht hat man ihre handwerklichen Tugenden wie Rechtschaffenheit und Hochschätzung praktischer Qualitätsarbeit mit ihrem Sinn für organisatorische Solidität und Besonnenheit in Verbindung gebracht, aber auch mit ihrer bis zur Borniertheit reichenden Abneigung gegen theoretische Abstraktionen und gegen politische Entwürfe, die über die jeweiligen Tagesbedürfnisse hinausgingen, ebenso mit ihrer mangelnden Fähigkeit, die Voraussetzungen ihres eigenen Handelns zu reflektieren¹⁹³. Trotzdem wäre die Tatsache, daß sie sich so wenig mit Alternativen zur bestehenden Wirtschaftsordnung und Strategien zu deren Veränderung beschäftigten, ohne die Annahme einer partiellen Identifizierung mit dieser Ordnung kaum verständlich. Ein schwerwiegendes Indiz für die Richtigkeit dieser Annahme ergibt sich schließlich daraus, daß sie, als der Sozialdemokratie im November 1918 die politische Macht unversehens in den Schoß fiel, nicht einmal den Versuch einer grundlegenden Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft unternahmen, sondern deren Fortbestand

um den Preis sozialpolitischer Konzessionen akzeptierten und sogar mit aller Kraft sicherten¹⁹⁴.

Diese Zurückhaltung in den Monaten der Novemberrevolution ist allerdings wiederum nicht ohne die Bedingungen verständlich, unter denen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung sich im Kaiserreich entwickelte. Wie erwähnt, war die deutsche Arbeiterschaft vor 1914 eine politisch und gesellschaftlich weitgehend isolierte Klasse. Der politische Einfluß der Arbeiterbewegung beschränkte sich – von den ihr zugänglichen Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit abgesehen – im wesentlichen auf die Parlamente und hier in erster Linie auf den Reichstag. Doch obwohl die Sozialdemokraten die stärkste Fraktion stellten, blieben sie in der Minderheit. Koalitionen mit bürgerlichen Parteien waren wegen der Stigmatisierung der Sozialdemokratie nahezu undenkbar. Politisch konnte die SPD ihre Hoffnung also nur darauf setzen, irgendwann selbst die Parlamentsmehrheit zu stellen, um wenigstens die dem Reichstag verfassungsmäßig zustehenden Rechte voll zugunsten der Arbeiterschaft auszunutzen. Doch ob sie selbst diesen legalen Weg bis zum Ende würde beschreiten können, schien keineswegs sicher. Nach der Einschätzung Kautskys jedenfalls hätten ihre Gegner eher den Bürgerkrieg ausgelöst, als der SPD die Reichstagsmehrheit zu überlassen. »Ehe wir noch 100 Deputierte haben, wird der Kampf gegen uns losgehen – nicht um den Sozialismus, sondern um die Demokratie«, meinte er kurz vor der Jahrhundertwende. »Staatsstreich, Aufhebung des Wahlrechts, Ausnahme Gesetze kommen dann, wenn nicht früher.«¹⁹⁵ Ob sich die Arbeiterschaft, falls es soweit gekommen wäre, einer Verschlechterung ihrer politischen Rechte erfolgreich hätte widersetzen können, ist zumindest zweifelhaft. Jedenfalls standen ihr keine außerparlamentarischen Möglichkeiten zur Ausweitung ihres politischen Einflusses zu Gebote. Bezeichnenderweise entzündete sich die Diskussion um den politischen Massenstreik nicht an der Frage einer Erweiterung, sondern an der Gefahr einer Einschränkung der politischen Rechte der Arbeiterschaft.

Auch ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten waren nur sektoral etwas größer. Lediglich in manchen handwerklich-gewerblichen Branchen hatte sie in Form von Tarifverträgen und anderen Vereinbarungen mit den Arbeitgebern gewisse Mitspracherechte erkämpft und damit Bastionen erobert, von denen aus sie ihren Einfluß langsam, aber einigermaßen stetig auszudehnen hoffen konnte. In der Großindustrie fehlten solche Übereinkommen, und Möglichkeiten, dies zu ändern, standen den Arbeitern nicht zur Verfügung. Ebenso wenig konnten sie weitergehende sozialpolitische Reformen durchsetzen. Nichtsdestoweniger verbesserte sich die materielle Lage der Industriearbeiterschaft vielfach auch dort unverkennbar, wo die Gewerkschaften noch nicht Fuß gefaßt hatten.

Dieses Nebeneinander von politischer Rechtlosigkeit und wirtschaftlich nur bescheidenem Einfluß auf der einen und spürbarer materieller Verbesserung auf der anderen Seite ist das eigentliche Charakteristikum der Lage der Arbeiterschaft im deutschen Kaiserreich, das daher nicht zu Unrecht auch als »autoritärer Wohlfahrtsstaat« bezeichnet worden ist¹⁹⁶. Es hat die Physiognomie der deutschen Sozialdemokratie nachhaltig geprägt. Die Begrenzung der politischen und ökonomischen Möglichkeiten trug entscheidend dazu bei, daß sich das Augenmerk der Sozialdemokratie im politischen Bereich auf die Parlamentsarbeit, im wirtschaftlichen auf den zähen Kampf um Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, um Anerkennung der Gewerkschaften, vertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen und Verbesserungen der sozialen Sicherheit, ferner auf den Schutz, die Konsolidierung und den Ausbau der Organisationen konzentrierte und daß über die Fragen nach der Verteilung des Sozialprodukts die grundlegende Frage nach den ökonomischen Eigentumsverhältnissen ihrem Gesichtskreis entschwand.

Unter den gegebenen Verhältnissen konnte beides in der Tat als der einzig gangbare Weg zur weiteren Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft erscheinen, wenn man nicht tatenlos auf eine ferne sozialistische Zukunft warten wollte. Denn für einstweilen unabsehbare Zeit stand allenfalls die Modifikation der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse auf der Tagesordnung, keineswegs aber der Kampf um ihre Beseitigung. Daß sich gleichzeitig trotz der politischen Ohnmacht der Sozialdemokratie und der geringen wirtschaftlichen Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften die materiellen Lebensbedingungen für das Gros der Arbeiterschaft verbesserten, hat jedoch zum Abbau der radikalen Gegnerschaft gegenüber den bestehenden Verhältnissen geführt und wiederum dazu beigetragen, daß sich innerhalb der Sozialdemokratie die reformistische Linie durchsetzen konnte.

Da die Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiet größere Erfolge erzielten als die Partei auf politischem Feld und sich dort, wo die Gewerkschaften relativ stark waren, auch die Lage der Arbeiterschaft schneller verbesserte als dort, wo die Gewerkschaften noch keinen Einfluß ausübten, ist es verständlich, daß besonders in den Gewerkschaften der reformistische Weg schließlich als erfolgversprechender angesehen wurde als der revolutionäre, zumal es hierfür auch kein historisches Beispiel gab, das als Orientierungshilfe hätte dienen können. Im übrigen mögen gerade die Gewerkschaftsführer, deren Handlungsspielraum ein wenig größer war als der der politischen Führer und erst recht der Parteintellektuellen, die Diskrepanz zwischen dem sozialistischen Ziel und dem derzeit Möglichen besonders kraß empfunden haben. In gleicher Richtung wirkte sich der Umstand aus,

daß die Spitzenfunktionäre überwiegend aus Branchen stammten, deren Arbeiter – nicht zuletzt aufgrund zäher gewerkschaftlicher Arbeit – vergleichsweise gute ökonomische Fortschritte zu verzeichnen hatten. Möglicherweise ließe sich zeigen, daß sich der Wille zum revolutionären Umsturz desto mehr abschwächte, je größer das Maß der materiellen Verbesserung und der Grad der kollektiven Mitbestimmung bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen waren. Insofern mag es vielleicht als symptomatisch gelten, daß der Vorsitzende des Verbandes der Buchdrucker, die in beiderlei Hinsicht an der Spitze marschierten, nicht der SPD angehörte und auch keine sozialdemokratischen Bestrebungen förderte¹⁹⁷.

Daß die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen über Jahrzehnte im wesentlichen unverändert blieben, hat überdies die innere Widersprüchlichkeit und Erstarrung begünstigt, wenn nicht überhaupt erst ermöglicht, in die die Sozialdemokratie im Wilhelminischen Reich geriet und für die auch die überlangen Amtszeiten der Gewerkschaftsführer symptomatisch sind. Daß die Arbeiterschaft von der bürgerlichen Gesellschaft als Klasse behandelt wurde und namentlich ihre Organisationen und deren Repräsentanten einem ständigen »Klassenkampf von oben« ausgesetzt waren, hat mit Sicherheit erheblich dazu beigetragen, daß sie sich großenteils selbst als Klasse fühlte. Hierin liegt vermutlich auch die Erklärung dafür, daß die Arbeiterschaft in Deutschland – stärker als etwa in England und in den USA, wo es einen Klassenkampf von oben nicht in gleichem Maße gab – ihr Klassenbewußtsein in der radikalen sozialistischen Begrifflichkeit Marxscher Provenienz artikulierte. Solange sich der einzelne Arbeiter im Betrieb eine oft diskriminierende Behandlung gefallen lassen mußte, gewerkschaftlich und politisch aktive Arbeiter von Polizei und Staatsanwalt verfolgt, die Organisationen durch die bürgerliche Presse verleumdet und von den Arbeitgebern nur in wenigen Fällen anerkannt wurden, konnten sich die Ansätze einer Identifizierung wenn schon nicht mit dem politischen, so doch mit dem ökonomischen System in der Arbeiterschaft nicht entfalten, geschweige denn durchsetzen. Auch und gerade solche Arbeiter, die aufgrund ihrer Qualifikation ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein besaßen, ihre eigene sozioökonomische Lage nicht als gänzlich unerträglich empfanden, womöglich sogar einen gewissen Stolz auf die Leistungen der deutschen Industrie hegten und daher die bestehenden Verhältnisse nicht mehr rundweg ablehnten, fühlten sich durch solche Praktiken, noch dazu in ihrer oft kleinlichen Anwendung, verletzt und wurden in eine radikal ablehnende Haltung gegenüber dem politischen und ökonomischen System zurückgeworfen, mochte es sich hierbei auch mehr und mehr um einen »Radikalismus wider Willen« handeln¹⁹⁸.

Die permanente Zurückweisung der Arbeiterschaft und ihrer Ansprüche durch die bürgerliche Gesellschaft sorgte also dafür, daß das sozialistische Ideal als Gegenbild der realen Zustände lebendig blieb, und verschaffte ihm seine für die Sozialdemokratie integrative Funktion. Aus den Bedingungen, denen die Arbeiterbewegung damals unterworfen war, erklären sich damit sowohl das Nebeneinander von revolutionärer Programmatik und reformistischer Praxis, das für die Vorkriegs-Sozialdemokratie charakteristisch ist, als auch die eigentümliche politische Sterilität ihrer Theorie. Für die praktisch mögliche Politik blieb die Theorie weitgehend unerheblich, von einer allgemeinen Richtungsbestimmung abgesehen. Aber sie blieb wichtig für die Selbstidentifizierung der Arbeiterschaft. Deshalb drängten auch die Gewerkschaftsführer nicht auf eine Revision des sozialdemokratischen Programms, mochten sie ihm auch angesichts der Stärke des preußisch-deutschen Staates für einstweilen unabsehbare Dauer keinerlei Realisierungschancen zubilligen und die Erörterungen über den richtigen Weg zum Sozialismus folglich für Sandkastenspiele halten und mochte mancher von ihnen, wie das Beispiel Döblins zeigt, sogar das sozialistische Ziel selbst nicht mehr als verbindlich ansehen. Immerhin tolerierten sie die theoretischen Auseinandersetzungen, sofern aus ihnen keine Handlungen abgeleitet wurden, die – wie insbesondere der politische Massenstreik – nach ihrer Überzeugung die ganze Organisationsarbeit und damit auch die mühselig errungenen ökonomischen Erfolge zunichte machen konnten. Infolgedessen traten die Gegensätze zwischen revolutionären und reformistischen Kräften innerhalb der Sozialdemokratie gegenüber der gemeinsamen Gegnerschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft zurück. Erst als sich während des Ersten Weltkrieges der politische Handlungsspielraum der Sozialdemokratie erweiterte, wurde die Sprengkraft dieser Gegensätze wirksam.

Bis dahin blieb auch bei den Theoretikern revolutionärer Observanz die Vorstellung der sozialistischen Gesellschaft abstrakt und inhaltlich unscharf. Die sozialdemokratischen Massen scheinen diese Frage nicht sonderlich intensiv beschäftigt zu haben, wenn man von der sicherlich verbreiteten Überzeugung absieht, daß es im Sozialismus all die Unterdrückung nicht mehr geben würde, die der Arbeiterschaft damals so zu schaffen machte. Für diese Annahme sprechen die Statistiken der Arbeiterbibliotheken über die Ausleihfrequenzen der sozialistischen Klassiker¹⁹⁹ und auch das selbstkritische Eingeständnis des sozialdemokratischen Parteiorgans Berlins, wo der gewerkschaftliche und politische Organisationsgrad der Arbeiterschaft traditionell besonders hoch und ihr politisches Bewußtsein mit am weitesten entwickelt war, es habe vor dem Krieg »mit dem sozialdemokratischen Wissen ... selbst bei fortgeschrittenen Genossen geman-

gelt«²⁰⁰. In den übrigen Bezirken konnte es hiermit demnach kaum besser stehen.

So infizierte die Lernunfähigkeit, die die Ausschließungsstrategie der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber der Arbeiterschaft begleitete²⁰¹, letztlich auch die Sozialdemokratie. Einerseits milderten die ökonomischen und sozialpolitischen Verbesserungen die grundsätzliche Kritik der Sozialdemokratie und entzogen ihr revolutionäre Energien. Andererseits bestand aufgrund der Aussichtslosigkeit, eine Beteiligung an der Macht zu erringen, für die Pragmatiker vom Schlage der meisten Gewerkschaftsführer weder eine Notwendigkeit noch ein Anreiz, Reformkonzepte zur schrittweisen demokratischen und sozialistischen Transformation der bestehenden Verhältnisse zu entwerfen, und sofern sie überhaupt einen Gedanken daran verschwendeten, stellten sie sich eine solche Veränderung »viel zu naiv und einfach« vor²⁰². Ebenso wenig bestand für den revolutionären Flügel der SPD und seine Theoretiker Anlaß, praktikable Konzepte für den Fall zu entwerfen, daß es zu einer Revolution kommen und eine sozialistische Gesellschaft errichtet werden könnte. Ausgeschlossen von allen Bereichen, in denen Macht ausgeübt wurde, konnten die Arbeiterführer jeder Orientierung im übrigen auch den schwierigen Umgang mit der Macht selbst nicht lernen; die soziale Ächtung pflanzte ihnen vielmehr ein tiefsitzendes Inferioritätsgefühl ein, das die Entwicklung eines politischen Selbstbewußtseins, der Voraussetzung für den erfolgreichen Umgang mit der Macht, behinderte.

Sonstige Gewerkschaften

Die partielle Identifikation mit den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen ist erst recht charakteristisch für die nicht-sozialistischen Arbeiterorganisationen, die neben den freien Gewerkschaften bestanden. Von ihnen waren die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine die älteste Gruppe²⁰³. 1869 auf Initiative linksliberaler Politiker nach dem Vorbild der englischen Trade-Unions gegen die aufkommenden sozialistischen Organisationen gegründet, erstrebten sie einen »liberalen Sozialismus«²⁰⁴, nämlich die »Hebung der Arbeiterklasse zur Selbständigkeit und Gleichberechtigung auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung«; statt »grundsätzlichen Klassenkampf« propagierten sie die friedliche Verständigung mit den Arbeitgebern²⁰⁵; der Streik kam für sie deshalb nur im äußersten Notfall in Frage. Im übrigen stellten sie sich ausdrücklich »auf nationalen Boden«²⁰⁶ und bezeichneten sich selbst als »staatserschaltende Organisation« mit dem Ziel, »die Massen auszusöhnen mit der bestehenden Staats-

ordnung«; denn »je mehr ... die Arbeiter im Gegenwartsstaat zu ihrem Recht kommen, desto ungefährlicher wird die Sozialdemokratie dem heutigen Staat«²⁰⁷. Wegen ihrer widersprüchlichen Position zwischen Proletariat und Bürgertum blieb ihre Anziehungskraft auf die Arbeiterschaft jedoch minimal. Ihre Stärke betrug Ende 1913 106618 Mitglieder, davon waren knapp die Hälfte – 43816 – Maschinenbau- und Metallarbeiter²⁰⁸.

Die Furcht der Zentrumspartei, die Arbeiter unter ihren Wählern an die SPD zu verlieren, und die Sorge der katholischen Kirche, diese Arbeiter könnten sich den überwiegend areligiösen freien Gewerkschaften anschließen, führten um die Jahrhundertwende zur Gründung der christlichen Gewerkschaften. Weniger Klassensolidarität als gemeinsame Religion verband ihre Mitglieder. Ihre Schwerpunkte lagen in Industriebezirken mit einem starken katholischen Bevölkerungsanteil, insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und seinen Randgebieten sowie im Saarland und in Oberschlesien. Auch die christlichen Gewerkschaften hoben die »gemeinsamen Interessen« von Kapital und Arbeit hervor und propagierten anstelle der »verwüstenden Klassengegensätze die Harmonie in der Gesellschaft«²⁰⁹. Sie erstrebten gleichfalls »die Herbeiführung gesetzlicher Reformen auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung« und wollten den Streik »nur als letztes Mittel und wenn erfolgverheißend« angewandt wissen²¹⁰. Um ihre Mitglieder entsprechend zu erziehen, bemühten sie sich um die Pflege der Religiosität und die Verbreitung einer Ständeideologie, die den Gedanken an sozialen Wandel durch ein statisches Gesellschaftsbild vermeintlich göttlichen Ursprungs verstellte, ferner um die Stärkung nationaler und monarchischer Überzeugungen und um eine Reihe praktischer Immobilisierungsmaßnahmen: auf dem Wohnungssektor betrieben sie eine kleinbürgerliche Eigenheimpolitik, in der Familienpolitik propagierten sie Kinderreichtum und kämpften gegen sexuelle Emanzipation, auf betrieblichem Gebiet entwickelten sie Gewinnbeteiligungs- und Kleinaktienmodelle, die vor 1914 freilich kaum realisiert wurden.

Gleiche Absichten und Ideen beherrschten die katholischen Arbeitervereine, rein konfessionelle Organisationen, die von Geistlichen geleitet wurden. Meist in den 80er Jahren von Unternehmern und Pfarrern als Konkurrenz gegen die Sozialdemokratie gegründet, hatten sie in den 90er Jahren versucht, rein katholische Berufsverbände, sogenannte Fachabteilungen, aufzubauen. Mangels Erfolgs überließen sie jedoch das Feld der wirtschaftlichen Interessenvertretung weitgehend den christlichen Gewerkschaften und konzentrierten sich auf die Pflege der religiösen Standfestigkeit durch gemeinsame Kommunionen und Arbeiterexerzitien, auf allgemeine antisozialistische, nationale und monarchistische Propaganda und karitative Tä-

tigkeiten²¹¹. Nur die sogenannte Berliner Richtung der Arbeitervereine kämpfte verbissen gegen diese Arbeitsteilung, unterstützt von Teilen des Episkopats. Sie attackierte die Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften, verwarf den Streik, forderte die unbedingte Unterordnung der Organisationen unter die Autorität der katholischen Kirche und arbeitete weiter am Aufbau rein katholischer Fachabteilungen. Da es die christlichen Gewerkschaften aber bis 1913 auf knapp 35000 Mitglieder brachten, die Fachabteilungen hingegen nicht einmal auf 10000, endete der »Gewerkschaftsstreit« im katholischen Lager damit, daß der als Schiedsrichter angerufene Vatikan die christlichen Gewerkschaften offiziell tolerierte, freilich unter der Bedingung, daß ihre katholischen Mitglieder zugleich Mitglied eines katholischen Arbeitervereins sein mußten. Vor 1914 allerdings gehörte nur eine Minderheit der Mitglieder christlicher Gewerkschaften einem Arbeiterverein an, nur eine Minderheit der Arbeitervereinsmitglieder einer christlichen Gewerkschaft²¹².

Trotz der kirchlichen und bürgerlichen Einflüsse näherten sich die christlichen den freien Gewerkschaften in ihrer praktischen Tätigkeit an, begünstigt durch die reformistische Entwicklung der letzteren. Schon vor 1914 gingen beide in manchen Arbeitskämpfen zusammen. Dort freilich, wo die christlichen den freien Gewerkschaften in den Rücken fielen – so vor allem beim Ruhrbergarbeiterstreik 1912 –, blieben ihre Beziehungen feindselig und gespannt. Nichtsdestoweniger weckte die Annäherung beider Seiten den steigenden Argwohn der Unternehmer. Nach anfänglich relativem Wohlwollen für die christlichen Gewerkschaften sahen sie in diesen nichts anderes als die »Vorfrucht für die Sozialdemokratie«²¹³ und bekämpften sie nach einiger Zeit mit kaum milderer Schärfe als die freien.

Das Pendant zu den katholischen Arbeitervereinen bildeten die evangelischen Arbeitervereine. Anfang 1914 umfaßten sie knapp 140000 Mitglieder, davon über 50000 in Rheinland-Westfalen und rund 19000 in Mitteldeutschland²¹⁴. Seit 1890 in einem Gesamtverband zusammengefaßt²¹⁵, hatten sie ebenfalls neben der »sittlich-religiösen Hebung« der Arbeiter und der Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage vor allem »den Kampf gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie«²¹⁶, die Bekämpfung der »materialistischen Weltanschauung«²¹⁷ und die Förderung der »Liebe zu Kaiser und Reich« auf ihre Fahnen geschrieben²¹⁸. Oft stellten die Vereine, die in der Regel von Pfarrern, mitunter von Lehrern oder anderen Angehörigen des Bürgertums geleitet wurden, lediglich Kegel- und Wanderklubs oder ähnliche Vergnügungsvereine dar. Erst als Reaktion auf die Wirksamkeit der freien Gewerkschaften entwickelten sie nach der Jahrhundertwende stärkere sozialpolitische Aktivität. 1905 empfahl der Gesamtverband seinen Mitgliedern, sich »entweder den christlichen oder auch anderen, von der

Sozialdemokratie nicht abhängigen und der Pflege der christlich-nationalen Ideen Freiheit lassenden Organisationen« anzuschließen²¹⁹. Noch weniger als die Mitglieder der katholischen scheinen jedoch diejenigen der evangelischen Arbeitervereine den Appell zum Gewerkschaftsbeitritt beherzigt zu haben²²⁰.

Sammlungspolitik und Weltpolitik

Alle Ansätze für ein Arrangement mit der bestehenden Wirtschaftsordnung scheiterten bis 1914 jedoch an dem unüberbrückbaren politischen Gegensatz, der zwischen der Arbeiterschaft auf der einen und dem Staat und seinen Trägern auf der anderen Seite bestand. Daß die Gewerkschaften in den Unternehmern zusehends weniger die Träger des kapitalistischen Wirtschaftssystems bekämpften, sondern die Gegner der Arbeiterorganisationen, blieb solange wirkungslos, wie die Unternehmer mit dem preußischen Adel verbündet waren, dessen Vorherrschaft die politische Rechtlosigkeit der Arbeiterschaft voraussetzte. Denn mit den undemokratischen Wahlrechten in den Einzelstaaten, mit der allgegenwärtigen und tagtäglich zu spürenden Entrechtung, Unterdrückung und Schikane durch die Staatsorgane und deren private Helfershelfer fanden sich die Arbeiter und ihre Organisationen, insbesondere die sozialistischen, niemals ab; diesem System galt vor 1914 ihr ungebrochener Haß.

Weder Junker noch Industrielle aber sahen irgendeinen Anlaß, ihr Bündnis aufzukündigen, solange es beiden Seiten wirtschaftliche und politische Vorteile versprach. Je größer die Arbeiterschaft wurde und je mehr ihre Organisationen an Umfang und Selbstbewußtsein zunahmen, wie die rd. 2,5 Mill. Gewerkschaftsmitglieder, die gleich große Zahl von SPD-Wählern bei der Reichstagswahl 1912, die Demonstrationen gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht und manche hartnäckig geführten Streiks zeigten²²¹, desto mehr verstärkten sie ihre Anstrengungen, das »agrarisches-industrielle Kondominium mit der Spitze gegen das Proletariat«²²² aufrechtzuerhalten und gegen alle Erschütterungen zu sichern. Die Industriellen reagierten auf das Wachstum der Gewerkschaften mit dem Zusammenschluß zu Arbeitgeberverbänden sowie Streik- und Boykottentschädigungs-Vereinigungen; und zwar zunächst in den mittel- und kleinbetrieblich strukturierten Gewerbezeigen, in denen die Gewerkschaften relativ stark waren, sodann über die Branchengrenzen hinweg auf regionaler Ebene und allmählich auch in der Großindustrie. Meist in Anlehnung an die wirtschaftlichen Interessenorganisationen der Industrie entstanden, erhielten die Arbeitgeberverbände 1913 mit der Vereinigung deutscher Arbeitge-

bervverbände (VDA) eine Spitzenvertretung, die eng mit den einflußreichen Gruppen der deutschen Großindustrie verbunden war²²³. Der Staat suchte von der Zuchthausvorlage 1899 bis in die Wochen unmittelbar vor Kriegsausbruch in neuen Restriktionen Zuflucht, wie sich an der Verschärfung des Vereins- und Versammlungsrechts, der Praxis des Arbeitswilligenschutzes und den Sprüchen der Klassenjustiz verfolgen läßt²²⁴.

Zugleich rückte die agrarisch-industrielle Koalition noch enger zusammen und nahm immer stärker Züge eines »Kartells der Angst« an²²⁵. Seine charakteristischen Verhaltensweisen waren Unterdrückungs- und »Sammlungspolitik« im Innern und »Weltpolitik« nach außen. Der Lockruf zur »bürgerlichen Sammlung« erklang stets, »sobald das Obrigkeitsregiment und die ihm verbundenen herrschenden Schichten sich nicht mehr ganz sicher im Besitze der Macht fühlten«²²⁶, erstmals unter Bismarck, von neuem in der letzten Dekade des 19. Jahrhunderts und am lautesten in den beiden Vorkriegsjahren. In der »Sammlungspolitik« fanden ungeachtet partieller Interessengegensätze die mächtigsten Gegner einer Emanzipation der Arbeiterschaft zusammen: der Bund der Landwirte und die konservative Partei als die ökonomische bzw. politische Interessenvertretung der preußischen Junker, der Centralverband deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen nebst Nationalliberalen als deren industrielle Pendants, dazu Repräsentanten von Heer, Marine und Staatsbürokratie und Vertreter des deklassierten alten sowie des neuen Mittelstandes; schließlich die propagandistischen Hilfstruppen dieser Gruppen vom Schlage des Alldeutschen Verbandes, des Flotten- und des Wehrvereins, der Kolonialgesellschaft und des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie²²⁷.

Die Ergänzung der Sammlungspolitik bildete die »Weltpolitik«, das Streben nach Erwerb von Kolonien und Etablierung indirekter Herrschaft über unterentwickelte Gebiete in anderen Weltteilen. Auch dieser Zug deutscher Politik begann schon in der Bismarckzeit²²⁸. Seit der Mitte der 90er Jahre trat er deutlicher in den Vordergrund, als mit immer größerem Einsatz der Aufbau einer imposanten Schlachtflotte in Angriff genommen wurde – Instrument dieser Politik und ihr Symbol zugleich. Diesem Ausgreifen lagen nicht allein ökonomische Motive wie das Streben nach gesicherten Märkten für Rohstoffbezug und für Waren- und zunehmend auch Kapitalexport zugrunde. »Nur eine erfolgreiche Außenpolitik kann helfen, versöhnen, beruhigen, sammeln, einigen«, glaubte nämlich der Reichskanzler Fürst Bülow erkannt zu haben²²⁹. Demgemäß kam der »Weltpolitik« nach der Intention der sie tragenden Kräfte eine nicht minder wichtige Funktion in ihrer vermeintlich integrativen Wirkung nach innen zu, in der Dämpfung und Ablenkung der Klassenwidersprüche. Gleichzeitig sollte

sie die Voraussetzungen schaffen für weitere materielle Konzessionen an die Arbeiterschaft, die nötig waren, um deren politische Ansprüche zu betäuben. Auf diese Weise diente die »Weltpolitik« ebenso wie die »Sammlungspolitik« dem Ziel, die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse des kaiserlichen Deutschlands zu erhalten und grundlegende Reformen zu verhindern oder wenigstens aufzuschieben²³⁰. Sie bestätigte damit den »Primat der Innenpolitik«²³¹, getreu der Formel des Großadmirals Tirpitz, des Exponenten der Flottenpolitik, daß »in der neuen großen nationalen Aufgabe und dem damit verbundenen Wirtschaftsgewinn ein starkes Palliativ gegen gebildete und ungebildete Sozialdemokraten liegt«²³².

Tatsächlich gelang es bis zum Ersten Weltkrieg, die Machtverhältnisse im Wilhelminischen Reich zu konservieren. Sozialdemokratie und Gewerkschaften gerieten in eine einstweilen ausweglose Sackgasse. Gewiß war die Arbeiterschaft 1914 nicht mehr wie 1890 lediglich »der Fußschemel der herrschenden Oberschichten«²³³, und die SPD hatte sich »von der Sekte zur Partei« entwickelt²³⁴. Aber die Gewerkschaften hielten trotz ihrer organisatorischen Fortschritte mit der Konzentration wirtschaftlicher Macht auf der Seite der Unternehmer kaum Schritt, kamen einer Einflußnahme auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den wichtigsten Industriezweigen nicht näher und sahen sich einer immer geschlossener auftretenden Phalanx ihrer Gegner gegenüber. Die SPD hatte trotz ihrer Wahlerfolge keine Aussicht, der Arbeiterschaft an irgendeinem entscheidenden Punkt größeren politischen Einfluß zu verschaffen und das politisch-ökonomische System grundlegend zu verändern. Eine Reform des Wilhelminischen Deutschlands von innen, die Anpassung seines politischen und ökonomischen Systems an seine soziale Realität in einem allmählichen Transformationsprozeß war zwar trotz allem langfristig nicht gänzlich ausgeschlossen, vor 1914 aber viel unwahrscheinlicher als eine gewaltsame Beseitigung der bescheidenen konstitutionellen Zugeständnisse der Bismarckschen Reichsverfassung²³⁵.

Manche Angehörige der herrschenden Klassen sahen zwar oder ahnten wenigstens, daß sie ihre Position auf die Dauer nicht halten konnten. Frank Wedekind, einer ihrer berühmtesten Kritiker, erzählte kurz vor Kriegsausbruch nach der Rückkehr von einem Aufenthalt in der Reichshauptstadt seinen Freunden in München, »wie es in der deutschen Gesellschaft von 1914 zugehe, wo die Eingeweihten einander heimlich pessimistische Neuigkeiten zuflüsterten«²³⁶. Trotzdem zeigten sie sich nicht bereit, ihre Stellungen zu räumen, wie denn überhaupt Herrschaftseliten in den seltensten Fällen freiwillig und rechtzeitig auf anachronistisch gewordene Privilegien zu verzichten, sondern bestenfalls die Einsicht in die Unhaltbarkeit der eigenen Position und deren beharrliche Verteidigung in einem eigentümli-

chen Gefühl der Resignation, einer Fin-de-siècle-Stimmung zu sublimieren und mit Raffinesse ästhetisch zu verwerten pflegen – eine Erscheinung, die sich auch in der bürgerlich-adligen Kultur in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg findet²³⁷.

Es mag hier dahingestellt bleiben, ob und wie innenpolitische Erwägungen bei der Entscheidung der deutschen Regierung, nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Serajewo im Juni 1914 das Risiko eines europäischen Krieges in Kauf zu nehmen, eine Rolle gespielt haben. Nachdem der Krieg aber ausgebrochen war, wurden sie wirksam und desto stärker, je länger er dauerte.

1. Kapitel: Reichsleitung und Arbeiterbewegung bei Kriegsausbruch

Motive und Taktik

Am 4. August 1914 stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Bewilligung der Kredite für den Krieg zu, der drei Tage zuvor mit der Kriegserklärung Rußlands an Deutschland begonnen hatte¹. Dieser Beschluß wurde von den übrigen Parteien mit »ungeheurem Jubel« quittiert², stellte er doch einen Bruch mit der bisherigen Politik der SPD dar, die jahrzehntelang der kaiserlichen Regierung und der preußischen Armee »keinen Mann und keinen Groschen« bewilligt hatte. Die Zweite Internationale, in der die deutsche Sozialdemokratie eine hervorragende Rolle spielte, hatte seit ihrer Gründung 1889 immer wieder den Krieg prinzipiell verdammt, den Frieden zur wichtigsten und unerläßlichen Voraussetzung jeder Arbeiteremanzipation erklärt und die sozialistischen Parteien verpflichtet, alles in ihren Kräften Stehende zur Kriegsverhinderung zu tun³ und, sollte dennoch ein Krieg ausbrechen, »für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen«⁴.

Nachdem mit der Übergabe des österreichischen Ultimatus an Serbien die Kriegsgefahr akut geworden war, hatte deshalb der SPD-Vorstand am

25. Juli 1914 gegen das »verbrecherische Treiben der Kriegshetzer« protestiert und von der deutschen Regierung »gebieterisch« verlangt, »daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe und, falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte«. Gleichzeitig forderte er die Parteimitglieder auf, »sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen«⁵. In der richtigen Voraussicht, daß der Krieg »ein Bild des Jammers und Entsetzens . . . , wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat«, bieten würde, schloß sich das Organ der Generalkommission diesen Forderungen an⁶. Allenthalben in Deutschland folgten an den nächsten Tagen Hunderttausende von Arbeitern diesen Aufrufen und demonstrierten gegen den Krieg⁷. Allerdings ließ die Parteiführung lediglich Protestresolutionen verabschieden, den Gedanken an Generalstreik oder andere Massenaktionen aber gar nicht aufkommen. Legien, der am 25. Juli 1914 dem belgischen Gewerkschaftskongreß in Brüssel beiwohnte, wick eine Antwort auf die Frage anderer ausländischer Gäste aus, wie er sich im Kriegsfall verhalten würde; intern soll er geäußert haben: »Wir werden uns unserer Haut wehren.«⁸

Die Arbeiter, die an den Protestversammlungen teilnahmen, konnten nicht wissen, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht mehr in Wien, sondern in Berlin lag und hier bereits gefallen war. Sie konnten ebenfalls nicht wissen, daß ihre Parteiführer zur selben Zeit zum erstenmal in vertraulichen Kontakt mit der Regierung kamen und sich bereitfanden, die Demonstrationen gegen den Krieg zu bremsen und in der Regierung genehme Bahnen zu lenken: Regierungsvertreter, an der Spitze Reichskanzler Bethmann Hollweg, baten unter Hinweis auf angeblich kriegsbereite panslawistische Kreise in Petersburg den SPD-Fraktionsvorsitzenden Hugo Haase und Abgeordnete des rechten Parteiflügels, die SPD möge sich mit scharfer Kritik an der deutschen Politik zurückhalten und keine über Protestversammlungen hinausgehenden Aktionen durchführen. Daraufhin versprach der Abgeordnete Albert Südekum dem Kanzler am 28. Juli, daß »keinerlei wie immer geartete Aktion (General- oder partieller Streik, Sabotage und dergleichen) geplant oder auch nur zu befürchten sei«⁹. Einen Tag später ermahnte der Parteivorstand die Redaktionen der Parteizeitungen unter Hinweis auf seine Informationen über die Haltung der Regierung zur Zurückhaltung in der Propaganda gegen den Krieg¹⁰. Nachdem mit der Erklärung des Kriegszustandes die vollziehende Gewalt auf die stellvertretenden Generalkommandos übergegangen und die Aufhebung von Grundrechten möglich geworden war, wurden die Massenversammlungen eingestellt. Unter Hinweis auf die »strengen Vorschriften des

Kriegsrechts«, die »mit furchtbarer Schärfe« die Arbeiterbewegung treffen könnten, warnte der »Vorwärts« die Arbeiter vor »Unbesonnenheit« und »nutzlose[n] und falsche[n] Opfer[n]«, die »in diesem Augenblick nicht nur dem einzelnen, sondern unserer Sache« schadeten¹¹. Die Möglichkeit, den Kriegsausbruch durch Massenaktionen der Arbeiter zu verhindern, haben Partei- und Gewerkschaftsführung offensichtlich überhaupt nicht ernstlich erwogen.

Ein Motiv für diese auf den ersten Blick überraschende Zurückhaltung bildete die in SPD- und Gewerkschaftskreisen weitverbreitete Überzeugung, die Macht der Organisationen sei viel zu gering, um einen Massenstreik zur Kriegsverhütung auslösen und erfolgreich durchhalten zu können. Unter Berufung auf den geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und die Tatsache, daß gerade die Arbeiter der Großbetriebe fast ausschließlich in wirtschaftsfriedlichen Werkvereinen organisiert waren, bezeichnete der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes es später als »müßig, die Frage aufzuwerfen: War es möglich, den Krieg zu verhindern? Jeder Versuch dazu hätte die gewerkschaftlichen Organisationen zu Boden geschlagen, jeder Versuch hätte die Arbeiterbewegung im Blute ersticken lassen.«¹² Ein Generalstreik, rechtfertigte sich Legien Anfang 1915, hätte die Invasion russischer und französischer Heere nicht verhindert, aber »wir, die wir dieses Mittel angewandt hätten, wir wären bestraft worden«¹³. Viele Arbeiterführer rechneten sogar damit, daß die Regierung gar nicht erst abwarten würde, wie sich die Sozialdemokratie verhielt, sondern mit einem Präventivschlag die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen auflösen, ihre Zeitungen verbieten, ihr Vermögen beschlagnahmen, das Versammlungs- und Koalitionsrecht aufheben und die Führer verhaften würde.

Nicht allein die Erinnerung an das Sozialistengesetz und die seitherigen Erfahrungen mit den Staatsorganen legten diese Befürchtung nahe. Sie stützte sich auch auf einen 1910 bekanntgewordenen Geheimbefehl des Kommandeurs des VII. Armeekorps, der die Truppen anwies, bei inneren Unruhen mit äußerster Härte »alle revolutionären Gelüste im Keim zu ersticken« und alle »als Führer und Agitatoren bekannten Personen, ohne Rücksicht auf die Immunität der Reichstagsabgeordneten«, zu verhaften¹⁴. Mit geringfügigen Modifikationen galten ähnliche Anweisungen in allen Korpsbezirken und Bundesstaaten bis zum Juli 1914¹⁵. Seit 1906 wurden Listen sozialdemokratischer Funktionäre aufgestellt, die bei Erklärung des Kriegszustandes verhaftet werden sollten; sie wurden laufend auf den neuesten Stand gebracht¹⁶. Demgemäß war die Polizei auch gegen Antikriegsdemonstrationen in Berlin »mit Energie vorgegangen und hat, wo es erforderlich war, von der Hiebwaaffe Gebrauch gemacht«¹⁷. Der Kaiser

drohte gar, er werde »im Wiederholungsfalle . . . Belagerungszustand proklamieren und die Führer samt und sonders tutti quanti einsperren lassen«¹⁸.

Am 30. Juli 1914, unmittelbar vor Kriegsausbruch, setzten sich deshalb der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert und der Parteikassierer Otto Braun in die Schweiz ab, um die Parteigelder in Sicherheit zu bringen¹⁹, und Kautsky war auf Verfolgungen »wenigstens für uns Redakteure der radikalen Parteipresse« gefaßt²⁰. Auch die Gewerkschaftsführer rechneten damit, daß ihre Verbände alsbald aufgelöst werden würden²¹ oder daß sie von sich aus ihre Tätigkeit vorübergehend einstellen müßten²². Zwar erhielt die Generalkommission am 1. August im Reichsamt des Innern die »überraschende Beruhigung, daß die Regierung den Gewerkschaften nicht die geringsten Schwierigkeiten zu machen gedenke«, sofern diese der Regierung keine bereiten würden²³. Gustav Bauer konnte der freigeberkschaftlichen Vorständekonferenz am 2. August deshalb versichern, »daß die Gewerkschaften eine Auflösung jedenfalls nicht zu befürchten« hätten²⁴. Jedoch scheint diese Mitteilung die Sorgen der Mehrheit der Gewerkschaftsführer nicht ausgeräumt zu haben. Sie kamen überein, sich trotzdem »für alle Eventualitäten zu rüsten«, und berieten daher über »Maßnahmen . . ., um das Material und Eigentum der Gewerkschaften für den Fall sicherzustellen, daß diese infolge des Krieges aufgelöst werden sollten«²⁵. Erst recht erwarteten die Funktionäre an der Basis »zitternd die Auflösung der Partei und der Gewerkschaften sowie Schließung der Gewerkschaftshäuser und Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen« und zerbrachen sich die Köpfe über sichere Verstecke für die lokalen Gewerkschaftsgelder²⁶.

In Wirklichkeit war die Furcht der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer weitgehend unbegründet, wie die Einladung der Regierung an Haase und Südekum signalisierte, die – gemessen an den Vorkriegsverhältnissen – eine Sensation darstellte. Schwerlich hätte die Regierung diesen Schritt getan, wäre sie ihrer Sache in innenpolitischer Hinsicht sicher gewesen. In der gegebenen Situation aber war der Staat auf das Wohlverhalten der Arbeiterschaft angewiesen. Der Reichskanzler, der schon vor 1914 wiederholt »die Einordnung der Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft als wichtigste Aufgabe der Zeit« bezeichnet²⁷ und eingesehen hatte, daß »doch früher oder später mit den Sozialdemokraten gearbeitet werden müsse«²⁸, sah ebenso wie der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, daß ein Krieg, in dem ein Millionenheer mobilisiert werden mußte, nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern nur mit ihrer möglichst geschlossenen Unterstützung geführt und durchgehalten werden konnte²⁹. Ein Konflikt zwischen Staat und Arbeiterorganisationen mußte ihm daher

höchst unerwünscht sein. Er glaubte ihn vermeiden zu können, wenn er sich sofort der Sozialdemokraten »versichern, selbst und menschlich mit ihnen verhandeln« und sich »von den Militärs Garantien gegen die Dummheiten uniformierter Sozialistenfresser geben lassen« würde³⁰.

In Verhandlungen, die schon Anfang Juli 1914 mit dem preußischen Kriegsministerium aufgenommen wurden, setzte er deshalb eine Milde- rung der Unterdrückungs- und Verfolgungspläne durch, die die Militärs für den Kriegsfall gegen die organisierte Arbeiterschaft bereithielten³¹. Daraufhin instruierte der preußische Kriegsminister die Generalkomman- dos am 25. Juli, er halte es für »nicht erwünscht, daß politische Parteien durch Unterdrückung ihrer Presse und Verhaftung ihrer Führer von vorn- herein in einen scharfen Gegensatz zur Regierung hineingetrieben« wür- den, und deshalb sei »zunächst ein abwartendes Verhalten angezeigt«³². In den Gesprächen mit den SPD-Führern an den folgenden Tagen ging es der Regierung darum sicherzustellen, daß »von der Sozialdemokratie und dem sozialdemokratischen Parteivorstand . . . nichts Besonderes zu befürchten« sei³³. Als dies gewährleistet schien, wies der Kriegsminister die General- kommandos am 31. Juli an, »bei ihren Maßnahmen darauf Rücksicht zu nehmen«³⁴.

Doch Bethmann Hollweg suchte nicht allein ein Stillhalteabkommen mit der Sozialdemokratie, sondern er arbeitete darauf hin, die Arbeiterschaft in eine innenpolitische Einheitsfront einzubauen. Die »Einheitlichkeit, Tiefe und Stärke des patriotischen Empfindens« brauchte er vor allem, um die Vorlage über die Kriegskredite ohne jede Diskussion »rasch und in patriotischer Begeisterung« durch den Reichstag zu peitschen³⁵. Um die Sozial- demokraten dahin zu bringen, zielte er auf die Achillesferse ihrer Einstel- lung zum Krieg, auf ihre Haltung zum Verteidigungskrieg und auf den antizaristischen Affekt.

Schon lange vor 1914 nämlich hatte sich die Sozialdemokratie zur Beteili- gung an einem Verteidigungskrieg bekannt. Daß der defensive Charakter eines Krieges zweifelsfrei auszumachen, ein Verteidigungs- von einem An- griffskrieg also klar zu unterscheiden sein werde, setzten ihre Führer dabei ohne weiteres voraus³⁶. Als wahrscheinlichster Aggressor galt zudem das zaristische Rußland, der »Hort der Grausamkeit und Barbarei«, der »Feind aller menschlichen Kultur«³⁷. Wenn sich die SPD zur Unterstützung eines Verteidigungskrieges gegen Rußland bekannte, so freilich nicht, um die deutschen Kapitalisten und Großagrarien »und ihre Staats- und Gesell- schaftensordnung zu retten, sondern um Deutschland, d. h. uns selbst zu retten und unseren Boden von einem Barbaren zu befreien, welcher der größte Feind unserer Bestrebungen ist und dessen Sieg unsere Niederlage als Sozialdemokraten bedeutet«³⁸. Das hatte Bebel auf dem SPD-Parteitag

1891 erklärt und 13 Jahre später vor dem Reichstag mit dem Satz bestätigt, er sei bereit, selbst noch die Flinte auf die Schulter zu nehmen, wenn es um die Abwehr eines Angriffs des zaristischen Rußland ginge³⁹ – ein Wort, das 1914 »fast allen« Berliner Arbeitern geläufig war, während kaum einer die Beschlüsse der sozialistischen Internationale gegen den Krieg erwähnte⁴⁰. Schon Ende Juli herrschte auch in Arbeiterkreisen die Meinung vor, »Rußland sei ein barbarischer Staat, der internationale Störenfried, der eine Niederlage verdien«⁴¹.

Damit sich die Regierung diese Einstellung zunutze machen konnte, mußte Deutschland die Rolle des Überfallenen spielen, und Rußland hatte der Angreifer zu sein. Die Inszenierung dieser Konstellation war ein Hauptziel der diplomatischen Aktivität während der Julikrise. Sie endete einigermaßen wunschgemäß mit der russischen Generalmobilmachung am 30. Juli, die den Vorwand für das deutsche Ultimatum vom 31. Juli und für die Kriegserklärung am 1. August lieferte⁴². Bethmann Hollwegs Amtsvorgänger in der Reichskanzlei, Fürst Bülow, schrieb diese Kriegserklärung später in frappierender Offenheit den »innenpolitischen Ängsten des Kanzlers« zu. Er berichtet, daß Albert Ballin, der Generaldirektor der HAPAG, am 1. August mit Bethmann Hollweg zusammentraf, als dieser in seinem Palais voller Ungeduld die Fertigstellung der Kriegserklärung erwartete und auf die Frage, warum er damit so große Eile habe, antwortete: »Sonst kriege ich die Sozialdemokraten nicht mit.«⁴³ Einen Tag später veröffentlichte die Regierung, um etwa noch vorhandene Zweifel und Skrupel bei mißtrauischen Landsleuten auszuräumen, eine tendenziöse Auswahl diplomatischer Aktenstücke, die die Unschuld Deutschlands und die Verantwortung Rußlands für den Kriegsausbruch beweisen sollte⁴⁴.

Diese Maßnahmen erzielten die gewünschte Wirkung. Allein die Tatsache des Kriegsausbruchs bewirkte einen »plötzlichen totalen Umschwung der Lage«, wie Kautsky später erläuterte, denn weitere Bemühungen um die Kriegsverhinderung wurden damit hinfällig. »Jetzt handelte es sich praktisch nicht mehr um die Frage: Krieg oder Frieden, sondern darum, ob Niederlage oder nicht. So entsetzliche Leiden der Krieg auf alle Fälle brachte, so mußte doch eine Niederlage im Krieg die schlimmsten aller Greuel bringen, den Einbruch der Feinde ins eigene Land, dessen Verwüstung und Vergewaltigung, den völligen Ruin der Nation. Den Feind abzuwehren, das erschien jetzt als die erste und höchste Pflicht.«⁴⁵

Trotzdem hätten wohl nicht nur wenige Sozialdemokraten in den nächsten Tagen unter »der größten Unschlüssigkeit, ja wahrer Seelenqual«⁴⁶ gelitten, wenn nicht die mit diplomatischer Ranküne von der Regierung bewirkte Mobilmachung Rußlands und ihre propagandistische Verwertung dafür gesorgt hätten, daß sich die Überzeugung, Deutschland sei

überfallen worden und führe einen Verteidigungskrieg, wie ein Lauffeuer verbreitete⁴⁷. Sie verband sich mit dem antizaristischen Element zu einem massenpsychologischen Wirkstoff von unerhörter Reaktionsgeschwindigkeit. »Kaum jemals in der Geschichte hat die zermalmende Wucht einer welthistorischen Tatsache in so kurzer Zeit das ganze Denken und Fühlen von Millionen von Menschen so von Grund auf revolutioniert wie in diesem Falle. Es geht gegen Rußland! Nieder mit dem Zarismus! Diese Parole war es, die damals den Krieg mit einem Schlage in unserem ganzen Lande so ungeheuer volkstümlich machte. Sie war es, die auch Millionen sozialdemokratischer Volksgenossen mit heller Begeisterung zu den Fahnen trieb, die in der Zeit von wenigen Stunden alles das bei uns tief ins Unterbewußtsein hinabdrängte, was uns eben noch von den anderen Klassen und Parteien des Reiches getrennt hatte.«⁴⁸ So beschrieb Konrad Haenisch, der bislang zum linken Parteiflügel gehört hatte, alsbald aber zu einem der glühendsten Verfechter der Landesverteidigung wurde und sich damit auf dem rechten Flügel wiederfand⁴⁹, den plötzlichen Stimmungswandel. Auch Kautsky zufolge schlug in der Partei »die Stimmung so jäh um, daß am 3. August die am 30. Juli noch selbstverständliche Ablehnung nur noch von einer winzigen Minderheit vertreten wurde«⁵⁰.

Die russische Mobilmachung scheint auch die Haltung der Gewerkschaftsführer in der Abstimmung über die Kriegskredite bestimmt zu haben. Während sich Legien anfangs der Stimme enthalten wollte⁵¹, war Robert Schmidt schon am 1. August entschlossen, für ihre Annahme zu stimmen⁵². Die Vorständekonferenz vom nächsten Tag hielt es für überflüssig, sich mit dieser Frage zu befassen⁵³, und in den Fraktionssitzungen vom 3. und 4. August sprach kein Gewerkschaftsführer gegen die Kredite; nur einer – Bock – stimmte mit der Minderheit, die die Kredite ablehnte⁵⁴.

Für den Entschluß der SPD, den Kriegskrediten zuzustimmen, spielten freilich noch andere Motive eine Rolle. In weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung entfachte der Kriegsausbruch eine nationalistische Massenpsychose, den noch Jahrzehnte später als »Gottesgeschenk« besungenen Gemeinschaftsgeist der Augusttage⁵⁵. Unzweifelhaft war sie besonders deutlich im Bürgertum zu beobachten. Nach übereinstimmenden Aussagen hoher sozialdemokratischer Funktionäre verschiedener Richtung griff sie nach der russischen Mobilmachung und dem Beginn des Krieges aber auch auf das Proletariat über und schuf die »Realität einer begeistert nationalen Arbeiterbewegung«⁵⁶. Nach dem Zeugnis Kautskys trat der Stimmungsumschwung bei den Massen sogar »noch früher und noch intensiver ein als bei den Führern«⁵⁷. Demnach hat auch die an der Basis vorherrschende Stimmung den Verzicht auf Aktionen gegen den Krieg und die Zustimmung zu den Kriegskrediten erzwungen. Nach der Überzeugung

des 2. Vorsitzenden des Bauarbeiterverbandes, August Winnig, der auf dem äußersten rechten Flügel der Partei stand, »bestätigte« die SPD-Fraktion am 4. August daher »nur noch eine Entscheidung, die die Masse der Arbeiter selbst schon vollzogen hatte«⁵⁸. Hätten die Führer der Arbeiterbewegung statt dessen »eine Parole für den Massenstreik ausgegeben, so wären Gewerkschaften und Partei im gleichen Augenblick erledigt gewesen; die Masse hätte sich um eine solche Parole nicht gekümmert.«⁵⁹ Gustav Noske äußerte später sogar die Ansicht, in diesem Fall wären die Abgeordneten »vor dem Brandenburger Tor zu Tode getrampelt« worden⁶⁰. Jedenfalls hätte sich die Sozialdemokratie nach Ansicht vieler ihrer Funktionäre mit einer dezidierten Antikriegspolitik in einen scharfen Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gebracht und wäre wieder das geworden, was sie Jahrzehnte zuvor gewesen war, »eine einflusslose, ohnmächtige Sekte«⁶¹.

Diesen Äußerungen gegenüber ist allerdings Skepsis geboten, denn sie stammen ausschließlich von Spitzenfunktionären. Sofern es sich bei ihnen um Intellektuelle mit bürgerlicher Herkunft oder Ausbildung handelte, brach bei vielen in diesen Tagen eine Art Sehnsucht nach ihrer alten Klasse durch, z. B. beim Rechtsanwalt Hugo Heinemann, der »das zum ersten Male ganz Deutschland erfüllende Gefühl vollster nationaler Einigkeit« pries und »die völlige Einmütigkeit in der großen nationalen Bewegung« als »schönste Blüte« unter den »gesellschaftsfördernden Momenten« des Krieges feierte⁶². Sein Kollege Wolfgang Heine schwärmte noch Jahre später: »Wie herrlich waren die Augusttage 1914, wo es plötzlich ein einheitliches deutsches Volk gab und die Liebknecht und Westarp lächerliche Figuren waren. Dies erlebt zu haben, ist ein Besitz, den man nicht vergißt.«⁶³ Daß auch Gewerkschaftsführer proletarischer Herkunft wie Paul Umbreit in diesen Chor einstimmten⁶⁴, kann als Zeichen für ihren Wunsch gelten, den Graben, der sie vom Bürgertum trennte, zu überspringen, die soziale Isolation zu überwinden und endlich die Anerkennung zu gewinnen, die ihnen seit Jahrzehnten verweigert wurde.

Ob die einfachen Mitglieder ebenso dachten, ist kaum festzustellen, weil es an schriftlichen Zeugnissen dafür fehlt. Zwar gibt es zahlreiche glaubwürdige Berichte darüber, daß auch sozialdemokratische Arbeiter jetzt die »Wacht am Rhein« und »Deutschland, Deutschland über alles« sangen⁶⁵, und es ist schwerlich zu bezweifeln, daß nationale Elemente im Arbeiterbewußtsein, die die Volksschule, die Militärzeit und die bürgerliche Presse hinterlassen hatten, jetzt deutlicher hervortraten. Trotzdem ist es unwahrscheinlich, daß die »nationalistische Hochstimmung . . . beinahe die gesamte deutsche Sozialdemokratie« erfaßte⁶⁶. Einmal spricht die beträchtliche Beteiligung an den Demonstrationen Ende Juli dagegen, zum anderen der

Umstand, daß – sofern sie nicht sofort eingezogen wurden – die Situation der Arbeiter im betrieblichen Alltag entweder dieselbe blieb wie zuvor oder sich in vielen Fällen erheblich verschlechterte. So sprachen die Arbeiter einer Berliner Schuhfabrik über den Krieg »wie etwa über ein Erdbeben, man nahm ihn hin wie ein Naturereignis«; selbst in diesen Tagen wurde mehr über Betriebsfragen als über den Krieg diskutiert. Die meisten Belegschaftsangehörigen lasen auch jetzt kaum Zeitungen – außer montags: An diesem Tage nämlich brachten die Blätter die Berichte über die in- und ausländischen Pferderennen, und die Wetten waren das Tagesgespräch⁶⁷.

Möglicherweise reagierten diejenigen Arbeiter, die sofort zur Armee eingezogen wurden, anders. Johann Leimpeters, seit 1901 Angestellter des Bergarbeiterverbandes im Ruhrgebiet, berichtet, am 3. August 1914, dem zweiten Mobilmachungstag, hätten ihm Parteigenossen auf dem Weg zu den Sammelstellen die bange Frage gestellt: »Wie wird unsere Fraktion morgen stimmen? Wenn wir nur wüßten, daß sie die Kredite bewilligte, könnten wir beruhigt hinausfahren, nicht unseretwegen, sondern euertwegen und wegen unserer Frauen und Kinder.«⁶⁸ Nach überschwenglicher Kriegsbegeisterung aber klingt auch dies nicht, eher nach Sorge um die ungewisse Zukunft der Familienangehörigen. Es ist aus diesen Gründen nicht sehr wahrscheinlich, daß viele Arbeiter zu denjenigen gehörten, welche die Eisenbahnwagen, die die Truppen an die Front transportierten, in den ersten Kriegswochen bekränzten und mit übermütigen Siegesparolen beschrifteten, wie sie auf zahlreichen zeitgenössischen Abbildungen festgehalten sind.

Immerhin ist zumindest für jüngere und unverheiratete Arbeiter, die sofort im August 1914 einberufen wurden, nicht auszuschließen, daß sie dem Krieg auch angenehme Seiten abzugewinnen wußten, zumal dann, wenn sie aus beengten ländlichen Verhältnissen stammten und bislang andere Landschaften und Großstädte nur vom Hörensagen kannten. Sie befreite der Krieg aus dem täglichen Einerlei und aus sozialen Abhängigkeiten, er brachte sie mit neuen Menschen zusammen, vermittelte ihnen dadurch Kenntnisse über andere Berufe, Lebensverhältnisse und politische Möglichkeiten, eröffnete ihnen neue Chancen in einer veränderten sozialen Umwelt und führte sie in fremde Länder, in die sie sonst vielleicht nie gekommen wären. Die Mobilisierung bedeutete so nicht allein eine militärisch-technische Operation, sondern zugleich einen sozialen Vorgang von einzigartigen Ausmaßen und kaum zu überschätzenden Wirkungen für den einzelnen Soldaten wie für die ganze Gesellschaft. Für viele Kriegsteilnehmer stellte die Soldatenzeit in Frankreich, Rußland oder auf dem Balkan den einzigen Auslandsaufenthalt dar und zugleich eine Suspendierung von den Zwängen der Familie und des normalen Arbeitslebens, eine Periode

relativer Freiheit und ungewöhnlicher Aufgeschlossenheit, der größten Abenteuer und nachhaltigster Erlebnisse. Hiermit hängt die paradoxe Popularität zusammen, die der Krieg noch lange nach seinem Ende bei vielen, die ihn mitgemacht und überlebt hatten, besaß und die die blutigen Erfahrungen häufig in den Hintergrund drängte⁶⁹.

Denjenigen allerdings, die eine Bewahrung der inneren Machtverhältnisse wünschten, konnten diese Begleiterscheinungen des Krieges nur höchst unerwünscht sein. Denn es war leicht vorherzusehen, daß etwa ostelbische Landarbeiter oder Arbeiter eines Kleinbetriebs in einem Provinzstädtchen, die vor dem Krieg von gewerkschaftlicher und politischer Organisation kaum etwas gehört hatten, nun aber durch den Kontakt mit Industriearbeitern davon erfuhren, einen allgemeinen Aufklärungsprozeß durchmachen, ein neues gesellschaftliches und politisches Bewußtsein entwickeln und sich nach Kriegsende nicht widerstandslos in ihre alten Abhängigkeitsverhältnisse zurückbegeben würden. Spätestens die Novemberrevolution brachte dies an den Tag.

Bei den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern ließen die Ansätze einer Kooperation mit der Regierung sowie die Gemeinschaftsideologie der Augusttage, zu der der Kaiser das alsbald geflügelte Schlagwort beisteuerte, er kenne keine Parteien mehr, er kenne nur noch Deutsche, bereits bei Kriegsbeginn die Überzeugung aufkommen, daß die Unterstützung der Kriegführung durch die Arbeiterschaft mit einer Änderung der innenpolitischen Verhältnisse vergolten werden müsse. Eduard David frohlockte nach der Abstimmung vom 4. August: »Nun haben wir die gemeinsame Basis zu einflußreichem Wirken während und nach dem Kriege gewonnen. Und wir wollen uns nicht wieder ausschalten lassen.«⁷⁰ Drei Wochen später nannte er in einer Unterredung mit dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Clemens von Delbrück, den Preis: »Die preußische Wahlrechtsreform im demokratischen Sinne.« Sie werde es möglich machen, »die Massen der Partei . . . für eine reformistische Politik endgültig zu gewinnen«⁷¹. Daneben zielten die Reformervorstellungen auf die Anerkennung der Gewerkschaften. Umbreit etwa äußerte die Hoffnung, daß den Gewerkschaften »auch nach dem Krieg . . . trotz aller bestehenden Interessengegensätze eine ungehinderte, gedeihliche Wirksamkeit erhalten« bleibe⁷².

Es gibt noch ein Motiv für das Verhalten der SPD- und insbesondere der Gewerkschaftsführung bei Kriegsausbruch, das merkwürdigerweise in der bisherigen Literatur kaum gebührend beachtet worden ist, obwohl es für ihr weiteres Handeln wirksamer war als die meisten anderen, nämlich die Einschätzung der ökonomischen Folgen des Krieges. Schon vor 1914 hatte die bescheidene Beteiligung der Arbeiterschaft an den Ergebnissen des in-

dustriellen Aufschwungs die materielle Basis für die Entstehung und Ausbreitung des Revisionismus abgegeben und die Arbeiterschaft allmählich in wirtschaftlicher Hinsicht zu einem heimlichen Verbündeten der Industrie gemacht. Immer mehr verhielt sie sich insgesamt als Arbeiteraristokratie und akzeptierte im Interesse der eigenen materiellen Besserstellung auch die imperialistischen Implikationen, die die Entfaltung der zunehmend monopolisierten Industrie enthielt. Bereits Ende November 1913 vertrat Gustav Bauer in internen Beratungen von Parteivorstand, Generalkommission und Reichstagsfraktion über die Haltung der Sozialdemokratie zur Kriegsfrage die These, Kriege europäischer Nationen untereinander würden einen »Kampf geschlossener Wirtschaftsgebiete gegeneinander« darstellen, und leitete daraus die Prognose ab, solange die Arbeiter mit ihrem Wirtschaftsgebiet »in so tausendfältiger Beziehung verknüpft« seien, hätten sie »ein mehr oder weniger großes Interesse an seinem Gedeihen« und würden »demgemäß handeln«. »Jeder Proletarier weiß oder fühlt es«, fügte er hinzu, »daß mit dem Siege der Kapitalisten seines Landes dessen Industrie emporblühen werde, daß es ihm damit auch relativ besser gehe, daß er mehr Lohn erringen könne, daß die Arbeitslosigkeit sinken werde usw.«⁷³

Für die offizielle sozialdemokratische Vorstellungswelt waren dies damals unerhörte Positionen, und mit entsprechend stürmischem Widerspruch hatten die Zuhörer sie quittiert. Von Ledebour kam sogar die Forderung, Sozialisten wie Bauer aus der Partei auszuschließen⁷⁴. Jetzt aber wurden dessen Gedanken von den meisten Gewerkschafts- und vielen Parteiführern akzeptiert und von ihnen in aller Öffentlichkeit vertreten. Ihnen erschien der Ausbruch des Krieges mit den wichtigsten ökonomischen Konkurrenten Deutschlands, vor allem mit England, als Angriff auf die Rohstoff- und Absatzgebiete der deutschen Industrie und, weil sie ihr eigenes Wohlergehen aufs engste an deren Florieren geknüpft sahen, als akute Gefährdung der Grundlagen ihrer eigenen materiellen Errungenschaften und Zukunftschancen. Dies war der eigentliche, nämlich materielle Grund dafür, daß ihnen die Landesverteidigung »im ureigensten Interesse der deutschen Arbeiterklasse« zu liegen schien⁷⁵, und er verbarg sich auch hinter der tausendfach wiederholten und variierten Formel, der Krieg bringe die Entscheidung über das »politische und wirtschaftliche Sein oder Nichtsein eines ganzen Volkes«⁷⁶.

Bei dieser Einstellung erscheinen die umständlichen Aktionen der Regierung, das Reich in die Position des Angegriffenen zu manövrieren, fast als unnötig. Sie haben zwar der SPD die Entscheidung vom 4. August erleichtert, aber weder sie noch die künftige Politik der Partei und der Gewerkschaften allein bestimmt. Dafür gibt es deutliche Anzeichen. Bereits am 4. August entfernte die Reichstagsfraktion auf Wunsch des Kanzlers aus ihrer

Erklärung den Satz, mit dem sie ihre Unterstützung auf den Verteidigungskrieg beschränkte und schärfste Opposition für den Fall ankündigte, daß der Krieg den Charakter eines Eroberungskrieges annehmen sollte⁷⁷. Hiermit ließ sie der Regierung in der Kriegszielfrage zunächst freie Hand. Nur elf Tage später wurde bei einer Zusammenkunft führender Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre – u. a. Bauer, Robert Schmidt, Scheidemann und Heine – offen darüber gesprochen, »daß die deutsche Regierung den Krieg gewollt habe als Präventivkrieg«⁷⁸. Obwohl mit dieser Erkenntnis, für deren Richtigkeit namentlich Scheidemann »besondere Anhalte« hatte, das von der Regierung der Sozialdemokratie zuliebe sorgsam aufgebaute Alibi vom Verteidigungskrieg zusammenbrach, wurde sie offenbar keineswegs als Sensation aufgenommen. Die beteiligten Arbeiterführer sahen jedenfalls keinen Anlaß, unverzüglich eine Revision der Entscheidung über die Kriegskredite vorzubereiten. Im Gegenteil begannen sie augenscheinlich selbst bereits dem Reiz expansiver Ziele zu erliegen, die mit einem Verteidigungskrieg schlechterdings unvereinbar waren. Am 29. August vertrat Eduard David in der Kriegszielfrage den Standpunkt: »Keine territoriale Expansion, aber Wegnahme des Kongostaates und Bildung eines großen deutschen Kolonialreiches durch das äquatoriale Afrika hindurch. Frankreich müßte das ganze Kongoland dreingeben, evtl. Tanger als deutschen Flottenstützpunkt.«

Seine Gesprächspartner Robert Schmidt, Schöpflin, Wels und Cohen-Reuß waren der gleichen Meinung und glaubten, daß man damit auch »bei der großen Mehrheit der Partei keinen Widerstand fände«⁷⁹. Deshalb wollten sie den am 4. August eingeschlagenen Kurs beibehalten und gegen eine mögliche Opposition in den eigenen Reihen mit allen Mitteln vorgehen. Schmidt hatte bereits vorher seine Entschlossenheit geäußert, »für den Fall, daß die radikalen Doktrinäre versuchen, die Partei wieder zu separieren und den alten Faden weiterzuspinnen, den Schnitt zu machen«, dabei freilich »die Spaltung der Partei so zu gestalten, daß es nur die Abspaltung der kleinen Gruppe der radikalen Revolutionäre ist«⁸⁰.

Der Gedanke an deutsche Gebietserwerbungen und erst recht die Absicht, jede Opposition in den eigenen Reihen zu ersticken, dürften freilich von vornherein außer ökonomischen auch innenpolitische Gründe gehabt haben. Mit einer konsequent reformistischen Politik hofften die führenden Sozialdemokraten die soeben aufkeimende Kooperationsbereitschaft der Regierung gegenüber den Arbeiterorganisationen zu stärken und darüber hinaus auch den bürgerlichen Parteien gegenüber bündnisfähig zu werden. Auf diese Weise wollten sie die jahrzehntelange Isolation durchbrechen und die Arbeiterschaft der bisher vergeblich erstrebten politischen Gleichberechtigung und der Integration in die bestehende Gesellschaft näherbringen⁸¹.

Die Furcht vor den staatlich-militärischen Repressionsmöglichkeiten gegenüber den Organisationen, die Sorge um die Erhaltung der Voraussetzungen für den materiellen Status quo der Arbeiterschaft und die künftige Verbesserung ihrer materiellen Lebensbedingungen sowie die Hoffnung auf innere Reformen bezeichnen also die Hauptmotive, die die Politik der SPD und der freien Gewerkschaften bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs bestimmten. Damit wurde die sozialdemokratische Politik der letzten Vorkriegsjahre in den Grundzügen fortgesetzt. In der Tat hat sich daher am 4. August 1914 »der Charakter der Sozialdemokratie nicht geändert, er ist nur für alle sichtbar geworden«⁸². Verändert hatten sich allein ihre Wirkungsmöglichkeiten innerhalb des bestehenden Systems.

Streikverzicht und Kriegunterstützungen

Die herkömmliche Arbeitsteilung mit der SPD weiterführend, konzentrierten sich die Aktivitäten der freien Gewerkschaften auf die Sozialpolitik. Wie die SPD für die Bewilligung der Kriegskredite auf innenpolitische Reformen hoffte, so gedachten die Gewerkschaften durch friedliches Verhalten und materielle Vorleistungen auf diesem Gebiet Regierung und Industrie einem Entgegenkommen geneigt zu machen. Die Überlegungen ihrer Führer setzten bei der großen Arbeitslosigkeit an, die unmittelbar nach Kriegsausbruch um sich griff, insbesondere in der Exportindustrie. Schon am 8. August waren 18,5 % aller Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos⁸³. Anfang September stieg die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf 21,2 %, bei den Bauarbeitern auf 25,4 %, den Buchdruckern auf 30 %, den Holzarbeitern auf 34,7 %, den Porzellanarbeitern auf 49,4 %, den Glasarbeitern auf 63,6 % und den Zivilmusikern gar auf 88,4 %. In Leipzig und Chemnitz wurden bis Anfang September 30 % der männlichen Beschäftigten arbeitslos, in Köln 34 %, in Kommunen mit stark exportorientierter Industrie wie Nürnberg und Fürth sogar 40 bzw. 52 %. Rechnet man ihre Familienangehörigen hinzu, gerieten hier rund zwei Drittel der Gesamtbevölkerung in Not⁸⁴.

Abgesehen von den staatlichen Eingriffsmöglichkeiten unter dem Belagerungszustand, ließen sich Arbeitskämpfe für die Gewerkschaften damit auch von den ökonomischen Voraussetzungen her kaum noch gewinnen. Die Arbeitslosenunterstützungen nahmen bei gleichzeitigem Schwund der Mitgliederzahlen infolge der Einberufungen und des daraus folgenden Rückgangs der Beitragseingänge die Gewerkschaftskassen so stark in Anspruch, daß sie kaum mehr in der Lage waren, nennenswerte Streikgelder aufzubringen. Bereits am 2. August sprach deshalb die Generalkommis-

sion gegenüber den Arbeitgebern die Erwartung aus, daß »in dieser schicksalsschweren Stunde . . . nicht diese wirtschaftliche Schwächung der Arbeiterklasse ausgenützt wird, um die Löhne herabzudrücken und unwürdige Anforderungen an die Arbeiterschaft zu stellen«⁸⁵. Am selben Tage teilte der Vorsitzende des Bauarbeiterverbands, Paeplow, den Führern der übrigen Gewerkschaften mit, sein Vorstand habe die Einstellung aller Streiks und Sperren einschließlich der Abwehrstreiks beschlossen, sofern es sich nicht um ganz besondere Fälle handle. Er hielt es für »selbstverständlich«, daß sich die übrigen Verbände ebenso verhielten, und regte, von Leipart unterstützt, einen entsprechenden Beschluß der Vorständekonferenz an⁸⁶.

Obwohl bis Mitte August eine positive Antwort der Arbeitgeber auf den Appell der Generalkommission nicht eingegangen war, stellte Legien in der Vorständekonferenz vom 17. August den Antrag, »daß von keinem Vorstände Lohnbewegungen und Streiks bis auf anderweitige Beschlußfassung mittelbar oder unmittelbar unterstützt werden« dürften⁸⁷. Paeplow hielt es für richtig, dies auch öffentlich zu erklären, nicht zuletzt als »Mittel gegen unsere Zweigvereine, falls diese nicht Disziplin halten« wollten⁸⁸. Aus »Zweckmäßigkeitsgründen«⁸⁹ wünschten Saupe von den Kupferschmieden und Cohen vom DMV daher wenigstens die Abwehrstreiks vom Verzicht auszunehmen. Doch Legien hielt einen solchen Beschluß für unzureichend. Nur mit einem generellen Streikverzicht »habe man ein Mittel in den Händen, um auf die Regierung einwirken zu können«⁹⁰.

Legien hatte also weniger die aktuelle Arbeitsmarktsituation als vielmehr weiter gesteckte sozialpolitische Ziele im Auge. Offensichtlich verfolgte er die Absicht, mit dem ausdrücklichen Verzicht auf eine bis auf weiteres ohnehin nicht anwendbare Waffe Wohlverhalten zu demonstrieren und dadurch die Regierung in die Zwangslage zu manövrieren, andere Mittel zur Regelung von Arbeitskonflikten einzuführen, etwa Schlichtungsinstanzen und Tarifverträge, wie sie die Gewerkschaften seit langem forderten, die meisten Unternehmer hingegen bisher hartnäckig verweigerten. Solche Einrichtungen hätten wenigstens indirekt die Anerkennung der Gewerkschaften seitens des Staates und der Arbeitgeber mit sich gebracht. Jedenfalls beschloß die Vorständekonferenz, »daß Genehmigungen zu Angriffsbewegungen nicht zu erteilen« seien und Abwehrbewegungen »nur unter Zustimmung aller in den Betrieben beteiligten Organisationen stattfinden« dürften⁹¹; wo mehrere Gewerkschaften vertreten waren, genügte demnach das Veto eines einzigen Verbandes, um eine Abwehraktion zu verhindern⁹². Die Gewerkschaften vereinbarten also eine Stillhaltetaktik, ohne irgendeine Sicherheit dafür zu haben, daß die Unternehmer auf eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen oder Entlassungen verzichten oder der Einführung von Vermittlungseinrichtungen zustimmen

würden, und ohne ihre Vorleistung an ein entsprechendes Entgegenkommen zu binden. Um die Unternehmer mit diesem Beschluß nicht geradezu aufzufordern, aus der Ohnmacht der Gewerkschaften Kapital zu schlagen, wurde allerdings auf seine Veröffentlichung verzichtet.

Die zweite Aktion, von der sich Legien und seine Gesinnungsfreunde politischen Gewinn versprachen, betraf eine Änderung im gewerkschaftlichen Unterstützungswesen. Anlaß hierzu gab die akute Not, in die die plötzlichen Einberufungen der Männer deren Familien stürzten. Die staatliche Unterstützung für sie war gänzlich unzureichend. Sie betrug für die Ehefrauen im Sommer 9, im Winter 12 Mark, für Kinder und Verwandte aufsteigender Linie 6 Mark monatlich. Anstelle der Barbeträge konnte Naturalunterstützung gewährt werden; in diesem Fall erhielten die Betroffenen überhaupt kein Geld und waren außerstande, Mieten oder andere periodisch fällige Zahlungen zu entrichten. Als die Generalkommission sich in der Vorständekonferenz vom 2. August nachdrücklich dafür einsetzte, die durch Statut festgelegten bisherigen Unterstützungen auf die Hälfte zu reduzieren und »eine, wenn auch nur mäßige Unterstützung für die Familien der Mitglieder, die ins Feld gerückt sind, einzuführen«⁹³, bewog sie aber nicht nur diese Not. Hinzu kamen die Hoffnung, eine solche Unterstützung werde dazu führen, daß die »noch vorhandenen Mitglieder ihrerseits die Beiträge weiterzahlen werden«⁹⁴, woran mancher Gewerkschaftsführer bereits voll Sorgen zweifelte, und als politisches Motiv die Erwartung, ein solcher Beschluß könne »dieselbe Wirkung ... wie die Bewilligung der Kriegskredite« haben und »die Position der Gewerkschaften gegenwärtig außerordentlich befestigen«⁹⁵.

Offenbar waren die Gewerkschaftsführer von den ersten Anzeichen eines Entgegenkommens der Regierung so beeindruckt, daß sie glaubten, durch die Unterstützung der nationalen Belange mit ihren eigenen finanziellen Mitteln »hohe moralische Eroberungen« machen zu können, »die den materiellen Effekt weit übertreffen«⁹⁶, nämlich die Kooperationsbereitschaft ihrer bisherigen Gegner verstärken und die politische Position der Arbeiterorganisationen dauerhaft verbessern würden. Es ist bezeichnend für die Stärke ihres Optimismus, daß sie auch in diesem Falle Vorleistungen ohne Sicherheiten für ein entsprechendes Entgegenkommen erbringen wollten, obwohl die Vorkriegserfahrungen es als bedenklich erscheinen lassen mochten, sich freiwillig der eigenen Kampffonds zu begeben und dem Staat die Finanzierung unmittelbarer Kriegsfolgelasten abzunehmen, zumal noch nicht einmal gewährleistet war, ob er nicht die Gelegenheit benutzen würde, sich seiner Unterstützungspflicht zu entziehen⁹⁷. Die Befürworter dieses Vorschlags verwiesen darauf, daß das Schicksal der Arbeiter wie der Gewerkschaften an den Kriegsausgang geknüpft sei und

deshalb jedes Mittel zur Herbeiführung eines Sieges genutzt werden müsse. »Wird Deutschland in dem gegenwärtigen Kampfe besiegt, was wir alle nicht hoffen«, erläuterte Wissell, »so sind auch nach Beendigung des Krieges alle gewerkschaftlichen Kämpfe aussichtslos und zwecklos. Siegt Deutschland, so kommt auch eine aufsteigende Konjunktur, und es brauchen dann die Mittel der Organisationen nicht so sehr in die Waagschale geworfen zu werden.«⁹⁸

Wenn sich dennoch einige Gewerkschaften dem Ansinnen Legiens widersetzen, so nicht aufgrund einer anderen politischen Beurteilung der Unterstützungsfrage. Gegen die Reduzierung oder gar Aussetzung der statutarischen Unterstützungen sprachen sich insbesondere die Vertreter solcher Verbände aus, deren Organisationsgrad hoch, deren Unterstützungswesen gut ausgebaut und überdurchschnittlich leistungsfähig und seit langem zu einem wichtigen Werbemittel geworden war, darunter die Buchdrucker, Schuhmacher und Metallarbeiter. »Fest ausgebaute Organisationen können die Herabsetzung nicht vornehmen, weil das ihren Bankrott bedeutete«, konstatierte Peter Graßmann vom Buchdruckerverband⁹⁹. Der Vorsitzende der Schuhmachergewerkschaft, Josef Simon, meinte gar: »Eine Herabsetzung der Unterstützungen in dem gegenwärtigen Stadium wäre der Zusammenbruch der Gewerkschaften.«¹⁰⁰ Dagegen hielt Paeplow für den Bauarbeiterverband die Einführung einer Kriegsunterstützung für »undurchführbar«, weil sie in seinem Verband von nicht weniger als einem Drittel der Mitglieder in Anspruch genommen werden, die Verbandskasse also selbst bei niedrigen Unterstützungssätzen in absehbarer Zeit erschöpft sein würde¹⁰¹.

Oswald Schumann, der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes, widersprach mit Rücksicht auf die Arbeitslosen: Sie erhielten von der Allgemeinheit gar nichts, seien also »noch schlechter daran« als die Familien der Einberufenen¹⁰². Tatsächlich bekamen die Arbeitslosen, deren Zahl in den ersten Kriegswochen in manchen Verbänden die Zahl der Eingezogenen weit überstieg¹⁰³, weder von staatlicher noch – von wenigen Ausnahmen abgesehen – von kommunaler Seite irgendwelche Unterstützungen. Die Reichsregierung hatte sich in der Vorkriegszeit beharrlich geweigert, dem Gedanken einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung näherzutreten, und die meisten Gemeinden erklärten sich jetzt für unzuständig und verwiesen wiederum auf das Reich oder auf die Bundesstaaten¹⁰⁴. Brey schließlich wehrte sich gegen eine sofortige Beschlußfassung, weil die Vorsitzenden ohne Rücksprache mit ihren Organisationen »dazu heute kein Recht haben« und das Übergehen der satzungsmäßig zuständigen Verbandsgremien »bei unseren Mitgliedern den übelsten Eindruck erwecken müsse«¹⁰⁵.

Legien aber fegte die formalen Bedenken vom Tisch mit der Feststellung: »Wie die Dinge heute liegen, hört die Demokratie in den Gewerkschaften auf; jetzt haben die Vorstände auf eigene Verantwortung zu entscheiden, und zwar so, wie sie es vor ihrem Gewissen verantworten können.«¹⁰⁶ Leipart zeigte sich insoweit kompromißbereit, als er jetzt für die Einführung der Familienunterstützung nicht mehr anstelle, sondern zusätzlich zu den herkömmlichen Unterstützungsarten plädierte. Gerade sein eigener Verband freilich konnte eine solche Doppelbelastung höchstens einige Wochen durchhalten, denn in ihm betrug die Arbeitslosenquote bereits am 8. August 33 %¹⁰⁷, während der Durchschnitt Anfang September erst bei 21,2 % lag¹⁰⁸. Deshalb zeichnete sich in dieser Gewerkschaft nicht nur die Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung als »unvermeidlich« ab, sondern sogar schon die Notwendigkeit, sie später ganz zu beenden¹⁰⁹. Auch Legien war sich klar darüber, »daß wir unsere Unterstützungen schon nach wenigen Wochen werden einstellen müssen«, und hielt es deshalb für das beste, alle Unterstützungen bereits nach 14 Tagen zu streichen, »da wir unser Geld später wahrscheinlich nötiger gebrauchen«¹¹⁰. Diese nüchterne Einsicht in die Kurzlebigkeit und geringe materielle Wirksamkeit der Kriegsunterstützung bestätigt, für wieviel größer Legien ihre politische Bedeutung gehalten haben muß.

Wegen der unterschiedlichen Verbandsinteressen gelang es ihm und Leipart jedoch nicht, die Gewerkschaftsvorstände für ein einheitliches finanzielles Engagement in der Kriegsunterstützung zu gewinnen. Die Vorstandskonferenz vom 2. August einigte sich für ihren Aufruf lediglich auf die Zusage, die Gewerkschaften würden »bestrebt sein, soweit es in ihren Kräften steht, die bitterste Not der Mitglieder und ihrer Angehörigen zu mildern«¹¹¹. Im übrigen vertagte sie sich um zwei Wochen, um inzwischen die Stellungnahme der einzelnen Vorstände einzuholen und alsdann einen endgültigen Beschluß zu fassen.

Nach drei Tagen jedoch, am 5. August, trat sie schon wieder zusammen. Leipart hatte sie nämlich zu überrumpeln versucht. Noch am 2. August hatte er betont, »die Gewerkschaften müßten in dieser Frage . . . solidarisch handeln, um den üblen Eindruck zu vermeiden, den einzelne Maßnahmen hervorrufen müßten«¹¹², gleichzeitig allerdings auch angekündigt, sein Verband werde schon in der nächsten Woche an die Herabsetzung der Unterstützungen gehen¹¹³. Bereits einen Tag später aber eröffnete der Vorstand des Holzarbeiterverbandes seinen Mitgliedern, der Verband werde seine statutarischen Zahlungen reduzieren und dafür eine Unterstützung der Kriegerfamilien einführen, wobei er hinzufügte, die Vorstände der übrigen Gewerkschaften würden »wahrscheinlich ähnliche Beschlüsse fassen, so daß ein möglichst einheitliches Handeln aller Verbände zu erwarten

steht«¹¹⁴. Leipart begründete den Alleingang seiner Gewerkschaft damit, die Massentlassungen nach der Mobilmachung hätten ihn »gezwungen, sofort die Herabsetzung der Unterstützungen vorzunehmen«¹¹⁵. Dies war freilich eine wenig überzeugende Begründung angesichts der gleichzeitigen Einführung einer neuen Unterstützungsart. Der Zweck dieser Aktion bestand denn auch ohne Zweifel darin, die übrigen Gewerkschaften vor vollendete Tatsachen zu stellen und in die moralische Zwangslage zu versetzen, es wohl oder übel den Holzarbeitern gleichzutun, um auf diese Weise den am 2. August vergeblich angestrebten Beschluß doch noch zu erreichen.

Josef Simon geißelte in der Vorständekonferenz vom 17. August das Vorgehen der Holzarbeiter »geradezu als einen Überfall auf die übrigen Organisationen«. Zugleich beschuldigte er die Generalkommission, »in dem schwersten Augenblick, den die Gewerkschaften durchzumachen haben, wo eine Einheitlichkeit am allernotwendigsten gewesen wäre, ... versagt« zu haben, und drohte an, sein Verband werde sich unter derartigen Umständen künftig an den Vorständekonferenzen nicht mehr beteiligen¹¹⁶. Auch unter den Metallarbeitern und den Transportarbeitern rief das Vorgehen des Holzarbeiterverbandes »die allergrößte Unruhe« hervor¹¹⁷; den DMV-Vorstand veranlaßte es zu einem Rundschreiben, das Leipart seinerseits als »im höchsten Grade unfreundlich« empfand¹¹⁸. Legien aber fand in der Konferenz vom 5. August für die Handlungsweise seines Freundes und langjährigen Mitarbeiters Leipart kein Wort der Kritik. Nach dessen unwidersprochener Mitteilung hatte er sich sogar mit dem Alleingang des Holzarbeiterverbandes einverstanden erklärt¹¹⁹, obwohl dieser der Übereinkunft vom 2. August widersprach. Legien eröffnete die Aussprache mit der schlichten Feststellung, nach der Veröffentlichung der Beschlüsse des Holzarbeiterverbandes handele es sich »nun darum, eine gewisse Einheitlichkeit für die gesamten Gewerkschaften in diesen Fragen zu erzielen«¹²⁰. Robert Schmidt bekräftigte, »daß der Beschluß des Holzarbeiterverbandes von allen Gewerkschaften übernommen nach außen hin einen vorzüglichen Eindruck machen und den Gewerkschaften in jeder Hinsicht nützen würde«¹²¹, und Legien fügte die versteckte Drohung hinzu, andernfalls könnten »für die übrigen Gewerkschaften sehr unangenehme Situationen entstehen«¹²².

Doch sie redeten vergeblich. Der Schritt der Holzarbeiter hatte ihren Absichten gerade entgegengewirkt. Mahler, der Vorsitzende des Lederarbeiterverbandes, und Blum vom Sattlerverband warfen den Holzarbeitern vor, die übrigen Gewerkschaften in eine »üble«¹²³ und »sehr prekäre Lage« gebracht zu haben¹²⁴. Cohen wandte sich »gegen jede Bindung der Verbände hinsichtlich der Familienangehörigen der ins Feld gezogenen Mitglieder«¹²⁵; Stühmer vom Schneiderverband erklärte bündig, »daß jede Ge-

werkschaft ihre besonderen Verhältnisse zu berücksichtigen und danach ihre Beschlüsse zu fassen« habe¹²⁶; auch Schumann widersetzte sich einer »Uniformierung«¹²⁷. Der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes, Emil Döblin, hielt es »im Interesse der Gewerkschaften« für »außerordentlich gefährlich, statutarische Bestimmungen einfach aufzuheben«¹²⁸, der 2. Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes, Döring, nannte die Beschlüsse des Holzarbeiterverbandes »undurchführbar«¹²⁹, und selbst Legiens Stellvertreter Gustav Bauer gingen sie »zu weit« und veranlaßten ihn zu dem Hinweis, jede Gewerkschaft habe »bis zu einem gewissen Grade freie Hand«¹³⁰. Schließlich konstatierte Hermann Silberschmidt, Vorstandsmitglied des Bauarbeiterverbandes, es läge »kein Grund« vor, von dem drei Tage zuvor gefaßten Beschluß abzugehen; ein gegenteiliger Schritt mache »die Sache noch viel schlimmer als die Publikation des Holzarbeiterverbandes allein«¹³¹. Daraufhin ließ Legien vorerst von seinem Vorhaben ab.

Auch am 17. August ergab sich kein anderes Bild. Lediglich zwei Gewerkschaften hatten bis dahin einer allgemeinen Kriegerfamilienunterstützung zugestimmt, alle anderen hatten sie abgelehnt oder beschlossen, Unterstützungen nur von Fall zu Fall zu zahlen, was allerdings in erheblichem Umfang geschah¹³². Ärgerlich bemerkte Legien, »jetzt sei die Sache so verfahren, daß irgendwelche Regelung so gut wie ausgeschlossen sei«¹³³. Sein Mißmut mochte allerdings auch daher rühren, daß er sich schon jetzt in seiner Erwartung getäuscht sah, ein finanzieller Einsatz der Gewerkschaften würde vom Staat mit verstärkten sozialpolitischen Zugeständnissen honoriert werden. In der Annahme einer kurzen Kriegsdauer hatten bis zu diesem Zeitpunkt weder das Reich noch die Gemeinden nennenswerte Anstrengungen unternommen, um die Notlage der Soldatenfamilien zu lindern. Die Reichsregierung hatte lediglich bei Kriegsausbruch die für die Auszahlung der kärglichen Unterstützung zuständigen Gemeinden aufgefordert, von sich aus die Unterstützungssätze zu erhöhen. Bis Ende September geschah dies jedoch erst in einem Viertel aller Gemeinden über 2000 Einwohner; ihre Höhe bewegte sich mit wenigen Ausnahmen zwischen 6 und 12 Mark monatlich für die Ehefrau. Manche Gemeinden hingegen enthielten den Frauen sogar die Reichsunterstützung vor mit der Begründung, sie könnten sich Arbeit suchen – angesichts der großen Arbeitslosigkeit ein blanker Zynismus¹³⁴. Andere gingen schon Mitte August 1914 dazu über, die gewerkschaftlichen Zahlungen auf ihre Fürsorgeleistungen anzurechnen, denjenigen Familien also, die von den Gewerkschaften unterstützt wurden, die kommunale Hilfe zu verweigern oder zu kürzen. Auf diese Weise schickten die Gewerkschaften sich an, dem Staat gleich einen doppelten Gefallen zu erweisen: sie erlaubten ihm die Schonung seiner eigenen

Finanzen und beraubten sich selbst ihrer Kampfmittel schneller und gründlicher, als jede Polizeiaktion es vermocht hätte.

So hatte auch Legien sich die Sache keineswegs gedacht. Deshalb machte er jetzt eine Kehrtwendung und sprach sich in der Vorständekonferenz vom 17. August sowohl gegen die allgemeine regelmäßige Unterstützung der Kriegerfamilien als auch gegen die Streichung aller statutenmäßig festgelegten Unterstützungen aus¹³⁵. Hierzu hoffte er freilich immer noch auf eine einheitliche Regelung und beantragte die Beibehaltung der Arbeitslosen- und der auf die Hälfte reduzierten Invalidenunterstützung¹³⁶. Unter Zustimmung anderer Verbandsvorsitzender aber widersprach der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes erneut: »Eine Streichung einzelner Unterstützungsarten wäre gleichbedeutend mit Streichung einzelner Organisationen«¹³⁷. Wegen der unterschiedlichen Auswirkung von Einberufungen und Arbeitslosigkeit auf die einzelnen Verbände, des ungleichen Ausbaus ihrer Unterstützungseinrichtungen und der Unterschiede ihrer Finanzkraft kam es auch jetzt zu keinem gemeinsamen Beschluß.

Legiens Meinungsänderung hing wahrscheinlich auch damit zusammen, daß die Arbeitslosigkeit mittlerweile nie erlebte Dimensionen angenommen hatte¹³⁸. Die Gewerkschaften »verbluteten fast unter den Riesenlasten« der Arbeitslosenunterstützung¹³⁹; manche Verbände standen bereits im August 1914 am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Gemeinsam mit dem SPD-Vorstand drang die Generalkommission deshalb bei der Regierung mehrfach auf eine beschleunigte Einführung der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung, und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem eingespielten Apparat der Gewerkschaften¹⁴⁰. Erfolg hatten diese Vorstöße nicht. Zwar sah der Kanzler die Berechtigung der gewerkschaftlichen Forderungen ein, stellte aber eine finanzielle Beteiligung des Reiches frühestens für die Nachkriegszeit in Aussicht. Einstweilen forderte er lediglich die Gemeinden und Bundesstaaten auf, sich der Arbeitslosenfürsorge anzunehmen¹⁴¹.

Da eine ausreichende Hilfe der öffentlichen Hand für die Soldatenfamilien zunächst ausblieb, lastete auf vielen Gewerkschaften weiterhin der zweifache Druck von Arbeitslosen- und Familienunterstützung. Allein die erstere verschlang im ersten Kriegsmonat mehr als 1,6 Mill. Mark¹⁴². In derselben Zeit schied fast die Hälfte der Mitglieder wegen Arbeitslosigkeit oder Einberufung als Beitragszahler aus¹⁴³. Mitte September war einigen Verbänden deshalb der finanzielle Atem bereits ausgegangen, der Kollaps weiterer stand bevor. Diese Entwicklung erzwang eine erneute Behandlung der Unterstützungsfrage in der Vorständekonferenz vom 17. September. Paepflow beschuldigte den Holzarbeiterverband, »durch sein Vorgehen den heutigen Notstand der meisten anderen Verbände verursacht und diese in die heutige prekäre Lage gegenüber ihren Mitgliedern gebracht« zu

haben. »Die Folge davon sei, daß viele Verbände die viel nötigere Arbeitslosenunterstützung früher aufheben müssen, weil sie durch die Familienunterstützung zu sehr belastet sind. Es sei also dringend notwendig, die letztere aufzuheben«¹⁴⁴. Wäre man seinerzeit den Vorschlägen Leiparts gefolgt, so stieß Simon nach, »dann ständen heute die Gewerkschaften vor ihrer Aufhebung«¹⁴⁵. Schmidt verteidigte sie nur schwach mit der Behauptung, »daß die Gewerkschaften mit der Familienunterstützung ein großes Werk getan« hätten, sprach sich im übrigen aber ebenfalls für ihre Beendigung aus; »einen Schaden für die Verbände befürchte er davon jetzt nicht mehr«¹⁴⁶. In längerer Debatte befürworteten fast alle Gewerkschaftsführer diese Lösung. Nur Döblin widersetzte sich aus prinzipiellen Bedenken gegen Beschlüsse, »durch die alle Gewerkschaften festgelegt werden«¹⁴⁷. Am Ende aber stimmte auch er einer Resolution zu, in der unter Hinweis auf die vom Reich und inzwischen auch von manchen Gemeinden gezahlte Unterstützung die Gewerkschaften aufgefordert wurden, die Familienhilfe der öffentlichen Hand zu überlassen und die Gewerkschaftsgelder an die häufig noch schlechter gestellten Arbeitslosen zu geben. Kriegsunterstützung sollte fortan nur noch in Notfällen oder aus freiwilligen Beiträgen gewährt werden¹⁴⁸.

Die meisten Gewerkschaften folgten dieser Empfehlung. Allerdings blieb das Unterstützungswesen wegen der ungleichen Finanzkraft und Belastung der einzelnen Gewerkschaften die ganze Kriegszeit hindurch von Verband zu Verband verschieden geregelt¹⁴⁹. Um eine Mitgliederwanderung von den weniger leistungsfähigen zu den zahlungskräftigeren Organisationen zu verhüten, die manche kleineren Verbände ruinieren und das Berufsverbandsprinzip nachhaltig hätte erschüttern können, kamen die Vorstände überein, den Übertritt von einer Gewerkschaft in eine andere bis auf weiteres zu untersagen. Nur »christliche« und »Hirsch-Dunckersche« Arbeiter durften auch fortan »natürlich« aufgenommen werden¹⁵⁰.

Die Kontroverse um die Familienunterstützung bietet ein bisher unbekanntes Beispiel für das Bestreben der Generalkommission, die Gewerkschaften in den Dienst der Kriegführung zu stellen in der Hoffnung, dadurch das Klima für sozial- und innenpolitische Konzessionen zu verbessern. Sie zeigt zugleich die Schwierigkeiten, einheitliche Beschlüsse in Fragen herbeizuführen, die die Finanzen der Einzelverbände berührten – Schwierigkeiten, die sich nicht aus politischen Gegensätzen, sondern aus der »Verschiedenheit in der Struktur der einzelnen Gewerkschaften«¹⁵¹ und den daran geknüpften, eifersüchtig gehüteten Eigeninteressen ergaben.

Wie groß der Partikularismus und wie gering die gesamtgewerkschaftliche Solidarität selbst in einer außergewöhnlichen Notlage und trotz weit-

gehender Übereinstimmung in politischen Grundfragen war, läßt sich auch an der Frage der Hilfe für notleidende Verbände erkennen. Bereits Mitte August 1914 sah sich der kleine Lithographenverband nicht mehr in der Lage, seinen Mitgliedern Unterstützungen zu zahlen. Bei den Buchbindern und Glasarbeitern war dasselbe nur noch eine Frage weniger Wochen¹⁵². Zwar postulierte Wissell am 2. August: »Wenn der eine Verband früher am Ende seiner Zahlungsfähigkeit angelangt ist, dann sollten die anderen ihm beispringen, bis alle nichts mehr haben«¹⁵³, und zwei Wochen später ermahnte auch Legien die Vorständekonferenz, »daß in solchen Fällen die übrigen Verbände der notleidenden Bruderorganisation beizuspringen hätten.« Mit Rücksicht auf das »Ansehen der deutschen Gewerkschaftsbewegung« sowie die »Wirkung . . . auf die Gesamtorganisation« dürfe ein solcher Verband »nicht schon im ersten Ansturm der Ereignisse fallen gelassen« werden und »zwei oder drei Wochen nach Kriegsausbruch eine der bisher festgefügtsten Organisationen zusammenbrechen«¹⁵⁴.

Doch der Appell drang manchen Gewerkschaftsvorsitzenden nur schwer ins Ohr. »Wenn alle Verbände in Not seien«, entgegnete der Vorsitzende der durch hohe Arbeitslosigkeit belasteten Bauarbeiter, »so könne wohl schwerlich daran gedacht werden, daß diese einem anderen, der sich in noch schlechterer Lage befindet, helfen. . . . Wenn ein Umlageverfahren beschlossen werde, so werde sein Verband sein Teil tragen – aber es müßte ihm gestundet werden.«¹⁵⁵ Die Wertpapiere seines Verbandes zur Lombardierung zur Verfügung zu stellen, lehnte er ab, obwohl die Reichsregierung den Gewerkschaften dafür besonderes Entgegenkommen zugesagt hatte, falls sie damit die Kriegsteilnehmer unterstützten¹⁵⁶. Für den Holzarbeiterverband erklärte Leipart jegliche Unterstützungszahlung an andere Verbände für »ausgeschlossen«¹⁵⁷. Auch der Vertreter des Buchdruckerverbandes, der reichsten, zwar ebenfalls von hoher Arbeitslosigkeit, dafür von Einberufungen vergleichsweise wenig betroffenen Gewerkschaft¹⁵⁸, wand sich: »In Friedenszeiten halten die Buchdrucker stets die Pflichten der Solidarität ein; in den jetzigen Zeiten aber muß jede Organisation darauf bedacht sein, die Interessen ihrer Mitglieder in erster Linie zu wahren. . . . Man wisse auch nicht, welche Organisationen noch mit einem derartigen Anliegen kommen, und müsse deshalb die Dinge schon gehen lassen, da das Vertrauen in die Organisation auch schon bei einer Herabsetzung der Unterstützungen erschüttert sein dürfte.«¹⁵⁹

In diesem Falle gelang es Legien jedoch, die Widerstände der Einzelgewerkschaften zu überwinden. »Es gibt nur zwei Möglichkeiten: bringt der jetzige Krieg für Deutschland den Sieg, was wir erwarten, dann bleiben die Gewerkschaften für jetzt und später kreditfähig. Geht der Krieg zu Deutschlands Ungunsten aus, dann können den Gewerkschaften auch ihre

Millionen nichts nützen«¹⁶⁰. Mit diesem Appell gewann er die Zustimmung der Verbandsvorstände zur Beschaffung von Hilfgeldern für die Lithographen durch die Generalkommission unter der Garantie aller Gewerkschaften; die Unterstützung wurde einstweilen auf vier Wochen beschränkt¹⁶¹. Danach sollte festgestellt werden, wie viele Verbände inzwischen ebenfalls nicht mehr zahlen konnten; gegebenenfalls sollten dann alle Gewerkschaften Unterstützungszahlungen an ihre Mitglieder einstellen.

Nach Ablauf dieser Frist waren neben den Lithographen auch die Tabakarbeiter finanziell am Ende¹⁶², die Zahlungsunfähigkeit des Bildhauerverbandes¹⁶³, des Hutarbeiterverbandes und der Glaser¹⁶⁴ stand bevor; im Bauarbeiterverband zeichnete sich die Notwendigkeit ab, die Unterstützung einzustellen¹⁶⁵. In dieser Situation beschwor Legien erneut die Vorsitzenden, für weitere sechs Wochen die notleidenden Verbände zu unterstützen und ihnen dadurch die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung zu ermöglichen. Er war hieran nicht allein wegen der Not der erwerbslosen Mitglieder interessiert, sondern auch deshalb, weil die Gewerkschaften seit langem die öffentliche Arbeitslosenunterstützung gefordert und für ihre Verteilung den Gewerkschaftsapparat angeboten hatten und jetzt zum ersten Mal hoffen konnten, ihre Fürsorge werde weithin als vorbildlich anerkannt und dieser Forderung Nachdruck verleihen. »Eine zweite so günstige Situation zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung dürfte sich in späterer Zeit nicht so leicht wieder bieten«, redete Legien den Gewerkschaftsführern ins Gewissen. Daher sei es unbedingt notwendig, »daß die Gewerkschaften jetzt auch noch auf längere Zeit den Beweis führen, daß sie die berufenen organisatorischen Träger der Unterstützung sind«. Stellten einige Gewerkschaften vorher ihre Tätigkeit ein, »dann sind unsere Bemühungen ergebnislos . . . Es dürfe daher in diesem Augenblick keine Gewerkschaft nur an sich denken, sondern jede müsse das Gesamtinteresse im Auge haben.«¹⁶⁶

Doch auch nach diesem Appell bestanden die Gewerkschaften »die erste Probe auf den Sozialismus«¹⁶⁷ nur mit Ach und Krach. Lediglich die Bergarbeiter, Schuhmacher, Bauarbeiter, Transportarbeiter und Kupferschmiede sprachen sich für die Fortführung und Erweiterung der Unterstützung der in Finanzschwierigkeiten geratenen Verbände aus. Der DMV hielt es für möglich, auch »trotz des Versagens einzelner Verbände die Gewerkschaften zum Träger der Arbeitslosenunterstützung zu machen«¹⁶⁸, die Buchdrucker zogen sich hinter den Einwand zurück, wenn nach Ablauf einer weiteren Unterstützungsfrist nicht mehr geholfen werden könne, »werde es denselben üblen Eindruck machen, als wenn dies jetzt schon erklärt« würde¹⁶⁹, und die Zimmerer bestritten die Triftigkeit der Auffassung der Generalkommission mit der Bemerkung: »Wenn wir zugrunde

gehen, so gehen wir alle zugrunde.«¹⁷⁰ Von anderen Vorsitzenden hatte Schmidt den Eindruck, daß sie »ihre Lage übertrieben schwarz« schilderten, »um sich einer Hilfsaktion zu entziehen«¹⁷¹. Solidarität sei nicht, »wenn man mal vom Überfluß gibt, sondern in der größten Not habe sie sich zu bewähren«, belehrte Legien die Widerstrebenden und mahnte: »Wenn die Organisationen wollen, können sie das Geld aufbringen«; werde aber die Unterstützung jetzt abgelehnt, »so sei zu befürchten, daß das auch für spätere Zeiten sehr üble Nachwirkungen für die Gesamtheit der Gewerkschaften haben« könne¹⁷². Trotzdem billigte die Konferenz Hilfsmaßnahmen für die bedürftigen Verbände nur für die laufende Woche und knüpfte ihre Verlängerung an die Entscheidung der Vorstände der Einzelgewerkschaften¹⁷³.

Nur auf eine – gemessen am gesamten Finanzvolumen der Gewerkschaften – nebensächliche Maßnahme einigte sich die Vorstandskonferenz ohne längere Kontroversen: Sie verpflichtete ihre Angestellten, ebenso wie die Angestellten der SPD, auf mindestens 25 % ihres Einkommens zugunsten der Organisationen zu verzichten¹⁷⁴. Ferner beschloß sie, den Familien eingezogener Gewerkschaftsangestellter 50 % des Gehalts weiterzuzahlen, auch auf die Gefahr hin, daß ihnen dafür die staatlichen Unterstützungen gekürzt würden. Brey rechtfertigte diese finanzielle Selbstlosigkeit mit der Verpflichtung der Gewerkschaften, »vor allen Dingen ein gutes Beispiel sozialer Wirksamkeit« zu geben. Außerdem würde es auch »böses Blut erregen, wollten die Verbände den Versuch machen, ihren Angestellten noch einen Teil der staatlichen Unterstützungen zu verschaffen«¹⁷⁵. Diese Regelung blieb in Kraft, bis die Belastungen mit dem Fallen der Arbeitslosenquote zurückgingen, eine allgemeine Preissteigerung einsetzte und die in einigen Zweigen der Industrie infolge des beginnenden Arbeitskräftemangels gezahlten höheren Löhne die Gewerkschaftsangestellten wegzulocken drohten. Die Gehaltskürzungen wurden zunächst reduziert und am 1. April 1915 gänzlich aufgehoben¹⁷⁶.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Erwartungen, die die Gewerkschaftsführung an die Unterstützungsleistungen geknüpft hatte, kaum erfüllt. Trotz der Aufforderung der Reichsregierung an die Gemeinden, die Arbeitslosenfürsorge zu übernehmen, und gleichgerichteter, von der Generalkommission angeregter Vorstöße der Gewerkschaftskartelle auf lokaler Ebene taten viele Gemeinden bis Oktober 1914 »nicht das geringste auf diesem Gebiete«¹⁷⁷. Der Magdeburger Magistrat etwa hielt die Einführung der kommunalen Arbeitslosenfürsorge für einen »Fehler«, der Helmstedter Bürgermeister erklärte gar, daß der Weg dorthin »nur über seine Leiche ginge«¹⁷⁸. Andere Gemeinden gewährten nur gelegentlich Naturalien oder Barunterstützungen¹⁷⁹, und diejenigen, die Unterstützung zahlten, zogen

nicht selten die gewerkschaftlichen Zuwendungen davon ab. In der Befürchtung, daß die Mitglieder die Zahlung der Beiträge einstellen würden, wenn sie mit ihnen nur die öffentlichen Kassen schonen halfen, verlangten die Gewerkschaften vom Reichsamt des Innern, den Gemeinden ein derartiges Vorgehen zu untersagen. Die Regierung aber versteckte sich hinter der Autonomie der Kommunen und Provinziallandtage. Erst als die Gewerkschaften mit der völligen Einstellung ihrer Unterstützungen drohten, wurden diese entweder gar nicht mehr oder höchstens noch zu 50 % angerechnet¹⁸⁰. Die Gewerkschaften blieben also wochenlang die einzigen Helfer. Bis Ende Oktober 1914 stiegen ihre Aufwendungen für die Arbeitslosenunterstützung auf 12,7 Mill. Mark¹⁸¹; hinzu kamen noch 3 Mill. für die Unterstützung der Kriegerfamilien¹⁸².

Erst in den Nachtragsetat von 5 Mrd. Mark, der im Dezember 1914 vom Reichstag verabschiedet wurde, setzte die Regierung auf Druck von Gewerkschaften und SPD den bescheidenen Betrag von 200 Mill. Mark für Kriegsfürsorgezwecke ein, um durch Zuschüsse die Gemeinden zur Zahlung von Unterstützung zu verpflichten oder zu befähigen. Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenfürsorge aber wurde von der Regierung auch bei dieser Gelegenheit wieder ausdrücklich verneint¹⁸³. Die Modalitäten der Unterstützung blieben weitgehend den Kommunen überlassen; sie durften ihr nur nicht den Charakter der Armenpflege geben, die den Verlust der politischen Rechte nach sich zog, und Zuwendungen von dritter Seite bis höchstens zur Hälfte anrechnen. Viele Kommunen benutzten ihren Spielraum dazu, Arbeitslose bei geringstem Eigenvermögen oder Sparkapital von der Unterstützung auszuschließen. Manche zahlten nur ab und zu in ganz besonderen Notfällen Unterstützung, einige gaben nach wie vor statt Bargeld nur Speisemarken für öffentliche Kriegsküchen, Naturalien oder Brennholz aus. Vielfach waren die Unterstützungen so niedrig, daß die Arbeiterfamilien nicht einmal ihre Miete bezahlen konnten¹⁸⁴. In vielen Gemeinden wurden weiterhin Gewerkschaftsunterstützungen sowie jeder kleine Verdienst der Kriegerfrauen oder ihrer Angehörigen auf die Unterstützung angerechnet, in manchen Fällen gar die Unterstützten widerrechtlich dem Armenrecht unterworfen¹⁸⁵. Noch im Januar 1915 taten trotz der Reichszuschüsse überhaupt erst 13 % aller Orte über 2000 Einwohner etwas für die Arbeitslosenunterstützung. In manchen Großstädten wie Danzig und Augsburg, Mittelstädten wie Bromberg, Eisenach, Kattowitz, Oppeln, Reutlingen und Herford war noch immer wenig oder nichts geschehen. Im Ruhrgebiet gab es den Behauptungen der Kommunen zufolge entweder gar keine unterstützungsberechtigten Arbeitslosen, oder sie wurden mit Notstandsarbeiten beschäftigt¹⁸⁶. Auch in vielen ländlichen Gebieten befanden sich die Krieger-

familien oft in Not¹⁸⁷. Eine Ermahnung des preußischen Innenministers vom Februar 1915, den Kriegerfamilien »für die Dauer der Bedürftigkeit das zum angemessenen Lebensunterhalt Erforderliche« zu gewähren, auch auf sie keinesfalls die Grundsätze der Armenpflege anzuwenden, um »in dem vor dem Feinde stehenden bisherigen Ernährer seiner Familie oder sonstigen Angehörigen die sichere Zuversicht lebendig zu erhalten, daß während seiner Abwesenheit seine Familie vor jeder Not bewahrt bleibt«¹⁸⁸, brachte keine durchgreifende Besserung. Den Frauen und halb-wüchsigen Kindern vieler eingezogener Arbeiter blieb nur die Wahl zwischen bitterer Armut und der Aufnahme harter und oft unterbezahlter Arbeit in der Kriegsindustrie.

Mit deren Entfaltung in den folgenden Monaten ging zwar die Arbeitslosigkeit weiter zurück; sie sank allerdings in einigen Gewerben, vornehmlich solchen mit einem hohen Anteil weiblicher Arbeitskräfte, nur langsam. Die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften wurde daher weiter beansprucht. Die dafür aufgewendeten Summen beliefen sich bis Ende Januar 1915 auf 17,8 Mill. Mark, bis Ende April auf 20,5 Mill. und stiegen bis Ende Juli um eine weitere Million¹⁸⁹. Die Familienbeihilfen für Kriegsteilnehmer summierten sich zur gleichen Zeit auf 7 Mill. Mark¹⁹⁰.

2. Kapitel: Der Krieg und die Gewerkschaftsorganisation

Außer beträchtlichen Ausgaben bescherte der Kriegsausbruch den Gewerkschaften eine Periode außergewöhnlichen Niedergangs, gekennzeichnet durch Mitgliederverluste, Lähmung und Zerfall des organisatorischen Apparats, Rückgang an Finanzkraft und Vertrauensschwund bei den Mitgliedern.

Mitgliederverluste und ihre Ursachen

Von Ende Juni bis Ende Dezember 1914 ging die Stärke der freien Gewerkschaften von 2 510 585 Mitgliedern auf 1 502 811 zurück¹, d. h. um 40,14 %. Sie sank weiter auf 994 853 Ende 1915², also um 60,37 % (bezogen auf das II. Quartal 1914); der Tiefpunkt war Ende 1916 mit 944 575 Mitgliedern, also einem Verlust von 62,37 % erreicht³. Die christlichen Gewerkschaften hatten von Ende 1913 bis Ende 1914 einen Rückgang um 32,93 % von 341 735 auf 218 197 Mitglieder zu verzeichnen⁴, bis Ende 1915 um 52,47 % auf 162 425⁵, bis Ende 1916 um 47,6 % auf 178 907⁶. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine fielen von 106 618 Ende 1913⁷ um 27,07 % auf 77 749 Ende 1914⁸, um 42,7 % auf 61 086 Ende 1915⁹, schließlich um 45,8 % auf 57 766 Ende 1916¹⁰.

Ein differenziertes und aussagekräftigeres Bild vermitteln die in Tabel-

len zusammengestellten entsprechenden Zahlen für die freien¹¹ und die christlichen Gewerkschaften¹² sowie die Gewerkvereine¹³.

Der Mitgliederschwund ist zur Hauptsache auf die Einberufungen zum Heeresdienst zurückzuführen, die statutengemäß das Ruhen der Mitgliedschaft nach sich zogen. Bis Ende 1914 wurden 751 230 Mitglieder der freien Gewerkschaften eingezogen¹⁴; das entsprach einem Anteil von 30,25 %, bezogen auf die Gesamtmitgliedsstärke vom 30. Juni 1914. Ende 1915 waren es 1 220 867 (48,63 %), Ende 1916 1 336 213 (53,22 %)¹⁵. Die entsprechenden Zahlen für die christlichen Gewerkschaften lagen unerheblich niedriger¹⁶, die für die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine bewegten sich vermutlich in denselben Größenordnungen. Daß der relativ größte Mitgliederrückgang bereits im ersten Kriegshalbjahr – von August bis Dezember 1914 – eintrat, während sich der Schwund 1915 und 1916 langsamer vollzog, ist darauf zurückzuführen, daß unmittelbar nach Kriegsausbruch innerhalb kürzester Zeit das Feldheer von rund 2,4 Mill. und das Ersatzheer in einer Stärke von über 1,3 Mill. Mann aufgestellt wurden¹⁷, während die Heeresvermehrung anschließend in langsameren Schritten vor sich ging.

Schwieriger zu erklären ist der Befund, daß der Verlust der Gewerkschaften durchweg höher lag als die Zahl ihrer einberufenen Mitglieder. Manche Gründe hierfür hingen unmittelbar mit dem Kriegsausbruch zusammen und waren vorübergehender Natur. Vor allem gilt dies für die Panikstimmung in den ersten Augusttagen. Aus Angst vor einer Auflösung der Gewerkschaften wurden viele Mitglieder »derart kopflos, daß sie meinten, jetzt hätte alles aufgehört«¹⁸. In Stettin rührten sich Stimmen, »die der ganzen Arbeiterbewegung einen Zusammenbruch prophezeiten«¹⁹, in München wurden Gerüchte ausgesprengt, daß die Organisationen aufgelöst und die Gewerkschaftsgelder beschlagnahmt seien²⁰. In Magdeburg glaubten viele Bauarbeiter, ihre Gewerkschaft »sei nun doch geliefert«, und stellten die Beitragszahlung ein²¹. Viele Fabrikarbeiter im Kölner Gebiet taten es ihnen gleich²². Andere »schimpften, sie hätten jetzt die vielen Jahre hindurch Beiträge bezahlt, nun sei das Geld in England und sie bekämen nie wieder etwas davon zu sehen«²³. In Uetersen teilten die Mitglieder des Sattlerverbandes die Gelder der Lokalkasse untereinander auf; ähnliches geschah in manchen Ortsgruppen des Bauarbeiterverbandes in Oberschlesien²⁴.

Selbst in Berlin, wo die Arbeiter normalerweise ein besonders nüchternes Urteilsvermögen bewiesen, begegnete man »in vielen Vereinen der . . . Ansicht, . . . mit der Organisation sei es vorbei«²⁵. Oft war unter Hinweis auf die Unmöglichkeit eines Streiks auch die Meinung zu hören, der Verband »sei nun . . . zwecklos geworden«²⁶ – eine Anschauung, die sich bis in

die ersten beiden Kriegsjahre an vielen Orten feststellen läßt. So mußte sich 1915 der Magdeburger Bezirksleiter des Bauarbeiterverbandes von Arbeitern, die zehn Jahre Mitglieder gewesen waren, sagen lassen, »die Beiträge für den Verband und für die Partei könnten sie besser verwenden; der Verband könne nicht mehr auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einwirken und sei deshalb nutzlos«²⁷. Hoffnungen auf die Auswirkungen des Burgfriedens nährten hier und da auch die Erwartung, »die Unternehmer würden schon bewilligen«, und deshalb habe man die Gewerkschaft als Interessenvertretung nicht mehr nötig²⁸. Andere Gewerkschaftsmitglieder schließlich erwarteten ihre Einberufung und hielten deshalb eine weitere Mitarbeit in den Verbänden für überflüssig²⁹.

Ein weiterer Grund für den Mitgliederschwund lag in den ökonomischen Begleiterscheinungen des Krieges. Der rapide ansteigende Bedarf an Rüstungsgütern bescherte dem Bergbau, den Metall- und Chemiebetrieben, den Werften und Maschinenbaufabriken sowie Teilen des Bekleidungsgebietes einen gewaltigen Konjunkturaufschwung. Die zunächst vom Kriegsausbruch ausgelöste Arbeitslosigkeit nahm in diesen Industriezweigen deshalb geringeren Umfang an und ging erheblich schneller zurück als in den nicht kriegswichtigen Branchen. Nach kurzer Zeit machte sich hier sogar ein steigender Arbeitskräftemangel bemerkbar. Bereits nach wenigen Monaten sahen sich deshalb die Militärbehörden gezwungen, Facharbeiter der kriegswichtigen Gewerbe bevorzugt vom Kriegsdienst zurückzustellen und zum Ausgleich in erhöhtem Maße Arbeiter der übrigen Branchen einzuziehen. Zur Sicherstellung des steigenden Energiebedarfs der Kriegsindustrie wurde 1915 sogar eine größere Zahl eingezogener Bergarbeiter zur Arbeit in den Bergwerken nach Hause entlassen³⁰.

In den Gewerkschaften, die die Beschäftigten der kriegswichtigen Industriezweige umfaßten, trafen also relativ niedrige Einberufungsquoten, vergleichsweise geringe berufliche und geographische Mobilität der Mitglieder und eine Ausweitung des Mitgliederreservoirs zusammen. In diesen Verbänden lag der Verlust daher meistens nicht wesentlich unter der Zahl der Einberufenen³¹. Einige konnten den Verlust sogar teilweise durch Neuzugänge kompensieren. Im Fabrikarbeiterverband, der mit der vergleichsweise niedrigen Einberufungsquote von 43,3 % (1915) und 48,7 % (1916) davonkam, wurde bereits 1915 die Zahl der Einberufungen zu einem geringen Teil, 1916 zu mehr als der Hälfte durch Neuzugänge ausgeglichen³². Im DMV lag sogar im 1. Kriegshalbjahr der Gesamtmitgliederverlust mit 209074 (39,3 %) geringfügig unter der Zahl der Einberufenen mit 212659 (39,9 %)³³; bei Abzug der eingezogenen Mitglieder verblieb eine Zunahme von 3585. 1915 übertrafen hier die Neuzugänge die Einberufun-

gen bereits um 28 774³⁴ – ein Ergebnis, das der DMV mit Recht als »außerordentlich günstig« bezeichnete³⁵. Auch in den Gewerkschaften, in denen der Anteil weiblicher Mitglieder überdurchschnittlich hoch lag, war die Differenz zwischen dem Gesamtmitgliederverlust und der Zahl der Einberufenen meist gering. Sie zeigte mit der Zunahme der Frauenarbeit abnehmende Tendenz, z. B. in den Verbänden der Büroangestellten, Handlungsgehilfen, Tabakarbeiter und Buchdruckereihilfsarbeiter.

In den nicht kriegswichtigen Gewerben dagegen hielt der Konjunkturrückgang länger an, nicht selten die ganze Kriegszeit hindurch. Hier ging die Arbeitslosigkeit nur in dem Maße zurück, in dem Arbeitskräfte zur Armee einberufen wurden oder in die Kriegsindustrie abwanderten. Diese Abwanderung aber war fast immer mit Berufs-, oft auch mit Ortswechsel verbunden, von sozialen, physischen und psychischen Implikationen ganz zu schweigen. Sie lassen sich am Beispiel der »arbeitslosen Spielwarenproleten und Arbeiterinnen« erahnen, die im thüringischen Sonneberg »in Trupps von 100 bis 300 Personen ... fast jede Woche ... zum Bahnhof« zogen, »um nach dem Rheingebiet, nach Magdeburg usw. zu reisen. In den chemischen Fabriken, Munitionsfabriken und Eisengießereien hofften sie für längere Zeit Brot und Arbeit zu finden. Aber nur ein kleiner Teil war den schweren Anforderungen der Arbeit gewachsen. Krank und elend, der letzten paar Pfennige ledig, kamen viele zurück, manche auch nicht; viele sind als ein Opfer der Arbeit gefallen«³⁶.

In den nicht kriegswichtigen Branchen summierten sich also hohe Einberufungsquoten, hohe Arbeitslosigkeit, hohe berufliche und oft geographische Mobilität zu denkbar ungünstigen Voraussetzungen für den Fortbestand der Gewerkschaften. Das Übertrittsverbot, das die Gewerkschaftsvorstände Mitte August 1914 vereinbart hatten, um den Besitzstand der einzelnen Verbände zu sichern³⁷, erwies sich gegenüber diesen Faktoren als wenig wirksam. Es vermochte allenfalls den Zulauf zu den Verbänden der Kriegsindustrie zu bremsen, nicht aber den Verfall der Organisationen zu verhindern, die nicht an der Kriegskonjunktur partizipierten. Mit diesem Beschluß ließ sich weder der nicht seltene Fall regeln, daß Mitglieder wegen Arbeitslosigkeit aus ihrem Berufsverband austraten oder wegen Beitragsrückständen gestrichen wurden, nach einer Weile in der Kriegsindustrie Beschäftigung fanden und sich dann dem für ihre neue Tätigkeit zuständigen Verband anschlossen³⁸, noch konnte er verhindern, daß ein Mitglied seinen Verband verließ, ohne sich einem anderen anzuschließen.

Derartige »Fahnenflucht« war besonders dort häufig, wo die Mitglieder in die Kriegsindustrie abwanderten, und erklärt, warum der Mitgliederverlust die Zahl der Einberufungen überstieg. Der Bauarbeiterverband verzeichnete im 2. Halbjahr 1914 einen Verlust von 156940 Mitgliedern, wäh-

rend gleichzeitig nur 97817 als eingezogen gemeldet waren. Nach Abzug der sonstigen Abgänge verblieben 36618 Mitglieder, die weder eingezogen noch ausgetreten, noch ausgeschlossen, noch wegen Schulden gestrichen worden waren, sondern sich stillschweigend von ihrem Verband entfernt hatten³⁹. Mitunter tauchten sie unversehens irgendwo wieder auf. Der Dortmunder Bezirksleiter berichtete 1916 von »größeren Kolonnen« aus Leipzig, Plauen, Hamburg und Lübeck, die, ins Ruhrgebiet angeworben, sich bei den dortigen Zahlstellen nicht anmeldeten und schon wieder »spurlos verschwunden« waren, bevor die lokalen Gewerkschaftsfunktionäre von ihrer Anwesenheit erfahren hatten⁴⁰. Der Holzarbeiterverband mußte Ende 1914 22 487 Mitglieder (11,6 %) als »allgemeinen Kriegsverlust« verbuchen⁴¹, der Fabrikarbeiterverband 20883 (10,1 %)⁴², ein Jahr später sogar 32 316 (15,6 %)⁴³. Auch andere Gewerkschaften klagten über Abtrünnige⁴⁴. Wegen der Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt wuchs der Mitgliederverlust auch in jenen kleinen Verbänden handwerklich qualifizierter Arbeiter mehr und mehr über die Zahl der Einberufenen hinaus, in denen der Zusammenhalt besonders stark und die Zahl der »Fahnenflüchtigen« zunächst auffällig gering war, etwa bei den Buchdruckern, Böttchern, Kupferschmieden und Töpfern.

Die »Fahnenflucht« früherer Gewerkschaftsmitglieder ließ sich zum erheblichen Teil dem Umstand zuschreiben, daß es sich bei vielen von ihnen um sogenannte »Reklamierte« handelte, um Arbeiter, die der Heeresdienstpflicht unterlagen, zur Arbeit in kriegswichtigen Betrieben beurlaubt wurden, aber jederzeit wieder zur Armee gezogen werden konnten. Die meisten von ihnen »wollten nicht einsehen«, daß sie ebenso »freie Arbeiter waren wie die übrigen«⁴⁵, sondern »betrachteten sich als Soldaten und meinten, sie brauchten oder dürften deshalb keine Beiträge zahlen«, und »wollten deshalb auch keine Organisationspflichten übernehmen«⁴⁶. Mochte diese Annahme gewiß manchmal rechtlicher Unkenntnis zuzuschreiben sein, so diente sie doch wohl auch als Vorwand, sich vor der Beitragszahlung zu drücken. Meistens aber lag ihr die Angst der Reklamierten zugrunde, es könnten ihnen durch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft Nachteile entstehen⁴⁷, »sie könnten entlassen oder bei der Militärbehörde schwarz angekreidet« und in den Schützengraben geschickt werden⁴⁸. Tatsächlich wußte der Bauarbeiterverband über Poliere, Bauführer und Unternehmer zu berichten, die Arbeitern, die für ihre Rechte eintraten oder sich ihnen sonst unliebsam bemerkbar machten, drohten: »Wenn es Ihnen nicht mehr gefällt, hier zu arbeiten, dann sagen Sie es nur, dann stellen wir Sie zur Verfügung des Bezirkskommandos und dann können Sie wieder in den Schützengraben gehen«⁴⁹. In Siegburg drohten sogar unorganisierte Bauarbeiter jedem, der sie für die Organisation gewinnen

wollte, mit einer Denunziation bei der Militärbehörde⁵⁰. Unter solchen Bedingungen war es nicht verwunderlich, daß »die meisten der Reklamierten . . . zu allem, was Unternehmerwillkür ihnen zu bieten wagte«, schwiegen⁵¹.

Wie groß ihre Gleichgültigkeit sein konnte, zeigen die Verhältnisse auf der Großbaustelle für eine Pulverfabrik in Plaue bei Brandenburg, auf der Tausende von Arbeitern, darunter viele Reklamierter, beschäftigt waren. Zu ihrer Betreuung stellte der Bauarbeiterverband monatelang einen Angestellten frei. Doch er konnte unter den Arbeitern so gut wie nichts ausrichten und stellte schließlich seine Tätigkeit ein⁵². Ähnliche Erfahrungen machte der Verband auf dem Neubau einer Gewehrfabrik in Zella-St. Blasii in Thüringen, wo fast ausnahmslos beurlaubte Maurer und Hilfsarbeiter arbeiteten. Als er eine Versammlung anberaumte, um den Arbeitern bei der Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse zu helfen, versprachen alle teilzunehmen. Obwohl ein Verbandsfunktionär die Belegschaft unmittelbar vorher nochmals persönlich einlud, erschien am Ende doch niemand zur Versammlung; »alle zogen es vor, nach Hause zu gehen, um ja nicht anzustoßen«⁵³.

Auch von den Arbeitern, die aus den unterschiedlichsten Berufen in den Riesenbetrieben von Krupp oder Bayer-Leverkusen, traditionellen Bastionen der Gelben und der Gewerkschaftsfeindschaft, zusammenströmten, meldete sich in den ersten Kriegsjahren kaum einer bei einer Gewerkschaft⁵⁴. Ähnliche Erfahrungen liegen aus kleineren Gewerben und Betrieben vor⁵⁵. Lediglich dem DMV gelang es, den Abfall der Reklamierten in Grenzen zu halten. Schon 1915 begann er eine Aufklärungsaktion, die »einen erheblichen Teil« von ihnen zur Wiederanmeldung bewog⁵⁶. 1916 vermochte er sogar die wiederorganisierten Reklamierten in eine erfolgreiche Kampagne zur Gewinnung neuer Mitglieder einzuspannen⁵⁷. Bei den übrigen Arbeitergruppen trat eine Wende erst Ende 1916 mit dem Hilfsdienstgesetz ein⁵⁸.

In die unterschiedliche Entwicklung der Gewerkschaften spielten einige der Faktoren hinein, die vor dem Krieg den verschiedenen Organisationsgrad einzelner Arbeitergruppen bestimmt hatten. Offenbar war die Zahl der »Fahnenflüchtigen« desto kleiner, je größer die berufliche Qualifikation und innere Homogenität einer Arbeitergruppe war. Im DMV blieb der Mitgliederverlust stets kleiner als die Zahl der Eingezogenen, während im Fabrikarbeiterverband der Verlust die Zahl der Einberufenen anfänglich weit übertraf, das Organisationsverhältnis sich 1915 selbst in tarifvertraglich geregelten Betrieben »nicht unerheblich verschlechtert« hatte⁵⁹ und die Spanne zwischen Verlust und Einberufungsquote sich nur zögernd verringerte. Im Bauarbeiterverband erwiesen sich die Facharbeiter, also die Mau-

rer, Putzer, Fliesenleger und Isolierer, als widerstandsfähiger als die Hilfsarbeiter, Betonarbeiter und Erdarbeiter, also die Ungelernten⁶⁰. Selbst als 1916 die großen Kriegsbauten den Bedarf an Beton- und Erdarbeitern in die Höhe trieben, blieb ihr Anteil an der Mitgliedschaft des Verbandes nahezu unverändert⁶¹; ihr ohnehin niedriger Organisationsgrad sank also weiter.

Daß die Ungelernten am schnellsten und häufigsten die Verbände verließen, ist wohl denselben Bedingungen zuzuschreiben, die auch ihre Organisation erschwerten, der Tatsache nämlich, daß sie an keinen Beruf, mitunter nicht einmal an einen festen Wohnsitz gebunden und deshalb am ehesten zur Abwanderung in die Branchen und Regionen disponiert waren, die ihnen die jeweils höchsten Löhne versprachen⁶². Gerade den chemischen Betrieben und den Baustellen strömten ungelernete Arbeiter zu, die zuvor unorganisiert gewesen waren, sich in anderen Branchen verdingt hatten, auch jetzt nicht an dauerndes Verweilen dachten und deshalb »oft nichts von der Organisation wissen« wollten⁶³. Zum Teil waren sie noch nie in der Industrie beschäftigt gewesen und standen der Arbeiterbewegung völlig fern wie etwa die Hilfsarbeiter auf den Kriegsbauten in Bremen, die »in sehr großer Zahl aus den Reihen der ländlichen Arbeiter« kamen; »meist hatten sie nie vorher im Baufach gearbeitet und verschwanden wieder, wenn die Landarbeit wieder begann«⁶⁴. In Bayern tauchten Bauhilfsarbeiter auf, die »sogar in der Winterzeit samt Frau und Kindern in leinwandüberdeckten Karren« hausten – ein »fahrendes Volk, in gewöhnlichen Zeiten Korbflechter, Geschirrhändler usw.«⁶⁵.

Ähnlich sah die Mitgliederbewegung bei den Frauen aus. Ihre Zahl ging in den freien Gewerkschaften von Juni bis Dezember 1914 von 214 017 auf 185 633, also um 13,2 % zurück; bis Ende 1915 fiel sie weiter um 20,6 % auf 169 907⁶⁶. Ende 1916 allerdings war sie wieder auf 201 865 gestiegen und lag damit nur noch etwa 5 % unter dem letzten Vorkriegsstand⁶⁷. Die Gründe hierfür sind im wesentlichen ebenfalls zunächst Arbeitslosigkeit im angestammten Gewerbe und später Abwanderung in die Kriegsindustrie. Vor dem Krieg hatte der Anteil der Frauen nur in denjenigen Branchen eine nennenswerte Höhe erreicht, die jetzt im Schatten der Kriegsproduktion dahinsiechten: bei den Porzellanarbeitern 20 %, den Kürschnern 31 %, den Textilarbeitern fast 40 %, den Tabakarbeitern 48 %, den Hutmachern und Buchbindern je rd. 50 %, den Buchdruckereihilfsarbeitern 53 % und den Handlungsgehilfen rd. 54 %; im Fabrikarbeiterverband betrug er dagegen nur 13 % und im DMV gar nur 4,7 %. In den erstgenannten Verbänden stieg allerdings ihr relativer Anteil an der Mitgliedschaft jetzt erheblich an: bei den Porzellanarbeitern auf nahezu 40 % Ende 1915 und 42 % Ende 1916, bei den Kürschnern auf 50 % bzw. 54 %, bei den Textilarbeitern auf 55 % bzw. 62 %, bei den Buchbindern auf 63 % bzw. 66 %, bei den Buch-

druckereihilfsarbeitern auf 65 % bzw. 71 %, bei den Hutmachern auf 65 % bzw. 73 % und bei den Handlungsgehilfen auf 71 % bzw. 83 %⁶⁸. Doch diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß die Einberufungsquote der Männer die Abwanderung der Frauen überwog; ihre Gesamtmitgliederszahlen waren rückläufig.

Dasselbe gilt für das Anwachsen des Anteils der Frauen in den Gewerkschaften, in denen Frauen vor dem Kriege nur schwach vertreten waren und von denen einige jetzt von der Kriegskonjunktur begünstigt wurden. Im Fabrikarbeiterverband erhöhte sich ihr Anteil von 13 auf 27 %, bei den Schneidern von 18 auf 37 % und bei den Schuhmachern von 19 auf 36 %. Bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern stieg er sogar von 3,1 auf 10 %, bei den Transportarbeitern von 4 auf 14 %, bei den Metallarbeitern von 4,7 auf 16,5 %. Hingegen wirkten sich die Ausweitung der Frauenarbeit im Zuge des Ausbaus der Rüstungsbetriebe und das Eindringen der Frauen in bisher ausschließlich oder überwiegend von Männern ausgeübte Berufe nur in wenigen Verbänden in einer geringfügigen absoluten Zunahme an weiblichen Mitgliedern aus. Eine solche verzeichneten außer den handwerklichen Verbänden der Fleischer, Maler, Sattler, Tabakarbeiter und Tapezierer sowie der Büroangestellten nur der DMV mit einem Zuwachs um 15 340 auf 40 547 (+ 61 %), der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit einem Zuwachs um 880 auf 2557 (+ 52 %) sowie der Holzarbeiterverband mit einem Zuwachs von 602 auf 8172 (+ 8 %)⁶⁹. Doch selbst mit diesem Anstieg blieb die gewerkschaftliche Organisation der Frauen beträchtlich hinter der Ausdehnung der Frauenarbeit zurück⁷⁰. Der Organisationsgrad werktätiger Frauen lag weiterhin recht niedrig.

Dieses magere Ergebnis ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß das Gros der Arbeiterinnen bisher den Gewerkschaften ferngestanden hatte. Ein Teil war noch nie erwerbstätig gewesen, ein anderer kam aus Berufen, die »von den gewerkschaftlichen Organisationen kaum den Namen kennen«⁷¹. In den Betrieben wagten sie sich oft nicht zu rühren; »sie sind aus Furcht zufrieden mit dem, was der Unternehmer ihnen bietet«⁷². Die gewerkschaftlichen Basisorganisationen aber, die Vertrauensmännerapparate und Ortsverwaltungen, waren durch Einberufungen, Abwanderungen, personelle Umbesetzungen und Apathie der Mitglieder vielfach nahezu gelähmt und zur systematischen Agitation unter den neu in den Produktionsprozeß eingetretenen Frauen unfähig. Nur dort, wo der innerbetriebliche Gewerkschaftsapparat leidlich intakt geblieben war, wie bei den Metallarbeitern, sah es mit der Erfassung der Frauen besser aus⁷³.

Schließlich gab es auch geographische Unterschiede in der Mitgliederbewegung zwischen den einzelnen Gewerkschaften wie innerhalb der Einzelverbände. Einen groben Anhaltspunkt hierfür bietet die Zusammenstel-

lung der Gewerkschaftskartelle, die Ende 1914 ihre Tätigkeit eingestellt hatten⁷⁴. Mehr als die Hälfte war eingegangen in Luxemburg, Elsaß-Lothringen, Posen, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Sondershausen, Hessen und Mecklenburg-Strelitz, also in vornehmlich industriearmen agrarischen Gegenden und Grenzdistrikten. Einen Ausfall von weniger als 25 % der Kartelle meldeten Mecklenburg-Schwerin, das Königreich Sachsen, Baden, Anhalt, Bayern, Westfalen, Hamburg und Bremen, also zum einen die Industriebezirke Mittel- und Westdeutschlands und die norddeutschen Küstenstädte, in denen die Gewerkschaften seit langem stark verwurzelt, zum anderen Bezirke, in denen sie schwach waren und wo nur in größeren Orten Kartelle bestanden, die sich besser hielten als diejenigen in Kleinstädten.

Die Berichte der Einzelverbände bestätigen diesen Befund. Im Bauarbeiterverband z. B. erwiesen sich die nord- und mitteldeutschen Bezirke mit den Schwerpunkten Berlin, Hamburg, Rostock, Leipzig, Dresden, Magdeburg und Hannover als »wesentlich widerstandsfähiger ... als die Bezirke der übrigen Reichsteile«⁷⁵. Gewiß spielte es dabei eine Rolle, daß die konjunkturelle Entwicklung hier nicht so tief absank wie in den Agrargebieten Ost- und Süddeutschlands und die Einberufungsquote teilweise niedriger lag; als mindestens ebenso wichtig erwiesen sich aber »das höhere Alter und die größere Festigkeit der Organisation«⁷⁶. Dort hingegen, wo der Zusammenhang der einzelnen Ortsverwaltungen und die Kontakte der Gewerkschaftsmitglieder untereinander wegen der großen Entfernungen ungleich lockerer geblieben waren, wo die Arbeiter verstreut inmitten einer nichtproletarischen Umgebung lebten, wie in Ost- und Westpreußen, Pommern, Teilen von Schlesien, Württemberg, Baden und Bayern, zeigten sich überdurchschnittlich hohe Ausfälle⁷⁷. Der Glasarbeiterverband verlor seine wenigen Mitglieder im Bayerischen Wald schlagartig »bis auf eine einzige Ausnahme«⁷⁸. Bei den Brauerei- und Mühlenarbeitern schwankten die Mitgliederverluste von Juni bis Dezember 1914 zwischen 87 % im Bezirk Königsberg und rund 33 % in den Bezirken Berlin, Leipzig, Magdeburg und Hamburg⁷⁹. Im Buchdruckerverband lösten sich die Ortsvereine der ostpreußischen Städte Lyck und Lötzen-Rastenburg auf⁸⁰. Der Fabrikarbeiterverband verzeichnete seine höchsten Rückgänge in den Bezirken Danzig, Köln, Stuttgart, München und Nürnberg. Der Bäckerverband büßte 1916 im niederbayerischen Landshut 85 % seiner Mitglieder ein, dagegen nur 49 % in Chemnitz⁸¹.

Überdurchschnittlich hohe Mitgliederverluste traten auch dort ein, wo die Macht der Großunternehmer oder konfessionelle Bedingungen die freien Gewerkschaften vor dem Krieg über die Eroberung von Vorposten und Brückenköpfen nicht hatten hinauskommen lassen. Viele Arbeiter, die

im Zug der Entfaltung der Rüstungsproduktion aus anderen Betrieben und Berufen in solche gewerkschaftsfeindlichen Großbetriebe überwechselten, ließen sich – jedenfalls zu Kriegsbeginn – durch die Drohung der Werksdirektionen beeindrucken, sie bei unliebsamem Verhalten an die Front zu schicken. Der Bauarbeiterverband verzeichnete einen erheblichen Rückgang im Ruhrgebiet, wo die nicht eingezogenen Bauarbeiter wahrscheinlich größtenteils zur Schwerindustrie abwanderten⁸². Der Fabrikarbeiterverband erlitt hohe Verluste im Bezirk Köln, wo Bayer-Leverkusen und andere Chemiekonzerne, durchweg Hochburgen der Gelben, die Chemiearbeiter anzogen⁸³.

Am stärksten gingen die Mitgliederzahlen der freien Gewerkschaften in den vom Krieg unmittelbar berührten Grenzgebieten zurück. Im Bezirk Bromberg wurde die Organisation des Bauarbeiterverbandes lahmgelegt; viele Mitglieder stellten dort mit Kriegsbeginn die Beitragszahlung ein in der Erwartung, »doch bald russische Untertanen zu werden«⁸⁴. Im größten Teil Ostpreußens war »das früher so rege Verbandsleben erstickt; stellenweise blieben nur noch kümmerliche Reste ehemaliger Zweigvereine«⁸⁵. Auch im Elsaß zahlten nicht wenige organisierte Bauarbeiter, darunter solche, die mehr als zehn Jahre der Gewerkschaft angehört hatten, seit Kriegsbeginn keine Beiträge mehr, »weil sie bezweifelten, ob sie auch nach dem Kriege noch Mitglieder einer deutschen Gewerkschaft sein können«; sie glaubten, die »Reichslande würden wieder französisch werden«⁸⁶, und dies nicht nur bei Kriegsbeginn, sondern auch noch 1916⁸⁷, später vermutlich erst recht. Im lothringischen Erzgebiet und im elsässischen Kaligebiet war Ende 1914 im Bergarbeiterverband »von einer Organisation keine Rede mehr«; in beiden Bezirken existierte »nur noch ein kleines Häuflein von Mitgliedern«⁸⁸. Selbst diese zu halten schien fraglich, denn ihre Stimmung verschlechterte sich »von Tag zu Tag«⁸⁹. Auch 1915 wollten viele elsässische Arbeiter »von der Organisation nichts mehr wissen«. Versammlungen besuchten sie nicht, Flugblätter blieben unbeachtet. Auf Befragen erklärten sie, daß sie gegen die Gewerkschaft »ja nichts haben, aber vorläufig nicht zahlen wollen, um erst zu sehen, wie es kommt«. Ähnliches zeigte sich »mehr oder weniger in allen Verbänden«⁹⁰.

Der Verfall der gewerkschaftlichen Basisorganisationen

Eine wichtige Folge und – wegen des Zusammenhangs zwischen Stabilität der Mitgliedschaft und Funktionsfähigkeit des Apparates – zugleich eine weitere Ursache des Mitgliederrückgangs war der Verfall der gewerkschaftlichen Basisorganisationen. Daß 1914 die Mitglieder den Gewerk-

schaften schneller davonliefen, als sie zum Heer eingezogen wurden, lag nicht zuletzt daran, daß die Verbände mit der ersten Einberufungswelle schlagartig einen großen Teil ihrer unteren und mittleren Funktionäre verloren. Damit entfiel weitgehend die Möglichkeit, auf die kopflosen Mitglieder beruhigend und aufklärend einzuwirken.

Zwar appellierten Zentralvorstände und Generalkommission schon am 2. August 1914 an die Mitglieder, »ihrer Organisation treu zu bleiben, um die dringend notwendige Fortsetzung der Tätigkeit der Gewerkschaften zu sichern«, und sprachen die Hoffnung aus, »daß die Arbeiterschaft zu ihren Organisationen steht und sie über die Zeit der schwersten Prüfung lebensfähig erhält«⁹¹. Trotzdem sank die Zahl der gewerkschaftlichen Zweigvereine von 9682 Ende 1913 auf 7847 Ende 1914 (- 18,9%), weiter auf 6601 Ende 1915 (- 31,8%), 5846 Ende 1916 (- 39,5%), 5433 Ende 1917 (- 43,8%) und stieg bis Ende 1918 nur geringfügig wieder auf 5654 (- 41,5%). Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Gewerkschaftskartelle von 771 über 524 (- 25,3%), 469 (- 29,4%), 453 (- 39,2%), 443 (- 41,3%) bis 423 Ende 1918 (- 45,1%) zurück. Die Zahl der Arbeitersekretariate verringerte sich von 1914 bis 1918 von 130 auf 108 (- 16,1%), die der kartelleigenen Gewerkschaftshäuser von 83 auf 65 (- 21,6%)⁹².

An manchen Orten wurden bei Kriegsausbruch selbst die Funktionäre von der allgemeinen Panikstimmung erfaßt. In den Verwaltungsstellen des Bauarbeiterverbandes im Elsaß ließ man »einfach die Dinge liegen, indem man meinte, nun ist doch alles vorbei«⁹³. In dem Glauben, die Organisation verschwinde⁹⁴, nahmen anderswo manche Kassierer und Hilfskassierer »sich ihre Kriegskontribution vorweg«⁹⁵ und ließen die Gewerkschaftsgelder mitgehen.

Dies waren – wenn auch bezeichnende – Randerscheinungen. In der Regel folgte der Verfall der Basisorganisationen den Einberufungen. Oft rissen sie große und wenigstens eine Zeitlang kaum zu überbrückende Lücken in den Organisationskörper. Viele Funktionäre, in keiner Weise auf den Krieg vorbereitet und jetzt von einem Tag zum anderen eingezogen, hinterließen ihre Verwaltungsstellen in einem mehr oder weniger unübersichtlichen und unaufgearbeiteten Zustand. Wo vor Kriegsausbruch ein lebendiges Verbandsleben geherrscht hatte und deshalb der aktive Kern der Mitgliedschaft über die laufenden Verbandsangelegenheiten informiert war, ließen sich die Schwierigkeiten leichter überwinden als in Ortsgruppen, in denen die Mitglieder sich passiv verhalten hatten, wo »nur einzelne Personen die Geschäfte führten« und selbst »die übrigen Vorstandsmitglieder sich um nichts bekümmerten«⁹⁶. Wurden dort »sämtliche Ämter ... nach wenigen Tagen durch andere Kollegen, die zumeist schon früher in der Verwaltung mitarbeiteten, besetzt, so daß eine Stockung in der Führung

der Verbandsgeschäfte nirgends eingetreten ist« – wie bei den Bauarbeitern im Bezirk Leipzig⁹⁷ –, so entstanden hier »die größten Schwierigkeiten«⁹⁸: Es erwies sich etwa, daß der Vorsitzende in den Kassenangelegenheiten nicht Bescheid wußte⁹⁹ oder »daß die Stellvertreter in den Vorständen von dem Gang der Geschäfte wenig oder fast gar nichts kannten. Die Rundschreiben des Vorstandsvorstands und der Bezirksleitung und auch die sonstigen Anweisungen waren den übrigen Vorstandsmitgliedern fast immer unbekannt«.

Da in kleinen Ortsgruppen solche Zustände häufiger auftraten als in großen, machten sich Lähmung und Verfall des Organisationsapparates bei ihnen auch eher und gravierender bemerkbar. Mit der Einberufung der überwiegend unbesoldeten Vorstandsmitglieder, der wichtigsten Träger der Organisation in kleinen Orten, brach hier fast immer die Kontinuität der Verwaltung ab. Oft bedeutete dies das Ende jeder geordneten Verwaltungstätigkeit. Eine Neuwahl der Ersatzfunktionäre und eine regelrechte Geschäftsübergabe fanden nur selten statt. »Von ein paar Mitgliedern dazu bestimmt«, sprangen andere ein und übernahmen »die ihnen oft ganz fremden Arbeiten«¹⁰⁰. Nicht allein in ländlichen Gebieten war »ein vollständiger Vorstand . . . nur in wenigen Vereinen zusammenzubringen«; in manchen besorgte »ein Kollege die ganze Verwaltung«¹⁰¹. Manche hatten das Amt »nur widerwillig angenommen« und waren »darum in der Erfüllung ihrer Aufgaben lässig«¹⁰², vor allem ältere Mitglieder, die wegen ihrer mitunter schlechten Schulbildung das Schreiben und die Kassengeschäfte scheuten¹⁰³. Gegen statistische Arbeiten herrschte in den Arbeiterorganisationen ohnehin ein ausgesprochener »Widerwille«¹⁰⁴. Auch andere beschränkten sich auf das Notwendigste; »mit besonderen Arbeiten oder gar mit Agitation durfte ihnen, namentlich in der ersten Zeit, niemand kommen«¹⁰⁵. Selbst diejenigen, die von bestem Willen beseelt waren, aber keine Verwaltungserfahrung mitbrachten, zeigten sich oft den besonderen Anforderungen der Kriegszeit, etwa den zahlreichen Änderungen im Unterstützungswesen oder neuen behördlichen Verordnungen zur Kriegsfürsorge, ebenso wenig gewachsen wie den normalen Erfordernissen der innergewerkschaftlichen Verwaltung. Das beweisen die zahlreichen Klagen der Gewerkschaftsleitungen über unzulängliche Abrechnungen und mangelhafte oder gänzlich fehlende statistische Angaben aus den Ortsgruppen¹⁰⁶.

Diese Zustände blieben nicht auf die ersten Kriegsmonate beschränkt. Mit dem Fortgang der Einberufungen hielt die Auszehrung der unteren Funktionärskader an. Am wenigsten vermochten sich die kleinen Zahlstellen und Kartelle zu konsolidieren. Oft wurden auch die Ersatzfunktionäre eingezogen, bevor sie sich hatten einarbeiten können, so daß die Besetzung der Verwaltungsposten zu einer Kette von Improvisationen geriet: Bereits

Ende 1914 waren so in mehreren Verwaltungsstellen des Bauarbeiterverbandes in Oberschlesien die Kassengeschäfte in vierter und fünfter Hand¹⁰⁷. Wenn sich schließlich keine Arbeiter mehr für die ehrenamtliche Arbeit fanden, weil sie eingezogen waren oder ihnen die Erwerbstätigkeit keine Zeit mehr ließ, sprangen oft die Frauen ein oder Rentner – ein Beweis aufopferungsbereiter Solidarität, der in vielen Rechenschaftsberichten zu Recht rühmende Dankesworte gewidmet sind¹⁰⁸. Besonders schlimm sah es oft in den Kartellen aus, den örtlichen Zusammenschlüssen der Einzelgewerkschaften, weil in ihnen der Zusammenhalt lockerer war als in den Lokalorganisationen der Einzelverbände. Das Gewerkschaftskartell Darmstadt z. B. berichtete für 1916: »Produktives konnte ... nicht geleistet werden«¹⁰⁹.

Das Ausmaß der Schädigung der unteren Ebene des Apparats war also vielfach noch größer, als die statistischen Angaben verraten. Den verbleibenden Mitgliedern mochte daher die Tätigkeit der örtlichen Verwaltungsstelle ihrer Gewerkschaft und des Ortskartells in vielen Fällen wie eine Konkurs- oder Nachlaßverwaltung vorkommen und ihre Zweifel daran, ob die weitere Zugehörigkeit zur Gewerkschaft sinnvoll sei, eher verstärken denn lindern. Nicht selten fand sich nach einiger Zeit niemand mehr, der fähig oder bereit gewesen wäre, die Verwaltungsgeschäfte zu übernehmen. Entweder wurden die letzten Aufrechten einberufen, oder sie wanderten in die Rüstungsbetriebe der Industriestädte ab. Das Häuflein der Zurückgebliebenen schmolz zusammen, bis es schließlich auseinanderfiel. Auch zehrten die wachsenden Schwierigkeiten bei der Befriedigung der elementarsten Lebensbedürfnisse die Energien der Mitglieder auf, erfüllten sie mit Resignation und Apathie und raubten ihnen den Glauben daran, durch organisatorische Arbeit ihre Lage verbessern zu können. Mitgliederschwache Verbände, die nur kleine Ortsgruppen hatten, büßten auf diese Weise nicht selten die Hälfte ihrer Verwaltungsstellen ein. Dem Bildhauerverband ging sogar »die Fühlung mit den im Lande verstreuten Kollegen gänzlich verloren«¹¹⁰.

Dagegen sah es in den größeren Ortsgruppen häufig günstiger aus. Nicht nur war hier mit der größeren Zahl der Funktionäre die Gefahr geringer, alle Führungskräfte auf einmal zu verlieren; es stand auch ein Reservoir an ehemaligen Amtsträgern, an aktiven Mitgliedern, notfalls an rüstigen Rentnern und Frauen zur Verfügung, aus dem die Lücken geschlossen werden konnten. Außerdem gab es dort meist einen besoldeten Verbandsangestellten, auf den sie seltener zu verzichten brauchten als die kleinen Zweigvereine auf ihre unbesoldeten Funktionäre. Denn die Gewerkschaftsangestellten standen überwiegend im höheren Alter und wurden daher erst später als das Gros der Mitglieder eingezogen¹¹¹.

Da mit dem Mitgliederverlust die Finanzkraft der Verbände schwand, gleichzeitig aber infolge der geringeren Einberufungsquote ihrer Angestellten deren Anteil an der Mitgliederzahl sich vergrößerte und sie die Verbände finanziell stärker belasteten als zuvor, sahen sich manche Gewerkschaftsvorstände genötigt, den »heeresdienstfreien und in ihren Dienststellen entbehrlich gewordenen Angestellten« nahezu legen, »sich beizeiten um Arbeit in der Industrie umzusehen«¹¹². In manchen Fällen sprachen sie gegen den Protest der betroffenen örtlichen Organisationen die Kündigung aus¹¹³. Sofern diese in den Zentren der Kriegsindustrie lagen, strömten ihnen jedoch bald so viele neue Mitglieder zu, daß die Entlassung der Angestellten unnötig wurde und die Zahl der verwaltungserfahrenen Kollegen stieg. Hier machten sich deshalb am frühesten Anzeichen der Konsolidierung bemerkbar. In Hamburg etwa blieben die Verwaltungskörper fast aller Zahlstellen des Fabrikarbeiterverbandes intakt; 1915 erfreuten sich dort die Mitgliederversammlungen »eines verhältnismäßig guten Besuchs«¹¹⁴, und 1916 verzeichneten die Zahlstellen eine von Quartal zu Quartal steigende Mitgliederzahl¹¹⁵.

Mit einer insgesamt geringeren Einberufungsquote als die Lokalorganisationen kamen die Bezirks- und Gauverwaltungen infolge des höheren Durchschnittsalters ihrer Angestellten davon. Während deren Rückgang in den Organisationen Ende 1916 noch immer 49% gegenüber dem Vorkriegsstand betrug, beliefen sich die entsprechenden Werte für die Gauleitungen nur auf 20% (Ende 1914), 30% (Ende 1915) und 35% (Ende 1916)¹¹⁶.

Mit der Schrumpfung, Lähmung oder gar dem Absterben der für die Basisarbeit entscheidenden Organisationskerne kamen wichtige Aktivitäten der Gewerkschaften zum Erliegen. Dies gilt vor allem für die Agitation, die für den Zusammenhalt der alten und die Gewinnung neuer Mitglieder so wichtig war¹¹⁷. Auch von der erst ansatzweise entwickelten Propaganda unter den Arbeiterinnen blieben ebenso nur Reste wie von den Bemühungen um die Organisation der Jugendlichen¹¹⁸. Wo trotzdem noch Agitation betrieben wurde, brachte sie oft entmutigende Ergebnisse. Viele jüngere Arbeiter lehnten einen Gewerkschaftsbeitritt mit dem Hinweis auf eine bevorstehende oder mögliche Einberufung ab¹¹⁹, viele Frauen mit der Begründung, ihre Erwerbstätigkeit sei nur vorübergehend¹²⁰, oder es hieß einfach: »Wenn der Krieg vorbei ist, werde ich gern Mitglied, jetzt nicht.«¹²¹ Auch die Branchenarbeit ging allenthalben stark zurück oder wurde gänzlich eingestellt¹²², und die gewerkschaftliche Bildungsarbeit kam fast ganz zum Stillstand¹²³.

Überdies verloren die Gewerkschaften den Kontakt zu den meisten eingezogenen Mitgliedern. Anfänglich versuchten viele Verbände, mit Hilfe

der Verbandspresse die Führung aufrechtzuerhalten, indem sie das Gewerkschaftsorgan an die Front oder in die Etappe nachsandten und von dort kommende Briefe abdruckten¹²⁴. Aber die Redakteure erfuhren die Feldpostadressen nur in recht wenigen Fällen und mit längerer Kriegsdauer immer seltener¹²⁵. Außerdem wurde die Veröffentlichung von Feldpostbriefen vielfach von der Zensur beschränkt oder gänzlich unterbunden. Der Fabrikarbeiterverband stellte den Abdruck ein, nachdem die Zensur von einem Brief mit Ausnahme der Überschrift »Lieber Freund« alles gestrichen hatte¹²⁶. Der christliche Bergarbeiterverband mußte auf Druck der Zensurbehörde die Veröffentlichung der Sterbetafel einschränken und durfte nicht mehr als höchstens 50 Namen gefallener Mitglieder in einer Nummer abdrucken¹²⁷. Aber auch unter den Lesern erlahmte das Interesse an den Zuschriften aus dem Felde¹²⁸. Manchem Gewerkschaftsredakteur kam dies nicht ungelegen, weil die Schrumpfung des Mitgliederbestandes eine Verringerung des Umfangs der Verbandspresse unausweichlich machte. Einzelne Gewerkschaften suchten mit einer eigenen Zeitung für die Eingezogenen oder wenigstens einzelnen Flugschriften Ersatz zu schaffen, etwa der Holzarbeiterverband, der von 1915 bis 1918 insgesamt vier Nummern einer Feldpostzeitung herausgab¹²⁹. Ihre Wirkung scheint jedoch gering geblieben zu sein und nicht verhindert zu haben, daß die Verbindung nach einiger Zeit abriß. Ob und wie weit trotzdem ein Zusammenhalt von Gewerkschaftsmitgliedern im Heer bestehen blieb oder sich neu gebildet hat, ist mangels verlässlicher Quellen nicht zu klären.

Stabilität der Zentralinstanzen und innergewerkschaftliche Demokratie

Allein die gewerkschaftlichen Zentralinstanzen kamen mit vergleichsweise geringen personellen Einbußen und Funktionsbeschränkungen davon. Ihr Verlust an Angestellten betrug Ende 1914 nur 7,2 %, Ende 1915 rund 25 % und Ende 1916 knapp 35 %¹³⁰. Ein Grund hierfür lag darin, daß zahlreiche Gewerkschaftsführer ihre Verbände seit deren Gründung leiteten und das militärpflichtige Alter längstst hinter sich hatten. Das Durchschnittsalter von 21 Vorsitzenden freigewerkschaftlicher Zentralverbände, deren Geburtsdaten sich ermitteln ließen, betrug 47 Jahre, das der Mitglieder der Generalkommission sogar 50 Jahre. Aus demselben Grunde wurden auch von den Mitarbeitern der Zentralen die meist jüngeren untergeordneten Angestellten häufiger eingezogen als die Spitzenfunktionäre¹³¹.

Ein solcher Ausfall wirkte zudem meist weniger gravierend als auf der mittleren und unteren Ebene. Die Zentralvorstände verfügten nicht nur

über einen größeren Mitarbeiterstab als die Ortsverwaltungen, sondern bestanden überwiegend aus routinierten Verwaltungskräften, denen die Übernahme einer neuen Funktion geringere Schwierigkeiten bereitete als einem einfachen Mitglied. Außerdem gestattete die Reduzierung der Verbandsaktivitäten eine Zusammenlegung verschiedener Ressorts in einer Hand und machte das Ausscheiden des einen oder anderen Mitarbeiters erträglich. Lediglich die kleineren Verbände, die sich nur wenige bezahlte Vorstandsmitglieder leisten konnten, hatten unter den Einberufungen schwer zu leiden. Nicht selten mußten hier drei, zwei oder gar nur ein einziger Funktionär alle Verwaltungsaufgaben bewältigen¹³². So mußte im Zentralverband christlicher Holzarbeiter »auf der Verbandszentrale alle Arbeit von dem Kollegen geleistet werden, der gerade nicht Soldat war«¹³³.

Viele der eingezogenen gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre brauchten allerdings nur kurze Zeit der Landesverteidigung zu dienen. Mit der Intensivierung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Militär, erst recht angesichts der Unzufriedenheit und Kriegsmüdigkeit in der Arbeiterschaft, die sich seit dem zweiten Kriegsjahr mehrten und die Rüstungsproduktion zu gefährden drohten, erkannten die Verantwortlichen, daß die Gewerkschaftsführer der Kriegführung in ihrer angestammten Position am meisten nützen konnten, sofern sie die Arbeiter zu beruhigen und zugunsten der Weiterführung des Krieges zu beeinflussen vermochten. Deshalb wurden zahlreiche Gewerkschaftsführer nach einiger Zeit in die Heimat entlassen, andere gar nicht erst eingezogen. Manche Funktionäre kleinerer Verbände blieben zwar Soldaten, wurden aber an Garnisonen in der Heimat versetzt, um ihnen die Führung der Verbandsgeschäfte von der Kaserne aus zu ermöglichen¹³⁴.

Die Erosion der unteren Funktionärskörper bei gleichzeitiger relativer Stabilität der Zentralleitungen verschob die Gewichte innerhalb der Gesamtorganisation noch stärker zugunsten der Führung, als die Zahlen erkennen lassen. Denn den Routiniers an der Spitze standen jetzt in den lokalen Verwaltungsstellen vielfach Neulinge gegenüber, die ihnen an Wissen und organisatorischer Erfahrung weit unterlegen waren. Auf diese Weise verringerte sich an der Basis die Möglichkeit zur eigenen Willensbildung und zur Kritik an Entscheidungen der übergeordneten Instanzen. Damit schwanden wesentliche Voraussetzungen für das Funktionieren der innergewerkschaftlichen Demokratie.

Weiter wurden die oligarchischen Tendenzen dadurch gefördert, daß die Verbindung zwischen Basis und Führung sowie die Kontrollorgane der Mitglieder weitgehend ausfielen. In den meisten Gewerkschaften trat während des Kriegs die oberste Entscheidungs-, Kontroll- und Berufungsin-

stanz, der die Gesamtheit der Mitglieder repräsentierende Verbandstag, nicht zusammen. Beiräte, Städtekonferenzen oder andere Gremien, die in gewisser Hinsicht als Ersatz gelten konnten, tagten nur unregelmäßig. Zweifellos gab es dafür eine Reihe stichhaltiger Gründe wie Verkehrsbeschränkungen, Schwierigkeiten bei der Beurlaubung für die Delegierten, Finanzschwäche der Verbände, die an die Unabsehbarkeit der Kriegsdauer geknüpfte Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Gewerkschaften und die daraus folgende Unmöglichkeit weitreichender Beschlüsse. Hinzu kam schließlich die Tatsache, daß ein großer Teil, oft die Mehrheit der Verbandsmitglieder, eingezogen oder in die Kriegsindustrie abgewandert war und die Delegierten deshalb nur einen Teil der eigentlichen Mitglieder hätten vertreten können. Das führte freilich dazu, daß die oberen und mittleren Instanzen, manchmal auch größere Ortsverwaltungen, der Kontrolle und Kritik durch die Mitglieder weitgehend entzogen wurden. Hierin liegt ein wichtiger organisatorischer Grund dafür, daß die Tätigkeit der Gewerkschaftsbürokratie mit den Wünschen und Interessen vieler Mitglieder desto weniger übereinstimmte, je länger der Krieg dauerte, wie die seit 1915 aufkommende Opposition zeigt. Der Kampf der Gewerkschaftsführung gegen diesen Widerstand in den eigenen Reihen und in der SPD¹³⁵ legt indessen die Vermutung nahe, daß manche Gewerkschaftsführer die Suspendierung der innergewerkschaftlichen Demokratie nicht nur als unvermeidliches Kriegsübel ansahen, sondern daß ihnen diese Entwicklung nicht unwillkommen war, weil sie in ihr politisches Konzept paßte.

3. Kapitel: Unternehmer, Staat und Gewerkschaften 1914–1916

Unternehmer und Gewerkschaften

Die Hoffnung der Gewerkschaftsführer, der Krieg und ihre Entscheidungen der ersten Augusttage würden einen Kurswechsel der Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen herbeiführen, schien sich anfänglich zu bestätigen. Selbst ein so entschiedener Sozialisten- und Gewerkschaftsgegner wie der Chefredakteur der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung, v. Reiswitz, verkündete Anfang August: »Unternehmer und Arbeiter reichen sich die Hände . . . , um sich gegenseitig über die schweren Bedrängnisse hinwegzubehelfen. . . . Möge diese Einmütigkeit denn ein gutes Omen sein für die Zukunft.«¹

Der Syndikus der VDA, Tänzler, sprach die Erwartung aus, daß die Arbeitgeberverbände »unter Zurücksetzung aller Differenzen, die in Friedenszeiten zwischen den einzelnen Berufsständen des Volkes bestanden«, sich »in dieser Zeit der Not . . . ihrer sozialen Pflicht erinnern und helfend miteingreifen« würden, »um Not und Elend in der Arbeiterschaft und in den Angestelltenkreisen zu lindern«². Tatsächlich stellten viele Arbeitgeberverbände und Unternehmen größere Beträge zur Unterstützung von Arbeitslosen und von Familien, die in Not geraten waren, zur Verfügung. Die VDA selbst hob alle Sperren einzelner Arbeiter und Arbeiterkategorien auf³. »in diesen Tagen der Not kennt das deutsche Volk keine Klassen-

unterschiede mehr . . . Sorgsam müssen wir die Keime der sozialen Versöhnung, die der Krieg gepflanzt hat, weiterpflegen«, schrieb auch das Organ der Deutschen Vereinigung (DV)⁴, einer 1908 zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und zur Förderung der Werkvereine gegründeten Organisation, die eng mit den Interessenverbänden von Landwirtschaft und Schwerindustrie sowie den Agitationsvereinen der Rechten zusammenarbeitete⁵.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie (RgS), die prononcierteste antisozialistische Kampforganisation, von Schwerindustrie und Agrariern finanziert⁶, teilte der Öffentlichkeit mit, er habe »unmittelbar nach dem denkwürdigen Reichstagsbeschuß vom 4. August seine gesamte Tätigkeit eingestellt und seine Provinzialstellen und Ortsgruppen angewiesen, solange der Kriegszustand dauert, völlig passiv zu bleiben«. Der Vorstand stellte seinen Apparat den »nationalen Wohlfahrtsbestrebungen« zur Verfügung und äußerte die Hoffnung, »daß späterhin eine politische Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht mehr erforderlich sein möge«⁷. Auch der Ausschuß zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine, 1907 auf Betreiben des RgS und mit Unterstützung von einflußreichen Unternehmern, Funktionären der Arbeitgeberverbände, Angehörigen der konservativen und der nationalliberalen Partei sowie der rechten Agitationsvereine gegründet, stellte Anfang August 1914 seine Tätigkeit ein⁸. Der Arbeitgeber-Arbeitsnachweis Mannheim-Ludwigshafen, der vor dem Krieg wiederholt Gegenstand heftiger Konflikte gewesen war, wurde geschlossen⁹, und auch die wirtschaftsfriedlichen Organisationen feierten die »Volksgemeinschaft«¹⁰.

In Regierung, Staatsverwaltung und Armeeführung schien sich ebenfalls eine grundlegende Wandlung der Bewertung und Behandlung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen anzubahnen. Die Türen zu den Kabinetten von Ministern, hohen Verwaltungsbeamten und Generälen, den Arbeiterführern bisher verschlossen, standen ihnen jetzt weit offen. »Bei mir gehen die sozialdemokratischen Führer fast Tag für Tag ein und aus, und es bildet sich bei der größten Gegensätzlichkeit der Grundanschauungen ein Vertrauensverhältnis, das nicht ohne tiefere Wirkungen für die Zukunft bleiben kann«, notierte ein Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern im August 1914¹¹. In anderen Reichsämtern, Landesbehörden, Kommunalverwaltungen und in vielen stellvertretenden Generalkommandos war es ähnlich. »In tiefer Rührung erkennt man«, notierte der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Eugen Schiffer kurz darauf über das »Umlernen« in politischen Kreisen der Reichshauptstadt, »daß man der Sozialdemokratie ein schweres Unrecht zugefügt hat, als man ihr die nationale Gesinnung absprach, und ist bestrebt, es nach Möglichkeit wieder gutzumachen«¹².

Ein demonstratives Zeichen für das veränderte Verhältnis zwischen Staat und Gewerkschaften setzte der Besuch, den eine Gruppe von Staatssekretären, preußischen Ministern, hohen Beamten, ferner die Präsidenten des Reichstages und des preußischen Herrenhauses und der Berliner Oberbürgermeister auf Anregung Schiffers am 14. November 1914 dem Gewerkschaftshaus, den Ortsverwaltungen des DMV und des Holzarbeiterverbandes sowie der Konsumgenossenschaften in Berlin abstatteten¹³.

Der Wandel der Beziehungen wurde ferner daran erkennbar, daß manche staatlichen Maßnahmen, die die Bewegungsfreiheit der Arbeiterorganisationen bisher gehemmt hatten, jetzt gelockert wurden. Bis Kriegsausbruch hatte die preußische Polizei unablässig versucht, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu erklären, um sie unter Polizeiaufsicht stellen, ihnen die Aufnahme von Jugendlichen verbieten und bei Zuwiderhandlung ihre Funktionäre hinter Gitter bringen oder gar einzelne Organisationen auflösen zu können. Derartige Versuche wurden jetzt stillschweigend eingestellt, eingeleitete Maßnahmen formell zurückgenommen¹⁴. Gleichzeitig verzichtete der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten auf einen Revers, mit welchem bis dahin alle Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe bei ihrer Einstellung hatten erklären müssen, daß sie weder der SPD noch einer Vereinigung angehörten, die das Streikrecht in Anspruch nahm.

Ende August 1914 hob der preußische Kriegsminister eine Verordnung aus der Zeit des Sozialistengesetzes auf, die das Halten und die Verbreitung »revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften« sowie deren Mitbringen in Kasernen oder »sonstige Dienstlokale« verbot; fortan war also den Soldaten die Lektüre sozialdemokratischer Zeitungen gestattet – freilich nur so lange, wie hierdurch nicht der »einheitliche Geist« des Heeres gefährdet wurde¹⁵. Auch das Verbot, sozialdemokratische Zeitungen auf Bahnhöfen zu verkaufen, wurde außer Kraft gesetzt¹⁶. Ferner war es den Beamten nicht länger verwehrt, sozialdemokratischen Konsumvereinen beizutreten¹⁷. Der preußische König erließ eine Amnestie für Arbeiter, die nach Streiks aufgrund des § 153 der Gewerbeordnung verurteilt worden waren¹⁸. Endlich wies der preußische Innenminister im Januar 1915 trotz erheblicher Bedenken im Staatsministerium die Regierungspräsidenten an, einem in ein mittelbares Staatsamt – Bürgermeister, Magistrat, Gemeinderat, Schöffengericht u. ä. – gewählten Sozialdemokraten im Gegensatz zur bis dahin geübten Praxis die Bestätigung nicht mehr zu versagen¹⁹. Seitdem drangen Sozialdemokraten vereinzelt in die preußische Kommunalverwaltung ein, als erster der Vorsitzende des Ausschusses für gewerkschaftliche Bildungsarbeit und 2. Vorsitzende der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Johann Sassenbach, der 1915 Stadtrat in Charlottenburg wurde.

Alle diese Konzessionen betrafen jedoch nur »unbedeutende Einzelfragen«, wie der preußische Innenminister schrieb, oder »minderwertige Interessen«, wie sich eine nachgeordnete Verwaltungsbehörde ausdrückte²⁰, und wären bei etwas weniger Borniertheit der maßgebenden Kräfte in Preußen schon lange vorher möglich gewesen, ohne die politischen Gewichte zu verschieben. Selbst jetzt aber wurden sie nur auf Widerruf, höchstens für die Dauer des Krieges, und unter ausdrücklicher Wahrung des bisherigen Rechtsstandpunktes der Exekutive gewährt²¹. Manche Verantwortlichen betrachteten die Sozialdemokratie lediglich wie einen »reuigen Sünder . . ., dem sie gnädigst seine üble Vergangenheit zu verzeihen bereit sind, wenn er sie abschwört und Besserung verspricht«²². Einstweilen ließen sich die Gesten des Entgegenkommens also nur als eher widerwillig gewährte taktische Konzessionen verstehen, die durch die Kriegsumstände erzwungen wurden, kaum aber als Vorboten einer politischen Neuorientierung. Zudem wurden sie oft von nachgeordneten Behörden ignoriert. In den Bezirken Bromberg und München etwa wurde Gewerkschaftsfunktionären der Zutritt zu den militärischen Kriegsbauten verwehrt, so daß eine Agitation unter den dort beschäftigten Arbeitern nahezu unmöglich war²³. Eine Reihe von kommunalen Einrichtungen – Krankenhäuser und Badeanstalten, Schlacht- und Viehhöfe, Straßenbahn- und Transportbetriebe – verbot ihren Beschäftigten noch 1915 die Gewerkschaftszugehörigkeit mit der Begründung, dies käme einer »Störung des Burgfriedens« gleich²⁴. Im selben Jahr wurden Mitglieder des DMV beim Eintritt in die Eisenbahnbetriebswerkstätte Eberswalde genötigt, aus ihrer Gewerkschaft auszutreten²⁵. In Straßburg untersagte der Militärpolizeimeister bei der Übernahme der Berufsfeuerwehr durch das Garnisonskommando den Feuerwehrleuten die weitere Mitgliedschaft im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter²⁶. In vielen Korpsbezirken gingen die Generäle zudem mit den Machtbefugnissen, die ihnen das Gesetz über den Belagerungszustand verlieh, jedenfalls dann hart gegen die Arbeiterbewegung vor, wenn sie die Politik der Regierung zu kritisieren und den »Burgfrieden« zu stören wagte²⁷.

Während einfache Gewerkschaftsmitglieder häufig also keinerlei Verbesserung ihrer Situation im Betrieb oder in der Gemeinde spürten, veränderte sich jedoch die Stellung der Arbeiterführer. Bei Regierung, Verwaltung und Militärs fanden sie jetzt Gesprächspartner, die sie bis zu einem gewissen Grad in den politischen Entscheidungsprozeß einbezogen oder ihnen wenigstens das Gefühl vermittelten, daran beteiligt zu sein. Das stärkte nicht nur ihr Selbstbewußtsein, dem das System sozialer Ächtung jahrzehntelang hart zugesetzt hatte; der Zuwachs an Informationen und Handlungsmöglichkeiten vergrößerte auch ihr Gewicht gegenüber den

Mitgliedern, deren Kontrollmöglichkeiten gegenüber den Vorständen ohnehin seit Kriegsbeginn vielfach eingeschränkt waren²⁸. Insbesondere nahm jetzt bei den freien Gewerkschaften die Bedeutung der Generalkommission als zentrale Vertretungsinstanz erheblich zu. In dieser gegenläufigen Entwicklung liegt ein weiterer Grund dafür, daß die vor dem Krieg zwar vorbereitete, aber kaum aktualisierte Entfremdung zwischen Führern und Mitgliedern der Gewerkschaften nun ihren Lauf nehmen konnte.

Diese Entwicklung kam den Überlegungen entgegen, die den Konzessionen der Regierung gegenüber den Arbeiterorganisationen zugrunde lagen. Namentlich der Kanzler und seine engeren Mitarbeiter zweifelten nicht daran, daß »ein Weltkrieg wie dieser, der die letzten Kräfte des Volkes in Anspruch nahm, . . . nur in innerer Föhlung mit den unteren Massen des Volkes geföhrt werden« konnte²⁹. Denn diese bekamen die Kriegswirkungen am empfindlichsten zu spüren: Sie stellten den größten Teil der Soldaten und der Arbeiter der Kriegsindustrie, und sie hatten am schwersten unter den ökonomischen Folgen des Krieges – Teuerung, Verlängerung der Arbeitszeit, Erhöhung der Arbeitsbelastung, Verschlechterung der Ernährungs- und Wohnverhältnisse – zu leiden. Von ihnen konnte deshalb die Kriegsföhrung am ehesten unmittelbar geföhrt werden³⁰. Daher wurde es zur zentralen innenpolitischen Frage des Krieges, »ob die Sozialdemokratie ganz oder in ihrer überlegenen, durch die Gewerkschaften gestützten Mehrheit die Politik des 4. August im nationalen staatsertaltenden Sinne fortsetzt, oder aber in ihre alte, grundsätzlich oppositionelle Stellung zuröckdrängen wüde«³¹. Diese Frage war nur dann positiv zu entscheiden, wenn es gelang, ein »erträgliches Verhältnis zwischen Regierung und Sozialdemokratie« herzustellen³². Hieraus ergab sich die »Notwendigkeit, mit der Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten«. Das gab der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern drei Wochen nach Kriegsbeginn in einem Gespräch mit Eduard David offen zu³³. Als wichtigste Träger der Arbeiterbewegung nannte eine Regierungsdenkschrift die Gewerkschaften und ihre pragmatisch denkenden Föhler³⁴.

Die Regierung hatte hierbei allerdings nicht nur die Interessen der Kriegsföhrung im Sinn, sondern sie beabsichtigte zugleich eine geistige »Umgestaltung der Arbeiterbewegung«³⁵, und zwar »nach der nationalen und monarchischen Seite«³⁶. Sie hielt es für eines der wichtigsten innenpolitischen Kriegsziele, die Arbeiterschaft unter Ausnutzung der August-Stimmung »nicht nur der Nation, sondern dem Staat zu gewinnen«, um so mehr, als sie in der damaligen Situation »die vielleicht letzte Gelegenheit« hierfür sah. Der Staat müsse deshalb versuchen, hieß es in einer Denkschrift vom Oktober 1914, »die Arbeiterbewegung nicht als staatsfeindlich zu behandeln, ihre Träger, die Gewerkschaften, heranzuziehen und den

staatsfeindlichen Dogmatikern der alten Sozialdemokratie keine Parole an die Hand zu geben, unter der sie die Arbeiter wieder gegen den Staat führen kann«³⁷.

Der Kanzler und seine engeren Mitarbeiter machten sich allerdings keine Illusionen darüber, daß dieses Ziel nur erreicht werden konnte, wenn mit den inneren Zuständen nicht alles beim alten blieb, daß folglich eine »Neuorientierung Kriegsnotwendigkeit war«³⁸. Delbrück ließ schon in seiner Unterredung mit David Ende August 1914 durchblicken, daß er innenpolitische Reformen im demokratischen Sinne für notwendig hielt³⁹. Zwei Monate später kündigte er in einer Besprechung mit den Parteiführern offiziell eine »Neuorientierung« der inneren Politik an – mit Rücksicht auf den Burgfrieden allerdings erst für die Nachkriegszeit⁴⁰. Über ihren Inhalt machte sich die Regierung verstärkt Gedanken, nachdem die Hoffnungen auf ein schnelles Ende des Krieges gescheitert waren⁴¹; denn nun wurden die Dauer des Krieges unabsehbar, seine ökonomischen, sozialen und innenpolitischen Rückwirkungen unberechenbar, und die Befürchtung, die der Reichskanzler schon vor Kriegsausbruch geäußert hatte, gewann plötzlich an Aktualität, daß nämlich »ein Weltkrieg... die Macht der Sozialdemokratie, weil sie den Frieden predigt, gewaltig steigern und manche Throne stürzen könnte«⁴².

Schon die ersten Andeutungen der »Neuorientierung« aber riefen die Phalanx aus Landwirtschaft und Großindustrie samt ihren Verbündeten auf den Plan. Bereits in den Vorkriegsjahren war in diesen Kreisen wiederholt das Interesse an einer Bedrohung Deutschlands von außen laut geworden, um die Klassenspannungen im Innern überdecken zu können und die Sozialdemokratie entweder zur Unterstützung der imperialistischen Expansionspolitik und zur Anerkennung der bestehenden Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu veranlassen oder aber, falls sie ihren alten Prinzipien und Zielen nicht abschwören sollte, sie innerhalb der Arbeiterschaft zu isolieren und sodann um so leichter zu unterdrücken⁴³. Der Kriegsausbruch wurde hier deshalb ausdrücklich begrüßt. Schon am 29. Juni 1914 lobte der Bund der Landwirte den »starken völkischen Willen« im Land und triumphierte: »Die Sozialdemokratie fühlt es eben nur zu genau, daß es im Kriegsfall mit ihrer Herrlichkeit auf lange Zeit hinaus vorbei ist«⁴⁴. Dem Direktor der Hamburger Hypothekenbank, Friedrich Bendixen, schien der Krieg »viel heilsamer für unseren inneren nationalen Bestand und unsere Konsistenz gegenüber partikularistischen sozialdemokratischen Einflüssen... als weitere 40 Jahre Frieden«⁴⁵. Die Alldutschen erhofften »Rettung und Segen« vom Kriegsausbruch und feierten ihn als »heilige Stunde«⁴⁶; Heinrich Claß endlich empfand ihn als »das größte Glück, das uns widerfahren konnte«⁴⁷.

Der Kriegsausbruch veranlaßte denn auch die einflußreichsten Gruppen von Industrie und Landwirtschaft keineswegs zu einer Änderung ihres Kurses gegenüber der Arbeiterschaft und ihren Organisationen. Bereits in der Reichstagsitzung vom 4. August blieben die Konservativen »eiskalt«, als sich der Kanzler an die Sozialdemokraten wandte⁴⁸; ungerührt durch den allgemeinen Taumel nationaler Begeisterung und durch die Einheitsstimmung befürchteten sie von Kriegsbeginn an, die Sozialdemokratie könnte zu große Vorteile aus dem Burgfrieden ziehen, der durch ihre Haltung erst möglich geworden war⁴⁹. Wenn diese Gruppen sich des Burgfriedensvokabulars bedienten, so vor allem deshalb, um es zur Zementierung des Status quo zu benutzen, um also während des Krieges jede Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten der Arbeiterschaft zu verhindern. Im übrigen verfolgten sie ihre alten Ziele unbeirrt weiter. Die Suspendierung des RgS war allein auf Druck des preußischen Innenministeriums zustande gekommen. Nur zähneknirschend hatte der Verbandsvorsitzende Liebert ihm nachgegeben, weil sonst der Verband aufgelöst worden wäre⁵⁰. Trotzdem mußte er sich dafür im geschäftsführenden Ausschuß des Alldeutschen Verbandes als »sehr schwächlich« schelten lassen⁵¹.

Was von den Erklärungen Reiswitz' und Tänzlers zu halten war, beleuchtet eine Auseinandersetzung über die Verwendung der Streikgelder der VDA einige Tage später. Die Vereinigung hatte rund 2,2 Mill. Mark zur Unterstützung bestreikter Unternehmen angesammelt⁵². Unter Hinweis auf die sozialdemokratische Politik, die Kriegsunterstützungen der Gewerkschaften und die der Mobilmachung folgende hohe Arbeitslosigkeit schlug der Direktor der Düsseldorfer Mannesmann-Röhrenwerke, der sozialpolitisch relativ fortschrittlich eingestellte Nikolaus Eich, Anfang September 1914 vor, diese Gelder für soziale Zwecke auszugeben und damit dem »Beispiel, das die Arbeiter durch Opferung ihrer für Streik- und Wahlzwecke angesammelten Mittel gegeben« hätten, zu folgen⁵³. Der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte Oberhausen, Paul Reusch, aber entgegnete: »Wir müssen uns heute vor voreiligen Beschlüssen hüten und unser Pulver trocken halten.« Er selbst sei »der festen Überzeugung, daß kurze Zeit nach einem erfolgreich durchgeführten Kriege die alten Gegensätze wieder aufleben, wenn auch anfangs vielleicht in weniger schroffer Form, und daß der Kampf im Innern aufs neue wieder entflammt«⁵⁴. Der Arbeitgeberverband der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (Arbeitnordwest), der mächtigste Einzelverband der VDA, folgte ihm und lehnte den Antrag Eichs einstimmig ab. Statt dessen beschloß er, für 1,5 Mill. Mark Kriegsanleihe zu zeichnen⁵⁵. Auch die VDA befand: »Auf Angriffe seitens der Gewerkschaften müssen wir nach

wie vor gerüstet sein, und die Arbeitgeberverbände täten nicht gut daran, die notwendig angehäuften Mittel aus der Hand zu geben. Erst, wenn wir volle Beweise der Tatsache hätten, daß die Gewerkschaften ihre Kampfmittel in Liebesgaben ausschütten, dürften wir daran denken, ein Ähnliches zu tun.«⁵⁶ Der Streikfonds blieb also unangetastet.

Die Anzeichen eines weiteren Entgegenkommens der Regierung gegenüber der Arbeiterschaft wirkten daher auf die Kreise von Großindustrie und Landwirtschaft wie ein Alarmsignal. Anfang September 1914 äußerte der CDI-Vorsitzende Max Roetger in einer Besprechung mit Vertretern des BdL die Befürchtung, »daß man nach Bethmannschen Theorien, verblendet durch die jetzige Stellungnahme der Sozialdemokratie, auf sozialem Gebiet neuen Unfug machen« werde, und riet »dringend«, sich dagegen zu »wappnen«⁵⁷. Zur selben Zeit vermerkte man im BdL »sehr übel . . . das Verhalten der Reichsleitung zur Sozialdemokratie, die dieser völlig freie Hand läßt und somit die schlimmste Aussicht eröffnet für die weitere innere Entwicklung des Reiches, selbst bei glänzendem, endgültigen Siege«⁵⁸.

Zwei Tage nach der Erklärung Delbrücks vor den Parteiführern gewann der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei den Eindruck, »daß in großindustriellen Kreisen und von den extremen Konservativen . . . zu weites Entgegenkommen gegen demokratische Wünsche nach Kriegsende« befürchtet und deshalb gegen den Kanzler gearbeitet werde⁵⁹. »Entsetzt über die den Sozialdemokraten . . . gemachten überflüssigen Avancen, durch die die Stellung der Regierung jetzt schon eingeengt und festgelegt wird«, erklärte der Führer der preußischen Konservativen im Dezember 1914, Preußen müsse »in seiner Eigenart« erhalten bleiben; hierzu »gehöre die politische Prävalenz der besitzenden und gebildeten Klassen«; denn »ein demokratisiertes Preußen würde dem demokratischen Reichstag gegenüber keine Widerstandskraft mehr besitzen«⁶⁰. Im April 1915 kritisierte Kirdorf öffentlich den innenpolitischen Kurs der Regierung seit Kriegsbeginn als »sehr abwegig«⁶¹. Wenig später intensivierten Schwerindustrie und Agrarier, Mittelstandsorganisationen, Rechtsparteien und Alldeutscher Verband ihre gegenseitigen Beziehungen, um sich gegen »Übergriffe der Sozialdemokratie« zu rüsten, insbesondere gegen ein »Überwuchern der Gewerkschaften«⁶². Bereits 1915 begannen die Montanindustriellen der Ruhr außerdem damit, einen Teil ihrer Kriegsgewinne in Zeitungs- und Zeitschriftenunternehmen zu investieren, um die öffentliche Meinung gegen die Gefahr einer »Demokratisierung von oben« zu beeinflussen⁶³.

Diese wenigen Belege mögen genügen, um deutlich zu machen, daß die mächtigen Gruppen der Agrarier und Schwerindustriellen auch nach Kriegsbeginn ihre innenpolitischen Ziele unbeirrt weiterverfolgten und sich anschickten, gegen alle Tendenzen der Regierung zu einer Neuorien-

tierung Front zu machen. Die Kontinuität ihrer innenpolitischen Ziele prägte im übrigen auch ihre außenpolitischen Forderungen. Gewiß lagen dem Verlangen nach Annexionen und nach Ausdehnung der Herrschaft Deutschlands starke ökonomische Motive zugrunde. Aber ihre innenpolitischen Beweggründe waren kaum weniger stark. Die Erweiterung des deutschen Siedlungsgebiets sollte weniger der Autarkie auf dem Ernährungssektor dienen als vielmehr ein Gegengewicht gegen die Industrialisierung und Verstädterung schaffen, den Wurzelgrund der sozialistischen Arbeiterschaft, und die weitere Ausbreitung der Sozialdemokratie bremsen. Vor allem die Landwirtschaft hielt eine derartige »Heimatpolitik« für »unendlich viel wichtiger als die reinen Industrie- und die reinen Exportinteressen«⁶⁴. Gleichermäßen sollte die Ausweitung des Herrschaftsraums zur Erhöhung der industriellen Profite und über eine gewisse Beteiligung der Arbeiter daran zu deren Aussöhnung mit der bestehenden Klassenherrschaft führen. Freilich bestanden auf der Rechten gewisse Zweifel, ob es möglich sein würde, »nach dem Frieden unsere Sozialdemokraten als monarchisch-soziale Partei zu organisieren, die den Staat in seinen wesentlichen Einrichtungen nicht mehr verneint«⁶⁵.

Doch auch wenn ein Wandel der Sozialdemokratie nicht zu erreichen sein würde, waren die Expansionsforderungen nach den Worten Hugenbergs dazu »gut, um inneren Schwierigkeiten vorzubeugen« und »die Aufmerksamkeit des Volkes« von ihnen »abzulenken«⁶⁶. Auf jeden Fall sollten sie die ökonomische und politische Macht von Landwirtschaft und Industrie so stärken und absichern, daß alle Reformbestrebungen daran abprallen mußten. Folgerichtig hatten »alle monarchischen Kreise« die »größte Angst . . . vor einem faulen Frieden nach außen und vor einem demokratischen Siege im Innern«⁶⁷. Der Wille zur Konservierung der inneren Zustände Deutschlands trieb sie dazu, bis zum äußersten dem Siegfrieden nachzujagen.

Wegen dieser Interdependenz außen- und innenpolitischer, ökonomischer und sozialer Motive deckte sich »die Parteinahme für weite Kriegsziele . . . so ziemlich mit der Gegnerschaft gegen die sog. Neuorientierung«⁶⁸; deshalb gingen Expansionsforderungen Hand in Hand mit dem Kampf gegen die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts, mit der Absage an sozialpolitische Reformen und dem Kampf gegen die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen. Dieses sozialimperialistische Syndrom von Annexion nach außen und Reaktion nach innen ist konstitutiv für fast alle wichtigen Kriegszielprogramme industrieller und agrarischer Interessengruppen samt ihrer intellektuellen und propagandistischen Helfershelfer von Anfang bis Ende des Krieges⁶⁹.

Die Kriegsarbeitsgemeinschaften

Daß sich an der grundsätzlichen Einstellung der Unternehmer gegenüber den Arbeiterorganisationen nichts geändert hatte, zeigte sich öffentlich in ihrer Reaktion auf den Appell der Gewerkschaften, Arbeitsgemeinschaften zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu bilden, um der durch den Kriegsausbruch verursachten großen Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Die Initiative hierzu ging von Leipart aus. Am 5. August 1914 teilte er dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe mit, daß der Holzarbeiterverband alle Streiks eingestellt und die Streikunterstützung aufgehoben habe. Gleichzeitig ersuchte er die Arbeitgeber, die Tarifverträge aufrechtzuerhalten, die Kooperationseinrichtungen zu bewahren und – sofern möglich – die Arbeitszeiten zu verkürzen, um die Zahl der Entlassungen zu verringern⁷⁰.

Sein Vorstoß hatte Erfolg. Noch am selben Tag appellierte der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes an seine Mitglieder, »alles zu tun, um das schwere Los der Familienangehörigen aller im Felde Stehenden zu mildern«, und mit Rücksicht darauf, daß »die gesamte deutsche Arbeiterschaft begeistert zu den Fahnen geeilt ist und ihre Führer einen Standpunkt eingenommen haben, der für sie ebenso ehrend wie für uns erfreulich ist, . . . zu erwägen, ob nicht in Gemeinschaft mit der örtlichen Organisation unserer Leute eine Hilfsaktion eingeleitet werden kann«⁷¹. Einen Monat später trafen die Zentralvorstände beider Seiten – auf Gewerkschaftsseite nahmen auch der christliche Holzarbeiterverband und der Hirsch-Dunkersche Gewerkverein teil – zusammen und verabschiedeten einen gemeinsamen Aufruf, in dem die örtlichen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen aufgefordert wurden, unverzüglich über gemeinsame Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit zu beraten und bestehende Tarifverträge »unter allen Umständen . . . in jeder Beziehung zu schützen und einzuhalten«⁷².

In Gewerkschaftskreisen und mitunter auch auf bürgerlicher Seite wurde diese Vereinbarung als bedeutsamer Erfolg und zukunftsweisende Errungenschaft gewertet⁷³. In der Vorstandskonferenz vom 15. September 1914 stellte Leipart den Antrag, derartige Abkommen »zur allgemeinen Nachahmung dringend zu empfehlen« und alle Arbeitgeberverbände zu ersuchen, »mit den Gewerkschaften zu einer Arbeitsgemeinschaft während des Krieges zusammenzugehen«, insbesondere bei der Arbeitsbeschaffung, der Weiterführung oder Wiedereröffnung der Betriebe und der Zusammenarbeit mit den Behörden. Gedacht war an eine Zentrale in Berlin, Landeszentralen in allen Bundesstaaten und Ortskommissionen möglichst in allen Städten. Auch die christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerk-

schaften sollten zur Teilnahme aufgefordert werden⁷⁴. »Es sei gerade jetzt die günstigste Zeit«, bemerkte Leipart, mit den Industriekreisen ins Gespräch zu kommen, die es bisher abgelehnt hatten, sich mit Gewerkschaftsvertretern an einen Tisch zu setzen⁷⁵. Eine solche Aufforderung der Generalkommission an die VDA hätte auf jeden Fall »den Erfolg, daß der bisherige Bann gebrochen würde, selbst wenn dann praktisch nichts herauskommen sollte«. Nach längerer Debatte ermächtigte die Konferenz gegen die Bedenken der Metallarbeiter und Buchbinder die Generalkommission zu einem solchen Schritt⁷⁶. Es dauerte freilich bis Ende November 1914, ehe die Generalkommission bei der VDA »ergebenst« anfragte, ob sie bereit sei, auf ihre Mitgliedsorganisationen »dahin einzuwirken, daß, soweit es noch nicht geschehen ist, ein Zusammenarbeiten mit den zuständigen Arbeiterorganisationen angestrebt und durchgeführt wird«⁷⁷. Außer einer kurzen Empfangsbestätigung aber erhielt sie nie eine Antwort⁷⁸. »Keine Antwort ist auch eine Antwort«, kommentierte Gustav Bauer lakonisch⁷⁹.

Nur der Deutsche Industrieschutzverband, dem überwiegend mittel- und süddeutsche Unternehmen der Fertigwarenindustrie und große Teile des Handwerks angehörten und der sich 1909 von der schwerindustriell beherrschten VDA gelöst hatte⁸⁰, kam Anfang Oktober 1914 mit den Vertretern von 14 Gewerkschaften zusammen. Doch auch er weigerte sich, die Aufforderung zu gemeinsamen Verhandlungen an die ihm angeschlossenen Verbände weiterzugeben, und lehnte eine förmliche Übereinkunft unter dem Vorwand ab, ein satzungsmäßiges Recht zu einer so weitgehenden Verpflichtung seiner Mitglieder stehe ihm nicht zu⁸¹. Später verwarf er alle gemeinsamen Schritte zur Arbeitsbeschaffung mit der Begründung, daß durch getrenntes Vorgehen ein besserer Erfolg zu erzielen sei⁸².

Wegen dieser Haltung der Arbeitgeber kamen Arbeitsgemeinschaften nur in einzelnen Industrie- und Gewerbebranchen zustande, meist in solchen, in denen Klein- und Mittelbetriebe vorherrschten und in denen die Gewerkschaften die Unternehmer schon vor dem Kriege weitgehend zu tariflichen Abmachungen gezwungen hatten. Es waren durchweg dieselben, die jetzt besonders hart von Auftragsverlusten und Materialmangel getroffen wurden und auch später nicht in den Aufwind der Rüstungsproduktion gerieten. Hier fiel das Interesse der Unternehmer an öffentlichen Aufträgen zur Weiterführung der Betriebe mit dem Interesse der Gewerkschaften an der Erhaltung der Arbeitsplätze zusammen. Neben den Arbeitsgemeinschaften im Holzgewerbe wurde Mitte Oktober 1914 eine Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände und allen am Baugewerbe beteiligten Gewerkschaften gegründet. Mit 18 angeschlossenen Gewerkschaften, darunter den Verbänden der

Bau-, Holz- und Metallarbeiter, und zwar der freigewerkschaftlichen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen, hatte sie den größten Umfang, mit einem Zentralauschuß aus je fünf Vertretern der Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie dem Plan zur Einrichtung entsprechender Ausschüsse auf bezirklicher und lokaler Ebene auch die größten organisatorischen Ambitionen⁸³. Weitere Arbeitsgemeinschaften entstanden für Baunebengewerbe wie die Maler- und Tapeziererbranche⁸⁴, für Buch- und Steindrucker⁸⁵ sowie für die Chemigraphen und Kupferdrucker⁸⁶, für das Brauerei-⁸⁷, das Gärtner-⁸⁸ und das Schneidergewerbe⁸⁹. In der Lederwarenindustrie wurde eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften von Fall zu Fall vereinbart⁹⁰.

In der Landwirtschaft hingegen, in der wegen der Einberufungen zum Heer ein plötzlicher Arbeitskräftemangel auftrat und die Einbringung der Ernte gefährdet schien, kam es im Spätsommer 1914 nur zu einer kurzfristigen Zusammenarbeit, die keine feste organisatorische Gestalt annahm. Die Gewerkschaften erklärten sich zur Mithilfe bei der Beschaffung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft nur unter der Bedingung bereit, daß die Gesindeordnung für die zum Ernteeinsatz bereiten Industriearbeiter nicht galt, daß ferner deren Vermittlung allein durch kommunale Arbeitsnachweise erfolgte und daß gewerkschaftliche »Vertrauenspersonen« zwischen Arbeitsnachweisen und Arbeitssuchenden fungierten. Da diese Bedingungen geeignet waren, die noch halbfeudalen Arbeitsverhältnisse auf dem Lande zu durchlöchern, machten die Agrarier von dem gewerkschaftlichen Hilfsangebot kaum Gebrauch, sondern behielten sich lieber mit Saisonarbeitern sowie Schülern und Studenten⁹¹.

In anderen Branchen, etwa bei den Buchbindern und Lithographen, scheiterten die Versuche zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft schon im ersten Anlauf am Widerstand der Arbeitgeber⁹², und die zustande gekommenen Arbeitsgemeinschaften enttäuschten vielfach die in sie gesetzten Erwartungen. Über die Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe rühmte der Holzarbeiterverband 1915 zwar, nach anfänglichem Widerstreben der Arbeitgeber hätten beide Seiten »mit Eifer und Geschick . . . in fast allen Orten und Bezirken sich der ihnen zugewiesenen Aufgabe gewidmet«, und es sei ihnen »in vielen Fällen gelungen, die Wiederaufnahme und Fortführung der öffentlichen Arbeiten herbeizuführen sowie auch größere Industrieunternehmungen und städtische Behörden, Eisenbahndirektionen usw. zur Inangriffnahme und Vergebung umfangreicher Aufträge zu veranlassen«⁹³. Auch der Arbeitsgemeinschaft im Holzgewerbe sagte er große praktische Erfolge nach⁹⁴. Doch die Organisation der Bauarbeitsgemeinschaft blieb bis Ende 1914 fragmentarisch, vor allem auf der mittleren und unteren Ebene, die für die praktische Tätigkeit die größte Bedeutung hatte.

Über Erfolge wurde 1914 nur aus den Bezirken Stettin, Rostock, Erfurt, Hannover, Dortmund und Karlsruhe berichtet⁹⁵. Anfang 1915 fehlten noch immer die Bezirksausschüsse in Ostpreußen, Schlesien, im Unterweser-Ems-Gebiet, in Württemberg und im Saarland⁹⁶. Die örtlichen Arbeitsgemeinschaften standen vielfach nur auf dem Papier. Oft lehnten die örtlichen Unternehmerorganisationen die Bildung von Ortsausschüssen ab, so in Stuttgart, Magdeburg und Plauen, in Mecklenburg, in Baden und in der Pfalz⁹⁷. Wo sie eingerichtet wurden, blieben sie häufig infolge der Passivität und Obstruktion der Unternehmer untätig, etwa in Westpreußen und Posen, Schlesien, Sachsen, Stettin, Lauenburg, Duisburg und Oberfranken⁹⁸. Im Ruhrgebiet kam erst nach Intervention des Zentralausschusses eine Bezirksarbeitsgemeinschaft zustande; beschlossen wurde »nur, was die Arbeitervertreter anregen«, und auch das wurde »häufig entweder nicht oder nur widerwillig ausgeführt«⁹⁹.

In der Arbeitsgemeinschaft des Holzgewerbes sah es bis Ende 1914 ähnlich aus¹⁰⁰. In Stettin wie in Gera weigerten sich die Arbeitgeber, sich mit den Gewerkschaften zusammenzusetzen. In zahlreichen Städten des Ruhrgebiets sowie in Württemberg und Oberbayern lehnten die Tischlerinnungen jegliche Zusammenarbeit mit den Arbeiterorganisationen ab. In Hessen fanden die Unternehmer immer neue Ausreden oder widersetzten sich offen einer Kooperation. Wo Arbeitsgemeinschaften entstanden, nahmen schon gegen Jahresende »die Klagen der Arbeitervertreter ... über die Interesselosigkeit der Arbeitgeber ... kein Ende«¹⁰¹. Die Magdeburger Holzarbeiter konstatierten bereits Ende 1914 die »Erfolgslosigkeit dieser Arbeitsgemeinschaft überhaupt«¹⁰². In Halle wurde die örtliche Arbeitsgemeinschaft kurz nach ihrer Einrichtung von den Unternehmern wieder gekündigt, so daß der Holzarbeiterverband seinen Mitgliedern riet, »ihre Erwartungen in bezug auf die Wahrnehmung ihrer Interessen durch Mithilfe von anderer Seite in den allerbescheidensten Grenzen zu halten«¹⁰³. Daß der Versuch, die Arbeitsgemeinschaft auf alle Holzgewerbebezweige auszuweiten, scheiterte, weil viele Arbeitgeberverbände sich abseits hielten, konnte demnach nicht überraschen¹⁰⁴.

Im Laufe des Jahres 1915 wurden zwar in der Arbeitsgemeinschaft des Baugewerbes einige Lücken geschlossen¹⁰⁵. Gleichzeitig aber häuften sich in Orten, wo Arbeitsgemeinschaften bestanden, Klagen über »mangelndes Interesse der Arbeitgeber«¹⁰⁶ und »passive Resistenz«¹⁰⁷. Im Bezirk Magdeburg blieb die Bauarbeitsgemeinschaft untätig¹⁰⁸, ebenso in Hamburg¹⁰⁹. In Breslau waren die Unternehmer für die Arbeitsgemeinschaft »um alles in der Welt nicht mehr zu haben«¹¹⁰. In den Bezirken Leipzig und Karlsruhe ruhte Ende 1915 mehr oder weniger jede Aktivität, im Saarland fehlte sie von vornherein¹¹¹. In Wuppertal fanden nur zwei Sitzungen

statt¹¹², und der Bezirksausschuß für das rheinisch-westfälische Industriegebiet stellte schon vor Jahresende seine Tätigkeit auf Betreiben der Unternehmer ein¹¹³. Im November 1915 beendete schließlich auch der Zentralausschuß seine Arbeit mit der Annahme von Grundsätzen für die Beschäftigung kriegsbeschädigter Bauhandwerker, deren Durchführung den örtlichen Arbeitsgemeinschaften übertragen wurde¹¹⁴.

In der Holzindustrie folgten ebenfalls »den großen Worten und so schön klingenden öffentlichen Erklärungen«, die die Gründung der Arbeitsgemeinschaft begleitet hatten, »leider keine entsprechenden Taten«¹¹⁵. An vielen Orten war der ersten gemeinsamen Beratung keine zweite gefolgt¹¹⁶. In Breslau war die Arbeitsgemeinschaft »durch Interesselosigkeit der Arbeitgeber zu einem bloßen Schemen geworden«¹¹⁷. Als sich die ersten Anzeichen einer Konjunkturverbesserung bemerkbar machten, lehnte der Vorsitzende, ein Arbeitgeber, es ab, weitere Sitzungen einzuberufen¹¹⁸. Im Ruhrgebiet erhielten die Gewerkschaften von den Unternehmern nicht einmal mehr eine Antwort auf ihre Vorschläge. In Thüringen, Hessen, Württemberg und weiten Teilen Bayerns ruhte die Tätigkeit nahezu gänzlich¹¹⁹. Auch eine Beschwerde des Holzarbeiterverbandes beim Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe darüber, daß »die Mithilfe der Arbeitgeber in den Arbeitsgemeinschaften teilweise alles zu wünschen übrig lasse«¹²⁰, brachte keine Besserung. Im Gegenteil, die Verbandsleitung ließ bald ebenfalls jede weitere Initiative vermissen. Im August 1915 hatten die Holzarbeiter »keinen Zweifel mehr darüber . . ., daß unsere Unternehmer bzw. deren Organisationen sich ihrer Aufgabe und Pflicht auf dem gemeinsamen Interessengebiete auch selbst während der Kriegszeit weder bewußt noch gewachsen zeigten«¹²¹. Um die Arbeitsgemeinschaft im graphischen Gewerbe scheint es nicht viel besser bestellt gewesen zu sein. In Wuppertal etwa kam zwar eine gemeinsame Sitzung mit einer »interessanten Debatte« zustande, »zu gemeinsamem Handeln konnten sich . . . die Unternehmer jedoch nicht entschließen«. Im März 1915 teilten sie den Gewerkschaften mit, »daß die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zur Zeit zwecklos erscheine und Erfolg nicht verspreche«¹²².

Auf diese und ähnliche Weise »versandeten und verebhten« die meisten Arbeitsgemeinschaften, »ohne praktische Ergebnisse gezeitigt zu haben«¹²³. Allerdings ließ die Expansion der Kriegsindustrie, die die Arbeitslosen aufzog, auch das Interesse der Gewerkschaften erlahmen. Sie trauerten den Arbeitsgemeinschaften schon im Februar 1915 nicht mehr sonderlich nach, zumal, wie Bauer konstatierte, »bisher kein Fall eingetreten« war, »wo sich das Vorhandensein einer solchen als unbedingt notwendig erwiesen habe«¹²⁴. Später wurden Arbeitsgemeinschaften deshalb nur noch in Gewerben geschlossen, die abseits der Kriegskonjunktur blieben und für

die Gesamtwirtschaft unbedeutend waren, so für die Bäcker¹²⁵ und das Lederausüstungsgewerbe¹²⁶. Einige neugegründete Arbeitsgemeinschaften beschränkten sich von vornherein auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge, so die für die Textilarbeiter, Töpfer, Buchbinder und Steinsetzer. Manche älteren wurden für dieses begrenzte Aufgabengebiet wiederbelebt, etwa bei den Gärtnern, im Bau- und Holzgewerbe, bei den Malern, Schneidern und Buchdruckern¹²⁷.

Gewiß haben sie in einigen Branchen und an manchen Orten, wo »mit vielem Fleiß und gutem Willen« gearbeitet wurde¹²⁸, begrenzte günstige Wirkungen gezeitigt¹²⁹. Im wesentlichen aber stellten sie nicht mehr dar als ein flüchtiges Produkt der unmittelbar nach Kriegsausbruch auftretenden Wirtschaftskrise. Für die Kriegswirtschaft und die Sozialpolitik insgesamt blieben sie bedeutungslos. In der Großindustrie nämlich fanden sie nirgends Eingang. Ein Vorstoß des DMV für eine Arbeitsgemeinschaft in der Metallindustrie wurde vom Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller abgewiesen¹³⁰. Ebenso scheiterte der Versuch des Fabrikarbeiterverbandes, in der chemischen Industrie eine Arbeitsgemeinschaft wenigstens für die Kriegsbeschädigtenfürsorge zustande zu bringen¹³¹. Für Bergbau, Schwerindustrie, Metallverarbeitung und Großchemie lag nach den Worten Tänzlers eine »praktische Notwendigkeit zum Eingehen solcher Arbeitsgemeinschaften ... nicht vor«¹³². Die ökonomische Position dieser Industriezweige wurde durch die Ankurbelung der Rüstungsproduktion und den Aufbau der Kriegswirtschaftsorganisationen noch stärker als vor dem Krieg¹³³. Für sie gab es daher keinen Anlaß, »mit einem Male alle früheren Grundsätze über den Haufen zu werfen«¹³⁴ oder gar dem Gedanken einer dauernden Einführung von Arbeitsgemeinschaften nach Kriegsende näherzutreten, wie ihn Carl Severing, Bielefelder DMV-Sekretär und Redakteur der »Bielefelder Volkswacht«, im Mai 1915 äußerte¹³⁵, um so weniger, als sie argwöhnten, daß gemeinsame Beratungen nicht auf bestimmte Sachgebiete beschränkt blieben. »Die Vertreter der Gewerkschaften würden es rasch dahin bringen«, warnte die DAZ, »daß alle übrigen Verhältnisse des Betriebes, Lohn und Arbeitszeit, Einstellung und Entlassung, nicht nur der Kriegsbeschädigten, sondern auch der gesunden Arbeiter unter Kontrolle gestellt werden, womit dann die ganze Selbständigkeit, das ganze Bestimmungsrecht des Unternehmers auf ein Mindestmaß zurückgeführt sein würde«¹³⁶. Tänzler äußerte sich 1916 denn auch befriedigt darüber, daß die Arbeitsgemeinschaften »wirkliche praktische Erfolge kaum gehabt« hatten¹³⁷.

Anerkennung der Gewerkschaften

Die Errichtung der Arbeitsgemeinschaften hing eng mit der Frage der Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterinteressen seitens der Unternehmer zusammen. Bis weit in den Krieg hinein blieben auch hier die Fronten der Vorkriegszeit unverändert.

Lediglich die Fertigwaren- und Exportindustrie hatte sich vor dem Kriege zu einem gewissen Entgegenkommen gegenüber den Arbeiterorganisationen gezwungen gesehen wegen der meist mäßigen Größe ihrer Betriebe, der Konkurrenz untereinander, ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von den großindustriellen Grundstoffproduzenten und ihrer infolgedessen größeren Empfindlichkeit gegenüber Kampfmaßnahmen der Arbeiter¹³⁸. Während des Krieges verfolgten die Interessenorganisationen dieser Industriekreise, der Bund der Industriellen und der Deutsche Industrieschutzverband, beide politisch vertreten vom linken Flügel der Nationalliberalen Partei, diese Linie weiter. Der Geschäftsführer des Industrieschutzverbandes hielt es Ende 1914 für »vorteilhaft«, zu Beratungen über Hilfsmaßnahmen zugunsten der Arbeiterschaft auch Arbeitervertreter hinzuzuziehen, und zwar keine »Dekorationsvertretungen«, sondern »Leute, ... die über genügend Weitblick verfügten«, und solche fanden sich nun einmal in erster Linie in den Gewerkschaften und in der SPD¹³⁹.

Zwei Jahre später lehnte Gustav Stresemann, als Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller und Führer des linken Flügels der Nationalliberalen der wichtigste Repräsentant dieser Industriefraktion, den Kampf gegen die Gewerkschaften als »Unrecht an dem Gedanken der Koalitionsfreiheit« ab¹⁴⁰ und sprach sich dagegen aus, »eine Bewegung, die mehrere Millionen Arbeiter umfaßt, über große Kapitalien verfügt und im Gedankenleben des deutschen Arbeiters fest verwurzelt ist, ... als nicht bestehend« anzusehen¹⁴¹. Auch vom »reinen Arbeitgeberstandpunkt«¹⁴² empfahl er Vereinbarungen mit den Gewerkschaften, hatte er doch die Erfahrung gemacht, daß den Gewerkschaftsführern eine »gewisse Kompromißnatur ... viel mehr im Blute« lag als »rücksichtsloses Draufgängertum« und sie sich ökonomischen Argumenten »nicht unzugänglich« zeigten¹⁴³. Außerdem wußte er, daß sie sich als Prellbock zwischen Betriebsleitungen und Belegschaft verwenden ließen, wenn sie Vereinbarungen mit den Unternehmern den Arbeitern gegenüber zu begründen und zu rechtfertigen hatten¹⁴⁴. Für die politischen Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft freilich hatte auch er kein Verständnis, wie seinem Ansinnen an die Gewerkschaften zu entnehmen ist, sie sollten sich »freimachen« von ihrer »Zusammengehörigkeit zur Sozialdemokratie«¹⁴⁵. Ähnlich wie Stresemann dachten auch der

Führer des Hansabundes, der Bankier Jakob Rießer¹⁴⁶, und der Generaldirektor der MAN, Anton v. Rieppel¹⁴⁷.

Die Schwerindustriellen jedoch wollten von einer Anerkennung der Gewerkschaften nach wie vor nichts wissen. Die DAZ setzte sich nach wenigen Monaten von ihren Gemeinschaftstiraden der Augusttage ab und riet den Arbeitgebern, sie sollten »nicht vergessen, was wir früher gelernt haben«¹⁴⁸. Im April 1915 äußerte der Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, Emil Kirdorf, schwere Bedenken gegen die »außerordentliche Fühlungnahme«, die sich zwischen Regierung und Gewerkschaften angebahnt hatte¹⁴⁹. Kurz darauf wandte er sich entschieden dagegen, »auf dem Gebiet der Arbeiterfrage den Gewerkschaftsführern das geneigteste Ohr zu schenken«. Denn damit würden die »Gewerkschaften gestärkt, in ihrem Streben gefördert, die Herrschaft über alle Arbeiter, und damit über alle gewerblichen Betriebe an sich zu reißen«¹⁵⁰. Im August 1915 lehnte der Zechenverband alle Verhandlungen mit den Gewerkschaften ab und postulierte die Bewahrung der »unbedingten Herrschaft des Unternehmers in seinem Betrieb«¹⁵¹.

Zur gleichen Zeit sorgte die Schwerindustrie auch innerhalb der VDA für das Festhalten an diesem Grundsatz. Den Anlaß hierzu bot die Neubesetzung des Postens des stellvertretenden Geschäftsführers der Vereinigung. Diese war 1913 entstanden durch die Fusion der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, der vornehmlich Großbetriebe der Schwerindustrie angehörten¹⁵², mit dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände, welcher hauptsächlich Unternehmen der Fertigungsindustrie sowie zahlreiche Handwerksbetriebe umfaßte¹⁵³. In die Leitung der VDA hatten sich beide Gruppen geteilt. Den Vorsitz übernahm der hannoversche Fabrikant Emil Garvens, der zuvor an der Spitze des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände gestanden hatte; Garvens leitete außerdem die Ortsgruppe Hannover des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller, welcher im Verein deutscher Arbeitgeberverbände eine ausschlaggebende Rolle gespielt hatte und als Exponent einer elastischeren Politik gegenüber den Gewerkschaften gelten konnte¹⁵⁴. Der für die praktische Tätigkeit wichtigere Posten des VDA-Geschäftsführers hingegen wurde einem Vertreter der Schwerindustrie übertragen, Fritz Tänzler, der zuvor die gleiche Funktion in der Hauptstelle innegehabt hatte. Diese Kombination garantierte die Einhaltung der intransigenten Linie der Schwerindustrie gegenüber den Gewerkschaften. Zwar stand Garvens den Auffassungen des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller »naturgemäß nahe«; durch Tänzler aber, »der die Tradition der Hauptstelle« vertrat, war – wie Arbeitnordwest konstatierte – »jede Gefahr eines Übergreifens des Gesamtverbandes ausgeschlossen«¹⁵⁵.

Nach Kriegsausbruch jedoch wurde Tänzler einberufen. Sein Vertreter war unerfahren und holte sich öfter Rat beim Gesamtverband, dessen Geschäftsstelle im selben Haus untergebracht war wie die der VDA¹⁵⁶. Auf diese Weise gewann nach Meinung der Schwerindustrie der Geschäftsführer des Gesamtverbandes, Töwe, Einfluß auf die Tätigkeit der Vereinigung. Töwe aber galt als Exponent der »Verhandlungs- und Vertragspolitik« gegenüber den Gewerkschaften¹⁵⁷. Ausgerechnet ihn schlug Garvens als stellvertretenden VDA-Geschäftsführer vor, als der bisherige Vertreter Tänzlers einberufen wurde. Die Ruhrindustriellen, deren Arbeitgeberverband in seiner Satzung jede Verhandlung mit Gewerkschaften ausschloß¹⁵⁸, lehnten diesen Vorschlag als »außerordentliche Schädigung unserer Interessen« ab¹⁵⁹, »da die Stellungnahme des Herrn Dr. Töwe zur Gewerkschaftsfrage im Reichsamt des Innern zu genau bekannt sei und die Vereinigung durch die Geschäftsführung des Herrn Dr. Töwe in ihrer Stellung nach außen hin festgelegt würde«¹⁶⁰. Unter Hinweis auf den »Gleichgewichtszustand« der Interessen von Schwer- und Fertigungindustrie als »Grundlage« der VDA¹⁶¹ waren sie nur jemanden als stellvertretenden VDA-Geschäftsführer zu akzeptieren bereit, der »in der Behandlung der Gewerkschaftsfragen völlig einwandfrei« sei¹⁶². Nach dieser Intervention verzichtete Töwe von sich aus auf eine Kandidatur¹⁶³.

Was unter »einwandfrei« zu verstehen war, erläuterte der inzwischen reklamierte Tänzler, als er den Geschäftsführern der Arbeitgeberverbände im August 1916 einschärfte, »daß zu einer grundsätzlichen Aufgabe des bisherigen Standpunktes kein Anlaß« vorliege, vielmehr die unumschränkte Herrschaft der Unternehmer über die Betriebe, wie sie »die Arbeiterschaft . . . bisher in ihrer überwältigenden Mehrheit« vertreten habe, erhalten bleiben müsse; jede »Einnischung Betriebsfremder in die Betriebsverhältnisse und die inneren Arbeitsverhältnisse« lehnte er ab¹⁶⁴. Bald darauf hielt die DAZ die Zeit für gekommen, »ohne alle sentimentale Rücksicht . . . wieder das kraftvolle und treffende Wort von dem ›Herrn-im-Hause-Standpunkt‹ zur Parole« zu erheben¹⁶⁵.

Diese Grundsätze, die auch regionale Arbeitgeberverbände ihren Mitgliedern noch einmal einschärfen¹⁶⁶, wurden von den führenden Betrieben der Großindustrie befolgt. Die Grubenbesitzer lehnten »nach wie vor . . . jedes Entgegenkommen, jede Anerkennung der Arbeiterorganisationen ab«¹⁶⁷. Die Werksdirektionen im Bezirk Borna antworteten bis 1917 auf keine einzige Eingabe des Bergarbeiterverbandes¹⁶⁸, ebensowenig die oberschlesische Vereinigte Königs- und Laurahütte und die Schlesische AG für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb¹⁶⁹. Andere oberschlesische Montangewaltige ließen sich zwar zu einer Antwort herbei, aber nur um mitzuteilen, daß sie sich von dem »bewährten Prinzip, die Lohnverhältnisse di-

rekt mit unseren Arbeitern zu verhandeln, auch in Zukunft nicht abbringen« lassen würden und »eine Zwischenschaltung von Berufsvereinen« für »nicht erforderlich« hielten¹⁷⁰. Die Zechenherren an der Ruhr und die Bergwerksbesitzer in Mitteldeutschland verhielten sich ebenso¹⁷¹, gleichfalls zahlreiche Betriebe der chemischen Industrie in kleinen und mittleren Orten Norddeutschlands, in denen die Gewerkschaften noch schwach waren¹⁷².

Innerhalb der Betriebe wurden die Gewerkschaften vielfach weiterhin verfolgt und behindert. Um das Eindringen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in ihre Belegschaften zu verhindern, tauschten die Ruhrindustriellen noch 1915 schwarze Listen aus¹⁷³. Dasselbe tat der Siegerländer Arbeitgeberverband, dessen Satzung derartige Praktiken nach wie vor vorsah. Erst als er von den Zivilbehörden gedrängt wurde, hiervon abzulassen, weil ein solches Vorgehen »nur zu leicht geeignet« sei, »die Haltung der Arbeiterschaft im allgemeinen ungünstig zu beeinflussen«¹⁷⁴, und als zusätzlich die Militärbehörden mit der Einberufung der reklamierten Arbeiter, indirekt also mit der Schließung der Betriebe, drohten, gab er nach¹⁷⁵.

Andere Unternehmen bevorzugten und förderten weiterhin die Werkvereine, um ihre Arbeiter von den Gewerkschaften fernzuhalten. Die Siemenswerke zogen bei Neueinstellungen unter Bewerbern gleicher Qualifikation diejenigen vor, »die einem Werkverein angehörten oder die Absicht zum Beitritt hatten«¹⁷⁶. Sie verzichteten hierauf erst nach einer Intervention des Kriegsministeriums, die auf Drängen des DMV erfolgte¹⁷⁷. Das Darmstädter Pharma-Unternehmen Merck hingegen lehnte es ab, einen Druck auf seine Arbeiter zum Eintritt in den Werkverein zu unterlassen¹⁷⁸. Die Köln-Rottweiler Pulverfabriken beschäftigten auch 1916 noch keine gewerkschaftlich organisierten Arbeiter; ein Abrücken von diesem Grundsatz lehnten sie unter Berufung auf den »Burgfrieden« ab¹⁷⁹. Auch die Berliner Dachdeckermeister stellten freigewerkschaftlich organisierte Dachdecker ebenso wenig ein wie vor dem Krieg¹⁸⁰; die Berliner Fleischerinnung hielt an dem Grundsatz fest, keine Angehörigen des Fleischerverbandes einzustellen, und verbot diesen sogar bei Androhung einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs das Betreten des Arbeitsnachweises der Innung, der freilich gewerkschaftlich organisierte Gesellen ohnehin von der Vermittlung ausschloß¹⁸¹.

Neben solchen präventiven Maßnahmen gab es zahlreiche Versuche, gewerkschaftliche Organisationskerne in den Betrieben zu zerstören oder wenigstens nachhaltig zu schwächen. In der Krise nach Kriegsausbruch wurden in manchen Betrieben in erster Linie die gewerkschaftlichen Vertrauensleute entlassen, mitunter mit der unverhohlenen Begründung, daß

sie im Betrieb unerwünscht seien¹⁸². Der Inhaber einer Eisengießerei in Barmen verkündete, daß nach jeder Belegschaftsversammlung Organisierte entlassen würden¹⁸³. Die Direktion der bayerischen Maxhütte versuchte im Frühjahr 1915, ihre Arbeiter zum Austritt aus dem christlichen Bergarbeiterverband und zum Eintritt in den Werkverein zu zwingen¹⁸⁴. Im Senftenberger Bergbauggebiet ließen die Unternehmer »ihre Maßregelungswut in der Kriegszeit bald schärfer als zur Friedenszeit an den Arbeitern aus«¹⁸⁵. Noch im Oktober 1916 entließ ein Dresdner Brotfabrikant 26 Arbeiterinnen wegen ihrer Teilnahme an einer Betriebsversammlung, die der Bäckerverband zur Abstellung von Mißständen einberufen hatte, mit der Begründung: »Sozialdemokraten kann ich in meinem Betriebe nicht gebrauchen und beschäftige ich nicht.«¹⁸⁶ Andere Unternehmer weigerten sich später, Kriegsteilnehmer, bei denen sie sozialdemokratische Gesinnung vermuteten oder die ihnen als Mitglieder einer freien Gewerkschaft bekannt waren, wieder einzustellen¹⁸⁷.

Infolgedessen war die Agitation in vielen Betrieben für die Gewerkschaften außerordentlich schwierig, in den großen Werken des Ruhrgebiets »nahezu unmöglich«¹⁸⁸. Im Bezirk Magdeburg wurde Funktionären des Bauarbeiterverbandes das Betreten der großen Kriegsbaustellen zunächst mit der Begründung verweigert, sie seien »Hetzer«, später aus angeblichen militärischen Rücksichten¹⁸⁹. Dasselbe geschah auf den Baustellen der BASF in Ludwigshafen¹⁹⁰. Selbst Betriebe, die vor dem Krieg Tarifverträge mit den Gewerkschaften abgeschlossen hatten, versuchten sie jetzt auszuschalten¹⁹¹. Im Bannkreis der Schwerindustrie an der Ruhr lehnten 1916 sogar die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes Verhandlungen mit den Gewerkschaften ab, obwohl sie mit ihnen bei Kriegsbeginn eine Arbeitsgemeinschaft eingegangen waren¹⁹².

Schon 1915 nahm die Großindustrie auch auf zentraler Ebene den Kampf gegen die Arbeiterverbände wieder auf und leistete darüber hinaus der Regierung Widerstand, sofern sie den Gewerkschaften irgendwelche Zugeständnisse zu machen sich anschickte. »Wir müssen uns stets vor Augen halten, daß der Krieg vorübergehen wird . . . und daß wir uns vorzubereiten haben auf die Wiederkehr gewisser Auseinandersetzungen, die mit der gesellschaftlichen Entwicklung so eng und so notwendig verbunden sind, daß sie nicht einmal durch einen Weltkrieg von so ungeheurem Umfange beseitigt werden können«, schrieb die DAZ zum Wiederbeginn der Kampagne Ende Mai 1915¹⁹³. Aus ähnlichen Erwägungen hielt es der RgS für zweckmäßig, seine Organisation einstweilen aufrechtzuerhalten und von einer Kündigung seiner Angestellten abzusehen¹⁹⁴. Bereits im April 1915 wurde er durch die Herausgabe eines monatlichen Mitteilungsblattes für die Ortsgruppenvorsitzenden wieder aktiv¹⁹⁵; im November 1915 warnte er in die-

ser Gazette davor, sich »durch die schönen Sätze der deutschen Gewerkschaftsführer ... verführen« zu lassen und auf eine »Mausering« der Sozialdemokratie zu hoffen¹⁹⁶.

Reaktivierung der gelben Organisationen

Neue Aktivität entfalteten im Frühjahr 1915 ebenfalls die Werkvereine. Ihre Möglichkeiten waren allerdings wie diejenigen der Gewerkschaften durch Einberufungen erheblich beeinträchtigt. Anfang 1915 hatten die dem Hauptausschuß angeschlossenen Vereine rund ein Drittel ihrer Mitglieder verloren¹⁹⁷. Die Tätigkeit des Hauptausschusses selbst wurde dadurch erschwert, daß der Förderungsausschuß, auf dessen Zuwendungen er »vollständig angewiesen« war¹⁹⁸, unmittelbar nach Kriegsausbruch seine Tätigkeit eingestellt hatte¹⁹⁹. Der Hauptausschuß sah sich daher »vor das Nichts gestellt«²⁰⁰, und sein Ende rückte »mehr als einmal in bedenkliche Nähe«²⁰¹. Nur die Hilfe »bewährter Freunde«²⁰² hielt ihn über Wasser. Im Mai 1915 kam er deshalb zu dem Schluß, daß die wirtschaftsfriedliche Bewegung »in ein direktes Verhältnis ... zu den Arbeitgebern« und »zu allen Organen unseres öffentlichen Lebens« gebracht werden müsse²⁰³. Zu diesem Zweck schlug er die Gründung einer förmlichen Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Werkvereinen vor. Sie sollte deren weitere Förderung sicherstellen, in wichtigen Fragen eine gemeinsame Linie erarbeiten und den »zentralistischen, politisch festgelegten und gewerkschaftlich fest ausgebauten Kampforganisationen einen wirklichen Damm« entgegensetzen²⁰⁴. Im Juli 1915 erläuterte Jensen diesen Gedanken den Direktoren verschiedener Werke der Großindustrie²⁰⁵, wobei er besonders hervorhob, »daß ein Zurückdrängen der nationalen wirtschaftsfriedlichen Arbeiterschaft gegenüber den Gewerkschaften ... hintangehalten werden müsse und daß für die Zeit nach dem Kriege dem bereits jetzt vorgebeugt werden solle«²⁰⁶.

Nur der Augsburger MAN-Direktor Guggenheimer warnte vor einem solchen öffentlichen Engagement der Industrie für die Werkvereine²⁰⁷; ihm schien es »durchaus inopportun«, die Frage des Verhältnisses der Gelben zu den Gewerkschaften und zur Regierung ohne Not aufzurollen²⁰⁸ und einen großen Teil der Arbeiterschaft von industrieller Seite als »antinational« zu bezeichnen zu einer Zeit, »in der er für sein nationales Verhalten die besten Beweise erbrachte«²⁰⁹. Bei seinen übrigen Gesprächspartnern hingegen fand Jensen »außerordentliches Entgegenkommen«²¹⁰. Der Vorstand der VDA beschloß am 20. Juli 1915 einstimmig, die wirtschaftsfriedlichen Organisationen zu unterstützen und förmlich mit ihnen zusammen-

zuarbeiten²¹¹. Garvens hielt es schon für einen »Erfolg«, wenn hierdurch »auch nur eine geringe Anzahl von Arbeitern davon abgehalten würde, sich der Sozialdemokratie anzuschließen«. Nach Meinung des einflußreichen Kölner Großindustriellen Julius Vorster²¹² war es »für das Arbeitgebertum ... geradezu eine Lebensfrage, die wirtschaftsfriedlichen Verbände ... zu unterstützen, nachdem die Gewerkschaften seit Ausbruch des Kriegs zahlreiche Mitglieder verloren hätten und mit Sicherheit anzunehmen sei, daß sie nach Beendigung des Krieges versuchen würden, das verlorene Terrain zurückzuerobern«.

Mitte September 1915 kamen daraufhin führende Industrielle und Verbandsfunktionäre mit dem Vorstand des Hauptausschusses in Berlin zusammen. Unter ihnen befanden sich die beiden VDA-Vorsitzenden Garvens und Sorge, der Krupp-Direktor Vielhaber und der Essener Sozialsekretär Sartorius für die Ruhrindustrie, der Waldenburger Generaldirektor Keindorff als Generalbevollmächtigter der Fürstlich Pleßschen Gruben, der BdL-Vorsitzende von Wangenheim und das RgS-Präsidiumsmitglied Graf Dohna als Repräsentanten des Großgrundbesitzes, Graf Hoensbroech, der als Mitglied des Herrenhauses eine führende Rolle im großagrarisch-industriellen Flügel der Zentrumsparterie spielte, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Deutschen Vereinigung, ferner mit deren Geschäftsführer Dr. Engel, sowie General von Loebell als Vorsitzender des früheren Förderungsausschusses²¹³. Vor ihnen begründete Jensen die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit damit, daß die wirtschaftsfriedliche Bewegung »sich bisher als energischer Rückhalt gegenüber der Sozialdemokratie und Streikgewerkschaften bewährt« habe, ihr nun aber »Gefahren ... aus der beabsichtigten Änderung unserer innenpolitischen Verhältnisse erwachsen, wenn ... gewisse, von demokratischer und gewerkschaftlicher Seite ausgehende Bestrebungen Erfolg haben sollten«. Besonders beunruhigte ihn, daß das frühere Wohlwollen der Regierung gegenüber seiner Organisation seit Kriegsausbruch einer Zurücksetzung hinter die Gewerkschaften gewichen war. Anfang 1915 etwa hatte der preußische Innenminister lediglich die Gewerkschaften zu Vorbesprechungen über die Abhaltung von Kursen zur Volksernährung eingeladen; Beschwerden des Hauptausschusses über die Nichtberücksichtigung der Wirtschaftsfriedlichen hatte der Minister zurückgewiesen und nur zugesagt, sie an etwaigen Verhandlungen mit den Berufsverbänden »ihrer Bedeutung entsprechend« zu beteiligen²¹⁴, und die war viel geringer als die der Gewerkschaften. Deshalb bangte Jensen um das künftige Durchsetzungsvermögen der Gelben, um so mehr, als ihnen sowohl geschulte Kräfte als auch finanzielle Mittel für eine »planmäßige, umfassende Propaganda« fehlten und darüber hinaus »der Rückhalt in bürgerlichen Kreisen, nicht zuletzt in den bürgerlichen Parteien«.

Bei seinen Gesprächspartnern fand er offene Ohren für seine Sorgen. Hoensbroech warnte vor dem »Vernichtungsfeldzug«, der den Wirtschaftsfriedlichen nach Kriegsende »seitens der vereinigten Streikgewerkschaften . . . in Aussicht stehe«, und hielt es für »dringend erforderlich, daß alle diejenigen Gruppen, die die Gefahr erkennen, sich zur Abwehr in einer positiv nationalen Organisation zusammenfinden«. Keindorff sprach sich dafür aus, »unsere schöne wirtschaftsfriedliche Bewegung weiterzuentwickeln«, da die nach Kriegsende zur Deckung der Kriegskosten unvermeidliche Erhöhung der Steuern wahrscheinlich »die Agitation der radikalen Elemente fördern werde«. Er empfahl, vor allem für eine Vertretung der Wirtschaftsfriedlichen in den Parlamenten zu sorgen, um ihre Position gegenüber der Regierung zu verbessern. Wangenheim erklärte die Bereitschaft des BdL und der preußischen Landwirtschaftskammern zur Förderung der Gelben und erbot sich, die Wanderredner des BdL für die wirtschaftsfriedliche Propaganda zur Verfügung zu stellen.

Nur Sorge riet zur Vorsicht hinsichtlich »der Form des Vorgehens«; es sei »nicht klug, Widerstände zu erwecken, die man vermeiden könne«. Grundsätzlich jedoch bestand auch für ihn »kein Zweifel« daran, »daß die Bewegung weitgehend unterstützt werden müsse« und daß dies »der geeignete Zeitpunkt für die zu treffenden Vereinbarungen sei.« Seinen Bedenken gegenüber einem zu starken politischen Hervortreten der Wirtschaftsfriedlichen trug der Geschäftsführer des Hauptausschusses, Rupp, mit der Erklärung Rechnung, der Hauptausschuß werde »bis auf weiteres . . . nur für sein wirtschaftliches Programm wirken . . . Bei der gegenwärtigen Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Staat sei es nicht angängig, die Sozialdemokratie aus *nationalen* Erwägungen heraus anzugreifen. Dies könne erst wieder geschehen, wenn auf innerpolitischem Gebiete der große Kladderadatsch eingetreten sei, der nach aller Erfahrung doch einmal zu erwarten sei. Inzwischen müsse man sich mit erhöhter Schärfe der Bekämpfung der Sozialdemokratie auf *gewerkschaftlichem* Boden widmen und mit aller Energie die Gleichberechtigung der wirtschaftsfriedlichen und der nichtorganisierten Arbeiter gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern verlangen.«

Die Besprechung endete mit der Übereinkunft, unverzüglich mit der förmlichen Zusammenarbeit von Unternehmern und Wirtschaftsfriedlichen zu beginnen. Drei Wochen später wurde in einem größeren Kreis von Industriellen, Angehörigen des Hauptausschusses und Vertretern anderer interessierter Kreise der Anfang gemacht. Erneut erklärten die Industrievertreter ihre Bereitschaft, »der wirtschaftsfriedlichen Lehre und Bewegung jegliche Förderung angedeihen zu lassen«, und beauftragten den Hauptausschuß, einen »Konferenzausschuß« zusammenzubringen, der

»dauernde Fühlungnahme und Gedankenaustausch« zwischen Wirtschaftsfriedlichen, interessierten Wirtschaftskreisen und politischen Organisationen sicherstellen und nach Möglichkeit weitere Förderer der wirtschaftsfriedlichen Sache gewinnen sollte²¹⁵.

Bereits einen Monat später gehörten diesem Konferenzausschuß außer drei Mitgliedern des Hauptausschusses der VDA-Vorsitzende Garvens an, als Vertreter der Montanindustrie Keindorff und Reusch, ferner der Direktor des Mülheimer Bergwerkvereins, Stens, und der Direktor der Burbacher Hütte, Weisdorff, sowie Direktor Ludwig von der Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft, als Vertreter der Großgrundbesitzer die BdL-Funktionäre Gerber und Böttger, ferner Ehlers vom Zentralverein Deutscher Rheder, Hoensbroech für die Deutsche Vereinigung sowie General von Loebell und der Magdeburger Polizeipräsident als »Freunde der Bewegung«²¹⁶.

Bei seiner ersten Sitzung am 10. Dezember 1915 bot der Konferenzausschuß freilich noch keineswegs ein Bild entschlossener Zusammenarbeit von Wirtschaftsfriedlichen, Unternehmern und nationalen Verbänden. Sowohl über die finanziellen Zuschüsse wie über das Verhältnis zur DV und zum RgS gab es erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Sie standen jedoch einer grundsätzlichen Einigung über eine praktische Zusammenarbeit nicht im Wege. Die Versammlung endete mit der Zusage der VDA, zur Finanzierung des Hauptausschusses sofort eine Abschlagzahlung von 10000 Mark zu leisten und nach Prüfung der Vorjahresetats der wirtschaftsfriedlichen Verbände endgültig über seine Zuschüsse zu befinden²¹⁷. Eine zu diesem Zweck eingesetzte Kommission kam im Frühjahr 1916 zu dem Ergebnis, daß für den Hauptausschuß ein Zuschuß von 100000 Mark »ausreichend, aber auch notwendig« sei. Die VDA erklärte sich bereit, die Sammlung dieser Gelder bei »Arbeitgeberverbänden, Vereinen und Freunden« zu übernehmen²¹⁸. Die Propaganda für die wirtschaftsfriedliche Bewegung übernahm fortan die DV, die hierfür von Schwerindustrie und Großchemie sowie dem BdL finanziell unterstützt wurde²¹⁹. Insbesondere befaßte sie sich mit der Abhaltung von Kursen für die agitatorische Ausbildung geeigneter Mitglieder der gelben Vereine und mit der Herausgabe »volkstümlich-wissenschaftlicher Schriften« zur Verbreitung der wirtschaftsfriedlichen Ideen²²⁰.

1916 wurden auch die Beziehungen zwischen Hauptausschuß und Alldeutschem Verband intensiviert, indem der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, der im BdL, in der Konservativen Partei und im AV eine hervorragende Rolle spielte, in den Konferenzausschuß kooptiert wurde; Jensen gehörte dem Vorstand der Hamburger Ortsgruppe des AV an²²¹. Eine Zusammenarbeit mit dem RgS allerdings lehnte der

Hauptausschuß ab: Der RgS sei in der Arbeiterschaft so »diskreditiert«, daß die wirtschaftsfriedliche Bewegung »durch ein Zusammenarbeiten mit ihm sich die Agitation erschweren würde«²²².

In den Sommer 1916 fielen darüber hinaus Überlegungen zur weiteren politischen Verankerung der Gelben. Während Jensen an einen »großen Zusammenschluß aller politischen nationalen Organisationen« dachte²²³, erkannte Hoensbroech der Gewinnung von parlamentarischen Vertretern in denjenigen Parteien, die der »demokratischen Gefahr« entgegenwirkten, die »allergrößte Bedeutung« zu²²⁴. Eine offizielle Fühlungnahme mit den nationalen Verbänden erschien dem Konferenzausschuß im Juni 1916 zwar noch verfrüht; immerhin aber wurde Jensen aufgefordert, dem AV »in vorsichtiger Weise« mitzuteilen, daß die »Zusammenarbeit des HA [Hauptausschusses] mit den politischen Organisationen . . . auf breiterer Grundlage erfolgen solle«, und ihn zu bitten, »auf die Bedeutung des HA in der Erziehung der nationalen Arbeiterschaft in nationalem Sinne hinzuweisen«. Außerdem beschloß der Konferenzausschuß »zu prüfen, ob und in welchen Reichstagswahlkreisen mit Erfolg auf die Aufstellung eines Kandidaten aus unseren Kreisen hingearbeitet werden könne«²²⁵.

Zur gleichen Zeit intensivierten die Arbeitgeber ihre Werbung für die Wirtschaftsfriedlichen. Der Chef der Gutehoffnungshütte, Reusch, teilte schon Anfang 1916 allen Betriebsleitern seines Unternehmens mit, es läge »durchaus im Interesse unserer Verwaltung, daß die wirtschaftsfriedlichen Bestrebungen gefördert« würden. Er ersuchte sie, »der Werkvereinsbewegung in Zukunft volle Aufmerksamkeit zu schenken und auf die Beamten und Meister entsprechend einzuwirken«, außerdem den Vereinsvorständen allmonatlich Gelegenheit zu geben, sich mit einem der leitenden Angestellten auszusprechen²²⁶. Der GHH-Vorstand beschloß, die Vorsitzenden der Werkvereins-Abteilungen fortan vierteljährlich zu Besprechungen einzuladen²²⁷. Im November 1916 verschickte die VDA ein Rundschreiben des Konferenzausschusses, in dem die Unternehmer zur finanziellen Unterstützung der Gelben aufgefordert wurden²²⁸. Parallel dazu begannen die Industriellen, die wirtschaftsfriedlichen Vereine auch auf regionaler und lokaler Ebene durch die Anstellung von Sozialsekretären und die Einrichtung bezirklicher und örtlicher Konferenzausschüsse sowie innerhalb der Betriebe verstärkt zu fördern²²⁹.

Kriegswirtschaft und Kriegssozialismus

Die in allen diesen Schritten zum Ausdruck kommende Behauptung des grundsätzlichen Standpunkts der Schwerindustrie gegenüber den Gewerkschaften gewinnt ihren Stellenwert erst vor dem Hintergrund des außerordentlichen Machtzuwachses, welchen der Krieg den Großunternehmen, vor allem in der Montanindustrie, im Maschinenbau und in der Chemie, mit dem Aufbau der Kriegswirtschaft bescherte. Spätestens seit der Marneschlacht, während der an einem einzigen Tag mehr Munition verschossen worden sein soll als während des gesamten Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71²³⁰, war die Notwendigkeit einer Anpassung der Wirtschaft an die Bedürfnisse der Kriegführung offenkundig. Dies betraf vor allem die Bereitstellung und Verteilung der für die Rüstung erforderlichen Roh- und Hilfsstoffe. Anders als auf dem Weg tiefgreifender Staatsinterventionen war dies nicht zu erreichen. Bereits im August 1914 wurde auf Betreiben Rathenaus deshalb die Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium eingerichtet, und in den nächsten Monaten kam es zur Gründung kriegswirtschaftlicher Zentralstellen für nahezu alle wichtigen industriellen Rohstoffe sowie für die Hauptnahrungsmittel.

Hiermit zog der Staat die Konsequenz daraus, daß seine Funktion als Monopolabnehmer der Rüstungsgüter, die Verknappung auf dem Ernährungssektor sowie die weitgehende Abschließung des deutschen Wirtschaftsgebiets vom Außenhandel die Grundgesetze der Marktwirtschaft so weit außer Kraft gesetzt hatten, daß ein einigermaßen reibungsloses Weiterlaufen der Industrie nur durch zentrale Lenkungs- und Planungsmaßnahmen gewährleistet werden konnte. Diese Eingriffe veränderten die Struktur der Volkswirtschaft in einem Maß, daß ein bürgerlicher Beobachter bereits im November 1914 meinte: »Wir sind doch schon im Kommunismus halb drin«²³¹, und ein Regierungsvertreter anlässlich einer Verhandlung über die Ernährungspolitik den Gewerkschaften wenig später entgegenhielt: »Den halben sozialistischen Staat haben wir ja schon – den ganzen werden Sie doch wohl nicht verlangen!«²³²

Indessen konnte nur eine oberflächliche Betrachtung diesen Eindruck erwecken. In Wirklichkeit führte die Organisation der Kriegswirtschaft zu einer Verfälschung von Großindustrie und Staatsapparat in einem nie gekannten Ausmaß, und das zum ökonomischen Nutz und Frommen der Großindustrie²³³. Sie trat in verschiedenen Formen auf, deren jede aber, »soweit es ging, die Formen der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise benutzte oder weiterbildete«²³⁴. Die wichtigste war die Personalunion von Spitzenpositionen der Privatwirtschaft und Schlüsselstellungen in den staatlichen

Wirtschaftsbehörden, den Rohstoffbewirtschaftungsstellen, zahlreichen Bewilligungs-, Beirats- und Gutachtergremien und den Zivilverwaltungen in den besetzten Gebieten²³⁵.

Eine andere Möglichkeit lag in der institutionellen Verschmelzung von Großindustrie und Staatsapparat in Gestalt der Kriegsausschüsse und Kriegsgesellschaften, die in den noch nicht monopolisierten Industriezweigen gegründet wurden²³⁶. Meist kamen sie Zwangssyndikaten unter Leitung der jeweils stärksten Unternehmen gleich. In der Regel beherrschten sie die jeweiligen Branchenführer, während der dem Aufsichtsrat beigegebene Staatskommissar trotz seines Vetorechts nur eine Statistenrolle spielte. Außer im Einfluß auf die Preisgestaltung bestand ihre wichtigste Funktion in der Verteilung der Rohstoffe. Da die mächtigsten Interessenten selbst diese Entscheidung trafen, war ihre eigene ausreichende Belieferung, die Voraussetzung einer kontinuierlichen Kapazitätsausnutzung, auch bei Rohstoffknappheit sichergestellt, das Sprudeln der Quelle der Kriegsgewinne damit gewährleistet. Gleichzeitig konnten sie über Kontingentierungen oder völlige Sperre der Rohstoffzufuhr, durch Produktionsauflagen, Finanzkontrollen, Benachteiligungen im Transportwesen, Abzug der Arbeitskräfte und andere Maßnahmen konkurrierende mittlere und kleinere Betriebe in völlige Abhängigkeit zwingen, ja sogar mühelos ruinieren, und auf diese Weise die Branchenkonzentration zu ihren Gunsten vorantreiben. In anderen nicht monopolisierten Industriezweigen, vor allem der Fertigungindustrie, übernahmen die Unternehmerverbände die Bewirtschaftung, die hier vor allem Ein- und Ausfuhrbewilligungen betraf. Auch hier begünstigte die Beauftragung bestehender Organisationen die in ihnen jeweils maßgebenden Unternehmen. In monopolisierten Industriezweigen wurden die bestehenden Monopole zur Rohstoffbewirtschaftung autorisiert, so der Stahlwerksverband und der Roheisenverband²³⁷. Wo die Monopolisierung weit fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen war, wurde sie jetzt mitunter vorangetrieben. So verlängerten die Zechenherren an der Ruhr unter ultimativem Druck der Regierung im September 1915 das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, erst bis 1917, später bis 1922. Es umfaßte seitdem sämtliche Kohlengruben des Ruhrgebiets bis auf zwei unbedeutende Ausnahmen und erreichte damit eine zuvor nicht gekannte Machtfülle²³⁸. Mit ähnlicher staatlicher Nachhilfe wurde 1916 die Kartellierung der Zement- und Kaliindustrie beschleunigt²³⁹. Eine weitere Form der Verschmelzung von Staatsapparat und Privatindustrie bestand in der Kapitalverflechtung, entweder durch staatliche Beteiligung an Privatfirmen oder durch Finanzhilfe des Staates bei der Erweiterung oder dem Neubau kriegswichtiger Produktionsanlagen. Dieser Fall trat insbesondere ein in der chemischen Industrie, der Elektrizitätsversorgung und bei der Her-

stellung von Aluminium, das während des Krieges zu einem der wichtigsten Ersatzstoffe, in erster Linie für Kupfer, wurde²⁴⁰.

Trotz der beträchtlichen Einschränkungen der Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit vieler Unternehmen griff die Organisation der Kriegswirtschaft nicht in die wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse ein. Sie beschränkte sich im wesentlichen auf den Distributionsbereich, machte aber »vor dem Privateigentum an Produktionsmitteln . . . respektvoll Halt«, wie Kautsky konstatierte; sie hatte also mit Sozialismus im marxistischen Sinn »nichts zu tun«²⁴¹. Geboren aus »einer militärischen Zwangslage und einer politischen Notwendigkeit«²⁴², stellte die Kriegswirtschaftsorganisation also nur eine neue Form des alten Bündnisses zwischen Staat und Industrie dar.

Allerdings veränderte sie die Struktur des industriellen Verbandswesens. Mit dem Zuwachs an Funktionen und Kompetenzen gewannen die industriellen Verbände während des Krieges an Gewicht und lösten einen kräftigen Impuls zur stärkeren Organisation der Industrie aus, während die Gewerkschaften an numerischer, finanzieller und organisatorischer Stärke abnahmen²⁴³. So kam es in Gewerbezeigen, deren Organisation bisher nur rudimentär entwickelt war, zu zahlreichen Neugründungen und zur schnellen Erstarkung von Unternehmerverbänden²⁴⁴. Allein in der chemischen Industrie nahm ihre Zahl von 1914 bis 1915 um mehr als die Hälfte zu²⁴⁵. Bisher konkurrierende oder benachbarte Verbände kooperierten miteinander oder schlossen sich zusammen²⁴⁶.

Auch die industriellen Spitzenverbände näherten sich einander an. Bereits am 8. August 1914 verbündeten sich CDI und BdI im Kriegsausschuß der deutschen Industrie, in den auch das Reichsamt des Innern und der preußische Handelsminister je einen Kommissar entsandten. Er stellte sich die Aufgabe, »die gesamten geistigen und materiellen Mittel, welche die Industrie in sich vereinigt, unter einheitlicher Leitung der bewährtesten Führer der deutschen Arbeit in Fühlung mit der Reichsverwaltung und der deutschen Finanzkraft« zusammenzufassen²⁴⁷. Obwohl sich in seine Leitung die Vorsitzenden der beiden wichtigsten Unternehmerverbände teilten, dominierte die Schwerindustrie²⁴⁸. Daher bestand in den Kreisen der Fertigungslängere Zeit keine Neigung, den Kriegsausschuß zu stärken und zur bleibenden Gesamtvertretung der deutschen Industrie auszubauen²⁴⁹, wie überhaupt zwischen Grundstoff- und Fertigungslängere erhebliche Meinungsverschiedenheiten über Möglichkeiten und Formen einer noch weitergehenden Zentralisierung der Wirtschaftslenkung und über eine Beibehaltung bestimmter Formen der staatlichen Wirtschaftsorganisation nach Kriegsende bestanden²⁵⁰. Immerhin wirkte der Kriegsausschuß bis zur Gründung des Kriegsamts Ende 1916²⁵¹ als industrielle Clearingstelle

und übte einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung aus.

Daß die Kriegsjahre besonders der Großindustrie ökonomische Vorteile in einem vorher kaum gekannten Ausmaß brachten, ist darüber hinaus auf die staatliche Preispolitik und auf das System der Kriegsfinanzierung zurückzuführen. Der Staat verzichtete weitgehend darauf, seine Funktion als Monopolabnehmer der Rüstungsprodukte für eine Preiskontrolle auszunutzen. Abgesehen davon, daß die Sachbearbeiter in den zahllosen militärischen Beschaffungsstellen oft nicht die erforderlichen Kenntnisse besaßen, sich nicht selten dubioser Agenten bedienten und deshalb ungünstige Geschäfte abschlossen, außerdem wenigstens anfänglich neben- und gegeneinander arbeiteten und mit ihrer Konkurrenz die Preise weiter nach oben trieben, herrschte bei den zuständigen Regierungsstellen die Anschauung vor, man müsse der Industrie durch hohe Preise Anreize bieten, die Produktionserfordernisse zu erfüllen; dafür wollte man sich später an den besiegten Gegnern schadlos halten²³².

Die Industriellen machten sich diese Einstellung zunutze und jagten mit ihren Preisforderungen maximalen Gewinnen nach. Erst als dies zum offenen Skandal wurde und in der Öffentlichkeit immer lauter der Ruf nach einer Einziehung der Kriegsgewinne ertönte, bequemte sich die Regierung 1916 zu einem Kriegssteuergesetz; es hatte jedoch so weite Maschen, daß es nur 5,44 Milliarden Mark Kriegsgewinne erfaßte, die einen Anteil von lediglich 3,3 % aller Kriegskosten ausmachten²³³. Auch preispolitisch war es nahezu wirkungslos, weil die Produzenten die daraus entstehende Mehrbelastung in Gestalt von Preiserhöhungen wieder auf den Monopolabnehmer Staat abwälzten, der sie in Form von Steuererhöhungen und neuen Kriegsanleihen an die Massen weitergab²³⁴.

Überhaupt trug die Kriegsfinanzierung in großem Stil zur Vermögensumverteilung zugunsten der Großindustrie bei. Während der Anteil der Militärausgaben am Volkseinkommen zwischen 1913 und 1917 von 4 % auf 61 % stieg²³⁵ und die Reichsausgaben zwischen 1913 und 1918 von 4,3 auf 75,9 Mrd. Mark kletterten, sank der Teil der Ausgaben, der durch Steuern, Zölle und andere Einnahmen gedeckt war, zwischen 1913 und 1918 von knapp 100 % auf etwa 16 %²³⁶. Über die Hälfte der Kriegskosten – rund 90 Mrd. Mark – wurde aus Kriegsanleihen bestritten, aus Schulden also, die das Reich bei der Bevölkerung aufnahm in der Hoffnung, sie später aus Kriegskontributionen der Gegner zurückzahlen zu können. Da aber auch die Anleihen den Geldbedarf des Reiches nicht zu befriedigen vermochten, half sich die Regierung mit der Ausgabe ungedeckter Zahlungsmittel in Form von Banknoten und Darlehenskassenscheinen. Während des Krieges erhöhte sich die Summe des zirkulierenden Geldes von 6,6 auf 33,1 Milliar-

den Mark²⁵⁷. Preiserhöhungen und Geldwertschwund waren die Folgen. Sie trafen die Bezieher fester Einkommen, Renten usw. und die Inhaber von Sparguthaben am härtesten, erschütterten die finanzielle Basis des in der Kriegswirtschaft ohnehin benachteiligten gewerblichen Mittelstandes und trugen dazu bei, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Angestellten weit unter den Vorkriegsstand zu drücken²⁵⁸.

Die Rüstungsproduzenten hingegen waren als Besitzer von Sachwerten nicht nur weitgehend unempfindlich gegen den Geldwertschwund, sondern darüber hinaus in der Lage, ihre Werke finanziell zu sanieren und neue Sachwerte zu erwerben; denn die Organisation der Kriegswirtschaft in Verbindung mit der staatlichen Preispolitik und Kriegsfinanzierung bescherte ihnen riesige Gewinne. Die 16 wichtigsten deutschen Stahl- und gemischten Montanwerke verbuchten in den ersten drei Kriegsjahren einen Reingewinn von insgesamt über 285 Mill. Mark. Gegenüber dem Hochkonjunkturjahr 1912/13 bedeutete das in Einzelfällen Steigerungsraten um mehr als das Achtfache²⁵⁹. Die wirklichen Gewinnsteigerungen lagen sogar noch höher. Um ihr wahres Ausmaß zu verbergen und um Steuerforderungen des Fiskus wie Lohnansprüchen der Arbeiter zu entgehen, hielten die Firmenleitungen in den Bilanzen die Reingewinne und Dividenden künstlich niedrig. Sie versteckten die Gewinne in erhöhten Rückstellungen und aufgeblähten Abschreibungen oder in Erhöhungen des Aktienkapitals, wobei den alten Aktionären oft verbilligte oder gar kostenlose neue Aktien angeboten wurden²⁶⁰.

Wenn sie auch diese – wegen der Verwässerung des Aktienkapitals freilich auch unter unternehmerischen Gesichtspunkten bedenkliche – Karte ausgespielt hatten und schließlich alle Vermögenswerte nur noch mit einer Mark zu Buche standen oder wenn sich keine weiteren Möglichkeiten zur inneren Konsolidierung der Unternehmen mehr boten und infolge fehlender Investitionsgüter und Arbeitskräfte Modernisierungen und Erweiterungen der Anlagen ausgeschlossen waren, dann gingen die Direktionen mehr und mehr dazu über, ihre Unternehmen durch die Angliederung kleiner und mittlerer Betriebe zu arrondieren oder zu erweitern. Deren Bereitschaft vermochten die Branchenstärksten aufgrund ihres Einflusses in den Kriegswirtschaftsorganisationen im Konfliktfalle durch mancherlei Pressionsmanöver nachzuhelfen. Bereits Ende 1915 hatte sich von den 130 deutschen Stahlwerken mehr als die Hälfte neue Tochterbetriebe zugelegt²⁶¹.

Gleichzeitig machten sich viele Großunternehmen daran, die in den Kriegsgesellschaften herbeigeführte Kapital- und Produktionskonzentration in juristische Formen zu fassen. Bis zum Frühjahr 1918 entstanden schätzungsweise nicht weniger als 100 neue Konzerne²⁶². Der weitestrei-

chende Konzentrationsvorgang erfaßte die chemische Industrie, als sich auf Betreiben Duisbergs die acht führenden chemischen Werke Deutschlands im August 1916 zur Interessengemeinschaft der deutschen Teerfarbenfabriken, der »kleinen IG«, zusammenschlossen²⁶⁵. Zwar wurden derartige Konzentrationsprozesse in erster Linie mit dem Ziel der »weitestgehenden Verminderung der Kosten für Produktion, Verwaltung und Verkauf unter Beseitigung eines ruinösen Konkurrenzkampfes behufs Erzielung eines möglichst hohen Gewinnes« und einer »im Interesse der heimischen Verhältnisse liegenden Beherrschung des Weltmarktes auf dem betreffenden Gebiet« konzipiert. Dennoch sollten sie auch dazu dienen, den ökonomischen Machtvorsprung der beteiligten Unternehmen vor der Arbeiterschaft zu erhalten, auszubauen und gegen Angriffe von dieser Seite zu sichern. Duisberg sprach dies offen aus, als er den noch weitergehenden Gedanken einer Interessengemeinschaft aller großen deutschen Chemieunternehmen auch damit begründete, »daß die Arbeitnehmerorganisationen daran scheitern und die Arbeiter ... nicht wagen werden, leichtfertig Streiks vom Zaune zu brechen«. Nach der Bildung einer solchen Gemeinschaft könne, »wenn dennoch eine Arbeitsniederlegung stattfindet, eine Fabrik der anderen mit Waren aushelfen und das Gesamtunternehmen die trotz großem Geschick in Szene gesetzten meist langandauernden Streiks siegreich und ohne allzu großen Schaden überstehen«²⁶⁴.

Trotz dieser kapitalistischen Implikationen wurde die Kriegswirtschaft von manchen SPD- und Gewerkschaftsführern als »sozialistische Errungenschaft« begrüßt. »Die Regierung hat in 24 Stunden gründlich umgelernt«, frohlockte etwa Hugo Heinemann²⁶⁵; er konstatierte »einen grundlegenden Bruch mit den bis vor dem Kriege herrschenden Anschauungen«²⁶⁶, habe die Reichsleitung doch »die Syndikate und Inhaber der großen Monopole zur freiwilligen Unterwerfung unter die an sie im Interesse der nationalen Volkswirtschaft gestellten Anforderungen bewegt«²⁶⁷. Haenisch zufolge waren es »sozialistische Gesellschaftsprinzipien ... , die allein das Vaterland vor dem Schlimmsten bewahrten«. Ebert erblickte in den Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung »einen starken sozialistischen Einschlag« und den Beweis dafür, »daß der Sozialismus die einzig vernünftige Wirtschaftsordnung ist«²⁶⁸. Franz Laufkötter, Funktionär der sozialdemokratischen Konsumgenossenschaften, glaubte beobachtet zu haben, daß selbst »die einstmals so begeisterten Vorkämpfer der freien Konkurrenz und der Selbstsucht« zu der Erkenntnis gelangt seien, »daß ein Zusammenfassen aller Volkskräfte und ein Ausschalten aller Sonderinteressen ein dringendes Erfordernis unserer Zeit ist und daß es wünschenswert erscheint, möglichst viel von diesem sog. Kriegssozialismus in die Friedenszeit hinüberzuretten. Die öffentliche Meinung ist heutzutage ausgespro-

chenermaßen sozialistisch im richtigen Wortsinne. «²⁶⁹ Sein Freund Winnig schrieb gar: »Die vom Sozialismus geforderte Organisation des Wirtschaftslebens hat in des Landes schwerster Zeit ihre ökonomische Überlegenheit gegenüber der Anarchie der freien Wirtschaft bewiesen. Der Grundgedanke des von uns vertretenen Wirtschaftssystems hat sich bewährt.«²⁷⁰ Seiner Ansicht nach befand sich nunmehr selbst »die Verstaatlichung großer Produktionszweige« zur Deckung des Finanzbedarfs des Reiches »keineswegs mehr in der Sphäre des Unfaßbaren und Unmöglichen«²⁷¹. Die Metallarbeiter-Zeitung schließlich sah nur noch »Sozialismus, wohin wir blicken«²⁷².

Kritisiert wurden diese Elogen, die mancher bürgerliche Nationalökonom verwundert und kopfschüttelnd zur Kenntnis nahm²⁷³, innerhalb der Sozialdemokratie nur von den wenig einflußreichen Linken, insbesondere von Julian Marchlewski. In einer im Sommer 1915 von der Schweiz aus verbreiteten Flugschrift wies er darauf hin, »daß die Erscheinungen, die man uns als ›Kriegssozialismus‹ anpreist, nichts, aber auch gar nichts mit dem sozialistischen Ideal zu tun« hätten²⁷⁴. Er charakterisierte die Kriegswirtschaft als »Orgie schamloser Profitwut« und kam zu dem Schluß, »es wäre ... wohl angebrachter, von ›Kriegskapitalismus‹ zu sprechen als vom ›Kriegssozialismus‹«²⁷⁵.

In der Tat stellten sich die Autoren jener Deutungen des »Kriegssozialismus« über ihr volkswirtschaftliches Wahrnehmungs- und Urteilsvermögen im allgemeinen und ihr Verständnis vom Sozialismus im besonderen ein trauriges Zeugnis aus und bezeugten eine »völlige Instinktlosigkeit der Wirklichkeit gegenüber«, wie ein bürgerlicher Beobachter – der Soziologe Eugen Lederer – 1915 angesichts dieser und ähnlicher Erscheinungen notierte²⁷⁶. Erst als mit ihren Auswirkungen die tatsächlichen Mechanismen der Kriegswirtschaft immer deutlicher zum Vorschein kamen und ihre allenthalben aufbrechenden Unzulänglichkeiten und Widersprüche sie gründlich in Verruf brachten, verstummten die Lobeshymnen. Jetzt schwächten ihre Urheber die anfänglich so positiven Urteile ab oder hüllten sich ängstlich in Schweigen²⁷⁷. Mit diesem Umschlag aber ging ein neues Versagen einher: Wo die sozialdemokratische Arbeiterbewegung eine Fülle von Studien über Varianten kapitalistischer Grundmuster hätte treiben und sie auf die Möglichkeit einer Verwendung für Übergänge zum Sozialismus hätte prüfen können, ließ sie sich nach den Beobachtungen Cassaus schließlich nur noch »von der Furcht vor der Diskreditierung des Sozialismus durch das Wort ›Kriegssozialismus‹« leiten, »sah nichts und nahm keinerlei neue Gedanken auf«²⁷⁸.

4. Kapitel: Die Sozialpolitik 1914–1916

Die politische Interessenkonstellation, die schon in den ersten Kriegswochen deutlich wurde, bestimmte auch die Auseinandersetzungen um die sozialpolitische Gesetzgebung in den ersten beiden Kriegsjahren. Im Mittelpunkt standen dabei die Arbeitsvermittlung und die Einrichtung von Schlichtungsstellen zur Regelung von Lohn- und Arbeitskonflikten.

Der Kampf um den Arbeitsnachweis

Um den Verkauf der eigenen Arbeitskraft wenigstens partiell beeinflussen zu können und die Arbeitsvermittlung als Werbe- und Kampfmittel zur Stärkung ihrer Organisationen auszunutzen, hatten sich die Gewerkschaften nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes zunächst bemüht, durch Errichtung eigener Arbeitsnachweise die Arbeitsvermittlung unter ihre Kontrolle zu bringen¹. Nur in kleinen Gewerben mit relativ wenigen Berufsangehörigen und hohem Organisationsgrad aber hatten sie dieses Ziel wenigstens teilweise erreicht, so etwa bei den Buchdruckern, Glasern und Bäckern. In manchen klein- und mittelbetrieblichen Branchen, in denen die Verbände vor 1914 die tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mehr und mehr durchsetzen konnten, kam es immerhin zur Einführung paritätisch von Arbeiter- und Arbeitgebervertretern ver-

walteter Arbeitsnachweise. Im übrigen aber stießen diese Bemühungen bald auf den entschiedenen Widerstand der Unternehmer. Diese richteten nach der Jahrhundertwende mehr und mehr eigene Arbeitsnachweise ein, vor allem im Ruhrbergbau und in den Großbetrieben der Metall- und Wertindustrie². Die Arbeitgeber wollten die Personalpolitik in ihren Betrieben fest in der Hand behalten, bei der Auswahl der Arbeiter »das wirtschaftliche Moment der Brauchbarkeit« gegenüber sozialen Faktoren – etwa Familienstand, Alter und Bedürftigkeit – durchsetzen, ferner »unbrauchbare Elemente«³ von den Betrieben fernhalten, insbesondere solche, »die den Arbeitsfrieden stören«⁴ – in erster Linie also Gewerkschaftsangehörige –, und schließlich bei Streiks Arbeitswillige anwerben können⁵.

Daneben begannen auch die Kommunen, Einrichtungen zur Arbeitsvermittlung zu schaffen; an ihrer Verwaltung waren Arbeitgeber und Arbeiter meist paritätisch beteiligt. Der Einzugsbereich der kommunalen Arbeitsnachweise beschränkte sich allerdings im wesentlichen auf Ungelernte, auf Gelegenheitsarbeiter sowie auf Arbeiterinnen. Anfänglich bekämpften die Gewerkschaften die kommunalen Arbeitsnachweise, aber je klarer sie die Unmöglichkeit eines eigenen Vermittlungsmonopols erkennen mußten, je größer im Gegenteil der von den Arbeitgeber nachweisen kontrollierte Sektor des Arbeitsmarktes wurde, desto mehr stellten sie ihre Bedenken zurück und fanden sich zur Zusammenarbeit mit ihnen bereit⁶.

Dagegen blieb der Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern in der Arbeitsnachweisfrage bis zum Kriegsausbruch denkbar schroff. Um die Willkür vieler Unternehmer bei der Stellenbesetzung zu beenden und den Arbeitern selbst einen größeren Einfluß auf die Wahl des Arbeitsplatzes zu gewährleisten, forderte der Münchener Gewerkschaftskongreß vom Juni 1914 eine gesetzliche Regelung, durch die für alle Arbeitsnachweise die paritätische Verwaltung vorgeschrieben und sie zur Zusammenarbeit untereinander verpflichtet werden sollten⁷. Die Arbeitsnachweis-Kommission der VDA erklärte dazu ungerührt, »daß für die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens ... kein Bedürfnis vorhanden« sei, und lehnte die Schaffung einer Landes- und Reichsstelle für die Arbeitsnachweise ebenso ab wie jeden Zwang zur Zusammenarbeit mit den öffentlichen Nachweisen. Statt dessen empfahl sie den Arbeitgebern den Ausbau der eigenen Nachweise⁸.

Schließlich bestanden in manchen Berufszweigen auch noch private Stellenvermittlungen, vor allem in Branchen mit einem hohen Anteil ungelerner, weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte wie dem Gastwirts- und Restaurantgewerbe, der Landwirtschaft, der Seeschifffahrt, dem Handels- und Transportgewerbe sowie dem Gesindedienst⁹.

1914 präsentierte sich also die Arbeitsvermittlung »nach Art und Güte aufs stärkste zersplittert«¹⁰. Nach Kriegsausbruch aber zwangen zunächst die hohe Arbeitslosigkeit, später die Notwendigkeit zur Umsetzung der Arbeitskräfte nach den Bedürfnissen der Rüstungsproduktion und schließlich die Gefahr noch größerer Arbeitsmarktprobleme nach Kriegsende zu staatlichen Eingriffen in die Arbeitsvermittlung. Bereits am 5. August unternahm das Reichsamt des Innern den ersten Versuch, eine Zusammenarbeit der zahllosen Arbeitsnachweise herbeizuführen, und richtete unter Beteiligung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände in Berlin die Reichszentrale der Arbeitsnachweise ein¹¹.

Um diese Einrichtung, die zweimal wöchentlich einen Überblick über die Arbeitsmarktlage veröffentlichte, wurde anfänglich »ein großes Geschrei und viel Tamtam« gemacht¹², nach einigen Monaten jedoch mußte sie sich bescheiden lassen, »vollständig versagt« zu haben¹³. Das lag daran, daß in weiten Gegenden des Reiches noch immer jegliche Arbeitsnachweise fehlten, während in den Großstädten zwar ein Überfluß an Vermittlungsstellen bestand, ihre Zersplitterung und Rivalität aber nach wie vor eine Zusammenarbeit verhinderten¹⁴. Deshalb gelang es gerade dort nicht, Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften zu regulieren, wo dies am dringendsten nötig war. Die Reichszentrale vermochte nur den »elementarsten Bedürfnissen der ersten Kriegswochen einigermaßen gerecht« zu werden und die damals besonders benötigten Ernte- und Schanzarbeiter zu vermitteln¹⁵. Schon Anfang 1915 hörte man von ihr »überhaupt nichts mehr«¹⁶.

Im begrenzten Rahmen einzelner Branchen übten die Arbeitsgemeinschaften sowie die Arbeitgebernachweise, deren Tätigkeit der Kriegsausschuß der deutschen Industrie zu koordinieren versuchte, regulierende Funktion aus¹⁷. Insgesamt jedoch blieben die Arbeitsmarktverhältnisse weiterhin nahezu chaotisch. Die meisten Arbeiter kapitulierten denn auch vor der Unübersichtlichkeit des Vermittlungswesens – allein in der Reichshauptstadt bestanden nicht weniger als rund 300 Arbeitsnachweise nebeneinander¹⁸ – und machten sich auf eigene Faust auf die Suche nach einer Arbeitsstelle. Allenthalben setzte ein »regelloses Hin- und Herfluten von Arbeitern aller Berufe, eine wilde Jagd nach Stellen und Arbeitskräften ... zum Schaden des Gemeinwohls« ein¹⁹.

Diese Zustände nahmen die Gewerkschaften zum Anlaß, eine »energisches Reform ... schon während des Krieges« zu verlangen. Im Februar 1915 forderte die freigewerkschaftliche Vorstandskonferenz die Einrichtung öffentlicher Arbeitsnachweise mit paritätischer Verwaltung unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden auf lokaler, bezirklicher und Reichsebene. Diese Arbeitsnachweise sollten allen übrigen Vermittlungs-

stellen übergeordnet werden und diese allmählich ersetzen; nur noch Spezialnachweise für bestimmte Berufsgruppen sollten daneben bestehen bleiben, und zwar entweder tarifvertraglich vereinbarte oder ebenfalls öffentliche²⁰. Die gewerbliche Stellenvermittlung und erst recht die verhassten »Kontroll- und Maßregelungsbüros« der Arbeitgeber²¹ sollten abgeschafft werden. Daß dann konsequenterweise auch die Nachweise der Gewerkschaften verschwinden müßten, war die Vorständekonferenz bereit in Kauf zu nehmen; die Vereinheitlichung der Arbeitsvermittlung und die Ausdehnung des gewerkschaftlichen Einflusses auf das gesamte Arbeitsnachweisen schienen ihr wichtiger.

Um den übrigen Gewerkschaftsrichtungen die Unterstützung dieses Verlangens zu erleichtern, verzichteten die freien Gewerkschaften auf manche Forderungen, die sie bisher erhoben hatten, etwa auf die Einbeziehung der Angestellten, auf das Verbot der Vermittlung von Arbeitern an bestreikte Betriebe sowie auf die Anerkennung von Vereinbarungen über die Bevorzugung der Angehörigen bestimmter Organisationen bei der Einstellung²². Künftig sollte die Gültigkeit derartiger Vereinbarungen von einem Beschluß des Arbeitsnachweisvorstandes abhängig gemacht werden. Dies setzte eine Verständigung aller Beteiligten in dem durch Verhältnisswahl zu bildenden Vorstand voraus.

Die freien Gewerkschaften legten auf die Unterstützung durch die übrigen Gewerkschaftsrichtungen deshalb so großen Wert, weil sie mit deren Hilfe auch die Reichstagsfraktionen von Zentrum und Freisinniger Volkspartei für ihre Vorschläge zu interessieren und mit einer parlamentarischen Mehrheit die Regierung unter Druck zu setzen hofften, die sich »infolge der Anarchie in der Arbeitsvermittlung . . . in einer gewissen Notlage« befand²³. Um der Regierung ein Entgegenkommen zu erleichtern, muteten sie ihr freilich nicht zu, »jetzt einem Gesetzentwurf zuzustimmen, der weit über den Krieg hinaus Geltung haben sollte«²⁴; sie dachten lediglich an eine Bundesratsverordnung oder ein Notgesetz²⁵. Dessen Regelungen sollten nur die »ärgsten Mißstände« beseitigen, namentlich die Unternehmernachweise, außerdem die Arbeitslosenfürsorge sichern, die infolge der mangelhaften Kontrolle der Arbeitslosen unter den bestehenden Verhältnissen zunehmend gefährdet schien²⁶. Fürs erste glaubte Legien, solche bescheidenen Fortschritte seien genug, nicht nur, weil er ihre Durchsetzung nach Kriegsende für »ausgeschlossen« hielt, sondern vor allem, weil er auf ihre präjudizierende Wirkung rechnete: »Haben wir . . . erst einmal eine Bundesratsverordnung auf diesem Gebiete, so haben wir für die zukünftige Gesetzgebung eine Handhabe, um unseren Weg weiterzuverfolgen«²⁷.

Tatsächlich gewann die Generalkommission die Unterstützung der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sowie der Polni-

schen Berufsvereinigung für wesentliche Punkte ihres Entwurfs²⁸. Am »organisatorischen Eigeninteresse« der einzelnen Richtungen²⁹ scheiterte allerdings eine Einigung in der Frage der Parität; denn die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften wollten die Bastionen, die sie in einigen Bezirken und Betrieben erobert hatten, nicht aufgeben, nicht zuletzt aus Werbegründen. Außerdem hätte die zahlenmäßige Überlegenheit der freien Gewerkschaften diesen trotz der Verhältniswahl eine Vormachtstellung in den Arbeitsnachweisen verschafft, zumal in den oberen Instanzen. Entgegen anderslautenden öffentlichen Erklärungen wollten die christlichen Gewerkschaften daher »gar keine paritätischen Arbeitsnachweise haben«³⁰. Die Leitsätze, auf die sich die vier Gewerkschaftsrichtungen einigten, forderten deshalb die Parität nur für die öffentlichen Arbeitsnachweise, wollten aber die nichtparitätischen gewerkschaftlichen und Unternehmerarbeitsnachweise unangetastet lassen³¹.

Diese erste gemeinsame Aktion aller Gewerkschaften führte umgehend zum parlamentarischen Erfolg. Am 20. März 1915 schloß sich die Reichstagsmehrheit ihren Vorschlägen an und ersuchte die Regierung um die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs³². Dieser Vorgang hatte zwar nur geringe sachliche Bedeutung, ist aber politisch bemerkenswert. Er markiert den Beginn einer dauernden Zusammenarbeit der vier Gewerkschaftsrichtungen auf dem Gebiet praktischer Sozialpolitik und zugleich den Ausgangspunkt einer parlamentarischen Mehrheitsbildung der linken Mitte. Von dieser außerparlamentarischen Einwirkung der Gewerkschaften auf die ihnen nahestehenden Parteien führt eine Linie zum interfraktionellen Ausschuß im Frühjahr 1917 und schließlich zur Weimarer Koalition. Gleichzeitig ist dieser Vorgang das erste Beispiel für die Taktik der Gewerkschaften, die Veränderung der innenpolitischen Situation während des Krieges zu kleinen Schritten auf dem Weg zur Durchsetzung seit langem erhobener Forderungen auszunutzen. Sie waren überzeugt von der dauerhaft verändernden Wirkung auch begrenzter Kompromisse und fest entschlossen, keinen Schritt nach vorn später wieder zurückzunehmen.

In der Frage der Arbeitsnachweise selbst allerdings erwiesen sich die Interessengegensätze zwischen den einzelnen Gewerkschaftsrichtungen einstweilen als noch so groß, daß sie im Reichstag und auch in einer Besprechung beim Reichskanzler zutage traten. Infolgedessen machten die gewerkschaftlichen Vorstellungen auf die Regierung »keinen sonderlich tiefen Eindruck«³³. Zwar gewann Robert Schmidt den Eindruck, daß man in Regierungskreisen den Gewerkschaftsforderungen »vielfach Verständnis« entgegenbrachte und ihnen zunächst sogar in der Frage der Unternehmerarbeitsnachweise »ziemlich nahe« kam³⁴. Im Reichstag aber lehnte der Staatssekretär des Innern, Delbrück, alle Maßnahmen ab, »die über den Krieg hin-

aus völlig neue Grundlagen für die Lösung viel umstrittener Fragen zu schaffen bestimmt« seien, und erklärte sich nur zu »provisorischen Maßnahmen« bereit, die »mit den vorhandenen Mitteln die nächstliegende . . . Aufgabe . . . lösen«³⁵.

Diese Stellungnahme der Regierung orientierte sich daran, daß die maßgebenden Industriekreise in dieser Frage nicht anders dachten als vor dem Krieg. Schon die Einrichtung der Reichszentrale der Arbeitsnachweise hatte ihr Mißtrauen erweckt; sie erschien ihnen als Ansatz zu einer umfassenden Organisation, die langfristig ihren eigenen Nachweisen gefährlich werden konnte³⁶. Bereits im September 1914 nahm daher die VDA die Aufforderung einiger Städte an Gewerkschaften und Arbeitgeber, ihre Arbeitsnachweise zugunsten der paritätischen Vermittlungsstellen zu schließen, zum Anlaß für eine Anweisung an ihre Mitglieder, derartigen Ansinnen »unter keinen Umständen stattzugeben«, weil dies »einen außerordentlichen Rückschlag für die Interessen des Arbeitgebertums« bedeuten würde³⁷. Der bei Kriegsausbruch geschlossene Arbeitgeberrachweis Mannheim-Ludwigshafen wurde am 1. März 1915 wiedereröffnet³⁸. In einer Besprechung mit Regierungsvertretern am 30. April 1915 knüpften die Arbeitgeber ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen dann auch an die Bedingung, daß ihre eigenen Vermittlungsagenturen unangefochten fortbestanden. Von sich aus weitere Schritte zu unternehmen und so zur Verbesserung der Arbeitsmarktverhältnisse beizutragen, sahen sie »keine Veranlassung«³⁹; die Regierung – so meinten sie – sei »ja doch gezwungen«, den Arbeitgeberrachweisen in dieser Hinsicht entgegenzukommen⁴⁰. Die Einrichtung neuer öffentlicher paritätischer Arbeitsnachweise versuchten sie nach wie vor zu verhindern. Als die Gewerkschaften in Duisburg im Sommer 1915 der Stadtverwaltung entsprechende Wünsche vortrugen, bat der Arbeitgeberverband der Eisen- und Stahlindustrie diejenigen Mitglieder, die zugleich Stadtverordnete waren, »die erforderlichen Schritte zu ergreifen, um das Vorgehen der Gewerkschaften zu durchkreuzen«⁴¹.

Unter dem Eindruck dieser Haltung der Arbeitgeber und zu deren »Genugtuung«⁴² tat die Regierung trotz des Reichstagsvotums zunächst nicht mehr, als im Mai 1915 Zentralauskunftstellen oder Arbeitsnachweisverbände zur »Herstellung einer engeren Fühlung« unter den verschiedenen Arbeitsnachweisen zu bilden und die Arbeitslosenstatistik zu verbessern⁴³. Wenig später stellte sie den freien Gewerkschaften einen gesetzlichen Zwang zur Abschaffung oder wenigstens zur Reform der Arbeitgeberrachweise erst »für einen späteren Zeitpunkt bedingt in Aussicht«⁴⁴; doch selbst diese vage Zusage war offenbar nur ein Beruhigungsmanöver. Denn Anfang 1916 erklärte Ministerialdirektor Caspar vom Reichsamt des In-

nern einem Vertreter der VDA, die Regierung habe weder die Absicht, »Arbeitsnachweise mit Benutzungszwang da einzuführen, wo bisher die freie Arbeitsvermittlung bestanden hat, noch . . . in die innere Verwaltung der Arbeitsnachweise einzugreifen.« Nur in den »oberen Instanzen« der geplanten Arbeitsnachweisverbände halte sie einen paritätischen Aufbau für erforderlich⁴⁵.

Indessen rechnete der VDA-Vorsitzende Garvens »mit Sicherheit« damit, daß die Gewerkschaften nach Kriegsende einen neuen Vorstoß zur gesetzlichen Einführung paritätischer Arbeitsnachweise unternehmen würden und daß die Regierung ihnen dann nachgeben werde, zumal er die Zustimmung des Reichstags für »unzweifelhaft« hielt. Die Neugründung von Arbeitgeber-Arbeitsnachweisen wäre damit ausgeschlossen worden; lediglich schon bestehende Nachweise würden, wie Garvens meinte, nicht angetastet werden. Deshalb hielt er die Kriegszeit für die »letzte Gelegenheit«, weitere Arbeitgebernachweise einzurichten. Zwar schien es ihm aus »gewissen taktischen Gründen« geraten, im Augenblick keine neuen Nachweise zu eröffnen, um so notwendiger aber, »alle Vorbereitungen« dafür zu treffen, daß sie »sofort mit Friedensschluß« ihre Tätigkeit aufnehmen und »eine gute Waffe im Kampfe gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften auf Zentralisierung der Arbeitsvermittlung« abgeben könnten.

Im August 1915 richtete er deshalb an die VDA-Mitglieder die »dringende Bitte«, sich mit dieser Angelegenheit »schleunigst« zu befassen, und bot ihnen dafür Unterstützung »mit Rat und Tat« an⁴⁶. Funktionäre der VDA propagierten seinen Vorschlag in West- und Mitteldeutschland. Nur vereinzelt regte sich Widerspruch, besonders unter den west- und süddeutschen Textilindustriellen, die eine Beunruhigung ihrer Arbeiter befürchteten. Überwiegend aber war das Echo auf diese Appelle positiv. Zahlreiche Arbeitgeberverbände beschlossen die Gründung eigener Arbeitsnachweise, manche setzten ihren Beschluß schon bis Jahresende in die Tat um⁴⁷. Der VDA-Vorstand kam daher Anfang Dezember 1915 auf Betreiben von Garvens, Sorge und Reusch überein, die Propaganda weiterzubetreiben und eine Aussprache mit dem BDI herbeizuführen, um »jede Zersplitterung« in dieser Frage zu vermeiden. Auch mit den Textilindustriellen sollte noch einmal geredet werden, um zu erreichen, daß sie sich »wenigstens . . . neutral verhielten« und die Bestrebungen der VDA »nicht vereiteln würden.«

Unterdessen zeitigten die bescheidenen Neuerungen, die die Regierung im Mai 1915 eingeführt hatte, nur mäßige Wirkung. Die Zentralauskunftsstellen wurden in manchen Gebieten überhaupt nicht eingerichtet, in anderen wurde die Arbeiterschaft nicht mit herangezogen⁴⁸. Wo sie bestanden, vermochten sie sich wegen ihrer unzureichenden Kompetenzen kaum

durchzusetzen. Vielfach gerieten sie zum Zankapfel, um den sich die verschiedenen Arbeitsnachweise, insbesondere die gewerkschaftlichen und die kommunalen Vermittlungsstellen stritten. Um den Streit beizulegen und den Arbeitsnachweisen »das Vertrauen der Beteiligten, namentlich der Arbeiter zu sichern«, empfahl die preußische Regierung Anfang 1916, wenigstens in den größeren Städten »tunlichst bald« die kommunalen Nachweise einer paritätischen Verwaltung durch Vertreter der Arbeiter und der Arbeitgeber unter Vorsitz eines Gemeindebeamten zu unterstellen und beide Interessengruppen gleichermaßen an der Verwaltung der Provinzial-Arbeitsnachweisverbände zu beteiligen⁴⁹.

Der Erfolg blieb jedoch unbefriedigend⁵⁰, und zwar so sehr, daß jetzt das Militär eingriff, um die Mißstände in der Arbeitsvermittlung zu beheben. In Berlin versuchte der Oberbefehlshaber die Zusammenarbeit der kommunalen mit den gewerblichen Arbeitsnachweisen und der Zentralauskunftsstelle mit der Androhung von Gefängnisstrafen durchzusetzen⁵¹. In Köln untersagte der Gouverneur die Eröffnung eines Arbeitgebernachweises⁵². Manche stellvertretenden Generalkommandos richteten seit dem Frühjahr 1916 eigene Arbeitsnachweise ein. Im Juni 1916 endlich ermächtigte der Bundesrat die Landesbehörden, die Gemeinden zur Errichtung öffentlicher unparteiischer Arbeitsnachweise zu verpflichten; die bisherigen Erfahrungen hatten die Einsicht gebracht, daß sich die Widerstände gegen derartige Einrichtungen »bis zum Friedensschluß auf dem bisher beschrittenen Wege der freiwilligen ... Tätigkeit der Gemeinden ... nicht überall überwinden« ließen⁵³. Tatsächlich gab es zu diesem Zeitpunkt nach Aussage der preußischen Regierung noch immer »in nicht unerheblicher Zahl selbst größere gewerbliche Orte und Bezirke, die noch keinen oder keinen genügend wirksamen Nachweis eingerichtet« hatten⁵⁴.

Dies galt auch für Oberhausen. Hier besaß die Gutehoffnungshütte nahezu ein Beschäftigungsmonopol und übte wegen ihrer überragenden wirtschaftlichen Bedeutung auf die Kommunalverwaltung einen mächtigen Einfluß aus. Bis zum August 1916 blieb hier infolgedessen das Drängen der Gewerkschaften auf Einrichtung eines paritätischen kommunalen Arbeitsnachweises erfolglos. Die Unternehmer blieben den meisten Besprechungen über die Arbeitsnachweisfrage einfach fern, und die Stadtverwaltung vertrat die Auffassung, »wer arbeiten wolle, könne in Oberhausen immer Arbeit finden«. Sie hielt deshalb den städtischen Nachweis für ausreichend. Gewiß gab es in Oberhausen genügend Arbeitsmöglichkeiten – freilich nur zu den von der Industrie diktierten Bedingungen. Denn beim städtischen Arbeitsnachweis hatten die Arbeitgeber nach den Beobachtungen des Düsseldorfer Gewerkschaftssekretärs Steinbrink »das

Heft in den Händen«, und sie benutzten ihn dazu, »waggonweise« fremde Arbeiter nach Oberhausen zu holen und sie als »Lohndrücker« zu gebrauchen⁵⁵.

Trotz derartiger Mißstände ließ auch die Bundesratsverordnung die für das Funktionieren der öffentlichen Arbeitsnachweise entscheidenden Fragen der Parität und ihres Verhältnisses zu den übrigen Vermittlungsstellen wiederum offen. Die süddeutschen Länder führten die Parität durchweg ein, während der preußische Ausführungserlaß sowohl die Neueinrichtung kommunaler Arbeitsnachweise wie auch ihre paritätische Zusammensetzung von einem »Bedürfnis« abhängig machte⁵⁶. Immerhin bedeutete das Reichsamt des Innern im Januar 1916 den Arbeitgebern, mit Rücksicht auf die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und die parlamentarische Lage wäre es »unklug« von ihnen, sich den Absichten der Regierung zu widersetzen; denn hierdurch würde möglicherweise »die ganze Frage aufgerollt«, und es sei nicht ausgeschlossen, daß dann der Reichstag eine paritätische Zusammensetzung auch der eigentlichen Arbeitsnachweisleitung sämtlicher bestehenden Arbeitsnachweise und die Errichtung von paritätischen Zwangsarbeitsnachweisen beschließe⁵⁷. Die VDA hielt es deshalb für geboten, zwar weiterhin »in erster Linie auf die Gründung von Arbeitgeberarnachweisen hinzuwirken«, aber »trotz erheblicher Bedenken«⁵⁸ nunmehr auch von sich aus Fühlung mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen zu suchen, »um nach Möglichkeit gegenseitige Benachteiligungen und Anfeindungen zu verhindern«⁵⁹. Gleichzeitig versuchte sie freilich, die einzelnen Bundesstaaten von der Einrichtung neuer öffentlicher Arbeitsnachweise abzuhalten⁶⁰ und von der Bedeutung der Arbeitgeberarnachweise zu überzeugen⁶¹.

Zu dieser Kurskorrektur bewog sie nicht zuletzt die nicht unbegründete Befürchtung, daß bei einer obligatorischen Einschaltung paritätischer Arbeitsnachweise wirtschaftsfriedlich organisierte Arbeiter kaum noch Vermittlungschancen haben würden⁶². Die wirtschaftsfriedlichen Organisationen suchten daher ebenfalls »unter allen Umständen« die Verwirklichung der Gewerkschaftsvorschläge zu verhindern. »Würde das Arbeitsnachweiswesen erst einmal der streikgewerkschaftlichen Beeinflussung unterworfen sein, und das könnte auch bei der angeblich paritätischen Verwaltung nicht ausbleiben, so wäre es mit der Freiheit des Arbeiterstandes und seiner Unabhängigkeit von der Sozialdemokratie usw. zu Ende«⁶³, erklärten die Vertreter des Hauptausschusses in einer Sitzung des Konferenzausschusses Anfang September 1916. Als Pendant zu den Gewerkschaftsforderungen verabschiedete dieser deshalb eigene Leitsätze. Danach sollten sich Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung auf die »Beseitigung schädlicher Auswüchse« beschränken; vorhandene Nachweise sollten bestehen und es Arbeitgeberorganisationen wie

Gewerkschaften unbenommen bleiben, eigene Nachweise neu einzurichten; öffentliche Arbeitsnachweise sollten nur dort gegründet werden, »wo sich ein Bedürfnis herausstellt«; von paritätischer Verwaltung war nicht die Rede, sondern nur von der Anstellung des Arbeitsnachweisbeamten durch die Behörde. Überdies sollte kein Arbeitgeber gezwungen werden können, einen ihm von einem Arbeitsnachweis vermittelten Arbeiter einzustellen. Im Grunde sollte sich also gar nichts ändern⁶⁴.

Vorerst zerstreute jedoch Karl Helfferich, als Nachfolger Delbrücks neuer Staatssekretär des Reichsamts des Innern, die Befürchtungen der Arbeitgeber und ihrer Schützlinge. Ende Oktober 1916 teilte er der VDA mit, die bisherige Haltung der Reichsleitung in der Arbeitsnachweisfrage habe sich »nicht geändert«. Die Verordnung des Bundesrats solle »nach keiner Richtung hin in die Entwicklung der Arbeitgebernachweise eingreifen oder deren Tätigkeit Hemmnisse bereiten« und sei »keine grundsätzliche Regelung des gesamten Arbeitsnachweiswesens«. Ihr Zweck sei »lediglich, die Lücken zu beseitigen, die in der Organisation der öffentlichen Arbeitsnachweise noch bestehen«⁶⁵. Die VDA gab sich hiernach zuversichtlich, daß »Gesetzesmaßnahmen, die das Weiterbestehen vorhandener Arbeitgebernachweise nach dem Kriege gefährden könnten, kaum zu erwarten« wären, ermahnte aber trotzdem ihre Mitglieder, es sei »umso mehr . . . jetzt an der Zeit, die Errichtung von Arbeitgebernachweisen zu fördern«, um für die Nachkriegszeit gerüstet zu sein⁶⁶. Die Gewerkschaften hatten das Nachsehen. Obwohl der Reichstag im Oktober 1916 der Reichsregierung ihre Forderungen zur Berücksichtigung überwies⁶⁷, blieb ihr wiederholtes Drängen auf deren Durchführung einstweilen vergeblich⁶⁸.

Gewerbliche Schlichtungseinrichtungen

Kaum größere Fortschritte erzielten die Gewerkschaften auf dem Gebiet des gewerblichen Schlichtungswesens. Die Einrichtung paritätischer Institutionen zur friedlichen Regelung von Lohn- und Arbeitskonflikten hatten sie ebenfalls seit langem gefordert, vor dem Krieg jedoch nur in den Gewerbe- bezweigen erreichen können, in denen es zum Abschluß von Tarifverträgen gekommen war. Nach Kriegsausbruch allerdings traten manche Unternehmer und Behörden diesem Gedanken in dem Maße näher, in dem in den kriegswichtigen Industriezweigen die Arbeitskräfte knapper wurden. Besonders empfindlich machte sich der Mangel bei bestimmten Facharbeitergruppen bemerkbar, in erster Linie in der Metallindustrie⁶⁹; er konnte weder durch die Einstellung von Frauen noch durch die Anwerbung von Arbeitern aus anderen Berufen oder von Ungelernten behoben werden. Das

hatte zur Folge, daß die Betriebe sich gegenseitig die Facharbeiter abjagten. Schon 1915 war die Konkurrenz so scharf, daß die Unternehmer an manchen Orten ihren Grundsatz, mit den Gewerkschaften keinerlei Kontakt zu pflegen, aufgaben. In Mitteldeutschland wandten sich manche Betriebe an den Arbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes; Vertreter eines Arbeitgeber-Arbeitsnachweises brachten es sogar über sich, persönlich das DMV-Büro aufzusuchen⁷⁰. Auch im Ruhrgebiet wurden die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften nicht selten von Unternehmern in Anspruch genommen⁷¹. Im übrigen führte der Kampf der Betriebe um die Arbeitskräfte dazu, daß immer mehr Arbeiter ihr Arbeitsverhältnis kündigten und zu den Betrieben abwanderten, die die höchsten Löhne boten. Hiermit kam eine Fluktuation und Unruhe in die Belegschaften, die sich ungünstig auf die Produktivität auswirkte. Infolgedessen entwickelten die Rüstungsbetriebe bald ein Interesse daran, den häufigen Stellenwechsel zu unterbinden.

Es wurde von militärischen Stellen geteilt. Der für die Beschaffung von Heeresgerät zuständigen Feldzeugmeisterei schien bereits um die Jahreswende 1914/15 aufgrund der »ungesunden Steigerung« des Arbeitsplatzwechsels unter den Berliner Rüstungsarbeitern die rechtzeitige Erledigung der Heeresaufträge in Frage gestellt und »die Leistungsfähigkeit überhaupt sehr erheblich beeinträchtigt«. Um sicherzustellen, daß »jede einzelne Arbeitskraft im Lande voll zur Ausnutzung kommt«, machte sie den Berliner Rüstungsbetrieben als Voraussetzung für weitere Heeresaufträge zur Auflage, Arbeiter nur noch einzustellen, wenn diese eine schriftliche Bestätigung ihres bisherigen Arbeitgebers vorweisen konnten, daß der Arbeitsplatzwechsel mit dessen Einverständnis erfolge. Dabei wurde allerdings »als selbstverständlich vorausgesetzt, daß in Fällen, in denen von den Arbeitern berechnete Klagen über zu niedrige Verdienste ... erhoben werden, diese mit dem dieser großen Zeit entsprechenden Gerechtigkeitssinne geprüft und gegebenenfalls abgestellt« würden⁷². In anderen Korpsbezirken ergingen ähnliche Anordnungen⁷³.

Der Erlaß der Feldzeugmeisterei war ohne vorherige Anhörung der Gewerkschaften ergangen; außerdem unterschlugen die Metallindustriellen bei seiner Veröffentlichung den letzten Satz, um den Arbeitern den von der Militärbehörde für notwendig erachteten Schutz ihrer materiellen Interessen vorzuenthalten. Der DMV wandte sich deshalb unverzüglich mit großer Schärfe gegen diese Verordnung und ihre Handhabung durch die Unternehmer⁷⁴.

Da der Arbeitermangel selbst nicht zu beheben war, administrative Maßnahmen zur Lenkung der vorhandenen Arbeitskräfte aber, sofern ohne Zustimmung der Arbeiterorganisationen dekretiert, dazu angetan waren, die

Arbeiter zu beunruhigen und zu erregen und damit die Produktivität statt zu steigern zu beeinträchtigen, wogegen wiederum Zwangsmaßnahmen wenig auszurichten vermochten, brachen jetzt die Berliner Rüstungsindustriellen, ermuntert von militärischer Seite, mit dem Grundsatz der Nichtanerkennung der Gewerkschaften und fanden sich zur förmlichen Zusammenarbeit bereit. Im Februar 1915 wurde der Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins gegründet, aus je drei Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller und der drei Metallarbeitergewerkschaften⁷⁵. Er trat jede Woche zusammen und entschied in Anwesenheit eines Vertreters der Feldzeugmeisterei über Gesuche zum Stellenwechsel. Dabei zwang das Fehlen einer Geschäftsordnung zur gütlichen Einigung. Wurden die Kündigungsgründe eines Arbeiters anerkannt, ihre Beseitigung vom Unternehmer jedoch abgelehnt, so bekam der Arbeiter die Genehmigung zum Stellenwechsel in Form eines Abkehrscheins. Andernfalls mußte er an seiner alten Arbeitsstelle bleiben, weil kein Unternehmer Arbeiter eines anderen Betriebes ohne Abkehrschein einstellen durfte. In der Praxis einigte man sich meistens auf Zugeständnisse des Arbeitgebers, um die Arbeiter zum Verzicht auf einen Stellenwechsel zu bewegen⁷⁶. Nach übereinstimmender Meinung beider Seiten hat diese Einrichtung »in den ersten Jahren Gutes geleistet«⁷⁷ und »mustergültig«⁷⁸ gewirkt.

Gewiß unterwarfen sich die Gewerkschaften mit dieser Regelung dem Interesse der Unternehmer und Militärs an einer Reglementierung des Arbeitsmarktes. Auf der anderen Seite aber werteten sie die Gründung des Kriegsausschusses als politischen Erfolg, nämlich als Erfüllung ihrer Forderungen nach Anerkennung seitens der Unternehmer, nach direkten Verhandlungen mit ihnen und nach paritätischer Lösung von Arbeitsstreitigkeiten außerdem als einen Schritt zur tarifvertraglichen Regelung der Arbeitsverhältnisse, dem sie trotz der Befristung bis Kriegsende erheblichen präjudizierenden Wert auch für die Nachkriegszeit zumaßen⁷⁹.

Den Umstand, daß es ohne Zusammenarbeit mit ihnen keine Möglichkeit gab, Arbeitskonflikte mit dem geringstmöglichen Reibungsverlust zu lösen, nutzten die Gewerkschaften auch außerhalb Berlins zu wiederholten Vorstößen auf das Ziel einer gesetzlichen Einführung paritätischer Schlichtungseinrichtungen. Johannes Giesberts, Vorstandsmitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes und des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, seit 1905 Zentrumsabgeordneter im Reichstag, regte bereits im Oktober 1914 die Bildung eines Einigungsamtes für den Ruhrbergbau an, wo die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern seit Jahrzehnten außerordentlich gespannt waren⁸⁰. Der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband, der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, die Polnische Berufsvereinigung und der Gewerkverein der Bergarbeiter (H.-D.)

griffen diesen Vorschlag auf und unterbreiteten ihn Anfang 1915 gemeinsam dem preußischen Handelsminister⁸¹. Stegerwald sekundierte ihnen mit einem Schreiben an den Kanzler, worin er besonders darauf hinwies, daß durch eine solche Einrichtung »die Gefahr, daß sich auch in Deutschland während des Krieges Bergarbeiterunruhen entwickeln könnten, die zu verhindern unser ernstes Bestreben ist, resolut beseitigt« würde⁸².

Bethmann Hollweg hielt die Anregung für »wichtig und ernst« und war überzeugt davon, daß die Gewerkschaften »nicht Streit, sondern Verständigung wollen«⁸³. Der preußische Handelsminister v. Sydow aber warnte »dringend davor, ... den Weg der zwangsweisen Einrichtung von Einigungsämtern für das Bergwerksgewerbe zu betreten«. Teils bezweifelte er die Legitimation der Gewerkschaften, in denen nur ein Teil der Bergarbeiterschaft organisiert war; zum anderen glaubte er, daß diese Frage »für die Arbeitgeber ... einen der allerempfindlichsten Punkte« bildete und sie »die Ausübung eines Druckes ... wie die Aufrichtung eines kaudinischen Joches auf das bitterste empfinden« würden. Im übrigen verneinte er das Bedürfnis für Einigungsämter, da »es sich zur Zeit nicht um tiefgehende Mißstimmungen in der Arbeiterschaft handele und ernstliche Gründe zu Klagen nur vereinzelt anerkannt werden könnten«⁸⁴.

Immerhin wies er Ende März 1915 die Oberbergämter an, »für die genügende Aufklärung der Arbeiter und die gütliche Beilegung etwa aufkeimender Meinungsverschiedenheiten zu sorgen«; die Staatsbergwerke verpflichtete er, alle »auf die Steigerung der Förderung abzielenden Maßnahmen sowie auch andere, die Arbeiter berührende wichtigere Änderungen in der Betriebsweise möglichst schon vor ihrer Einführung« mit den im preußischen Bergbau seit 1905 gesetzlich vorgeschriebenen Arbeiterausschüssen »unter Darlegung der Beweggründe« zu erörtern und dabei »Einwendungen aus der Mitte der Ausschüsse ... , soweit sie nicht für berechtigt gehalten werden, mit Gründen zu widerlegen«; dagegen sei »billigen Wünschen ... nach Möglichkeit entgegenzukommen«. Die Berghauptleute wurden aufgefordert, sich persönlich bei den bergbaulichen Vereinen »nachdrücklichst« dafür einzusetzen, daß die privaten Grubenbesitzer sich ihren Belegschaften gegenüber ebenso verhielten. Für den Fall, daß es trotzdem zu Arbeitskonflikten kommen sollte, wurden die Bergbehörden angewiesen, »ausgleichend zu wirken und nach Erörterung des Streitfalles mit beiden Teilen auf eine friedliche Verständigung mit allen geeigneten Mitteln hinarbeiten«. Einem Vermittlungersuchen sollten sie »ohne weiteres« nachkommen, auch wenn es nur von einer Seite ausgehe, und bei Meinungsverschiedenheiten, »die eine größere Ausdehnung erlangen können«, hätten sie sofort von sich aus vermittelnd einzugreifen⁸⁵. Auf Ge-

werkschaftsseite wurde dieser Erlaß lebhaft begrüßt, weil er die Position der Bergarbeiter gegenüber den Zechenherren stärkte⁸⁶, aus demselben Grunde von den Arbeitgebern scharf kritisiert⁸⁷. Die VDA warnte ihre Mitglieder »auf das dringendste« davor, der Einrichtung paritätischer Schlichtungskommissionen, »gleichviel in welcher Industrie, Vorschub zu leisten«, und forderte sie auf, derartigen Einrichtungen, für die sie ein Bedürfnis »entschieden« leugnete, »unter allen Umständen ihre Zustimmung zu versagen«, nicht zuletzt weil ihr die Absicht der Gewerkschaften, »einen während des Krieges erzielten Erfolg auch für alle Zukunft« festzuhalten, nicht entging⁸⁸.

Die Einstellung der Arbeitgeber hielt auch das Kriegsministerium längere Zeit davon ab, dem Gedanken obligatorischer Schlichtungseinrichtungen näherzutreten. Im März 1915 lehnte die zuständige Abteilung es ab, den stellvertretenden Generalkommandos die allgemeine Einführung paritätischer Schlichtungsausschüsse zu empfehlen⁸⁹, weigerte sich allerdings auch, das Problem des Arbeitsplatzwechsels durch Intervention zugunsten der Unternehmer zu lösen, wie diese es gern gesehen hätten⁹⁰. Intern warnen die Sachbearbeiter für Arbeiterfragen, Richard Sichler und Joachim Tiburtius, wiederholt vor Maßnahmen wie etwa einem militärischen oder gesetzlichen Arbeitszwang, weil sie auf die »Hilfsbereitschaft der Gewerkschaften« bei der Kriegführung »lähmend und zerstörend wirken« und »das Vertrauen weiter für die Kriegführung entscheidender Volksschichten für die Heeresverwaltung aufs Spiel setzen« würden⁹¹.

Sichler und Tiburtius waren freilich keine Militärs, sondern entstammten dem Kreis der linksliberalen Gesellschaft für Soziale Reform, an die sich das preußische Kriegsministerium auf der Suche nach sozialpolitisch versierten Referenten beim Aufbau der Kriegswirtschaftsorganisation hatte wenden müssen, da sich in anderen bürgerlichen Institutionen keine kompetenten Sozialpolitiker finden ließen⁹². Doch auch hohe Offiziere – namentlich der stellv. Kriegsminister v. Wandel⁹³ – sahen unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassungen die Unmöglichkeit einseitigen Zwanges gegenüber der Arbeiterschaft und die Notwendigkeit, sich der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu versichern, weil sie die einzigen Organisationen waren, über die Militär- und Zivilbehörden dauerhaft auf die Arbeiterschaft einzuwirken vermochten. Aus diesen Gründen empfahl das Kriegsministerium im Juni 1915 den stellvertretenden Generalkommandos, bei ernsteren Arbeitsstreitigkeiten eine Verständigung beider Seiten herbeizuführen und überall dort, wo die Gewerkschaften an den Auseinandersetzungen beteiligt waren, auch sie zu den Beratungen hinzuzuziehen, um sie an die getroffenen Übereinkünfte zu binden und von der Unterstützung von Streiks abzuhalten⁹⁴.

Trotz ihrer Unverbindlichkeit entfesselten diese Richtlinien einen Ent-rüstungssturm der Industriellen, denen die sozialpolitischen Referenten im Kriegsministerium ohnehin ein Dorn im Auge waren. Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie, der schon im Frühjahr 1915 nach Differenzen zwischen Sichter und den Industriellen-Verbänden die weitere Teilnahme an Konferenzen unter Sichtlers Vorsitz abgelehnt hatte⁹⁵, protestierte wütend gegen einen solchen Eingriff in die Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern⁹⁶. Geleitet vom vorrangigen Interesse an einer reibungslosen Kriegsproduktion, insbesondere einer Eindämmung des Stellenwechsels und einem Minimum an Arbeitsstreitigkeiten, beharrte das Kriegsministerium jedoch auf seinem Erlaß und lehnte einseitige Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft weiterhin ab.

Es konnte allerdings nicht verhindern, daß manche stellv. Kommandierenden Generäle seine Intentionen durchkreuzten; denn es hatte ihnen gegenüber keine Weisungsbefugnis; der Militärbefehlshaber war innerhalb seines Befehlsbereichs selbständig und führte nur aus, was ihm genehm war⁹⁷. So setzte der Befehlshaber des Wehrkreises Stettin, Frhr. v. Vietinghoff, seine Machtmittel hartnäckig allein zugunsten der Unternehmer ein. Als Anfang Juni 1915 Stettiner Hafendarbeiter die Entladung von Erzdampfern bis zur Gewährung einer Akkordloohnerhöhung verweigerten, ordnete er unverzüglich an, daß gewerbliche Arbeiter bis zum Ablauf ihres Arbeitsvertrags ihre Arbeit nicht niederlegen durften; Arbeitgebern wurde verboten, Arbeiter einzustellen, die gegen diese Anordnung verstoßen hatten; Zuwiderhandlungen wurden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bedroht⁹⁸. Die Regierung beobachtete derart einseitige Maßnahmen der Militärbehörden gegen die Arbeiterschaft mit Unbehagen, und im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchte sie, sie zu verhindern⁹⁹. An eine Einführung gesetzlicher Schlichtungsinstanzen dachte sie freilich auch jetzt nicht.

In den folgenden Monaten jedoch verschärfte sich infolge der Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen¹⁰⁰ die Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern allenthalben, und es stand zu befürchten, daß sich die Spannungen plötzlich unkontrolliert und unberechenbar entladen würden, wenn nicht rechtzeitig Vorsorge für eine friedliche Konfliktregelung getroffen wurde. Zugleich steigerten die Materialschlachten an der Westfront das Interesse der militärischen Führung an einer reibungslos funktionierenden und maximal effektiven Rüstungsproduktion. Deshalb kamen die Militärs dem gewerkschaftlichen Wunsch nach Schlichtungseinrichtungen jetzt weiter entgegen. Nachdem die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine Anfang 1916 die Errichtung eines Reichseinigungsamtes vorgeschlagen¹⁰¹ und wenig später der DMV die Einrichtung von Kriegsausschüssen nach Berliner Vorbild für die gesamte

Metallindustrie angeregt hatten, empfahl das Kriegsministerium Anfang April 1916 den stellvertretenden Generalkommandos, die Einrichtung solcher Ausschüsse anzuregen und zu unterstützen und dort, wo sie nicht zustande kämen, selbst Schlichtungsausschüsse aus je einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter unter Vorsitz eines Offiziers zu bilden¹⁰².

Die Unternehmer waren entsetzt, denn sie hatten alles getan, um diesen Erlaß zu verhindern. Noch Ende März 1916 hatte der VdESI jegliche Notwendigkeit solcher Einrichtungen geleugnet und sie als schädlich für den Betriebsfrieden verworfen: Die Gewerkschaften, so schrieb er in einer Denkschrift, würden »immer wieder neue Forderungen stellen . . . , die dahin zielen, ihre Macht zu stärken, eine Vorzugsstellung der organisierten Arbeiter zu erreichen, um damit zum Organisationszwang zu kommen und schließlich Einfluß auf die Betriebsleitung und die Entwicklung ganzer Industriezweige überhaupt zu gewinnen«. Nach Meinung der Stahlindustriellen hatten die Gewerkschaften keineswegs ein Opfer gebracht, als sie mit Kriegsbeginn von sich aus auf alle Arbeitskämpfe verzichteten, sondern lediglich getan, »was ihre Pflicht war, und nicht mehr«. Jeglicher Anspruch auf Einrichtungen zur Konfliktregelung schien ihnen deshalb ebenso unbegründet wie die Meinung, »dafür, daß sich die Arbeiter im Felde gut schlagen, müßten sie besonders belohnt werden«. Ihrer Ansicht nach mußten »vor allem Ruhe und Ordnung im Innern herrschen«, um den Krieg siegreich beenden zu können¹⁰³.

Auch auf der Mitgliederversammlung der VDA am 25. März 1916 waren »schwere Bedenken« gegen die Einrichtung von Schlichtungsausschüssen laut geworden, weil man befürchtete, daß sie »das Bestreben zeigen werden, auch bei Streitigkeiten über die Arbeits- und Lohnbedingungen einzugreifen, . . . daß die Arbeiterorganisationen diese Ausschüsse agitatorisch ausbeuten werden und . . . daß diese Ausschüsse auch nach Beendigung des Krieges . . . sich nur unter größten Schwierigkeiten wieder beseitigen lassen würden«. Daher hatte die VDA empfohlen, »vorläufig den etwa von den Generalkommandos kommenden Anregungen auf freiwillige Einrichtung solcher Kriegsausschüsse nicht stattzugeben, sondern . . . die Anordnungen der Militärbehörde abzuwarten«¹⁰⁴.

Nachdem der Kriegsminister seine erwähnte Verfügung erlassen hatte, versuchte daher der VDA-Vorsitzende ihn dahin zu bringen, daß er auf ihre Durchführung verzichtete oder sie wenigstens auf jene Orte beschränkte, »wo die besonderen örtlichen Verhältnisse und Bedürfnisse es als unbedingt erforderlich erscheinen« ließen. Garvens erreichte sein Ziel nicht ganz; aber zu seiner Beruhigung versicherte ihm Wandel, das Kriegsministerium wolle »in keiner Weise . . . die zwangsweise Einrichtung von Kriegsausschüssen auf dem Wege über die stellv. Generalkommandos . . .

veranlassen«. Nur dort, wo Arbeiter und Arbeitgeber es wünschten, sollten sie »die Einrichtung solcher Ausgleichsinstanzen . . . unterstützen und . . . fördern; irgendein Druck solle aber bei Nichteinverständnis der einen oder der anderen Partei nicht ausgeübt werden«. Falls »Differenzen entstanden und eine Schlichtungsinstanz nicht vorhanden wäre und auch eine Schaffung derselben abgelehnt werde, würde ein sachverständiger militärischer Vertreter des Generalkommandos . . . im militärischen Interesse zur Vermeidung von Störungen in dem betreffenden Betriebe die Beseitigung zu veranlassen haben.« Wandel knüpfte an diese Erläuterung des Erlasses allerdings die Hoffnung, die Industriellen würden sich nicht grundsätzlich ablehnend verhalten, »sondern da, wo die besonderen Verhältnisse die Einrichtung als unbedenklich und für das allgemeine Interesse – besonders das militärische – als förderlich erscheinen ließen«, ihre »Mitwirkung und Beteiligung« nicht versagen.

Garvens sagte dies zu, zumal die Stellungnahme Wandels, wie die VDA feststellte, »den Interessen der Industrie Rechnung« trug, beseitigte sie doch die »Besorgnis um die obligatorische Einrichtung von »Kriegsausschüssen«. Um jedoch auch deren freiwillige Einrichtung in möglichst engen Grenzen zu halten, bat die VDA die Arbeitgeber dringend, sie sofort über entsprechende Aufforderungen der stellvertretenden Generalkommandos zu verständigen und sich vor jeder Zusage mit ihr ins Benehmen zu setzen¹⁰⁵. Der CDI forderte seine Mitglieder sogar auf, sich gegen die Einrichtung von Kriegsausschüssen – der »Vorgänger der obligatorischen Arbeiterausschüsse« – »entschieden zur Wehr zu setzen«¹⁰⁶.

Da die Einrichtung der Ausschüsse dem Ermessen der stellvertretenden Generalkommandos überlassen blieb und von der Zustimmung der Industriellen abhing, kamen sie in nennenswertem Maße nur in der Metallindustrie zustande, im wesentlichen aus den gleichen Gründen, die in Berlin schon 1915 zur Gründung des Kriegsausschusses geführt hatten. In diesem Industriezweig entstanden Ausschüsse jetzt in Bayern, Baden, Sachsen, Thüringen und in den Korpsbezirken Hannover und Frankfurt¹⁰⁷. Manche freilich existierten nur auf dem Papier. Der Frankfurter Ausschuß erhielt bis zum Hilfsdienstgesetz »keine Gelegenheit . . . , sich zu betätigen«¹⁰⁸; die Industriellen vereinbarten, ihn überhaupt nicht in Anspruch zu nehmen, sondern etwaige Streitigkeiten innerhalb der Betriebe oder durch indirekte Verhandlungen mit den Gewerkschaften beizulegen¹⁰⁹. In anderen Gewerben kam es nur vereinzelt zur Bildung von Kriegsausschüssen, so etwa in der Lausitzer Textilindustrie¹¹⁰.

In den großen Industriegebieten blieb alles beim alten. Hier gelang es den Industriellen unschwer, die stellvertretenden Generalkommandos davon zu überzeugen, »daß die Einrichtung von Schlichtungsausschüssen nicht in

Betracht kommen könne«, weil sie »mehr zur Beunruhigung als zur Beruhigung des Arbeitsmarktes« dienten und »sich insbesondere die Einmischung betriebsfremder, von der gewerkschaftlichen Zentralleitung delegierter Persönlichkeiten in die inneren Arbeitsverhältnisse gerade angesichts der schwierigen Verhältnisse des Krieges als bedenklich erweisen würde«¹¹¹.

Im Sommer 1916 unternahmen die Gewerkschaften daher einen neuen Vorstoß. Dieses Mal ging die Initiative von der Gesellschaft für Soziale Reform aus, deren Vorstand neben den linksliberalen Sozialpolitikern Ernst Francke und Ludwig Zimmermann auch Giesberts und Gustav Hartmann angehörten¹¹². Daß eine gesetzliche Regelung des Einigungswesens »noch eine geraume Zeit« erfordern würde, wußte man auch hier. Um aber endlich einen Schritt voranzukommen, trat die Gesellschaft im Juni 1916 an das Reichsamt des Innern mit der Aufforderung heran, »in Fällen drohender Arbeitskämpfe . . . unverzüglich selbst oder durch geeignete Mittelspersonen (Gewerberichter, Gewerbeinspektoren, Bürgermeister, Landräte usw.) mit den Führern beider Parteien Fühlung zu nehmen und die rechtzeitige friedliche Aussprache zwischen ihnen zu fördern, um den Ausbruch offener Kämpfe zu verhüten und einen Ausgleich zu schaffen«. Sollte es dennoch zu Arbeitsniederlegungen kommen, dann seien »die Führer der Arbeitgeber und der Arbeiter zu Verhandlungen einzuladen, um durch Vermittlung den gewerblichen Frieden wieder herzustellen«¹¹³. Die VDA widersetzte sich derartigen Bestrebungen mit unverminderter Entschiedenheit. Anfang Juli 1916 forderte sie die Regierung auf, die von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen beantragte Errichtung eines Reichseinigungsamtes abzulehnen, weil »die deutschen Arbeitgeber wohl restlos« dagegen seien, und warnte vor staatlichen Eingriffen in Arbeitskonflikte, weil »das Ansehen des Staates . . . dadurch erheblich leidet«¹¹⁴.

Mit Blick auf diese Haltung der Industriellen verlegte sich die Regierung auf eine Hinhaltenaktik. Bethmann Hollweg erklärte sich zwar zum Empfang des Vorstandes der Gesellschaft für Soziale Reform bereit; Caspar wies ihn jedoch zuvor darauf hin, daß deren Anregungen »bei den Arbeitgebern, die das immer näher rückende Gespenst der »konstitutionellen« Fabrik sehr fürchten, auf großen Widerstand« stießen, und riet, »mit Rücksicht hierauf . . . etwaige Erklärungen . . . mit aller Vorsicht« zu fassen¹¹⁵. In dem Gespräch, das erst am 20. Oktober 1916 stattfand, drängten die Gewerkschaftsvertreter unter Hinweis auf die bisherige Haltung der Arbeiterschaft, die wachsende wirtschaftliche Unzufriedenheit und die Agitation der Radikalen den Kanzler, ein Signal zu setzen und Gewerkschafts- und Arbeitgebervertreter zusammenzubringen. Sie versicherten, daß es ihnen nicht um eine grundsätzliche Lösung der Frage der Schlichtungseinrich-

tungen, sondern nur um ein Mittel zur Beruhigung der Arbeiter gehe: »Wenn man sich auch nur pro forma mal um den Tisch setzen könnte, so wäre schon viel gewonnen.«

Trotzdem erklärte sich Bethmann Hollweg nur »grundsätzlich bereit zu helfen«, wollte aber »keine unmittelbare Zusage« geben, sondern erst mit dem Kriegsministerium beraten, ob möglicherweise ein Schiedshof eingerichtet werden könnte. Im übrigen drückte er seine Erwartung aus, daß das soeben zur Zusammenfassung der Kriegswirtschaftsorganisation geschaffene Kriegsamt¹¹⁶ eine Veränderung im Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern anbahnen könnte, und entließ seine Besucher mit dem unverbindlichen Wunsch für die Nachkriegszeit, »daß sich aus den Kriegswirkungen etwas entwickelt«¹¹⁷. Eine Woche später bestätigten die beteiligten Ressorts die bisherige Praxis: Die bestehenden Kriegsausschüsse und Schlichtungsstellen sollten fortbestehen; wo ihre Neueinrichtung von Arbeitgebern und Arbeitern gefordert werde, sollte sie »in jeder Beziehung gefördert« werden, ihre Gründung dort hingegen unterbleiben, wo es an einer solchen Übereinstimmung fehlte. Arbeitsstreitigkeiten waren hier, falls erforderlich, von einem Offizier des Generalkommandos zu schlichten¹¹⁸.

Bis Ende 1916 gelang es auf diese Weise, größere Arbeitskonflikte zu vermeiden. In vielen Korpsbezirken brachten die Militärbehörden aus Einsicht in die Folgen, welche Arbeitskämpfe für die Heeresversorgung und die innenpolitischen Zustände nach sich ziehen konnten, den Forderungen der Gewerkschaften Verständnis entgegen und wirkten nicht selten als informelle Vermittler zwischen ihnen und den Unternehmern. Allerdings waren auch die Industriellen aufgrund ihres Interesses an einem ungestörten Fortgang der Produktion meist klug genug, sich bei der Ausnutzung ihrer ökonomischen Übermacht gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen. Ohne mit den Gewerkschaften zu verhandeln, gaben sie deren wirtschaftlichen Forderungen meist so weit nach, wie erforderlich schien, um die Unzufriedenheit der Arbeiter unter Kontrolle zu halten.

Obwohl sie dem Ziel gesetzlich verankerter Schlichtungseinrichtungen kaum einen Schritt näherkamen, zeigten sich prominente Gewerkschaftsführer des Lobes voll für das Entgegenkommen der Militärs, das ihnen – gemessen an Vorkriegsmaßstäben – höchst bemerkenswert erschien. Bauer bescheinigte den Offizieren des Kriegsministeriums, »stets gegenüber den Wünschen der Arbeiter weitgehendes Entgegenkommen gezeigt« zu haben und »ehrlich bestrebt gewesen« zu sein, »soweit das in ihrer Macht stand, den berechtigten Forderungen der Arbeiter Anerkennung zu verschaffen«¹¹⁹. »Die Militärdiktatur«, so urteilte man im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter 1916, »hat sich vielerorts verständnisvoller für die Not

des Volkes gezeigt als die Bürokratie« und »der zivile Verwaltungsmensch, bei dem noch immer der Gutsbesitzer und Kommerzienrat in höherem Ansehen stehen als der gemeine Mann aus dem Volke«¹²⁰. Winnig bezog das Lob auch auf die Zivilbehörden und drückte seine Zuversicht aus, daß die Ansätze einer Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Behörden schließlich »in der Gesetzgebung und in der Verwaltung ihren Ausdruck finden« und die innenpolitische Position der Arbeiterschaft dauerhaft verbessern würden¹²¹. Die Redaktion des Correspondenzblattes sah bereits 1915 das Ende des »Fabrikfeudalismus« dadurch gekommen, daß während des Krieges Behörden die Formen regelten, in denen Arbeitskonflikte »zum Wohl des Ganzen auszutragen« seien¹²² – eine Äußerung, die ein bürgerlicher Beobachter höchst bemerkenswert fand, weil hier der Staat unversehens als eine über den gesellschaftlichen Interessen stehende neutrale Instanz angesprochen wurde und die traditionelle gewerkschaftliche Auffassung des Staates als Instrument der Klassenherrschaft »vollkommen getilgt« zu sein schien¹²³.

In der Tat wurde bei solchen Äußerungen übersehen, daß das Entgegenkommen der Militärs und Behörden sich aus dem Interesse an einer erfolgreichen Kriegführung ergab, die nicht zuletzt der Erhaltung der politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse in Deutschland dienen sollte. Ihr Wohlwollen beruhte auf der Einsicht, daß das Unternehmerinteresse an niedrigen Lohnkosten und an der alleinigen Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Erfordernissen der Kriegswirtschaft zuwiderlief. Die zitierten Arbeiterführer machten sich nicht klar, daß es sich bei den Konzessionen der Militärs an die Arbeiterschaft lediglich um taktische Mittel handelte, die keineswegs eine grundsätzlich veränderte Einstellung gegenüber der Arbeiterschaft und ihren Organisationen signalisierten. Während des Krieges, dem im übrigen auch die ungewöhnliche personelle Besetzung bestimmter Stellen des Militärapparates zu verdanken war, mochten für die Arbeiterführer die Motive ihrer neuen Bundesgenossen gleichgültig sein und allein die praktischen Ergebnisse zählen. Diese Verengung der politischen Perspektive verstellte ihnen jedoch den Blick dafür, daß mit Kriegsende die Voraussetzungen für eine solche Kooperation hinfällig und die meisten Offiziere wieder wie vor dem Kriege die Interessen ihrer Klasse vertreten würden. Diese fehlende Einsicht hat während der Novemberrevolution erheblich zum Zustandekommen des folgenreichen Bündnisses zwischen Rechtssozialisten und Generalität beigetragen.

5. Kapitel: Fortschritte und Stagnation in der Innenpolitik

Ähnlich wie im sozialpolitischen Bereich erzielte die Arbeiterschaft auch in innenpolitischen Fragen in den ersten beiden Kriegsjahren nur geringe Fortschritte. Sie beschränkten sich auf eine bescheidene Liberalisierung des Vereinsrechts und eine Lockerung der Koalitionsrechtsbeschränkungen für Staatsarbeiter.

Die Novellierung des Vereinsgesetzes

Bis Kriegsausbruch hatte das seit 1908 geltende Reichsvereinsgesetz eine Quelle dauernder Repressionsversuche und zahlloser Schikanen der Staatsorgane gegenüber den Gewerkschaften gebildet, und zwar aufgrund der Unterscheidung zwischen politischen und nichtpolitischen Vereinen. Politische Vereine waren verpflichtet, der Polizei Listen ihrer Mitglieder und Vorstandsmitglieder auszuhändigen; ihre Versammlungen wurden von der Polizei überwacht; Jugendlichen unter 18 Jahren war die Zugehörigkeit zu ihnen verboten, ebenso die Teilnahme an öffentlichen politischen Versammlungen; außerdem war politischen Vereinen der Gebrauch einer Fremdsprache untersagt. Das Gesetz zog jedoch keine klare Grenze zwischen politischen und nichtpolitischen Angelegenheiten, deren Behandlung darüber entschied, ob ein Verein als politisch angesehen wurde oder nicht.

Besonders in Preußen wurde es daher üblich, auch die freien Gewerkschaften, nicht selten sogar die Sportvereine und die Bildungsorganisationen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft als politische Vereine zu behandeln¹. Unter den abwegigsten Vorwänden erklärten preußische Gendarmen Gewerkschaftsveranstaltungen zu öffentlichen Versammlungen und lösten sie alsbald wegen irgendwelcher Unregelmäßigkeiten auf. Mit Hilfe des Jugendlichen-Paragraphen versuchte die Polizei, den Beitritt von Jugendlichen zu den Gewerkschaften zu unterbinden und diesen so den Nachwuchs zu nehmen. Der Sprachenparagraph diente vor allem dazu, Organisationsbestrebungen der Polen zu verhindern, die sich gegen ihre vielfache Diskriminierung zur Wehr setzten und deshalb von der Regierung als unzuverlässig eingestuft und entsprechend behandelt wurden. Das Verbot, die polnische Sprache zu benutzen, beeinträchtigte auch die Tätigkeit der polnischen Gewerkschaften, in denen aus Polen stammende Bergarbeiter sich seit 1902 im Ruhrgebiet und später auch in Oberschlesien zusammengeschlossen hatten und die bis zum Ersten Weltkrieg nahezu die gleiche Stärke wie der christliche Bergarbeiterverband erreichten². Außerdem machte es die Agitation der deutschen Gewerkschaften unter den polnischen Arbeitern nahezu unmöglich³ und erschwerte die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Gewerkschaften; bei Streiks erleichterte es den Unternehmen das Heranziehen fremdsprachiger Streikbrecherkolonnen, mit denen die Gewerkschaften praktisch keinen Kontakt aufnehmen konnten⁴.

Von den Gerichten wurde diese Handhabung des Gesetzes durchweg gedeckt. Das preußische Oberverwaltungsgericht erklärte 1911 in einer höchstrichterlichen Entscheidung jeden Verein für politisch, der auf Verfassung, Verwaltung oder Gesetzgebung des Staates einzuwirken suche, und bezog dies ausdrücklich auch auf die Gewerkschaften, sofern sie »im Rahmen ihrer Berufsinteressen politische Ziele verfolgen«⁵. 1916 räumte ein Regierungsvertreter vor dem Reichstag ein, daß im Sinne dieses Urteils »alle Gewerkschaften Politik«⁶ trieben, denn ohne Einwirkung auf die staatlichen Organe konnten sie selbst die bescheidensten sozialpolitischen Interessen der Arbeiter kaum vertreten⁷. Nach Kriegsausbruch stellten die Behörden das Vorgehen gegen die Gewerkschaften aufgrund des Vereinsgesetzes zwar ein, ohne daß der preußische Innenminister und die ihm nachgeordneten Instanzen jedoch ihren Rechtsstandpunkt, die Gewerkschaften seien politische Vereine, aufgegeben hätten⁸.

Um zu verhindern, »daß all die Prozesse, Drangsalierungen, Schwierigkeiten« nach Kriegsende von neuem einsetzten, drang die Generalkommission schon in den ersten Kriegsmonaten auf eine Änderung des Vereinsgesetzes⁹. Auch in dieser Frage stimmten die christlichen und Hirsch-Dun-

ckerschen Gewerkvereine mit den freien Gewerkschaften überein, und die den einzelnen Gewerkschaftsrichtungen verbundenen Parteien machten sich deren Vorstellungen zu eigen mit dem Ergebnis, daß der Reichstag im März 1915 den Bundesrat ersuchte, »die gegen einzelne Teile des deutschen Volkes gerichteten gesetzlichen Ausnahmebestimmungen alsbald zu beseitigen«¹⁰. Die Prüfung der Frage, ob die Gewerkschaften von den Beschränkungen der politischen Vereine ausgenommen und der Sprachen- und Jugendlichen-Paragraph gestrichen werden sollten, übertrug er einer besonderen Kommission¹¹.

In einer ersten Stellungnahme bescheinigte Delbrück den Gewerkschaften, sie hätten »in erster Linie wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen ... , ohne die unser Wirtschaftsleben ... nicht mehr denkbar ist«, und räumte ein, daß deshalb die Möglichkeit »voller freiheitlicher Ausgestaltung ihrer Funktionen« gewährleistet werden müsse¹². In seinem Entwurf eines innenpolitischen Reformprogramms vom Mai 1915 empfahl er deshalb eine mildere Behandlung der Gewerkschaften, sofern sie sich mit wirtschaftlichen Fragen befaßten, eine Erweiterung der Koalitionsfreiheit für Jugendliche und eine Lockerung des Sprachenparagraphen¹³. Eine entsprechende Änderung des Reichsvereinsgesetzes vor Kriegsende aber lehnte er ab¹⁴.

Die Reichstagskommission aber beharrte darauf, den Gewerkschaften ein »Vertrauensvotum« auszustellen, und wollte verbindlich festgestellt wissen, daß sie nicht als politische Vereine anzusehen seien; ferner sprach sie sich für die Streichung des Sprachen- und des Jugendlichen-Paragraphen aus¹⁵. Das Plenum folgte diesem Vorschlag mit den Stimmen von SPD, Zentrum und FVP¹⁶. Die Konservativen verwarfen alle drei Punkte, während die Nationalliberalen sich einer Lockerung des Sprachen- und Jugendlichen-Paragraphen widersetzen, der Befreiung der Gewerkschaften von den Fesseln der politischen Vereine aber zustimmten¹⁷. Delbrück jedoch hielt es weiterhin für »nicht zweckmäßig, ... mitten im Krieg ... dieses heiße Eisen in die Hand zu nehmen«, und vertröstete die Abgeordneten auf den Friedensschluß¹⁸.

Erst Anfang Dezember 1915, nachdem die SPD aufgrund der wachsenden Opposition in den eigenen Reihen vom Kabinett Aufschluß über dessen Friedensvorstellungen verlangt hatte, setzte sich der Kanzler gegenüber dem preußischen Staatsministerium für eine unverzügliche Novellierung des Vereinsgesetzes ein. Er begründete dies mit der Notwendigkeit, sich für die weitere Kriegführung der Unterstützung des rechten SPD-Flügels und der Gewerkschaften zu versichern und sie durch ein Entgegenkommen in einer für sie wichtigen Frage gegen die zunehmenden Angriffe von links zu stärken. »Es würde kaum möglich sein, den revisionistischen Flügel in

dem bisherigen Gleise zu halten, wenn man ihm nicht durch irgendeinen Erfolg auf dem Gebiete der inneren Politik eine Erleichterung verschaffe.«¹⁹ Das Staatsministerium schloß sich dieser Argumentation an. Mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung der Konservativen und Nationalliberalen und um sich selbst nicht der gesetzlichen Handhaben gegen vermeintlich unzuverlässige politische Vereinigungen zu begeben, lehnte die Reichsregierung jedoch eine Gesetzesänderung ab. Sie erklärte sich lediglich zu der verbindlichen Klarstellung bereit, daß die Gewerkschaften nicht den politischen Vereinen gleichzustellen seien, selbst dies aber nur unter der Bedingung, daß die Sozialdemokratie auf die Einbringung weitergehender Anträge verzichtete²⁰.

Obwohl die SPD seit Jahren für die Aufhebung aller vereinsrechtlichen Beschränkungen kämpfte, riet Bauer im Namen der Generalkommission der SPD-Fraktion »dringend«, auf dieses Angebot einzugehen, weil angesichts der Haltung der bürgerlichen Parteien und des Bundesrates nicht mehr zu erreichen sei und es wenigstens den Gewerkschaften »große Erleichterungen« bringen werde²¹. Tatsächlich versprach ihnen eine solche Regelung die ungehinderte Entfaltung auf ihrem eigentlichen Aktionsfeld und die ungehinderte Aufnahme von Jugendlichen unter 18 Jahren. Gegen die Stimmen von Liebknecht, Herzfeld und Henke stimmte die Fraktion deshalb am 21. Dezember 1915 dem Regierungsvorschlag zu²². Im Januar 1916 kündigte die Reichsleitung daraufhin die baldige Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfes an²³.

Er ließ allerdings lange auf sich warten; denn die Verhandlungen im Regierungslager selbst gestalteten sich äußerst kontrovers. Das Reichsamt des Innern und der preußische Eisenbahnminister von Breitenbach wollten die Möglichkeit bewahrt wissen, den Gewerkschaften den Nachwuchs abzuschneiden und sie mit Auflösung zu bedrohen²⁴. Breitenbach beharrte außerdem auf dem Verbot des Beitritts von Eisenbahnern zum freigewerkschaftlichen Transportarbeiterverband, weil dieser dem Streik als Kampfmittel nicht abschwören wollte, und forderte die Herausnahme der Eisenbahner aus der Neuregelung. Der Kriegsminister verlangte aus ähnlichen Gründen eine Ausnahme für die Arbeiter der Militärwerkstätten und Marinewerften. Der preußische Landwirtschaftsminister von Schorlemer, selbst Besitzer großer Ländereien an der Mosel, sträubte sich gegen die Einbeziehung der Landarbeiter und verteidigte hartnäckig das für sie in den östlichen Provinzen Preußens noch immer geltende Verbot, streikwilligen Vereinigungen wie dem freigewerkschaftlichen Landarbeiterverband beizutreten.

Zwar hatte die geplante Novelle mit den bestehenden Einschränkungen des Koalitionsrechts juristisch nichts zu tun. Breitenbach und Schorlemer

fürchteten jedoch, daß ein »Sondergesetz zugunsten der Gewerkschaften«, wie die Novelle rechts wie links genannt wurde²⁵, die Maßnahmen unwirksam machen würde, mit denen Eisenbahner und andere Staatsarbeiter sowie die Landarbeiter bisher von den Gewerkschaften hatten ferngehalten werden können²⁶, daß also auch diese Arbeiter den Organisationen zulaufen und damit eine Säule konservativer Macht gefährden könnten, die nicht zuletzt auf dem fehlenden politischen Bewußtsein, der Unorganisiertheit, der Angst und dem sklavischen Gehorsam der Landarbeiter beruhte²⁷. Der konservative Fraktionsführer im preußischen Abgeordnetenhaus, von Heydebrand, drohte deshalb Helfferich, seit Mai 1916 Amtsnachfolger Delbrücks im Reichsamt des Innern, »daß die Konservativen die Regierung nicht mehr unterstützen« würden, wenn sich die Gesetzesnovelle auch auf die Landarbeiter erstreckte²⁸. Auf der anderen Seite machten Heine und Bauer, die Hauptunterhändler der SPD und der freien Gewerkschaften, die Zustimmung der SPD und damit den »Vorteil, den das Gesetz für die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion auch in Wehr- und Finanzfragen bringen könne und solle«, von einer Einbeziehung der Landarbeiter abhängig²⁹.

Diese Gegensätze brachten die Verhandlungen einstweilen auf den »toten Punkt«³⁰. Immerhin stellte Delbrück im Februar 1916 im preußischen Staatsministerium fest, daß die Regierung mit ihrer bisherigen Politik nichts erreicht habe. Die Gewerkschaften seien »ungeachtet der Hindernisse, die ihnen durch polizeiliche Maßnahmen in den Weg gelegt« wurden, zu großer Macht gelangt und hätten sich als »nützliche, ja unentbehrliche Glieder unseres Wirtschaftslebens erwiesen, ganz besonders während des Krieges. Daher müsse man sich fragen, ob es einen Zweck habe, sie weiterhin zu beschränken, ob man nicht vielmehr gut tue, den Kreis der Streitigkeiten über die Abgrenzung des Gewerkschaftsrechts nach Möglichkeit zu verringern. Die Regierung habe seiner Meinung nach ein Interesse daran, die Gewerkschaften so, wie sie sich entwickelt hätten, zu unterstützen, um sie, soweit zugänglich, frei zu machen von der Gefolgschaft gegenüber der Sozialdemokratie, von der Zusammengehörigkeit mit dieser.«³¹

Auch der Kanzler wollte »unter allen Umständen die Gewerkschaften dauernd gewinnen«³² und wußte seit längerem, daß während des Krieges eine Innenpolitik konservativer Prägung nicht zu führen, um Unterstützung aus dieser Ecke zu werben also sinnlos war. Auf seine Weise konsequent, hatte ihm Heydebrand deshalb schon vorher und ohne Bezug auf die Vereinsgesetznovelle jegliche konservative Hilfe aufgekündigt³³. Dennoch entschloß sich Bethmann Hollweg zu einem weiteren Schritt in dieser Frage erst, nachdem Scheidemann ihn Anfang April 1916 im Reichstag auf-

gefordert hatte, den Konservativen »mit aller Entschiedenheit« entgegenzutreten, da der bisherige Verlauf den Anschein erwecke, »als wenn die Arbeiter geradezu brüskiert« und »der kleinliche erbärmliche Polizeikampf . . . auch nach dem Kriege wieder fortgesetzt werden« sollten³⁴. Vier Tage später setzte der Kanzler im Staatsministerium mit knapper Mehrheit die Annahme seiner Vorlage durch³⁵.

Sie bestand aus einem einzigen Paragraphen und enthielt lediglich eine klarere Abgrenzung zwischen politischen und nichtpolitischen Vereinen. Fortan sollte die Einwirkung von Vereinen »auf solche Angelegenheiten der Sozial- oder der Wirtschaftspolitik . . ., die mit der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen oder mit der Wahrung oder Förderung wirtschaftlicher und gewerblicher Zwecke zugunsten ihrer Mitglieder oder mit allgemeinen beruflichen Fragen im Zusammenhange stehen«, nicht mehr als politische Aktivität gewertet werden und keine der für politische Vereine vorgesehenen Sanktionen auslösen³⁶. Dies sollte Fragen des Koalitionsrechts – auch in der Landwirtschaft –, des Tarifvertrags- und Schlichtungswesens, der Lohnregelung, des Arbeitsvertrags- und Streikrechts, des Versicherungs-, Wohnungs- und Bildungswesens sowie Preis-, Zoll- und Steuerfragen einschließen³⁷.

Die Novelle hatte im wesentlichen nur »deklamatorischen Charakter«, wie das Reichsamt des Innern selbst zugab³⁸. Nach den Worten Heines legalisierte sie lediglich, »was die Gewerkschaften tatsächlich immer und doppelt während des Krieges getan haben und was sie nach dem Krieg auch weiterhin tun müssen«³⁹, brachte ihnen also – wie Legien erläuterte – nur eine »selbstverständliche Erleichterung für die unbehinderte Tätigkeit auf dem Gebiete, auf dem gerade gegenwärtig die Reichsregierung ihre Hilfe in Anspruch nimmt«⁴⁰. Eine verlässliche Sicherung gegen die leidige Behandlung als politische Vereine bedeutete sie jedoch nicht. Nach wie vor hing die Handhabung des Vereinsrechts »von dem politischen und juristischen Takt der Verwaltungsbehörden ab«⁴¹.

Ferner konnten die Staatsbehörden ihren Beschäftigten weiterhin den Gewerkschaftsbeiritt verbieten. Für Jugendliche galt unverändert das Verbot der Teilnahme an öffentlichen Versammlungen, auch dann, wenn die in ihnen behandelten Themen innerhalb der Grenzen des neuen Paragraphen lagen⁴². Josef Simon erläuterte der SPD-Fraktion, was das bedeutete: »Öffentliche Gewerkschaftsversammlungen könnten von den Jugendlichen nach der herrschenden Judikatur nicht besucht werden. Große Mitgliederversammlungen aber würden als öffentliche bezeichnet. Die Dinge lägen also jetzt so, daß die Gewerkschaften die Jugendlichen zwar aufnehmen, sie aber weder in öffentliche noch in Mitgliederversammlungen hineinbekommen könnten.«⁴³ Schließlich fehlte jede Erleichterung in der Sprachen-

frage. Im übrigen hatte die Novelle einstweilen nur »rein akademische Bedeutung«⁴⁴, weil die Militärbehörden unter dem Belagerungszustand ungeachtet alter oder neuer Gesetze nach eigenem Gutdünken die Tätigkeit der Gewerkschaften unterbinden oder behindern konnten⁴⁵.

Trotzdem entfesselte die Veröffentlichung des Entwurfs auf der Rechten einen Proteststurm. Die Industrie warnte besonders vor den »unheilvollsten Folgen« der Zulassung Jugendlicher zu den Gewerkschaften⁴⁶, wollte aber auch die übrigen Beschränkungen der Gewerkschaftstätigkeit erhalten wissen⁴⁷. Sie befürchtete vor allem, daß andernfalls die Werkvereine in noch größere Bedrängnis geraten würden, die folgerichtig ebenfalls zu den erbittertsten Gegnern der Novelle gehörten⁴⁸. Die Agrarier sahen in der Vorlage einen »Bruch des Burgfriedens« und beschworen ihre »Gefahren, nicht nur in wirtschaftlicher, sozialer und politischer, sondern auch in sittlicher und religiöser Hinsicht«⁴⁹.

Die Kirchen, besonders die katholische, fürchteten eine Minderung ihres Einflusses auf die Jugendlichen und Landarbeiter. Während sich die evangelischen Gremien mit Rücksicht auf den Kaiser und die evangelische Arbeiterschaft zurückhielten⁵⁰, protestierte der Kölner Erzbischof Hartmann im Namen der Fuldaer Bischofskonferenz beim Kaiser offiziell gegen die Novelle⁵¹. Hiermit freilich belastete er erneut die seit dem Streit um die christlichen Gewerkschaften ohnehin gespannten Beziehungen zwischen dem hohen Klerus sowie dem rechten Zentrumsflügel auf der einen und der katholischen Arbeiterschaft auf der anderen Seite⁵². Zu diesen Gegnern gesellten sich die durchweg konservativ eingestellten Oberlehrer und ihre Standesvereine. Selbst der der FVP angehörende renommierte Pädagoge Georg Kerschensteiner wurde nicht müde, die Zulassung der Jugendlichen zu den Gewerkschaften als den »verhängnisvollsten Schritt auf dem Gebiete der Jugendziehung« zu brandmarken⁵³.

Der große Lärm war freilich dem kleinen Anlaß kaum angemessen. Tatsächlich richtete er sich auch in erster Linie nicht gegen die Vereinsgesetznovelle, sondern dagegen, daß mit ihr »der Grundsatz des Aufschubes der Reformen bis nach Kriegsende in einem ersten Fall aufgegeben«⁵⁴ und »der erste Schritt zur Neuorientierung«⁵⁵ getan werden sollte, wie die Konservativen registrierten. Um den Beginn einer Entwicklung zu verhindern, die ihrer Absicht zuwiderlief, unter dem Schild des Burgfriedens die innenpolitischen Verhältnisse der Vorkriegszeit zu zementieren und in die Nachkriegszeit hinüberzuretten, spielten sie die Debatte zur »politischen Kraftprobe« hoch⁵⁶.

Gerade darum aber schlugen Legien und Bauer im Namen der Generalkommission am 8. Mai 1916 der SPD-Fraktion die Annahme des Regierungsentwurfs vor. Zwar hätte sich auch für weitergehende Anträge, etwa

auf Streichung des Sprachenparagraphen oder auf die Beseitigung aller Einschränkungen des Streikrechts für Landarbeiter⁵⁷, eine Mehrheit im Reichstag finden lassen. Aber da die Regierung ihnen mit Sicherheit nicht gefolgt wäre, hätte ihre Annahme im Parlament lediglich das Scheitern des vorliegenden Entwurfs bewirkt und damit nach den Worten Legiens »direkt die Geschäfte der Konservativen besorgt«⁵⁸. Wollten die Gewerkschaften auf einem ihren »Überzeugungen und Wünschen entsprechenden Vereinsgesetz« bestehen, so bedeute dies »vergebliche Arbeit«; für »die Gewerkschaften würde gar nichts dabei herauskommen«⁵⁹. Die »Vorteile« der Regierungsvorlage sah er vor allem darin, daß es fortan möglich sei, »die Jugend in die Gewerkschaften hineinzubekommen«⁶⁰. Von den Gewerkschaftsführern widersprach nur Simon; er hielt den Wert der Novelle »nicht für groß genug, um deshalb so alte Forderungen wie die Aufhebung des Sprachenparagraphen im Stich zu lassen«⁶¹. Nach Ansicht Eberts dagegen durfte »die Rücksicht auf die Polen ... nicht so weit gehen, daß die Interessen der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter darunter Schaden« litten⁶².

Gegen 13 Stimmen wurde schließlich der Vorschlag Legiens angenommen und erläuternd dazu festgestellt, daß die Forderung der Arbeiterschaft nach einer Reform des Vereins- und Koalitionsrechts »keineswegs ... erfüllt«, bei der derzeitigen parlamentarischen Lage aber kein besseres Resultat zu erzielen sei; die SPD werde nach Annahme der Novelle ihre weitergehenden Bestrebungen fortsetzen⁶³. Ähnlich äußerten sich die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften⁶⁴. Daraufhin wurde am 5. Juni 1916 die Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Konservativen, der Antisemiten und des rechten Flügels der Nationalliberalen im Reichstag angenommen. Die Mehrheit forderte darüber hinaus erneut die Aufhebung des Jugendlichen- und des Sprachenparagraphen⁶⁵.

Die Gewerkschaften würdigten die Novelle als »entschiedenen Fortschritt«⁶⁶, während Reusch sie mit »tiefem Bedauern« quittierte⁶⁷ und die Konservativen ingrimmig die Gewerkschaften als »eigentliche Sieger« anerkannten⁶⁸. Indessen erfüllten sich die Befürchtungen ihrer Gegner zunächst nicht: Unter den Landarbeitern ging 1916 die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten weiter zurück⁶⁹. Mit der gewerkschaftlichen Organisation der Jugendlichen sah es ähnlich aus. Vor Kriegsausbruch hatte nur ein Bruchteil der jugendlichen Beschäftigten einer Gewerkschaft angehört⁷⁰. Lediglich in einzelnen Gewerkschaften, Kartellen und Ortsverwaltungen hatte es eigene Jugendabteilungen gegeben. Während des Krieges verfielen die meisten oder wurden aufgelöst, weil die Gelder für ihren Unterhalt und Funktionäre für ihre Betreuung fehlten. An den wenigen Orten, wo sie fortbestanden, bereiteten sie den Gewerkschaften nicht selten

weniger Freude als Verdruß. Denn gerade in den industriellen Ballungsgebieten – in Berlin und Hamburg, manchen Städten Mitteldeutschlands und an der Ruhr – entwickelten sich die Jugendorganisationen zu so starken Zentren der linken Opposition, daß die Gewerkschafts- und Parteiinstanzen einigen von ihnen die Unterstützung entzogen⁷¹. Infolgedessen bestanden in den Gewerkschaften einstweilen weder die Möglichkeit noch sonderliche Neigung für größere Werbeaktionen unter den Jugendlichen und schon gar nicht die Absicht, »die Jugendlichen zu politisieren«⁷².

Die Gründung des Eisenbahner-Verbandes

Die zweite innenpolitische Frage, in der sich der Staat nach längerem Widerstreben zu einem gewissen Entgegenkommen bereit fand, betraf die Gewährung des Koalitionsrechts für Staatsarbeiter, insbesondere für Eisenbahner. Vor dem Krieg wurden diese Gruppen von den Behörden nach einem Wort Rosa Luxemburgs wie Soldaten zum »Kadavergehorsam« gezwungen und auf der Stufe von »uniformierten Staatsklaven«⁷³ gehalten. Seit 1913 mußten die Eisenbahner in Preußen schriftlich erklären, daß sie weder der Sozialdemokratie noch einer Gewerkschaft angehörten, die zur Durchsetzung ihrer Ziele das Streikrecht in Anspruch nahm. Damit war ihnen die Zugehörigkeit zu allen freien Gewerkschaften untersagt. Ähnliche Reverse hatten die Eisenbahner in den übrigen Bundesstaaten mit Ausnahme Oldenburgs zu unterschreiben⁷⁴.

Der 1907 unternommene Versuch, einen freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverband ins Leben zu rufen, schlug deshalb fehl. Seine wenigen Mitglieder schlossen sich 1908 dem Transportarbeiterverband als eigene Sektion an⁷⁵; bis in die Kriegsjahre stagnierte ihre Mitgliederzahl bei wenigen Hundert⁷⁶. Um nicht als Gewerkschaftsangehörige entlarvt und entlassen zu werden, mußten sich ihre Angehörigen nahezu konspirativer Praktiken bedienen. Für Zusammenkünfte beantragten sie unter irgendwelchen Vorwänden Urlaub; die Treffen selbst wurden geheim abgehalten und oft mehrfach aufgelöst und an einen anderen Ort verlegt, um Polizeispitzel abzuschütteln⁷⁷. Seit Kriegsbeginn brauchten zwar Arbeiter, die neu in die Staatsbetriebe eintraten, die Reserve nicht mehr zu unterschreiben, weil sie nur vorübergehend eingestellt wurden und weil die Gewerkschaften von sich aus für die Kriegsdauer auf Streiks verzichtet hatten. Für alle, die vor dem Krieg dort die Arbeit aufgenommen hatten, galt jedoch die Unterschrift nach wie vor⁷⁸.

Schon vor 1914 war diese Einschränkung des Koalitionsrechts von Gewerkschaften und SPD erbittert bekämpft worden. Im August 1915 forder-

te die Generalkommission erneut ihre Beseitigung und darüber hinaus das Recht der Gewerkschaften, bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Staatsbetrieben mitzusprechen⁷⁹. Wenig später griff die bayerische Sozialdemokratie den Eisenbahner-Revers an. König Ludwig III. von Bayern hatte kurz zuvor »in Anerkennung der patriotischen Haltung der gesamten Arbeiterschaft seit Ausbruch des Krieges« ein »entgegenkommendes Verhalten der Staatsregierung« in dieser Angelegenheit für angezeigt erachtet⁸⁰. Trotzdem befand der Ministerrat, daß das Streikverbot für Eisenbahner, die in Bayern anders als in Preußen prinzipiell Beamte waren, aufrechterhalten bleiben müsse, freilich nicht unbedingt der Revers, den die Gewerkschaften als Diskriminierung empfanden. Vor einer Änderung jedoch wollte sich Bayern mit den Regierungen Preußens und Sachsens auf ein einheitliches Vorgehen verständigen, um den Anschein einer einseitigen Kapitulation vor der Sozialdemokratie zu vermeiden. Trotz eines erneuten Vorstoßes der Generalkommission⁸¹ bestätigte die Konferenz der Bundesstaaten mit Staatsbahnbesitz im November 1915 jedoch den Grundsatz, »daß für das Personal der Verkehrsanstalten der Streik als zulässiges Kampfmittel nicht in Betracht kommen könne«⁸². Lediglich hinsichtlich der Mittel, um diesem Grundsatz Geltung zu verschaffen, zeigte sie sich zu gewissen Modifikationen bereit.

Bayern verzichtete daraufhin auf den Revers. Zur »Sicherung gegen Streikgefahr« trat an seine Stelle eine Verordnung, die Staatsbediensteten »die Teilnahme an Bestrebungen, die den staatlichen oder dienstlichen Interessen zuwiderlaufen«, verbot. Darunter fiel insbesondere »die Teilnahme an Vereinen, deren Zweck oder Bestrebungen die Gefahr eines Ausstandes herbeizuführen geeignet sind«⁸³. Auf eine sozialdemokratische Anfrage, ob dies auch für die freien Gewerkschaften gelte, antwortete der bayerische Ministerpräsident Hertling ausweichend, das käme »auf das Verhalten der Gewerkschaften an«; die Regierung erwarte, »daß die Gewerkschaften die besonderen Pflichten der staatlichen Verkehrsanstalten« anerkennen würden. Unter dieser Voraussetzung solle den Eisenbahnern der Beitritt zu den freien Gewerkschaften nicht verwehrt werden⁸⁴. Die Neuerung bestand also darin, daß den Eisenbahnern der Gewerkschaftsbeitritt unter der Bedingung erlaubt wurde, daß sie auf die Anwendung des wichtigsten gewerkschaftlichen Kampfmittels verzichteten. Einen sicheren Schutz vor einer Beschränkung des Koalitionsrechts bot die Verordnung keineswegs⁸⁵, trotzdem wartete die Generalkommission zunächst ab, wie sie von der bayerischen Regierung gehandhabt werden würde⁸⁶.

In Preußen rührte sich unterdessen nichts. Zwar hatte Delbrück in seiner Denkschrift über innenpolitische Reformmaßnahmen vom Mai 1915 gleichfalls angedeutet, den Eisenbahnern die Zugehörigkeit zu solchen Or-

ganisationen gestatten zu wollen, »die den Streik als Kampfmittel in Streitigkeiten über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausschließen«⁸⁷. Aber Breitenbach lehnte es ab, diesem Gedanken näherzutreten, mit der Begründung, es handle sich um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung, die während des Burgfriedens nicht aufgeworfen werden dürfe⁸⁸. Statt dessen betätigte er in einer Anfang 1916 in Kraft tretenden Neufassung der Dienstordnung für Eisenbahner nicht nur das Verbot der Zugehörigkeit zu »Vereinen oder Verbänden, die die Arbeitseinstellung als zulässiges Kampfmittel erachten oder unterstützen«, sondern verpflichtete darüber hinaus die Eisenbahner, sich »auch außerhalb des Dienstes . . . achtbar und ehrenhaft zu führen und von der Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen, Vereinen oder Versammlungen fernzuhalten«⁸⁹.

Generalkommission und Transportarbeiterverband verlangten sofort die Aufhebung dieser Bestimmungen oder wenigstens eine Erklärung des Ministers, daß die Gewerkschaften bei der Mitgliederwerbung im Eisenbahnbetrieb nicht behindert werden würden. Hierbei wiesen sie darauf hin, daß der überwiegende Teil der Arbeitskonflikte friedlich beigelegt und in den preußischen Verkehrsbetrieben leicht durch ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bei der Regelung der Arbeitsbedingungen vermieden werden könne⁹⁰. Breitenbach griff diesen Hinweis auf, verlangte nun aber einen verbindlichen Streikverzicht der freien Gewerkschaften als Voraussetzung für die Aufhebung des Beitrittsverbots. Gleichzeitig bekräftigte er die Gültigkeit der neuen Dienstordnung für alle ständig beschäftigten Eisenbahner und kündigte an, daß Gewerkschaftsmitglieder zwar nicht entlassen, aber auch nicht in eine Dauerstellung übernommen würden⁹¹.

Die Generalkommission berief daraufhin für den 27. März 1916 eine Konferenz derjenigen Gewerkschaften ein, die Mitglieder in den Eisenbahnbetrieben hatten. Sie sollte klären, ob für diese Mitglieder ein Streikverzicht ausgesprochen oder ob für sie besondere Abteilungen gebildet werden sollten, die dann ihrerseits auf das Streikrecht verzichteten, oder ob die Agitation unter den Eisenbahnern nur einem Verband, etwa dem Transportarbeiter-Verband, übertragen werden und innerhalb dieses Verbandes eine selbständige Eisenbahnerabteilung aufgebaut werden sollte, die den preußischen Forderungen genüge. Die Konferenz entschied sich für eine vierte Möglichkeit, nämlich für die Gründung einer eigenen Eisenbahnergewerkschaft. Ihr Statut sollte zwar keinen ausdrücklichen Verzicht auf den Streik enthalten, aber auch keine Streikunterstützung und keine organisatorischen Vorkehrungen für Streiks vorsehen; zur Schlichtung von Streitfällen, die sich aus den Dienst- und Arbeitsverhältnissen ergaben, sollte die Organisation die Errichtung von paritätisch besetzten Schiedsstanzen fordern.

Anfang April 1916 wurde dem Reichskanzler dieser Beschluß nebst der Erwartung mitgeteilt, daß der neuen Organisation dieselben Rechte eingeräumt würden wie den schon bestehenden Eisenbahner-Organisationen⁹². Breitenbach jedoch bestand weiterhin auf einem satzungsmäßigen Streikverzicht. Erst in langen Verhandlungen mit dem Reichsamt des Innern gelang es der Generalkommission, diese Forderung durch eine Formulierung zu umgehen, die nicht das Streikrecht selbst, sondern lediglich die Absicht seiner Ausübung verneinte.

In der Annahme, hiermit endlich alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt zu haben, wurde am 14. Juni 1916 der Deutsche Eisenbahner-Verband (DEV) gegründet⁹³. Er nahm am 1. Juli 1916 mit dem Übertritt der 891 Mitglieder der Eisenbahnersektion des Transportarbeiter-Verbandes seine Arbeit auf⁹⁴. Da es infolge der bisherigen Behinderungen unter diesem Häuflein kaum erfahrene Gewerkschaftler gab, wurde die Pionierarbeit von Funktionären derjenigen Gewerkschaften übernommen, die bisher Eisenbahner organisiert hatten. Dem Gründungsvorstand gehörten die Vorsitzenden der Verbände der Transportarbeiter, Maschinisten und Heizer, Kupferschmiede, Maler und Lackierer sowie der Sattler an, ferner der Berliner DMV-Bezirksleiter Wilhelm Siering; nur der Vorsitzende L. Brunner war selbst Eisenbahner⁹⁵.

Zunächst machte der neue Verband nur kleine Fortschritte, und bereits im Oktober 1916 geriet sein Mitgliederzuwachs wieder ins Stocken. Denn Breitenbach erneuerte überraschend seine Forderung nach einem ausdrücklichen Streikverzicht und verbot ohne Rücksicht auf die Einigung der Gewerkschaften mit dem Reichsamt des Innern den preußischen Eisenbahnern den Beitritt zum DEV⁹⁶. Die Gewerkschaftsführer und große Teile der Arbeiterschaft faßten dieses Vorgehen Breitenbachs als »das Zurückweisen einer versöhnlich dargebotenen Hand«, als »Versuch einer Demütigung« und als Beweis dafür auf, »daß es der Regierung an ernstem Willen oder aber an der Kraft fehle, ... das Deutsche Reich einer wirklich neuen Zeit entgegenzuführen«; außerdem werteten sie es als Indiz für die Ohnmacht des Kanzlers gegenüber den preußischen Ministern und als schlechtes Zeichen für die künftige innen- und sozialpolitische Entwicklung⁹⁷. Auch die bürgerlichen Sozialreformer verurteilten diesen Erlaß als »bürokratische Ungerechtigkeit, ... die ... drauf und dran ist, der innerpolitischen Versöhnungsarbeit des Reichskanzlers noch vor Beginn der ›Neuorientierung‹ einen Schlag zu versetzen, von dem sich diese schwer wieder erholen dürfte«⁹⁸.

Trotzdem beharrte Breitenbach, unterstützt von Industrie und Wirtschaftsfriedlichen⁹⁹, auf seinem Standpunkt. Infolgedessen brachte es der DEV bis Ende 1916 nur auf 1470 Mitglieder; davon waren 526 Neuaufnah-

men, der Rest von anderen Gewerkschaften übergetreten¹⁰⁰. Noch Anfang 1917 schien es durchaus zweifelhaft, ob aus der Eisenbahnergewerkschaft »überhaupt etwas werden könne« oder ob sie ein ähnlich kümmerliches Dasein fristen würde wie die alte Eisenbahnersektion des Transportarbeiter-Verbandes¹⁰¹. Erst nach neuerlichen Verhandlungen mit der Generalkommission und dem Vorstand des DEV, vor allem aber unter dem Eindruck der steigenden Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft, die sich im Frühjahr 1917 in einer großen Streikwelle Luft machte, gab Breitenbach schließlich nach und hob das über den DEV verhängte Beitrittsverbot auf. Dieser hatte zuvor im Einvernehmen mit der Generalkommission erklärt, er gehöre »nicht zu den Organisationen, welche die Arbeitseinstellung zur Durchsetzung ihrer Forderungen in Anwendung bringen«, und versichert, daß seine Satzung keine Durchführung von Streiks ermögliche und er auch von anderer Seite nicht zur Unterstützung von Streiks herangezogen werden könne. Dem Vorgehen Preußens folgten die Eisenbahnverwaltungen der übrigen Bundesstaaten. Erst mit dem 1. März 1917 setzte also die Tätigkeit des DEV voll ein¹⁰².

Innerhalb kurzer Zeit nahm er einen erstaunlichen Aufschwung. Bereits nach einem Monat umfaßte er rund 6000 Mitglieder in 36 Ortsgruppen¹⁰³. Im November 1917 zählte allein die Ortsgruppe Hannover weit über 3000 Mitglieder; in Schneidemühl stieg die Mitgliederzahl von 60 auf 1200¹⁰⁴, in Saarbrücken von 0 auf 1000¹⁰⁵, in Frankfurt a. M. auf über 400¹⁰⁶, in Jena auf 300¹⁰⁷. Langsamer ging es in Berlin. Im April 1917 hatte der DEV hier noch nicht einmal genug Mitglieder, um einen Ortsgruppen-Vorstand bilden zu können¹⁰⁸, und anfänglich war es den Funktionären »ganz unheimlich zumute«, daß sie mit den Eisenbahnern keine Fühlung bekamen¹⁰⁹. Nachdem sie jedoch in Tempelhof Fuß gefaßt hatten, ging es auch hier schnell vorwärts. War die erste Versammlung nur von elf Arbeitern besucht, so gehörten der Berliner Ortsgruppe einige Wochen später bereits über 1000 Eisenbahner an¹¹⁰. In Süddeutschland vermochte sich der Verband allerdings kaum durchzusetzen; denn die Eisenbahnerverbände der süddeutschen Bundesstaaten lehnten Verständigungsangebote der Generalkommission ab und verweigerten eine Zusammenarbeit mit dem DEV¹¹¹. Dennoch brachte es der Verband bis Ende 1917 auf insgesamt 37000 Mitglieder, drei Monate später auf über 42000¹¹². Trotz dieses schnellen Wachstums unterließ der DEV-Vorstand aber noch längere Zeit die Veröffentlichung von Mitgliederzahlen, um den Eisenbahnverwaltungen nicht zu verraten, »wie außerordentlich schwach« der Verband noch immer war¹¹³.

Tatsächlich hatte er erhebliche innere Schwierigkeiten zu überwinden. Da er sich anfänglich nur zwei bezahlte Angestellte leisten konnte, mußte

er bei der Agitation auf die Hilfe anderer Gewerkschaften zurückgreifen. Der Transportarbeiterverband forderte seine Angestellten auf, ihre freie Zeit für die Weiterentwicklung des DEV zu verwenden, und trat ihm mit rund 100 Funktionären zur Seite¹¹⁴. Auch vom DMV erhielt er tatkräftige Unterstützung¹¹⁵. Doch diese Hilfe nützt dem DEV nicht immer. Wenn die Mitglieder eine Agitationsversammlung einberiefen, wollten sie einen der beiden Spitzenfunktionäre hören und nicht einen Referenten einer anderen Gewerkschaft, der die Verhältnisse der Eisenbahner nicht aus eigener Anschauung kannte. Die beiden hauptamtlichen Funktionäre konnten jedoch unmöglich allen derartigen Wünschen nachkommen. Daher mußten immer wieder Versammlungen abgesagt werden¹¹⁶.

Mit der Mitgliederzunahme stiegen zwar auch die Einnahmen des Verbandes, zumal die Zahlungsmoral der neuen Mitglieder eine »äußerst gute« war¹¹⁷. Doch die Herstellung von 212000 Flugblättern, 32000 Exemplaren der Satzung und 120000 Mitgliedsbüchern verursachte dem DEV so große Unkosten, daß für Personalausgaben nicht mehr viel übrigblieb. Wiederholte Stellenausschreibungen für besoldete Funktionäre fanden keine Resonanz, weil den Interessenten die Bezüge zu gering erschienen. Erst als sie auf das Niveau der Eisenbahner-Einkommen erhöht wurden, trat eine Besserung ein¹¹⁸. Manche Personalwünsche der Ortsgruppen und Bezirke konnten freilich auch dann noch nicht erfüllt werden, weil es an geeigneten Bewerbern fehlte. Besonders litt der Verband darunter, daß er bis Ende 1917 keinen Redakteur für das Verbandsorgan finden konnte. Um den dringendsten Anforderungen zu genügen, engagierte er eine Reihe von Bezirksleitern aus anderen Gewerkschaften, hauptsächlich dem Transportarbeiterverband und dem DMV¹¹⁹.

Dabei waren die Mitglieder ungeduldig und wollten von der Organisation Taten sehen. Sobald sie das Mitgliedsbuch in der Hand hielten, überhäufte sie die Funktionäre mit Forderungen, die beim Ministerium, in den Eisenbahndirektionen oder gegenüber einzelnen Dienststellen vertreten werden sollten, und zeigten sich verärgert und enttäuscht, wenn der erwartete Erfolg nicht sofort eintrat¹²⁰. Verspäteten sich angekündigte Agitationsmaterialien aufgrund der Papierknappheit, des Arbeitermangels in den Druckereien oder wegen Verzögerungen auf dem Postweg um einige Tage, so reagierten sie sogleich mit vorwurfsvollen Anfragen beim Vorstand und »verloren gleich das Vertrauen«¹²¹.

Hinzu kamen Organisationshemmnisse, die mit der hierarchischen Gliederung des Eisenbahnpersonals zusammenhingen, das in zahllose Status- und Lohngruppen zersplittert war. Als der DEV in Frankfurt die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten zu einer Versammlung einlud, fühlten sich die Rottenarbeiter, die Güterbodenarbeiter und das Rangierpersonal zurück-

gesetzt, weil sie in der Einladung nicht einzeln aufgeführt worden waren¹²². »Der großen Masse der Eisenbahner ermangelt überhaupt das Gefühl für Solidarität und Organisationsdisziplin, sie sind noch viel zu sehr beherrscht vom Kastengeist«, stellte Brunner Ende 1917 fest¹²³. So mancher Arbeiter, der zuvor in einem Privatunternehmen beschäftigt gewesen war, hielt sich für »etwas besseres als bisher«, sobald er nur den Anstellungsschein der Eisenbahndirektion in der Tasche hatte¹²⁴, offenbar in der Überzeugung, nunmehr zu einem Träger staatlicher Autorität avanciert zu sein.

Überdies ging der Kleinkrieg der Bahnverwaltungen gegen die Gewerkschaftsmitglieder trotz der Aufhebung des Beitrittsverbots an vielen Orten weiter oder wurde mit dem Erstarben des DEV wieder aufgenommen. Dessen Vorstandsmitglieder wurden zwar im preußischen Eisenbahnministerium in Berlin »aufs zuvorkommende« empfangen und im sächsischen Ministerium in Dresden ähnlich behandelt¹²⁵. Gleichzeitig aber verlangte die Eisenbahndirektion Altona von verschiedenen DEV-Ortsgruppen die Benennung aller Vorstandsmitglieder und die Anmeldung der Versammlungen nebst Bekanntgabe der Tagesordnung¹²⁶.

In Gleiwitz erhielt der DEV-Bezirksleiter erst nach langen vergeblichen Versuchen vom Generalkommando die Genehmigung zur Abhaltung einer großen öffentlichen Eisenbahnerversammlung. Einen Tag bevor sie stattfinden sollte, wurde der Ortsgruppenvorsitzende, der aufgrund der Vorschriften als einziger die Versammlung leiten durfte, nach Berlin versetzt und dort zum Heeresdienst einberufen mit der Begründung, er sei ein Streikhetzer. Dasselbe widerfuhr sämtlichen Ortsverwaltungsmitgliedern und Vertrauensleuten. Allerdings fand die Versammlung trotzdem statt, und einem DEV-Vorstandsmitglied gelang es, die Einberufungen rückgängig zu machen¹²⁷. Dennoch riß in Oberschlesien die Kette der Maßregelungen von DEV-Funktionären nicht ab¹²⁸. In Köln ließ ein hoher Beamter der Eisenbahndirektion wissen, daß er auf Eingaben des DEV prinzipiell keine Antwort erteile. Bei jeder Gelegenheit machten in diesem Direktionsbezirk die Vorgesetzten den Arbeitern klar, »daß sie zwischen der Mitgliedschaft im DEV und dem Schützengraben einerseits und dem Reklamiertsein andererseits zu wählen hätten«¹²⁹.

Schließlich hatte sich der DEV gegen die bestehenden Eisenbahner-Organisationen durchzusetzen, insbesondere gegen den Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter, den sogenannten Trierer Verband, der vor dem Krieg rund 40000 Mitglieder umfaßte. Er hatte anfänglich den christlichen Gewerkschaften nahegestanden, aber seit der Übernahme des Vorsitzes durch den Göttinger Schlosser Gustav Ickler seine politische Heimat bei den Nationalliberalen, die Ickler auch in den Reichstag ent-

sandten. Der zweitstärkste Gegner des DEV war der von Wilhelm Gutsche geführte Zentralverband deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter, der sogenannte Elberfelder Verband; er zählte rund 30000 Mitglieder und hatte sich schon bei seiner Gründung 1908 dem Gesamtverband christlicher Gewerkschaften angeschlossen. Trierer und Elberfelder Verband arbeiteten seit 1910 im »Reichskartell deutscher Beamten und Staatsangestellten« zusammen, dem auch noch zwölf kleinere Verbände von Eisenbahnbeamten angehörten; insgesamt vertrat diese Organisation, die ebenfalls von Ickler geleitet wurde, rund 125000 Beschäftigte der Eisenbahnverwaltungen¹³⁰.

Verständlicherweise wehrten sich diese Verbände gegen die unerwünschte Konkurrenz. Nach Angaben des DEV-Vorsitzenden schreckten sie dabei »vor nichts« zurück¹³¹. Vielfach versuchten sie, DEV-Versammlungen zu hintertreiben oder zu stören¹³². In Oberschlesien mobilisierten sie die katholische Geistlichkeit mit dem Erfolg, daß in Einzelfällen Mitgliedern des DEV die Absolution verweigert wurde¹³³. Manchmal arbeiteten die Eisenbahndirektionen dabei eng mit ihnen zusammen. In Kattowitz und Breslau etwa stellten sie Eisenbahner frei, die gegen den DEV agitierten¹³⁴, während sie DEV-Funktionären den Urlaub zur Teilnahme an der ersten Verbandskonferenz im November 1917 verweigerten¹³⁵. Auch von den Eisenbahndirektionen im Rheinland wurden die DEV-Mitglieder auf mancherlei Weise behindert, während die Angehörigen des Elberfelder Verbandes bei ihnen »ein und aus« gingen¹³⁶. Brunner zufolge beruhte die Machtstellung der gegnerischen Verbände überhaupt nur darauf, daß sie die »Hintertreppen« benutzten¹³⁷.

Trotzdem war das Wachstum des DEV nicht aufzuhalten. Selbst zahlreiche Angehörige der gegnerischen Organisationen, mitunter ganze Ortsgruppen, traten zu ihm über. Auch wo sie ihrem alten Verband mit Rücksicht auf ihre Ansprüche an dessen Kranken- und Sterbekassen vorerst noch treu blieben, bewiesen sie dem DEV ihre Sympathie und ihrem eigenen Verband das Mißtrauen, indem sie bei Arbeiterausschuwahlen für die freigewerkschaftliche Organisation stimmten. So gewann der DEV an manchen Orten die Mehrheit der Ausschusssitze, obwohl er den gegnerischen Organisationen an Mitgliederzahl unterlegen war, so in Jena und Opladen¹³⁸. Bereits Ende 1917 war er nahe daran, die gegnerischen Verbände zahlenmäßig zu überflügeln¹³⁹. Bei Ausbruch der November-Revolution zählte er knapp 60000 Mitglieder¹⁴⁰.

Trotz dieses Erfolges mußte sich der DEV-Vorstand vereinzelt schon während des Krieges und verstärkt nach Kriegsende harte Kritik aus den eigenen Reihen wegen des Verzichts auf die Anwendung des Streikrechts gefallen lassen, der an seiner Wiege gestanden hatte¹⁴¹. Gewiß mochte dies

nach den Erfahrungen der Novemberrevolution als unnötiger Kotau vor einem zum Zusammenbruch verurteilten Regime erscheinen, doch den Gegebenheiten der ersten beiden Kriegsjahre wird diese Kritik kaum gerecht. Der DEV-Vorstand verteidigte sich mit dem Argument, zur Zeit der Verbandsgründung habe »am allerwenigsten ... mit dem baldigen Ausbruch der Revolution in Deutschland gerechnet werden« können¹⁴². Tatsächlich glaubte zu dieser Zeit sowohl in der Regierung als auch in den führenden Kreisen von Gewerkschaften und SPD kaum jemand an eine Niederlage Deutschlands und – als ihre Voraussetzung oder Folge – an einen Zusammenbruch der bestehenden Machtverhältnisse¹⁴³.

Die Gewerkschaften aber waren damals durch Einberufungen und Austritte auf weniger als die Hälfte ihres Vorkriegsstandes dezimiert; die wirtschaftliche Not hatte ihre Anhänger demoralisiert¹⁴⁴; der Belagerungszustand und die Furcht vor der Einberufung schüchterten sie ein, und unter den nichtorganisierten Eisenbahnern erwies sich die Angst vor den Folgen eines Verstoßes gegen die antigewerkschaftlichen Verordnungen als »unendlich groß«¹⁴⁵. Die Voraussetzungen für eine Mobilisierung der Arbeiterschaft zu Kampfmaßnahmen gegen die Beschränkungen des Koalitionsrechts waren also kaum gegeben. Der DEV-Vorstand vertrat sogar die Überzeugung, daß alle Bemühungen um die Aufhebung der Koalitionsrechtsbeschränkungen zum Scheitern verurteilt gewesen wären, hätte das Eisenbahnministerium die ängstliche Stimmung der Eisenbahner in vollem Umfange gekannt.

Vor diesem Hintergrund erscheint das Verhalten der Gewerkschaften schlüssig und keineswegs ungeschickt. Ein Bestehen auf dem Streikrecht der Eisenbahner hätte ebenso wie das Beharren auf allen vereinsrechtlichen Forderungen dazu geführt, daß überhaupt keine Reform stattfand, daß die rechtliche Lage der Arbeiterschaft also bis auf weiteres unverändert schlecht blieb. Nach einem für Deutschland erfolgreichen Krieg aber wären die Aussichten für Reformen nicht unbedingt günstiger geworden. Ein Sieg hätte das Machtgefühl der herrschenden Klassen zunächst vermutlich so gestärkt, daß sie versucht hätten, die Repressionspraxis gegenüber den Arbeiterorganisationen wieder aufzunehmen. Daher war die Strategie von Gewerkschafts- und SPD-Führung vernünftig, in der Zwangslage, in die der Krieg die Regierung versetzt hatte, wenigstens kleine Fortschritte durchzusetzen.

Es ist daher begrifflich, daß der DEV-Vorstand unter den Gegebenheiten der ersten beiden Kriegsjahre im Streikverzicht eine »unbedingte Notwendigkeit und das einzige Mittel« sah, die Eisenbahner »der Knechtschaft und dem feudal-kapitalistischen Terror des Herrn v. Breitenbach zu entreißen« und in eine freigewerkschaftliche Organisation hineinzubringen¹⁴⁶.

Erst unter den sozialen Veränderungen der zweiten Kriegshälfte wurde es zweifelhaft, ob die Gewerkschafts- und SPD-Führung nicht die Macht der Regierung über- und die der Arbeiterschaft unterschätzte.

Die preußische Wahlrechtsfrage

Für wie stabil die herrschenden Klassen selbst ihre Position in den ersten beiden Kriegsjahren noch hielten, demonstriert ihr Verhalten in der innenpolitischen Kernfrage, der Reform des preußischen Wahlrechts. Im August 1914 mochte Delbrück auf die Forderung Eduard Davids nach einer Demokratisierung des Wahlrechts »nichts Bestimmtes sagen«¹⁴⁷. Dem Kanzler – zugleich preußischer Ministerpräsident – riet er, zwar öffentlich zu erklären, daß der Krieg »auch auf dem Gebiet der inneren Politik manches wandeln müsse«, aber sich auf keine Einzelheiten festzulegen, diese Hinhaltenetaktik möglichst lange zu verfolgen und sich nur intern darüber klar zu werden, ob und welche Konzessionen möglich seien¹⁴⁸.

Daß überhaupt Konzessionen nötig sein würden, war keineswegs allen hohen Repräsentanten des Staates einsichtig. In der Umgebung des Kaisers und im Kreise der Generäle wollte man um diese Zeit von der Wahlrechtsreform nicht das geringste wissen. Hier hatte der Kampfgeist der Truppen die Meinung entstehen lassen, die »Nationalisierung« der sozialdemokratischen Arbeitermassen sei bereits Wirklichkeit geworden. Begeistert schrieb der stellvertretende preußische Kriegsminister Wild von Hohenborn Anfang Oktober 1914 seiner Frau: »Die Sozen in der Front sind untadelhaft. In der Armee gibt's keine Sozen! Nur brave Soldaten! Keine Spur von Widerspenstigkeit. Die Gesinnung aller ist heldenhaft! Die Sozialdemokratie kann einpacken. Die Kerle, die die Höhen von Craonne gestürmt haben, besuchen keine soz. dem. Versammlungen mehr.«¹⁴⁹ Aus solchen Eindrücken erwuchs die Annahme, »die Folge des Krieges werde in der inneren Politik ein Ruck nach rechts sein«¹⁵⁰.

Nachdem jedoch mit dem Verlust der Marneschlacht die Hoffnungen auf einen schnellen Sieg zerstoßen waren und angesichts der unabsehbar werdenden Kriegsdauer die Spannungen im Innern zunahmen, ließ sich die Taktik völliger Ausklammerung nicht mehr durchhalten. Im Dezember 1914 gab Bethmann Hollweg daher die Anweisung, Vorschläge für eine Änderung des Dreiklassenwahlrechts zu erarbeiten¹⁵¹. In einer Denkschrift vom Juni 1915 schlug der preußische Innenminister von Loebell jedoch kosmetische Änderungen des Wahlrechts vor; nach wie vor sollte es dazu dienen, im Landtag »das zahlenmäßige Übergewicht der großen Masse so weit einzuschränken, daß sie über die besitzenden und gebildeten Stände

nicht die Oberhand gewinnt«¹⁵². Im September 1915 wurde ein entsprechender Gesetzentwurf dem Preußischen Abgeordnetenhaus zugeleitet.

Freilich sah sich die Regierung um diese Zeit noch keinem starken Druck seitens der SPD- und Gewerkschaftsführung ausgesetzt¹⁵³. Die Gewerkschaftsführer befaßten sich 1915 nur einmal mit der Wahlrechtsfrage, als es um die Beteiligung an einer gemeinsamen Aktion aller Arbeiter- und Angestellten-Verbände ging, die der Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes, Böhme, vorgeschlagen hatte. Diese vergleichsweise kleine Organisation, 1909 aus Kreisen des mittleren und kleinen Bauerntums aus Unzufriedenheit mit dem von den Großgrundbesitzern beherrschten BdL gegründet, stand den Nationalliberalen nahe und vertrat innenpolitisch eine reformbereite Linie, ohne freilich als Vorkämpfer einer demokratischen Verfassung gelten zu können¹⁵⁴. Da er folglich nur »mit sehr zurückgeschraubten Forderungen« aufwartete, die Sozialdemokratie aber durch deren Unterstützung »mittelbar ... festgelegt werden würde«, hatte Ebert die »allergrößten Bedenken« gegen die Anregung Böhmes. Legien hielt es überhaupt für »ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften sich in einer so hochpolitischen Frage in dem gegenwärtigen Zeitpunkt engagieren« könnten¹⁵⁵. Die Vorstandskonferenz einigte sich deshalb auf eine ausweichende Antwort an den Bauernbund, der daraufhin offenbar sein Vorhaben fallenließ. An einen eigenen Vorstoß dachten die Gewerkschaftsführer auch in den folgenden Monaten nicht. Im Correspondenzblatt konnte man lesen, die Zeit sei »nicht geeignet, sich näher mit diesen Fragen zu beschäftigen, solange der Feind vor den Toren steht«¹⁵⁶, wobei versichert wurde, »daß wir die Aufschiebung der Wahlrechtsreform bis nach Kriegsende verstehen und billigen«¹⁵⁷.

Auch 1916 blieb die Lage im wesentlichen unverändert. Der Kaiser beschwor in seiner Thronrede vom 13. Januar nur allgemein und nebelhaft einen »Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens«, der »im Frieden fortwirken«, die »öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden« würde auch »in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften«¹⁵⁸. Solche Leerformeln aber verfehlten jetzt ihre Wirkung. Auf der einen Seite machte die Rechte mobil¹⁵⁹, auf der anderen forderte die Sozialdemokratie mit Rücksicht auf die anschwellende Opposition in den eigenen Reihen konkrete Maßnahmen¹⁶⁰: Die SPD-Reichskonferenz verlangte im September 1916 eindeutig »die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts für alle Bundesstaaten und Gemeinden«¹⁶¹. Die Redaktion des Correspondenzblattes forderte nun die »Beseitigung aller politischen und sonstigen Vorrechte«, die »Demokratisierung des öffentlichen Lebens« und »parlamentarische Regierung« und warnte, »daß das Staatswesen verloren ist, das nicht alle Volksteile zur Mitarbeit im Ganzen« heranziehe¹⁶². Vom Einsatz

gewerkschaftlicher Kampfmittel zur Durchsetzung dieser Forderungen war freilich noch nicht die Rede.

Die christlichen Gewerkschaften schwiegen ebenfalls nicht länger. Der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses bezeichnete im August 1916 »die tatsächliche Anerkennung und praktische Durchführung der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft« als »eine Grundbedingung innerer Gesundheit und des Wiederaufbaus unseres Wirtschaftslebens«. Dafür erachtete er »eine volkstümliche Gestaltung des preußischen Wahlrechts« als notwendig¹⁶³. Termine und konkrete Einzelforderungen wurden freilich nicht genannt, ebensowenig bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen; diese zeigten sogar mit Rücksicht auf den Burgfrieden für einen vorläufigen Aufschub der Reform Verständnis¹⁶⁴. Allein die Wirtschaftsfriedlichen sträubten sich mit aller Energie gegen eine Wahlrechtsreform. Dahingehende Bestrebungen richteten sich für sie »schnurstracks gegen den Geist des Burgfriedens«¹⁶⁵; sie seien »kein Gegenstand für Ausgleichsverhandlungen, sondern nötigenfalls entschiedenster Bekämpfung«¹⁶⁶, ließen sie sich schon 1915 vernehmen, und 1916 rechtfertigten sie die Besitz- und Einkommensstaffelung des geplanten Pluralwahlrechts¹⁶⁷. Daß die Industrie jeden Gedanken an eine Wahlrechtsreform, zumal während des Krieges, mit aller Entschiedenheit ablehnte, verstand sich von selbst¹⁶⁸. Trotz der Verschärfung der Wahlrechtsdiskussion blieb die Regierung untätig wie zuvor, die Wahlrechtsfrage also ungelöst¹⁶⁹.

Die sozial- und innenpolitischen Entscheidungen der ersten beiden Kriegsjahre zeigen deutlich, daß die Reformfeindlichkeit von Agrariern und Schwerindustriellen auf der einen und die Abhängigkeit der Kriegführung vom Wohlwollen der Arbeiterschaft auf der anderen Seite den Rahmen des innenpolitischen Handlungsspielraums der Regierung festlegten. Schon im September 1914 notierte Delbrück, ein »Systemwechsel in Deutschland« sei »nicht mit der Rechten und nicht ohne die Sozialdemokratie, jedenfalls nur mit einer liberalen Mehrheit durchzuführen«¹⁷⁰. Eine liberale Mehrheit aber existierte nicht. Zwar hätte der Kanzler eine Reichstagsmehrheit von der Rechten bis weit in die Reihen der Nationalliberalen und des Zentrums hinein finden können, wenn er »eine annexionistische ... und alle inneren Fragen grundsätzlich ablehnende Politik geführt hätte«¹⁷¹. An einer solchen Mehrheit aber war ihm nicht gelegen. Denn er wußte, daß die durch den Krieg aufgeworfenen sozialen Spannungen und innenpolitischen Probleme »nicht wohl durch ein Zurückgreifen auf diejenigen Grundsätze gelöst werden können, welche in vergangenen Zuständen wurzelten«¹⁷².

Möglich war auch eine Mehrheit der linken Mitte, nämlich aus dem linken Flügel des Zentrums, der FVP, eventuell einer kleinen Gruppe der

Nationalliberalen und der SPD. Um sich auf eine solche Gruppierung stützen zu können und sie ihrerseits zu festigen, hätte die Regierung ein klares innen- und sozialpolitisches Reformprogramm entwickeln und offensiv vertreten, also sich an die Spitze der Reformbewegung setzen müssen. Dies hätte den Bruch mit der Rechten und einen dauernden Konflikt mit ihr bedeutet. Hierzu aber war sie ebenfalls nicht bereit. So geriet sie in ein auswegloses Dilemma. Loebell beschrieb es treffend: »Ganz nach rechts kann sich die Regierung nicht legen, weil dann der unbedingt notwendige Versuch zur Eingliederung der Sozialdemokratie in das nationale politische Leben unterbleiben müßte und andere notwendige Reformen undurchführbar blieben. Ebenso wenig vermag sich die Regierung ganz nach links zu halten, weil die demokratischen Zugeständnisse ihre Grenze an den staatlichen und verfassungsmäßigen Notwendigkeiten finden müssen ... Der Weg der Regierung endet da, wo die Demokratie den ihren eigentlich anzufangen wünscht: vor den Verfassungsfragen, vor der Verteilung der innenpolitischen Macht zwischen Regierung und Volksvertretung.«¹⁷³

Der einzige schüchterne Versuch, den die Regierung unternahm, um aus diesem Dilemma herauszukommen, bestand in der eher unauffälligen Mithilfe bei der Gründung von Organisationen, die den rechten Flügel der Sozialdemokratie mit dem liberalen Bürgertum zusammenführen sollten. Deren wichtigste war die Deutsche Gesellschaft 1914. Sie setzte sich zum Ziel, »deutschen Männern aus allen Berufen ohne Unterschied der Partei jetzt und in Zukunft die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Verkehrs zu geben« und einen Treffpunkt zu bilden, »wo Männer aus allen Teilen des Reichs, die sich gegenseitig etwas zu sagen und zu geben haben, mögen sie nun den Regierungen oder den Parlamenten, dem Handel, der Landwirtschaft, der Industrie und Arbeit, Heer und Flotte, der Kunst und Wissenschaft angehören, zusammenkommen, Gedanken austauschen und in persönlicher Wechselwirkung an den Aufgaben der Weiterentwicklung unseres Volkes jeder in seiner Art mitarbeiten können«¹⁷⁴ – freilich unter der Voraussetzung einer »vaterländischen Grundhaltung«, wie Theodor Heuss kommentierte¹⁷⁵.

Der Deutschen Gesellschaft gehörten in erster Linie Repräsentanten des regierungsfreundlichen Flügels der Großunternehmer an: Robert Bosch, der den größten Teil der Finanzierung bestritt¹⁷⁶, Walther Rathenau und Arndt von Holtzendorff, »Albert Ballins »Gesandter: in Berlin«¹⁷⁷, daneben die Bankiers Mankiewitz und Gwinner von der Deutschen Bank, Gutmann von der Dresdner Bank, Salomonsohn von der Discontogesellschaft und Louis Hagen, der Präsident der Kölner Handelskammer; hinzu kamen einige Diplomaten und Militärs¹⁷⁸ sowie Vertreter der bürgerlichen Parteien links von den Konservativen: Kardorff und Hatzfeld von den Freikon-

servativen, Kahl und Bassermann von den Nationalliberalen, Erzberger vom Zentrum, Payer, Schiffer und Robert Friedländer von der Fortschrittlichen Volkspartei; schließlich eine Reihe Intellektueller konservativer bis liberaler Couleur¹⁷⁹.

Ihrer Zielsetzung gemäß bemühte sich die Gesellschaft darüber hinaus um die Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiterführer, mit Erfolg bei Legien, Robert Schmidt und Südekum. Immerhin bot sie nach dem Vorbild angelsächsischer Clubs¹⁸⁰ Gelegenheiten zur Kommunikation zwischen Gesellschaftsklassen, unter denen bisher so gut wie gar keine Kontakte bestanden hatten, und förderte damit erste Ansätze für die Entwicklung einer integrierten Führungselite¹⁸¹. Ihr Einzugsbereich im bürgerlichen Lager endete jedoch an den Grenzen des agrarisch-industriellen Blocks. Vertreter der Schwerindustrie – Krupp, Hugenberg und Thyssen – ließen sich nur anfänglich flüchtig sehen, Repräsentanten der konservativen Großgrundbesitzer überhaupt nicht¹⁸². Auf der anderen Seite scheinen auch die sozialdemokratischen Mitglieder keine besonders aktive Rolle gespielt, sondern im wesentlichen die Funktion exotischer Statisten und nur in Ausnahmefällen die von Stars¹⁸³ übernommen zu haben. Infolgedessen blieb die Gesellschaft in sich zu heterogen und gegenüber den Organisationen der Rechten zu machtlos, um einen nennenswerten Beitrag zur Einleitung und Unterstützung einer Reformpolitik im Innern leisten zu können.

Ebensowenig Erfolg war der Freien Vaterländischen Vereinigung beschieden, die Anfang 1915 unter maßgeblicher Beteiligung der Elektro- und Chemieindustrie, der Banken, Handels- und Schifffahrtskreise sowie der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gegründet wurde, um »den Strom der nationalen Einheit aus der Zeit des Krieges in die des Friedens« hinüberzuleiten und zur »Überwindung jeder Art von Kastengeist, von Mißtrauen und Gehässigkeit« beizutragen¹⁸⁴. Auch nachdem sie sich 1916 in den »Deutschen Nationalausschuß für einen ehrenvollen Frieden« umbenannt hatte, erlangte sie keine größere Bedeutung. Nach einem Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin, Graf Lerchenfeld, der ein ungewöhnlich treffsicheres Urteil besaß, gehörten seine Mitglieder »in ihrer großen Mehrheit noch lange nicht zu den vernünftigen Leuten, von denen es ja leider nur wenige in Deutschland gibt«, standen vielmehr »im Annexionsbedürfnis und in dem Wunsche nach Weltherrschaft . . . den Alldeutschen nahe«, von denen sie sich »nur durch eine richtigere Einschätzung unserer militärischen und wirtschaftlichen Lage« unterschieden¹⁸⁵. Bereits Ende 1916 stellte die Vereinigung ihre Tätigkeit ein¹⁸⁶. Der ihr von den Annexionsbefürwortern und Reformgegnern der Rechten entgegengesetzte »Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden« übertraf sie an Finanzkraft, Lautstärke und Resonanz um ein Vielfaches¹⁸⁷.

Die Erfolglosigkeit dieser Organisationen machte deutlich, daß die ökonomischen und politischen Interessen der Arbeiterschaft, von Teilen der verarbeitenden Industrie, der Banken und des Handels sowie liberaler Intellektueller, politisch repräsentiert in der Sozialdemokratie, der FVP und Minderheiten des Zentrums und der Nationalliberalen, noch immer zu verschieden waren, als daß sich diese Gruppen auf ein gemeinsames Programm hätten einschwören und zu seiner energischen Vertretung bringen lassen. Demgegenüber waren sich die Bündnispartner der Rechten über ihre Ziele einig, hielten eng zusammen und traten nach außen geschlossener und entschiedener auf, von ihren größeren finanziellen Mitteln und besser eingespielten Propagandaapparaten ganz zu schweigen.

Daß dies so war und daß sich die innenpolitischen Kräfteverhältnisse kaum verschoben, lag allerdings auch daran, daß die Rechte, beflügelt durch beschönigende Meldungen über die Kriegslage, von der Möglichkeit der Durchsetzung ihrer Ziele überzeugt war und auch ein nicht unerheblicher Teil der bürgerlichen Mitte und sogar der Sozialdemokratie hieran glaubte. Wären hieran frühzeitig öffentlich begründete Zweifel erhoben worden, hätte die Fronde der Rechten wahrscheinlich an innerem Zusammenhalt und öffentlicher Resonanz eingebüßt; auf der anderen Seite wäre die Notwendigkeit, ein tragfähiges Reformprogramm der linken Mitte zu erstellen und anzupacken, deutlicher hervorgetreten.

Wenn der Kanzler also davon überzeugt war, daß eine Reformpolitik zugunsten der Arbeiterschaft bei längerer Kriegsdauer unabweisbar würde, sich aber scheute, die Rechte unvermittelt mit einem solchen Programm zu konfrontieren, dann hätte er seine Zuflucht zu einer ungeschminkten öffentlichen Darlegung der militärischen Situation nehmen können. Daß diese nach dem Scheitern der Marneschlacht und der Erstarrung im Stellungskrieg für die Mittelmächte jedenfalls nicht gerade glänzend aussah und die weiteren Aussichten eher trübe waren, wußte er selbst recht gut. Auch kam er zeitweise der Einsicht nahe, daß er – wie Rosenberg schreibt – »mit einem Schlage die annexionistische Propaganda in Deutschland töten« könnte und mit ihr die Agitation gegen jegliche innenpolitischen Veränderungen, »wenn er einen amtlichen, wahrheitsgetreuen Artikel über die Kriegslage, möglichst gedeckt durch die Autorität des Generalstabs, an die Presse gegeben hätte«¹⁸⁸. Es ist sogar nicht gänzlich auszuschließen, daß sich der bei allem Bramarbasieren im Grunde ängstlich gewordene Kaiser¹⁸⁹, die Oberste Heeresleitung und selbst die Schwerindustriellen einem solchen Schritt nicht widersetzt hätten, wenn sie zu einer hinlänglich scharfen Analyse der Gesamtlage genötigt worden wären.

Aber Bethmann Hollweg zwang sie nicht dazu. Obwohl er persönlich schon frühzeitig an einem für Deutschland siegreichen Kriegsausgang

zweifelte, hielt er doch lange an der Hoffnung fest, daß die militärisch-politische Lage bei Kriegsende das Ausmaß der unvermeidlichen innen- und sozialpolitischen Konzessionen bestimmen würde, die zentralen innen- und sozialpolitischen Fragen also bis dahin offengehalten werden könnten. Er besaß zwar eine ungewöhnliche Fähigkeit zur klaren politischen Analyse, war aber doch zu stark in den Traditionen und Interessen seiner eigenen Klasse befangen, dazu persönlich zu bedächtigt, zu kultiviert und zu bescheiden, um rechtzeitig entschlossen praktische Konsequenzen aus seinen grüblerischen Einsichten zu ziehen. Schon gar nicht eignete er sich für eine bonapartistisch-populistische Lösung der Probleme, etwa für den waghalsigen Versuch, sich mit der Sozialdemokratie gegen die Gegner aller Veränderungen im Innern zu verbünden. Als Axiom aller Reformüberlegungen galt auch ihm und seinen Mitarbeitern, »daß das Deutsche Reich und der preußische Staat im besonderen sich niemals den festen Boden, auf dem sie gewachsen sind, die feste Staatsgesinnung und das System, das die Sozialdemokratie bisher als Militarismus gebrandmarkt hat, lokern lassen kann«¹⁹⁰.

So versuchte er also, eine »Politik der Diagonale«¹⁹¹ zu treiben. Doch sie geriet mehr und mehr zum Versuch der Quadratur des Kreises: Eine Politik, die die Arbeiterschaft befriedigte, ohne den Konservativen wehezutun, gab es genausowenig wie eine, die den Agrariern und Industriellen gefiel, ohne die Arbeiterschaft zu enttäuschen. Das Resultat des Versuches, zwischen diesen Gegensätzen eine Brücke zu schlagen, war jahrelange Immobilität in den zentralen innen- und sozialpolitischen Fragen. Indessen trug die Bewahrung des verfassungs- und sozialpolitischen Status quo keineswegs zur Entspannung bei. Vielmehr hielten die verschiedenen Ankündigungen einer wie auch immer auf ihre Kosten gehenden Neuorientierung Großgrundbesitzer, Industrielle und ihre Verbündeten in steter Beunruhigung und trieben sie in einer festen kanzlerfeindlichen Opposition zusammen, die sich schließlich hinter der 3. Obersten Heeresleitung verschanzte und sie als Rammbock für ihre Interessen einsetzte. Auf der anderen Seite stieg die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft immer höher.

6. Kapitel: Die Lage der Arbeiterschaft 1914–1916

Die wachsende Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft hatte ihren Grund in erster Linie darin, daß es mit ihrer materiellen Lage bergab ging. Ein Verelendungsprozeß hatte eingesetzt, der den Lebensstandard des überwiegenden Teils der Arbeiterschaft weit unter das Vorkriegsniveau hinabdrückte, das seinerseits alles andere als üppig gewesen war.

Ernährungsverhältnisse

Diese Entwicklung äußerte sich zuerst und am nachhaltigsten in einem rapiden Steigen der Preise, vor allem für Lebensmittel. Im Januar 1915 betrug die Teuerungsrate bereits 19 %, im Juli 1915 über 50 %, Ende 1915 etwa 60 % und im Juli 1916 über 100 %¹. Hauptursache der Teuerung war ein zunehmender Mangel an Nahrungsmitteln. Vorkehrungen für die Sicherung des Lebensmittelbedarfs waren nicht getroffen worden, die ausländischen Märkte wegen der alliierten Blockade größtenteils unerreichbar, und die Inlandsproduktion ging wegen der Einberufung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte, der Requirierung von über einer Million Pferden und dem Fehlen von Ersatzteilen für landwirtschaftliche Maschinen stark zurück. 1916/17 pendelte sie sich auf einem Niveau ein, welches teilweise dasjenige der 1870er Jahre unterschritt².

Seit August 1914 drangen deshalb die Gewerkschaften, der SPD-Vorstand und bürgerliche Sozialpolitiker bei der Regierung auf Preisherabsetzungen, auf Festsetzung von Höchstpreisen, schließlich auf Beschlagnahme der Vorräte bei den Erzeugern und ihre Verteilung durch die öffentliche Hand³. Die Regierung entschloß sich jedoch nur zögernd zu solchen Schritten. Denn einmal erschwerten Kompetenzüberschneidungen zwischen Reich und Einzelstaaten, zwischen Militär- und Zivilbehörden solche Maßnahmen ebenso wie die Differenzen zwischen den Führern der Landwirtschaft, die aus politischen und sozialen Gründen für Höchstpreise eintraten⁴, und manchen Repräsentanten der Industrie, die eine »nötige Einschränkung des Konsums nur auf dem natürlichen Wege der Preisentwicklung« erreichen wollten⁵. Zudem glaubte die Reichsleitung nicht an einen Krieg »von allzu langer Dauer« und verfolgte daher die Absicht, das Wirtschaftsleben »möglichst lange auf einem den Friedensverhältnissen ähnlichen Fuße zu erhalten«⁶.

Zwar führte der Bundesrat im Oktober 1914 Höchstpreise ein. Sie wurden jedoch nicht nur erheblich über den Friedenspreisen festgesetzt, sondern begünstigten die systematische Zurückhaltung vom Markt, weil kaum noch jemand billiger verkaufte, so daß sie sich binnen kurzem zu Mindestpreisen verkehrten⁷. Auch die Gründung von Bewirtschaftungsorganisationen für Nahrungsmittel sowie die im Januar 1915 beginnende Beschlagnahme, Rationierung und Verwendungsbeschränkung für einzelne Produkte⁸ brachten keine Besserung. »Je mehr Lebensmittel der ›Regelung‹ unterworfen wurden, desto mehr verschwanden sie vom Markt und waren nur auf Umwegen und zu erhöhten Preisen zu erlangen.«⁹

Das lag nicht zuletzt daran, daß die Zwangswirtschaftsorganisationen keine Exekutivgewalt besaßen und sich zur Durchführung ihrer Maßnahmen des unteren Verwaltungsapparats bedienen mußten. Die preußischen Landräte, durch persönliche Verbindungen den Großgrundbesitzern zugehörig und in den politischen Überzeugungen mit ihnen übereinstimmend, handhabten die Ernährungsverordnungen im Interesse der Agrarier so milde und lax wie nur irgend möglich; die süddeutschen Staaten hielten sich aus Unlust über ihre Bevormundung von Berlin zurück. Auf der anderen Seite griffen manche stellvertretenden Generalkommandos im Interesse der Industriearbeiterschaft in das Höchstpreissystem ein und lösten dadurch weitere Gleichgewichtsstörungen in der Versorgung aus¹⁰. Darüber hinaus wurde die Nahrungsmittelversorgung des Heeres unabhängig von der der Zivilbevölkerung betrieben; das Heer kaufte »ohne Rücksicht auf Höchstpreise und andere Bestimmungen« die Nahrungsmittel auf¹¹. Aus diesen Gründen stiegen die Lebensmittelpreise weiter. Im April 1915 lagen sie durchschnittlich etwa 40 % über dem Vorkriegsstand¹², im Dezember 1915

in Bayern 43 %, im Rheinland 54 %, im Königreich Sachsen 60 % und in Berlin gar um 72 %¹³.

Unterdessen wurden die Lebensmittel nicht nur teurer, sondern auch schlechter. Im Januar 1915 verfügte die Regierung eine erhöhte Ausmahlung des Roggens und einen Zusatz von 10–20 % Kartoffeln zum sog. »Kriegsbrot«¹⁴. Für einen stetig wachsenden Teil der Bevölkerung wurde dieses Produkt zum Hauptnahrungsmittel, weil die Preise den Löhnen davonrannten und höherwertige Nahrungsmittel wie Fleisch, Butter und Eier zu unerschwinglichen Luxuswaren machten. Die wirtschaftlich schwächsten Gruppen, insbesondere die Kriegerfamilien, bekamen die Auswirkungen am ehesten und am härtesten zu spüren¹⁵, bald jedoch auch die im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter: »Unterernährung macht sich bei den Männern stark, stärker noch bei den Frauen und Kindern bemerkbar«, berichteten etwa die Frankfurter Chemiarbeiter 1916¹⁶.

Die Führungen der Gewerkschaften – und zwar der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen gleichermaßen – drängten auf der einen Seite weiter auf energische und effektivere Maßnahmen zur Erfassung, Verteilung und Verbilligung der Lebensmittel¹⁷. Auf der anderen Seite bemühten sie sich, die Arbeiterschaft zu einem der Mangelsituation entsprechenden Verhalten zu erziehen und die Unzufriedenheit über die Unzulänglichkeiten der Lebensmittelversorgung zu mildern. Gewerkschaftsvertreter nahmen an Kursen über Kriegsernährung teil, die die Regierung in Berlin abhielt, und traten anschließend in zahlreichen Versammlungen als Redner auf¹⁸.

Ferner wirkten sie mit im Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, zu dem sich im Januar 1915 fast alle Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, die Konsumgenossenschaften und sozialen Wohlfahrts- und Frauenorganisationen zusammenschlossen; im Laufe des Krieges errichtete er in den meisten Landesteilen und in vielen Städten Unterausschüsse. Er wirkte als Informations- und Auskunftsstelle in Fragen der Lebensmittelversorgung, versuchte, überhöhte Preissteigerungen zu bekämpfen, die Interessen der Verbraucher gegenüber Behörden und Parlamenten zu vertreten und die Konsumenten zu einem vernünftigen Ge- und Verbrauch von Nahrungsmitteln anzuhalten¹⁹. Da er jedoch nur in das letzte Glied der Ernährungswirtschaft einhakte, aber weder auf die Erzeugung noch die Verteilung Einfluß gewann, konnte er trotz aller wohlgemeinten Aktivität nur wenig ausrichten. Schließlich beteiligten sich die Gewerkschaften an Institutionen, die die Empörung über die verfehlte Ernährungspolitik auffangen und ablenken sollten, wie etwa den Preisprüfungsstellen, die im Herbst 1915 in allen Städten mit mehr als 10000 Einwohnern eingesetzt wurden²⁰, und dem Anfang 1916 berufenen Ernährungsbeirat beim

Reichsamt des Inneren, in dem Robert Schmidt und Gustav Bauer die Generalkommission vertraten²¹.

Doch auch diese Einrichtungen besaßen keine Kompetenzen und vermochten daher die Teuerung ebenfalls nicht aufzuhalten. Ihr Hauptzweck bestand darin, den Massen den Eindruck zu vermitteln, ihre Interessen in der Nahrungsmittelversorgung würden an entscheidenden Stellen von ihren eigenen Vertretern wahrgenommen, um auf diese Weise einen Teil der Verantwortung für die Ernährungsmisere von Erzeugern und Regierung abzulenken und die Gewerkschaften mitverantwortlich zu machen. Die Folge war nicht selten, daß in der Arbeiterschaft sowohl das Vertrauen zur Regierung als auch das zu den Gewerkschaften erschüttert wurde²².

1916 machte sich die zunehmende Unzufriedenheit in einer wachsenden Zahl von Lebensmittelunruhen, Plünderungen und spontanen Arbeitsniederlegungen bemerkbar. Als besonders unzufriedene Gruppen nannten die Generalkommandos übereinstimmend Arbeiter und Hausfrauen²³. Die Gewerkschaften forderten deshalb jetzt ein zentrales, mit umfassenden Vollmachten ausgestattetes Reichslebensmittelamt, das sich »rücksichtslos gegen privaten, ständischen, politischen und bürokratischen Einfluß durchzusetzen weiß ... und ... weder vor der ostpreußischen Landwirtschaft noch vor der bayerischen Viehwirtschaft noch vor dem rheinisch-westfälischen Kohlenkapital ins Mauselloch kriechen« dürfe²⁴. Viele Industrielle teilten dieses Verlangen; denn aufgrund der unzureichenden Ernährung sahen sie »ernstere Störungen« der Rüstungsproduktion auf sich zukommen²⁵, die auch sie nicht abzuwenden vermochten. »Mit Lohnerhöhungen« nämlich, so schrieb Borsig Anfang Mai 1916, »ist den Arbeitern, wenigstens ... in Berlin, nicht mehr zu helfen. Sie wollen Lebensmittel haben und erhalten diese nicht in zureichender Menge.«²⁶ Er nahm deshalb Kontakt mit Sichler auf, der ihm riet, die Industrie solle »in der energischsten Weise, und zwar an oberster Stelle« Abhilfe fordern; er sah dies »als das einzigste Mittel an, der Schwierigkeiten vielleicht noch Herr zu werden«²⁷.

Zwar wurde jetzt endlich das Kriegsernährungsamt als Zentralbehörde für die Lebensmittelversorgung eingerichtet. Die Gewerkschaften begrüßten es mit gedämpftem Optimismus, nicht zuletzt deshalb, weil seinem Vorstand zwei Arbeitervertreter angehörten, Adam Stegerwald, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, und der Sozialdemokrat Dr. August Müller, der Geschäftsführer der Großverkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften²⁸. Außerdem wurde dem Amt ein Beirat aus Repräsentanten der wichtigsten Interessengruppen beigegeben; Paul Umbreit vertrat hier die freien Gewerkschaften. General Groener aber titulierte die neue Behörde schon bei ihrer Bildung verächt-

lich als »das blutleere Geschöpf des heiligen St. Kompromiß«²⁹; denn sie faßte im wesentlichen nur die Kompetenzen von Bundesrat und Reichskanzler zusammen und blieb für die Ausführung ihrer Anweisungen auf die unteren Verwaltungsbehörden angewiesen. Außerdem unterstellte man ihr lediglich die Nahrungsmittelversorgung der Zivilbevölkerung, nicht aber die des Heeres³⁰. Für den militärischen Sektor trat nur insoweit eine Vereinheitlichung ein, als die stellvertretenden Generalkommandos in ihren wirtschaftlichen Funktionen fortan dem Kriegsministerium unterstanden, das seinerseits für die Abstimmung mit dem Kriegsernährungsamt zu sorgen hatte. Infolge der unzulänglichen Befugnisse des Amtes und seiner eigenen Kompetenzlosigkeit vermochte auch der Beirat keinen entscheidenden Einfluß auf die Ernährungspolitik auszuüben. Nach Aussage des Vorsitzenden des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Hermann Vogelsang, hatte er »praktisch gar keine andere Rolle zu spielen . . ., als der Volksbeschwichtiger nach außen zu sein«³¹.

Verstrickt in den Grabenkrieg gegen die agrarischen Interessenten, die im preußischen Landwirtschaftsminister von Schorlemer-Lieser eine starke Stütze hatten und mit seiner Hilfe manche Anweisung des neuen Amtes direkt sabotierten, gegen die süddeutschen Sonderinteressen, gegen den bürokratischen Partikularismus des Kriegsministeriums und die hinhaltende Renitenz der Landräte, überdies aus Angst vor einer Drosselung der Produktion nachgiebig gegen die Preisforderungen der Erzeuger, gelang es dem Kriegsernährungsamt nicht, die an seine Einrichtung geknüpften Erwartungen zu erfüllen³². Schon Ende 1916 waren die Hoffnungen der Gewerkschaften verfliegen³³. Zwar brachten die Einführung von Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen und die Regelung der Direktbelieferungen von Fabriken gewisse Verbesserungen für einige Arbeitergruppen mit sich. Insgesamt aber nahmen Teuerung, Verknappung und Verschlechterung der Nahrungsmittel kein Ende. Generalkommission und sozialdemokratischer Parteivorstand bombardierten die Regierung in immer kürzeren Abständen mit Eingaben, Vorstellungen und Forderungen. Die Regierung antwortete mit Versprechungen, und alles blieb beim alten oder wurde noch schlimmer³⁴.

Löhne

Das Ansteigen der Lebenshaltungskosten, insbesondere der Lebensmittelpreise, wurde nur teilweise durch Lohnerhöhungen kompensiert. Unmittelbar nach Kriegsausbruch drückten Produktionsstockungen und Massenarbeitslosigkeit die Löhne um durchschnittlich 5–10%³⁵, bei den Frau-

en gar um 15 %³⁶, ungeachtet der gleichzeitig einsetzenden Preissteigerung. Allerdings waren die Verhältnisse in den einzelnen Gewerbebranchen unterschiedlich. Im Bergbau und im Baugewerbe, in der Metallindustrie und in der Holzverarbeitung blieben die Löhne im wesentlichen unverändert³⁷, während sie im Bekleidungs-gewerbe für Männer im Durchschnitt um 28 %, für Frauen gar um 35 % sanken³⁸. Manche Unternehmer drückten sie bei gleichbleibender Arbeitszeit sogar auf die Hälfte, so daß sich verschiedentlich die Militärbefehlshaber zu der Aufforderung an die Arbeitgeber veranlaßt sahen, die Löhne und Gehälter so zu regeln, daß den Arbeitern und Angestellten »ein ihren Leistungen entsprechender Verdienst« bleibe³⁹. Manche Dienstmädchen, für die Arbeitslosigkeit häufig mit Obdachlosigkeit gleichbedeutend war, arbeiteten sogar umsonst, um nur ihre Stelle zu behalten⁴⁰.

Mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit im Zuge der Ankurbelung der Kriegsproduktion begann zwar ein allgemeiner Anstieg des Nominallohnniveaus. Die Unterschiede zwischen den Gewerbebranchen jedoch blieben bestehen oder verschärfen sich noch. In den für die Kriegsproduktion wichtigen Branchen – in den Metallbetrieben, im Maschinenbau, der Elektrizitätsindustrie und in der chemischen Industrie – stiegen die Löhne am schnellsten. Im Baugewerbe, in der Textilindustrie, im Transportwesen und in graphischen Betrieben dagegen lagen sie im März 1915 nur unwesentlich über denen der Vorkriegszeit⁴¹, im Bekleidungs-gewerbe, der Leder- und Gummiindustrie und in der Industrie der Steine und Erden sogar noch darunter⁴². In der Landwirtschaft schließlich waren sie so niedrig, daß die stellvertretenden Generalkommandos den Landarbeitern die Abwanderung in die Industrie verboten, um die Nahrungsmittelproduktion nicht ernsthaft zu gefährden⁴³. Bis 1916 änderte sich an diesen Relationen kaum etwas. Mindestlöhne wurden lediglich für einige Zulieferbetriebe der Heereswerkstätten mit großem Heimarbeiteranteil festgesetzt, so für Schneider⁴⁴. Zwar intervenierten die Militärbehörden häufiger zugunsten von Lohnerhöhungen für bestimmte Arbeitergruppen, erzielten aber nur bescheidene Erfolge.

Aus zahllosen Orten kamen Klagen über »Schundlöhne und Lohnprellereien obendrein«⁴⁵, über Versuche der Arbeitgeber, die Löhne zu senken, wiederingestellten Kriegsteilnehmern niedrigere Löhne als vor dem Krieg zu zahlen, Kriegsbeschädigten die Rente vom Lohn abzuziehen und Frauen als Lohndrücker zu benutzen⁴⁶. Auf vielen Zechen wurden die Arbeiter wie lange vor dem Krieg durch das Wagennullen und Wagenkippen um einen Teil ihres Lohnes gebracht; vielfach bürdete man ihnen obendrein die gestiegenen Preise für Geleuchte und Gezähe auf⁴⁷. Erst nach einer Intervention des preußischen Handelsministers ließen die Zechen Ende 1915

davon ab⁴⁸. Im graphischen Gewerbe versuchten manche Firmen mit neuen Akkord- oder Prämiensystemen die Leistung der Arbeiter höherzutreiben und sie zugleich unter langfristige Verträge zu zwingen⁴⁹.

Auch Tarifverträge boten keinen Schutz gegen den Lohnverfall. Zwar liefen bei Kriegsausbruch gültige Verträge weiter, auslaufende wurden in der Mehrzahl verlängert. Das konnte sich freilich für die Arbeiter nachteilig auswirken, weil während der Laufzeit Lohnerhöhungen ausgeschlossen waren, die Teuerung aber in einem Maße fortschritt, daß sich Tarifverträge wie Würgeeisen auswirkten; vereinzelt wurde deshalb selbst von gewerkschaftlicher Seite ein Verzicht auf tarifliche Vereinbarungen empfohlen⁵⁰. Außerdem existierten Tarifverträge überwiegend nur in den Gewerben, deren Auftragseingang, Gewinn und Beschäftigtenzahl während des Krieges zurückgingen. Da die materiellen Vereinbarungen eines Tarifvertrages stets von der konjunkturellen Lage des Gewerbes sowie dem davon abhängenden Machtverhältnis zwischen den Kontrahenten abhängig sind, beides unter den gegebenen Voraussetzungen jedoch für die Arbeiter ungünstig aussah, konnten Verlängerungen oder Neuabschlüsse von Tarifverträgen die Verschlechterung der Löhne und der Arbeitsbedingungen bestenfalls verlangsamen, aber nicht aufhalten.

Daß die Gewerkschaftsführer bei Kriegsbeginn auf Streiks verzichtet hatten, vergrößerte auf der Arbeitgeberseite jetzt mitunter die Neigung, Forderungen der Gewerkschaften abzulehnen. Im Sommer 1915 weigerte sich der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe unter Berufung auf den bis 1916 laufenden Tarifvertrag, über Lohnerhöhungen oder Teuerungszulagen zu verhandeln⁵¹. Bei Ablauf des Tarifvertrages offerierte er Lohnerhöhungen, die weit hinter den Forderungen der Arbeiter zurückblieben. Als die Verhandlungen deshalb scheiterten, forderte die VDA ihre Mitglieder vorsorglich auf, den Baufirmen die Streikklausel⁵² zu bewilligen, mit der Begründung, es läge »durchaus im Interesse der gesamten Arbeiterschaft« zu verhindern, daß die Bauarbeitgeber gezwungen würden, »Forderungen der Arbeiterorganisationen zu bewilligen, die über das Maß des Berechtigten« hinausgingen⁵³. Die Hoffnung der Gewerkschaftsführer, ihr Streikverzicht würde von den Arbeitgebern durch Entgegenkommen in der Lohnpolitik honoriert werden, erwies sich in diesem Fall wenigstens als Illusion. Überdies gibt es genügend Belege dafür, daß viele Unternehmer sich nicht an die Tarifverträge hielten, sondern ihre Arbeiter vor die Alternative Kündigung oder Verzicht auf die Ansprüche aus dem Tarifvertrag stellten und damit eine Entlohnung unter den vereinbarten Sätzen durchdrückten⁵⁴.

Die Unternehmerpresse führte schon während des Krieges und auch noch danach mit Vorliebe die Nominallohnerhöhungen an, um den Ein-

druck zu erwecken, als ginge es den Arbeitern besser als je zuvor⁵⁵. »Millionen von Arbeitern, selbst ungelernete, erzielen heute doppelt so hohe Löhne als früher und noch mehr, von dem hohen Verdienst ganz zu schweigen, dessen sich gut geschulte, erfahrene und zuverlässige Leute erfreuen«, verkündete auch der Geschäftsführer des VdESI im November 1916⁵⁶. Er verschwieg dabei, daß selbst die Löhne der Spitzenverdiener mit wenigen Ausnahmen hinter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten zurückblieben, also den durch Teuerung und einsetzende Inflation verursachten Kaufkraftschwund nicht ausglich⁵⁷. Dies galt erst recht in den von der Kriegskonjunktur weniger begünstigten Gewerben. Im Durchschnitt sanken die Reallöhne, die – bezogen auf 1900 – im Frühjahr 1914 96 betragen hatten, 1915 auf 87, also um 9,5%, 1916 auf 78, also um 27%⁵⁸. Nach anderen Berechnungen betrug der Reallohnverlust in der Kriegsindustrie zwischen März 1914 und September 1916 21,6%, in den übrigen Industriezweigen gar 42,1%⁵⁹.

Die Gewerkschaften versuchten, dem Lohnverfall durch zahllose Eingaben an Arbeitgeber sowie an Zivil- und Militärbehörden entgegenzuwirken. Dabei zeigte sich, daß das Entgegenkommen der Arbeitgeber von der Gewerkschaftsstärke abhing. Die Bergarbeiterlöhne etwa standen dort, »wo die Arbeiter am stärksten organisiert sind, ... am höchsten, wo sie wenig oder gar nicht organisiert sind, am niedrigsten«⁶⁰. Streiks allerdings schlossen die Gewerkschaftsführer in den ersten beiden Kriegsjahren nach wie vor aus, mit Rücksicht auf die allgemeinen Ziele ihrer Kriegspolitik, auf die Sanktionen, die unter dem Belagerungszustand drohten, und auf das Verhalten ihrer Mitglieder.

Diese nämlich hatten offenbar ein ausgeprägtes Empfinden für ihre ökonomischen und politischen Möglichkeiten. Dort, wo infolge der Nachfrage nach Arbeitskräften die Löhne erheblich über das gewohnte Maß stiegen, wurden »viele Kollegen gleichgültig« gegenüber ihrem Verband, »und das trotz der Lebensmittelteuerung«⁶¹. Andererseits verhielten sie sich in den Gewerben, die durch die Konjunktur ins Hintertreffen gerieten und in denen Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit drohten, ängstlicher, als es selbst der Gewerkschaftsführung lieb war. Unter den Mitgliedern des Fabrikarbeiterverbandes bestand 1915 »an vielen Orten nicht die geringste Bereitwilligkeit«, sich für Teuerungszulagen einzusetzen; zuweilen mußte der Verbandsvorstand wiederholte Anläufe unternehmen, um die Arbeiter aus ihrer »Erstarrung« zu bringen⁶². Die Vertreter der örtlichen Organisationen des Holzarbeiterverbandes hielten es noch 1916 »für unmöglich ... , daß wir irgendwelche Forderungen unserer Kollegen durchsetzen noch an Lohnkämpfe und Streiks denken könnten«, woraufhin die Vorstandsmitglieder sich aufmachten, »um den Kollegen in den einzelnen Städten Mut

zuzusprechen, daß sie jetzt für höheren Lohn eintreten müßten, weil es die Teuerung unter allen Umständen verlangte, daß jetzt etwas geschehen müßte«⁶³. Es ist zu bezweifeln, ob unter diesen Bedingungen Streikaufrufe unter der Arbeiterschaft Resonanz gefunden hätten.

Arbeitszeit, Gesundheitsverhältnisse, Arbeiterschutz

Die Wirkungen von Lohnrückgang und Ernährungsverschlechterung wurden in vielen Fällen durch eine gleichzeitige Verlängerung der Arbeitszeit verschärft. Zwar gibt es kaum verlässliche Zahlen über die Arbeitszeitentwicklung während des Krieges. Soviel aber ist sicher, daß in der Mehrzahl der Rüstungsbetriebe die tägliche Arbeitszeit anstieg, nicht selten auf 12 Stunden und mehr⁶⁴. Auch die Nacht- und Sonntagsarbeit nahm zu. Darüber hinaus verlangten viele Betriebe von ihren Arbeitern Überstunden »bis zur vollständigen Erschöpfung«⁶⁵. In den Chemiebetrieben in Höchst und Griesheim bei Frankfurt waren Arbeitszeiten von 99–100 Stunden wöchentlich schon 1915 »keine Seltenheit« mehr⁶⁶.

Da die Kriegsindustrie immer mehr Kräfte aufzog, betraf die Arbeitszeitverlängerung eine stetig wachsende Zahl von Arbeitern. Für viele kamen noch lange Fahrzeiten zwischen Wohnung und Arbeitsstelle hinzu. Manche Arbeiter brachten es auf diese Weise auf einen 19- bis 20-Stunden-Tag. So arbeiteten Frauen aus Burg bei Magdeburg in einer 44 km entfernten Pulverfabrik; sie mußten morgens um 4.24 Uhr abfahren und kamen abends 10.10 Uhr, wegen Zugverspätung oft noch später, heim. »Die Wege vom und zum Bahnhof sowie die notwendigen Vorbereitungen abgerechnet, blieben drei bis vier Stunden Zeit zum Schlafen, und zwar bei anstrengender Arbeit und mangelhafter Ernährung«.⁶⁷

In den nicht kriegswichtigen Konsumgüterbranchen ging die Arbeitszeit mit den rückläufigen Auftragseingängen teilweise zurück. Manche Betriebe versuchten jedoch, ihre in der Rezession beeinträchtigte Rentabilität auf Kosten der Arbeiter wieder zu erhöhen, und verlängerten die Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnreduzierung, nicht selten noch über das in der Kriegsindustrie übliche Maß hinaus. Ein Buchbinderbetrieb der Luxuspapierbranche in Berlin drückte die Löhne so tief, »daß die Arbeiter Tag und Nacht gearbeitet und sogar im Fabrikraum etliche Stunden geschlafen haben, um nicht Zeit zu verlieren durch den Weg nach Hause«⁶⁸. Neben dem Arbeitskräftemangel konnte also auch der Reallohnrückgang zur Arbeitszeitverlängerung führen, weil er die Arbeiter zwang, die gestiegenen Lebenshaltungskosten durch Mehrarbeit aufzubringen⁶⁹.

Wo ausnahmsweise Arbeitszeitverkürzungen verfügt wurden, handelte

es sich um die sozialpolitische Verbrämung von Maßnahmen zur Konsumdrosselung, die in erster Linie der Verwaltung des Mangels dienten. Dies gilt für die Einführung des Nachtbackverbots für Bäckereien, mit dem eine alte sozialpolitische Forderung der Bäckergehilfen erfüllt wurde; ferner für den 7-Uhr-Ladenschluß und die Einschränkung des Lebensmittelverkaufs an Sonntagen. Allen diesen Maßnahmen lag die Absicht zugrunde, den Verbrauch zu senken, um mit den knappen Vorräten so lange wie möglich auszukommen⁷⁰.

Physischer Raubbau und unzureichende Ernährung ließen die Zahl der Krankheitsfälle anwachsen, insbesondere unter Frauen und Jugendlichen. Von Soldaten, Kriegsgefangenen oder Flüchtlingen eingeschleppt oder durch mangelnde Hygiene bei der Nahrungsmittelproduktion verursacht, stieg überdies die Zahl epidemischer Erkrankungen an Ruhr, Cholera und Fleckfieber auf ein Vielfaches des Vorkriegsstandes an⁷¹. Die medizinische Versorgung aber hatte sich mit Kriegsbeginn erheblich verschlechtert. Viele Ärzte wurden eingezogen; die in der Heimat zurückgebliebenen waren – zumal in den Großstädten – hoffnungslos überlastet und zu rechtzeitiger Hilfe in Notfällen oft nicht in der Lage. Viele Krankenhäuser fielen für die Betreuung der Zivilbevölkerung aus, weil sie als Reservelazarette dienten. Arbeiterfamilien konnten die Krankenhauskosten oft nicht aufbringen, so daß sie unter beengten Wohnungsverhältnissen erkrankte Angehörige notdürftig selbst pflegen mußten, was sie bei Kriegsdienst oder Fabrikarbeit aller erwachsenen Familienmitglieder vor kaum lösbare Schwierigkeiten stellte.

Zusätzlich gefährdet wurden Leben und Gesundheit vieler Arbeiter durch die Verminderung der Betriebssicherheit. Hierbei wirkten mehrere Faktoren zusammen: die erhöhte Belastung infolge der längeren Arbeitszeiten; die Aufhebung der meisten Arbeitsschutzgesetze, die der Reichstag mit den Stimmen der SPD schon am 4. August 1914 beschloß; Veränderungen in der Belegschaftszusammensetzung, vor allem die Ersetzung erfahrener durch unerfahrene Arbeitskräfte; Aufgabe oder Verzicht auf Reparatur oder Erneuerung abgenutzter Produktionsanlagen; die Einführung neuer Herstellungsverfahren; schließlich der Rückgang oder das völlige Fehlen von Betriebsrevisionen durch die Berufsgenossenschaften und Gewerbeinspektionen⁷².

Wo sie jedoch durchgeführt wurden, brachten sie in erschreckendem Ausmaß Vernachlässigung, Verwahrlosung oder gänzlich fehlende Schutzvorrichtungen sowie die völlige Unkenntnis über Unfallverhütungsvorschriften und Hilfsmaßnahmen bei neuen Belegschaftsmitgliedern ans Licht. Auf einer Großbaustelle in der Nähe Berlins, auf der über 4000 Mann arbeiteten, existierten als einzige Hilfseinrichtung Verbandskästen

»in einer unbeschreiblichen Verfassung«; ärztliche Hilfe gab es weit und breit nicht, da alle Ärzte eingezogen waren⁷³. Sogar staatliche Auftraggeber wiesen Hinweise auf solche Mängel mit der Bemerkung zurück, »das Interesse der Landesverteidigung verlange schleunige Fertigstellung der Bauten, und man müsse darum über mangelhafte Beobachtung der Schutzvorschriften hinwegsehen«⁷⁴. Auf Kriegsbauten in Rostock ließen sich nicht einmal die Unfallverhütungsvorschriften finden⁷⁵.

Aus Angst vor Entlassung oder aufgrund allgemeiner Abstumpfung kümmerten sich freilich auch die Arbeiter selbst oft kaum um die Betriebsicherheit. In Schlesien wurden die »selbstverständlichsten Vorschriften ... einfach umgangen, als bestünden sie gar nicht, und kein Hahn kräht danach«⁷⁶. In Ostpreußen spottete die Einstellung der Arbeiter dazu »jeglicher Beschreibung«⁷⁷, in Köln wurden »die unwürdigsten Zustände auf den Baustellen mit großer Gleichgültigkeit« ertragen⁷⁸, in München redete man »andern Tages ... schon nicht mehr über einen Unfall«, sondern strebte »wieder einem möglichst hohen Akkordüberschuß nach«⁷⁹.

Unter diesen Bedingungen »gehörte die Vernichtung von Menschenleben und Gesundheit durch Brände und Explosionen, durch gewerbliche Vergiftungen, durch Gase und Dämpfe sowie durch Zusammenbrüche oder Abstürze bei Bauten usw. zu den alltäglichen Erscheinungen«⁸⁰. Im Bergbau erhöhte sich die Zahl der tödlichen Unfälle auf 1000 Arbeiter von 2,4 im Jahr 1914 auf 3,09 1915 (+29%), 3,47 1916 (+61%) und 4,08 1917 (+70%) – »ein Beweis dafür, wie während des Krieges die Hetzarbeit den Bergleuten hinter der Front zum Totengräber wurde«⁸¹. Im Baugewerbe stieg 1915 die Zahl der Verletzten gegenüber 1913 um annähernd 8%, die der Unfalltoten um 31%⁸². Die chemische Industrie registrierte »eine nie gekannte Krankenzahl«⁸³, und die Zahl der Unfalltoten lag hier 1914 bereits um 40,4% höher als 1913, 1915 um 163%, 1916 um 192%⁸⁴. Im Juli 1918 fanden beim Brand einer Kartuschieranstalt des AEG-Konzerns in Plauen, die in einer umgerüsteten Glühlampenfabrik untergebracht war, aufgrund mangelnder Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen rund 400 der 550 Beschäftigten den Tod, fast ausnahmslos in die Kriegsindustrie abgewanderte ehemalige Textilarbeiter⁸⁵.

Erkrankte Arbeiter und Arbeiterinnen aber wurden, sobald sie nur einigermaßen wiederhergestellt waren, von den Ärzten gesund geschrieben und in die Fabriken zurückgeschickt⁸⁶. Ebenso tendierten die Berufsgenossenschaften dazu, Verletzten nach kurzer Zeit »Gewöhnung an die Unfallfolgen« zu attestieren und sie wieder für arbeitsfähig zu erklären, um sich der Zahlung von Krankengeld zu entledigen. »Es wird heute gewissermaßen Reklame damit gemacht, wenn ein Unfallverletzter wirklich so glücklich ist, daß ihm eine Prothese ein fehlendes Glied ersetzt«, berichtete

der Bergarbeiterverband 1917⁸⁷. Die Knappschaften, deren Vorstände zur Hälfte aus Arbeitgebervertretern bestanden – in Wirklichkeit oft zu einem noch größeren Teil, weil die Unternehmungsleitungen nicht selten Werkvereinsmitglieder oder Angestellte hineinzulancieren wußten, – erklärten sich – wenn überhaupt – häufig nur zur Gewährung niedrigster Invalidenrenten bereit und sträubten sich überdies beharrlich gegen deren Anpassung an die Teuerung⁸⁸.

Die Gewerkschaften aller Richtungen unternahmen mehrfache Vorstöße, um die Schutzbestimmungen wieder einzuführen sowie bessere Schutzvorschriften für besonders gefährdete Berufe und verschärfte Kontrollmaßnahmen durchzusetzen⁸⁹. Mehr als verbesserte Sicherheitsvorschriften für die Arbeiter auf Eisen- und Betonbauten erreichten sie jedoch nicht⁹⁰.

Frauenarbeit

Besonders gravierende Auswirkungen hatte die Aufhebung der Schutzvorschriften für Arbeiterinnen und Jugendliche, die aufgrund der jämmerlichen Unterstützung für Kriegerfamilien oder der unzureichenden Löhne der Familienväter in immer größeren Scharen zur Arbeit, vor allem in den Rüstungswerken, gezwungen waren⁹¹. Allein zwischen Juli 1914 und Juli 1915 nahm die Zahl der weiblichen Beschäftigten in Bergbau und Hüttenwesen um rund 100 %, in der Eisen- und Metallindustrie um knapp 160 %, in der chemischen Industrie um 234 % und im Maschinenbau um 453 % zu⁹². In diesem Industriezweig registrierten die Jahresberichte der Gewerbeinspektionen für 1918 gegenüber dem Stand von 1913 eine Zunahme der Arbeiterinnen um 418 000 (+556 %); in der chemischen Industrie um 181 000 (+671 %); in der Metallverarbeitung um 151 000 (185 %); im Bergbau um 94 000 (627 %); in der Holzindustrie um 50 000 (139 %); in der Nahrungsmittelindustrie um 39 000 (20,4 %); in der Lederindustrie um 17 000 (81 %) und in der Papierindustrie um 11 000 (17 %). Einen Rückgang verbuchten die Spinnstoffindustrie um 197 000 (-42,9 %) und das Bekleidungs-gewerbe um 54 000 (-20,8 %), außerdem das Baugewerbe um 12 000 (-17,8 %). Der relative Anteil der Frauen an der Zahl der Beschäftigten erhöhte sich in sämtlichen Gewerbe-zweigen, auch in denen mit rückläufiger Beschäftigtenzahl wie der Textilindustrie⁹³.

Obwohl das Reichsamt des Inneren, um einer übermäßigen Ausdehnung und Ausnutzung der Frauenarbeit vorzubeugen, an die Unternehmer appellierte, von der Suspendierung der Schutzvorschriften nur ausnahmsweise, »mit großer Vorsicht und nach Maßgabe dringender Bedürfnisse« Gebrauch zu machen⁹⁴, wurden binnen kurzem die Ausnahmen zur Regel, so

daß man »von einer völligen Außerkraftsetzung der Arbeiterinnen- und Jugendschutzbestimmungen« sprechen konnte⁹⁵. In der Metallindustrie gab es zwei Jahre nach Kriegsausbruch nach Erhebungen des DMV »nur noch wenige Berufe, in denen nicht die Arbeiterinnen Fuß gefaßt hätten«⁹⁶. Sie arbeiteten an der Drehbank, vorzugsweise bei der Granatenherstellung, an Bohr- und Fräsmaschinen, beim Stanzen, Schleifen, Formen, Schmelzen, Nieten, als Hilfsschlosserinnen und Schmiede, Kesselheizer und Maschinisten; sie leisteten Schwerstarbeit in Hütten- und Stahlwerken und im Schiffbau, bedienten Dampfhämmer, hydraulische Pressen und Kräne⁹⁷. Im Rohrwerk der oberschlesischen Laurahütte mußten Frauen mit Eisenstücken im Gewicht von fünf bis sechs Zentnern hantieren, in den Magdeburger Munitionsfabriken Geschosse im Gewicht von 20–75 Pfund vom Boden bis in Brusthöhe heben, in die Maschine einspannen und nach der Bearbeitung wieder niedersetzen, und das 75- bis 100mal täglich, um drei Mark zu verdienen⁹⁸. Nur wer mit der Herstellung von Orden und Ehrenzeichen beschäftigt war, deren Bedarf zwecks Dekoration von Soldaten und Heimatkriegern ebenfalls steil in die Höhe ging, traf es besser.

In der chemischen Industrie übernahmen Frauen alle Verrichtungen bei der Herstellung von Munition und Sprengstoffen und wurden »bei den gefährlichsten Apparaten in den gesundheitsschädlichsten Räumen bei Tag und Nacht beschäftigt«⁹⁹. Auf den Kohlenzechen, wo vor dem Kriege gesetzliche Verbote die Frauenarbeit weitgehend beseitigt hatten, hielt man sie zwar von der Untertagearbeit und der Schwerstarbeit in den Kokereien fern, zog sie aber zu allen übrigen Arbeiten wieder heran¹⁰⁰. Auch im Baugewerbe, wo die Frauenarbeit vor dem Kriege bis auf wenige Reste verschwunden war, drang sie jetzt erneut vor. 1916 fand man Frauen wieder »bei Bauarbeiten aller Art, bei den schwersten am meisten«; über die Hälfte verrichtete Erdarbeiten¹⁰¹: beim Bau der Berliner U-Bahn, beim Abtragen der Spandauer Festungswälle und auf militärischen Baustellen. Arbeitslos gewordene Textilarbeiterinnen wurden an der Westfront bei Armierungsarbeiten eingesetzt. In Sammelquartieren untergebracht und einer paramilitärischen Disziplin unterworfen, verrichteten sie Schwerstarbeit bei Straßenbau und Schanzarbeiten, bei der Anlage von Schützengräben, Munitionsunterständen und Baracken, in Steinbrüchen, Schotterwerken und Sägemühlen¹⁰². Im oberschlesischen Königshütte schleppten halbwüchsige Mädchen Mauersteine im Gewicht von 30–50 kg¹⁰³.

Wieder andere arbeiteten für Militärlieferungen in Strick- und Nähstuben, die bürgerliche Frauenvereine eingerichtet hatten, nicht zuletzt, um den Arbeiterinnen, die nach den Worten der Frauenrechtlerin Gertrud Bäumer »heute in der Großstadt zum Teil wie windverwehte Herbstblätter ohne Halt und Heimat sind, auch seelisch durch diese Zeit hindurchzuhel-

fen« und ihnen eine Art »scelischer Kriegsheimat« zu bieten¹⁰⁴. In manche traditionell männlichen Arbeitsgebiete drang die Frauenarbeit mit der Einführung von Ersatzmaterialien ein, so in das Sattlerhandwerk mit dem Einsatz von Papier und Pappe anstelle des Leders¹⁰⁵.

Gleichzeitig vervielfachte sich die Zahl der weiblichen Beschäftigten im Verkehrswesen. In den Städten wurden die Straßenbahnfahrerin und die Schaffnerin zu einer alltäglichen Erscheinung; bei den preußischen Staatsbahnen verzehnfachte sich die Zahl der weiblichen Bediensteten im Laufe des Krieges von 10000 auf 100000¹⁰⁶. Auch in nicht-kriegswichtigen Gewerben drang die Frauenarbeit mit dem zunehmenden Mangel männlicher Arbeitskräfte vor, etwa in Druckereien¹⁰⁷. Eine erhebliche Zunahme weiblicher Beschäftigter gab es schließlich außer in den Heil- und Pflegeberufen auch unter den kaufmännischen und technischen Angestellten. Während sie in allen anderen Berufen nahezu ausschließlich auf untergeordnete Tätigkeiten beschränkt blieben, drangen Frauen hier in größerer Zahl auch in gehobene und leitende Positionen ein¹⁰⁸.

Die Arbeitsbedingungen spotteten dabei oft jeder Beschreibung. Schutzvorkehrungen und hygienische Einrichtungen waren häufig mangelhaft oder überhaupt nicht vorhanden. In einer Dresdner Galvanisieranstalt, wo die Arbeiterinnen mit Säurebädern hantieren mußten, gab es keine Gummihandschuhe. Im Granatenfüllraum eines Munitionswerks in Hannover traten Vergiftungserscheinungen auf, weil es keine Ventilation gab; Haare und Hände der Arbeiterinnen verfärbten sich braun¹⁰⁹. In einer Berliner Zünderfabrik fehlten Garderobenschränke, Waschgelegenheit und Notausgang, obwohl die Zünder, mit denen die Arbeiterinnen umgehen mußten, geladen waren; essen mußten viele »auf der Erde zwischen Teertöpfen sitzend«, die Abortverhältnisse waren »ekelerregend«¹¹⁰. In der oberschlesischen Laurahütte glichen Frauen und Mädchen, die Ziegel und Schutt transportierten, »wandelnden Staubsäulen«; anderen, die in der Gewehr- laufschmiede die Dampfhammer bedienten, versengten umhersprühende Funken Kleider und Haare. Alle Arbeiterinnen der Hüttenwerke in Oberschlesien wurden als »hohlwangig« beschrieben, ihre Augen lagen »tief im Kopfe«, ihr Blick war »apathisch«, ihr »Sinn für Lebensfreude ... geschwunden«¹¹¹. Auf zahllosen Baustellen fehlten Toiletten und Aufenthaltsräume für die Arbeiterinnen. Auf großen Industriebauten in Sachsen wurde »in einer Reihe von Fällen der illegitime Geschlechtsverkehr dadurch angebahnt«, was »Familienzerwürfnisse« zur Folge hatte¹¹².

Obwohl das Reichsamt des Innern und das Kriegsministerium darauf drängten, Frauen nicht länger als acht Stunden täglich zu beschäftigen¹¹³, lag ihre Arbeitszeit in den meisten Fällen weit höher. Im Bergbau betrug die Schichtdauer auch für Frauen fast überall zwölf Stunden bei zehnstün-

diger reiner Arbeitszeit¹¹⁴. In den Rüstungsbetrieben der Metallindustrie arbeiteten im Sommer 1916 nur 8,4 % aller Arbeiterinnen weniger als zehn Stunden pro Tag; für 2 % dauerte der Arbeitstag 11 Stunden, für 12,7 % 11 ½, für 40 % 12 und für 5 % 13, in Einzelfällen sogar bis zu 17 Stunden¹¹⁵. Für mehr als die Hälfte betrug die wöchentliche Arbeitszeit über 57 Stunden, mitunter sogar 70–80 und vereinzelt sogar mehr als 80 Stunden¹¹⁶. Hinzu kamen häufig noch Überstunden sowie Nacht- und Sonntagsarbeit¹¹⁷. Wer sich darüber beschwerte, lief Gefahr, entlassen zu werden¹¹⁸. Nicht selten blieben Beschwerden freilich auch deshalb aus, weil die Mehrarbeit von den Arbeiterinnen gar nicht als solche empfunden wurde; denn »sie haben zum Teil, solange sie beschäftigt sind, keine andere Arbeit kennengelernt«¹¹⁹. Mitunter wehrten sich die Arbeiterinnen sogar gegen die Einführung kürzerer Schichtzeiten, weil man ihnen dadurch die Möglichkeit nahm, Überstunden zu leisten¹²⁰.

Viele nämlich waren auf Mehrarbeit angewiesen, weil nur bei äußerster Anstrengung ein annehmbarer Verdienst erzielt werden konnte¹²¹. Ihre Entlohnung lag fast ausnahmslos weit unter den ohnehin oft unzureichenden Löhnen der Männer. In 81,3 % der Metallbetriebe erhielten Frauen für die gleiche Arbeit geringeren Lohn; für rund drei Viertel von ihnen betrug die Lohndifferenz 30–50 %, für andere sogar 70 % und mehr¹²². Auch im Bergbau standen die Frauenlöhne trotz außergewöhnlicher Leistungsanforderungen »auf außerordentlich niedriger Stufe«¹²³ und blieben weit hinter denen der Männer zurück; am weitesten in Oberschlesien, am geringsten im Ruhrgebiet; selbst hier aber erreichten sie kaum 60 % der Verdienste der Männer¹²⁴. Auch im Baugewerbe war die Bezahlung der Arbeiterinnen »durchweg miserabel«¹²⁵ und betrug fast durchweg nur zwei Drittel des niedrigsten Vertragslohnes der Bauhilfsarbeiter¹²⁶. Selbst in der Textilindustrie, wo der große Anteil der Frauenarbeit schon vor dem Kriege die Männerlöhne niedrig gehalten hatte, blieb der durchschnittliche Frauenlohn um mehr als ein Drittel unter dem eines Mannes. Zwar verringerten sich die Abstände zwischen Männer- und Frauenlöhnen in der zweiten Kriegshälfte, doch noch im September 1918 lag in den genannten Gewerbezweigen der höchste Tageslohn für Arbeiterinnen unter dem niedrigsten Tagesverdienst männlicher Arbeiter¹²⁷.

Der Hauptgrund hierfür ist darin zu suchen, daß fast während der gesamten Dauer des Krieges das Angebot weiblicher Arbeitskräfte die Nachfrage überstieg¹²⁸. Der Reallohnverfall, der die meisten Arbeiter traf, und die völlig unzureichende Unterstützung für Kriegerfamilien und Hinterbliebene zwangen eine stetig wachsende Zahl von Frauen, zur Existenzsicherung, ohne Rücksicht auf ihre Familie und die eigene Gesundheit, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Auf diese Weise wurde eine zweite, dies-

mal weibliche industrielle Reservearmee mobilisiert, in deren Gefolge Elendzustände zurückkehrten, die an die ärgsten Zeiten des Frühkapitalismus erinnerten. In den Augen mancher Unternehmer freilich nahmen sich diese Verhältnisse als »großer Segen« und als Vorteil für die Betroffenen aus, würden doch durch die Frauenarbeit »Arbeitslosigkeit und Not ... von zahllosen Familien abgewandt und statt dessen sogar ein recht guter Verdienst geboten«¹²⁹.

Langfristig erwies sich dieser Prozeß als Teil des sozialen Wandels, den der Weltkrieg auslöste oder beschleunigte. Denn der Eintritt Hunderttausender von Frauen in den Arbeitsprozeß bereitete den Boden für die soziale, rechtliche und politische Emanzipation der Frauen vor, die schon während und besonders nach dem Kriege in den unterschiedlichsten Bereichen deutliche Fortschritte machte¹³⁰. Ihre Rückwirkungen bekamen auch die Arbeiterorganisationen zu spüren.

Die Reaktion der Gewerkschaften auf die Probleme der Frauenarbeit war zunächst widersprüchlich. In allen Gewerkschaftsrichtungen gab es vor dem Krieg eine mehr oder minder große Abneigung gegen die Frauenarbeit, im wesentlichen deshalb, weil viele Arbeiter die Frau als Konkurrentin um den Arbeitsplatz und als potentielle Lohndrückerin fürchteten¹³¹. In manchen Fällen hatten sie im Interesse der eigenen Statussicherung den Arbeitsmarkt gegen unerwünschte Konkurrenz zu schließen versucht. Die Buchdrucker setzten das männliche Beschäftigungsmonopol durch und hielten auch in der gewerkschaftlichen Organisation an der Trennung von den überwiegend weiblichen Buchdruckereihilfsarbeitern fest. Noch ausgeprägter waren solche Exklusivitätsbestrebungen bei den Angestellten, deren Organisationen in der Mehrzahl vor 1914 Frauen von der Mitgliedschaft ausschlossen¹³². Häufig spielten in die Ablehnung der Frauenarbeit allerdings auch nichtökonomische Gründe hinein, die aus der vorindustriellen Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern herrührten¹³³. Die Zunahme der Frauenarbeit während des Krieges aktualisierte in erster Linie die Furcht vor Lohndruck. Wie der Abstand zwischen Männer- und Frauenlöhnen zeigt und eindeutige Beispiele belegen¹³⁴, war sie keineswegs unbegründet.

Daß sich alle Gewerkschaftsrichtungen einig zeigten, die erhöhte Frauenarbeit als ein – freilich unvermeidbares – Kriegsübel zu bewerten, alles zu bekämpfen, was sie fördern könnte, und alles zu tun, um sie so schnell wie möglich zurückzuschrauben, wurzelte allerdings auch in jenen außerökonomischen Motiven. Besonders deutlich kamen sie in den christlichen Arbeiterorganisationen zum Ausdruck, denn namentlich den Kirchen war die Zunahme der Frauenarbeit ein Dorn im Auge, weil sie zur Mobilisierung der Gesellschaft beitrug, Emanzipationsansätze verstärkte

und überkommene geschlechtsspezifische Verhaltensmuster aufbrach¹³⁵. »Wir werden der Arbeiterschaft immer raten müssen, wer es kann, soll die Frau nicht zur Arbeit gehen lassen«, meinte der Vorsitzende des Kartellverbandes der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands¹³⁶. Sein Verbandsorgan mahnte: »Katholischer Arbeiter, laß dich nicht betören durch Sirengesänge moderner Aufklärung, sondern bewahre deinen Glauben an den Kindersegen!«, gelte es doch, »Siedlungsland im Osten« zu gewinnen und »das für die Zukunft unbedingt notwendige Kolonialreich für Deutschland wirklich nutzbar« zu machen¹³⁷. Ähnliche Gedanken kursierten in den christlichen Gewerkschaften¹³⁸, und auch der Vorsitzende der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine meinte 1916, die Frauenarbeit müsse »in Bahnen hingelenkt werden, die keine Entfremdung der Frau von ihrem natürlichen Berufe« mit sich bringe: »Die Frau gehört ins Haus, im Interesse der Kindererziehung und des Familienlebens.«¹³⁹

Vermutlich waren auch in den freien Gewerkschaften solche Einstellungen vorhanden, denn ihre Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiterinnen während des Krieges zeugten von nur reservierter Solidarität. Zwar versuchte das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission, die Organisierung der Frauen durch Beiträge in der Gewerkschaftspresse, ab Anfang 1916 sogar durch eine eigene Frauenzeitung zu fördern¹⁴⁰. Indessen waren sich die Gewerkschaftsvorstände nicht einmal darüber einig, ob die Arbeiterinnen überhaupt organisiert werden sollten. Legien referierte in der Vorstandskonferenz Mitte Juni 1916: »Während die einen erklären, wir müssen diese Arbeiterinnen sofort zur Organisation heranzuziehen suchen, weil wir nur dann einen Einfluß auf sie ausüben können – auch wenn sie eventuell den Betrieb bald wieder verlassen sollten –, erklären die anderen, wir wollen sie nicht organisieren, weil wir wünschen, daß sie nach dem Verlassen des Betriebes aus dem Beruf wieder ausscheiden.«¹⁴¹

Zu den letzteren zählten vor allem die Bauarbeiter; sie lehnten im November 1916 die Aufnahme von Frauen ab, weil sie ein völliges Verbot der Frauenarbeit in ihrem Gewerbe erreichen wollten¹⁴². Eine gezielte Werbung um die Arbeiterinnen betrieben offenbar lediglich die Metallarbeiter und die Tabakarbeiter. Nur bei ihnen stieg 1916 die Zahl der weiblichen Mitglieder nennenswert an, bei beiden um rund ein Drittel¹⁴³. Daß in den übrigen Verbänden durchweg der Anteil weiblicher Mitglieder hinter dem Anteil der Frauen an den Beschäftigten der betreffenden Branche zurückblieb¹⁴⁴, lag gewiß zu einem erheblichen Teil an der auch unter den Arbeiterinnen weit verbreiteten Ansicht: »Wir arbeiten doch nur so lange, bis der Krieg vorbei ist, da brauchen wir uns nicht erst zu organisieren.«¹⁴⁵

Es scheint allerdings, als seien sie in dieser Meinung von ihren männlichen Kollegen bestärkt worden. Bezeichnend dafür ist, daß bei Kriegsende

die Forderung nach vorrangiger Entlassung der Frauen angesichts der aufkommenden Arbeitslosigkeit oft nicht mit der unterschiedlichen sozialen Bedürftigkeit begründet wurde, etwa eines verheirateten Kriegsteilnehmers und einer mitverdienenden Ehefrau, sondern mit dem pauschalen Dogma: »Die Frau gehört ins Haus.«¹⁴⁶ Auf dem Gewerkschaftskongreß 1919 mußte sich eine der insgesamt sechs weiblichen (unter 644!) Delegierten von einem Angestellten des Bauarbeiterverbandes beschimpfen lassen: »Die alten Schachteln sollten lieber zu Hause bleiben und Kartoffeln kochen.«¹⁴⁷ Die sozialistische Erziehung im allgemeinen und Bebels berühmter Traktat über die Frau und den Sozialismus im besonderen¹⁴⁸ scheinen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges also selbst in weiten Kreisen der freien Gewerkschaften die Tabus der männlichen Dominanz und der Verbannung der Frau hinter das familiär-hauswirtschaftliche Gatter im Grunde nicht erschüttert zu haben.

Das Organisationsverhalten der Frauen blieb hiervon nicht unbeeinflußt. Viele Frauen dachten nicht an einen Gewerkschaftsbeitritt, weil sie annahmen, daß ihre Erwerbstätigkeit mit dem Krieg wieder beendet sein würde; der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Frauen stieg daher nicht in gleichem Maße, in dem die Frauenarbeit zunahm. Und von den Frauen, die den Weg zur Gewerkschaft fanden, verhielten sich viele im wesentlichen passiv. Bezeichnend dafür ist die Klage des Redakteurs des Holzarbeiterverbandes, die Mitarbeit der Arbeiterinnen am Frauenblatt des Verbandes habe »fast vollständig versagt«, ungeachtet einer »Unmenge von Briefen und Rundschreiben«, mit denen er sie zu wecken versucht hatte¹⁴⁹. Auf der anderen Seite glaubten die Männer ihre Vorbehalte durch die Zurückhaltung der Frauen bestätigt, was sich in Aussprüchen wie diesem äußerte: »Mit den weiblichen Mitgliedern haben wir schlechte Erfahrungen gemacht, auf die kann man sich nicht verlassen. . . . Ich nehme lieber einen Mann als zehn Frauen.«¹⁵⁰

Indessen bestand in allen Gewerben, in denen die Frauenarbeit stark zugenommen hatte, der Lohndruck für die Arbeiter entweder als Gefahr oder als Wirklichkeit. Daher kamen die Gewerkschaften ungeachtet ihrer grundsätzlichen Standpunkte nicht umhin, sich für die Belange der Frauen einzusetzen. Die christlichen Gewerkschaften bezeichneten die Organisation der Arbeiterinnen als eine der »wichtigsten, aber auch schwierigsten« Zukunftsaufgaben¹⁵¹. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine appellierten 1916 an die Arbeiterinnen, sich den Gewerkvereinen anzuschließen, und verpflichteten ihre Organisationen, sich stärker als bisher um diese Gruppe zu kümmern¹⁵². Der freigewerkschaftliche Bauarbeiterverband beschloß, »den auf Bauten beschäftigten Frauen während der Dauer des Krieges ohne jede Gegenleistung so viel wie möglich beizustehen, für die

Erhöhung ihrer Löhne einzutreten und besonders für ihren ausreichenden Schutz zu wirken«¹⁵³. Alle Gewerkschaften machten sich ferner die Forderung: gleicher Lohn für gleiche Leistung zu eigen, die der Erhaltung des eigenen Lohnniveaus diene¹⁵⁴. Darüber hinaus drangen sie auf die Wiedereinführung aller oder wenigstens der wichtigsten Schutzvorschriften für Arbeiterinnen¹⁵⁵.

Größerer Erfolg war diesen Vorstößen jedoch nicht beschieden. Der VdESI erklärte das Verlangen des DMV nach Einschränkung der Frauenarbeit für ebenso abwegig wie unmöglich und forderte, es dürften »nicht nur während des Krieges, sondern auch während der Zeit der Übergangswirtschaft keinerlei Eingriffe in die bestehenden Arbeiterverhältnisse stattfinden«¹⁵⁶. In der DVC begegnete man Klagen über die schwere Frauenarbeit im Bergbau mit dem nachgerade zynischen Argument, es handle sich lediglich um Beschäftigungen »über Tag in der Kohlenseparation und ›Wäsche‹ am Leseband oder aber noch bei der Bedienung von Kesselanlagen«, die nicht »über das Maß der Leistungsfähigkeit eines kräftigen, arbeitsgewöhnten weiblichen Körpers« hinauszügingen und »jedenfalls nicht anstrengender« seien als »die Betätigung der Frauen bei der Geschößherstellung, beim Granatendrehen usw.«¹⁵⁷. Unterstützung erhielten die Industriellen aus dem Großen Hauptquartier. Ludendorff vertrat ebenfalls den Standpunkt, »daß es gilt, jetzt alle Arbeitskräfte, auch die weiblichen und jugendlichen, heranzuziehen und nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit einzuspannen«¹⁵⁸. Diesem Votum mochte sich die Regierung nicht widersetzen. Sie versprach zum Schutz der Arbeiterinnen lediglich die Einstellung einer größeren Zahl von Fabrikinspektorinnen¹⁵⁹.

Jugendarbeit

Einberufungen und Frauenarbeit blieben nicht ohne nachhaltige Auswirkungen auf die Situation der Kinder und Jugendlichen aus ärmeren Volksschichten. Sofern die Männer an der Front kämpften oder in der Fabrik arbeiteten und auch die Frauen einer Beschäftigung nachgehen mußten, blieben die Halbwüchsigen oft sich selbst überlassen. Die Schule fiel als Bewahranstalt weitgehend aus, da der Unterricht infolge der Einberufung der Lehrer reduziert werden mußte. Außerdem dienten viele Schulgebäude als Lazarette oder wurden anderweitig vom Militär belegt; aus Turnhallen waren Massenspeisehallen geworden. Viele Kinder trieben sich daher auf der Straße und in öffentlichen Gebäuden, Kneipen, Vergnügungsstätten herum, nicht nur in der warmen Jahreszeit, sondern auch im Winter, denn manche Arbeiter waren zu arm oder bekamen zu wenig Kohlen, um ihre

Wohnung den ganzen Tag heizen zu können. Selbst im Ruhrgebiet waren Kohlen für viele Arbeiterfamilien Mangelware¹⁶⁰. Die Kinder, die es im Winter trotzdem zu Hause aushielten, taten es oft, weil sie keine Schuhe oder warme Kleidung besaßen oder vor Hunger kaum laufen konnten. Andere verdingten sich – ungeachtet gesetzlicher Verbote – als Hilfsarbeiter in Fabriken oder kleineren Gewerbebetrieben, um das Familienbudget aufbessern zu helfen. Hunger und Kälte, nicht selten auch Kinderarbeit oder Kriminalität bildeten also die prägenden Erfahrungen eines großen Teils der Arbeiterjugend während des Krieges¹⁶¹.

Der Unterernährung suchten staatliche Stellen und private Wohlfahrtsorganisationen durch die Einrichtung von Ferienkolonien und die Verschickung von Stadtkindern aufs Land entgegenzuwirken. Doch sie kam nur wenigen zugute und zeitigte manchmal die unerwünschte Nebenwirkung, die Spannungen zwischen ländlichen Nahrungsmittelerzeugern und städtischen Verbrauchern zu verschärfen. Der moralischen Verwilderung der Halbwüchsigen trat das Oberkommando in den Marken durch ein Verbot des Straßenvertriebs von Schundliteratur sowie durch Alkohol-, Rauch- und Wirtshausverbote entgegen. Doch diese Maßnahmen kuriierten nur an Symptomen, ihre Einhaltung war kaum zu kontrollieren; folglich hatten sie keinen Erfolg¹⁶².

Widersprüchlicher stellte sich die Lage der 16–19jährigen dar. Die für sie gültigen Schutzbestimmungen waren im August 1914 ebenfalls suspendiert worden. Damit wurde ihnen der ungehinderte Zugang zur Fabrikarbeit eröffnet. Die Werke machten ihn durch relativ hohe Löhne, die vielfach das Fünf-, Sechs- und auch Zehnfache des kärglichen Lehrlingsentgelts betragen, so attraktiv, daß sich bald ein Strom von Jungarbeitern in die Rüstungsbetriebe ergoß. Dort freilich wurden sie nicht selten dazu benutzt, zum Nachteil der höher bezahlten älteren Arbeiter die Löhne zu drücken¹⁶³. Aus ähnlichen Gründen wie die Arbeiterinnen fielen sie auch besonders häufig Betriebsunfällen zum Opfer. Um beides zu verhindern, forderten die Gewerkschaften, die Schutzbestimmungen für Jugendliche wieder in Kraft zu setzen, jedoch ebenfalls vergeblich¹⁶⁴.

Besonders gravierend waren die langfristigen Konsequenzen dieser Entwicklung. Den hohen Kriegslöhnen zuliebe, häufiger freilich gezwungen durch die Armut der Eltern, die ihre Kinder nicht drei bis vier Lehrjahre hindurch aushalten konnten oder gar selbst auf finanzielle Unterstützung angewiesen waren, verzichteten viele Jugendliche auf eine Lehre; andere brachen sie ab. Eine »wilde Lehrlingsflucht« setzte ein¹⁶⁵. In den Rüstungsbetrieben jedoch erhielten die Jugendlichen keine qualifizierte Ausbildung, sondern wurden lediglich für bestimmte Verrichtungen angeleitet. Bei Kriegsende waren sie zu alt, um noch eine Lehre ohne außergewöhnli-

che Härten absolvieren zu können, und standen als ungelernte oder bestenfalls angelehrte Arbeiter da, in ihren weiteren Berufsaussichten »aufschwerste beeinträchtigt«¹⁶⁶.

In manchen handwerklichen Gewerben hingegen, besonders in ländlichen Gegenden, stiegen zur gleichen Zeit die Lehrlingszahlen erheblich an. Das war nur scheinbar paradox. Auf dem Land und in Kleinstädten nämlich, wo der Arbeitsmarkt nicht durch den Arbeitskräftebedarf großer Industriebetriebe geprägt wurde, wo die Ernährungslage im allgemeinen besser und infolgedessen das Angebot an weiblichen Arbeitskräften geringer war als in den Großstädten, suchten die Handwerksbetriebe die Lücken, die die Einberufungen in ihre Belegschaften rissen, durch Lehrlinge zu schließen, hier und da übrigens mit Hilfe eigentümlicher Rekrutierungsusancen¹⁶⁷. Die sogenannte »Lehrlingszüchterei« diente also gleichfalls der Versorgung mit billigen Arbeitskräften. Eine ordnungsgemäße Ausbildung war meist wegen des zahlenmäßigen Mißverhältnisses zwischen Lehrlingen und Gesellen und Meistern kaum noch durchzuführen¹⁶⁸. Selbst wenn die Lehrlinge ihre Ausbildung ordnungsgemäß abschlossen, eröffneten sich ihnen nicht immer bessere Zukunftsaussichten als den ungelerten Jungarbeitern; denn die Erhöhung der Zahl gelernter Handwerker beeinträchtigte langfristig wenigstens in den Branchen mit tendenziell sinkendem Bedarf, etwa bei den Bäckern, ihre späteren Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten.

Die Gewerkschaften verfolgten vor allem die Entwicklung in den Industriezentren mit großem Unbehagen. Aufgrund ihrer beruflich-zünftlerischen Tradition fühlten sie sich »auch durchaus als Hüter des gewerblichen Gedeihens im allgemeinen« und wollten nicht »den Niedergang der Gewerbe durch ungenügend ausgebildete Arbeitskräfte«¹⁶⁹. Außerdem fürchteten sie, ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften könnte nach dem Krieg die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährden und ihr die Rückeroberung ihrer Stellung auf dem Weltmarkt erschweren¹⁷⁰.

Um der Lehrlingsflucht durch eine höhere Attraktivität der Lehre entgegenzuwirken, beschloß die Vorstandskonferenz 1916, eine Bestandsaufnahme des Lehrlingswesens vorzunehmen, Mißstände festzustellen und Vorschläge für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Lehrlinge, für ihren Schutz vor Ausbeutung und für ihre Befreiung aus der Abhängigkeit der Lehrherren zu erarbeiten¹⁷¹. Auch die anderen Gewerkschaftsgruppen legten Anregungen für eine Reform des Lehrlingswesens vor¹⁷², desgleichen manche Einzelgewerkschaften und Kartelle¹⁷³. Bis Kriegsende aber blieb es bei diesen Ansätzen. Legislative Änderungen oder Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Innungen oder Arbeitgeberverbänden kamen nicht zustande.

Situation im Betrieb

Auch im betrieblichen Alltag merkten viele Arbeiter, daß der Krieg die Macht der Arbeitgeber gesteigert hatte. Nach einem Bericht des christlichen Bergarbeiterverbandes standen sich beide Seiten nach dem Abflauen der Auguststimmung »wieder vielfach schroff gegenüber . . . Die Grubenverwaltungen fühlten sich stärker wie je«¹⁷⁴. In vielen Werken war das Betriebsklima außerordentlich schlecht, das Verhältnis der Arbeiter zu ihren Vorgesetzten äußerst gespannt. Im Senftenberger Bergrevier erregten schon Ende 1914 Schlägereien zwischen Beamten und Arbeitern kein Aufsehen mehr, sondern wurden »als eine Selbstverständlichkeit hingegenommen«¹⁷⁵.

Zum bevorzugten innerbetrieblichen Disziplinierungsinstrument entwickelte sich die »Drohung mit dem Schützengraben«. In zahllosen Fällen brachten die Betriebsleitungen wehrpflichtige Arbeiter, die eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Ernährung oder gar Organisationsfreiheit forderten, mit der Drohung zum Schweigen, man werde ihre Einberufung veranlassen, falls sie auf ihren Forderungen beharrten. Manche Werke versuchten sogar, mit der eigenmächtigen Bekanntmachung, eine Kündigung ziehe die sofortige Einberufung nach sich, ihren Arbeitern das Freizügigkeitsrecht zu nehmen¹⁷⁶. Da die härteste Arbeit in den Fabriken noch immer besser schien als der Kriegsdienst, zeitigten solche Drohungen lange die erwünschte Wirkung. Deshalb blieben sie auch noch in Gebrauch – besonders dort, wo die Gewerkschaften schwach waren wie in Oberschlesien und im Saargebiet –, nachdem der preußische Handelsminister auf ihre Unrechtmäßigkeit hingewiesen und den Gewerkschaften Abhilfe zugesagt hatte¹⁷⁷. Einzelne Werke verwendeten auch die Nutzung ihrer Werkwohnungen, mitunter sogar die Gewährung freiwilliger Kriegsunterstützungen an die Familien eingezogener Belegschaftsmitglieder als Druckmittel, um Lohnforderungen zum Schweigen zu bringen, vereinzelt gar dazu, ihre Beschäftigten auch für die Nachkriegszeit zur Arbeit unter einseitig festgesetzten Bedingungen zu verpflichten¹⁷⁸. Erst nachdem das Reichsamt des Innern verlauten ließ, »daß ein solches Vorgehen durchaus zu mißbilligen« sei, unterblieben derartige Pressionsversuche¹⁷⁹.

Ansätze zur Organisation der Arbeiter in den Betrieben mit dem Ziel, Arbeiterausschüsse zu bilden, um Wünsche und Beschwerden zu artikulieren und gegenüber den Direktionen zu vertreten, wurden fast immer im Keim erstickt. Die Geschäftsleitung der Pulverfabrik Düneberg beschied eine Kommission, die aus der Mitte der Arbeiter gewählt worden war und sich mit einer Eingabe an sie gewandt hatte: »Derartige Briefe wandern bei

uns in der Regel unbeachtet in den Papierkorb. Wir wissen allein, was wir zu tun haben.«¹⁸⁰ Die Firma Krupp bewilligte im September 1915 erst- und einmalig und nur »ausnahmsweise in Anbetracht der außergewöhnlichen Zeit« Vorstandsmitgliedern der Betriebskrankenkasse eine Besprechung mit Werksdirektoren über die Lohnverhältnisse. Die Errichtung eines Arbeiterausschusses lehnte sie ab und verwies die Arbeiter für Beschwerden an die zuständigen Betriebsführer¹⁸¹. Mit welchen Maßnahmen schließlich die Gewerkschaften innerhalb der Betriebe bekämpft wurden, wurde bereits in anderem Zusammenhang dargelegt¹⁸².

Versammlungsrecht und Zensur

Die Auswirkungen des Krieges auf die materielle Lage der Arbeiterschaft vergrößerten noch die Schwierigkeiten, welche die Gewerkschaftsarbeit ohnehin stark beeinträchtigten. Die Verlängerung der Arbeitszeit und die selbst für Arbeiter derselben Branche oft unterschiedlichen Schichtzeiten machten es häufig schwer, einen Termin für eine Gewerkschaftsversammlung zu finden. Hatte man ihn schließlich festgelegt, fühlten sich viele Mitglieder durch die langen Arbeitszeiten, Überstunden, Tag- und Sonntagsarbeit so übermüdet und abgespannt, daß sie nicht erschienen¹⁸³. Sonntags zogen es manche vor, durch Hamsterfahrten oder auf andere Weise sich zusätzliche Lebensmittel zu verschaffen¹⁸⁴. Die Teuerung lähmte die Zahlungsmoral der Mitglieder. »Wie sie über die teuren Lebensmittelpreise schimpften, schimpften sie, daß sie in der teuren Zeit auch noch Verbandsbeiträge zahlen sollten, wenn sie in Arbeit standen.«¹⁸⁵

Die Veränderung in der Zusammensetzung und die Fluktuation der Belegschaften hemmten die lokale und betriebliche Gewerkschaftsarbeit. »In fast jeder Versammlung hat man wieder andere Leute und muß immer wieder von vorn anfangen«, klagte der Stuttgarter Bezirksleiter des Bauarbeiterverbandes¹⁸⁶. Außerdem war die Arbeiterschaft der großen Rüstungsfabriken, die aus allen Landesteilen zusammenströmte, ohnehin schwieriger zu organisieren als eine ortsansässige und ihrer Herkunft nach homogene Belegschaft. So herrschte unter den nach Tausenden zählenden Bauarbeitern eines neu errichteten Werkes der BASF in Ludwigshafen-Oppau die Meinung: »Das ist ja nicht unser Bezirk oder nicht unser Zweigvereinsgebiet, hier gehen uns die Agitation und die Arbeit für den Verband nichts an.«¹⁸⁷ Die Behinderungen durch die Fabrikdirektionen taten ein übriges.

Zu diesen Erschwernissen traten noch Behinderungen von außen, die oft unüberwindlich schienen. In den Grenzbezirken bestanden zu Kriegsbe-

ginn Verkehrsbeschränkungen. In Mittel- und Oberschlesien war der Bahnverkehr tage- und wochenlang gesperrt, ebenso das Telefon und die Telegraphie; verschlossene Briefe und Pakete wurden zeitweilig nicht befördert; sogar die Benutzung eines Fahrrades bedurfte hier einer besonderen Erlaubnis.¹⁸⁸ Auch im linksrheinischen Gebiet gab es noch weit hinter den Frontlinien erhebliche Verkehrsbehinderungen¹⁸⁹. Die Kommunikation innerhalb des Gewerkschaftsapparats wurde hierdurch weitgehend lahmgelegt.

Nachdem sich die Verkehrsverhältnisse normalisiert hatten, scheiterte die Abhaltung von Versammlungen in manchen Orten am Fehlen geeigneter Räume. Wie vor dem Kriege verweigerten manche Wirte den Gewerkschaften ihre Lokale, sei es auf Druck der Unternehmer, der Polizei oder aus eigener politischer Überzeugung. So erging es dem Bauarbeiterverband 1914 allein im Bezirk Bromberg in nicht weniger als zehn Orten¹⁹⁰. Den Bergarbeitern im Saargebiet stand sogar »in den allermeisten Dörfern« kein Saal zur Verfügung¹⁹¹. Auch in Pommern und im Ruhrgebiet ereigneten sich solche Fälle¹⁹². Im linksrheinischen Bergbaurevier wurden noch 1916 alle Wirte mit Strafe bedroht, die nicht unverzüglich der Polizei über alle bei ihnen stattfindenden gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen Mitteilung machten¹⁹³. Manche Wirte schlossen ihre Lokale, weil mit dem Krieg der Umsatz zurückgegangen war, andere mußten ihre Räume für militärische Zwecke zur Verfügung stellen¹⁹⁴.

Noch gravierender wirkten sich die Einschränkungen des Versammlungs- und Informationsrechts aus, die mit dem Belagerungszustand die ganze Kriegszeit über bestehen blieben. Sie wurden in den einzelnen Korpsbezirken unterschiedlich gehandhabt, den jeweiligen Machtverhältnissen zwischen Unternehmern und Arbeiterorganisationen und der persönlichen Einstellung des Militärbefehlshabers entsprechend¹⁹⁵. Selbst nachdem das preußische Kriegsministerium unter Hinweis darauf, daß die Gewerkschaftsführer »nicht nur die Interessen ihrer Verbandsmitglieder wahrnehmen, sondern auch mit Erfolg bemüht sind, aufklärend und beruhigend zu wirken sowie Forderungen der Mitglieder entgegenzutreten, die sich mit den Interessen der Allgemeinheit nicht vereinbaren lassen«, den stellvertretenden Generalkommandos empfohlen hatte, »Anträgen auf Abhaltung von Versammlungen versuchsweise so weit« entgegenzukommen, »als es mit den Interessen der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung vereinbar« sei¹⁹⁶, blieb die Praxis uneinheitlich¹⁹⁷.

In Ober- und Mittelschlesien mußten alle Versammlungen unter Angabe von Referenten und Thema beim Generalkommando und beim zuständigen Landrat angemeldet werden, die die Genehmigung versagten, »wenn den Herren die anzugebende Tagesordnung nicht paßt«¹⁹⁸. Wurde sie er-

teilt, dann überwachte die Polizei selbst die Mitgliederversammlungen und zog »der Redefreiheit sehr enge Grenzen«¹⁹⁹. Einladungszettel und Flugblätter unterlagen der Zensur. In Breslau untersagte der Polizeipräsident zeitweilig sämtlichen Gewerkschaften die Verbreitung von Werbeaufrufen²⁰⁰. Im Saargebiet und in Lothringen herrschte bis zum Frühjahr 1915 »Kirchhofsruhe«. Hier verbot das Generalkommando fast alle Gewerkschaftsversammlungen mit der Begründung, vor dem Krieg hätten sich dort die verschiedenen Organisationen »zu stark bekämpft«²⁰¹. Gewerkschaftsangestellten, die aus den rechtsrheinischen Geschäftsstellen zur Aufrechterhaltung der Organisation Lothringen besuchen wollten, das als Kriegsgebiet größtenteils gesperrt war, verweigerte der Militärpolizeimeister in Metz die Einreisegenehmigung²⁰². Später wurden in den als Kriegsgebiet geltenden Bezirken der Pfalz und des Saarlandes Versammlungen nur genehmigt, wenn die Gewerkschaften sie mindestens 14 Tage im voraus angemeldet hatten²⁰³.

In Pommern waren Gewerkschaftsversammlungen ebenfalls lange Zeit »nahezu unmöglich«. Der stellvertretende Kommandierende General in Stettin führte im Bunde mit den Stettiner Werftbesitzern ein eisernes Regiment. Seit Anfang 1915 genehmigte er Versammlungen, ausgenommen kirchliche und rein gesellige, nur noch, wenn die Landräte oder in größeren Städten die Bürgermeister persönlich den Vorsitz übernahmen, weil nur so gewährleistet sei, »daß die Verhandlungen sich in deutschnationalem Rahmen bewegen und das öffentliche Interesse im vollen Umfange gewahrt wird«²⁰⁴. Wie die Gewerkschaften berichteten, verbot er »selbst ... geschlossene Mitglieder- und Betriebsversammlungen ..., so daß eine ersprießliche gewerkschaftliche Tätigkeit nicht entfaltet werden konnte, ja in einzelnen Orten ganz ausgeschlossen war«²⁰⁵. Nach der Novellierung des Reichsvereinsgesetzes und einer Intervention der Generalkommission beim Kriegsminister wurde im September 1916 das Verbot zwar auf öffentliche politische Versammlungen beschränkt; Mitgliederversammlungen einschließlich Werks- und Betriebsversammlungen konnten nun stattfinden. Trotzdem blieben Behinderungen genug übrig. Die Versammlungen mußten 48 Stunden vorher bei der Polizei angemeldet werden; die Erörterung politischer Themen war verboten und die Werbung neuer Mitglieder unmöglich, weil jeder Besucher sich als Mitglied auszuweisen hatte. In Betrieben, deren Arbeiter verschiedenen Organisationen angehörten, mußte jede Gewerkschaft eigene Veranstaltungen einberufen, so daß gemeinsame Betriebsversammlungen nicht zustande kamen²⁰⁶.

Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet machten die Militärbehörden in den ersten Kriegsmonaten Versammlungen »vollständig unmöglich«. In einigen Bezirken ließen sie sogar Vorstandssitzungen, wenn vor-

aussichtlich mehr als zehn Personen daran teilnahmen, anmelden und überwachen. Versammlungen in Rüstungsbetrieben wurden unter Hinweis auf den Burgfrieden »rundweg verboten«²⁰⁷. In Sachsen suchten die Generalkommandos Gewerkschaftsversammlungen ebenfalls durch die Verfügung zu verhindern, sie 48 Stunden vorher anzumelden und alle Redemanskripte sieben Tage vorher einzureichen²⁰⁸. Sie untersagten auch Belegschaftsversammlungen, wenn sie nicht von den Arbeiterausschüssen einberufen wurden, die indes – oft von den Werkvereinen gestellt – auf diese Zusammenkünfte verzichteten²⁰⁹. Vergleichsweise gering scheinen die Schwierigkeiten nur in den wenig industrialisierten Gebieten Mitteldeutschlands, Niederschlesiens, Ostpreußens und Bayerns gewesen zu sein²¹⁰.

Schließlich litt auch die schriftliche Agitation der Gewerkschaften unter dem Belagerungszustand empfindlich. Bis Ende 1916 machte die Militärzensur die Verteilung von Flugblättern und Werbebroschüren nahezu unmöglich, so daß die Gewerkschaften die Mitgliederwerbung allein im Betrieb oder in den Wohnquartieren betreiben mußten²¹¹. Doch hier wie dort fand sie kaum statt. Die Verschlechterung der Ernährung, der Löhne, der Gesundheitsverhältnisse, die überlangen Arbeitszeiten und der hektische Leistungsantrieb in den Fabriken, Kriegstod oder dauernde Invalidität von Familienangehörigen, außerdem die Lähmung der gewerkschaftlichen Organisationen durch Einberufungen und einschneidende Beschränkungen – all dies führte dazu, daß sich in den ersten beiden Kriegsjahren vieler Gewerkschaftsmitglieder »Gleichgültigkeit«, »Apathie«²¹², »Fatalismus«²¹³ und Resignation bemächtigten. Der Gedanke, daß »doch nichts zu machen sei«, und die Sorge um den Fortgang des Krieges töteten das Interesse an der Organisation²¹⁴.

Auch dort, wo man noch Versammlungen abhalten konnte, blieben ihnen die meisten Mitglieder fern²¹⁵, wie die Berichte des Bauarbeiterverbandes belegen. Im Bezirk Erfurt war 1915 »von einem Versammlungsleben . . . in vielen Vereinen gar nichts mehr verblieben«. Eine Reihe kleinerer Vereine hielt keine einzige Versammlung ab; andere kamen über zwei oder drei Versammlungen nicht hinaus, »und in den größeren Verbänden waren die Versammlungen von 20 oder, wenn es hoch kam, von 50 Mitgliedern besucht«²¹⁶. Im Bezirk Dresden gab es in einigen Vereinen nicht einmal mehr Vorstandssitzungen²¹⁷. Auch im Bezirk Karlsruhe war der Versammlungsbesuch »mehr als ungenügend«²¹⁸, in Stuttgart kam kaum eine Versammlung zustande²¹⁹. Selbst in den großstädtischen Bezirken Berlin, Hamburg und Frankfurt ließen sich wegen »geradezu sträflicher Gleichgültigkeit«²²⁰ der Mitglieder Versammlungen »kaum noch zusammenbringen«²²¹. Sogar Veranstaltungen mit dem Verbandsvorsitzenden Paepow »entsprachen in ihrer Besucherzahl nicht den Erwartungen«²²².

Zur Agitation konnten die Mitglieder in den seltensten Fällen bewegt werden. Sie ließen hierbei die Zweigvereinsleitungen ebenso im Stich wie diese mitunter die Bezirksleitungen²²³, weil sie glaubten, Werbung habe unter den gegebenen Umständen »ja doch keinen Zweck«²²⁴. Auch 1916 war »dem ewigen Gejammer« nicht beizukommen: »Ach, es nützt ja doch nichts, jetzt hat es nirgends Zweck.«²²⁵ Ein großer Teil der Mitglieder zeigte sich »zermürbt« und »lethargisch«²²⁶. Die Frage: »Wieviel Pfund Brot, wieviel Fleisch, wieviel Fett und vor allen Dingen wieviel Kartoffeln stehen uns die Woche zu?« beschäftigte sie mehr als alles andere²²⁷.

Manche »nahmen es als eine selbstverständliche Pflicht des Verbandes hin, daß er für mehr Lohn Sorge«, ohne selbst für die Stärkung der Organisation etwas zu tun²²⁸. Andere begründeten ihre Zurückhaltung mit der Machtlosigkeit der Gewerkschaften auf ihrem wichtigsten Gebiet. In Köln erklärten langjährige Gewerkschaftsmitglieder: »Die Beiträge für den Verband und für die Partei könnten sie besser verwenden; der Verband könne nicht mehr auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einwirken und sei deshalb nutzlos.«²²⁹ Allenthalben wuchs die »Organisationsverdrossenheit«²³⁰. Der Fabrikarbeiterverband rügte 1915, »daß eine ziemliche Gleichgültigkeit unter den Kollegen eingetreten« sei²³¹; im folgenden Jahr wiederholte er seine Klage²³², die auch im Bäckerverband erklang²³³. Der Transportarbeiterverband verzeichnete 1916 eine »Lähmung im Umfange und der Intensität der Organisationsarbeit« und einen weiteren Rückgang des Versammlungslebens²³⁴.

Bei den Bergarbeitern hingegen ist der Befund unterschiedlich. In manchen Bezirken kam seine Versammlungstätigkeit ebenfalls vollständig zum Erliegen, desgleichen die Hausagitation²³⁵; es verbreitete sich »eine gewisse Gleichgültigkeit, verbunden mit einem Quantum Mutlosigkeit«. Wo aber die Hausagitation aufrechterhalten werden konnte, wie in manchen Teilen des Ruhrgebietes, war 1915 und 1916 »ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen«²³⁶. Selbst der DMV, die am intaktesten gebliebene Einzelgewerkschaft, beklagte 1915 die »lähmende Wirkung, welche der Krieg bei den Mitgliedern hervorgerufen hat«²³⁷, sowie einen Rückgang der Versammlungen um 51 %²³⁸. Im Zuge der Ankurbelung der Rüstungsindustrie aber trat im selben Jahr schon »unverkennbar eine Wiederbelebung der Agitation ein«²³⁹. 1916 wurde sie »entschieden und erfolgreich weitergeführt« und brachte den Vorstand »wieder in bessere Fühlung mit seinen Mitgliedern«²⁴⁰.

7. Kapitel: Die Kriegspolitik der Gewerkschaften 1914–1916

Trotz aller Verelendungserscheinungen unterstützten die Gewerkschaftsführer mit wenigen Ausnahmen auch weiterhin die Kriegführung. Mit der Versicherung, »daß wir durchhalten müssen und durchhalten werden, . . . mag der Krieg noch Monate oder Jahre dauern, er wird das Volk eher fester zusammenschweißen und seine Kräfte ins Ungeahnte wachsen lassen«¹, begrüßte das Correspondenzblatt das Jahr 1915. »Durchhalten bis unsere Gegner zum Frieden geneigt sind«, hieß es am ersten Jahrestag des Kriegsausbruchs², von der Notwendigkeit, »einmütig auszuharren«, und von unerschütterlichem Siegeswillen war ein Jahr später die Rede³. Neujahr 1917 beschwor das Organ der Generalkommission das »Bewußtsein, daß wir unbesiegbar sind und daß kein Feind uns seinem Willen gefügig machen kann«⁴. Kaum anders klang es beim Ablauf des dritten Kriegsjahres⁵. Erst danach wurden solche Töne leiser. Diese Äußerungen waren das Resultat in erster Linie ökonomischer, in zweiter Linie innenpolitischer Erwägungen, in denen die Motive fortlebten, welche das Verhalten von Gewerkschafts- und SPD-Führung bei Kriegsausbruch bestimmt hatten.

Der Weltkrieg in gewerkschaftlicher Perspektive

Was nämlich Charakter und Ziel des Krieges betraf, so handelte es sich in den Augen vieler Gewerkschaftsführer nicht mehr allein um einen Abwehrkampf gegen das Zarenregime, sondern infolge der Beteiligung Englands auch und vor allem um die Abwehr eines Angriffs auf die Weltmarktposition der deutschen Industrie. Diese ökonomische Komponente wurde für die Gewerkschaften binnen kurzem wichtiger als der antizaristische Aspekt. Recht bald verdrängte England daher Rußland aus der Rolle des Hauptgegners. Der Krieg sei ausgebrochen, schrieb August Winnig, »weil Rußlands Eroberungsgier ihn wollte und weil England den Zeitpunkt für gekommen erachtete, unseren friedlichen Wettbewerb um die Absatzgebiete für unsere Industrieprodukte durch einen Weltkrieg niederzuschlagen«⁶. England führe diesen »Krieg als Handelskrieg um seine sog. Herrschaft auf dem Weltmarkte«, erklärte das Correspondenzblatt⁷. »Der jetzige Krieg ist . . . sehr wohl als ein lange geplanter und von England gewollter Angriffskrieg gegen Deutschland zu betrachten«, verschärfte Emil Kloth diese These; sein Hauptziel sei es, »Deutschlands Seegeltung zu zerstören« und »seinem wirtschaftlichen Vorwärtsschreiten Einhalt zu tun«⁸. Dieser Gedanke zieht sich auch wie ein roter Faden durch das 1915 erschienene »gewerkschaftliche Kriegsbuch«, in dem 16 prominente Gewerkschaftsfunktionäre die Kriegsziele umrissen, wie sie sich aus der Interessenlage ihrer verschiedenen Gewerbe- und Industriezweige ergaben. Winnig zufolge drückte es die Auffassung aus, »zu der sich die überwiegende Mehrheit der Organisationen« bekannte⁹. »Die Kriegsarbeit der Gewerkschaften besteht darin«, folgerte Robert Schmidt, »den Anschlag Englands auf Deutschland abzuwehren«¹⁰.

Mitunter wurde die Kriegsschuld nicht allein England zugeschoben, sondern dem industriell-kapitalistischen Wirtschaftssystem der Vorkriegszeit insgesamt angelastet. Winnig bewertete 1915 das ökonomische und politische Expansionsstreben der Industrieländer, das schon vor 1914 zahlreiche internationale Krisen heraufbeschworen hatte, als »natürlichen Drang«¹¹; denn eine aufstrebende Industrie und ein sich ausweitender Handel könnten »nicht mehr innerhalb der nationalen Grenzen bleiben, sie müssen Raum zur Ausdehnung und Entfaltung haben, wenn sie nicht ersticken sollen«¹². Hieraus ergab sich für ihn nicht nur eine Rechtfertigung des Kolonialismus¹³, sondern auch die Unabwendbarkeit des Imperialismus: »Wir müssen durch die Oberstufe des Kapitalismus, eben den Imperialismus, ebenso zwangsmäßig hindurch, wie unsere Großväter durch die Manufaktur und der mittelalterliche Bauer durch den Feudalismus hin-

durch mußten. Ein »Kampf« gegen solche historischen Notwendigkeiten wäre besonders für sozialistisch geschulte Arbeiter reichlich naiv« und »nicht weniger hoffnungslos und kurzsichtig wie der Zerstörungskampf der Handwerker gegen die mechanischen Webstühle«¹⁴.

Die Aufgabe der Arbeiterorganisationen sah Winnig lediglich darin, »die Methoden der imperialistischen Politik zu humanisieren und ihrer internationalen Gefahren zu entkleiden«¹⁵, obwohl er die Erfolgsaussichten hierfür selbst recht gering einschätzte. Er hielt es für ausgemacht, daß die Ausdehnungstendenzen der Industriestaaten immer mehr Konfliktstoff zwischen ihnen anhäuften, »bis schließlich die Gefahr des bewaffneten Zusammenstoßes der Normalzustand der politischen Welt wird, wo dann ein Funke genügt, um die gespannte Atmosphäre zur Entladung zu bringen«¹⁶. Paul Lensch, auf den Winnig sich ausdrücklich berief¹⁷ und mit dem er auch persönlich befreundet war¹⁸, erklärte in diesem Zusammenhang sogar unverblümt, »daß der Krieg unvermeidlich« gewesen sei¹⁹. Die Modalitäten des Kriegsausbruchs wurden damit irrelevant, wie sich bereits zwei Wochen nach Kriegsausbruch gezeigt hatte²⁰. Wichtig blieb allein, daß der Krieg den »Kampf um die Vormachtstellung im ganzen Gebiete der heutigen Weltwirtschaft« bedeutete²¹, nach den Worten Südekums gar um »die Anwartschaft auf die Führung der Welt«²².

Nach übereinstimmender Ansicht vieler Gewerkschaftsführer waren mit diesem Angriff auf die Bewegungsfreiheit, die Absatzmärkte und Rohstoffbasen der deutschen Industrie auch die vitalen Interessen der Arbeiterschaft unmittelbar bedroht. Winnig zufolge mußte »die Absperrung Deutschlands von den Rohstoffländern und Absatzgebieten, wie sie England ausgesprochenermaßen in diesem Kriege erstrebt, ... zum Zusammenbruch des industriellen Systems führen, nach dem die deutsche Volkswirtschaft heute organisiert ist. Das wäre selbstverständlich nicht nur für die Kapitalistenklasse ein Unglück, schwerer als diese würde es die deutsche Arbeiterklasse treffen«, nämlich in Gestalt von Arbeitslosigkeit und Wiedererstehen einer industriellen Reservearmee mit all ihren Konsequenzen: Lohndruck, Demoralisierung, Niedergang der Arbeiterorganisationen, Verschwinden der Tarifverträge und Zwang zu millionenfacher Auswanderung²³.

Auf der Reichskonferenz der SPD vom September 1916 zog Legien unter lebhaftem Beifall hieraus den Schluß: »Eine Niederlage für Deutschland heißt auch eine Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung. Bei einer Niederlage würden wir nicht mehr ein exportierendes Land sein, sondern ein menschenexportierendes Land werden, und exportiert werden dann nicht die Kapitalisten, sondern die Arbeiter. Verliert Deutschland den Krieg, so verliert die Arbeiterklasse am meisten.«²⁴ Programmatischen und

deutlichsten Ausdruck verlieh Umbreit diesen Anschauungen in einem Leitartikel des Correspondenzblattes vom April 1916, der auch als Flugblatt in 175 000 Exemplaren weite Verbreitung fand²⁵. Überdies wurden sie in zahlreichen Schriften prominenter Vertreter des rechten SPD-Flügels propagiert²⁶.

Wegen der Bedeutung, die in der Sicht dieser Arbeiterführer der Behauptung der Weltmarktposition der deutschen Industrie zukam, waren für sie die Interessen der Arbeiterschaft mit denen der ganzen Nation identisch²⁷. Auf diese Weise verwischte sich für die deutsche Arbeiterschaft der »imperialistische Zug des Weltkrieges« und »verwandelte sich ... in eine Frage um die nationale und staatliche Existenz«²⁸, in einen Kampf »um die Unabhängigkeit und Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes«²⁹. Der Patriotismus dieser Arbeiterführer war also im wesentlichen über die materiellen Interessen der Arbeiter vermittelt. Es war hiernach selbstverständlich, daß sie sich in der Öffentlichkeit wie ihren Mitgliedern gegenüber für einen »Sieg der deutschen Waffen« einsetzten³⁰ und daß ebenso wie die Modalitäten des Kriegsausbruchs auch diejenigen der Kriegführung für sie unerheblich wurden, sofern sie nur eine deutsche Niederlage abzuwenden versprachen.

Daß die Gewerkschaften zugleich die Geschäfte der Unternehmer besorgten, indem sie sich für die Sicherung der Existenz- und Expansionsbedingungen der deutschen Industrie vorbehaltlos einsetzten, gaben manche Gewerkschaftsführer unumwunden zu. Kloth betonte die »starken gemeinsamen Interessen« von Arbeitern und Unternehmern³¹, Leipart wies darauf hin, daß die Ziele der deutschen Gewerkschaften schon immer »neben der energischen Vertretung der Arbeiterinteressen zugleich auch auf das Interesse der deutschen Industrie und der deutschen Volkswirtschaft gerichtet gewesen« seien. Gerade während des Krieges würden die Arbeiter sich deshalb »hüten, den Ast selbst abzusägen, auf dem sie sitzen«, sei doch »ein blühendes deutsches Wirtschaftsleben ... die Vorbedingung für den Aufstieg und die endliche Befreiung der deutschen Arbeiterklasse«³². Im Interesse, eine deutsche Niederlage zu vermeiden, gingen »Unternehmer- und Arbeiterinteressen vollkommen konform«, folgerte Paul Müller vom Transportarbeiter-Verband, »sich hier indifferent verhalten, hieße wirtschaftlich Selbstmord begehen«³³.

Jansson faßte die Quintessenz des gewerkschaftlichen Kriegsbuches in dem Satz zusammen, die Existenz der deutschen Arbeiterschaft sei »unlösbar mit der deutschen Industrie verbunden«. Daher habe die Arbeiterklasse »ein Lebensinteresse an der ungehinderten Entwicklungsmöglichkeit der deutschen Industrie und des deutschen Anteils am Welthandel«. Die Gewerkschaften könnten deshalb nur eine Politik gutheißen, »die die deut-

schen Interessen in diesem Existenzkampfe« wahre³⁴. Den Mangel sozialistischer Perspektiven in diesen Gedankengängen rechtfertigten die Gewerkschaftsführer – wenn überhaupt – mit dem Hinweis, aufgrund der Kriegserfahrungen müsse man »endgültig« die Annahme begraben, »daß der Kapitalismus altersschwach sei, so daß es nur noch eines genügend kräftigen Anstoßes bedürfe, um ihn beseitigen zu können«³⁵. Dieses Argument diene wiederum als Rechtfertigung für die Fortsetzung der reformistischen Praxis³⁶.

Gewerkschaftliche Kriegsziele

Aus der Gemeinsamkeit des Interesses von Gewerkschaftsführern und Industriellen daran, die Voraussetzungen für eine weitere Prosperität der deutschen Industrie zu erhalten, ergab sich eine weitgehende Übereinstimmung auch in bezug auf bestimmte Kriegsziele. Das nächstliegende und bescheidenste gewerkschaftliche Kriegsziel bestand in der Bewahrung der territorialen Integrität, also der Verhinderung des Einmarsches feindlicher Truppen, und in einem Friedensschluß ohne Abtrennung deutscher Landesteile. Bei einer Invasion würde »die Hütte des Arbeiters . . . ebenso wenig verschont wie der Palast des Reichen«; für den Armen aber sei der Verlust »schmerzhafter und schicksalsschwerer«, schrieb Robert Schmidt³⁷. Der DMV-Redakteur Scherm führte das »verwüstete Ostpreußen« als »allzu sprechenden Beweis« dafür an, was »aus Deutschland, aus der deutschen Arbeiterbewegung würde, wenn sich die russische Dampfwalze über unser Land gerollt hätte, wenn die Heere der anderen Feinde, die sogar ihre noch ganz wilden Volksgenossen gegen uns loslassen, . . . in Deutschland eingedrungen wären«³⁸.

Da sich die Kampfhandlungen nicht entlang der Staatsgrenzen lokalisieren ließen, hieß dies, den Krieg in die feindlichen Länder tragen. Jansson empfahl dies jedoch nicht nur, um den Verwüstungen des eigenen Landes vorzubeugen, sondern erst recht, um eine möglichst günstige Ausgangsposition für Friedensverhandlungen zu erringen. Denn »wer im Krieg feindliches Land besetzt, bestimmt in höherem Maße die Friedensbedingungen«. In dieser Faustpfandtheorie, die er im Einklang mit der Regierung und wirtschaftlichen Interessengruppen vertrat, erblickte er den »für die gewerkschaftliche Beurteilung der Frage . . . entscheidenden Punkt«³⁹, eine Ansicht, die die Redaktion des Correspondenzblattes teilte⁴⁰.

Darüber hinaus malten die Gewerkschaftsführer die Folgen dauernder Gebietsverluste in den schwärzesten Farben. »Würde der Krieg mit einer Losreißung Elsaß-Lothringens und Oberschlesiens oder auch nur eines

dieser Landesteile von Deutschland enden, so bedeutete dies einen tödlichen Schlag gegen unsere Montanindustrie und die ihr nächstverwandten weiterverarbeitenden Gewerbe! Es bedeutete die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz hunderttausender Arbeiter«, prophezeite Otto Hue, Redakteur der Bergarbeiter-Zeitung und populärster Bergarbeiter-Führer. Die Arbeiterschaft habe daher »ein vitales Interesse an der vollständigen Erhaltung des deutschen Reichsgebietes«⁴¹. Jansson brachte diese und ähnliche Äußerungen anderer Gewerkschaftsführer auf den gemeinsamen Nenner: »Die Loslösung der von den ›Westmächten‹ reklamierten Gebiete, die sie mit dem Freiheitszaren teilen wollten, wäre allein schon der Todesstoß für die deutsche Industrie . . . Werden diese Gebiete mit ihren nach hunderttausenden oder gar Millionen zählenden Industriearbeitern von Deutschland abgetrennt, dann wird die übrige deutsche Industrie einem schnellen Verfall entgegengehen, und die deutschen Gewerkschaften hätten ihre Bedeutung verloren.«⁴²

Unter den positiven Kriegszielen der freien Gewerkschaften stand die Forderung nach Wiederherstellung, Sicherung und Ausweitung der internationalen Handels- und Verkehrsfreiheit an erster Stelle. Die Gewerkschaftsführer der graphischen und keramischen, der Holz-, Leder-, Konfektions-, Textil- und Steinindustrie sowie des Transportgewerbes suchten die Notwendigkeit der Außenhandelsfreiheit aus der Im- und Exportabhängigkeit ihrer jeweiligen Gewerbe nachzuweisen⁴³. Sie waren gemeinsam der Überzeugung, daß die für die Industrie lebensnotwendigen Rohstoffquellen und Absatzmärkte am ehesten auf diese Weise gesichert werden könnten. Die starke Akzentuierung dieses Ziels hängt zweifellos damit zusammen, daß die gewerkschaftliche Organisation in den exportorientierten Industriezweigen weiter fortgeschritten war als in der Grundstoffindustrie und in der Landwirtschaft⁴⁴.

Allerdings wurde mitunter aus denselben Überlegungen eine Ausdehnung der direkten Herrschaft Deutschlands abgelehnt. Hue erschienen Annexionen als »äußerst fragliche Augenblickserfolge«, die für eine »weitsichtige Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands« eher schädlich als nützlich seien; denn sie würden Deutschland »schon großindustriell stark durchsättigte Gebiete« und dazu »die dauernde Feindschaft von Völkern« einbringen, »mit denen wir unseren stärksten Außenhandel betreiben«⁴⁵. Vom Standpunkt der chemischen Industrie wandte sich Schneider gegen Pläne, wie sie im Unternehmerlager entworfen wurden, nach einem deutschen Sieg das industrielle Wachstum in den europäischen Nachbarländern zu drosseln, sie auf das Niveau von Rohstofflieferanten hinunterzudrücken und Deutschland das Monopol in der Fertigung zu sichern. Aufgrund handelsstatistischer Daten wies er nach, »daß die chemi-

sche Industrie Deutschlands unter einer solchen Politik sehr schwer leiden würde«. Ihre Erzeugnisse seien »zu einem erheblichen Teil . . . Roh- und Hilfsstoffe für andere Industriezweige und deshalb nur da in größerer Menge absetzbar, wo eine Industrie vorhanden« sei. Deshalb könnte die chemische Industrie Deutschlands – mit dieser Bezeichnung meinte Schneider »in erster Linie die Arbeiterschaft dieser Industrie« – nur einen Frieden gutheißen, der »auch der Industrie des Auslandes die Möglichkeit der gedeihlichen Entwicklung offenhalten« würde⁴⁶.

Indessen sprechen manche Indizien dafür, daß zahlreiche Gewerkschaftsführer und Angehörige des rechten SPD-Flügels mit dem Gedanken spielten, über diese Ziele hinauszugehen, und daß ihre Beteuerungen nach dem Kriege, sie hätten alle Bestrebungen, die Gewerkschaften für Annexionen zu interessieren, »immer glatt abgelehnt«⁴⁷, wenig Glauben verdienen. Bereits im Oktober 1914 wußte der Berliner Polizeipräsident, der über Interna der SPD erstaunlich gut informiert war, daß der SPD-Parteivorstand Annexionen nicht grundsätzlich ablehnte, sondern nur ihre öffentliche Diskussion für untunlich hielt⁴⁸. Wenig später triumphierte der Redakteur des Transportarbeiter-Verbandes über die Eroberung Antwerpens: »Das ruhmredige britische Maulheldentum hat anständig eins auf den Deckel bekommen . . . Heute weht die schwarz-weiße Flagge auf der Burg, hoffentlich für immer.«⁴⁹ Ein Jahr nach Kriegsausbruch war die Mehrheit des SPD-Vorstandes Informationen des Berliner Polizeipräsidenten zufolge für Annexionen in Flandern und Polen zu haben⁵⁰. Im Oktober 1915 notierte Südekum, die Ansichten über die Kriegsziele gingen zwar in den Reihen der Sozialdemokratie »ziemlich weit auseinander«; aber soviel stehe doch fest, »daß jeder, der mit draußen war, eine Sicherung gegen die Möglichkeit eines zweiten Krieges dieser Art in absehbarer Zeit haben will. Wenn das nur durch Besetzung kleiner Gebietsteile fremder Staaten möglich sein sollte, dann wird die übergroße Mehrheit der Partei sich dadurch nicht aus der Fassung bringen lassen.«⁵¹

»Soweit ist es nun glücklich gekommen«, klagte Ledebour, »daß die Wortführer der Fraktionsmehrheit hinter verschlossenen Türen sich mit Annexionsplänen verderblichster Art hervorwagen, während in der Öffentlichkeit die Mehrheitsvertreter versichern, sie seien auch gegen Annexionen«⁵². Ströbel beschwor im Juni 1915 Karl Kautsky, den angesehenen Parteitheoretiker, unverzüglich dieser »Konfusionstaktik unserer Kriegsfanatiker und Annexionsfreunde innerhalb der Partei und der Gewerkschaften« entgegenzuwirken, um zu verhindern, daß »die imperialistische Verheerung innerhalb der Partei immer mehr um sich« greife und »zu einer Verlängerung des Krieges« beitrage, »die schließlich geradezu zur Katastrophe nicht nur für die Partei, sondern für das ganze deutsche Volk führen muß«⁵³.

Ein weiteres Indiz für die expansionsfreundliche Haltung der Gewerkschaftsführer ist die Tatsache, daß die wichtigsten Mitglieder der Generalkommission – Legien, Schmidt und Leipart – seit Kriegsausbruch in der Reichstagsfraktion zum engsten Kreis um Eduard David gehörten. Sie bildeten den Kerntrupp der Rechten, der sich regelmäßig traf – vorzugsweise im Haus des Holzarbeiter-Verbandes – und sich bei wichtigen Aktionen auf ein gemeinsames Vorgehen einigte⁵⁴. David aber war nichts weniger als ein Gegner von Annexionen⁵⁵. Dennoch hatten er und seine Freunde die Mehrheit der Parteifunktionäre hinter sich. Dies erwies sich im August 1915, als Reichstagsfraktion und Parteiausschuß Leitsätze zur Friedensfrage verabschiedeten, die von David entworfen worden waren⁵⁶.

In ihnen kamen vor allem die Kriegsziele der Gewerkschaften zum Ausdruck, in erster Linie die »Sicherung der politischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches« und die »Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit des Deutschen Volkes«. Hierzu forderten sie eine Politik der offenen Tür in allen Kolonialgebieten, Meistbegünstigung, Abbau von Zoll- und Verkehrsschranken, Freiheit der Meere und Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes, Verzicht auf Annexionen, Wiederherstellung Belgiens, außerdem die Verhinderung jeder Schwächung und Zertrümmerung Österreich-Ungarns und der Türkei⁵⁷. Auffälligerweise fehlte eine Aussage über die Zukunft der russischen Westgebiete, die soeben von den Mittelmächten erobert worden waren – fast das gesamte Kongreßpolen, Kurland und Litauen.

Zwar war in diesem Katalog auch vom Verzicht auf Annexionen die Rede. Aber wohl nicht von ungefähr und nicht ohne Hintersinn tauchte daneben der ominöse Begriff der »Sicherung« so häufig auf. Unter der Annahme, daß die ökonomischen Konflikte mit den Feindmächten den Krieg überdauern würden, konnten zur Sicherung und Verteidigung des ökonomischen und politischen Status quo ebenfalls Arrondierungen und Erweiterungen der deutschen Vorkriegsposition zählen, in welchem Ausmaß und in welcher konkreten Gestalt auch immer. In diesem Sinne spielte der Begriff der Sicherung in zahlreichen Kriegszielprogrammen bürgerlicher Interessengruppen eine zentrale Rolle. Im übrigen bot er den Vorteil, daß er sowohl dazu herhalten konnte, expansive Ziele defensiv zu interpretieren, sich aber auch als Leerformel verwenden ließ, die nach Maßgabe der militärisch-politischen Lage mit einem mehr oder minder expansiven Inhalt gefüllt werden konnte⁵⁸. In der ein Jahr später auf Betreiben Davids verabschiedeten Resolution des SPD-Parteiausschusses zur Friedensfrage findet sich die Sicherungsformel ebenfalls als derartiges Passepartout⁵⁹; in gleicher Bedeutung läßt sie sich in der Gewerkschaftspublizistik nachweisen⁶⁰.

Schließlich spricht für die expansionsfreundliche Haltung der Gewerkschaftsführer, daß sie nicht daran dachten, die Regierung öffentlich und unzweideutig auf ein defensives Kriegszielprogramm zu verpflichten und ihre weitere Unterstützung der Kriegführung hiervon abhängig zu machen, vielmehr innerhalb der Partei alles taten, um die Minderheit, die hierauf drängte, mundtot zu machen oder zu desavouieren. Vor der Reichstags-sitzung vom Dezember 1914 kam der rechte Flügel der Fraktion, darunter die meisten Gewerkschaftsführer, überein, im Plenum »nicht über die Annexionsfrage oder über die Frage des baldigsten Friedens . . . zu sprechen«⁶¹. Eine Diskussion dieser Frage in der Fraktion wurde von Legien mit Hilfe der Geschäftsordnung verhindert⁶². Den ersten Vorstoß der Fraktionsminderheit zugunsten einer sozialdemokratischen Friedensinitiative begrub die Mehrheit, darunter wiederum die Gewerkschaftsführer, im Februar 1915 ebenfalls auf prozedurale Weise⁶³.

Als Ebert namens der SPD-Fraktion Ende Mai 1915 anlässlich des Kriegseintritts Italiens im Reichstag zum ersten Mal zaghaft von »Friedenssehnsucht« sprach und »einen Frieden ohne Vergewaltigung eines anderen Volkes, einen Frieden, der ein dauerndes Zusammenleben aller Kulturvölker wieder ermöglicht«, für erstrebenswert bezeichnete⁶⁴, war in der unter der Ägide der Generalkommission erscheinenden Internationalen Korrespondenz zu lesen, die SPD habe »ein großes Interesse« daran, daß der Friede »dem deutschen Volke – um mit dem Kanzler zu reden – alle nur möglichen realen Garantien« für unsere zukünftige Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung« gebe; es sei »lächerlich, anzunehmen, daß dies nur in der Form von Annexionen geschehen könne«; es gäbe auch »wirtschaftliche Verknüpfungsmöglichkeiten, mit denen man dieses Ziel viel besser und für längere Zeit erreichen« könne⁶⁵. Mit diesem Kommentar wurden nach Ströbels Eindruck Eberts Äußerungen in eine »Demonstration für das Durchhalten um jeden Preis, in eine Kriegsdemonstration sans phrase« umgewandelt⁶⁶.

Die Fraktionsmehrheit entschärfte im November 1915 auch die Interpellation von 48 Abgeordneten, die den Kanzler auf einen annexionslosen Frieden festlegen wollten, durch die weniger verfängliche Frage, »unter welchen Bedingungen er zu Friedensverhandlungen bereit« sei⁶⁷. Der von Simon vorgetragene Wunsch der Minderheit, ihren Standpunkt ebenfalls im Reichstag vertreten zu dürfen, wurde auf Antrag Gustav Bauers abgelehnt und die Minderheit verpflichtet, sich strikt den Beschlüssen der Mehrheit zu fügen⁶⁸. Der Kanzler vermied in seiner Antwort auf die Interpellation jedoch eine Festlegung auf rein defensive Kriegsziele⁶⁹. Nach Überzeugung der Fraktionsminderheit sagte er sich damit vom Verteidigungskrieg los und bekannte sich indirekt zu Annexionen⁷⁰. Die Minder-

heit beschloß daher, in der wenige Tage später anstehenden Debatte über neue Kriegskredite diese auch gegen den Willen der Mehrheit abzulehnen. Die Mehrheit aber sprach sich erneut gegen ein Sondervotum der Dissidenten aus. Als trotzdem am nächsten Tag 20 Abgeordnete im Reichstag eine besondere Erklärung abgaben und gegen die Kredite stimmten⁷¹, beantragte Legien ihren Ausschluß aus der Fraktion⁷². Zwar ließ es die Mehrheit bei einer scharfen Mißbilligung ihres Verhaltens bewenden⁷³, Legien und seine Gewerkschaftsfreunde aber betrieben seitdem die Abspaltung der Minderheit zielstrebig weiter.

Im Organ der Generalkommission bemühte man sich einstweilen, die Glaubwürdigkeit der Minderheit zu zerstören. Obwohl der Kanzler weiterhin in der Öffentlichkeit mit allgemeinen Wendungen um das Problem der Kriegsziele herumging, bescheinigte man ihm Friedensbereitschaft. Die Verantwortung dafür, daß der Krieg kein Ende nahm, wurde allein der Eroberungswut und dem Konkurrenzneid der Feindmächte angelastet⁷⁴. Zugleich bekräftigte das Blatt, daß »die Arbeiterklasse mit den übrigen Volksschichten durchaus einig« sei in der »Abwehr der feindlichen Angriffe auf Deutschlands Unabhängigkeit und ungeteilten Bestand«⁷⁵. Wie zur Bestätigung dafür, daß dazu auch Annexionen und Kontributionen gehören könnten, nannte die Redaktion im Neujahrsartikel 1916 die Vorstellung, die eroberten Gebiete »ohne irgendwelche Entschädigung für die seither aufgewendeten Kriegsoffer zu räumen, ... so absurd, daß kein Deutscher sich darüber in Erörterungen einlassen« werde⁷⁶. Der Bergarbeiterfunktionär Johann Leimpeters behauptete sogar unter Berufung auf seine täglichen Kontakte mit Bergleuten und Hüttenarbeitern, von ihnen seien »fast alle ohne Ausnahme ... Annexionisten«⁷⁷. Als Bethmann Hollweg im Juli 1916 David erneut seine Absicht mitteilte, von den westlichen Gegnern finanzielle Kriegsentschädigungen, von den östlichen Gebietsabtretungen zu verlangen, konnte er sich demnach der begründeten Hoffnung hingeben, mit diesem Programm auch das »Interesse der Arbeiter« zu befriedigen und seinem innenpolitischen Ziel näherzukommen, »unter allen Umständen die Gewerkschafter dauernd [zu] gewinnen«⁷⁸.

In bezug auf koloniale Erwerbungen erhoben namhafte Gewerkschaftsführer von vornherein nahezu dieselben Forderungen wie die Industriellen. Vor dem Kriege hatten die Gewerkschaften der deutschen Kolonialpolitik im wesentlichen reserviert gegenübergestanden, vor allem wegen des Mißverhältnisses von Investitionen und Erträgen, wegen des geringen Anteils der Kolonien an der Rohstoffversorgung der deutschen Industrie sowie wegen der oft inhumanen Formen deutscher Machtausübung⁷⁹. Jetzt aber erklärte Winnig, auch in dieser Frage eine der klarsten, doch keineswegs die einzige Stimme aus dem Gewerkschaftslager, es sei verkehrt, »die

Kolonien in Bausch und Bogen für wertlosen Plunder zu erklären«. Vielmehr leitete er nach dem mittlerweile geläufigen Muster aus der industriellen Struktur Deutschlands und den dadurch bedingten Interessen der Arbeiterschaft die Notwendigkeit der Kolonialpolitik ab. Wegen der Rohstoffabhängigkeit der deutschen Industrie war deren Zukunft für ihn »ohne koloniale Ergänzungswirtschaft überhaupt nicht denkbar und schlechthin unmöglich«, so daß nach seiner Überzeugung selbst die Arbeiterschaft nach einer eventuellen Eroberung der politischen Macht nicht daran denken könnte, die Kolonialpolitik aufzugeben. »Täte sie es, so würde sie damit selbst ihrer Herrschaft den Todesstoß versetzen«⁸⁰.

In Janssons Kriegsbuch verwerteten manche Gewerkschaftsführer exportorientierter Industrien diese Gedanken für die Interessen ihrer Branchen⁸¹. Aber auch Hue forderte im Interesse der Chancengleichheit »im weltwirtschaftlichen Wettbewerb« für Deutschland die »ungehinderte Freiheit . . ., überseeische Gebiete als Neuland für unseren Warenexport und eventuell als Bezugsland für metallische usw. Rohstoffe wirtschaftlich zu erschließen, natürlich ohne Vergewaltigung der Eingeborenen«⁸². Jansson zog den Schluß, die Kolonialfrage sei insbesondere wegen der Beschaffung der industriellen Rohstoffe »für den deutschen Arbeiter wichtiger als für den Kapitalbesitzer«, weil nämlich dieser sein Kapital exportieren könne, während der Arbeiter bei Arbeitslosigkeit infolge Rohstoffmangels seine Arbeitskraft exportieren, also auswandern müsse⁸³.

Nach dem Kriege wurden solche Äußerungen zwar als »Individualanschauungen« bagatellisiert⁸⁴. Selbst wenn das in einzelnen Fällen zutreffen mag, so drängt doch die Fülle weiterer Belege sowie ihre Stellung im allgemeinen Kontext gewerkschaftlicher Kriegszieläußerungen den Schluß auf, daß jedenfalls in der ersten Kriegsphase in führenden Gewerkschaftskreisen derartige Anschauungen in unterschiedlicher Intensität weit verbreitet gewesen sind. Für die SPD gilt das nicht minder⁸⁵.

Aus ökonomischen Erwägungen verschlossen sich die Gewerkschaften auch nicht dem Mitteleuropa-Gedanken, der sich durch die Vorstellungen der Regierung und der wirtschaftlichen Interessengruppen hindurchzog und von ihren publizistischen Helfern in der Öffentlichkeit verbreitet wurde⁸⁶. Den Kern dieses Gedankens bildete der Plan, das Deutsche Reich und die Donaumonarchie, nach Möglichkeit auch noch die Türkei und die an dieser Linie liegenden Balkanstaaten zu einem einheitlichen Block zusammenzufassen, um die deutsche Hegemonie in Europa zu etablieren, ein Militärbündnis mit einem gewaltigen Soldatenreservoir zur Sicherung gegen Rußland zu schaffen und die deutsche Industrie durch den Aufbau eines Wirtschaftsimperiums, das wichtige Rohstoffquellen und Absatzmärkte umschloß, gegenüber England zu sichern.

Manche Gewerkschaftler und Angehörige des rechten SPD-Flügels fanden diesen Gedanken überzeugend, wiederum aufgrund einer schlichten Identifizierung der Arbeiterinteressen mit der Prosperität der deutschen Industrie. Jansson etwa propagierte die »Schaffung eines größeren zusammenhängenden Produktionsgebietes der Zentralmächte, in welchem das Kapital wie die Arbeit Freizügigkeit genießt«⁸⁷; in einem solchen »Friedensbündnis vom Lule-Elf bis zum Persischen Golf«⁸⁸ würden, wie er annahm, das für die deutsche Lebensmittelversorgung produzierende Agrargebiet sowie der Absatzmarkt für die deutsche Industrie und die Anlagemöglichkeiten für deutsches Kapital vergrößert, hierdurch die Arbeitsmöglichkeiten, also auch die Chancen für Lohnerhöhungen in den Produktionsgebieten verbessert und das Konsumniveau in den Abnehmergebieten gehoben, gleichzeitig aber auch die Gefahr politischer Konflikte in Europa verringert⁸⁹.

In den Führungsgremien von SPD und Gewerkschaften wurde der Mitteleuropa-Gedanke sehr viel differenzierter beurteilt. Dies zeigte sich bei einer Konferenz, zu der sich Anfang 1916 die SPD-Reichstagsfraktion, Parteivorstand und Parteiausschuß, Vertreter der Generalkommission, der Vorstände der Einzelgewerkschaften und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit Delegierten der österreichischen Sozialdemokratie trafen⁹⁰. Der österreichische Parteivorsitzende Karl Renner bezeichnete hier den Mitteleuropagedanken grundsätzlich als »geschichtliche Notwendigkeit«⁹¹. England und Frankreich mit ihren Kolonialreichen, die USA auf dem amerikanischen Kontinent, Japan in Ostasien und Rußland in seinem eigenen riesigen Machtbereich hätten sich seit etwa zwei Jahrzehnten vom Freihandel abgekehrt, um sich in diesen Räumen eigene wirtschaftliche Einflusssphären zu sichern. Um nicht ins Hintertreffen zu geraten, sei es für die Mittelmächte ein Gebot der wirtschaftlichen Selbstbehauptung, ebenfalls näher zusammenzurücken. Renner sah hierin zugleich eine Vorkehrung gegen die Möglichkeit, daß Rußland nach dem Kriege einen der Zweibundpartner zu separaten Handelsvereinbarungen gegen den anderen verlocken könnte, um über den Gegensatz zwischen Berlin und Wien eine Schiedsrichterrolle in Europa zurückzugewinnen, was einen »noch viel größeren Krieg« heraufbeschwören müßte⁹².

Darüber freilich war er sich im klaren: »Was geplant ist, das ist nicht Sozialismus, sondern Kartell!«, und »Kartell ist Ausbeutung, ist vielleicht erhöhte Ausbeutung«. Doch auch in einem wirtschaftlichen Zusammenschluß Mitteleuropas unter kapitalistischem Vorzeichen sah Renner »eine höhere Organisationsform der Weltwirtschaft und damit erhöhte Gegenwartssicherung und Zukunftshoffnung auch für den Arbeiter«⁹³. Er rechnete damit, daß der Zusammenschluß die wirtschaftliche Entwick-

lung, damit aber auch das Aufleben der Arbeiterbewegung und das Absterben politischer Relikte aus vorindustriell-absolutistischer Zeit beschleunigt würde. Darum müsse sich die Arbeiterschaft von vornherein an der Gestaltung Mitteleuropas beteiligen und »die kapitalistische Bourgeoisie auch gegen ihren Willen auf den richtigen Weg . . . drängen«⁹⁴.

Die Gefahr einer deutsch-österreichischen Zollunion sah er darin, daß Österreich als der wirtschaftlich Schwächere in die Rolle des Agrarproduzenten gedrängt würde, während die noch schwachen Ansätze seiner Industrie unter dem Druck der übermächtigen deutschen Konkurrenz verkümmerten. Im Interesse der österreichischen Industriearbeiterschaft forderte er deshalb »Übergangsvorsichten«⁹⁵, in erster Linie die Aufrechterhaltung von Zwischenzöllen⁹⁶. Ein »Bollwerk des Hochschutzes« durch Außenzölle sollte Mitteleuropa nach Renners Vorstellungen allerdings auch nicht werden, weil davon allein Großagrarier und Schwerindustrie profitiert hätten. Eine Sicherung hiergegen schien ihm die Erweiterung des Wirtschaftsbündnisses um Bulgarien, den Balkan und die Türkei zu bieten. »Je größer die Gemeinschaft ist, um so leistungsfähiger, um so innerlich ausgeglichener ist sie«, und um so stärker seien »die Tendenzen zum Freihandel«⁹⁷.

Daß auf diese Weise dem deutschen Kapital der Weg nach Südosteuropa und in den Nahen Osten geebnet würde, hielt Renner für ein unabwendbares Übel. »Keinem Volk der Welt« bleibe »der Durchgang durch die Hölle des Kapitalismus erspart«, auch den Bulgaren nicht, wobei es dann gleich sei, ob das französische oder das deutsche Kapital sie ausbeute. Man müsse allerdings verhindern, daß Bulgarien und die Türkei von Deutschland wie »Kolonien« behandelt würden. Dazu hielt er es für wichtig, die Mitteleuropafrage als »reine Wirtschaftsfrage« anzugehen und sie keinesfalls mit dem »politischen Machtapparat der Dynastien, Bureaukratie und Militärs«, mit der »sog. Schützengrabengemeinschaft« oder gar den »chauvinistischen Appetiten der Nationalisten« zu verquicken⁹⁸. Eine militärische oder gar politische Union Mitteleuropas kam für ihn nicht in Betracht. Politisch durfte Mitteleuropa nach seinen Vorstellungen nichts anderes werden als ein »Bund Gleicher«⁹⁹, in dem die nationale Unabhängigkeit der Balkanvölker so respektiert werden sollte wie in Österreich-Ungarn die nationale Autonomie der Völker¹⁰⁰.

Renner entwickelte also in Umrissen eine ökonomische Mitteleuropa-Konzeption, die nicht wie die Pläne der deutschen Rechten auf eine Hegemonie Deutschlands und im weiteren Sinne auf eine Bewahrung des innenpolitischen und gesellschaftlichen Status quo, sondern auf die Beschleunigung sozialer und politischer Wandlungsprozesse abzielte.

Für die deutsche Sozialdemokratie stimmte Heinrich Cunow als Korreferent mit Renner in allen wesentlichen Punkten überein¹⁰¹. Auch Robert

Schmidt, der die Generalkommission vertrat, widersprach nicht, machte allerdings darauf aufmerksam, daß separate Handelsbegünstigungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn »Schwierigkeiten ungeheurer Art« nach sich ziehen könnten, nämlich dann, wenn ihre übrigen Handelspartner Gegenmaßnahmen ergreifen würden, die die Wettbewerbschancen der deutschen Waren verschlechterten. Ihm schien dies um so bedenklicher, als die Beziehungen Deutschlands zu den übrigen Handelsnationen viel bedeutender als diejenigen zu Österreich waren und sich noch gar nicht absehen ließ, wie sich nach Kriegsende die Modalitäten neuer Handelsverträge mit England, Frankreich und Rußland gestalten würden. Er warnte deshalb davor, diese Schwierigkeiten durch eine einseitige Bindung an die Donaumonarchie zu vergrößern¹⁰².

Ebert schien die ganze Frage »durchaus noch nicht spruchreif, durchaus noch nicht genügend geklärt« und insgesamt »so heikler Natur«, daß sogar die Parteipresse von der Konferenz ausgeschlossen und die Öffentlichkeit anschließend zunächst über nicht mehr als die schlichte Tatsache der Veranstaltung informiert wurde¹⁰³. Nichtsdestoweniger konstatierte er abschließend »im großen und ganzen Übereinstimmung« und schloß das Treffen mit dem Wunsch, »daß noch ähnliche derartige Konferenzen abgehalten werden«¹⁰⁴. Dazu scheint es jedoch nicht gekommen zu sein, sei es, weil Ernährungsschwierigkeiten, Teuerung, Unruhen, Streiks und zunehmende Opposition in den eigenen Reihen die Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Führung in Berlin und Wien auf näherliegende Probleme konzentrierte, sei es, weil die SPD unter dem Eindruck der gewerkschaftlichen Bedenken die Angelegenheit nicht weiter verfolgte.

Gewerkschaftliche Unterstützung der Kriegführung

Da die Gewerkschaftsführung mit den ökonomischen Kriegszielen der Regierung und selbst der Industrie weitgehend übereinstimmte, billigte sie auch die Mittel, um diese zu erreichen. Dazu gehörte in erster Linie die Kriegsfinanzierung. Daß die Sozialdemokratie am 4. August 1914 im Reichstag den ersten Kriegskrediten ohne Diskussion zustimmte, verteidigten die meisten Gewerkschaftsführer nicht nur in den ersten Kriegswochen, sondern während des ganzen Krieges und noch in der Nachkriegszeit¹⁰⁵. An diesem Beispiel versuchten sie auch das Verhalten der Fraktion bei allen weiteren Abstimmungen über die Kriegsfinanzierung auszurichten. Als Anfang Dezember 1914 eine weitere Kreditbewilligung von fünf Milliarden Mark anstand und die Regierung von der SPD-Fraktionsführung die Zustimmung in der gleichen Weise wie am 4. August forderte¹⁰⁶,

verständigte sich der Kern des rechten Flügels – darunter Bauer, Schmidt, Leipart und der Vorsitzende der Berliner Gewerkschaftskommission, Alwin Körsten, – darauf, zwar sozialpolitische Forderungen zu erheben, insbesondere hinsichtlich der Arbeitslosenfürsorge und der Ernährung, notfalls auch die Regierung im Plenum zu attackieren, die Kreditvorlage aber »unabhängig davon ohne jede Bedingung« und ohne Aussprache anzunehmen¹⁰⁷.

Nachdem sich diese Gruppe in der Fraktion durchgesetzt und die SPD im Reichstag ihre am 4. August verkündeten Prinzipien wiederholt hatte¹⁰⁸ – als einziger stimmte Karl Liebknecht gegen die Kredite –, bekräftigte auch die Redaktion des Correspondenzblattes, daß die Sozialdemokratie, »wenn es sich um die Verteidigung des Landes handelt, . . . mit ihrem ganzen Fühlen und Empfinden auf seiten der Nation« stehe, und lobte die Stellungnahme der Fraktion als »im Interesse der deutschen Arbeiterklasse und des gesamten Landes notwendig«¹⁰⁹. Der Vorsitzende des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes äußerte sich in einem Brief von der Westfront sogar verwundert darüber, daß sich die Arbeiterschaft mit einer solchen Rechtfertigung überhaupt »abquälen« müßte. »Wer das unsägliche Elend der Bevölkerung in den Gebieten kennt, in denen der Krieg tobt«, schrieb er, »müßte ein Narr sein oder noch Schlimmeres, wenn er nicht alles aufböte, die Schrecken des Krieges möglichst von unseren Grenzen fernzuhalten«¹¹⁰.

Mit der Kreditvorlage vom März 1915 manövrierte die Regierung die Sozialdemokratie allerdings in größere Schwierigkeiten: Dieses Mal stellte sie die Kriegskredite nicht, wie im August und Dezember 1914, in einen außerordentlichen Etat ein, sondern brachte sie im ordentlichen Reichshaushalt unter. Den aber hatte die SPD bisher immer geschlossen abgelehnt, um gegen die Diskriminierung der Arbeiterklasse im Wilhelminischen Deutschland zu demonstrieren¹¹¹. 1908 hatte der Nürnberger Parteitag den Grundsatz bekräftigt, »jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget zu verweigern«, ausgenommen den Fall, daß die Ablehnung »die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde«¹¹².

Vor dem Parteiausschuß vertrat Ebert Anfang März 1915 die Auffassung, dieser Ausnahmefall sei jetzt gegeben, weil »mit der Ablehnung des Budgets die Sicherheit unseres Landes, die Unabhängigkeit und Kultur unseres Volkes und die Lebensinteressen der Arbeiterklasse aufs Spiel gesetzt« würden¹¹³. Zu den wenigen Delegierten, die ihm widersprachen, gehörte Robert Dißmann, SPD-Bezirkssekretär in Frankfurt und später einer der wichtigsten Wortführer der Opposition im DMV¹¹⁴. Die Mehrheit aber, darunter die einflußreichsten Gewerkschaftsführer, schloß sich

Ebert an¹¹⁵. Robert Schmidt bekundete sogar seine Entschlossenheit, falls die Fraktion sich gegen die Etatbewilligung entscheiden sollte, im Plenum dafür zu stimmen¹¹⁶, also einen gleichen Disziplinbruch zu verüben, wie ihn Liebknecht aus entgegengesetzten Motiven im Dezember 1914 begangen hatte, wofür er von gewerkschaftlicher Seite scharf getadelt worden war¹¹⁷. Doch er brauchte seinen Mut nicht zu beweisen; die Fraktion billigte am 18. März 1915 mit großer Mehrheit die Annahme des Etats¹¹⁸.

Das Correspondenzblatt verhehlte nicht, daß die Partei mit diesem Schritt Neuland betrat, »zu dem kein parteioffizieller Weg führte, vor dem im Gegenteil wiederholt durch deutlich sichtbare Verbotstafeln gewarnt worden war«. Die Redaktion zeigte sich jedoch »überzeugt davon, daß die Reichstagsfraktion nicht anders handeln konnte«. Denn »eine Trennung der Kriegsausgaben von den Verwaltungsausgaben des Reiches wäre sinnlos gewesen, da das Reich den Krieg nur dann zu Ende führen kann, wenn sein innerer Bestand ungestört erhalten bleibt, wie es auch sinnlos wäre, etwa nur die Mittel zur Beendigung des Krieges zu bewilligen, dagegen den übrigen Haushalt, der gerade jetzt während des Krieges soziale Funktionen von größter Wichtigkeit hat, abzulehnen«¹¹⁹.

Nach dieser Entscheidung stimmte die Fraktion, von der Gewerkschaftsführung voll unterstützt, auch den weiteren Kriegsetats bedingungslos und ohne Debatte zu, im August 1915¹²⁰, im Dezember 1915¹²¹ und im März 1916¹²², allerdings gegen immer stärkere Minderheiten in den eigenen Reihen. Nur im Mai 1916 verweigerte sie aus innenpolitischen Gründen ihre Billigung¹²³, jedoch ohne Erfolg und Konsequenz: Der nächste Kreditantrag vom Oktober 1916 passierte den Reichstag wiederum mit den Stimmen der SPD¹²⁴.

Manche Gewerkschaften leisteten darüber hinaus eigene Beiträge zur Kriegsfinanzierung, indem sie – wie erwähnt – Verbandsgelder für die Unterstützung von Arbeitslosen und Kriegerfamilien zur Verfügung stellten¹²⁵, vor allem aber durch die Zeichnung von Kriegsanleihe. In den ersten beiden Kriegsjahren antwortete die Generalkommission auf entsprechende Anfragen aus Mitgliederkreisen, die Anlage von Gewerkschaftsgeldern in Kriegsanleihen sei »durchaus zu empfehlen«¹²⁶. Anlässlich der 5. Kriegsanleihe, die im September 1916 aufgelegt wurde, forderte das Correspondenzblatt die Einzelgewerkschaften wie die einzelnen Mitglieder sogar ausdrücklich zur Zeichnung auf; es empfahl die Anleihen wegen ihrer überdurchschnittlich hohen Verzinsung als »beste Möglichkeiten« zur Geldanlage während des Krieges, hielt sie aber auch vom »grundsätzlichen Standpunkt« aus für »unbedenklich«, weil sie »der Sicherstellung des Reiches und damit den Entwicklungsmöglichkeiten des deutschen Volkes auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete« dienten¹²⁷.

Wie viele freie Gewerkschaften und gewerkschaftliche Unterorganisationen dieser Aufforderung Folge leisteten und auf welche Gesamtsumme sich ihr Beitrag zur Kriegsleihe belief, ist schwer zu bestimmen, denn manche Vorstände zogen es nach dem Kriege vor, sich über dieses Finanzgeschäft in Schweigen zu hüllen. Sicher ist nur, daß der Transportarbeiterverband 100000 Mark¹²⁸, der Töpferverband knapp 50000 Mark¹²⁹, der Verband der Maschinisten und Heizer 150000 Mark¹³⁰, der Fabrikarbeiterverband 300000 Mark¹³¹ und der DMV 630000 Mark¹³² zeichneten. Im Vorstand des Buchbinderverbandes scheiterte ein entsprechender Antrag Kloths mit Stimmgleichheit¹³³. Zu der Riesensumme von über 98 Mrd. Mark, die insgesamt als Kriegsleihe untergebracht wurde, leisteten die freien Gewerkschaften hiermit zwar nur einen verschwindend kleinen Beitrag. Aber daß sie dies überhaupt taten, hatte beträchtliche politische Aussagekraft.

Nach dem Krieg bestritten die Gewerkschaftsführer, daß diese Verwendung von Gewerkschaftsgeldern für die Kriegsfinanzierung von ihren Kriegszielvorstellungen beeinflußt gewesen sei oder gar zur Verlängerung des Krieges habe beitragen können. Jansson beteuerte, der erwähnten Aufforderung im Correspondenzblatt hätten »keine chauvinistischen oder nationalistischen Gedanken zugrunde gelegen«, sondern allein »eine rein bankmäßige finanzielle Berechnung«¹³⁴. Der Transportarbeiterverband hatte nach den Worten seines Vorsitzenden, mit der Zeichnung von Kriegsleihe zum Ausdruck bringen wollen, daß er »eine bessere Unterstützung für die Opfer des Krieges, die Familien der Kriegsteilnehmer« verlangte¹³⁵. Der Töpferverband hatte sich angeblich »lediglich von den praktischen Gründen« leiten lassen, »unser Geld vorteilhaft anzulegen«; die Kriegsleihe schien ihm hierfür »am sichersten und prozentual am wertvollsten«¹³⁶ – eine Begründung, die ein Berliner Delegierter mit den Worten kommentierte: »Wenn man bei der Anlegung des Geldes überhaupt keine moralischen Gründe anerkennt, dann könnten wir unser Geld ebensogut in Bordellen anlegen, dann müssen wir auch die Zuhältermoral übernehmen: ›Geld stinkt nicht.«¹³⁷

Um zur Erhaltung der innenpolitischen Voraussetzungen für die Kriegführung beizutragen, stellte die Gewerkschaftsführung auch ihre Publikationsorgane in den Dienst des Krieges und beteiligte sich insbesondere an der Verbreitung der Behauptungen vom defensiven Charakter des Krieges. Von einem maßgeblichen Anteil Deutschlands an der Auslösung des Weltkrieges wollte die Gewerkschaftspresse auch dann nichts wissen, als wenigstens den führenden Mitgliedern der Generalkommission der Präventivcharakter des Krieges längst bekannt war und sozialdemokratische Linke und selbst Vertreter der Mitte aufgrund genauer Analysen der diversen

Farbbücher die amtliche Version des Kriegsausbruchs öffentlich zu bezweifeln und zu widerlegen begannen¹³⁸. Die Gewerkschaftsführer nahmen diese Kritik nur insoweit zur Kenntnis, als sie im Unterschied zu den ersten Kriegswochen nicht mehr die völlige, sondern nur noch die relative Unschuld Deutschlands behaupteten. Im Frühjahr 1916 erklärte etwa Winig, »daß von allen beteiligten Großmächten keine weniger an der gemeinsamen Blutschuld zu tragen hat als Deutschland«¹³⁹.

Im übrigen wurde die Schuldfrage in der Überzeugung aufgelöst, daß der Krieg in der Gesamtheit der politischen und ökonomischen Rivalitäten und Spannungen zwischen den europäischen Großmächten begründet und seine Entfesselung lediglich eine Frage des Zufalls und des Zeitpunkts gewesen sei. »Mag nun am Ausbruch des Krieges schuld sein wer will, niemand zweifelt daran, daß er früher oder später doch gekommen wäre«, drückte Scherm diese Auffassung aus¹⁴⁰. »Anstatt nach den wirklichen oder vermeintlichen Anstiftern der Kriege zu fragen, tut man besser, ihren Ursachen auf den Grund zu gehen«, variierte Kloth dieses Argument¹⁴¹. Hiermit war man wieder bei der vermeintlichen Eifersucht Englands auf die weltwirtschaftliche Stellung Deutschlands und bei der angeblich von England gesteuerten Einkreisungspolitik der Entente angekommen.

Auch mit ihrer Interpretation des Krieges als Angriff auf die Position und die Entfaltungsmöglichkeiten Deutschlands in der Weltwirtschaft konnte die Gewerkschaftspresse auf dem Verteidigungscharakter des Krieges beharren, ungeachtet dessen, daß der Kanzler nicht bereit war, sich öffentlich zu defensiven Kriegszielen zu bekennen. Anfang 1916 las man im Organ der Generalkommission, daß der Krieg »noch lange nicht aufgehört« habe, ein »Abwehrkrieg zu sein«¹⁴²; vier Monate später definierte die Redaktion die Politik des 4. August 1914 als die »Politik der gemeinsamen Landesverteidigung«¹⁴³. Der Begriff der Verteidigung wurde hierbei ähnlich zweideutig benutzt wie der korrespondierende Begriff der Sicherungen; er konnte ebenfalls trotz des defensiven Klanges ein Einverständnis auch mit expansiven Kriegszielen meinen.

Die Gewerkschaftspresse beteiligte sich ferner an der Propaganda gegen die Gegner Deutschlands. Bis zur Februarrevolution schürte sie den Haß gegen das zaristische Rußland und die »asiatische Unkultur«¹⁴⁴, den »Feind aller europäischen Kultur, aller bürgerlichen Freiheit und aller selbständigen Regungen der Arbeiterschaft«¹⁴⁵. Anfänglich, als sich der Krieg im Osten auch auf deutschem Boden abspielte, wurden dazu die Schrecken einer Invasion beschworen. Im Oktober 1914 reiste Robert Schmidt nach Ostpreußen, um in den Kampfgebieten eigenhändig zu fotografieren und später Lichtbildervorträge über »russische Greuel« zu halten¹⁴⁶.

In bezug auf England geißelte man in der Gewerkschaftspublizistik die

Blockade als »Bruch des Völkerrechts«¹⁴⁷ und »Piraterie zur See«¹⁴⁸, höhnte über den »englischen Krämerkrieg« und die »englische Aushungerspolitik, diese wunderbarste Blume der regierenden englischen Freiheitshelden«, und rechtfertigte schon 1915 den deutschen U-Boot-Krieg als »Notwehr«¹⁴⁹. Jansson erinnerte daran, »daß England auch das Mutterland des Kapitalismus« sei¹⁵⁰, und im Correspondenzblatt wurden die Arbeiter in England bedauert, weil »Arbeitsrecht, Freizügigkeit, Tarifverträge, Preßfreiheit, Versammlungsrecht usw. dort zerstört«, in Deutschland hingegen »noch immer das gewerbliche Arbeiterrecht wie das tarifvertragliche Arbeitsrecht in Kraft« seien und »die deutschen Militärbehörden für die Wünsche der Gewerkschaften im allgemeinen mehr Verständnis zeigen als die englische Demokratie«¹⁵¹.

Gelegentlich wurden auch Frankreich und Belgien der Schuld am Kriege bezichtigt¹⁵² und in diesem Zusammenhang die Verletzung der belgischen Neutralität gerechtfertigt. »Wir bedauern, daß sie erfolgt ist«, hieß es im Correspondenzblatt vom November 1914, doch damit sei »die deutsche Heeresleitung ... nur einem bereits vorbereiteten Neutralitätsbruch von gegnerischer Seite zuvorgekommen«¹⁵³. Der italienische Sekretär des Bauarbeiterverbandes verstieg sich in einer Polemik mit den Gewerkschaften seines Heimatlandes sogar zu der Behauptung, »daß die Neutralität Belgiens durch die Franzosen schon verletzt war, ehe noch ein deutscher Soldat die Grenze überschritten« hätte, und »daß die scharfen Maßnahmen des deutschen Heeres in Belgien nur einzig und allein durch das meuchelmörderische Verhalten der dortigen Bevölkerung provoziert worden« seien, etwa dadurch, daß »fanatisierte Weiber den hilflosen Verwundeten die Augen« ausgestochen hätten¹⁵⁴.

Die Verteufelung des Gegners trug dazu bei, daß sich in den Gewerkschaften ein Klima der Xenophobie verbreitete. Bezeichnend dafür ist, daß in manchen Gewerben, in denen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter vor dem Kriege eine erhebliche Rolle gespielt hatte, während des Krieges das Problem der Fremdarbeiter hochgespielt wurde, obwohl die meisten in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren und damit ein aktueller Anlaß für die Erörterung fehlte. Vor 1914 beschäftigte nach der Landwirtschaft das Baugewerbe den größten Anteil ausländischer Arbeitskräfte, hauptsächlich Italiener, außerdem Polen und Tschechen. Die deutschen Bauarbeiter hatten deren Auftreten nicht selten mit lebhafter Mißbilligung beobachtet, der der Bauarbeiterverband jedoch nach Kräften entgegengewirkt hatte¹⁵⁵.

Nachdem jedoch Italien Ende Mai 1915 an der Seite der Alliierten in den Krieg eingetreten war, ließ die Gewerkschaftspresse ressentimentgeladenen Aversionen gegen die Fremdarbeiter, besonders die Italiener, freien Lauf. 1916 druckte der Bauarbeiterverband in seinem Organ einen Leser-

brief ab, der als »beste Erziehung für einen Italiener einen gut gezielten Fußtritt und dazu die Verachtung, derer nur ein deutscher Arbeiter fähig ist«, bezeichnete¹⁵⁶. In einem anderen Beitrag wurden die Gewerkschaften aufgefordert, »der Ausländerfrage, oder besser gesagt, -plage ohne die herkömmliche Sentimentalität gegenüberzutreten« und gesetzliche Regelungen der Ausländerbeschäftigung zu verlangen, so »daß den Einheimischen kein Schaden« erwachse, in Tarifverträgen das »selbstverständliche Recht der deutschen Arbeiterschaft auf Bevorzugung bei Besetzung der Arbeitsplätze« zu verankern und die »unorganisierten Massen der Ausländer« als »Gegner« zu betrachten, »denen wir überall und bei jeder Gelegenheit rücksichtslos entgegentreten wollen«¹⁵⁷. Die Redaktion des Correspondenzblattes hielt die »Grundtendenz« dieses Beitrags für so beachtenswert, daß sie ihn nachdruckte¹⁵⁸. Sie pflichtete auch dem Vorschlag Winnigs bei, nur in Zeiten der Hochkonjunktur auf die ausländischen Arbeiter zurückzugreifen, bei Arbeitsmangel und Arbeitslosigkeit hingegen »kategorisch die Zurückweisung der fremden Arbeiter [zu] verlangen, solange noch einheimische Arbeitskräfte beschäftigungslos sind«¹⁵⁹. Hiermit befand sie sich im Einklang mit der Mehrheit der Gewerkschaften, für die die Fremdarbeiterfrage eine Rolle spielte; auch sie befürworteten einen gesetzlichen Schutz gegen den Zustrom ausländischer Arbeiter nach dem Grundsatz: »Die deutsche Arbeit – den deutschen Arbeitern!«¹⁶⁰

Aus dem gleichen Nationalismus ergab sich auch eine Herabsetzung der Internationale. Auf analoge Weise und aus ähnlichen Gründen wie die deutschen Sozialdemokraten unterstützten auch die Sozialisten- und Gewerkschaftsführer in den anderen kriegführenden Ländern die Politik ihrer Regierungen. Die Sozialistische Internationale und der Internationale Gewerkschaftsbund brachen infolgedessen bei Kriegsausbruch auseinander. Nachdem sie nicht hatten solidarisch handeln können, verfielen ihre Mitglieder in gegenseitige Beschuldigungen; internationale Solidarität wurde als Angelegenheit des jeweils anderen aufgefaßt. Was Eduard Bernstein Anfang August 1914 über das Verhalten der am Krieg beteiligten Völker schrieb, es schiene, als hätten sie »Hektoliter Lethe getrunken« und »alles vergessen«, was sie zuvor über ihre gegenseitigen Beziehungen gesagt und geschrieben hatten¹⁶¹, gilt auch für die Arbeiterführer. Von deutschen Partei- und Gewerkschaftsführern wurde der Zusammenbruch der Internationale fast mit Genugtuung und Schadenfreude kommentiert. Immerhin, Theodor Leipart bedauerte »bekümmerten Herzens . . ., daß die großen Erfolge gerade unserer jahrzehntelangen opferreichen Tätigkeit auf dem Gebiete der internationalen Arbeiterverbrüderung durch den Krieg so jählings zerstört worden« seien, und beteuerte, »auch jetzt, wie immer, mit den Arbeitsbrüdern jenseits unserer Landesgrenzen« zu empfinden und

sich täglich zu vergegenwärtigen, »daß auch sie den Krieg . . . nicht gewollt haben«¹⁶². Otto Braun hingegen schien Anfang September 1914 »das deutsche Hemd näher zu liegen als der internationale Rock, den wir sicher erst recht kräftig werden ausbürsten müssen, ehe wir ihn wieder anziehen«¹⁶³.

»Die sozialistischen Kongresse waren zum guten Teil Schaugepränge«, befand der Bauarbeiterverband 1917 rückblickend. »Man zog zusammen mit viel Musik und Fahnen durch die Straßen, man hörte begeisterte, phrasenreiche Reden, man sang gemeinsame Lieder; wo man jedoch den wirklichen Aufgaben der Klasse dienen wollte, da stimmte vieles nicht; . . . man griff dann zu deutungsvollen Resolutionen, mit denen man die Gegensätze verkleisterte.«¹⁶⁴ Dem Buchbinderverband zufolge waren es manchmal »gerade diejenigen, die von den ausländischen Verhältnissen nicht die geringste Kenntnis besaßen, welche sich für derartige hochtönende Resolutionen am fanatischsten ins Zeug legten«, und es wäre »wahrscheinlich . . . manches anders gekommen, wenn man anstatt unwägbarer Sympathieerklärungen und donnernder Strafpredigten gegen Kapitalismus und Imperialismus sich mehr der treibenden ökonomischen Kräfte in der Weltwirtschaft und damit auch in der Politik bewußt gewesen wäre, die die Arbeiter noch nicht beherrschen«¹⁶⁵.

Angesichts des Fiaskos der Internationale bei Kriegsausbruch war diese Kritik gleichermaßen begründet wie verständlich, ebenfalls, daß die Arbeiterführer während des Krieges den Vorrang der nationalen vor den internationalen Interessen betonten¹⁶⁶. Immerhin bekannten sie sich grundsätzlich nach wie vor zur internationalen Solidarität¹⁶⁷. In Gewerkschaftskreisen wurde allerdings nicht selten die Meinung geäußert, daß sich nach dem Kriege der Schwerpunkt der internationalen Zusammenarbeit »von der Phrase zur nüchternen praktischen Arbeit«, von den politischen zu den gewerkschaftlichen Organisationen verschieben und auf die »unmittelbar drängenden Aufgaben«, insbesondere die Lösung beruflicher Probleme, beschränken müsse¹⁶⁸.

In dem Maße indessen, in dem sich in allen kriegführenden Ländern die Arbeiterorganisationen mit der Politik ihrer Regierungen identifizierten, färbten die Fragen der Kriegsschuld und der Kriegführung auch auf das gegenseitige Verhältnis der Organisationen ab und belasteten es weiter. Den Vorwurf italienischer Gewerkschaften etwa, die deutschen Arbeiter hätten den Krieg nicht verhindert, wies ein Funktionär des Steinarbeiterverbandes nicht nur scharf zurück, sondern er sprach einem Land, »welches an die 35 % Analphabeten aufweist«, auch das Recht ab, »die Deutschen wegen ihres Verhaltens zum Kriege zu zensieren«¹⁶⁹. Später werde es »unerlässlich sein, für die Anklagen Rechenschaft zu fordern«, meinte Scherm. »Dann wird es sich ja zeigen, ob wir gewissermaßen – wie romani-

sche Überhebung uns zumutet – um Verzeihung bitten und Buße tun müssen, um wieder würdig zu sein, die Beziehungen zu den Organisationen der anderen Länder fortzusetzen. Um das Ergebnis dieser Abrechnung ist uns nicht bange.«¹⁷⁰

Mitunter nahmen die Beschuldigungen und Rechtfertigungsversuche Formen an, die mit dem Wunsch nach einer Wiederherstellung der Internationale nach Kriegsende nur noch schwer in Einklang zu bringen waren. »Wer nach dem Kriege nichts mehr mit uns zu tun haben will, um den ist es nicht schade«, befand Scherm¹⁷¹. Sollten einige Verbände »aus kleinlichem und unberechtigtem Haß« gegen Deutschland, den Sitz ihres internationalen Berufssekretariats, die Verbindungen zu diesem abbrechen, so sollte man es vielleicht gänzlich auflösen, meinten die Buchdrucker 1915: »Der deutsche Verband kann es am ehesten entbehren.«¹⁷² Gestützt auf die nicht eben bescheidene Behauptung, die deutsche Arbeiterschaft sei »der Kern der Arbeiterinternationale«¹⁷³, hielt Legien gar einen deutschen Sieg in deren Interesse für erforderlich: »Die Internationale verliert ihren stärksten Stützpunkt«, sollte Deutschland unterliegen¹⁷⁴.

Die Arbeitgeber waren über diese Diskreditierung der Internationale hochofrend, konnte ihnen doch eine internationale Solidarität der Arbeiter ebensowenig willkommen sein wie starke Gewerkschaften. Zu den Bestrebungen der englischen und französischen Organisationen, den Sitz des IGB von Berlin in ein neutrales Land zu verlegen¹⁷⁵, bemerkte die DAZ deshalb: »Deutschland würde dem Wegzug dieses internationalen Zentralkomitees gewiß keine Träne nachweinen«; schade wäre es auch nicht, falls es aus diesem Anlaß »noch zu einer besonderen Spaltung in dem sonst schon so wackeligen Bauwerk der internationalen Vereinigung« käme und »auch der letzte Rest zusammenstürzte«¹⁷⁶.

Eine Illustration ihrer Einstellung zur Internationale und ein praktisches Beispiel für geringe internationale Solidarität lieferten die deutschen Gewerkschaftsvorstände Anfang 1915, als sie über eine Hilfsaktion für ihre belgischen Kollegen berieten. Die Generalkommission hatte sie Ende 1914 angeregt, um den belgischen Arbeitern beim Wiederaufbau ihrer Verbände zu helfen, die infolge der Stagnation des Wirtschaftslebens nach der deutschen Besetzung arg in Mitleidenschaft gezogen worden waren. Nach Mitteilung des holländischen Gewerkschaftsführers Oudegeest, der Belgien gegenüber den kriegführenden Mitgliedern des IGB vertrat, bestand dort kaum Arbeitsgelegenheit, weil alle Rohmaterialien nach Deutschland befördert wurden oder Transportmöglichkeiten fehlten¹⁷⁷. »Die belgischen Arbeiter haben also an ihrer Notlage keine Schuld«, konstatierte Legien; vielmehr sei sie »durch die deutsche Invasion erst hervorgerufen« worden. Außerdem handele es sich »gegenwärtig auch gar nicht mehr um »ausländi-

sche Arbeiter, sondern um Arbeiter innerhalb des deutschen Invasionsgebietes«. Deshalb hätten die deutschen Gewerkschaften »wohl eine gewisse Pflicht zu helfen«.

Die Mehrheit der Vorsitzenden aber war anderer Meinung. Auf ein entsprechendes Rundschreiben der Generalkommission antworteten von 49 Gewerkschaften nur 22, und von ihnen erklärten sich nur fünf zu Unterstützungszahlungen bereit, und zwar in Höhe von insgesamt lediglich 5800 Mark! In der Vorständekonferenz vom 8. Februar 1915 erklärte Brey dazu: »Wir haben gerade in Hinsicht auf die Erfahrungen, die wir mit der Internationale gemacht haben, Zurückhaltung zu üben. Man hat die deutschen Arbeiter mit den schärfsten Angriffen bedacht, obwohl sich keine der beteiligten Arbeiterschaften bei Kriegsausbruch so passiv verhalten habe wie die deutschen Arbeiter . . . Wir wollen nicht den Anschein aufkommen lassen, als wollten wir mit Geld das gutmachen, was andere gesündigt haben. Ehe wir unsere alte Stellung zur Internationale einnehmen, müssen wir wissen, daß man uns nicht als Angeklagte betrachtet und behandelt.« Gerade in Belgien vermutete er aufgrund von Briefen, die ihm von dort zugegangen waren, »eine geradezu unversöhnliche Stimmung gegen die deutschen Arbeiter«. Döring vom Transportarbeiterverband meinte ebenfalls: »Eine moralische Verpflichtung gegenüber den Belgiern haben wir . . . nicht. Wir haben sonst gewiß immer in ausgiebigster Weise die internationale Hilfe bestätigt . . . Die Folge aller dieser Solidaritätsbekundungen ist, daß man uns nun von allen Seiten beschimpft.«

Brey fürchtete ferner, wegen der noch frischen Schäden der feindlichen Invasionen in Ostpreußen und im Elsaß würde eine Hilfsaktion für die belgischen Gewerkschaften in der deutschen Öffentlichkeit »nicht verstanden werden«. Tatsächlich hatte, wie Legien einräumte, die bürgerliche Presse das Vorhaben bereits heftig kritisiert, und im Transportarbeiterverband sollten angeblich sogar die Mitglieder an der Front dagegen votiert haben. Falls den Belgiern Hilfe gewährt würde, wollte Brey deshalb auch für die deutschen Arbeiter in Ostpreußen und im Elsaß Hilfsgelder zur Verfügung gestellt wissen, was wiederum Legien für ausgeschlossen erachtete. Paepflow motivierte seine Ablehnung überdies mit der Behauptung, die Belgier seien mitschuldig an ihrer Notlage; sie hätten »eben auch die Pflicht, die Wohlfahrt ihres Landes aufrechtzuerhalten«.

Mehrfach wurde schließlich die Vermutung geäußert, ihr Haß gegen Deutschland könnte die belgischen Arbeiter zur Ablehnung der Hilfsgelder veranlassen. Diese Annahme wurde dadurch gestützt, daß der belgische Lithographenverband einen Betrag von 500 Mark, mit dem ihn die Internationale der Lithographen unterstützen wollte, zurückgewiesen hatte, weil dieser Internationale die deutschen und österreichischen Lithogra-

phen angehörten. Zugleich hatte er der Lithographen-Internationale – wie diese notierte – »unter unangebrachten Ausfällen das Recht abgesprochen, über die Gelder der internationalen Kasse in diesem Sinne zu verfügen«¹⁷⁸. Um solchen Schmähungen zu entgehen, lehnte Paepow jede Unterstützung ab, solange sich die Belgier nicht »direkt an uns wenden«; daß Legien »sich auf dem Umweg über Holland an die Belgier heranmachte«, hielt er für »unwürdig«.

Am Ende der Debatte wiederholte Legien, das Geld solle »nicht zum Wiederaufbau der Internationale dienen«; er ersuchte die Konferenz »dringend . . ., sich nicht gegen die Hilfe für Belgien zu erklären«. Selbst der Betrag von nur 5800 Mark, der nach Überzeugung Breys »nach der Tradition der deutschen Gewerkschaften lächerlich wirken« würde, hielt ihn nicht davon ab. Es komme hierbei »nicht auf die Höhe der Summe an, sondern auf den moralischen Eindruck, und dieser wird unbedingt ein guter sein«. Trotzdem beschloß die Konferenz die Vertagung der Angelegenheit bis nach Kriegsende und legte den Verbänden, die bereits Gelder bewilligt hatten, nahe, deren Abführung so lange zurückzustellen. Wenn die Dinge umgekehrt lägen, bemerkte Brey abschließend, »hätten wir wahrscheinlich keinen Hilferuf ergehen lassen, und wenn wir es getan hätten, wären wir wahrscheinlich ohne Hilfe geblieben«.

Der Internationale Gewerkschaftsbund selbst, dessen Präsident Legien war, führte während des Krieges ein Schattendasein. »Von einer regelrechten internationalen Betätigung . . . konnte . . . nicht die Rede sein«, hieß es 1917 in seinem Bericht¹⁷⁹. Wegen der Postsperre ließ sich die Kommunikation selbst mit den neutralen Ländern kaum aufrechterhalten. Auch die Einrichtung einer Zweigstelle in Amsterdam im November 1914 brachte nur wenig Besserung. Überdies zerbrachen die inneren Bindungen zwischen den nationalen Gewerkschaftsverbänden; denn alle unterstützten die Kriegspolitik ihres Landes. So drang die Feindschaft zwischen den Kriegsbeteiligten auch in den IGB ein. Anfang 1915 beantragten die englischen und französischen Gewerkschaftsverbände daher die Verlegung der IGB-Zentrale in ein anderes Land. Als ihr Antrag keine Mehrheit fand, eröffneten sie im Juli ein eigenes Korrespondenzbüro in Paris mit dem französischen Gewerkschaftsführer Jouhaux an der Spitze.

Der Gedanke, eine internationale Gewerkschaftskonferenz in die Schweiz einzuberufen, um über den Fortbestand des IGB zu entscheiden, wurde wegen unüberwindlicher Schwierigkeiten erst vertagt und schließlich ganz fallengelassen¹⁸⁰. Im Sommer 1917 kam zwar am Rande der internationalen Sozialistenkonferenz in Stockholm eine Gewerkschaftskonferenz zustande; doch sie wurde nur von den Gewerkschaftsverbänden der Mittelmächte, Bulgariens und der skandinavischen Länder beschickt; die

Teilnehmer verzichteten daher auf sachliche Erörterungen¹⁸¹. Kaum besser erging es einer Konferenz, die im Oktober 1917 in der Schweiz ohne Franzosen, Italiener, Engländer und Amerikaner zusammentrat. Sie vertagte die Sitzverlegung erneut, befaßte sich lediglich mit sozialpolitischen Forderungen für die Friedensverträge und kritisierte im übrigen die Kriegspolitik der deutschen wie der englischen und amerikanischen Gewerkschaften¹⁸². Etwas besser hielten in manchen Fällen die Verbindungen der deutschen Einzelgewerkschaften mit ihren Bruderverbänden im Ausland; am ehesten mit denjenigen der neutralen Länder, namentlich den skandinavischen, nur selten freilich mit denen der gegnerischen Staaten¹⁸³.

Schließlich unterstützten die freien Gewerkschaften die Kriegführung auch durch ihre Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Burgfriedens. »Der innere Burgfrieden ist notwendig für die erfolgreiche Abwehr unserer Feinde ... Er ist ein Zwangsgebot zu Schutz und Trutz, er verträgt sich daher mit nichts, was die nationale Widerstandskraft schwächt«, befand Umbreit nach dem Kriegseintritt Italiens im Frühsommer 1915¹⁸⁴. Infolgedessen bemühten sich die Gewerkschaften, das steigende materielle Elend herunterzuspielen oder es gegenüber den Leiden der Frontsoldaten zu relativieren. Ein typisches Beispiel hierfür bietet die Ermahnung Leimpeters' an die Belegschaft der Gutehoffnungshütte im Juli 1915, »in dieser ersten Zeit, wo wir nach außen rings von Feinden umgeben sind, innen den Frieden zu wahren und auch manche kleinen Unannehmlichkeiten mit in Kauf zu nehmen. Die Kameraden, welche draußen sind, haben es schlimmer, und wir haben ihnen versprochen, für Frauen und Kinder nach Möglichkeit zu sorgen.«¹⁸⁵

Hinsichtlich der Lebensmittelversorgung verwiesen die Gewerkschaftsführer auf die objektiven Schwierigkeiten und nahmen die Regierung gegen manche Vorwürfe in Schutz¹⁸⁶. In der Frage innen- und sozialpolitischer Reformen respektierten sie im wesentlichen die von der Regierung gezogenen Grenzen der Konzessionsbereitschaft¹⁸⁷. Zwar waren sie schon im Sommer 1915 der Meinung, »daß bisher von oben nicht genug geschehen sei, was den Massen, namentlich auch den nahezu einer Million Gewerkschaftern, die unter Waffen stehen, auf eine deutliche Weise zeigte, daß ihre veränderte Haltung zum Reich auch eine veränderte Haltung der Reichsleitung zu ihnen zur Folge haben werde«. Sie regten deshalb eine »Geste des Kaisers« an, etwa eine Konferenz, in der der Kanzler den Gewerkschaftsführern »die Erfüllung einer Reihe von Gewerkschaftswünschen ankündigte, die auf dem Verordnungswege gewährt werden könnten«. Eine solche Veranstaltung, »besonders wenn sie mit der nötigen ›Aufmachung‹ erfolgte«, schien ihnen »geeignet ... , das Vertrauen der Massen zu den guten Absichten der Regierung zu heben und den besonnenen Führern ihre ihnen

neuerdings schwerer gewordene Aufgabe zu erleichtern, die nicht zuletzt darin besteht, den Wortführern des revolutionären Flügels die Wiedergewinnung ihres früheren Einflusses unmöglich zu machen«¹⁸⁸.

Doch obwohl diese wie manche andere Anregung keinen Erfolg brachte, ihre politischen Gegner vielmehr unbeirrt und unverhohlen für die Erhaltung ihrer Herrschaftsprivilegien eintraten, bewahrten die Gewerkschaftsführer ihre Zurückhaltung. Sie hielten es noch Anfang 1916 für »besser . . . , zunächst das eigene Haus zu schützen, ehe man sich mit den Mitbewohnern über die Hausordnung auseinandersetzt«¹⁸⁹. Als mit der Kriegsdauer die sozialen Spannungen wuchsen und die innenpolitischen Gegensätze wieder scharf hervortraten, rückten zwar in gewerkschaftlichen Äußerungen die Ansprüche auf »den gleichen Raum und das gleiche Recht zur Arbeit am öffentlichen Wesen, das jeder Deutsche hat«¹⁹⁰, auf »Freiheit im Innern« und »Neuorientierung der inneren Politik«¹⁹¹, schließlich auf Wahlrechtsreform und Parlamentarisierung stärker in den Vordergrund. Auf energische Anstrengungen zur Durchsetzung dieser Forderungen verzichteten die Gewerkschaften jedoch auch weiterhin¹⁹².

Diese Zurückhaltung ist außer auf das ökonomische Interesse an einem für Deutschland siegreichen Kriegsausgang darauf zurückzuführen, daß die Gewerkschaftsführer auf die normative Kraft der während des Krieges eingetretenen innen- und sozialpolitischen Veränderungen rechneten. »Ein Zurück kann es für die Regierung unmöglich mehr geben, sie kann uns in Friedenszeiten nicht aus Stellungen ausschalten und von Ämtern zurückweisen, zu denen sie uns während des Krieges zugelassen hat«, schrieb Leimpeters Anfang 1916 optimistisch¹⁹³. Auf der anderen Seite erachteten die sozialdemokratischen Führer die Macht ihrer Organisation »für absehbare Zeit« noch immer für »zu schwach, um auf gesetzgeberischem Wege zugunsten der Arbeiter allein etwas zu erreichen«, wie Südekum um die Jahreswende 1914/15 notierte; hierzu glaubten sie sich auf die »Beihilfe der anderen Parteien« angewiesen, sich selbst also zur Zusammenarbeit mit ihnen genötigt. Gerade in Gewerkschaftskreisen bestand nach Südekums Beobachtungen »eine eiserne Entschlossenheit . . . , in diesem Sinne tätig zu sein, aus den sozialen Umwälzungen das herauszuholen, was nur irgend zugunsten der Arbeiterbewegung herausgeholt werden« könne¹⁹⁴.

Mit der Mäßigung ihrer innen- und sozialpolitischen Ziele und der Behutsamkeit bei ihrer Verfolgung hoffte die Gewerkschaftsführung also, sowohl ihre Kooperationsfähigkeit gegenüber der Regierung als auch ihre Bündnisfähigkeit gegenüber potentiellen Partnern im Bürgertum zu beweisen, während sie fürchtete, mit zu laut erhobenen Reformforderungen die Ansätze einer Zusammenarbeit zu zerstören und in die alte Isolation zurückgeworfen zu werden, die sie zu politischer Ohnmacht verurteilt hatte.

In diesem Sinne postulierte Umbreit: »Keine Isolierung, keine Proklamierung von Klassengegensätzen und Klassenkämpfen, wo Zeit und Tatsachen ein gemeinnütziges Zusammenarbeiten dringend erheischen!« und erklärte, die Zusammenarbeit an dem »großen nationalen Werk« des Sieges solle »die Grundlage schaffen, auf der die Arbeiterklasse im nächsten Jahrzehnt ihre Existenz findet, auf der unsere Gewerkschaften sich kräftiger und einflußreicher entwickeln können, auf der auch die Partei als gleichberechtigter Faktor im Staatsleben wirksamer für ihre großen Ziele eintreten kann«¹⁹⁵.

Wie überzeugt manche Gewerkschafts- und Parteiführer davon waren, daß eine solche Kooperationspolitik künftig möglich sei, also die Mauern, die die Sozialdemokratie bis 1914 isoliert hatten, mit Kriegsausbruch endgültig gefallen wären, ist daran abzulesen, daß sie die überkommenen marxistischen Klassenkampfpositionen durch eine Gemeinschaftsideologie ersetzen. Kloth etwa erhob jetzt die Nation zur »Schicksalsgemeinschaft« und die »Volksgemeinschaft« zur politökonomischen Fundamentalkategorie¹⁹⁶. Er leugnete zwar die Existenz von Klassengegensätzen nicht, ordnete sie aber den gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Unternehmern unter, hätten doch »beide ökonomische Funktionen im selben nationalen Körper«, müßten daher »wünschen und dafür sorgen, daß die Produktion des eigenen Landes gedeiht, sich erweitert und intensiviert«, und sicherstellen, »daß sie von keiner fremden Macht unterbunden oder verkümmert werden« könne¹⁹⁷. Der Klassenbegriff verlor hier seinen traditionellen antagonistischen Sinn¹⁹⁸. Zu dieser Gemeinschaftsideologie in bezug auf die Interessen von Unternehmern und Arbeitern, die sich auch in den gewerkschaftlichen Kriegszieläußerungen fanden¹⁹⁹, gesellte sich die schon in anderem Zusammenhang erwähnte Wandlung von der Auffassung des Staates als eines Instruments der Klassenherrschaft zu der einer über den Interessengruppen stehenden neutralen Institution.

Gelegentlich wurde die Abwendung von der marxistischen Tradition von führenden Gewerkschaftsfunktionären offen ausgesprochen. Als Winig 1917 bei der Besichtigung des Brüsseler Gewerkschaftshauses von seinen belgischen Begleitern nicht ohne Hintersinn vor ein großes Bildnis von Karl Marx geführt wurde, eröffnete er ihnen, »daß man diesem Bilde in einem deutschen Genossenschaftshause schwerlich begegnen würde; Gewerkschaften und Genossenschaften hätten sich im Laufe der letzten 20 Jahre von Marx entfernt«²⁰⁰. Der Eindruck von Parteioppositionellen, »die um David und die Gewerkschaften« benutzten die Kriegsverhältnisse, »um die Partei von allem Marxismus zu reinigen«²⁰¹, und hätten – wie sich ein Berliner Töpfer nach Kriegsende ausdrückte – »die ganzen marxistischen-sozialistischen Begriffe 1914 sozusagen in die Pfandleihe getragen, sie ver-

setzt«²⁰², war demnach nicht unbegründet. Diese ideologische Revision ist um so bemerkenswerter, als die »staatstragenden Kräfte« eine analoge Revision ihrer Haltung zur Sozialdemokratie ausdrücklich ablehnten und die Regierung sie nur ansatzweise und vorsichtig vornahm²⁰³.

Als praktische Konsequenz aus dieser Einschätzung des innenpolitischen Handlungsspielraums sowie aus der Ablösung eines antagonistischen Gesellschaftsbildes durch eines, das die gemeinsamen Interessen des Proletariats mit den übrigen Gesellschaftsgruppen in den Vordergrund stellte, ergab sich das Bestreben, bei der Verfolgung der sozial- und innenpolitischen Ziele der Arbeiterschaft jeweils andere Bundesgenossen im bürgerlichen Lager zu gewinnen. Ansätze dazu wurden bereits bei den gewerkschaftlichen Versuchen zur Reform der Arbeitsvermittlung und zur Einführung des gewerblichen Schlichtungswesens in den ersten beiden Kriegsjahren erkennbar²⁰⁴.

1915 entwickelte Winnig daraus eine Bündnisstrategie, als er schrieb: »Man wird bei der Abschätzung der künftigen Möglichkeiten unserer Bewegung die verschiedenen Tätigkeitsgebiete auseinanderhalten müssen. Der Kampf um gesetzgeberische Fortschritte und Vorteile ist von anderen Umständen abhängig als der Kampf um Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses; das Drängen der Arbeiterklasse nach Ausweitung ihrer staatsbürgerlichen Einflußsphäre stößt auf andere Widerstände als ihr Verlangen nach Ausgestaltung der gesetzlichen Sozialfürsorge.«²⁰⁵ So stehe die Arbeiterbewegung mit ihrer Forderung nach besserer Volksbildung nicht allein, sondern sehe neben sich »Teile des Bürgertums . . . , die, wenn auch aus anderen Beweggründen, an der Hebung des Bildungsniveaus interessiert sind. Unsere sozialpolitischen Forderungen finden bis zu gewissen Graden die Unterstützung der Angestellten. Unsere Gegnerschaft gegen die Agrarzölle wird . . . von starken Teilen der Bourgeoisie geteilt. Die Forderung nach demokratischer Organisation des öffentlichen Wesens wird auch von nichtproletarischen Schichten erhoben. Der Friedensgedanke und die in seinem Gefolge gehenden Ideen von Abrüstung, Schiedsgerichtswesen und parlamentarischer Kontrolle der äußeren Politik können sich auf gut fundierte Organisationen bürgerlichen Charakters stützen.«²⁰⁶

Wo sich Gelegenheiten boten, Verbindungen zu reformbereiten bürgerlichen Gruppen herzustellen, wurden sie deshalb von den Gewerkschaftsführern ergriffen. Wie schon erwähnt, traten Legien und Robert Schmidt der Deutschen Gesellschaft 1914 bei²⁰⁷. Im Frühjahr 1917 schloß sich die Generalkommission korporativ der Gesellschaft für Soziale Reform an²⁰⁸. Überdies traten Legien, Schmidt, Winnig und Umbreit, von den Sozialdemokraten außerdem Noske, Scheidemann, Paul Hirsch, Lensch und Heinrich Schulz im Sommer 1915 zusammen mit zehn Professoren liberaler bis

gemäßigt konservativer Haltung – unter ihnen die Historiker Oncken und Meinecke, der Soziologe Ferdinand Tönnies, der Theologe Ernst Troeltsch, der Philosoph Paul Natorp, der Jurist Gerhard Anschütz, die Nationalökonomten Edgar Jaffé und Waldemar Zimmermann – mit einem Sammelband über »Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland« an die Öffentlichkeit. Die Beiträge sollten, wie die Herausgeber Legien und Friedrich Thimme, der Direktor der Bibliothek des Preußischen Herrenhauses, schrieben, die Möglichkeit einer »geistigen Arbeitsgemeinschaft zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Geisteswelt« beweisen und dazu beitragen, »die Einheit und Einigkeit des ganzen deutschen Volkes, die sich im Weltens Sturm so herrlich offenbart hat, aus der Kriegszeit hinüberzuretten in die Zeit des künftigen Friedens«²⁰⁹.

Ein Jahr später gab Thimme ein weiteres »Buch des gegenseitigen Vertrauens und Verstehens« mit dem programmatischen Titel »Vom inneren Frieden des deutschen Volkes« heraus²¹⁰. Darin wurde ebenfalls der »Geist der Augusttage« als »das Heil des deutschen Volkes«²¹¹ gefeiert und die »Gemeinschaftsarbeit« als dauernde Notwendigkeit gepredigt²¹². Wiederum reichte das Spektrum der Mitarbeiter von der Sozialdemokratie bis zu den Konservativen. Von sozialdemokratischer Seite beteiligten sich freilich lediglich noch Angehörige des äußersten rechten Flügels²¹³, von den freien Gewerkschaften nur der Archivar der Generalkommission, Max Schippel, dem die SPD 1904 das Mißtrauen ausgesprochen hatte, weil er in handels- und zollpolitischen Fragen von der Parteilinie erheblich abweichende Auffassungen vertreten hatte²¹⁴.

Daß sich die erste Garnitur der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre einer Mitarbeit enthielt, ist vermutlich der vehementen Kritik zuzuschreiben, die das von Thimme und Legien herausgegebene Sammelwerk innerhalb der SPD ausgelöst hatte. Namentlich Hilferding kritisierte es als geistigen Vorboten einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Bourgeoisie und als ein Schlüsseldokument für den im Kriege außerordentlich gewachsenen »Opportunismus« innerhalb der Sozialdemokratie²¹⁵. Die Redaktion des Correspondenzblattes warf Hilferding daraufhin in rüdem Ton und mit antisemitischen Untertönen »paradoxe Kritikasterei« vor, antiquierte dogmatische Schwarzweißmalerei und eine »Phantasie, die sich in Bocksprüngen« bewege und allenfalls »in gewissen Kreisen osteuropäischen Parteizuwachses als dialektische Erleuchtung ersten Grades gelten, auf die deutsche Arbeiterschaft aber ... keinen anderen Eindruck als den des Mitleids machen könne«²¹⁶.

Nichtsdestoweniger war die Kritik Hilferdings nicht unbegründet. In den Gewerkschaften und auf dem rechten Parteiflügel mehrten sich nämlich die Stimmen, die trotz der wenig ermutigenden Erfahrungen mit den

Kriegsarbeitsgemeinschaften eine enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern nach Kriegsende propagierten. Kloth äußerte nicht als einziger die Überzeugung, daß die in der Nachkriegszeit zu erwartenden wirtschaftlichen Probleme »nur durch ein Zusammenwirken der verschiedenen Volksklassen gelöst werden« könnten und daß es dann »nicht nur um Klassenkampf, sondern auch um Klassenkooperation« gehen werde²¹⁷. Auch Jansson hielt eine Verständigung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften wenigstens in der Lohnfrage unmittelbar nach Kriegsende im Interesse einer möglichst reibungslosen Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft für unumgänglich²¹⁸, und Severing äußerte die Auffassung, »daß in den Monaten, die der Waffenruhe folgen werden, die eigentliche Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften erst beginnen« müsse. Zugleich befürwortete er ihre Ausdehnung auf alle Industriezweige²¹⁹.

Die scharfe Reaktion auf die Kritik Hilferdings läßt darauf schließen, daß sich die Generalkommission an einem empfindlichen Punkt getroffen fühlte. In der Tat sahen die Gewerkschaftsvorstände ihre innenpolitische Strategie durch die Opposition in den eigenen Reihen im Kern bedroht. Nach dem 4. August, so schrieb Winnig 1916, sei der Gedanke »absurd« gewesen, man könne die Sozialdemokratie »auch später wieder ächten und in die Strafecke schieben«²²⁰. Im »grellen Lichte« des Kriegsausbruchs »sah und fühlte man die Macht der Arbeiterklasse in ihrer vollen Größe und erkannte, daß das Schicksal des Landes zum guten Teil von ihrem Verhalten abhing ... Im Raume dieser neuen Tatsachen verdoppelte und verdreifachte sich die Macht der Sozialdemokratie ... Aber selbstverständlich blieb der Sozialdemokratie diese Macht nur so lange, wie sie als geschlossenes Ganzes wirkte. In dem gleichen Maße, wie die Partei aufhörte, eine taktische Einheit zu bilden und als solche aufzutreten, mußten sich die Machtverhältnisse zu ihrem Schaden verändern.«

Im Aufkommen der Opposition innerhalb der Sozialdemokratie erblickte Winnig deshalb eine »tragische Kausalität«. In dem Maße, in dem sie das »Vertrauen der Parteimitglieder zur Taktik der Partei zerstöre«, vernichte sie auch die »Voraussetzungen für den Erfolg dieser Taktik« und die »Macht, die den innenpolitischen Fortschritt erzwingen« solle²²¹. Wie schon das Vorgehen Legiens gegen Liebknecht zeigte, führten die Gewerkschaftsführer daher den schärfsten Kampf gegen die Opposition in den eigenen Reihen. Er bildet das letzte Glied ihrer Kriegspolitik²²².

Die Kriegspolitik der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften

Das über die Kriegspolitik der freien Gewerkschaften Gesagte gilt im wesentlichen auch für die der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen. Für sie war die Haltung zum Krieg von vornherein weniger problematisch, denn sie bejahten die Grundlagen der Staats- und Gesellschaftsordnung und fühlten sich ihr zugehörig, wenngleich einstweilen nur als Bestandteil minderen Rechts. Aufgrund der Bindungen der christlichen Arbeiterschaft ans Zentrum und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine an die Linksliberalen gingen beide in den Fragen der Kriegspolitik und der Kriegsziele mit ihren Bundesgenossen auf weiten Strecken konform.

Die Führung der Gewerkvereine betonte bei Kriegsausbruch die Unschuld Deutschlands, klagte Rußland der Urheberchaft am Krieg an und rief dazu auf, in innerer Einigkeit »wie ein Mann ... den Übermut des wahnwitzigen Friedensstörers zurückzuweisen«²²³. Folgerichtig unterstützten die Gewerkvereine die Regierung, soweit es ihnen mit ihren bescheidenen Mitteln möglich war²²⁴. Auch die christlichen Gewerkschaften appellierten an den Durchhaltewillen ihrer Mitglieder. In ihrem Zentralorgan hieß es im Dezember 1915: »Wir wollen siegen. Wir müssen siegen! ... Die Blutopfer werden gern und freudig von uns gebracht ... Gegenüber dem Feinde gibt es nach wie vor nur eine Parole: Kämpfen bis zum Siege! Keine andere ist möglich ... Das vergossene Blut kann nicht, darf nicht und soll nicht vergebens geflossen sein. Wir halten aus!«²²⁵ »Durchhalten bis zum ehrenvollen Frieden« lautete die Parole im Januar 1916²²⁶; vier Monate später folgte das Versprechen: »Fester denn je wollen die christlichen Arbeiter zu ihrem Volke in dieser weltgeschichtlichen Stunde stehen.«²²⁷

Demgemäß bekämpften die christlichen Organisationen entschieden alle Äußerungen sozialer Unzufriedenheit und politischer Opposition in der Arbeiterschaft. Der Protest Liebknechts vom Dezember 1914 wurde in ihrem Zentralblatt noch bagatellisiert, indem »Karlchen Liebknecht« persönlich lächerlich gemacht und sein Verhalten dem Wunsch zugeschrieben wurde, »an seinen in Vergessenheit geratenen Nimbus« zu erinnern²²⁸. Als jedoch die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie weiter wuchs und schließlich zur Spaltung der Reichstagsfraktion führte, kündigten die christlichen Gewerkschaften an, sie würden »mit allen ... zu Gebote stehenden Kräften die sich im Verhalten der sozialdemokratischen Minderheit kundgebenden Tendenzen bekämpfen«²²⁹.

Auch für die christlichen Gewerkschaften stand der Verteidigungscha-

rakter des Krieges »weltgeschichtlich fest«²³⁰. Sie lehnten einen »faulen Frieden, einen Frieden um jeden Preis« ab und sprachen sich für ein mehr oder weniger umfassendes Annexions- und Sicherungsprogramm aus, nämlich für einen Frieden, »der mit den ungeheuren Opfern, die gebracht werden mußten, in Einklang« stehen und Deutschlands »Daseinsberechtigung als Weltmacht« sichern sollte²³¹. Nach außen unterließen sie längere Zeit eine Konkretisierung ihrer Kriegsziele²³². Intern jedoch schlugen sich prominente Führer der christlichen Arbeiterschaft schon frühzeitig auf die Seite der industriell-agrarischen Kriegszielbewegung²³³. Im August 1916 machte sich der Deutsche Arbeiterkongreß, in dem christliche Gewerkschaften, konfessionelle Arbeitervereine, Deutschnationaler Handlungsgelhilfenverband DHV und das Reichskartell der Staatsangestellten und -arbeiterverbände seit 1903 zusammenarbeiteten²³⁴, auch öffentlich zum Fürsprecher einer durch »eine starke, schwer angreifbare Stellung des Reiches« in Europa »festgegründeten Sicherheit gegen äußere Feinde«²³⁵.

Im selben Jahr bekannte er sich »rückhaltlos zur Kultur- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes mit allen daraus erwachsenden Verpflichtungen und Verantwortungen«, nämlich zur »Erhaltung einer starken Wehrkraft«, zum »Besitz von Kolonien und anderen Stützpunkten« zur »Eigenversorgung in Bezug von Rohstoffen wie im Absatz von Fertigwaren« und zur Notwendigkeit einer »machtvollen Kriegsflotte« zur Sicherung des deutschen Status als »Welthandelsreich«²³⁶. Unter diese Grundsätze ließen sich Expansions- und Annexionswünsche aller Art subsumieren. Überdies stellte es nur ein »Mindestprogramm« dar; jeder Mitgliedsorganisation des Arbeiterkongresses blieben weitergehende Bestrebungen unbenommen²³⁷.

Der Vorsitzende des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Franz Wieber, sprach sich denn auch offen für die Annexion des lothringischen Erzbeckens von Longwy-Briey aus²³⁸. In ähnlichem Sinne ist wohl ebenfalls die Bemerkung im Zentralblatt vom Oktober 1916 zu verstehen, »daß jede Regierung unverantwortlich handeln würde, die nicht sofort zugreifen wollte, wenn sie einen ehrenvollen Frieden aufgrund der heutigen Lage abschließen könnte«²³⁹. Diese Lage zeichnete sich vor allem durch die Besetzung Belgiens und Nordfrankreichs, Polens, Rumäniens und großer Teile des Baltikums durch deutsche Truppen aus.

Jakob Kaiser, damals Sekretär des christlichen Gewerkschaftskartells in Köln, warb von der Front aus unter den christlichen Arbeitern für die Zeichnung von Kriegsanleihe²⁴⁰ und stimmte in die ideologische Rechtfertigung und Überhöhung des Krieges ein, die hauptsächlich Zelebritäten aus Wissenschaft und Kunst betrieben, die von ihren Zeitgenossen für bedeutend gehalten wurden. Für Kaiser war er nahezu ein heiliger Krieg und als

solcher nachgerade willkommen. »Mir dünkt, wir wären verkehrte Menschen, wenn wir ihn missen wollten«, schrieb er Ende Oktober 1914, »wird er doch den sogenannten Kulturaufstieg der Völker wieder einmal auf die richtigen Beine stellen. Und das war Zeit. Sitte und Recht muß wieder zu Ehren kommen.«²⁴¹ Voll Ressentiments gegen die westliche Demokratie, verhöhnte er die französische »Schandrepublik«, rief dazu auf, »das ganze Gelichter des Dreiverbandes ordentlich zu Paaren [zu] treiben«, und schloß mit dem Spruch: »So wird am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen.«²⁴²

Auch christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften übten sich in innenpolitischer Zurückhaltung und verzichteten einstweilen darauf, die Situation zur Durchsetzung innen- und sozialpolitischer Reformen auszunutzen. Die christlichen Gewerkschaften erklärten im August 1915 lediglich, sie würden ihre Forderungen jetzt »mit größerer Entschiedenheit denn je der Erfüllung entgegenzuführen« suchen²⁴³. Wenig später forderten sie die Regierung auf, die Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Arbeiterschaft anzuerkennen, den Bestrebungen der Unternehmer, ihr ungezügelt Hausherrenrecht in den Betrieben zu behaupten, »mit aller Entschiedenheit« entgegenzutreten²⁴⁴ und den Volksmassen mehr Einfluß auf die Regierung zu gewähren²⁴⁵.

Im August 1916 formulierten die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen ein innen-, wirtschafts- und sozialpolitisches Programm für die Nachkriegszeit und verbanden darin die Rechtfertigung der Grundlagen des bestehenden Systems mit begrenzten Reformwünschen. Sie bezeichneten die Monarchie als »zweckmäßig und gut«, nämlich als beste Garantie für innenpolitische Stabilität und allgemeines Wohlergehen und deshalb als einen »Segen«²⁴⁶, und gelobten »unverbrüchliche Treue« zur »unzerstörbaren Gemeinschaft zwischen Fürst und Volk«²⁴⁷; gleichzeitig aber forderten sie eine starke, in ihren Rechten geschützte Volksvertretung²⁴⁸.

In sozial- und wirtschaftspolitischer Hinsicht betonten die christlich-nationalen Organisationen die »unüberbrückbaren Abgründe«, die sie vom materialistischen Menschen- und Gesellschaftsbild trennten²⁴⁹. Den Grundsätzen der katholischen Soziallehre folgend, hielten sie das Privateigentum für »eine in der Natur des Menschen und in den Bedürfnissen des Gesellschaftslebens unaustilgbar begründete Einrichtung«²⁵⁰ und bekannten sich deshalb prinzipiell zum »Privatbesitz an Produktionsmitteln« und zur »freien Unternehmung«²⁵¹. Sie verhehlten jedoch nicht, daß »Sinn und Zweck« des Privateigentums in »ihr Gegenteil verkehrt, die Persönlichkeit verwildert und die öffentliche Wohlfahrt aufs schwerste bedroht und geschädigt« würden, »wenn rücksichtsloses Gewinnstreben sich auf Kosten der Gesamtheit – durch Privatmonopole, Überspannung des Kartellgedan-

kens, Trusts, durch Spekulation und Ausbeutung von Konjunkturen – auslebt, der Reichtum einzelner übermächtig wird, die wirtschaftliche Überlegenheit zu gefährlichem Machtstreben nach innen und außen ausartet, um gleichzeitig bei der überwältigenden Masse nicht bloß in zunehmendem Maße wirtschaftliche Abhängigkeit, sondern auch menschenunwürdige Existenz herbeizuführen.«²⁵²

Dieser Gefahr sollte der Staat zum einen mit einer Eigentumsordnung begegnen, die das Eigentum schützte und seinen Gebrauch nach den Prinzipien der »Gerechtigkeit und des Gemeinwohls« sicherte, zum anderen durch die Einrichtung und Vermehrung gemeinnütziger staatlicher und kommunaler Unternehmen. In dieser Beziehung kannten die christlich-nationalen Verbände keine grundsätzlichen Bedenken; auf welchen Gebieten und in welchem Umfange Staats- und Gemeindebetriebe möglich seien, war für sie »eine Frage der Zweckmäßigkeit und der Erfahrung«²⁵³. Eine weitere Humanisierung sollte die privatkapitalistische Grundordnung durch die Anerkennung der Gewerkschaften erfahren. Deren Aufgaben lagen nach Auffassung der Christlich-Nationalen allein auf der Distributionsebene, in der »Sicherung eines angemessenen Anteils der Arbeiter am Produktionsertrag«, nicht aber in der Organisation der Produktion selbst. Schließlich forderten sie die Fortführung und den Ausbau der staatlichen Sozialpolitik »zur Verminderung und Ausgleicheung der dem heutigen Wirtschaftssystem und Arbeitsverhältnis anhaftenden Mängel und Schäden zum Besten der gegen Lohn oder Gehalt arbeitenden Schichten«²⁵⁴.

Dieses Programm konnte ebenso zu erheblichen Eingriffen in das Wirtschaftssystem führen wie auch dazu benutzt werden, die bestehenden Zustände zu bewahren und nur hier und da kleine Korrekturen anzubringen. Wohin seine Autoren den Schwerpunkt gelegt wissen wollten, stand in der Zukunft. Antikapitalistische Strömungen machten sich vorerst jedenfalls lediglich in der Polemik gegen die katholischen Agrarier in der Ernährungsfrage bemerkbar²⁵⁵. Im übrigen minderten die christlichen Organisationen den politischen Wert ihrer programmatischen Erklärungen durch die wiederholte Versicherung, sie würden den Kampf um die Durchsetzung ihrer Wünsche auf keinen Fall vor Kriegsende aufnehmen²⁵⁶. »Solange das wichtigste Problem, die endgültige Niederwerfung unserer Gegner, nicht voll gelöst« sei, so war im christlichen Gewerkschaftsorgan im September 1915 zu lesen, sollte »von der Lösung aller anderen Probleme, die nicht mit dem Kriegsziel im Zusammenhange stehen, möglichst Abstand genommen werden«. Lediglich »spruchreife Fragen« wie die Novellierung des Reichsvereinsgesetzes seien unverzüglich zu regeln, »vor allen Dingen, wenn sie dazu beitragen, die nationale Begeisterung weiter Kreise des Volkes noch mehr zu festigen, soweit das überhaupt möglich ist«²⁵⁷.

Darüber, daß ihnen aufgrund ihrer Zurückhaltung nennenswerte Erfolge versagt blieben, trösteten sie sich hinweg, indem sie ihre Enthaltbarkeit zu einer politischen Tugend idealisierten und mit Hilfe eines rein individualistischen Pflichtbegriffs verinnerlichten. So etwa hieß es im Dezember 1914, es widerstrebe »dem aufrichtigen Patrioten, dem Vaterlande in dieser Zeit der Not, wo es um seine Existenz, seine Ehre und sein Dasein kämpft, gleichsam eine Gegenrechnung für geleistete Dienste zu präsentieren«²⁵⁸. Auf diese Weise konnten sich die christlichen Gewerkschaften guten Gewissens »wirkliche vaterländische Größe« attestieren dafür, daß es ihnen »nie eingefallen« sei, »ihre Leistungen unter dem krämerhaften Gesichtswinkel des Kuhhandels« zu betrachten²⁵⁹.

Gleichzeitig hofften sie allerdings wie die freien Gewerkschaften, daß der Krieg »die Gegensätze unter den Klassen, wenn nicht auslöschen, so doch stark vermindern« und »die sozialen Ideen zu einer neuen Entfaltung bringen« würde, daß sich also die soziale und am Ende auch die politische Position der Arbeiterschaft durch den Krieg verbessern müßte. Freilich müßten dazu in der Arbeiterschaft auch die »Vorurteile . . . gegen den monarchischen Staat und gegen die bürgerliche Ordnung« verschwinden²⁶⁰, wie denn überhaupt der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften eine seiner Funktionen gegenüber seinen Mitgliedern in der »Disziplinierung der eigenen Wünsche und Forderungen in Anpassung an gegebene Möglichkeiten und Notwendigkeiten« sah und sich darum bemühte zu verhindern, »daß das Vertrauen der Massen in gefährlicher Weise geschwächt« würde²⁶¹.

Die Staatsmacht honorierte diese Bemühungen mit Zeichen besonderer Verbundenheit. Der bayerische König dekorierte Anfang 1916 acht christliche Gewerkschaftsfunktionäre sowie den Vorsitzenden des Kartellverbandes der süddeutschen katholischen Arbeitervereine mit dem bayerischen Ludwigskreuz²⁶². Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, wurde 1917 ins preußische Herrenhaus berufen. Er blieb der erste und einzige Arbeitervertreter in dieser stockkonservativen Ständeversammlung von Großgrundbesitzern, Militärs und bürgerlichen Honoratioren²⁶³.

Ansätze zur Zusammenarbeit

Praktisch unterschied sich die Kriegspolitik der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften also kaum von derjenigen der freien. Da außerdem während des Krieges die grundsätzlichen Differenzen gegenüber den materiellen Problemen in den Hintergrund traten und sich

gleichzeitig der Handlungsspielraum der Gewerkschaften vergrößerte, näherten sich die verschiedenen Verbände aneinander an und arbeiteten vielfach zusammen. Die Spitzeninstanzen lieferten die ersten Beispiele hierfür mit ihrem gemeinsamen Vorgehen in den Fragen der Arbeitsnachweise und der Schlichtungseinrichtungen²⁶⁴. Es folgten gemeinsame Schritte in Versicherungsfragen, zum Schutz der Heimarbeiterinnen und insbesondere bei der Vorbereitung des Hilfsdienstgesetzes²⁶⁵. Außerhalb des parlamentarischen Raumes arbeiteten sie in der Ernährungsfrage zusammen, vor allem in den Kriegsausschüssen für Konsumenteninteressen; hier machten sie auch gemeinsam Front gegen die Werkvereine²⁶⁶.

Diese Aktionen ließen in den Spitzengremien der Gewerkschaftsverbände den Gedanken reifen, ihre Zusammenarbeit zu formalisieren und die früheren Gegensätze dauernd zu überbrücken. Im Frühjahr 1915 äußerte der Zentralrat der Hirsch-Dunckerschen Werkvereine die »zuversichtliche Erwartung«, daß »bei aller Wahrung der Eigenart der verschiedenen Richtungen auch nach Friedensschluß ein solches Neben- und Miteinanderarbeiten möglich ist im Interesse der Arbeiterschaft und des deutschen Wirtschaftslebens«. Er bekundete seine Bereitschaft, »ein erträgliches Verhältnis zwischen den verschiedenen Organisationen aufrechtzuerhalten und in allen die gesamte Arbeiterschaft betreffenden Fragen ein gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen«²⁶⁷.

Von den freien Gewerkschaften sprach sich nur der Schuhmacher-Verband gegen diesen Vorschlag aus²⁶⁸. Im Correspondenzblatt hingegen fand man ihn »recht bemerkenswert«²⁶⁹, und auch die Buchdrucker antworteten zustimmend²⁷⁰. Der freigewerkschaftliche Gärtnerverband bot den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Konkurrenzorganisationen sogar einen Bündnisvertrag an²⁷¹. Winnig bezeichnete es in einem vielbeachteten Artikel angesichts der anwachsenden Opposition in der Sozialdemokratie als »doppelt und dreifach nötig, die gewerkschaftlichen Organisationen zu möglichst fest geschlossener Einheit zusammenzuschweißen«²⁷². Beim Bauarbeiterverband liebäugelte man bereits mit einer Verschmelzung aller Gewerkschaftsverbände²⁷³. Auch der Holzarbeiterverband teilte die »grundsätzliche Auffassung . . ., daß für eine Auftrennung der gewerkschaftlichen Organisationen in verschiedene Richtungen überhaupt keine zwingenden Gründe« vorlägen, und äußerte den Wunsch, »den Gedanken einer Verständigung praktisch zu verwirklichen«²⁷⁴. Leipart vertrat daraufhin in der Vorständekonferenz vom 6. Juli 1915 den Standpunkt, »daß der Anregung der Hirsch-Dunckerschen . . . nähergetreten werden müsse«²⁷⁵. In der nächsten Vorständekonferenz vom November ergab sich daraus das »allseitige Einverständnis, in allen gemeinsamen Arbeiterfragen, so wie dies während des Krieges geschehen, auch nach dem Kriege mit den

übrigen Gewerkschaftsgruppen zusammenzuwirken, soweit eine Verständigung mit ihnen« möglich sei²⁷⁶.

»Die Anregung ist gut und entspricht sicherlich den Empfindungen, die die Besten der Vertreter in den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen tiefinnerst hegen«, lautete der Kommentar im Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands²⁷⁷. Die christlichen Gewerkschaften erklärten sich ebenfalls bereit, »in praktischen Fragen von Fall zu Fall mit den übrigen Richtungen zusammenzugehen«, vorausgesetzt, daß es sich um Gegenstände »rein gewerkschaftlich-sachlicher Natur« handle »und keine andersartigen Fragen im Hintergrund lauern«²⁷⁸. Trotz dieser Vorbehalte ergab sich also, daß unter den gegebenen Bedingungen »die gewerkschaftlichen Prinzipien«, soweit sie sich »auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses« bezogen, bei den »sozialdemokratischen, christlichen, polnischen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen dieselben« waren, wie die katholischen Arbeitervereine der Berliner Richtung erkannten²⁷⁹.

Das gegenseitige Verhältnis bestimmten deshalb weniger grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten als vielmehr die organisatorische Konkurrenz, die auf dem Selbsterhaltungs- und Expansionswillen der Organisationen beruhte und durch die unterschiedlichen politischen Bindungen verstärkt wurde. Hieraus ergaben sich Motive und Grenzen der Annäherung, insbesondere die Erklärung dafür, daß der Verständigungswunsch bei den schwächsten Organisationen am stärksten und bei den stärksten am schwächsten war. Die freien Gewerkschaften konnten kein sonderliches Interesse an Vereinbarungen haben, die ihnen die Ausdehnung auf Kosten der konkurrierenden Organisationen verwehrten. Als durchweg stärkste Verbände konnten sie – gerade bei einem Abbau der bisherigen Behinderungen – darauf hoffen, die Minderheitsrichtungen noch mehr zu bedrängen als zuvor und sie auf längere Sicht vielleicht sogar zur Bedeutungslosigkeit hinabzudrücken.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine hingegen befanden sich bereits in einem desolaten Zustand, in dem selbst die Gefahr des inneren Zusammenbruchs akut wurde²⁸⁰. Für sie hätte sich bei einer Zusammenarbeit mit den übrigen Verbänden die gegenseitige Rivalität gemildert, die sie besonders empfindlich traf, weil mit ihren geringeren Unterstützungsleistungen ihre materielle Attraktivität hinter derjenigen der Konkurrenz zurückblieb. Eine Kooperation hätte ihnen zudem innerhalb der Arbeiterschaft zu einer Aufwertung verholfen, die sie aus eigener Kraft nicht zu erreichen vermochten, und den verfallenden Basisorganisationen mit neuen Aufgaben neues Leben einhauchen und ihre Agitationskraft ankurbeln können, was auf andere Weise bisher nicht gelungen war.

Den christlichen Gewerkschaften konnte eine Milderung oder gar Beendi-

gung des Konkurrenzdrucks ebenfalls nur recht sein, auch wenn sie sich nicht in derselben Bedrängnis befanden wie die kleinen Gewerkvereine. Gleichzeitig aber zwang sie ihr Existenzinteresse dazu, sich allen weitergehenden Ambitionen gegenüber reserviert zu verhalten und ihre grundsätzlichen Unterschiede gegenüber den freien Gewerkschaften in aller Deutlichkeit hervorzukehren, obwohl sie zu jener Zeit eine geringere Rolle spielten. Wenn sie sich jetzt auf eine zu enge Zusammenarbeit einließen, mußten sie befürchten, daß die Vorbehalte gegen die Sozialdemokratie, die sie ihren Anhängern seit langem gepredigt hatten, ungläubwürdig und hinfällig würden und manche ihrer Mitglieder und Sympathisanten über kurz oder lang die Hemmungen abstreifen könnten, in eine freie Gewerkschaft hinüberzuwechseln.

»Das größte Hindernis zu einem besseren Zusammenwirken« bildeten in ihren Augen denn auch »breite sozialdemokratische Kreise, die jede Aktion in erster Linie nach ihrer agitatorischen Wirkung anstatt nach den Voraussetzungen zu einem praktischen Erfolg beurteilen«²⁸¹. Erst recht die geistlichen und bürgerlichen Kräfte in der Zentrumsparlei mußte die Möglichkeit alarmieren, daß sich eine enge Zusammenarbeit der Gewerkschaften langfristig zugunsten der freien Gewerkschaften auswirken und den sozialdemokratischen Einfluß in der Arbeiterschaft ausdehnen könnte. Aus diesen Gründen beharrten die christlichen Gewerkschaften auf »eifersüchtigster Wahrung der grundsätzlichen Stellung« und gestatteten auch nicht »die Preisgabe ... eines Tütelchens von den grundsätzlichen Anschauungen«²⁸². Nur falls die freien Gewerkschaften von der SPD abrückten oder wenigstens dahin wirkten, den rechten Flügel der Partei zu stärken, schien ihnen eine »festere Grundlage« einer Zusammenarbeit erreichbar²⁸³.

Trotz dieser Schwierigkeiten wurde die Annäherung der Gewerkschaftsrichtungen von den Arbeitgebern mit großem Mißtrauen verfolgt. »Durch ein derartiges Zusammenballen riesenhafter Massen unter Führung ehrgeiziger und machtlüsterner Tribunen könnte ein unerträglicher Druck auf alle Parteien ausgeübt werden, die eine Umbildung unserer staatlichen und sozialen Einrichtungen nach den Rezepten des demokratischen Radikalismus als ein furchtbares Verhängnis für die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen unseres Staatswesens ansehen müssen«, dramatisierte die schwerindustrielle Presse den Vorgang²⁸⁴. Allenfalls wenn die Werkvereine einbezogen würden, schien nach Meinung der DAZ die Intensivierung der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit akzeptabel²⁸⁵. Ein solches Ansinnen aber wurde selbst von den katholischen Arbeitervereinen entschieden zurückgewiesen²⁸⁶.

Indessen behielten die Arbeitgeber recht mit ihrer Annahme, die Gewerkschaften würden »kaum imstande sein, die tiefen Gegensätze zu überbrücken, die sich aus Gründen der Politik und der ganzen Weltanschauung

zwischen ihren einzelnen Richtungen aufzun«²⁸⁷. Dies galt vor allem für die Bergarbeiterverbände an der Ruhr. Seit dem großen Bergarbeiterstreik von 1912, an dem sich der christliche Gewerkverein nicht beteiligt hatte, bestanden unter ihnen erhebliche Spannungen. Da die Arbeiter den Kampf ergebnislos hatten abbrechen müssen, beschimpften sie fortan die Mitglieder des Gewerkvereins nicht nur als Streikbrecher, sondern machten ihn auch für ihre Niederlage mit verantwortlich. »Es wurde ein wüster Kampf gegen den Gewerkverein geführt«²⁸⁸; sein Verhältnis zu den übrigen Bergarbeiterorganisationen war das »denkbar schlechteste«²⁸⁹.

Zum Abbau der Spannungen schlug er 1913 eine Arbeitsgemeinschaft aller Bergarbeitergewerkschaften bei der Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber den Zechenbesitzern vor²⁹⁰. »Zu groß« aber war noch »der Groll« unter den Mitgliedern des freigewerkschaftlichen, sogenannten »alten« Verbandes²⁹¹: »Mit Streikbrechern kann eine Gewerkschaft keinerlei gemeinsame Sache machen und müssen die ›Christen‹ sich erst vom Streikbruch reinigen«²⁹².

Auch politische Momente spielten dabei eine Rolle. Der alte Verband verhöhnte den christlichen Gewerkverein als abhängig von den »Geheimkonventikeln, von den Zentrumsmillionären, dem Komtur des Piusordens, dem Attaché am Apostolischen Stuhle a. D., dem Erzbischof Hartmann«²⁹³ und als »Kerntruppe der Zentrumspartei«, die seit zehn Jahren »einen systematischen und infernalischen Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie führt«²⁹⁴. Besonders empörte ihn, daß die Zentrumspresse beharrlich von »sozialdemokratischen Gewerkschaften« schrieb, obwohl sich gerade der Bergarbeiterverband bemühte, eine gewisse Distanz zur SPD zu wahren, und sich in religiöser Hinsicht strikte Neutralität auferlegte, um den katholischen Arbeitern den Weg in die freien Gewerkschaften zu ebnet²⁹⁵.

Erst unmittelbar vor Kriegsausbruch begannen sich diese Spannungen zu lösen. Im Juli 1914 kam eine gemeinsame Aktion der Verbände im linksrheinischen Wurmrevier zustande²⁹⁶. Unter den Kriegsbedingungen näherten sie sich weiter einander an. Im Januar 1915 schlug der alte Verband den anderen Gewerkschaften vor, künftig Eingaben an Behörden gemeinsam zu verfassen und in Verhandlungen mit ihnen geschlossen aufzutreten, um den Forderungen der Bergarbeiter größeren Nachdruck zu verleihen und die Erfolgsaussichten zu erhöhen²⁹⁷. Der Vorschlag wurde allseitig akzeptiert, in allen Fragen, die die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bergarbeiter betrafen, gingen der freie, der christliche, der Hirsch-Dunckersche und der polnische Bergarbeiterverband seitdem gemeinsam vor²⁹⁸.

Gemeinsam nahmen sie auch den Kampf gegen die Werkvereine auf. Als im Herbst 1915 die Neuwahl der Sicherheitsmänner anstand, denen außer

Kontrollfunktionen auch die Wahl der Arbeiterausschüsse oblag, welche die Belegschaften unter anderem in Lohnfragen gegenüber der Direktion vertraten, forderten die vier Gewerkschaften die Belegschaften auf, gemeinsame Kandidatenlisten unter Berücksichtigung der jeweiligen Stärkerverhältnisse der Organisationen aufzustellen und »unter allen Umständen . . . die Wahl von Zechenkandidaten (Gelben) zu verhindern«²⁹⁹. Trotz der geringen Kompetenzen der Arbeiterausschüsse hatten nämlich die Zechenverwaltungen vor dem Kriege nach Kräften versucht, Wirtschaftsfriedliche in diese Gremien zu lancieren. Auch ein Appell des Generalkommandos, »jede Wühlarbeit« zu unterlassen und sich damit einverstanden zu erklären, »daß die bisherigen Vertreter oder, wo diese ausgeschieden sein sollten, Vertreter der gleichen Richtung als Kandidaten aufgestellt würden«³⁰⁰, brachte die Gewerkschaften von ihrem Wahlkampfkonzept nicht ab³⁰¹. Das Wahlergebnis war eindeutig. Unter Einrechnung derjenigen, die nicht neu gewählt werden mußten, stellte der alte Verband 38,2 % der Sicherheitsmänner und 33,7 % der Arbeiterausschußmitglieder, der christliche Gewerkverein 31,5 bzw. 31,6 %, die polnische Berufsvereinigung 9,0 bzw. 6,7 %, der Hirsch-Dunckersche Verband 1,0 bzw. 0,7 % und die Werkvereine 8,4 bzw. 11,3 %³⁰².

Noch immer freilich war das Mißtrauen zwischen den vier Bergarbeiterorganisationen zu groß, als daß sich ihre Zusammenarbeit hätte förmlich regeln lassen. Schon die Niederschrift über eine gemeinsame Sitzung konnte zu neuem Streit führen³⁰³. Intern beschloß der christliche Gewerkverein, mit der Gemeinschaftsarbeit »sofort Schluß« zu machen, sobald von einer Seite »Hintergedanken und Nebenabsichten« auftauchen sollten³⁰⁴. Daher vollzog sich die Kooperation in form- und zwangloser Weise. Zwischen dem alten Verband und dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein lief sie am unkompliziertesten, während der freie mit dem christlichen und dem polnischen Verband »öfters noch Häkeleien« hatte. Auch gingen anfänglich noch Proteste von Zahlstellen ein, die den Frontwechsel gegenüber dem christlichen Verband nicht verstehen wollten und ihn nur widerstrebend mitmachten. Später allerdings verstummte diese Kritik. »Im Gegenteil, Leute, die erst sehr gegen das Zusammengehen waren, haben später . . . ausdrücklich gemeinsames Operieren der Verbände verlangt«, berichtete der Vorstand des alten Verbandes 1917³⁰⁵.

Nachdem sich die Arbeitsgemeinschaft eingespielt hatte, wurde erneut der Gedanke laut, sie zu einer dauernden Einrichtung zu machen. Über eine einheitliche Interessenvertretung auf den Gebieten des Arbeitsvertrages, der Lohnregelung, des Arbeitsnachweises, der Arbeiterversicherung sowie des Arbeiterschutzes, über geschlossenes Vorgehen bei Wahlen, in denen andernfalls die Gelben Gewinnchancen hatten, sowie über die gegenseitige

Respektierung des Besitzstandes an Mitgliedern wurde Einigung erzielt, auch darüber, daß in der Organisation, Agitation und Mitgliederwerbung jeder Verband selbständig bleiben sollte. Die Einigung scheiterte schließlich daran, daß der alte Verband für wichtige Fragen Delegiertenkonferenzen vorschlug, die mit Zweidrittelmehrheit verbindlich entscheiden sollten, eventuell also die kleineren Verbände hätten überstimmen können³⁰⁶. In einer solchen »Zwangorganisation« erblickte der christliche Gewerkverein den Verzicht auf seine politischen und religiösen Grundsätze und befürchtete als Folge davon eine Mitgliederabwanderung³⁰⁷. Trotz wiederholten Drängens des alten Verbandes kam eine Verständigung über diesen Punkt nicht zustande³⁰⁸. Deshalb blieb es bis Kriegsende nur bei der lockeren Form der Zusammenarbeit zwischen den Bergarbeitergewerkschaften³⁰⁹.

Doch auch so gestaltete sich ihre Kooperation enger als die zwischen den übrigen konkurrierenden Berufsorganisationen. In der Kriegsindustrie gingen nur die drei Metallarbeiter-Gewerkschaften 1916 eine lockere Arbeitsgemeinschaft ein³¹⁰, nachdem ihre Bezirksleiter an der Ruhr schon seit einem Jahr zusammenarbeiteten³¹¹. Darüber hinaus gab es solche Annäherungen im wesentlichen nur in Gewerben abseits der Kriegskonjunktur, in denen schon vor dem Kriege freie, christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften gemeinsam den Unternehmern als Vertragskontrahenten gegenübergetreten waren. Wo aus solchen Tarifgemeinschaften Kriegsarbeitersgemeinschaften erwachsen, intensivierten sich auch die Beziehungen zwischen den beteiligten Gewerkschaften, so bei den Holzarbeitern³¹². Bei den Bauarbeitern machte die Zusammenarbeit Fortschritte auf lokaler Ebene, namentlich in Bayern³¹³.

Wo bisher Tarifvereinbarungen bestimmte Gewerkschaften ausgeschlossen hatten, fand die Exklusivität jetzt ein Ende. So gab der Buchdruckerverband seinen jahrelang behaupteten Alleinvertretungsanspruch auf und stimmte 1917 der Aufnahme des Gutenbergbundes, der christlichen Buchdruckergewerkschaft, in das Buchdruckertarifamt zu³¹⁴. Dem Reichstarifvertrag für das Lederausrüstungsgewerbe, den zunächst allein der freie Sattlerverband mit den Arbeitgebern geschlossen hatte, traten auch der christliche und der Hirsch-Dunckersche Verband der Lederarbeiter bei³¹⁵. Recht gut ließ sich die Zusammenarbeit auch zwischen den Verbänden der Gemeinde- und Staatsarbeiter an. Dagegen erreichte sie bei den Chemie- und Transportarbeitern nur geringen Umfang. Überhaupt nicht zustande kam die Kooperation bei den Eisenbahnern, weil der nach der Lockerung der Koalitionsrechtsbeschränkungen für Staatsarbeiter gegründete freigewerkschaftliche Eisenbahnerverband den älteren Verbänden, die den christlichen Gewerkschaften nahestanden, eine wachsende Zahl von Mitgliedern abjagte³¹⁶.

8. Kapitel: Das Aufkommen der Opposition in der Arbeiterbewegung

Gewerkschaftsführung und innerparteiliche Opposition 1914–1915

Ob und gegebenenfalls in welchem Maße die Masse der Gewerkschaftsmitglieder die Auseinandersetzungen um Kriegsziele und Kriegsmittel verfolgte, an ihnen Anteil nahm und die Meinungen der Gewerkschaftsführer teilte, ist schwer zu bestimmen. Äußerungen hierüber, sofern sie je geschrieben wurden, sind kaum publiziert. Die wenigen Briefe von Mitgliedern, die die Gewerkschaftspresse abdruckte, unterlagen erst der Auswahl durch den Redakteur¹ und dann der Pressezensur, so daß sie keine Rückschlüsse auf die Meinung unter den organisierten Arbeitern zulassen. Wegen der Schwierigkeiten im Umgang mit der Schriftsprache dürften sich ohnehin nur wenige zu einer schriftlichen Stellungnahme zur Politik der Verbandsführungen durchgerungen haben. Vermutlich interessierten die meisten Arbeiter in erster Linie die nächstliegenden materiellen Lebensbedingungen, die Löhne und die Frage, was man dafür kaufen konnte, die Arbeitsbedingungen in den Betrieben, familiäre Angelegenheiten und Wohnungsprobleme.

Industriennahe Journalisten freilich behaupteten wiederholt, »Tausende und Abertausende von gewerkschaftlichen Arbeitern würden, falls ihnen die Wahl zwischen dem berüchtigten Scheidemann-Frieden und einem

Frieden mit angemessener Vergeltung für die über unser schuldloses Haupt verhängte Heimsuchung gestellt werden könnte, so entscheiden, wie der natürliche Menschenverstand es gebietet«². Noch nach dem Kriege bestritt auch Kloth, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft »ohne weiteres und zu jeder Zeit« für einen annexions- und entschädigungslosen Frieden gewesen sei³. Zwar ist Kloth, der 1919 wegen seines Sozialchauvinismus als Verbandsvorsitzender abgewählt wurde und danach vollends ins Lager der Rechten überging, gewiß nicht der verlässlichste Zeuge für die Stimmung der Massen. Trotzdem ist nicht auszuschließen, daß viele Arbeiter gegen eine Ausdehnung des deutschen Machtbereichs, gegen Kriegsschädigungen und vorteilhafte wirtschaftliche Friedensbedingungen nicht viel eingewandt hätten, sei es aus Unkenntnis der für die Unterlegenen hiermit verbundenen Konsequenzen, sei es in der Annahme, selbst einen Anteil an der Beute abzubekommen, sei es aufgrund des Impulses zur nationalen Identifikation, den militärische und politische Siege auszulösen pflegen.

Daß nicht nur das Bürgertum hierfür empfänglich war, zeigen Berichte, denen zufolge es nach den Siegen der ersten Kriegswochen in den Arbeitervierteln selbst Berlins mehr schwarzweißrote Fahnen zu sehen gab als jemals vorher und daß hier Russen auf dem Weg in die Internierung lediglich aufgrund ihrer Nationalität geprügelt wurden⁴. Daß die deutsche Arbeiterschaft auch einen Siegfrieden akzeptiert hätte, zeigt die Tatsache, daß SPD und Gewerkschaften 1918 den Frieden von Brest-Litowsk ausdrücklich oder stillschweigend billigten und von der Basis nicht zu einer Änderung ihrer Haltung gezwungen wurden⁵. Insofern erweist sich die Hoffnung der politisch und wirtschaftlich mächtigsten Gruppen auf die sozial integrativen und politisch stabilisierenden Wirkungen eines siegreichen Kriegsausgangs als nicht unbegründet. Ihre Erfüllung rückte aber in dem Maße in weite Ferne, in dem die Ernährungsschwierigkeiten wuchsen und die Preise stiegen, die Reallöhne fielen und der Geldwert sank, im Konsumgüterbereich Versorgungsengpässe auftraten, die Arbeitszeit verlängert wurde und Wohnungsnot und Krankheitsorgen zunahmen. Diese Entwicklung erzeugte in den Massen – zunächst in der Arbeiterschaft, später in wachsendem Maße auch in den Mittelschichten – Unzufriedenheit, riß die sozialen Gegensätze wieder auf und vertiefte sie, je länger der Krieg dauerte und je spürbarer seine Auswirkungen wurden, und setzte sich schließlich auch in politische Opposition gegen die für diese Not Verantwortlichen um.

Dieser Prozeß, der zum erstenmal im Herbst 1915 zu einer Reihe von Demonstrationen, Kundgebungen und spontanen Streiks für Frieden und Brot führte⁶, setzte sich 1916 fort, erreichte einen ersten Höhepunkt in der Streikwelle vom Frühjahr 1917, einen weiteren in den Januarstreiks von

1918 und mündete schließlich in die Novemberrevolution⁷. Da die Politik der Reichsleitung zu einem erheblichen Teil von der Führung der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen mitgetragen wurde, richtete sich die Opposition in zunehmendem Maße ausdrücklich oder indirekt auch gegen sie. Ihren Anfang nahm sie innerhalb der SPD und erfaßte mit einer gewissen Verzögerung auch die Gewerkschaften⁸.

In der Reichstagsfraktion begannen die Auseinandersetzungen bereits am 3. August 1914, als Liebknecht, Rühle, Ledebour, Haase und etwa zehn weitere Abgeordnete gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmten. Schon zu diesem Zeitpunkt sahen namhafte Gewerkschaftsführer hierdurch ihr innenpolitisches Ziel bedroht, den Krieg für die Anbahnung einer dauerhaften Zusammenarbeit mit den reformbereiten bürgerlichen Kräften auszunutzen. Vom ersten Auftreten der Dissidenten an arbeiteten sie deshalb auf deren Isolierung innerhalb der Partei hin und faßten dabei auch die Möglichkeit einer organisatorischen Trennung ins Auge. Bereits Mitte August 1914 spielte Robert Schmidt mit dem Gedanken der Parteispaltung für den Fall, daß die »radikalen Doktrinäre« um Liebknecht versuchen würden, »die Partei wieder zu separieren und den alten Faden weiterzuspinnen«⁹.

Um die innerparteilichen Voraussetzungen für die Fortsetzung der am 4. August eingeschlagenen Politik zu sichern, intensivierten die einflußreichsten Gewerkschaftsführer in der Fraktion alsbald die Zusammenarbeit mit ihren Gesinnungsgenossen auf dem rechten Parteiflügel. Seit Mitte August 1914 trafen sich Schmidt und Bauer von der Generalkommission, später auch Leipart und nicht selten der Vorsitzende der Berliner Gewerkschaftskommission, Alwin Körsten, mit den Parteifunktionären David, Heine, Max Cohen-Reuß, Göhre, Schöpflin, häufig auch Südekum, anfänglich vorzugsweise im Café Josty und Café Austria, ab Oktober 1914 im Berliner Hauptquartier des Holzarbeiterverbandes¹⁰. Ende Oktober 1914 beschlossen die Mitglieder dieser Gruppe, auch zu den Parteivorsitzenden Ebert und Scheidemann »eine engere und öftere Beziehung ... herzustellen, um ihnen Mut zu machen und ihnen den Rücken zu steifen«¹¹. Vor der Dezembersitzung des Reichstages riefen sie alle Fraktionsmitglieder, die mutmaßlich zum rechten Flügel zählten, zu einer Konferenz zusammen, auf welcher die Möglichkeit einer »Abschüttelung« der Opposition erörtert wurde für den Fall, daß diese sich der Fraktionsmehrheit nicht fügen sollte¹². Nachdem Liebknecht am 2. Dezember 1914 tatsächlich im Plenum gegen die Kredite gestimmt hatte, fand eine weitere Besprechung statt, an der auch der Bergarbeiterführer Hermann Sachse und Hermann Silberschmidt vom Bauarbeiterverband teilnahmen. Alle Anwesenden waren sich »über die Grundzüge« ihrer Politik »im wesentlichen einig«¹³.

In der Fraktion wurde der Kampf gegen Liebknecht und seine Anhänger seitdem in erster Linie von den Gewerkschaftsfunktionären geführt. In der nächsten Sitzung stellte Legien den Antrag, Liebknecht wegen Disziplinbruchs aus der Fraktion auszuschließen¹⁴, offenbar in der Absicht, ihn durch einen solchen bisher nicht dagewesenen Makel innerhalb der Arbeiterschaft zu ächten und seine Anhänger abzuschrecken oder wenigstens mundtot zu machen. Erst nach langer Debatte zog er seinen Antrag zugunsten einer Kompromißresolution des Parteivorstandes zurück. Sie legte den grundsätzlichen Fraktionszwang fest, machte Sondervoten von der ausdrücklichen Freigabe der Abstimmung abhängig und räumte andersdenkenden Abgeordneten lediglich das Recht ein, einer Abstimmung fernzubleiben. Damit wollte der Vorstand der Opposition die Möglichkeit nehmen, Parlamentsdebatten zur Verbreitung ihrer abweichenden Ansichten zu nutzen¹⁵. Ende März 1915 konnte Legien einen weiteren Erfolg gegen Liebknecht verbuchen, nachdem dieser und Rühle dem Fraktionsvorstand mitgeteilt hatten, sie würden in der bevorstehenden Lesung des Reichsetats gegen dessen Annahme stimmen. Diesmal nahm die Fraktion Legiens Antrag, dieses Sondervotum als Disziplinbruch zu verurteilen, mit überwältigender Mehrheit an¹⁶.

Außerhalb der Fraktion machte sich die Opposition gegen die Kriegspolitik zunächst in den Parteiorganisationen der Reichshauptstadt bemerkbar. Bereits im September 1914 fragten einem Polizeibericht zufolge die sozialdemokratischen Arbeiter Berlins: »Wo sind überhaupt unsere Führer? Sind sie alle freiwillig im Krieg wie der verrückte Frank? Wenn unsere Führer sich so verhalten, was sollen da die Arbeiter tun?«¹⁷ Nach Informationen Davids hatten schon um diese Zeit »die L-L-L« – Liebknecht, Luxemburg und Ledebour – die Mehrheit der Berliner Vertrauensleute hinter sich¹⁸. Im zweiten Kriegsmonat kam es bei einer Konferenz der Bildungsreferenten der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins zu einer heftigen Kontroverse über die Kriegspolitik zwischen Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ledebour und Ströbel auf der einen und Vertretern der Rechten, namentlich Bauer und Silberschmidt, auf der anderen Seite¹⁹. In Steglitz stand spätestens im Dezember 1914 die Mehrheit der Parteimitglieder hinter Liebknecht²⁰, ebenso in Charlottenburg und Neukölln, wo in überfüllten Versammlungen, die sich mitunter über zwei oder gar drei Abende erstreckten und bis in die frühen Morgenstunden dauerten, die Redner des rechten Flügels Karl Liebknecht und seinen Anhängern unterlagen, wie die am Ende angenommenen Resolutionen zeigen²¹. Die Gegensätze waren bereits so schroff, daß der Vorsitzende des Maschinisten-Verbandes erklärte, es sei »für Gewerkschaftsangestellte geradezu gefährlich ..., gegen Liebknecht und Genossen aufzutreten«²².

Zur gleichen Zeit brachte der sozialdemokratische Bildungsausschuß des Wahlkreises Niederbarnim unter oppositionellen Vertrauensleuten anderer Berliner Wahlkreise Flugblätter in Umlauf, in denen die Politik des 4. August grundsätzlich verworfen wurde. Dieses sogenannte Referentenmaterial charakterisierte das Vorgehen der SPD als Einsatz »der ganzen organisierten Macht« von Partei und Gewerkschaften »für die kriegführende Regierung« und für die »Dämpfung der revolutionären Energie der Massen«. Der Reichstagsfraktion wurde vorgeworfen, mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten »die Verantwortung für die gesamte Politik der Regierung sowie für die deutsche Kriegführung in allen Einzelheiten übernommen« und damit »ihr Mandat mißbraucht« zu haben. Eine andere Politik, so hieß es abschließend, lasse sich »nur gegen den Willen der Parteinstanzen, unter Überwindung des Gegenstandes der Partei und der Gewerkschaften« durchsetzen²³.

Aufgeschreckt von dieser ebenso unerwarteten wie vehementen Kritik erörterten David, Cohen-Reuß und Schöpfli Mitte Dezember 1914 mit Leipart »die auf dem Berliner Boden zu unternehmenden Schritte«. Sie kamen überein zu versuchen, »die auf unserem Standpunkt stehenden sonstigen rednerischen Kräfte aus Groß-Berlin zusammenzubekommen, um systematisch in den Zahlabenden und Funktionärsversammlungen arbeiten zu können«²⁴. Legien nahm die Verbreitung des Niederbarnimer Referentenmaterials zum Anlaß, Ende Januar 1915 rund 1500 Berliner Gewerkschaftsfunktionäre zusammenzutrommeln und eindringlich aufzufordern, sich mehr »an der internen Tätigkeit der Partei zu beteiligen, um die Gewerkschaften vor Nachteilen zu bewahren«²⁵. Nach seinen Worten war durch die Niederbarnimer Flugschriften die Gefahr einer Störung der Parteieinheit, an deren Bewahrung die Gewerkschaften das »weitgehendste Interesse« hätten, »in nächste Nähe gerückt«²⁶. Vor allem in der Behauptung, ein politischer Kurswechsel könne nur gegen den Partei- und Gewerkschaftsapparat durchgesetzt werden, erkannte er »einen klaren anarchistischen Gedanken«, nämlich »Sprengung der Organisation, um die Entscheidung der Massen herbeizuführen«²⁷. Er wertete ihn als »einen nackten und krassen Angriff auf unsere Partei- und Gewerkschaftsorganisationen – ein Vorkommnis, das geradezu unerhört« sei²⁸, und schließlich »zur Zertrümmerung unserer Organisationen, der politischen wie der gewerkschaftlichen«, führen müsse²⁹. Um dies zu verhindern, rief er die Gewerkschaftsfunktionäre auf, »doppelt und dreifach« ihre Pflicht in der Partei zu tun und alles daran zu setzen, die Parteieinheit zu erhalten³⁰, also die innerparteiliche Auseinandersetzung mit der Opposition – ob Ledebourscher oder Liebknechtscher Richtung – entschlossen aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß die SPD auf der Linie blieb, die die Generalkommission verfolgte.

Der Gewerkschaftsführung ging es vor allem darum zu verhindern, daß die Opposition »die Richtung der Gesamtbewegung in ihrem Sinne« beeinflußte³¹. Infolgedessen entbrannte die Auseinandersetzung besonders um den Kurs der Parteizeitungen, in erster Linie den des Vorwärts, der zugleich Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie und Lokalblatt der Berliner Parteiorganisation war. Seine Redaktion bestand zum größeren Teil aus Kritikern der Politik des 4. August³². Seit Kriegsausbruch verfolgte deshalb die Gewerkschaftsführung seine Linie mit steigendem Mißbehagen und wachsender Empörung. Schon in der Vorständekonferenz vom 15. September 1914 beklagte sich Kloth darüber, daß im Vorwärts weder die Entscheidung der Reichstagsfraktion vom 4. August verteidigt noch deutschfeindlichen Auslassungen sozialistischer Blätter des Auslandes entgegengetreten worden sei, wie er sich überhaupt »in keiner Weise den . . . durch die Verhältnisse gestellten Aufgaben gewachsen« zeige. Kloth und andere Gewerkschaftsführer wünschten daher, »daß die Stellungnahme des ›Vorwärts‹ in Einklang gebracht wird mit der Stellung der deutschen Sozialdemokratie«³³. Verhandlungen zwischen Generalkommission, Preßkommission und Vorwärts-Redaktion brachten jedoch keine Verständigung. Während der Parteivorstand die meisten Beschwerden der Gewerkschaften als berechtigt ansah, stellte sich die Preßkommission, die allein von den Berliner SPD-Organisationen beschickt wurde, auf den Standpunkt, die Zeitung gäbe voll und ganz die Anschauungen der Berliner Mitgliedschaft wieder. Die Redaktion selbst hielt die ganze Auseinandersetzung für einen Versuch der Generalkommission, »den ›Vorwärts‹ in ein nationalistisches Fahrwasser zu bringen«³⁴.

Die Beziehungen zwischen Vorwärts und Gewerkschaftsführung verschlechterten sich weiter, als diese Behauptung von einigen Mitgliedern der Preßkommission kolportiert wurde, erst recht aber, als der Niederbarnimer Reichstagsabgeordnete Arthur Stadthagen die Generalkommission beschuldigte, hinter einem befristeten Verbot des Vorwärts durch die Militärbehörde zu stecken, und sich weigerte, diese erwiesenermaßen falsche Behauptung zu widerrufen³⁵. Auch die Redaktion ließ sich erst nach langem Hin und Her herbei, eine Richtigstellung der Generalkommission über diese Vorgänge zu veröffentlichen³⁶. Für Legien zeigte dies, »wie wenig die Leitung des Zentralorgans geneigt ist, den berechtigten Wünschen der Gewerkschaften Rechnung zu tragen«, wie sehr deshalb die Gewerkschaften Veranlassung hätten, sich »etwas näher mit den Parteiinstitutionen in Berlin zu beschäftigen, einmal nachzuprüfen, wer eigentlich in der Preßkommission sitzt, wer die Direktiven in der Preßkommission gibt usw.«³⁷.

Einstweilen aber blieb der Vorwärts in der Hand der Opposition und setzte seine »Quertreibereien in unveränderter Weise fort«, wie Kloth in

der Vorständekonferenz vom 8. Februar 1915 monierte³⁸. Winnig machte sich zum Sprecher der meisten Gewerkschaftsführer und des rechten Parteiflügels, als er es für »auf längere Zeit unerträglich« und »unhaltbar« erklärte, daß »das Zentralorgan der Partei in so ausgesprochener und scharfer Opposition zum ganzen Gewerkschaftswesen und seiner ersten Vertretung« stehe³⁹. Noch allerdings mochten die Gewerkschaftsführer nicht so weit gehen, »offiziellen Einfluß auf den Vorwärts zu verlangen«, wie David es ihnen unter Hinweis auf die »Gefahr, daß die Massen in Berlin uns ganz entrungen werden«, nahelegte⁴⁰. Auch Ebert scheute ein scharfes Vorgehen gegen die Vorwärts-Redaktion aus Furcht, es könnte zur Parteispaltung führen⁴¹.

Die Gewerkschaftsführer und ihre Freunde innerhalb der Partei sann deshalb über Möglichkeiten nach, ihnen nahestehende Redaktionen und Gesinnungsfreunde im Lande laufend zu informieren⁴². Insbesondere machten sie sich Gedanken darüber, »wie man den Berliner Funktionären laufend Material zur Ergänzung des ›Vorwärts‹ beibringen« könne⁴³. Vor dem Kriege pflegten zahlreiche kleinere Parteizeitungen in der Provinz Artikel des Zentralorgans zu übernehmen. Im Herbst 1914 aber ergab eine Konferenz der Parteiredakteure, daß der Vorwärts wegen seiner Haltung »fast isoliert« war⁴⁴, daß er also als Artikellieferant für lokale Zeitungen weitgehend ausfiel.

David, Südekum, Schöpflin und Cohen-Reuß diskutierten daher mehrfach mit Schmidt, Bauer und Leipart über die »Notwendigkeit und Möglichkeit einer Korrespondenz, um ein brauchbares Instrument zur Bearbeitung der Parteipresse zu bekommen«⁴⁵. Sie fanden es im Apparat der Internationalen Gewerkschaftskorrespondenz. Diese Zeitschrift hatte der IGB bis Kriegsausbruch herausgegeben, dann jedoch aus Geldmangel eingestellt. Um sie »vorübergehend« zu ersetzen⁴⁶, erschien ab Oktober 1914 die Internationale Korrespondenz (IK)⁴⁷. Ihr Herausgeber war Albert Baumeister, der vormalige Redakteur der Internationalen Gewerkschaftskorrespondenz. Die IK enthielt Übersetzungen aus der Auslandspresse und wurde anfänglich den deutschen Partei- und Gewerkschaftszeitungen gratis geliefert. Finanziert wurde sie indirekt durch den IGB⁴⁸: zwei seiner Angestellten besorgten die Übersetzungsarbeiten; die Vervielfältigung wurde im IGB-Büro teils während, teils außerhalb der Geschäftszeit erledigt; Baumeister bestritt die Papier- und Portokosten. Auf Beschwerden aus Gewerkschaftskreisen über diese vermeintlich profitable Nebentätigkeit Baumeisters legte Legien in einem Rundschreiben an alle Redakteure der Gewerkschaftspresse dar, daß er selbst hinter dem Unternehmen stand und Baumeister als Herausgeber nur vorgeschoben war, weil »der Sache doch eine gewisse Tendenz« anhafte, die geeignet sein könnte, »den Wie-

deraufbau der Internationale nach Beendigung des Krieges zu erschweren«⁴⁹.

Tatsächlich entwickelte sich das Blatt rasch zum Sprachrohr der deutschen Gewerkschaftsführung und des rechten SPD-Flügels; nach dem Eindruck Rosa Luxemburgs verbreitete es »systematisch das Gift gegen die ausländischen Genossen«⁵⁰. Von der Opposition wurde es deshalb zunehmend angegriffen. Anfang 1915 verlegte Baumeister daraufhin den Redaktionssitz aus der IGB-Zentrale in seine Privatwohnung nach Karlshorst, engagierte die Hilfskräfte im Namen der IK und bezog ab 1. März 1915 vom IGB nur noch die Hälfte seines Gehaltes⁵¹. Im Frühjahr 1915 konnte Legien folglich dementieren, daß die IK, die er selbst als »wertvoll und notwendig« bezeichnete, vom IGB oder der Generalkommission unterstützt würde⁵².

Daneben bereitete Baumeister die Herausgabe einer Korrespondenz für die sozialistische Presse im Ausland vor. Schon im September 1914 verhandelte er mit dem Parteivorstand über ein derartiges Projekt; Anfang 1915 wurde es von der Generalkommission in Gestalt der Auslandskorrespondenz realisiert. Sie sollte der ausländischen Presse die »Wahrheit« über die Zustände in Deutschland vermitteln⁵³. Für ihre deutsche, englische, französische und italienische Ausgabe zeichnete Baumeister als Herausgeber, für die dänische und schwedische Version Wilhelm Jansson, der aus Schweden stammte. Alle Beiträge wurden auf Kosten der IK in der IGB-Zentrale übersetzt und in der Privatwohnung Baumeisters vervielfältigt und versandfertig gemacht, teilweise von IGB-Angestellten im Rahmen ihrer normalen Arbeitszeit⁵⁴.

Außerdem beschlossen führende Mitglieder des rechten Parteiflügels, darunter wiederum Schmidt, Leipart und Körsten, schon Ende Oktober 1914, im Verlag der IK nach Absprache mit der Generalkommission eine Reihe aktueller Schriften herauszubringen, »die, sobald die Zensur aufgehoben wird, in die Massen geschleudert werden« sollten⁵⁵. In der Serie »Kriegsprobleme der Arbeiterklasse« verbreiteten sich daraufhin etwa Winnig über die Notwendigkeit, den Burgfrieden aufrechtzuerhalten, Hermann Kranold über den deutsch-österreichischen Wirtschaftsbund, Richard Woldt über die Segnungen des »Kriegssozialismus«, Haenisch über den vermeintlichen Patriotismus der deutschen Arbeiter und David über den angeblichen Verteidigungscharakter des Krieges⁵⁶. Darüber hinaus erörterten Mitglieder der Generalkommission mehrfach die Herausgabe einer Korrespondenz »zur Durchdringung der Parteipresse«⁵⁷. Ende März 1915 entschieden sie sich zunächst für einen Ausbau der IK durch die Aufnahme politischer Artikel, deren Vermittlung David übernahm⁵⁸. Fortan erschien die IK nicht mehr hektographiert, sondern gedruckt und

öffnete ihre Spalten den führenden Rechtssozialisten⁵⁹. Ihre Aufgabe lag nach wie vor in erster Linie darin, die Kriegspolitik der deutschen Regierung und der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion zu verteidigen, jegliche Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges den Regierungen der feindlichen Staaten und – jedenfalls nach Eindruck der Opposition – »mit den niedrigsten Methoden der Verhetzung«⁶⁰ auch den ausländischen Arbeiterführern zuzuschreiben sowie die Kritiker der Politik der deutschen Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Seit Mitte 1915 gaben Lensch, Heinrich Schulz, Winnig und Heinrich Cunow außerdem die »Sozialdemokratische Artikelkorrespondenz« für die Beeinflussung der Partei- und Gewerkschaftsredaktionen heraus⁶¹.

Im Sommer 1916 begann der Verlag der IK schließlich mit der Herausgabe der Sozialdemokratischen Feldpost. Sie wandte sich an die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder an der Front, um sie gegen die »mit geradezu schmutzigen Mitteln betriebene Werbearbeit der Parteizerstörer« zu immunisieren, wie das Correspondenzblatt erläuterte, nicht ohne die Gewerkschaften aufzufordern, »sich die Verbreitung des neuen Blattes angelegen sein« zu lassen. Es erschien mit einer Startauflage von 20000 Exemplaren und wurde gratis geliefert; Parteivorstand oder Gewerkschaftsleitungen müssen also für seine Finanzierung aufgekommen sein⁶². Seit September 1915 verfügten die Gewerkschafts- und Parteiführer der Rechten noch über ein weiteres Publikationsorgan, die Zeitschrift »Die Glocke.« Herausgegeben wurde sie von Alexander Parvus-Helphand, einem etwas zwielichtigen Sozialisten, den Spekulationsgeschäfte auf dem Balkan zum Millionär gemacht hatten⁶³. Von den Gewerkschaftsführern taten sich in der Glocke vor allem Winnig, Kloth, Jansson und Umbreit als Autoren hervor. Nach weiteren Gesprächen zwischen Baumeister, David, Hanisch und anderen rechtsstehenden Redakteuren über die »Organisation der literarisch Tätigen zwecks besserer Arbeitsverteilung und einheitlicher Arbeit in den verschiedenen Organen«⁶⁴ wurde im Juli 1916 endlich der Sozialwissenschaftliche Verein gegründet; er faßte die journalistisch und schriftstellerisch tätigen Abgeordneten und Gewerkschaftsführer des rechten Flügels der Sozialdemokratie zusammen. Von gewerkschaftlicher Seite gehörten ihm außer Jansson, Körsten und Baumeister Gustav Bauer, Adam Neumann, ein Funktionär des Holzarbeiterverbandes, und Hugo Potetsch an, der Vorsitzende des Zentralverbandes der Gastwirtsgehilfen⁶⁵.

Zu den Versuchen der Gewerkschaftsführer, der Opposition die Möglichkeiten zur Publikation ihrer Ansichten zu beschränken, gehörte schließlich die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Frauenzeitung. Bis 1915 gab es kein Gewerkschaftsorgan zur Agitation unter den Arbeiterinnen. Diese Aufgabe wurde von der Frauenzeitung der SPD, der »Gleich-

heit«, wahrgenommen, die Clara Zetkin im Auftrage des Parteivorstandes herausgab. Im Frühsommer 1915 aber beantragte der DMV die Gründung einer eigenen Gewerkschaftszeitung für Frauen⁶⁶. Ein Grund hierfür lag in der Zunahme der Frauenarbeit, ein anderer in der verbreiteten Funktionsunfähigkeit der gewerkschaftlichen Basisorganisationen. Ausschlaggebend aber war, daß die redaktionelle Linie Clara Zetkins, die auf dem äußersten linken Flügel der Partei stand, vielen Gewerkschaftsführern schon lange nicht mehr gefiel.

Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes hatte deshalb schon den Kriegsausbruch zum Anlaß genommen, die Lieferung der »Gleichheit« an die weiblichen Mitglieder einzustellen⁶⁷. Der Holzarbeiterverband gab seit diesem Zeitpunkt ein eigenes Frauenblatt heraus⁶⁸, der Tabakarbeiterverband eine eigene Frauenbeilage⁶⁹. Im Juli 1915 kam die Mehrheit der Gewerkschaftsführer überein, fortan die »Gleichheit« zu boykottieren. Nach den Worten Schlickes hatte sie sich »nicht als ein für gewerkschaftliche Arbeit passendes Organ erwiesen«⁷⁰. Um sich fortan einen möglichst großen publizistischen Einfluß auf die organisierten Frauen zu sichern, lehnte die Vorstandskonferenz auch den Kompromißvorschlag ab, mit dem Parteivorstand eine Übereinkunft über die politische Haltung der Frauenzeitung zu suchen. »Das sei zwecklos«, erklärte Schlicke. »Es liege im Interesse der Sache, daß das Blatt unter dem Einfluß der Gewerkschaften steht«⁷¹. Ab 1. Januar 1916 erschien also im Verlag der Generalkommission die Gewerkschaftliche Frauenzeitung⁷². Um ihren politischen Zweck zu erfüllen, wurde sie in den meisten Verbänden nicht neben, sondern anstelle der »Gleichheit« geliefert, mochten die Mitglieder sich auch gegen diese Anordnung der Gewerkschaftsleitung sträuben⁷³.

Ob die neuen Publikationsorgane der Rechtssozialisten die Meinungsbildung der Arbeiterschaft in nennenswertem Maße beeinflußt haben, ist mangels verlässlicher Indikatoren nicht zu klären. Es ist jedoch wenig wahrscheinlich. Der Chefredakteur der »Fränkischen Tagespost« jedenfalls, Adolf Braun, der sich auch als Gewerkschaftstheoretiker einen Namen gemacht hatte, bemerkte anlässlich des Erscheinens der Glocke, daß während des Krieges »die Leute keine Lust zum Bücherkaufen, keine Ruhe zum Bücher lesen haben und daß diese Kriegszeit deshalb für ein neues Zeitschriftenunternehmen die denkbar ungünstigste Zeit« sei. Die Erfolgsaussichten der Glocke schätzte er zudem wegen der Person ihres Herausgebers, den selbst rechte Sozialdemokraten »gar zu unsympathisch« fänden, »politisch und geschäftlich außerordentlich niedrig« ein⁷⁴. Über Baumeisters Broschüren-Reihe bemerkte Haenisch zur gleichen Zeit, sie ginge »sehr schlecht«, insbesondere sei »gar nicht an den Berliner Arbeiter heranzukommen«⁷⁵.

Die Opposition freilich hatte diesen Propagandainstrumenten von Parteimehrheit und Gewerkschaftsführung nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Die Parteizeitungen befanden sich nur in Leipzig, Halle, Dresden, Pirna, Stettin, Bremen, Braunschweig, Elberfeld, Solingen, Duisburg, Düsseldorf und Stuttgart in ihrer Hand. Einige davon brachte der Parteivorstand unter seine Kontrolle⁷⁶, gegen andere feuerte das Organ der Generalkommission polemische Breitseiten ab, wobei mit persönlicher Diskreditierung und politischer Verdächtigung von Herausgebern und Autoren nicht gespart wurde⁷⁷. Im Spätherbst 1916 entthob der Parteivorstand nach Verständigung mit der Generalkommission auch die Redaktion des Vorwärts ihres Amtes und ersetzte sie durch Anhänger des Mehrheitsflügels⁷⁸. Wenig später mußte Kautsky die Leitung der Neuen Zeit, des theoretischen Organs der deutschen Sozialdemokratie, an Heinrich Cunow abgeben⁷⁹.

Wegen des Mangels eigener Publikationsorgane bediente sich die Opposition gelegentlich sozialistischer Zeitungen im neutralen Ausland, die in Deutschland frei erhältlich waren, insbesondere der linken Berner Tagwacht. Auch diese Plattform suchten ihr die Gewerkschaften zu entziehen. Nachdem sich Anfang 1915 Karl Radek und der Stuttgarter Oppositionsführer Westmeyer in der Tagwacht zu Wort gemeldet hatten, richtete der Geschäftsführer der Stuttgarter DMV-Verwaltungsstelle an die Schweizer Metallarbeiterorganisation die vorwurfsvolle Frage, »ob die Redaktion Eures Parteiblattes nicht so viel Verantwortung in sich fühlt, derartige Dinge zurückzuweisen«, und bat seine Berner Kollegen, »auf die Redaktion der Berner Tagwacht einzuwirken, daß sie in Zukunft etwas vorsichtiger wird und sich nicht zum Werkzeug der Westmeyer-Richtung machen läßt«⁸⁰.

Aufgrund solcher Aktionen von Parteimehrheit und Gewerkschaftsführung, wegen Geldmangel und Benachteiligung bei der Papierzuteilung, Auflagen der Zensur und Bedrohung ihrer führenden Köpfe mit Einberufung oder Verhaftung gelang es der Opposition nur unvollkommen, ihre Anschauungen unter der Arbeiterschaft zu verbreiten. Sie blieb weitgehend auf illegale Flugblätter angewiesen⁸¹.

Opposition in den Gewerkschaften

Trotz der publizistischen Schwäche der Opposition und trotz des gewaltigen Propagandaaufwandes von Behörden und bürgerlichen Organisationen wuchsen in der Arbeiterschaft die Unzufriedenheit über die Verschlechterung der Lebensbedingungen und die Kritik an der Politik von SPD- und Gewerkschaftsführung. In Berlin ging die Mehrheit der sozial-

demokratischen Parteiorganisationen im Laufe des Jahres 1915 zur Opposition über⁸². Entsetzt berichtete Wolfgang Heine im Sommer über zwei Versammlungen in Rixdorf, in denen er neben Haase aufgetreten war: »Namentlich junge Leute und Frauen waren wie toll. Sie riefen: ›Wir kennen kein Vaterland.‹ ›Wir sind vaterlandslose Gesellen, sind stolz darauf und wollen es bleiben.‹ ›Wer sagt denn, daß wir siegen wollen?‹ ›Wir sind keine Deutschen, sondern internationale Sozialisten.‹ ›Wenn Deutschland besiegt wird und zugrunde geht, ist das ihm gerade recht geschehen, denn wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um.‹ ›Wir ziehen nur gezwungen ins Feld mit Haß und Widerwillen.‹ und so weiter! Ja einer forderte offen auf, das Heer solle die Waffen gegen die eigene Regierung kehren.«⁸³

Bereits Ende 1915 waren in Berlin einem Polizeibericht zufolge die Gegensätze zwischen Mehrheit und Minderheit »fast bis zur Siedehitze gestiegen«⁸⁴. Im Januar 1916 stellte sich der Berliner SPD-Vorstand auf die Seite der Minderheit; eine Funktionärskonferenz im Wahlkreis 5, den Robert Schmidt im Reichstag vertrat, erklärte sich im März 1916 gegen die Fraktionsmehrheit und forderte ihren Abgeordneten auf, bei den kommenden Etatberatungen gegen die Kredite zu stimmen⁸⁵. Weitere oppositionelle Zentren entstanden in Stuttgart⁸⁶, in den Hafenstädten Hamburg und Bremen⁸⁷, in den sächsischen Industriestädten⁸⁸ und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet⁸⁹.

Erste Anhaltspunkte für die Verbreitung oppositioneller Strömungen in den Gewerkschaften lieferten die Unterschriftenlisten unter dem »Offenen Brief«, den Liebknecht und einige seiner Gesinnungsfreunde im Mai 1915 in Umlauf brachten. Hierin wurde den obersten Parteiinstanzen »eine immer schroffere Abkehr von ihren bisherigen Grundsätzen« vorgeworfen, die Einhaltung des Burgfriedens als »freiwillig übernommene« Rechtlosigkeit angeprangert, der »imperialistische Eroberungscharakter« des Krieges betont und die Parteiführung aufgefordert, »auf den Boden des internationalen proletarischen Kampfes gegen den Krieg und die imperialistischen Raubgelüste« zurückzukehren, sich »von der Regierungspolitik loszusagen und ihr den schärfsten Kampf zu erklären«⁹⁰. Innerhalb weniger Tage unterzeichneten über 1000 Funktionäre der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen diesen Aufruf⁹¹. Nur 156 von ihnen, also rund 15%, waren Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsfunktionäre. Dies läßt darauf schließen, daß sich die Opposition um diese Zeit zur Hauptsache im Rahmen der Partei hielt und in den Gewerkschaften noch eine Randererscheinung war. Unter den Orten, in denen sich Gewerkschaftsfunktionäre zur Unterschrift bereit fanden, liegt Berlin mit 42 Namen weit an der Spitze. Es folgten Crimmitschau mit 18, Gotha mit neun, Braunschweig und Düsseldorf mit je acht, München, Hannover, Hof und Gröba mit je sieben,

Stuttgart, Hanau, Strausberg mit je fünf, Erfurt und Mügeln mit je vier, Dresden, Chemnitz, Königsberg, Duisburg, Remscheid, Köln und Langelsheim mit je drei, Frankfurt, Höchst, Bremen, Gera, Helmstedt, Rötha, Blankenburg, Ostritz und Bundheim mit je zwei und 17 weitere Städte mit je einem Unterzeichner⁹².

Die Aufschlüsselung nach Verbänden zeigt einen klaren Vorsprung des DMV mit 23 Unterzeichnern, dicht gefolgt von den Handlungsgehilfen mit 21 und den Textilarbeitern mit 18. In weiterem Abstand folgen die Fabrikarbeiter mit 13, die Bauarbeiter mit zwölf und die Holzarbeiter mit zehn Namen. Von den Funktionären des Schuhmacherverbandes unterschrieben sieben, von den Bäckern und Schneidern je vier, den Brauern und Lithographen je drei, den Transportarbeitern, Steinarbeitern, Porzellanarbeitern, Gastwirtsgehilfen, Landarbeitern, Dachdeckern und Zimmerern je zwei, von den Kürschnern, Bergarbeitern, Büroangestellten, Gemeindearbeitern und Malern je einer. Gänzlich fehlen die Buchbinder, Buchdrucker und Buchdruckereihilfsarbeiter, die Böttcher, Fleischer, Glasarbeiter, Hutmacher, Kupferschmiede, Lederarbeiter, Sattler und Maschinisten. Die regionalen Schwerpunkte kehren innerhalb der einzelnen Verbände wieder⁹³. Bei den meisten Unterzeichnern handelte es sich um unbesoldete Ortsfunktionäre oder Betriebsvertrauensleute⁹⁴. Lediglich sieben waren Bezirks- oder Gauangestellte, drei Redakteure gewerkschaftlicher Zentralorgane, nämlich Paul Lange, der Herausgeber der Handlungsgehilfen-Zeitung, Karl Hartmann, der Redakteur des Branchenblattes desselben Verbandes für Filialleiter, sowie A. Regge, der Redakteur der Kürschnerzeitung. Vorsitzende und Kassierer der gewerkschaftlichen Zentralvorstände sowie Mitglieder und Angestellte der Generalkommission sucht man unter den Unterzeichnern vergeblich.

Gewiß spielen beim Entstehen dieser Listen zu viele Beschränkungen und Zufälligkeiten eine Rolle, als daß diese Zahlen als repräsentativ für den Stand der Opposition in den Gewerkschaften Mitte 1915 gelten könnten⁹⁵. Immerhin deuten sie darauf hin, daß die regionalen Schwerpunkte der Opposition – mit abnehmender Intensität – in Berlin und Mitteldeutschland sowie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet lagen, in den Gebieten also, in denen die Gewerkschaften am längsten bestanden, am besten organisiert und verwurzelt waren. Nur schwache Ansätze sind im Süden und Südwesten erkennbar, praktisch gar keine im Osten und Nordosten Deutschlands. Als gewerblicher Schwerpunkt zeichnet sich auf der einen Seite die Kriegsindustrie ab, in erster Linie die Metallindustrie, in zweiter die chemische Industrie. Auf der anderen Seite treten die ökonomisch ins Hintertreffen geratenen Gewerbe hervor, die Textil- und Holzindustrie, das Baugewerbe mit seinen Nebenzweigen sowie der Handel.

Das auf den untersten Stufen der Organisationshierarchie relativ starke, nach oben jedoch rapide abnehmende Bekenntnis zur Opposition läßt darauf schließen, daß die Oppositionsbewegung an der Basis ansetzte und sich gegen den Funktionsapparat durchsetzen mußte. Dies würde auch erklären, warum die Funktionäre mancher Orte, in denen um diese Zeit bereits Oppositionszentren auszumachen sind, unter den Unterzeichnern kaum oder gar nicht vertreten sind, so die Hamburger, Bremer, Leipziger, Chemnitzer und Dresdner Gewerkschaftssekretäre sowie sämtliche Bergarbeiterfunktionäre des Ruhrgebiets. Die meisten von ihnen gehörten großen Lokalorganisationen an, die während des Krieges ihren Funktionsstamm in höherem Maße erhalten konnten als die kleinen Vereine und Kartelle. Zudem verfügten sie über einen höheren Anteil besoldeter Mitarbeiter, deren Abhängigkeit und größere Nähe zur Gewerkschaftsführung auch ihr politisches Verhalten beeinflussen konnte, so daß tendenziell mit dem Ansteigen des Ranges im Gewerkschaftsapparat eine größere Zustimmung zu grundsätzlichen Vorstandsentscheidungen anzunehmen ist. Ferner ist auffällig, daß das Verbreitungsgebiet der Gewerkschaftsopposition demjenigen der politischen ähnelt. Mit einiger Sicherheit ist dies vor allem dem Einfluß oppositioneller Parteizeitungen zuzuschreiben. Ebenso ist der relativ große Anteil der Handlungsgehilfen wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß das Verbandsorgan unter seinem Redakteur Paul Lange eine oppositionelle Tendenz verfolgte⁹⁶.

Umgekehrt scheint die Opposition dort nur schwach entwickelt gewesen zu sein, wo die Parteizeitungen die Mehrheitspolitik vertraten und außerdem Zentralvorstände ihren Sitz hatten, so in Hamburg, wo das Hamburger Echo ganz im Kielwasser der Parteirechten segelte und wo außerdem der Bauarbeiterverband mit seinen Spitzenfunktionären Paepflow und Winnig domizilierte, ferner die Verbände der Bäcker, Kürschner, Maler, Zimmerer und Schiffszimmerer. Es wäre verwunderlich, wenn die Führer dieser Gewerkschaften nicht auch die örtlichen Funktionäre im Sinne der Politik der Generalkommission und der Vorstandskonferenz zu beeinflussen versucht hätten, ebenso wie Legien in Berlin es unternahm. Für die Zurückhaltung der Bergarbeiter-Funktionäre im Ruhrgebiet spielte es sicherlich eine Rolle, daß der Vorstand des Bergarbeiterverbandes in Bochum saß und von dort aus die Verbandsangestellten ständig bearbeiten konnte; das gleiche gilt für die Ruhe der württembergischen Funktionäre des DMV, dessen Vorstand seinen Sitz in Stuttgart hatte. Schließlich hängt die Ausbreitung der Opposition in manchen Fällen wohl auch mit dem persönlichen Einfluß einzelner Funktionäre zusammen. Darauf läßt der Übergang ganzer Zahlstellenverwaltungen oder verschiedener einzelgewerkschaftlicher Lokalorganisationen desselben Ortes schließen⁹⁷. End-

lich spielten vermutlich auch besondere örtliche Traditionen eine Rolle. So erklärt sich das ungewöhnlich starke Bekenntnis zur Opposition unter den Crimmitschauer Textilarbeitern mit einiger Sicherheit als Nachwirkung des großen Streiks von 1903⁹⁸.

Nur für den DMV lassen sich Verbreitung und Motivation der Opposition genauer bestimmen, und zwar aufgrund des Protokolls seiner Generalversammlung vom Juni 1915, des einzigen Verbandstags einer freien Gewerkschaft in diesem Jahr⁹⁹. Anträge und Diskussionsbeiträge ihrer Delegierten wiesen Leipzig, Jena, Hamburg, Düsseldorf, Essen, Solingen, Frankfurt und Göppingen als Zentren der Opposition aus. Sie präsentierte sich also an manchen Orten stärker, als es die Unterschriften unter dem Offenen Brief erkennen ließen¹⁰⁰. Die Unzufriedenheit mit dem Vorstand ergab sich meist aus der Verschlechterung der Löhne und Arbeitsbedingungen; die Bedenken gegen die Kriegspolitik des Vorstands hingen hiermit unmittelbar zusammen. Folgende Äußerung des Rasiermesser-schleifers Paul Kaiser aus Solingen macht das deutlich: »Wir wollen gern anerkennen, daß der Vorstand auf sozialem Gebiet und auf dem Gebiet der Ernährungsfrage alles tut, aber trotz aller Verschönerungsbroschüren, die er herausgibt und den Mitgliedern empfiehlt, ist nichts dabei herausgekommen. Da sollte sich der Vorstand doch sagen, wenn es gar nicht möglich ist, die Lage der Kollegen zu bessern, müssen wir alles daran setzen, damit der Krieg bald ein Ende hat. Solange er das nicht tut, habe ich in dieser Beziehung kein Vertrauen zu ihm«¹⁰¹.

Viele Redner, selbst solche, die das Verhalten des Vorstands im allgemeinen guthießen, übten Kritik an der Burgfriedenspolitik, auf die sich die Gewerkschaftsführung bei Kriegsbeginn eingelassen hatte. Der Eßlinger DMV-Geschäftsführer beklagte, »daß die Unternehmer ... versuchen, den Burgfrieden für sich auszunutzen, und denken, sie können mit den Arbeitern machen, was sie wollen«¹⁰². Nach den Worten des Hamburger Maschinenbauers Paul Dittmann, des Bruders des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Dittmann, war der Burgfrieden »zur Mausefalle geworden, in der unsere Kollegen wehrlos zappeln«¹⁰³.

Ferner wurde die nationalistische und sozial harmonisierende Tendenz mancher Beiträge der Metallarbeiterzeitung als Hemmnis bei der Vertretung der materiellen Interessen der Arbeiter empfunden, weil – so der Kieler Schlosser Wilhelm Trost – »die Arbeitgeber sie uns jederzeit entgegenhalten können«¹⁰⁴. Zur Illustration berichtete ein Dreher aus Harburg von einem Fall, in dem ein Fabrikdirektor unter Berufung auf einen Artikel der Metallarbeiterzeitung, worin die Arbeitsverhältnisse im Ausland in düsteren Farben, die deutschen hingegen in hellem Licht erschienen, zu seinen Arbeitern gesagt hatte: »Lesen Sie doch das, bedenken Sie, hier in

Deutschland haben wir die allerbesten Verhältnisse.« Die Kollegen waren einfach platt und konnten nichts mehr sagen, es war ihnen unmöglich, eine Lohnzulage zu erringen.«¹⁰⁵ Im gleichen Zusammenhang wurden die Hypostasierung der inneren Einigkeit der deutschen Gesellschaft und die Vernachlässigung der internationalen Solidarität durch die Verbandsführung gerügt. »Wir wissen alle«, erklärte der Schlosser Paul Ufermann, »daß wir auch in Zukunft noch scharfe Kämpfe gegen das deutsche Unternehmertum zu führen haben. Daß ich diese Leute als Brüder betrachten soll, das sehe ich denn doch nicht ein. Lieber erkläre ich die ausländischen organisierten Arbeiter als meine Brüder als die deutschen Großkapitalisten.«¹⁰⁶

Einen weiteren Anlaß zur Kritik bildete die Versicherung, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führe, die vom 2. Vorsitzenden Reichel zum Auftakt der Generalversammlung wiederholt worden war¹⁰⁷. »Ein großer Teil der Mitglieder teilt diese Auffassung nicht«, hielt ihm Georg Schumann aus Leipzig entgegen¹⁰⁸, und der Delegierte aus dem westfälischen Lüdenscheid verwies darauf, daß dort »eine große Mehrheit nach den Erklärungen großer wirtschaftlicher Verbände und fürstlicher Personen bezüglich des Kriegszieles der Überzeugung ist, daß es sich nicht mehr um einen Abwehrkrieg handelt«¹⁰⁹.

Auf Kritik stießen ferner annexionsfreundliche Äußerungen in der Metallarbeiterzeitung¹¹⁰, erst recht aber die einseitige Stellungnahme des Blattes im Parteistreit. Daß sie auch von Arbeitern mißbilligt wurde, die der Opposition in der Partei fernstanden, zeigt das Beispiel des Kölner Delegierten August Haas, der die Vorstandspolitik nicht angriff, jedoch den Vorsitzenden riet, sich wegen der Meinungsverschiedenheiten über den Charakter des Krieges einer eigenen Stellungnahme zu enthalten, um den Streit von der Gewerkschaft fernzuhalten¹¹¹. Endlich nahmen viele Delegierte Anstoß an der politischen Ächtung und persönlichen Verunglimpfung, mit der die Zeitung auf das Verhalten Liebknechts reagiert hatte¹¹². Sie taten es teils, weil Liebknecht aussprach, was sie selbst täglich handgreiflich erfuhren, teils, weil sie ihn als aufrechten und mutigen Mann würdigten, selbst wenn sie nicht alle seine Handlungen billigten¹¹³.

Im übrigen zeigte dieser Verbandstag, daß die Kritik an der Verbandsführung recht unterschiedlich war. Einige Delegierte stießen sich nur an der Form, in der der Vorstand seine Politik durchsetzte, kaum an der Politik selbst. Andere wandten sich gegen einzelne Maßnahmen, während wieder andere die Politik der Gewerkschaftsführung insgesamt kritisierten. Ferner wird deutlich, daß für die innergewerkschaftliche Opposition im Unterschied zu der Opposition innerhalb der Partei theoretische Argumente in diesem Stadium kaum eine Rolle spielten und infolgedessen

grundsätzliche Kritik noch kaum entwickelt war; die Wiederwahl des alten Vorstandes durch Akklamation bestätigt dies. Die Opposition im DMV stellte um diese Zeit noch eine ebenso heterogene wie vage umrissene Gruppe ohne gemeinsame Prinzipien und Ziele und ohne organisatorische Struktur dar. Welchen Teil der Mitglieder sie repräsentierte, ist ohne Information darüber, ob der Wahl der Delegierten in den Ortsverwaltungen politische Auseinandersetzungen vorausgegangen sind und wie sich diese bei Abstimmungen zahlenmäßig niedergeschlagen haben, nicht zu bestimmen.

Ein ganz anderes Bild zeigte demgegenüber der Verbandstag der Maler vom Februar 1916. In dieser kleinen Gewerkschaft, deren Mitglieder überwiegend in Handwerksbetrieben beschäftigt und von den wirtschaftlichen Veränderungen im Gefolge des Krieges besonders hart betroffen waren, machte sich Opposition gegen die Politik des Vorstandes und der Gewerkschaftsführung fast gar nicht bemerkbar. Nur beiläufig war von einem gewissen »Mißtrauen« gegen die Verbandsangestellten die Rede¹¹⁴; alle Spitzenfunktionäre wurden einstimmig wiedergewählt¹¹⁵.

Die Reaktion der Gewerkschaftsführung

Auf den Offenen Brief und einen wenig später erschienenen, inhaltlich ähnlichen Aufruf Haases, Bernsteins und Kautskys in der Leipziger Volkszeitung¹¹⁶ reagierte die Generalkommission nach anfänglicher Unschlüssigkeit mancher ihrer Mitglieder¹¹⁷ mit einer Erklärung »Gegen die Sonderbündelei«. Darin bezeichnete sie den Offenen Brief als »organisierten Sprengungsversuch der Einheit der deutschen Arbeiterorganisationen« und beschuldigte Haase, Bernstein und Kautsky, mit ihrer Aufforderung zum Widerstand gegen die Beschlüsse der Reichstagsfraktion »alles über den Haufen geworfen« zu haben, »was bisher in der Arbeiterbewegung Deutschlands als unantastbar galt«. Den Gewerkschaftsfunktionären, die den Offenen Brief unterzeichnet hatten, wurde »Mißbrauch des Vertrauenspostens« vorgeworfen und die Legitimation bestritten, »im Namen der Gewerkschaften oder des Verbandes, dem sie angehören, zu sprechen«. Abschließend rief die Generalkommission dazu auf, »wenigstens die Gewerkschaften mit diesem Treiben zu verschonen«, und äußerte die Erwartung, daß die Funktionäre »alles daransetzen werden, die Geschlossenheit in der Gewerkschaftsbewegung nach wie vor zu erhalten«¹¹⁸.

Hier wurde mit zweierlei Maß gemessen. Abgesehen davon, daß die Gewerkschafter unter den Unterzeichnern des Offenen Briefes gar nicht beanspruchten, für ihren Verband oder gar »die Gewerkschaften« zu sprechen,

hatten sie nichts anderes unternommen, als was die Autoren des gewerkschaftlichen Kriegsbuches, die Mitarbeiter der Internationalen Korrespondenz und andere publizistische Befürworter des Kurses der Gewerkschaftsführung schon vor ihnen und in ganz anderen Dimensionen getan hatten, nämlich unter Ausnutzung ihrer Funktion in der Gewerkschaftsbewegung ihre politische Meinung zu artikulieren und unter der Arbeiterschaft zu verbreiten. Eine ausdrückliche Legitimation hierfür hatten die einen so viel oder wenig wie die anderen, mit Ausnahme allenfalls der Gewerkschaftsführer, die gleichzeitig Abgeordnete waren; doch auch deren Ansehen beruhte stärker auf ihrer Stellung in den Gewerkschaften als auf ihrem politischen Mandat. Offensichtlich zielte die Generalkommission mit ihrer Berufung auf das innerparteiliche Prinzip der Mehrheitsentscheidung weniger auf die Einhaltung demokratischer Spielregeln als auf die Durchsetzung ihrer eigenen politischen Linie und auf die Unterdrückung abweichender Meinungen. Wollte sie wirklich ein Übergreifen der Meinungsverschiedenheiten auf die Verbände verhindern, hätte sie sich aller Stellungnahmen zu den umstrittenen Fragen enthalten und darauf drängen müssen, daß auch die Vorstände der Einzelverbände sich strikt neutral verhielten. Daran dachte sie aber ebensowenig wie zuvor, vielmehr machte sie den Kampf gegen die Opposition nun erst recht zu ihrer Sache.

In der Vorstandskonferenz am 5. und 6. Juli 1915 stand Simon mit seiner Auffassung allein, die Gewerkschaften hätten sich »überhaupt nicht in irgendwelche Parteiangelegenheiten hineinzumischen« und »das Urteil darüber, ob die Fraktionsmehrheit richtig gehandelt hat«, der Partei zu überlassen¹¹⁹. Alle anderen teilten den Standpunkt Leiparts, daß die Gewerkschaften am Parteistreit »nicht vorbeigehen« könnten. Brey begründete dies mit dem Argument, ein Bevollmächtigter einer Zahlstelle, der sich mit den »Quertreibern« solidarisch erkläre, »gefährdet auch das Bestehen der Zahlstelle« und sei dafür verantwortlich, daß »unerfahrene Mitglieder . . . mit offenen Augen in ihr Verderben rennen bzw. getrieben werden«. Offenbar dachte er hierbei an Verfolgungen durch staatliche Behörden und Verhaftungen, wie Bauer sie aus Krefeld berichtete¹²⁰. Aus diesem Grund beschuldigte Legien die Opposition, die »Zerstörung der gewerkschaftlichen Organisation« heraufzubeschwören. Im übrigen entwickelten beide eine Theorie, derzufolge die Opposition eine »systematisch organisierte Gegenbewegung gegen die von der Mehrheit der sozialdemokratischen Partei vertretene Politik« darstellte und von einer »zusammenhängenden Zentralstelle« gelenkt wurde. Daß niemand wußte, »wo sie sich befindet«, schien sie in dieser Annahme einer Verschwörung noch zu bestärken.

Für die übrigen Gewerkschaftsführer ergaben sich Berechtigung und Notwendigkeit zum Vorgehen gegen die Opposition ohne weiteres aus der

Überzeugung, daß deren Auftreten die Politik der organisatorischen Konsolidierung, der praktischen Arbeit und der kleinen Fortschritte auf sozialem und politischem Gebiet gefährdete, die sie schon 1905 mit dem Mannheimer Abkommen verteidigt hatten und für die sie seit dem 4. August 1914 zum erstenmal erheblich bessere Chancen erblickten. Sie erhofften deshalb von den Auseinandersetzungen mit den Dissidenten auch die endgültige Entscheidung jahrzehntelanger Grundsatzfehden mit den Parteilinken und ihren theoretischen Wortführern.

Paeplow zeichnete diese Perspektive folgendermaßen: »In den letzten zwanzig Jahren konnte kein Versuch zu einem politischen und taktischen Fortschritt gemacht werden ohne heftigen Widerspruch der radikalen Richtung. Immer baute diese Mauern des Widerstandes auf. Gegen die Beteiligung an den Wahlen zur Vertretung in den Gemeinden, gegen die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen . . . Dann ging es gegen die Tarifpolitik der Gewerkschaften, die Gewerkschaftsarbeit war unfruchtbare Sisyphusarbeit, darauf erhielten die Genossenschaften die gleiche Wertschätzung usw. Kurzum, war eine Mauer des Widerstandes abgetragen, rasch errichteten die Radikalen eine neue.« Zwar habe er persönlich »all die Jahre immer die Notwendigkeit der Einheit und Einigkeit vertreten und im Interesse dieser immer geschwiegen, auch dann, wenn die Annahmen der radikalen Gruppe sich turmhoch steigerten«. Jetzt aber sei »Schweigen Pflichtverletzung«. Aus den »erhabenen Lehren unserer Vorkämpfer« sei ein »Wirrwarr« geworden, doch mit dem Ausbruch des Krieges sei die »Revolutionsromantik, der Putschismus«, zusammengebrochen. »Die Luxemburg, Mehring, Zetkin usw.« suchten daher »durch ihre Quertreibereien zu retten . . ., was zu retten ist«. Die Gewerkschaften aber seien der »Fels im brandenden Meer«; sie gelte es »zu schützen und zu verteidigen«. Von der Parteiführung wurde die Legitimation der Gewerkschaften, zum Parteistreit Stellung zu nehmen, ausdrücklich bestätigt. Ebert, der als Vertreter des Parteivorstandes an dieser Vorstandskonferenz teilnahm, leitete sie sowohl aus dem Umstand ab, daß »die Gewerkschaften und die Partei . . . zusammen den deutschen Bestandteil der Internationale« bildeten, als auch aus der Prognose, daß das Vorgehen der Opposition »ganz offenbar auf eine Zerstörung unserer Organisationen« hinauslaufe¹²¹.

Eine sachliche Prüfung der oppositionellen Kritik an der gewerkschaftlichen Kriegspolitik fand dagegen nicht statt. Paeplow räumte zwar ein, daß die Begeisterung wegen »der Dauer des Krieges, seinen Folgen, der Teuerung usw.« nach und nach anderen Stimmungen gewichen sei; doch setzte er sich weder mit der Kriegsschuldfrage noch mit der These vom Verteidigungskrieg kritisch auseinander, auch nicht mit der Funktion des Burgfried-

dens und ebensowenig mit dem Verhältnis von Aufwand und möglichem materiellen Ertrag des Krieges. Er befand lediglich, die Gewerkschaften könnten ihre Politik »nicht nach Gefühlswallungen einrichten«¹²², und schloß: »Wir müssen . . . nicht nur der Mehrheit des Parteivorstandes beitreten, sondern ihn im Sinne unserer Auffassung weiter vorwärtstreiben.«¹²³ Ebert bestätigte, »daß der Parteivorstand ganz fest entschlossen ist, die ›Politik des 4. August‹ unter allen Umständen fortzuführen«¹²⁴. Leipart begrüßte diese Erklärung »mit großem Danke« und nahm sie zum Anlaß für die Aufforderung an die Parteiführung, »schärfer als bisher die Stellung der Mehrheit nach außen hin« zu bekunden; das könne dazu beitragen, die »Opposition unschädlich zu machen«¹²⁵.

Zur Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses brachte Bauer einen Resolutionsentwurf ein, in dem die Erklärung der Generalkommission gegen die »Sonderbündelei« gebilligt und die Agitation der Opposition als »Hetze« einer »kleinen Gruppe unverantwortlicher Illusionisten« bezeichnet wurde, die die Einheit der Partei gefährde und eine »ernste Gefahr« auch für die Gewerkschaften bilde. Dem erneuten Hinweis auf das wirtschaftliche Interesse der deutschen Arbeiterschaft an der »ungeschmälernten nationalen Selbständigkeit des Reiches« und einem siegreichen Kriegsende folgte der Schluß, die Gewerkschaften könnten »unbeschadet der in allen kapitalistischen Staaten bestehenden Klassengegensätze nur eine Politik unterstützen, die sich vorbehaltlos auf den Boden der Landesverteidigung« stelle¹²⁶. Brey freute sich über »den warmen vaterländischen Ton« dieser Erklärung, wobei er bemerkte: »Soweit seien wir ja noch nicht, daß wir die vaterländischen Interessen nicht mit denen unserer Arbeiter gleichsetzen dürfen«¹²⁷. Er selbst bekannte unverblümt, »daß er in dem gegenwärtigen Kriege den Sieg Deutschlands wünsche und . . . in jedem, der in dieser Frage eine andere Stellung einnimmt, einen Feind sehe, ganz gleich, ob derselbe ein Parteigenosse ist oder nicht«¹²⁸. So stark freilich mochte sich die Mehrheit der Gewerkschaftsvorsitzenden dann doch nicht exponieren. Nach längerer Debatte einigte sie sich auf einen Entwurf Legiens, der im Ton größere Zurückhaltung übte, in der Sache freilich dasselbe zum Ausdruck brachte¹²⁹.

Diese bisher kaum bekannte Vorstandekonferenz besiegelte das Bündnis zwischen Gewerkschaftsführung und Parteivorstand für die »rücksichtslose«¹³⁰ Weiterführung der Politik des 4. August und die Fortsetzung des Kampfes gegen die Opposition. Da die Gewerkschaftsführer trotzdem nach eigenem Bekunden den Parteistreit von den Verbänden fernhalten wollten, müssen sie ihre Autorität für groß genug gehalten haben, um das Eindringen der politischen Meinungsverschiedenheiten wenn nicht gänzlich verhindern, so doch so weit unter Kontrolle halten zu können, daß die

Gefahr größerer Sezessionen gebannt und erst recht die Möglichkeit ausgeschlossen blieb, daß die Opposition die Mehrheit der Mitglieder hinter sich brachte. Da die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften mehr als zweieinhalbmal so groß war wie die der SPD, rechneten sie vermutlich selbst für den Fall, daß die Opposition in der Partei die Oberhand gewinnen sollte, darauf, die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder und folglich die meisten Verbände auf reformistischem Kurs halten zu können.

Paepow jedenfalls faßte schon im Juli 1915 die Möglichkeit ins Auge, die Gewerkschaften von der Partei abzukoppeln und mit ihrer Hilfe eine eigene Partei zu gründen, falls die Linke in der SPD so stark werden sollte, daß dadurch eine Fortsetzung der reformistischen Politik behindert oder in Frage gestellt werden könnte¹³¹. Zu derartigen Überlegungen mag beigetragen haben, daß die Wortführer der Opposition, namentlich ihre Theoretiker, in den Gewerkschaften vor dem Kriege eine ungleich geringere Rolle gespielt hatten als in der Partei. Hinzu kam die noch ungebrochene Hoffnung auf einen für Deutschland siegreichen Kriegsausgang. Ein deutscher Sieg – so mochten Paepow und seine Freunde annehmen – würde schließlich die Zweifler und Opponenten von der Richtigkeit der Politik überzeugen, die die Gewerkschaftsführung trieb.

Anläßlich der Reichstagssession vom Dezember 1915, in der neue Kreditvorlagen anstanden, deren Ablehnung durch die Gegner der Augustpolitik wahrscheinlich war, sah die Gewerkschaftsführung den Zeitpunkt für eine endgültige Klärung der Fronten gekommen. Unverhüllt arbeitete sie jetzt auf die Parteispaltung hin. Bereits im November 1915 kündigte Hugo Heinemann an, weitere Verstöße gegen die Parteidisziplin und eine weitere Schwächung der Parteieinheit werde »die Zentralorganisation der deutschen Gewerkschaften nicht zulassen«¹³². Umbreit bestätigte, die Gewerkschaften könnten »nicht gegen ihr eigenes Lebensinteresse handeln und die Grundlagen ihrer Existenz jeder beliebigen revolutionären Experimentalpolitik zuliebe aufs Spiel setzen«. Nun deutete er auch öffentlich die Möglichkeit an, bei einem weiteren Vordringen der Opposition in der Partei notfalls die Bindungen zwischen Gewerkschaften und SPD zu lösen und eine neue reformistische Partei zu gründen: »Wenn es einmal um die Einheit der Arbeiterbewegung geht, dann gibt das unverbrüchliche Einheitsgesetz der Gewerkschaften den Ausschlag; dann sind die Gewerkschaften die Partei, und ihrer Parole wird das Gros der deutschen Arbeiterklasse folgen.«¹³³

Als Liebknecht Ende November 1915 mittels kleiner Anfragen im Reichstag die Regierung zur Auskunft über ihre Kriegsziele und über ihre Pläne zur Neuorientierung zu zwingen versuchte¹³⁴, setzte Carl Giebel, der Vorsitzende des Büroangestelltenverbandes, einen Beschluß durch, in dem die Fraktion »diese fortgesetzten Provokationen ... aufs schärfste«

zurückwies und jegliche Verantwortung für sie ablehnte¹³⁵. Nachdem im Dezember erwartungsgemäß 20 Anhänger Liebknechts im Reichstag gegen die Aufnahme neuer Kriegskredite gestimmt hatten – 22 weitere SPD-Abgeordnete verließen vor der Abstimmung den Plenarsaal –, erklärte Legien unter Berufung auf das »unzweifelhafte Gewohnheitsrecht . . . , daß die Fraktion geschlossen« zu stimmen habe: »Nicht die Mehrheit, sondern die Minderheit hat die Trennung vollzogen«; sie habe dies »bewußt unternommen und dadurch über sich selbst das Urteil gesprochen«. Da sie selbst nicht das »Ehrgefühl« besitze, »sich äußerlich von der Fraktion zu trennen«, müsse diese eben die Trennung herbeiführen. Dabei war er sicher: »Die meisten Organisationen stehen unzweifelhaft hinter der Mehrheit.« Er begründete seinen Ausschlußantrag in erster Linie mit dem innenpolitischen Bedenken, das »frivole Vorgehen der Minderheit« nähme der Arbeiterschaft die Möglichkeit, »ihren im Kriege stärker gewordenen Einfluß auch nach dem Kriege noch stärker werden zu lassen«; vielmehr werde dieser Einfluß »geradezu zerstört«. Deshalb lag in seinen Augen die Trennung von Mehrheit und Minderheit »im Interesse der Arbeiterklasse selbst«¹³⁶.

Doch namhafte Gewerkschaftsführer widersprachen ihm. Innerhalb eines Jahres nämlich war nicht nur die Zahl der Dissidenten in der Fraktion von etwa einem Dutzend auf 42 angewachsen, sondern die Oppositionsströmung hatte auch in den Gewerkschaften die höchsten Stufen der Organisation erreicht. Zu den 22 Abgeordneten, die vor der Abstimmung den Plenarsaal verließen, gehörten neun Gewerkschaftsführer: Josef Simon, der Vorsitzende des Schuhmacherverbandes, Hermann Jäckel, der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, Hermann Krätzig, der Redakteur dieser Gewerkschaft, der Magdeburger DMV-Geschäftsführer Alwin Brandes, der Redakteur der Dachdeckerzeitung, Gustav Hoch, und der Frankfurter Gewerkschaftssekretär Johann Hüttmann. Die Redakteure des Glasarbeiter- und des Tabakarbeiterverbandes, Georg Horn und Friedrich Geyer, hatten sogar gegen die Kredite gestimmt¹³⁷.

Jäckel, Brandes und Hoch mißbilligten zwar die demonstrative Aktion der 20, machten aber für die Zuspitzung der Gegensätze den rechten Parteiflügel mitverantwortlich¹³⁸ und warnten, daß ein Ausschluß der Minderheit »die Proklamierung der Parteispaltung bedeuten« und »eine dauernde Spaltung der Organisation zur Folge haben« würde. Daß sie nicht allein die 20 treffen würde, machte Brandes mit seiner Ankündigung klar, sich mit ihnen solidarisch zu erklären; und er sei »nicht der einzige, der so denkt«¹³⁹. Im übrigen stände »hinter den zwanzig . . . ein großer Teil der Parteigenossen im Lande«, ergänzte Jäckel. »Man kennt noch nicht die Stimmung«, aber man müsse sich »hüten, die Erregung zu steigern«¹⁴⁰.

Aufgrund dieser Warnungen begnügte sich die Fraktionsmehrheit damit, diesen »Disziplinbruch bedauerlichster Art« auf »das schärfste« zu verurteilen und die Verantwortung für alle daraus entstehenden Konsequenzen abzulehnen¹⁴¹.

Die Generalkommission kritisierte diesen Beschluß als »ungenügend« und verlangte erneut die »Aufkündigung der Arbeitsgemeinschaft mit der Minderheit, um keinen Präzedenzfall für weitere Sondervoten zu schaffen«¹⁴². Sie hatte insofern Erfolg, als der eilends zusammengetrommelte Parteiausschuß das Vorgehen der 20 Dissidenten ebenfalls verurteilte¹⁴³ und Liebknecht wenige Tage später aus der Fraktion ausgeschlossen wurde¹⁴⁴. Aber dies genügte den Gewerkschaftsführern nicht. Im Correspondenzblatt forderten sie den Parteivorstand nahezu ultimativ auf, die »mißachtete Parteidisziplin« wiederherzustellen und die »beharrlichen Verweigerer unschädlich« zu machen¹⁴⁵. Sie sehnten die Fraktionsspaltung »geradezu herbei« und erwarteten vom Parteivorstand, »daß er endlich die äußerste Energie aufbringen werde«. Dem Vernehmen nach drängten nunmehr nicht nur Legien und Bauer, sondern auch »dem Parteigetriebe abgewandte Gewerkschaftsführer« wie Schlicke zu einem »energischen Schläge«¹⁴⁶. Daß die Fraktionsspaltung die Spaltung der Partei nach sich ziehen würde, war für die Redaktion des Correspondenzblattes eine »Tatsache« von »natürlicher Selbstverständlichkeit«¹⁴⁷.

Die Frage lautete für die Gewerkschaftsführer also nicht mehr: »Kommt die Spaltung oder kommt sie nicht?«, sondern: »Wie schieben wir die Verantwortung an der kommenden Spaltung der Gegenseite zu?«¹⁴⁸ Für den Fall allerdings, daß sie doch länger auf sich warten ließ oder die Minderheit der Fraktion gar die Mehrheit »und damit die entscheidende Macht« erlangen würde¹⁴⁹, stellte sich die Vorstandskonferenz vom 10. Januar 1916 vollends auf eine Lösung der Gewerkschaften von der SPD und die Gründung einer neuen Partei ein¹⁵⁰. Bis zur Gründung der USPD Ostern 1917 wurde dieser Gedanke weiterverfolgt¹⁵¹.

In den Gewerkschaften, deren Vorstände die Politik der Fraktionsmehrheit unterstützten, verloren manche Funktionäre, die mit der Minderheit sympathisierten, ihre Ämter. Gustav Hoch wurde 1916 als Redakteur der Dachdeckerzeitung entlassen; gleichzeitig übernahm der kommissarische Verbandsvorsitzende Theodor Thomas selbst die Schriftleitung¹⁵². Wie sich der Vorstand des Bauarbeiterverbandes gegenüber einigen Gauangestellten verhielt, die zur Opposition übergingen, schildert Winnig: »Wir nahmen sie ins Gebet. Der eine meinte, er könne nicht anders handeln, als er früher gesagt habe. Ich sagte: Warum hast du früher Unsinn geredet? Wenn du jetzt noch nicht klug bist, wirst du's nicht mehr werden, und dann ist deines Bleibens nicht mehr länger. Der andere berief sich auf die

Gewissensfreiheit; ich sagte ihm, wenn er seinen Posten aufgebe, habe er soviel Freiheit, wie er sich nur wünschen könne. Damit war ihre Opposition abgetan.«¹⁵³

Im übrigen setzten die Gewerkschaften ihre publizistische Kampagne gegen die Opposition und die Polemik gegen ihr nahestehende Organe fort¹⁵⁴, und rechtfertigten zum wiederholten Male die Augustpolitik als den »Sammelbegriff aller Existenzinteressen der Gewerkschaften«¹⁵⁵, an der sie »unter allen Umständen« festhalten würden¹⁵⁶. Für den Anspruch der Generalkommission, in einer solchen Existenzfrage neben den Parteigremien mitzuentcheiden, beriefen sie sich ferner auf das Mannheimer Abkommen, das in wichtigen politischen Fragen die Herstellung eines Einvernehmens zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung vorsah¹⁵⁷, und kündigten an, daß das gewerkschaftliche Interesse am Fortbestehen dieser Vereinbarung »erledigt« sei, falls sie »in den großen gemeinsamen Lebensfragen der Arbeiterbewegung« kein Wort zu sagen« haben würden¹⁵⁸.

Im März 1916 konnten sie endlich einen Erfolg verbuchen: Nach einem erneuten Sondervotum anlässlich der Verabschiedung des Notetats wurde die Liebknechtgruppe aus der Fraktion ausgeschlossen¹⁵⁹. Die Generalkommission machte sich die Stellungnahme zur Fraktionsspaltung verblüffend einfach. Sie berief sich darauf, daß die Gewerkschaften das Mannheimer Abkommen allein mit der SPD geschlossen hätten; da deren Organisationsstatut nur eine Reichstagsfraktion kenne, die abgespaltene Minderheit demnach kein legitimes Parteigremium darstelle, könnten die Gewerkschaften hinfort lediglich mit der Mehrheitsfraktion zusammenarbeiten¹⁶⁰. Diese Auffassung wurde von der Vorstandskonferenz im Juni 1916 bestätigt¹⁶¹ und von der Gewerkschaftspresse durchweg übernommen¹⁶². Im November 1916 verwarf die Vorstandskonferenz einen Antrag des Schuhmacherverbandes, die Gewerkschaften sollten dem Parteistreit gegenüber strikte Neutralität üben; statt dessen bekräftigte sie ihre »wiederholt festgestellte Auffassung, daß die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage zum Kriege allein den Interessen der Gewerkschaften entsprochen hat und noch entspricht«. Sie lehnte die »gegen die Generalkommission und gegen die Gewerkschaftspresse gerichteten Angriffe und Vorwürfe als durchaus unbegründet ab«¹⁶³.

Weitere Ausbreitung der Opposition

Trotz aller Gegenaktionen breitete sich die Opposition unter der Mitgliedschaft der freien Gewerkschaften weiter aus. Ihr Zentrum blieb die Reichshauptstadt. Im Herbst 1915 beantragte der SPD-Kreis Niederbarnim Le-

giens Ausschluß aus der Partei; der Berliner Zentralvorstand gab diesem Antrag im Mai 1916 – noch vor seiner dramatischen Neuwahl – statt. Für die Redaktion der Fabrikarbeiterzeitung stand zwar von vornherein fest, daß es »ganz ausgeschlossen« sei, daß dieser Beschluß Bestand haben würde; man hielt ihn für eine lächerliche Demonstration¹⁶⁴. Tatsächlich ließen ein Protest Legiens und eine Intervention des Parteivorstandes den Ausschluß nicht rechtskräftig werden; der Antrag blieb schließlich irgendwo im Gestrüpp des Parteiordnungsverfahrens hängen¹⁶⁵. Ernstlich hatte wohl auch in Niederbarnim niemand an seinen Erfolg geglaubt. Immerhin war dieser Vorgang ein Signal dafür, wie weit der oberste Repräsentant der Gewerkschaften das Vertrauen wenigstens unter der Arbeiterschaft des radikalsten Berliner Bezirks eingebüßt hatte und wie die Scheu zu schwinden begann, selbst altgediente und prominente Funktionäre ihrer Ämter zu entheben, wenn die Basis ihre Interessen von ihnen nicht mehr vertreten sah.

Weitere Sympathien verscherzte sich Legien mit seinem Kampf gegen den Vorwärts; denn die Berliner Arbeiterschaft betrachtete ihn in erster Linie als ihre Lokalzeitung und weniger als Organ der gesamten Sozialdemokratie. Nachdem Legien im Frühjahr 1916 den Vorwärts als gegnerisches Blatt bezeichnet und zu seinem Boykott aufgerufen hatte, revanchierte sich die Berliner Parteiorganisation damit, daß sie nach der gewaltsamen Auswechslung der Redaktion durch den Parteivorstand ihrerseits den nunmehr auf Mehrheitskurs segelnden Vorwärts boykottierte¹⁶⁶. Auch die Berliner Holzarbeiter – nach den Metallarbeitern die zweitgrößte Berliner Gewerkschaftsorganisation – beschlossen im Dezember 1916, den Vorwärts nicht mehr als Publikationsorgan zu benutzen, sondern Versammlungsanzeigen nur noch in der Holzarbeiter-Zeitung zu bringen und notfalls zu Branchenversammlungen mit Handzetteln einzuladen¹⁶⁷.

Doch nicht allein Legiens Ansehen war unter der Berliner Arbeiterschaft nachhaltig erschüttert, sondern das fast aller Gewerkschaftsfunktionäre. Legiens Appell an die örtlichen Gewerkschaftsführer, stärkeren Einfluß auf die Partei zu nehmen, blieb wirkungslos. Im Frühjahr 1917 berichtete der Berliner Polizeipräsident, die in der Reichshauptstadt »so zahlreich vertretenen Gewerkschafts-, Konsum- und Krankenkassenangestellten« spielten »in der Parteibewegung nicht die geringste Rolle«; nirgends hätten »die anerkannten Arbeiterführer so wenig Einfluß wie hier«¹⁶⁸.

Den Kern der Berliner Gewerkschaftsopposition stellten die Metallarbeiter. Bei ihnen waren die Voraussetzungen dafür am weitesten entwickelt. Schon vor dem Krieg hatten sie auf dem Wege zum politisch bewußten Industrieproletariat Fortschritte gemacht, wie man sie allenfalls annäherungsweise noch in Sachsen und im Ruhrgebiet antraf¹⁶⁹. Sie arbeiteten überwiegend in Großbetrieben, wo sie die Übermacht der Unternehmer

kennenlernten und wo sie die sozialen Auswirkungen der Technisierung erlebten, insbesondere den Abbau der Berufsgrenzen, die abnehmende Arbeitsplatzsicherheit und den Zwang zur beruflichen Mobilität auch für qualifizierte Arbeiter. Sie wohnten in Arbeitergettos einer Stadt, die in anderen Teilen viele der reichsten Familien Deutschlands beherbergte und in deren Zentrum die Klassenunterschiede augenfällig aufeinanderprallten. Sie bekamen die materiellen Kriegswirkungen eindringlich zu spüren, behaupteten allerdings wegen des Arbeitskräftemangels und wegen ihrer Schlüsselrolle im Produktionsprozeß ihr Selbstbewußtsein und ihre sozio-ökonomische Stellung besser als andere Arbeitergruppen¹⁷⁰. Ferner blieben hier die gewerkschaftlichen Organisationsapparate vergleichsweise gut intakt, und durch den Vorwärts und das Auftreten der prominenten Parteidissidenten im Parlament und in Parteiversammlungen waren viele Arbeiter über die Ansichten der Opposition gut informiert.

Wie im DMV im allgemeinen hatte die Opposition auch unter den Berliner Metallarbeitern einen ökonomischen Ursprung. Nach dem Bericht des Berliner Branchenleiters der Dreher, Richard Müller, wurden »in unzähligen Betriebs- und Branchenversammlungen und in Vertrauensmännerkonferenzen ... wirtschaftliche Fragen, die Kriegsmaßnahmen, ihre Auswirkungen und die Politik der Gewerkschaftsführer besprochen, und zwar auf der Basis der wirtschaftlichen Verhältnisse«. Auf die Arbeiter wirkte dies »weit mehr ... als die theoretischen Auseinandersetzungen über die Fragen der Landesverteidigung«¹⁷¹; sie spielten anfänglich kaum eine Rolle. Bezeichnend hierfür ist, daß Richard Müller auf der Branchenkonferenz der Dreher im April 1915 zu den Auseinandersetzungen innerhalb der SPD erklärte: »Was dort draußen vorgeht, wollen und dürfen wir nicht erörtern, das bleibt der Politik überlassen.«¹⁷² Die Opposition innerhalb der Partei übte daher zunächst keinen unmittelbaren Einfluß aus¹⁷³.

Die Stützen der Opposition im DMV waren vielmehr, wie schon die Unterschriften unter dem Offenen Brief erkennen ließen, Vertrauensleute in den Betrieben und Branchenleiter der Facharbeitergruppen, angeführt von den Drehern. Jeder dieser Funktionäre stand in dauerndem unmittelbarem Kontakt mit der Belegschaft eines mittleren oder großen Werkes; zusammen bildeten sie ein Organisationsnetz, das die gesamte Berliner Metallindustrie umspannte und das in der letzten Kriegsphase unter dem Namen der revolutionären Obleute erhebliche Bedeutung gewinnen sollte. Erst mit der weiteren Verschlechterung der Verhältnisse nahm die Kritik an der Politik der Gewerkschaftsführung eine zunehmend politische Färbung an. Dabei näherten sich die meisten oppositionellen DMV-Funktionäre in Berlin den Positionen von Haase und Ledebour; weiter nach links tendierten lange Zeit nur wenige von ihnen¹⁷⁴.

Bereits im März 1916 hatte die Opposition derart an Boden gewonnen, daß sich die Generalversammlung der DMV-Ortsverwaltung »fast einmütig« gegen die Politik des 4. August aussprach¹⁷⁵. Diese Veranstaltung zeigte allerdings auch, wie gering die politische Klarheit und Zielstrebigkeit der Opposition noch war. Denn obwohl die Resolution ein Mißtrauensvotum gegen den Berliner DMV-Vorsitzenden Adolf Cohen bedeutete, der auch der Generalkommission angehörte, lehnte Richard Müller eine Kandidatur für den Vorsitz ab. So wurde Cohen mit einem Drittel der Stimmen bei Enthaltung der übrigen in seinem Amt bestätigt.

Vielleicht hätte eine Generalversammlung der Berliner DMV-Mitglieder schon einige Monate später ein anderes Ergebnis erbracht. Denn im Sommer 1916 machte ihre Politisierung deutliche Fortschritte. Anlaß hierzu war die Eröffnung eines Prozesses gegen Karl Liebknecht. Liebknecht hatte bei einer Demonstration am 1. Mai 1916 in Berlin zum Kampf gegen den Krieg und gegen die Regierung aufgerufen, wurde daraufhin sofort verhaftet und des Landesverrats angeklagt. Dies löste auch unter solchen Berliner Arbeitern Empörung aus, die politisch nicht mit ihm übereinstimmten, denn sie fühlten, daß er »doch nur ihre Wünsche erfüllen wollte«¹⁷⁶. Deshalb wollten sie ihm beistehen. Ein anderes Mittel als die Arbeitsniederlegung stand ihnen hierfür kaum zur Verfügung. So folgten am 27. Juni 1916 wenigstens 12 000, wenn nicht doppelt so viele Berliner Metallarbeiter einem Appell der Obleute und gingen zu einer Sympathiedemonstration für Liebknecht auf die Straße¹⁷⁷. Einen Tag später legten die Dreher bei AEG, Borsig, Schwartzkopff, Loewe u. a. die Arbeit nieder und gaben damit das Signal für eine zweite Demonstration. Diesmal kamen rund 55 000 Arbeiter zusammen¹⁷⁸. In anderen Betrieben, die nicht rechtzeitig informiert werden konnten, fanden in den folgenden Tagen weitere Solidaritätsstreiks statt¹⁷⁹.

Zwar hatten sie keinen greifbaren Erfolg; Liebknecht wurde zu zweieinhalb, im Wiederaufnahmeverfahren sogar zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Nichtsdestoweniger bewiesen sie die Zunahme des politischen Bewußtseins in einer der fortgeschrittensten Gruppen des Industrieproletariats: Es handelte sich hier um einen eindeutig politischen Streik; ökonomische Forderungen spielten keine Rolle. Zugleich zeigte sich eine Abkehr von fundamentalen Prinzipien der Meinungsbildung und des Entscheidungsprozesses innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung. Zum Streik kam es nämlich nicht nur ohne Genehmigung des Verbandsvorstandes, sondern auch ohne jegliche Information der DMV-Ortsverwaltung. Bei den Vorbereitungen wurde sogar »die Militär- und Polizeibehörde ... weniger gefürchtet als die Gewerkschaftsleitung«¹⁸⁰.

Die Organisation der Obleute aber, die sich auf betrieblicher Ebene zwi-

schen die hauptamtlichen Gewerkschaftsangestellten und die Mitgliedschaft geschoben hatte, erwies sich auf Anhieb als überraschend funktions-tüchtig. Daran wird deutlich, daß der DMV-Ortsvorstand den Einfluß auf die Berliner Metallarbeiterschaft weitgehend verloren hatte. Unversehens war also der zehn Jahre zuvor heiß umstrittene politische Massenstreik an-satzweise Wirklichkeit geworden, und zwar unter Ausschaltung der Gene-ralkommission wie des Parteivorstandes, von deren einmütiger Zustim-mung die Anwendung dieses Kampfmittels abhängig gemacht worden war. Dieser Streik bedeutete daher eine Absage an die Autorität der obersten Gewerkschafts- und Parteiinstanzen und damit ein »erstes kräftiges Zei-chen der Selbstbesinnung der Massen«¹⁸¹. Damit sei »eine Unruhe in die Arbeiter gekommen, die sich sicherlich auch anderwärts bemerkbar ma-chen wird«, resümierte Hugo Haase¹⁸².

In der Tat gewann die Opposition auch außerhalb Berlins und außerhalb des DMV an Boden. Bereits im Juni 1915 distanzieren sich die Angestell-ten des Schuhmacherverbandes von einer Parteinahme für die Fraktions-mehrheit und verpflichteten alle Verbandsfunktionäre, »jeden Versuch zu-rückzuweisen«, der den Schuhmacherverband in den Parteistreit verwickeln könnte¹⁸³. Ein Jahr später bestätigte der Verbandstag der Schuhma-cher diesen vergleichsweise oppositionsfreundlichen Standpunkt und for-derte alle Gewerkschaftsorgane zu einer gleichen Haltung auf¹⁸⁴. Opposi-tion gegen die Politik von Gewerkschafts- und Parteiführung meldete sich auch im Holzarbeiterverband. Im Juni 1915 beschwerte sich die Zahlstelle Bremen über die Schmähungen Julian Borchardts im Verbandsorgan¹⁸⁵, im November 1916 über die Werbung für die Zeichnung von Kriegsanleihe in der Holzarbeiterzeitung¹⁸⁶. Um diese Zeit hatte die Opposition hier offen-bar die Oberhand gewonnen und befand sich in harten Auseinandersetzun-gen mit den Anhängern der Mehrheitspolitik¹⁸⁷. Zur gleichen Zeit verlie-ßen in Düsseldorf zahlreiche Mitglieder, und zwar gerade die ältesten und erfahrensten, aus Protest gegen die Politik des Vorstands den Verband¹⁸⁸. Beim Friseurgehilfenverband machten sich 1915 in Sachsen Widerstände gegen das Verhalten des Verbandsvorstandes bemerkbar, im Buchbinder-verband 1916 in den Hochburgen der politischen Opposition sowie unter den Jugendlichen¹⁸⁹.

Diese Belege vermitteln freilich kein vollständiges Bild von der Ausbrei-tung der Opposition in den Gewerkschaften im zweiten Kriegsjahr. Sicher-lich würde eine systematische Durchsicht aller in Frage kommenden Quel-len weitere Spuren zutage fördern. Aber auch wo diese fehlen, mögen op-positionelle Kerne bestanden haben, die sich jedoch infolge der Blockie-rung der Kommunikationswege innerhalb der Verbände oder infolge der strikten Abweisung durch Vorstand und Redaktionen nicht artikulieren

konnten. Außerdem wagten sicherlich nicht wenige Arbeiter aus Angst vor Repressionen, insbesondere vor der Einberufung, kritische Gedanken nicht offen auszusprechen. Selbst unter den Berliner Metallarbeitern lag zwischen leise geflüsterter Zustimmung und offenem Bekenntnis zur Opposition ein weiter Weg¹⁹⁰. Im übrigen ist die Beschränkung auf Mißtrauenskundgebungen gegen die Vorständepolitik unzureichend. Da die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen das eigentliche Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften ausmachte, sind auch Demonstrationen der Unzufriedenheit auf diesem Gebiet als wenigstens indirekte Voten gegen die Tätigkeit der Verbände zu bewerten.

Bezieht man sie mit in die Betrachtung ein, zeigt sich eine zunehmende Opposition gegen die Politik der Gewerkschaftsführung. 1915 wurden nur wenige Streiks und Demonstrationen verzeichnet¹⁹¹. Im Sommer 1916 aber näherte sich die Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen einer kritischen Grenze. Am 1. Mai fanden in zahlreichen Städten Demonstrationen statt, obwohl der SPD-Vorstand, wie schon im Vorjahr, die traditionellen Maifeiern abgesagt hatte, weil sie angeblich von der Polizei nicht genehmigt würden¹⁹², und obwohl sich die Generalkommission zu diesem Thema in Schweigen hüllte. In den nächsten Wochen folgten an vielen Orten Hungerkrawalle, Plünderungen und Protestdemonstrationen gegen die Lebensmittelnot; in vielen Betrieben kam es zu kurzen, spontanen Arbeitseinstellungen¹⁹³. Im Juni fanden Sympathiestreiks für Liebknecht außer in Berlin unter anderem auch in Braunschweig, Bremen und Stuttgart statt¹⁹⁴.

Ausgelöst durch Lebensmittelmangel und das Zurückbleiben der Löhne hinter den Preissteigerungen, lief im August eine Welle spontaner Arbeitsniederlegungen durch das Ruhrgebiet; hierbei tauchten zum erstenmal auch Forderungen auf, die auf die Machtverhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft zielten, etwa die nach Abschaffung der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber¹⁹⁵. Zur Wendung gegen die Gewerkschaften bedurfte es in all diesen Fällen nur eines Schrittes, zum Übergang zur politischen Stellungnahme kaum mehr. Im Bauarbeiterverband sah man das schon 1915 recht klar, wie in seinem Jahrbuch zu lesen war: »Dem, der mitten im Leben steht, kann heute schon nicht entgehen, daß die harten Bedrängnisse der Kriegszeit eine Stimmung in den Arbeiterkreisen erzeugt haben, die sich stark von der unterscheidet, die vor dem Kriege bestand . . . Je länger der Krieg dauert, um so mehr drücken seine Begleiterscheinungen auf die Stimmung der Massen, und unter diesem Druck hat die zuerst alles beherrschende freudige Zustimmung zu der gewerkschaftlichen Kriegspolitik einer grollenden Skepsis Raum geben müssen.«¹⁹⁶

Die Reaktion auf die Streiks 1915/16

Über die wenigen Streiks, die 1915 stattfanden, waren die mittleren und unteren Gewerkschaftsführer nicht immer sonderlich unglücklich. Wo es sich um Aktionen unorganisierter Arbeiter handelte, ließen sie sich Unternehmern und Exekutivorganen gegenüber als Beweis für den allseitigen Nutzen einer gewerkschaftlichen Organisation der Belegschaften verwenden und dafür, wie töricht es sei, ihr immer noch Hindernisse in den Weg zu legen. Wo es ging, setzten sich deshalb die Gewerkschaften an die Spitze solcher Bewegungen, versuchten die Forderungen durchzusetzen und dafür die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit und zum Gewerkschaftsbeitritt zu veranlassen. Mit dem gleichen Ziel ließen sie mitunter sogar ihre Mitglieder kurze Streiks inszenieren¹⁹⁷.

Vielleicht hat auch 1916 noch der eine oder andere Gewerkschaftsführer einen Streik auslösen lassen oder wenigstens seinen Ausbruch insgeheim begrüßt und deshalb nicht zu verhindern versucht¹⁹⁸. In der Mehrzahl der Fälle aber waren die Gewerkschaftsführer 1916 am Ausbruch von Streiks unbeteiligt, billigten sie nicht und reagierten auf sie mit einer Kombination von Abwiegung und Kollaboration mit den Behörden, womit sie freilich die Förderung der eigenen Interessen geschickt zu verbinden wußten, insbesondere in der Großindustrie. Je stärker die Streiks politische Züge trugen und sich folglich auch gegen die Gewerkschaftsführung richteten, desto enger wurde ihre Zusammenarbeit mit den Behörden. Ein Vergleich ihrer Reaktionen auf die Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet und auf den Liebknechtstreik in Berlin verdeutlicht dies.

Auf die Ausstände an der Ruhr antworteten die vier Bergarbeiterorganisationen mit einem gemeinsamen Aufruf, in dem sie die Streiks »Elementen« zuschrieben, »die unseren Organisationen fernstehen«, an die Bergleute appellierten, sich »nicht verführen« zu lassen, weil »ein allgemeiner Bergarbeiterstreik ... dem deutschen Volke das Durchhalten ... erschweren« würde, und sie aufforderten, nur den Gewerkschaften zu folgen und deren »Schritte, Anweisungen und Erfolge« abzuwarten¹⁹⁹. Gleichzeitig zeigten sie sich einer Zusammenarbeit mit dem stellvertretenden Generalkommando in Münster nicht abgeneigt, obwohl dieses der Streikbewegung durch verschärfte Polizeimaßnahmen Herr zu werden versuchte. Die Militärbehörde empfahl den Verwaltungsbehörden eine Einschränkung des Versammlungsrechts, insbesondere das Verbot der Teilnahme an Belegschaftsversammlungen für Betriebsfremde und das Verbot aller Zwischenrufe, ferner die Überwachung solcher Versammlungen und eine stenographische Aufzeichnung aller Diskussionsbeiträge. Die Genehmigung zur Abhaltung von Belegschaftsversammlungen wurde an die Bedingung ge-

knüpft, daß die Tagesordnung vorher eingereicht und strikt eingehalten sowie Namen und Anschriften aller Redner und Diskussionsteilnehmer dem Überwachungsbeamten mitgeteilt würden. Dieser hatte, wenn der Redner »aufreizende Redewendungen« benutzte, ihn »zur Sache« zu ermahnen und die Versammlung aufzulösen, sollte die Mahnung nicht befolgt werden. »Aufreizende Redner« waren von der Teilnahme an weiteren Versammlungen ausgeschlossen²⁰⁰. Außerdem untersagte General von Gayl alle Presseberichte über Streiks und ließ militärpflichtige »Unruhestifter und Aufwiegler« unverzüglich zum Kriegsdienst einziehen²⁰¹.

Schließlich wies er die Gewerkschaften auf ihre »Pflicht« hin, »mit allen Kräften zu verhindern, daß die Arbeiter sich zu übereilten Schritten hinreißen lassen, und ihren Einfluß nach der Richtung einzusetzen, daß bei Belegschaftsversammlungen die Besprechung von Lebensmittelfragen nicht verquickt wird mit weitergehenden Forderungen«, außerdem »durch vorbeugende aufklärende Arbeit« an der Verhinderung weiterer Ausstände mitzuwirken²⁰². Nachdem er ihnen auch noch den »Ernst der Lage« vor Augen geführt und sie eindringlich ermahnt hatte, »sich jeder Agitation und Beunruhigung zu enthalten«, gaben die Bergarbeiterverbände die Versicherung ab, »während der Kriegszeit ihre grundsätzlichen Forderungen an die Arbeitgeber ausschalten zu wollen, insbesondere also Mindestlohn, paritätischen Arbeitsnachweis, Vertretung der Arbeiterschaft bei den Zechenverwaltungen usw.«, und erklärten, »daß sie die radikalen Bestrebungen, die den jetzigen Unruhen zugrunde liegen, als unopportun und unpatriotisch verurteilen und gegen die Streikbewegung in jetziger Zeit« seien²⁰³. Sie hielten »nur ein mäßiges, der Teuerung entsprechendes Anziehen der Löhne . . . für berechtigt und notwendig, ebenso eine bessere und absolut gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel und deren Preisherabsetzung«.

Zu dieser Mäßigung bewog sie außer der Einsicht in die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung und der Überzeugung von der Priorität der Rüstungsproduktion zweifellos auch die Absicht, sich den Zutritt zu den Großbetrieben der Montanindustrie zu verschaffen und deren Belegschaften in die Gewerkschaften hineinzubekommen. Deshalb betonten sie, »in den letzten Belegschaftsversammlungen seien es wesentlich radikale Elemente gewesen, welche die oppositionelle Stellung eingenommen und die übertriebenen Forderungen verursacht hätten«, während die Gewerkschaftsvertreter »gegen den Streik aufgetreten« seien, »unter Ausschluß aller, zu Friedenszeiten erstrebter, grundsätzlicher Forderungen«. Um »aufklärend und beruhigend« auf die Bergleute wirken zu können, forderten sie für ihre Funktionäre ungehinderten Zugang zu allen Belegschaftsversammlungen. Sie wiesen darauf hin, daß die Gewerkschaften »das Vertrauen

auch eines großen Teils der nicht organisierten Arbeiter« besäßen und die Arbeiterausschüsse »zum größten Teile aus organisierten beständen, die den beratenden Beistand der Organisationen wünschten, weil sie sonst aus geschäftlicher Unerfahrenheit den Zusammenhang der Dinge nicht übersehen könnten, deshalb unverständige Forderungen stellten und leicht den an sie herantretenden extremen Bestrebungen nachgäben«.

Gayl folgte dieser Argumentation insoweit, als er entgegen den Wünschen der Zechenherren, die ein Verbot sämtlicher Belegschaftsversammlungen und eine Verschärfung der Zensur verlangten, weitere Beschränkungen des Versammlungsrechts und mehr Zensur ablehnte. Unter Hinweis darauf, daß die »Gesamtheit der Arbeiter« während des Krieges trotz der Ernährungsschwierigkeiten und erhöhter Anforderungen »eine durchaus vaterlandsfreundliche Haltung eingenommen und mit geringen Ausnahmen stets sich arbeitswillig gezeigt« habe, hingegen auf manchen Zechen, »namentlich durch untergeordnete Organe, eine zu schroffe Behandlung, stellenweise wohl eine zu scharfe Abweisung auch berechtigter Lohn- und anderer Forderungen zu beklagen gewesen« sei, forderte er vielmehr die Grubenbesitzer auf, »die Verhütung jeglicher Mißstimmung aus solchen Anlässen als eine patriotische Pflicht« anzusehen und alles zu tun, »um die noch immer friedliche Stimmung der großen Menge der Arbeiterschaft zu erhalten und zu stützen«.

Namentlich an den Zechenverband richtete er das »dringende Ersuchen, die schroff ablehnende Haltung« gegenüber den Gewerkschaften während des Krieges »insoweit fallen zu lassen, als dies ohne eine Preisgabe des prinzipiellen Standpunkts möglich« sei. Außerdem forderte er die Zivilbehörden auf, im Interesse einer friedlichen Beilegung der Arbeitskonflikte »ungesäumt mit den Zechenverwaltungen, mit den Bergwerksbehörden, den Arbeiterausschüssen, den Gewerkschaftsorganisationen und allen den sonstigen Behörden und Stellen, die auf die Arbeiterschaft einzuwirken in der Lage sind, in Verbindung zu treten und ihnen zu eröffnen, daß die Arbeiterausstände unter keinen Umständen weiter geduldet werden« könnten²⁰⁴.

Das Vorgehen Gayls empfahl der preußische Kriegsminister wenige Tage später allen Militärbefehlshabern als beispielhaft für den Fall größerer Arbeitskämpfe in der Rüstungsindustrie. Bei Lohnstreitigkeiten, die zu Streiks führen könnten, sollten sie sich rechtzeitig um eine Vermittlung bemühen, nach Ausbruch eines Streiks aber, »durch den die rechtzeitige Versorgung des Heeres irgendwie gefährdet werden kann, ... mit allen verfügbaren Mitteln und aller Schärfe« eingreifen, dabei allerdings »Über-eilung« vermeiden, »um unbedeutenden Vorkommnissen nicht künstlich eine größere Bedeutung zu geben und nicht etwa durch Mißgriffe Agita-

tionsstoff« zu liefern oder unnötige Märtyrer zu schaffen. »Rädelsführer« sollten allerdings sofort, am besten schon vorbeugend, verhaftet und vor Gericht gestellt, zum Militär eingezogen oder in Sicherheitshaft genommen, die Wiederaufnahme der Arbeit notfalls unter Strafandrohung erzwungen werden. Nach erstmaliger Anwendung dieser Maßnahmen seien »die Führer der Sozialdemokratie (ausschließlich Haase-Gruppe) und der Gewerkschaften zu den Militärbefehlshabern zu bestellen, damit ihnen die Notwendigkeit dieser Maßregeln dargelegt und so womöglich ihre Einwirkung auf die Arbeiter erreicht wird«²⁰⁵. Auch andere Bundesstaaten suchten im dritten Kriegsjahr die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, um innere Unruhen zu verhüten oder, falls sie trotzdem ausbrechen sollten, möglichst schnell unter Kontrolle zu bringen²⁰⁶.

Die Gewerkschaften gerieten mit ihrer Reaktion auf Streiks, denen wie im Ruhrgebiet Nahrungsmittelmangel und unzureichende Löhne zugrunde lagen, in ein Dilemma. Auf der einen Seite kamen sie dadurch, daß sie sich Behörden und Unternehmern gegenüber als Anwältinnen der Arbeitsdisziplin in den Betrieben und der Mäßigung materieller Forderungen der Arbeiter empfahlen, ihrem Ziel näher, als Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt zu werden, sich endlich Zutritt zu den Großbetrieben zu verschaffen und deren Belegschaften zu organisieren. Auf der anderen Seite konnten sie mit dieser Taktik die materiellen Interessen ihrer alten und neuen Mitglieder nur in beschränktem Maße durchsetzen und auf die Dauer eine weitere Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lage und folglich ein erneutes Ansteigen der Unzufriedenheit nicht verhindern. Solange sich diese in ökonomischen Forderungen ausdrückte, ließen sich die materiellen Ansprüche höher schrauben und notfalls auch die einstweilen suspendierten sozialpolitischen Grundsatzforderungen wieder in die Auseinandersetzung mit Unternehmern und Militärbehörden einbringen.

Hierbei allerdings liefen sie Gefahr, ihre soeben etwas vergrößerten Handlungsmöglichkeiten wieder zu verspielen. Sobald sich nämlich die Gewerkschaften nicht mehr ausschließlich für die Erhaltung der Arbeitsdisziplin, die Sicherung der Rüstungsproduktion und die Unterstützung der Regierungspolitik einsetzten, trafen die Repressionsmaßnahmen auch sie. Nachdem beispielsweise der Bergarbeitersekretär Franz Pokorny in Versammlungen sich »aufreizender Redewendungen« bedient hatte, die nach Meinung der Militärs entschieden geeignet waren, »den Burgfrieden zu stören und Unruhe in die Arbeiterschaft hineinzutragen«, wurde er auf Anordnung Gayls als Redner nur noch mit der Auflage zugelassen, daß er vorher eine genaue Niederschrift seiner Rede einreichte, um sicherzustellen, »daß seine Ausführungen sich in dem zulässigen Rahmen bewegen«. Der Überwachungsbeamte hatte dafür zu sorgen, daß Pokorny vom Inhalt

seines Manuskripts nicht abwich²⁰⁷. Scheuten die Gewerkschaften jedoch Konflikte, setzten sie sich der Gefahr aus, das Vertrauen ihrer Mitglieder und Sympathisanten zu verlieren. Daß sie auch im Ruhrgebiet bestand, zeigte sich im Dezember 1916, als im Wahlkreis Bochum, in dem eine Landtags-Nachwahl anstand, bei der Kandidatenaufstellung Otto Hue, der Redakteur der Bergarbeiter-Zeitung und populäre Führer des Bergarbeiterverbandes, dem zur Minderheit neigenden Parteisekretär Windau unterlag²⁰⁸.

Im Gegensatz zu den Streiks im Ruhrgebiet brachten die Sympathiestreiks für Liebknecht, in denen ökonomische Forderungen gar keine Rolle spielten, die Gewerkschaften an die Grenzen ihres Handlungsspielraums, die sie mit der politischen Entscheidung vom August 1914 selbst aufgerichtet hatten. Auf eine rein politische Aktion ihrer Mitglieder konnten sie nicht mit ökonomischen oder sozialpolitischen Forderungen an Staat und Unternehmer reagieren. Daher zeigten sie sich zunächst »ratlos«²⁰⁹ und »aus dem Konzept gebracht«²¹⁰. Die Gewerkschaftsfunktionäre in den Berliner Betrieben wurden angewiesen, sich zurückzuhalten; sie ließen sich daraufhin bei den Streikenden nicht sehen²¹¹. Schließlich entschied sich die Gewerkschaftsführung für eine Zusammenarbeit mit der Regierung gegen die Opposition in den eigenen Reihen; denn sie sah, daß ihr Einfluß auf die Massen bedenklich gefährdet war, wenn das Beispiel politischer Streiks, unabhängig vorbereitet und durchgeführt, Schule machte. Nicht weniger klar erkannten die Exponenten der Staatsmacht, daß dann auch die Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Gewerkschaftsführung erschüttert wurde. Das aber konnte fatale Folgen für die gesamte Kriegspolitik und darüber hinaus für das politische System Preußen-Deutschlands nach sich ziehen.

Der Oberbefehlshaber in den Marken verbot deshalb der Presse jegliche Erwähnung des Berliner Streiks²¹². Generalkommission und Parteivorstand äußerten sich daher erst vier Wochen später, anläßlich des dritten Jahrestages des Kriegsausbruchs, in einem gemeinsamen Aufruf. Von den politischen Streiks, die Ende Juni stattgefunden hatten, war darin allerdings nicht die Rede, sondern nur von »einzelnen Leuten« und »anonymen Flugblättern, die ... Haß und Mißtrauen gegen die von den Arbeitern selbst gewählten Vertrauensleute zu säen« suchten, von »Verdächtigungen und wüsten Schimpfereien«, mit denen »die Arbeiterschaft zu unbesonnenen Handlungen aufgefordert und gewissenlos die Propaganda für Streiks und Massenaktionen betrieben« werde²¹³. Dieser Aufruf verfolgte ersichtlich die Absicht, Liebknecht und seine Anhänger als zwielichtige Drahtzieher darzustellen, zu diffamieren und zu kriminalisieren, um einer Solidarisierung der Arbeiterschaft mit ihnen entgegenzuwirken, und darüber hin-

aus die Arbeiter einzuschüchtern. Zu diesem Zweck verwiesen die Verfasser auf die Bestimmungen des Kriegsrechts und betonten, daß jeder Streikende die möglichen Folgen einer Arbeitsniederlegung allein tragen müßte; »weder die Partei noch die Gewerkschaften könnten hier mit Unterstützungen eingreifen«. Demgegenüber wurden die alleinige Zuständigkeit der Gewerkschaftsorganisationen für die Einleitung von Lohnbewegungen und Streiks betont, auf ihre bisherigen Anstrengungen zur Verbesserung der Lohn- und Ernährungsverhältnisse verwiesen und die Arbeiter aufgefordert, treu zu den Organisationen zu stehen und alle Zersplitterungsversuche zurückzuweisen.

Um diesen Aufruf auch denen zur Kenntnis zu bringen, für die er in erster Linie gedacht war, beschloß die Generalkommission, ihn als Flugblatt in 40000 Exemplaren in den Berliner Großbetrieben verteilen zu lassen. Doch als sich die Obleute der Großbetriebe und die Gewerkschaftsfunktionäre trafen, um die Verteilung zu organisieren, kam es gegen deren Willen zu einer Aussprache über den Inhalt mit dem Ergebnis, daß die Obleute seine Weitergabe ablehnten. Sie erklärten einhellig, »daß sie es nicht wagen könnten, mit diesem Aufruf vor die Arbeiter ihrer Betriebe hinzutreten«²¹⁴. Bei dieser Abfuhr für die Gewerkschaftsführung spielte es eine Rolle, daß nach dem Sympathiestreik für Liebknecht Tausende von Arbeitern zum Heeresdienst eingezogen worden waren und die Umstände der Einberufungen den Verdacht hatten aufkommen lassen, »daß auch die Gewerkschaftsführer der Militärbehörde Angaben gemacht haben mußten«²¹⁵.

Er war besser begründet, als die meisten Teilnehmer dieser Versammlung ahnen mochten. Wenige Tage zuvor nämlich hatte August Müller, Vorstandsmitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, ein enger Freund Winnigs, politisch ganz auf dem rechten Flügel stehend und seit Sommer 1916 Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes, einem Abteilungsdirektor im Kriegsministerium unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit nicht nur von neuerlichen Streikabsichten der Metallarbeiter für den 1. August berichtet, sondern gleichzeitig erklärt, »die Führer hätten nicht mehr die nötige Macht und wünschten schon deshalb ein scharfes Vorgehen, um die Macht wieder in die Hand zu bekommen«; die »Gefahr einer Spaltung der Gewerkschaften« sei ernstlich gegeben. Deshalb ermunterte er das Kriegsministerium, »gegen den Terrorismus« vorzugehen, lobte die »bisherigen scharfen Maßnahmen« und erklärte sich bereit, »eine Liste von weiteren Hetzern vorzulegen«²¹⁶. Demnach hatte er schon früher den Militärs eine übergeben. Da Müller kein Gewerkschaftsfunktionär war, bis zu seiner Berufung ins Kriegsernährungsamt in Hamburg gelebt hatte und in Berliner Gewerkschaftskreisen kaum Verbindungen besaß,

konnten ihm die Namenlisten nur von der DMV-Ortsverwaltung, möglicherweise auch von Funktionären anderer Verbände in denunziatorischer Absicht zugespielt worden sein.

Zum Abschluß der Unterredung ließ Müller die Bemerkung fallen, »die Geldmittel der Gewerkschaften gingen zur Neige«, und regte eine »finanzielle Unterstützung von seiten der Regierung« an. Ob es sich hierbei um eine private Anregung oder eine Sondierung im Auftrag der Generalkommission handelte, ist nicht zu klären. Auf jeden Fall aber zeigt diese Unterredung eindringlich, auf welch weitgehende Zusammenarbeit mit dem staatlichen Machtapparat sich die Gewerkschaftsführung einließ, als sie ihre Politik und ihren Einfluß in der Arbeiterschaft durch die Opposition in den eigenen Reihen zum erstenmal ernstlich gefährdet sah²¹⁷.

9. Kapitel: Das Hilfsdienstgesetz und seine sozialen Auswirkungen

Entstehung des Hilfsdienstgesetzes

Im Sommer 1916 befanden sich die Mittelmächte in einer besorgniserregenden militärischen Lage. Die Materialschlachten, mit denen Falkenhayn bei Verdun die Entscheidung erzwingen wollte, hatten riesige Mengen an Munition und Kriegsgerät und Hunderttausende von Menschenleben gekostet, aber keinen Durchbruch erzielt und am Ende nur die militärische Kraft Deutschlands und seiner Verbündeten geschwächt. Im Westen erwiesen sich die englischen Truppen bald als überlegen. Im Osten gerieten die österreichischen Truppen unter der Offensive des russischen Generals Brussilow ins Wanken und mußten sich mit schweren Verlusten bis an die Karpathen zurückziehen.

Welche Schlüsse die militärische Situation der Mittelmächte nahelegte, zeigte das Verhalten Rumäniens, das im August 1916 auf der Seite der Entente in den Krieg eintrat, um zur Verteilung der bald zu erwartenden Kriegsbeute nicht zu spät zu kommen. »Der Gedanke, daß Deutschland unterliegen könne, erhebt sich drohend«, notierte David Ende September 1916'. Nachdem die Autorität der Reichsleitung ohnehin schon rampoliert und die Aura des Kaisers verblaßt war, schwand nun auch das Vertrauen in die militärische Führung. Um es wiederherzustellen und die Siegeszuversicht und den Durchhaltewillen der Bevölkerung neu zu beleben,

wohl auch, um sie notfalls von der Notwendigkeit eines Verständigungsfriedens überzeugen zu können, ohne daß daraus gefährliche soziale Unruhen erwachsen, wurden im August 1916 die populärsten Heerführer an die Spitze der Obersten Heeresleitung berufen, Hindenburg und Ludendorff, der »Mythos von Tannenberg und sein Gehirn«², in den Augen des Kaisers »Wotan und . . . Siegfried unserer Zeit«³.

Sie entwickelten sogleich in engem Kontakt mit der Schwerindustrie hochfliegende Pläne zur Ankurbelung der Rüstungsindustrie. Danach sollten bis Frühjahr 1917 die Produktion von Munition und Minenwerfern um das Doppelte, von Geschützen, Maschinengewehren und Flugzeugen auf das Dreifache, die Kohleförderung um 1 000 000 Tonnen, die Eisenerzförderung um 800 000 Tonnen im Monat gesteigert und die Hochöfen, Stahl- und Hüttenwerke bis zur äußersten Grenze ausgenutzt werden⁴. Voraussetzung für die Durchführung dieses sogenannten Hindenburg-Programms waren der Aus- und Neubau von Fabrikationsanlagen sowie die Erfassung aller verfügbaren Arbeitskräftereserven und ihre Konzentration in der Kriegsindustrie. Gleichzeitig sollte aber auch der vermehrte Bedarf an Soldaten gedeckt werden⁵. Die benötigten Arbeitskräfte ließen sich also nur durch die Überführung von Arbeitern, die nicht Kriegsdienst leisteten – Jugendlichen, Reklamierten, älteren Männern und Frauen – aus nicht kriegswichtigen Branchen in die Rüstungsindustrie beschaffen. Schwerindustrie und OHL wollten dies mit einem allgemeinen »Arbeitszwang«⁶ erreichen, die Regierung mit einer Bundesratsverordnung aufgrund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914.

Den Prinzipien ihrer Kriegspolitik getreu, verschlossen sich die Gewerkschaften keineswegs den Notwendigkeiten zur Sicherstellung des Rüstungsbedarfs, also auch nicht staatlichen Eingriffen in den Arbeitsmarkt. Überdies trauten sie sich nicht zu, die Durchsetzung eines Arbeitszwanges zu verhindern. In der Absicht, die Kriegsverhältnisse zur Durchsetzung innen- und sozialpolitischer Fortschritte auszunutzen, suchten sie jedoch als Gegenleistung eine Reihe seit langem erstrebter sozialpolitischer Verbesserungen zu erzielen. Auf Betreiben der freien Gewerkschaften⁷ verständigten sich die drei Gewerkschaftsrichtungen und die wichtigsten Angestelltenorganisationen auf einen Katalog gemeinsamer Forderungen: Einrichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in allen kriegswichtigen Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten, auch in landwirtschaftlichen und staatlichen Betrieben; Bildung paritätischer Einigungsämter im Bereich jedes Bezirkskommandos sowie von Schiedsgerichten in jedem Korpsbezirk; Sicherung des Rechts zum Stellenwechsel, falls dieser dem Arbeiter eine erhebliche Verbesserung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen einbrachte; unbeschränktes Koalitions- und Versammlungs-

recht und eine weniger restriktive Handhabung des Belagerungszustandes; Ausdehnung aller dieser Rechte auch auf Reklamierete; Einrichtung eines parlamentarischen Beirats im Kriegsamt zur Überwachung dieser Maßnahmen⁸. Durch die Verbindungen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu den ihnen jeweils nahestehenden Parteien oder Parteiflügelern war diesen Forderungen im Reichstag eine breite Mehrheit von der SPD über das Zentrum und die FVP bis zum linken Flügel der Nationalliberalen und sogar bis zur Deutschen Fraktion sicher⁹.

Unternehmerorganisationen und Werkvereine waren entsetzt. Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie warnte den Kanzler, eine Erfüllung der Forderungen würde »die weittragendsten und verhängnisvollsten Folgen für die Leistungsfähigkeit unserer Industrie und damit für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens und der finanziellen Kraft des Reiches nach sich ziehen«. Er äußerte die »dringende Bitte«, ihnen »ein entschiedenes ›Unannehmbar!‹ entgegenzustellen«¹⁰. Die Werkvereine fürchteten »die endgültige Vernichtung der wirtschaftsfriedlichen Bewegung und den Koalitionszwang für die nicht organisierten vier Fünftel der deutschen Arbeiterschaft«, falls es den Gewerkschaften gelingen sollte, sich mit dem Hilfsdienstgesetz ein Monopol für die wirtschaftliche und soziale Interessenvertretung der Arbeiterschaft zu sichern¹¹.

Im preußischen Kabinett teilten viele Minister diese Bedenken; andere kamen hinzu¹². Breitenbach und Schorlemer sträubten sich gegen die Einführung von Schlichtungsausschüssen; der eine, weil er durch ihr Wirken außerordentliche Lohnsteigerungen für die Eisenbahner mit unabsehbaren Auswirkungen auf die übrigen Löhne und Gehälter auf sich zukommen sah; der andere, weil er ein »unerträgliches dauerndes Steigen« der Landarbeiterlöhne befürchtete. Andere Minister schreckte die Möglichkeit, daß das Recht, bei Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeitsstelle zu wechseln, dem Zweck des Gesetzes zuwiderlaufen könnte. Der Handelsminister sah in dem ganzen Apparat von Arbeiter-, Schlichtungs- und Feststellungsausschüssen »nichts weniger und nichts mehr als den organisierten Streik«. Außerdem wurde die Befürchtung laut, diese neuen Einrichtungen, obwohl nur für die Dauer des Krieges geschaffen, würden sich bei Kriegsende kaum wieder beseitigen lassen.

Bethmann Hollweg gab sich hierüber schon jetzt keinen Illusionen mehr hin. Er ging davon aus, »daß wir als Folge der durch den Krieg notwendig gewordenen politischen Neuorientierung nach dem Friedensschluß der Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse und Einigungsämter doch nicht entgehen könnten«. Deshalb versuchte er, aus der Not eine Tugend zu machen und die erbitterte und betrübte Ministerrunde zu trösten: »Vielleicht sei . . . der Umstand, daß dies Gesetz . . . eine Überleitung gäbe und

uns Erfahrungen sammeln lasse, nicht unnützlich und . . . diese allmähliche Entwicklung besser, als wenn später die Regierung durch langwierige Kämpfe mit der dabei unvermeidlichen Erregung und Aufreizung der Gemüter dazu gezwungen würde. « Darüber freilich, daß man den Forderungen der Gewerkschaften schließlich werde nachgeben müssen, war sich niemand im unklaren. »Der Reichstag wisse, daß die Regierung das Gesetz nicht scheitern lassen dürfe, und diese Zwangslage nutze er eben aus und erpresse die von ihm gewünschten Bestimmungen«, beschrieb Helfferich voll Ingrimms die innenpolitische Konstellation.

Die Einzelheiten des »Kuhhandels«¹³ zwischen Regierung und Gewerkschaften sind bekannt¹⁴. Bemerkenswert daran ist in diesem Zusammenhang lediglich, daß Groener, als Chef des neugeschaffenen Kriegsamt¹⁵ der maßgebende Mann für die militärische Wirtschafts- und Sozialpolitik, nicht nur der Regierung von vornherein riet, den gewerkschaftlichen Wünschen nachzukommen, um ein öffentliches Tauziehen im Reichstag zu vermeiden, sondern insgeheim sogar die Gewerkschaften ermutigte, an ihren Forderungen festzuhalten, indem er ihnen bedeutete, die Regierung werde ihnen trotz aller Einwände am Ende nachgeben müssen. Er tat das nicht, um den zivilen Ressortchefs das Leben zu erschweren, und auch nicht aus den ihm immer wieder fälschlicherweise nachgesagten demokratischen Neigungen süddeutscher Provenienz.

Vielmehr zweifelte er – anders als die OHL, die meisten Regierungsmitglieder und die Schwerindustriellen¹⁶ – aufgrund seiner Kenntnis der militärischen und wirtschaftlichen Situation Deutschlands seit der Marne-Schlacht an einem deutschen Sieg¹⁷ und suchte beizeiten für die von ihm keineswegs mehr ausgeschlossene Möglichkeit einer deutschen Niederlage vorzusorgen. Er sah voraus, daß sie die Gefahr einer sozialen Revolution mit sich bringen würde. Die einzigen Organisationen aber, die eine Revolution würden verhindern oder bremsen und die bisher herrschenden Klassen vor dem Verlust ihrer Macht würden bewahren können, waren für ihn die Gewerkschaften. Um die »Erhaltung der Monarchie« auch bei einem unglücklichen Kriegsausgang zu sichern, hielt er es deshalb bereits jetzt für das »dringendste Erfordernis der Stunde«, einerseits »den Einfluß der Gewerkschaften auf die Massen . . . zu stärken« und sie andererseits »möglichst der staatlichen Autorität dienstbar zu machen«. Nicht nur zur Durchsetzung des Hilfsdienstgesetzes, sondern »für die Fortführung des Krieges überhaupt« wollte er deshalb mit ihnen einen »Pakt« abschließen, um »auf die Führung der Arbeiterschaft dauernd bestimmenden Einfluß zu erhalten« und dafür zu sorgen, daß »die Arbeiterschaft fest in der Hand des Staates« blieb¹⁸. Groeners antirevolutionäre Strategie, die im Bündnis mit Ebert vom November 1918 zum Tragen kam und die Entwicklung der No-

vemberrevolution nachhaltig beeinflusste, war also bereits zwei Jahre zuvor voll entwickelt.

Am 2. Dezember 1916 passierte das Hilfsdienstgesetz mit 235 Stimmen gegen die 19 Stimmen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft den Reichstag¹⁹. Es verpflichtete alle männlichen Deutschen zwischen 17 und 60 Jahren zur Arbeit in kriegswichtigen Betrieben. Ein Stellenwechsel war von der Genehmigung durch einen Schlichtungsausschuß abhängig. Solche Ausschüsse wurden in paritätischer Zusammensetzung in allen Korpsbezirken eingerichtet; ihre Zuständigkeit erstreckte sich auch auf die Arbeiter der Heeres- und Staatsbetriebe mit Ausnahme der Eisenbahner²⁰ sowie auf die Landarbeiter und die Reklamierten. Als ein hinreichender Grund zum Stellenwechsel galt eine damit verbundene »angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen«. Stellte ein Schlichtungsausschuß fest, daß diese Voraussetzung vorlag, und weigerte sich der Arbeitgeber, die Arbeitsbedingungen in seinem Betrieb entsprechend zu verbessern, so erhielt der Arbeiter den sogenannten Abkehrschein, der ihn zum Stellenwechsel berechtigte. Arbeiter, die ohne Schein ihre Arbeitsstelle verließen, durften zwei Wochen lang von keinem anderen Betrieb eingestellt werden, riskierten für diese Zeit also Arbeitslosigkeit ohne irgendwelche Unterstützung.

Um Lohn- und Arbeitskonflikte möglichst innerhalb der einzelnen Betriebe zu lösen und die Fluktuationsrate niedrig zu halten, sollten ferner in allen kriegswichtigen Betrieben einschließlich der der Heeres- und Marineverwaltung mit mehr als 50 Beschäftigten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse gebildet werden. Ihre Mitglieder wurden wie die Arbeitnehmervertreter der Schlichtungsausschüsse nach den Vorschlägen der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen berufen. Zur Entscheidung darüber, welche Betriebe als kriegswichtig gelten sollten, sah das Gesetz Feststellungsausschüsse vor; sie bestanden aus einem Offizier und zwei Staatsbeamten sowie je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer²¹. In diesem Zusammenhang sagte die Regierung den Gewerkschaften zu, auch sie als kriegswichtige Einrichtungen anzuerkennen, also nicht durch Einberufungen ihren Funktionsapparat weiter zu dezimieren²².

Überwacht werden sollte die Durchführung des Gesetzes durch einen Ausschuß von 15 Reichstagsabgeordneten, mit dem das Kriegsamt enge Fühlung zu halten hatte²³. Zusätzlich wurde der Führer der größten deutschen Gewerkschaft, der DMV-Vorsitzende Alexander Schlicke, zur Vertretung der Arbeiterinteressen ins Kriegsamt berufen. Zu seiner dekorativen Umrahmung entstand schließlich im Kriegsamt noch ein Vertrauensmänner-Ausschuß, dem als Trostpflaster für die Gelben auch ein Vertreter der Wirtschaftsfriedlichen angehörte²⁴.

Die Ambivalenz von politischer Bedeutung und sozialpolitischer Wir-

kung des Hilfsdienstgesetzes trat schon in der zeitgenössischen Beurteilung zutage. Mit Recht hob die Opposition innerhalb der Gewerkschaften immer wieder hervor, daß mit Hilfe dieses Gesetzes noch mehr Arbeiter in die Rüstungsfabriken getrieben und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt wurden. Auch rief es besondere Erbitterung hervor, daß viele Angehörige der »besseren Schichten« von der Arbeit in der Kriegsindustrie verschont blieben; ihre ungleich leichtere und angenehmere Tätigkeit in Kriegsgesellschaften, Behörden oder Fürsorgeeinrichtungen galt ebenfalls als kriegswichtige Beschäftigung. In der Tat trug das Gesetz dazu bei, die letzten menschlichen und materiellen Reserven für die Fortsetzung des Kampfes zu mobilisieren, der noch Hunderttausende von Soldaten an der Front und ungezählte Arbeiter in den Rüstungsbetrieben Leben oder Gesundheit kostete, ohne doch am Ende Deutschland dem Sieg näherzubringen.

Insofern bildet die Beteiligung der Gewerkschaften am Zustandekommen des Hilfsdienstgesetzes den Höhepunkt ihrer Kriegspolitik, soweit sie die Unterstützung der Kriegführung betraf. Alle Gewerkschaftsrichtungen, dazu die drei Angestelltenverbände, brachten dies zehn Tage nach Annahme des Gesetzes in einer gemeinsamen Kundgebung mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Gustav Bauer betonte hier den »guten Willen« der »organisierten Arbeiter und Angestellten, ... in vollstem Maße ihre Pflicht und Schuldigkeit« zu tun, »um das Gesetz flott zu machen« und den Truppen »das zu liefern, was sie dringend notwendig haben, wenn sie dem feindlichen Ansturm nicht unterliegen sollen«²⁵. Einmütig versprachen die versammelten Organisationen, »einig und geschlossen alle Kraft in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, damit die Vernichtungspläne der Gegner erfolglos bleiben«²⁶.

Wenn man freilich vom Hauptzweck des Gesetzes absah und es in sozialpolitischer und verfassungsrechtlicher Perspektive betrachtete, erschien es als Sensation. Der preußische Innenminister stellte fest, »in der parlamentarischen Geschichte sei es das erste Mal, daß ein Gesetz so schwerwiegende Änderungen in den bestehenden sozialpolitischen Verhältnissen herbeiführe wie das vorliegende«²⁷. Die Schwerindustrie bezeichnete es als ein »Gewerkschafts-Hilfsgesetz, ... einen Riesenerfolg für die SPD«²⁸ und »die denkbar größte Niederlage, welche die Regierung seit langem zu verzeichnen« hatte²⁹, als »reines Schutzgesetz für die Arbeiterschaft« und »sozialpolitisches Ausnahmegesetz ... gegen die Unternehmer«³⁰. Die Gewerkschaften hätten »den Gedanken der Arbeitspflicht zu Fall gebracht und das Banner der Arbeitsfreiheit mitten im Kriege aufgepflanzt«³¹ und damit ein Gesetz erzwungen, welches ihnen »eine bis dahin nicht gekannte Machtfülle verlieh und geradezu einen Zwang zum Eintritt in die Gewerkschaft für die Arbeiterschaft« darstellte³².

Tatsächlich brachte das Gesetz die Gewerkschaften einigen seit Jahrzehnten verfolgten Zielen einen großen Schritt näher. Die Berufung Schlickes ins Kriegsamt und die Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern in Feststellungs- und Schlichtungsausschüssen bedeutete ihre Anerkennung als Vertretung der Arbeiterschaft durch den Staat. Da in denselben Gremien auch Arbeitgebervertreter saßen, wurden auch sie dadurch zur wenigstens indirekten Anerkennung der Gewerkschaften gezwungen. Mit der Einführung von Arbeiterausschüssen in allen kriegswichtigen Mittel- und Großbetrieben ging in den bedeutendsten Sektoren der deutschen Industrie die Epoche der feudalistischen Betriebsverfassung zu Ende. Zwar blieben spektakuläre Veränderungen der innerbetrieblichen Machtverhältnisse einstweilen aus: Die Arbeiterausschüsse hatten keine Entscheidungsbefugnis, sondern konnten lediglich Anträge, Wünsche und Beschwerden, die sich auf Einrichtungen, Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie auf betriebliche Wohlfahrtseinrichtungen bezogen, dem Unternehmer zur Kenntnis bringen. Ihre Bedeutung lag in erster Linie darin, daß sie in Verbindung mit der Anerkennung der Gewerkschaften durch den Staat den Organisationen die Möglichkeit gaben, in die ihnen bislang versperrten Großbetriebe einzudringen, deren Belegschaften zu erfassen und die Werkvereine zurückzudrängen³³.

Gesellschaftspolitisch bedeutsam war das Hilfsdienstgesetz auch deshalb, weil seine Vorbereitung die Zusammenarbeit der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen festigte und darüber hinaus ihr Bündnis um eine Reihe von Angestelltenorganisationen erweiterte. In der Kundgebung vom 12. Dezember 1916 erklärten die beteiligten Organisationen, »daß in der gegenwärtigen Zeit Differenzen unter der organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft« nicht bestünden³⁴, und bekräftigten ihren Willen zur Zusammenarbeit. Insbesondere sagten sie den Werkvereinen gemeinsam den Kampf an. Zum erstenmal deutete sich hierin die Möglichkeit der Herausbildung einer breiten Arbeitnehmerfront an. Daß auch die politische Bedeutung der Organisationen nicht zuletzt wegen ihrer Zusammenarbeit zunahm, wurde protokollarisch durch die Teilnahme Groeners und Helfferichs an dieser Kundgebung unterstrichen; es war das erste Mal, daß ein General und ein Vizekanzler einer mehrheitlich sozialdemokratischen Arbeitnehmerversammlung beiwohnten.

Politische Bedeutung erlangte das Hilfsdienstgesetz im übrigen deshalb, weil seine Verabschiedung zur Herausbildung der Reichstagsmehrheit beitrug und die Parlamentarisierung einen Schritt näherbrachte. Der Block von Arbeitnehmerorganisationen bildete das Fundament für die breite Reichstagsmehrheit, die dem Hilfsdienstgesetz zustimmte. Diese Mehrheit erzwang mit der Einrichtung des parlamentarischen Kontrollgremiums im

Kriegsamt zugleich zum erstenmal eine Beschränkung der Exekutivkompetenz des Bundesrats und setzte damit ein Signal für den Machtanspruch des Parlaments. Schließlich demonstrierte die Entstehung des Hilfsdienstgesetzes den Zusammenhang zwischen dem Funktionieren des Gewerkschaftsbündnisses und Erfolgen der Reichstagsmehrheit. Der Reichstag wurde in dem Augenblick zu einem unüberwindlichen Machtfaktor, in dem sich der außerparlamentarische Gewerkschaftsblock des Parlaments zur Durchsetzung seiner Forderungen bediente. Aufgrund dieser Interessenbasis geschah dies zunächst auf dem Gebiet der Sozialpolitik, in dem Bereich also, in dem die Gewerkschaften die größte Sachkenntnis besaßen und folglich über ein gesundes Selbstbewußtsein und eine klare Beurteilung der Machtverhältnisse verfügten. Es konnte als sicher gelten, daß sie nach dem Beispiel des Hilfsdienstgesetzes auch andere sozialpolitische Wünsche würden durchdrücken können. Wo jedoch das Interesse der Gewerkschaften weniger stark und ihre Einigkeit weniger ausgeprägt war, wie in der allgemeinen Innen- sowie der Außenpolitik, und wo sie deshalb auf die ihnen nahestehenden Parteien weniger massiv einwirkten, fehlten der Reichstagsmehrheit der Durchsetzungswille und folglich die Durchsetzungskraft. Am Schicksal der Wahlrechts- und Parlamentarisierungsfrage wird dies deutlich³⁵.

Die Erwartungen, die Militärs und Industrie an das Hindenburg-Programm und an das Hilfsdienstgesetz geknüpft hatten, blieben freilich unerfüllt. Bei den vorbereitenden Planungen standen »einwandfreie statistische Unterlagen für die Beurteilung der Zahl der zu gewinnenden Arbeitskräfte nicht zur Verfügung«³⁶. Binnen kurzem stellte sich heraus, daß der überwiegende Teil aller Arbeiter bereits in Betrieben beschäftigt war, die das Hilfsdienstgesetz als kriegswichtig anerkannte. Die in großem Stil und gegen den Widerstand der betroffenen Unternehmer und Arbeiter begonnene Stilllegung kriegsunwichtiger Betriebe setzte deshalb hauptsächlich Jugendliche, Frauen und ältere Männer frei³⁷.

Aus der unerwartet kleinen Zahl der Hilfsdienstpflichtigen unter ihnen leisteten nur wenige der Aufforderung Folge, Arbeit in einem bestimmten Betrieb anzunehmen, und von ihnen erwies sich die Mehrzahl als unbrauchbar³⁸. Denn zur Erfüllung des Hindenburg-Programms benötigte die Industrie in erster Linie Facharbeiter, insbesondere für den Bergbau und die Metallverarbeitung. Aber auch das Hilfsdienstgesetz konnte »keine Facharbeiter hervorzaubern . . . , wo diese nicht vorhanden waren«³⁹, und die Ausbildung neuer Facharbeiter, »obwohl in nachdrücklichster Weise vom Kriegsamt gefordert und gefördert«⁴⁰, brauchte mehr Zeit, als das Rüstungsprogramm zuließ. Dessen Anlaufen verschärfte daher trotz Hilfsdienstgesetz den Arbeitermangel erheblich. Allein im Winter 1916/17

mußte die OHL 125 000 eingezogene Facharbeiter zur Arbeit in die Heimat entlassen; von Ende September 1916 bis Mitte Juli 1917 wuchs die Zahl der Reklamierten um 700 000 auf über 1,9 Millionen, von denen die Hälfte kriegsverwendungsfähig war. Infolgedessen sank die Bataillonsstärke an der Westfront von 750 auf 713, an der Ostfront von 800 auf 780 Mann⁴¹.

In der Heimat geriet unterdessen der Arbeitsmarkt in Bewegung. Ausgangspunkt war der § 9 des Hilfsdienstgesetzes, der den Stellenwechsel bei »angemessener Verbesserung« der Arbeitsbedingungen gestattete⁴². Infolge des chronischen Arbeitermangels wetteiferten die Rüstungsbetriebe – die staatlichen inbegriffen⁴³ – gegenseitig mit Lohnangeboten, um einander die Arbeitskräfte abzufragen. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie schlug hierbei sogar ihre eigenen Prinzipien in den Wind und inserierte in den verhaßten Gewerkschaftsblättern⁴⁴. Immer mehr Rüstungsarbeiter forderten infolgedessen Lohnerhöhungen oder den Abkehrschein, oft in ganzen Gruppen. Wurde er ihnen verweigert, verließen sie dennoch nicht selten ihren Betrieb. Entweder nahmen sie die als Strafe gedachten 14 Tage Zwangspause als willkommene Erholung gern auf sich⁴⁵, oder sie fanden in einem anderen Betrieb auch ohne Abkehrschein neue Beschäftigung.

Zusätzliche Impulse erhielt diese Bewegung dadurch, daß das Hilfsdienstgesetz auch für die Reklamierten galt. Bisher hatten sie sich aus Furcht vor der Einberufung unauffällig verhalten und zu den ruhigsten Belegschaftsmitgliedern gezählt; jetzt aber griffen sie kräftig in das Wechselspiel ein. Ihre Fluktuationsrate stieg von 10 auf 40 %⁴⁶. Gleichzeitig fiel ihre Arbeitsleistung. Auf den Baustellen neuer Waffen- und Pulverfabriken etwa drosselten sie das Arbeitstempo, um einer Wiedereinberufung zu entgehen. Im August 1917 schätzte Duisberg den durchschnittlichen Leistungsrückgang der Industriearbeiterschaft gegenüber der Friedenszeit auf 20 %, denjenigen der Reklamierten aber auf 40 %⁴⁷.

In Industriekreisen setzte sich deshalb die Meinung durch, es sei das beste, »wenn das ganze mißlungene Gesetz überhaupt abgeschafft werden könnte«⁴⁸; wenigstens drang man auf eine Revision, die den Stellenwechsel erschweren sollte⁴⁹. Zwar mißbilligten auch die Gewerkschaftsführer die exzessive Fluktuation und teilten die Sorgen über die Wirkungen des § 9⁵⁰. Von einer Änderung des Gesetzes, die die Rechte der Arbeiter beschnitt, ohne ihnen dafür eine Kompensation zu bieten, wollten sie jedoch nichts wissen.

Groener beschränkte sich deshalb im Februar 1917 darauf, den Stellenwechsel für Reklamierte auf den Beschäftigungsbereich einzuschränken, für den sie freigestellt waren, und sie ohne Einschaltung des Schlichtungsausschusses wieder einzuziehen, falls sie eine andere zwar kriegswichtige, aber ihrem Reklamationszweck nicht entsprechende Arbeit annahmen.

Zunächst wurden die Arbeiter der U-Boot-Werften dieser Regelung unterworfen, später auch die Eisenbahner, dann die Bergarbeiter, schließlich alle, die für eine spezielle Tätigkeit reklamiert worden waren⁵¹. Das traf jedoch nur für einen kleinen Teil der Freigestellten zu. Deren überwiegende Mehrheit blieb also von diesen Beschränkungen unberührt, ebenso alle hilfs-, aber nicht kriegsdienstpflichtigen Arbeiter. So ging zwar die Fluktuationsrate im Frühjahr 1917 zurück, Stellenwechsel und Lohnbewegungen aber hielten an. Weitergehende Pläne zur Änderung oder gar zur Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes wurden im Kriegsamt zwar erwogen, aber am Ende nicht weiterverfolgt, im wesentlichen deshalb, weil die Industriellen es ablehnten, für eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter ein behördliches Interventionsrecht bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Eher wollten sie die lautstark beklagten Wirkungen des Gesetzes auch weiterhin in Kauf nehmen, als in eine Schmälerung ihrer Herrschaftspositionen in den Betrieben zu willigen, mochten sie Löhne, Arbeitszeit oder was immer sonst betreffen⁵².

Die Auswirkungen des Hilfsdienstgesetzes auf dem Arbeitsmarkt trugen ebenfalls dazu bei, daß das Hindenburg-Programm nicht zum gewünschten Erfolg führte. Nicht zuletzt wegen der hohen Fluktuationsrate in den Rüstungsbetrieben ging um die Jahreswende 1916/17 die Rüstungsproduktion so spürbar zurück, daß sich die OHL zu einem Rückzug im Westen gezwungen sah; ebenso hing der Entschluß zum unbeschränkten U-Boot-Krieg hiermit zusammen, der insbesondere die Westfront entlasten sollte⁵³. Auch später wurden die Planziele des Programms nicht oder nur mit monatelanger Verspätung erfüllt. Als das Kriegsamt die Unerreichbarkeit erkannte, stoppte es den Bau vieler Rüstungsfabriken; sie blieben halb- oder nahezu fertig liegen. In ihnen aber waren Unsummen von Geld, Arbeitskraft und Materialien investiert, die man der Armee und der übrigen Kriegsindustrie entzogen hatte⁵⁴. So erbrachte das Hindenburg-Programm am Ende niedrigere Produktionsleistungen, als bei ungestörter Weiterarbeit und stetiger Erweiterung der vorhandenen Anlagen zu erwarten gewesen wären. Es beschleunigte den Raubbau an der menschlichen und ökonomischen Substanz Deutschlands, verschärfte den Mangel an Soldaten und Arbeitskräften, an Rohstoffen und Transportmitteln und ließ das Ziel, den Vorsprung der Entente einzuholen oder wenigstens zu kompensieren, in noch weitere Ferne rücken.

Im Grunde lag dies daran, »daß sich die industriellen Führer im Hindenburg-Programm übernommen« hatten⁵⁵. Dies aber hatten sie getan, weil sie die Grenzen der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und der deutschen Armee nicht sehen wollten. Sie verdrängten die Möglichkeit, daß Deutschland aus dem Krieg ohne den entscheidenden Sieg hervorgehen

könnte, der doch die Machtverhältnisse im Reich im allgemeinen und die Herrschaftsverhältnisse in den Betrieben im besonderen sichern sollte. Aus Angst vor einem erfolglosen Kriegsende, das innen- und sozialpolitische Reformen unabweislich gemacht hätte, ergriffen sie die irrationale Flucht nach vorn. Insofern stellt das Hindenburg-Programm die schärfste Ausprägung derjenigen Grundfigur dar, die das politische Denken der herrschenden Klassen im damaligen Deutschland am treffendsten bezeichnet: die Erforderlichkeit des Unmöglichen¹⁶.

Auswirkungen auf die Gewerkschaften

Für die Gewerkschaften allerdings wirkte sich das Hilfsdienstgesetz in vieler Hinsicht positiv aus. Es leitete ihr zahlenmäßiges Wiedererstarken, ihre innere Kräftigung und regionale Ausbreitung sowie die Zertrümmerung der wirtschaftsfriedlichen Organisationen ein. Am deutlichsten zeigte sich dies in den kriegswichtigen Produktionszweigen mit den Schwerpunkten in den großindustriellen Ballungsgebieten.

Zwar nahm die Gesamtmitgliederzahl der freien Gewerkschaften auch im letzten Quartal 1916 noch weiter ab, von 947 564 auf 934 834. In den Verbänden jedoch, die die Beschäftigten der Kriegsindustrie umfaßten, bahnte sich eine deutliche Veränderung an. Im DMV stieg die Mitgliederzahl zwischen Oktober und Dezember 1916 im Bezirk Stuttgart um 18,8 %, im Bezirk Düsseldorf um 10,5 %, im Bezirk Frankfurt um 7,6 % und in Oberschlesien immerhin noch um 2,7 %; insgesamt konnte er im Jahre 1916 ein Wachstum um 5,6 % verbuchen, das er selbst als »außerordentlich erfreulich« empfand¹⁷. Der Bergarbeiterverband gewann im selben Zeitraum 7033 neue Mitglieder; das entsprach einem Anstieg um 15,2 %. Im Fabrikarbeiterverband kam der Mitgliederrückgang nahezu zum Stehen. »In den letzten Wochen des Jahres fing es endlich an, ... etwas lebendiger zu werden«, schrieb der Kölner Gauleiter. Die nach Zehntausenden zählende Arbeiterschaft der Geschoßbedarfsbetriebe »erwachte endlich aus ihrem langen Schläfe. ... Es wurde ... wieder möglich, mit der Agitation einzusetzen und Versammlungen abzuhalten.«¹⁸ Ähnliches berichtete der Lederarbeiterverband, dem die Heeresausrüstung eine Konjunkturblüte bescherte¹⁹.

1917 und 1918 setzte sich diese Entwicklung auf breiter Front fort. Hatten die freien Gewerkschaften von Kriegsausbruch bis Ende 1916 1 549 212 Mitglieder verloren, so verzeichneten sie im Laufe des Jahres 1917 einen Zuwachs von 329 829 Mitgliedern; zwischen Januar und September 1918 kamen weitere 189 216 hinzu. Ihre Gesamtstärke wuchs zwischen Ende

Dezember 1916 und Ende September 1918 um 55,5 % von 934 834 auf 1 453 877. Allerdings lag ihr Mitgliederstand bei Kriegsende noch immer um 1 095 066 (43,6 %) unter dem Vorkriegsstand.

Wie Tabelle 4 erkennen läßt, entfiel der Hauptanteil des Zuwachses auf die überdurchschnittlichen Steigerungsraten der hauptsächlich für die Rüstungsarbeiter zuständigen Gewerkschaften der Berg-, Metall- und Fabrikarbeiter. 1917 wuchs der Fabrikarbeiterverband um rund 30 000 Mitglieder (37,4 %). Der Bergarbeiterverband konnte seine Mitgliederzahl von 53 404 auf 110 454 mehr als verdoppeln. Vollends für den DMV war dieses Jahr »in jeder Beziehung ein Rekordjahr«; er verzeichnete mit 145 570 Neuzugängen »die größte Mitgliederzunahme seit seinem Bestehen«⁶⁰.

Regional verlief die Entwicklung allerdings sehr unterschiedlich. Im Fabrikarbeiterverband verzeichnete 1917 der Bezirk Köln, Sitz der großen chemischen Werke in Leverkusen, Knapsack und Troisdorf, mit 192 % die größte Zuwachsrate. Es folgten Oberschlesien mit 67,5 %, Danzig mit 42,2 %, Berlin mit 40,4 %, Ludwigshafen mit 38,3 % und Hamburg mit 38,2 %. Unter dem Durchschnitt blieben die Bezirke Stettin mit 19,6 %, Magdeburg mit 19,8 %, Nürnberg mit 20,4 % und Stuttgart mit 29,8 %⁶¹. Im Bergarbeiterverband nahm im gleichen Jahr die Mitgliederzahl im Ruhrgebiet mit 19 258 (57,7 %) absolut am stärksten zu. Relativ war dies jedoch nicht einmal besonders viel. Nur die kleinen sächsischen Bergreviere Zeitz, Lugau und Zwickau lagen mit Zuwachsraten von 544 (24,8 %) bzw. 737 (34,3 %) und 654 (34,8 %), der Plauensche Grund mit 24 (12,3 %) noch darunter. In allen übrigen Bergbaugebieten machte die Mitgliederentwicklung geradezu atemberaubende Fortschritte. In Waldenburg schlossen sich 1492 (62,3 %) neue Mitglieder dem Verband an; im Bezirk Halle 1419 (64,3 %), in Borna 227 (72,7 %), im Bezirk Hildesheim 1410 (79,8 %), im oberbayerischen Hausham 1404 (97,2 %), in Senftenberg 1295 (149,5 %), im Bezirk Nordhausen 823 (282,8 %), im Aachener Revier 4004 (473,8 %), im Kattowitzer Revier 12 562 (584,3 %) und im Lahnrevier 1415 (969,2 %). Den gewaltigsten Zulauf verzeichnete das Saarland mit 14 082 (1202,6 %)⁶². Damit hatte der Bergarbeiterverband bereits Ende 1917 seine Vorkriegsstärke um 8498 Mitglieder oder 8,3 % überschritten. Bei Kriegsende lag seine Mitgliederzahl sogar um 36 514, also annähernd 36 % über dem Stand vom 30. Juni 1914⁶³.

Im DMV nahm die Mitgliederzahl in den Bezirken Düsseldorf mit 33 665, Stuttgart mit 22 731 und Berlin mit 18 584 neuen Mitgliedern absolut am meisten zu. Den relativ größten Zuwachs aber verzeichnete Oberschlesien mit 154 %, während die relative Zunahme in Berlin, wo der Organisationsgrad der Metallarbeiter bereits sehr hoch lag, sich mit 33,8 % sogar beträchtlich unter dem Durchschnitt von 59 % bewegte⁶⁴. Innerhalb ein-

zelter Bezirke kletterten die Zuwachsraten noch weit höher. So betrug die Mitgliederzunahme im saarländisch-lothringischen Revier, das zum DMV-Bezirk Frankfurt gehörte, 1427 %; hier erreichte die Mitgliederzahl Ende 1917 mit 3314 »mehr als das dreifache der jemals höchsten Friedensziffer«; allein in Saarbrücken sprang sie von 73 auf 2080. Dagegen regte sich in manchen Regionen abseits der großen Industriegebiete noch gar nichts; die Schwarzwälder Uhrenindustrie und die mittelpfälzische Edelmetallindustrie etwa wiesen »die gleiche Stagnation auf wie früher«⁶⁵. 1918 konnten im DMV die Bezirke München, Stuttgart, Düsseldorf, Breslau, Stettin und Dresden besonders große Mitgliedergewinne verbuchen, während die Verwaltungsstelle Berlin sogar einen Verlust von einigen tausend Mitgliedern hinnehmen mußte⁶⁶. Trotz seines Aufschwungs lag allerdings die Mitgliedsstärke des DMV bei Kriegsende noch immer um 83 948 (knapp 16 %) unter dem letzten Vorkriegsstand⁶⁷.

Von den kleineren Gewerkschaften verzeichnete nur der Verband der Sattler und Portefeuller, der ebenfalls an der Kriegswirtschaft partizipierte, ein ähnlich großes Wachstum. Auch er hatte Ende 1917 seinen Vorkriegsstand überschritten. Gleiches gilt für den Verband der Büroangestellten; er profitierte vor allem vom Vordringen der Frauenarbeit. Um mehr als 50 % nahm die Mitgliederzahl bei den Buchdruckerei-Hilfsarbeitern, Gemeindearbeitern, Glasarbeitern, Hausangestellten, Kürschnern, Maschinisten und Steinarbeitern zu, um 30 bis 50 % bei den Fleischern, Holzarbeitern, Kupferschmiedern, Lederarbeitern, Porzellanarbeitern, Schiffszimmerern, Schuhmachern, Tapezierern und Textilarbeitern, um 10 bis 30 % bei den Bauarbeitern, Buchbindern, Handlungsgehilfen, Landarbeitern, Schneidern, Transportarbeitern und Zimmerern. Mit Wachstumsraten bis 10 % oder weiteren Verlusten bis 10 % glich die Mitgliederbewegung bei den Asphaltceuren, Bäckern und Konditoren, Brauerei- und Mühlenarbeitern, Buchdruckern, Gastwirtsgehilfen, Glasern, Hutmachern, Malern, Tabakarbeitern und Töpfern einer Stagnation. Neuerliche Verluste von mehr als 10 % hatten die Bildhauer, Böttcher, Dachdecker, Friseurgehilfen, Gärtner, Lithographen, Notenstecher, Steinsetzer, Xylographen und Zivilmusiker zu verbuchen. Ähnlich verlief die Mitgliederentwicklung bei den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, wie die Tabellen 5 und 6 zeigen.

Der Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften hatte tiefgreifende Folgen. Zum einen veränderte sich ihre soziale Zusammensetzung. Viele Arbeiter, die bisher unorganisiert gewesen und gewerkschaftlich wie politisch kaum oder gar nicht geschult und größtenteils während des Krieges aus anderen Wirtschaftszweigen in die Kriegsindustrie übergewechselt waren, strömten jetzt in die Verbände, insbesondere viele Ungelernte, Jugendliche und

Frauen. Allein in den freien Gewerkschaften stieg die Zahl der weiblichen Mitglieder zwischen 1916 und 1918 um rund 137000; bei Kriegsende übertraf sie mit 423000 den Vorkriegsstand um annähernd 200000⁶⁸. Indessen blieb die Zusammensetzung des Funktionärsapparats, namentlich der höheren Ränge, nahezu unverändert. Diese Inkongruenz von Veränderungen in der Mitgliedschaft und personeller Kontinuität der Funktionärskader hat in den letzten beiden Kriegsjahren nicht unerheblich zur Zunahme der Spannungen zwischen Führung und Basis der freien Gewerkschaften beigetragen⁶⁹.

Der Mitgliederzuwachs beeinträchtigte zum anderen das Einvernehmen zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen. Solange sie gleichermaßen von Mitgliederverlusten, Auszehrung der finanziellen Substanz und Dezimierung des Funktionärsapparats heimgesucht wurden, funktionierte ihre Verständigung verhältnismäßig reibungslos. In dem Augenblick aber, als es wieder vorwärts ging, erwachte die Rivalität zwischen ihnen von neuem. Zwar ging die Zusammenarbeit auf zentraler Ebene unvermindert weiter⁷⁰, ebenso zwischen den Vorständen der Einzelgewerkschaften⁷¹, doch gleichzeitig brach eine Konkurrenz um die Gewinnung neuer Mitglieder aus⁷².

Außerdem politisierten die zunehmenden sozialen und innenpolitischen Gegensätze jetzt auch die Gewerkschaftsverbände immer mehr und intensivierten ihre Verbindungen zu den verschiedenen Parteien. Die Führung der freien Gewerkschaften nahm massiv Einfluß auf die Auseinandersetzungen um die Kriegspolitik innerhalb der SPD⁷³. In der Zentrumspartei kam es zu erheblichen Reibungen zwischen dem Arbeiterflügel und den agrarisch-industriellen Interessengruppen⁷⁴. Der Verbandstag der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine beschloß im Juni 1916, die Reichstagskandidatur eines Spitzenfunktionärs finanziell zu fördern⁷⁵. Um schon vor der nächsten Wahl einen Sprecher im Parlament zu erhalten, engagierte der Hirsch-Dunckersche Zentralrat im Januar 1917 den FVP-Reichstagsabgeordneten Weinhausen als parlamentarischen Syndikus⁷⁶.

Diese Entwicklung rückte die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Gewerkschaftsrichtungen wieder stärker in den Vordergrund. »Das christlich-nationale Arbeiterprogramm ist die unzweideutigste und schärfste Absage an den materialistischen Geist der sozialistischen Klassenbewegung«, erklärte Joseph Joos, Redakteur des Verbandsorgans der westdeutschen katholischen Arbeitervereine, in einem programmatischen Einführungsartikel des 1917 neu gegründeten Zentralorgans der katholischen Arbeitervereine⁷⁷. Namentlich den christlichen Organisationen ging es bei der gemeinsamen Arbeit nicht zuletzt darum, »die sozialistische Gewerkschaftsrichtung aus ihrer Einseitigkeit und Verstocktheit herauszuho-

len«⁷⁸. Sie selbst befürworteten jedoch eine Beschränkung der Zusammenarbeit auf die Gebiete, »auf denen größere Meinungsverschiedenheiten nicht hervortreten«⁷⁹. Infolgedessen geriet die Möglichkeit einer dauernden institutionalisierten Kooperation wieder außer Reichweite. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine erneuerten zwar ihren Vorschlag, äußerten jetzt aber selbst Zweifel an einem »harmonischen Zusammenarbeiten« nach Kriegsende⁸⁰; die christlichen versteiften sich auf ihre Grundsätze⁸¹, und die freien spielten zwar gelegentlich mit dem Gedanken eines festeren Zusammenschlusses⁸², verharrten aber praktisch in wohlwollendem Desinteresse. Fortschritte gab es bis Kriegsende nicht mehr.

Auf unterer Ebene, wo die alten Animositäten nie gänzlich verschwunden waren, lebten die Gegensätze sogar wieder auf, vor allem zwischen den freien und christlichen Gewerkschaften. Das zeigte sich am deutlichsten im Saargebiet. Hier war schon in der ersten Kriegshälfte von einer Zusammenarbeit der Gewerkschaftsrichtungen trotz des guten Einvernehmens ihrer Spitzengremien »nichts zu merken« gewesen; jetzt wurde es »fast die Regel . . . , die Organisation anderer Verbände in die eigenen Reihen zu ziehen«. Verständigungsversuche scheiterten im Sommer 1917⁸³. Anzeichen für aufkommende Spannungen gab es auch im Ruhrgebiet. Der Regierungspräsident in Münster berichtete im Frühjahr 1917, auf fast allen Bergarbeiterversammlungen, die der christliche Gewerkverein oder die Polnische Berufsvereinigung einberiefen, führten nicht die Veranstalter, sondern sozialdemokratische Redner das Wort. »Das Hervortreten der sozialdemokratischen Partei« sei bereits »so offen in die Erscheinung getreten, daß . . . der christliche Gewerkverein um seine Stellung in einzelnen Gemeinden bangt«⁸⁴.

In anderen Gegenden, wo die freien Gewerkschaften relativ stark, die christlichen aber weniger verwurzelt oder ihre Mitgliedschaft während des Krieges zusammengeschmolzen waren, brachte die geringere Finanz- und Personalstärke ihres Apparats sie so weit ins Hintertreffen, daß sie eine offene Auseinandersetzung mit ihren Rivalen scheuten. Der Fabrikarbeiterverband meldete 1917 aus dem Bezirk Frankfurt, die Sekretäre der christlichen Konkurrenzorganisation vermieden es, »da, wo wir mit der Agitation einsetzen, unsere Wege zu kreuzen«. Sogar »in rein katholischen Gegenden . . . , wo sie früher eine ziemlich starke Mitgliedschaft hatten«, überließen sie ihm »das Feld stillschweigend«⁸⁵.

Wiedererstarken und Anwachsen der Gewerkschaften in den kriegswichtigen Industriezweigen hatten mehrere Ursachen. Eine lag in der Festigung des gewerkschaftlichen Funktionärsapparats. Die Zahl der Einberufungen von Gewerkschaftsangestellten ging zurück, und zahlreiche eingezogene Funktionäre wurden zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit in die

Heimat abgestellt oder wenigstens in Etappenstationen oder Garnisonen versetzt, von wo aus sie einen Teil ihrer Verbandsgeschäfte erledigen konnten⁸⁶. Im Bergarbeiterverband stieg zwischen Ende 1916 und Ende 1917 die Gesamtzahl der Funktionäre von 42 auf 45, im Fabrikarbeiterverband von 80 auf 97, im DMV von 322 auf 343, im Transportarbeiterverband sogar von 52 auf 96⁸⁷. In allen Gewerkschaften bewegte sich die Zahl der Funktionäre zu diesem Zeitpunkt allerdings noch weit unter dem Vorkriegsstand⁸⁸. Dies lag zum Teil daran, daß die Gewerkschaften von der Reklamationsmöglichkeit offenbar nur beschränkten Gebrauch machten⁸⁹, sei es, weil sie durchweg noch erheblich weniger Mitglieder hatten als vor dem Kriege und das Beitragsaufkommen entsprechend niedrig war, sei es, weil sie gegenüber den Mitgliedern nicht den Eindruck einer Vorzugsbehandlung der Funktionäre aufkommen lassen wollten.

Andererseits fand auch das Entgegenkommen der Militärbehörden bei der Reklamation von Gewerkschaftsangestellten oft seine Grenzen an den Interessen der Industrie. Vermutlich hängt die nur geringe Zunahme der Funktionäre im Bergarbeiterverband damit zusammen, daß im Saargebiet und in Oberschlesien, wo der Verband am stärksten expandierte, die Industriellen alles taten, um sein weiteres Wachstum zu behindern. So wurde Franz Pokorny, den der Verband im Mai 1917 als Bezirksleiter nach Saarbrücken geschickt hatte, auf Betreiben der Saarindustriellen und der Zivilbehörden im Dezember 1917 einberufen und, nachdem er aus Gesundheitsgründen wieder hatte entlassen werden müssen, im Herbst 1918 unter der Beschuldigung des Landesverrats verhaftet⁹⁰. »Alle Versuche«, so schilderte es der Vorstand, »von unseren eingezogenen Angestellten welche frei zu bekommen, scheiterten. Wenn wirklich mal einer freigegeben und entlassen wurde, dann wurde ein anderer, der sich bei den militärischen Machthabern unbeliebt gemacht hatte, wieder eingezogen.«⁹¹ Von den reklamierten Funktionären aber erwarteten die Behörden, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft die Kriegführung weiter unterstützte und daß vor allem in der Rüstungsindustrie keine Streiks ausbrachen. Als dies doch geschah und in den letzten Kriegsmonaten die Verhältnisse im Innern immer kritischer wurden, drangen die Militärs mit größtem Nachdruck auf die Erfüllung ihrer Erwartungen und drohten anderenfalls mit der erneuten Einziehung der Angestellten⁹².

Die Reklamierten

Eine zweite Ursache für das Wiedererstarben der Gewerkschaften lag darin, daß viele Reklamierte sich nach Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes den Gewerkschaften wieder anschlossen⁹³. In Oberschlesien schlug ihre bisherige Untertänigkeit innerhalb weniger Monate sogar ins Gegenteil um. Die jahrzehntelange Unterdrückung durch die Industriemagnaten im Verein mit der staatlichen und kirchlichen Obrigkeit hatte hier unter der Arbeiterschaft seit langem für Unzufriedenheit gesorgt; aufgrund der Verschlechterung der Lebensbedingungen während des Krieges nahm sie weiter zu. Zugleich öffnete die Begegnung mit Klassengenossen aus politisch und gewerkschaftlich weiter entwickelten Bezirken in der Armee vielen oberschlesischen Arbeitern die Augen für ihre Lage, weckte in ihnen die Entschlossenheit, sich ihrer Haut zu wehren, und lehrte sie Mittel und Wege, die Vertretung ihrer Interessen in die Hand zu nehmen. Als solche Soldaten als Reklamierte in die Betriebe zurückkehrten, entstand dort rasch eine explosive Stimmung, und mit der Lockerung der bisherigen Restriktionen kam es zu Entladungen.

Ewald Hilger, der Generaldirektor der oberschlesischen Königs- und Laurahütte, führte die Streiks in Oberschlesien vom Sommer 1917 in mindestens zwei Fällen »auf das Auftreten und die Agitation der aus der Front zurückgekehrten Feldgrauen« zurück. Diese legten, »namentlich wenn sie Gefreite oder Unteroffiziere geworden sind, eine Überhebung an den Tag«, daß mit ihnen »nicht mehr auszukommen war«⁹⁴. Hilger nannte Fälle, in denen Reklamierte ganze Belegschaften »durcheinander gewählt«, unternehmerhörige Arbeiterausschüsse ihres Rückhaltes unter den Arbeitern beraubt und durchgesetzt hatten, daß in diese Ausschüsse ausschließlich Reklamierte oder entlassene Soldaten gewählt wurden. Vögler und Max Schlenker, der Generalsekretär des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der Saarindustrie und der Südwestlichen Gruppe des VdESI, konnten zwar für das Ruhrgebiet bzw. das Saarland diese Erfahrungen nicht bestätigen⁹⁵. Trotzdem hielt Hilger sie für einen »Vorgeschmack dessen, was uns ... blühen wird, wenn beim Friedensschluß die Feldgrauen in größeren Mengen zurückkommen«⁹⁶.

Arbeiterausschüsse

Noch wichtiger für den Aufschwung war jedoch, daß die Gewerkschaften mit der Einführung der Arbeiterausschüsse erstmals verbriefted Wirkungs-möglichkeiten in den Großbetrieben erhielten und viele der Hindernisse, die die Belegschaften bisher vom Gewerkschaftsbeitritt abgehalten hatten, jetzt wegfielen. Allerdings mußte nach wie vor jeder Fortschritt gegen den Widerstand vieler Unternehmer erkämpft werden, die noch immer auf einen deutschen Sieg und seine innenpolitischen Wirkungen bauten. Sie hielten deshalb jedes Entgegenkommen gegenüber der Arbeiterschaft für unnötig, ja seiner möglicherweise präjudizierenden Effekte wegen für gefährlich und verderblich.

Bis zur Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes hatte sich die Schwerindustrie der Einführung von Arbeiterausschüssen widersetzt. Noch am 16. November 1916 hatte der VdESI-Geschäftsführer Reichert erklärt: »Arbeiterausschüsse mit so weitgehenden Befugnissen . . . bilden eine große Gefahr für die geordnete Betriebsführung und für die Entwicklung der Industrie überhaupt. . . Wenn überhaupt irgend etwas, so hat der Krieg die eiserne Notwendigkeit der Über- und Unterordnung gezeigt. Die Autorität des verantwortlichen Leiters darf nicht angetastet werden. . . Eben-sowenig wie der Oberst sich im Schützengraben auf Verhandlungen mit seinen Soldaten einlassen kann, ebensowenig dürfen die Arbeiter eine Entscheidung über die grundlegenden Betriebsfragen erhalten.« Gleichzeitig hatte er mit einem Seitenhieb auf »gewisse verantwortliche Stellen«, die »zu viel Sozialpolitik und zu wenig Produktionspolitik treiben«, behauptet: »Unsere Arbeiter wollen essen und trinken, damit sie arbeiten können, und sie wollen verdienen können, damit sie essen und trinken können. Ob mit oder ohne Ausschuß, das ist den meisten Leuten ganz gleichgültig.«⁹⁷

Nachdem das Hilfsdienstgesetz trotzdem die Bildung von Arbeiteraus-schüssen vorgeschrieben hatte, verlegten sich viele Unternehmer auf pas-siven Widerstand. Einigermaßen reibungslos vollzog sich die Einrichtung der Ausschüsse offenbar nur in Gegenden, die industriell durchsetzt waren, aber kaum Großindustrie besaßen und von der Kriegskonjunktur nur wenig profitierten, wie in Baden. Hier fanden sich die Arbeitgeber einem Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes zufolge »verhältnismäßig leicht mit dem Zwang des Notgesetzes« ab und bezogen den Ausschüssen gegen-über einen »ruhigen sachlichen Standpunkt«⁹⁸. In den großen Industrie-zentren und hier insbesondere in den Großbetrieben aber geschah zu-nächst wenig oder nichts. Viele Firmen weigerten sich, die Wahlen für die Ausschüsse durchzuführen, manche wieder mit der Behauptung, die Ar-beiter seien daran uninteressiert⁹⁹.

Aufgrund zahlreicher Beschwerden der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen wies der preußische Handelsminister nach den Frühjahrsstreiks 1917 die Verwaltungsbehörden deshalb an, dafür zu sorgen, daß die Unternehmer ihren gesetzlichen Verpflichtungen »mit tunlichster Beschleunigung« nachkämen, um »eine unnötige Beunruhigung« der Arbeiterschaft zu vermeiden¹⁰⁰. Doch er unterließ es, eine Frist zu setzen, innerhalb deren die Ausschüsse gewählt sein mußten. Seine Ermahnung hatte deshalb keinen großen Erfolg. Von den 922 Betrieben im Regierungsbezirk Düsseldorf, die unter das Hilfsdienstgesetz fielen, hatten im Mai 1917 254, im August 1917 noch immer 144 keine Arbeiterausschüsse¹⁰¹ gebildet. Im Juli 1917 forderte deshalb der Zentralrat der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine die Reichsregierung auf, endlich für die unverzügliche Einrichtung der Ausschüsse in den Großbetrieben zu sorgen¹⁰². Aber das Resultat war wiederum unbefriedigend. Mitte April 1918, nach einer zweiten Streikwelle und mittlerweile knapp eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes, wies der preußische Handelsminister die Unterbehörden erneut darauf hin, daß es »unbedingt nötig« sei, »die gesetzlich vorgeschriebenen Arbeiterausschüsse mit tunlichster Beschleunigung« zu errichten, und ordnete an, »unverzüglich mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß sie überall da, wo sie noch nicht bestehen, sofort ins Leben gerufen« würden¹⁰³.

Trotzdem sind offenbar, jedenfalls in abgelegeneren und überwiegend agrarischen Gegenden wie dem Sauerland¹⁰⁴, auch bis Kriegsende keineswegs in allen in Frage kommenden Betrieben Arbeiterausschüsse eingerichtet worden.

Auch wo Ausschüsse existierten, vertraten sie häufig nicht die Interessen der Belegschaft. In Betrieben, in denen die Gewerkschaften noch kaum Fuß gefaßt hatten, gelang es den Unternehmensleitungen nicht selten, Werkmeister, Techniker und andere Betriebsangehörige, die der Unternehmensführung näherstanden als der Arbeiterschaft, in die Ausschüsse zu lancieren, so in der Lauchhammer Hütte in Oberschlesien¹⁰⁵, in zahlreichen Werken der chemischen Industrie¹⁰⁶ und in manchen Lederfabriken¹⁰⁷. Die lothringischen Grubenverwaltungen versuchten – allerdings vergeblich –, das passive Wahlrecht auf Bergleute zu beschränken, die drei Jahre ununterbrochen auf der Grube gearbeitet hatten. Dies traf nur auf den alten, größtenteils in Werkvereinen organisierten und durch vielerlei Abhängigkeiten manipulierbaren Arbeiterstamm zu; alle während des Krieges dazugekommenen Arbeiter, von denen manche gewerkschaftliche Erfahrungen besaßen und unter denen am ehesten Widerspruchsgeist und Durchsetzungswille zu finden waren, sollten also von den Ausschüssen ausgeschlossen werden¹⁰⁸.

Andere Unternehmen begünstigten die Wahl solcher Arbeiter, die aufgrund ihres niedrigen Bildungsniveaus und ihrer mangelnden Schulung nicht in der Lage waren, die Interessen der Belegschaft gegenüber der Betriebsleitung energisch zu vertreten. Über die Verhältnisse in Oberschlesien berichteten Gewerkschaftsfunktionäre 1918: »Die hiesigen Arbeiterausschüsse sind ... sehr zurückhaltend, nicht nur, weil sie sozial und wirtschaftlich abhängig sind, ... sondern weil sie größtenteils die deutsche Sprache nicht beherrschen und auch geistig gegen die Arbeiter anderer Bezirke zurückstehen.« Dadurch fehle »in den Sitzungen mit den Betriebsleitungen von vornherein jedes geistige Gleichgewicht«; außerdem würden »viele Beschwerdepunkte, die unbedingt zur Kenntnis der Verwaltung kommen müssen, um beseitigt zu werden«, verschwiegen¹⁰⁹. Es gab allerdings auch Fälle, in denen erst die Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft derartige Manipulationen ermöglichte¹¹⁰. Nur war diese Gleichgültigkeit ihrerseits in der Regel das Produkt der sozialen und materiellen Verhältnisse, in denen die Arbeiter lebten.

Ein anderer Kunstgriff der Unternehmensleitungen bestand darin, Arbeiterausschüsse, die schon vor dem Hilfsdienstgesetz bestanden hatten, zu Ausschüssen im Sinne dieses Gesetzes zu deklarieren. Für Bergbaubetriebe war in Preußen und in den meisten anderen Bundesstaaten etwa seit der Jahrhundertwende die Einrichtung von Arbeiterausschüssen gesetzlich vorgeschrieben. Sie besaßen allerdings nur geringe Kompetenzen und befanden sich überwiegend in der Hand von Werkvereinsmitgliedern oder anderen direktionsfreundlichen Belegschaftsangehörigen. Den übrigen Privatunternehmen bot der § 134 h der Gewerbeordnung seit langem die Möglichkeit, freiwillig Arbeiterausschüsse zu bilden¹¹¹. Manche Betriebe hatten hiervon Gebrauch gemacht, meistens jedoch nur dann, wenn sie sich gewerkschaftlichen Forderungen konfrontiert sahen und einen Ausweg suchten, um nicht mit den Gewerkschaften verhandeln zu müssen¹¹². Infolgedessen entsprach ihre Zusammensetzung meistens den Wünschen der Unternehmer, und sie versanken in Untätigkeit, sobald sie ihren Zweck erfüllt hatten. Weder ihrer Zuständigkeit noch ihrer Zusammensetzung nach entsprachen sie den im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Ausschüssen, zumal sich die meisten Belegschaften sowohl personell als auch zahlenmäßig während des Krieges so verändert hatten, daß auch im günstigsten Falle ein vor dem Krieg gebildeter Arbeiterausschuß sie kaum noch repräsentieren konnte.

Nach dem Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes aber war die Zahl solcher Ausschüsse »auf einmal merkwürdig groß«¹¹³. In manchen Betrieben firmierten Betriebskrankenkassenvorstände oder Werkvereinsvorstände plötzlich als Arbeiterausschüsse¹¹⁴. In anderen wurden Ausschüsse, von

deren Existenz kein Arbeiter mehr wußte und deren Mitglieder, sofern sie überhaupt noch lebten, sich selbst nicht mehr an ihre Zugehörigkeit erinnerten, von der Direktion zu neuem Leben erweckt; die Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei Delmenhorst reaktivierte sogar einen Ausschuß aus dem Jahre 1898¹¹⁵. In allen Fällen behaupteten die Firmen, mit solchen Dekorationsgremien den Verpflichtungen des Hilfsdienstgesetzes zu genügen, und lehnten das Verlangen der Gewerkschaften ab, neue Ausschüsse wählen zu lassen.

Die Rechtslage war in dieser Hinsicht unklar¹¹⁶, doch zweifellos legte der Geist des Hilfsdienstgesetzes die Abhaltung von Neuwahlen nahe. Groener demonstrierte das, indem er für die staatlichen Rüstungswerkstätten, in denen es ebenfalls ältere Arbeiterausschüsse gab, eine Neubildung durchsetzte und den neuen Ausschüssen zur Verärgerung von Sydow und Breitenbach auch ermöglichte, ihre Vorsitzenden selbst zu wählen; bisher hatte diesen Posten jeweils ein Direktionsvertreter inne. Im Juli 1917 forderte der zuständige Reichstagsausschuß den Bundesrat auf, überall dort Neuwahlen anzuordnen, wo Arbeiterausschüsse auf andere als im Hilfsdienstgesetz vorgeschriebene Weise zustande gekommen waren. Auf Intervention des unternehmerfreundlichen Reichsamts des Innern jedoch ließ der Bundesrat diese Aufforderung unbeachtet¹¹⁷. Die VDA empfahl den Arbeitgebern noch im Mai 1918, gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Neuwahl von Arbeiterausschüssen »energischen Widerstand entgegenzusetzen«¹¹⁸.

Gegen die Proteste von Belegschaften und Gewerkschaften blieben deshalb in zahlreichen Betrieben alte Ausschüsse im Amt. Die Burbacher Hüttenwerke und die Betriebe der Gebrüder Stumm im Saarland, die Pharmafirma Merck in Darmstadt, die Mansfelder Bergbaugewerkschaft in Eisleben und die Portland-Zementfabrik Dykerhoff in Amöneburg bei Bielefeld behielten Arbeiterausschüsse, denen ausschließlich Mitglieder des Werkvereins angehörten. In den Kohlengruben des Oelsnitzer und Zwickauer Reviers, bei der Firma Pelikan in Hannover und in der Anilinfabrik Wolfen stellten sie die überwiegende Mehrheit¹¹⁹. Oft weigerten sich diese Ausschüsse, die Forderungen der Belegschaft zu vertreten, etwa indem sie auf die Anrufung der Schlichtungsausschüsse verzichteten, und brachten damit die Arbeiter um die entsprechenden Rechte aus dem Hilfsdienstgesetz¹²⁰. In Firmen, die sich ihrer gelben Gefolgschaft nicht mehr ganz sicher sein konnten, in denen aber die Gewerkschaften sich für eine Machtprobe noch nicht stark genug fühlten, wurden die Arbeiterausschüsse mitunter ohne Neuwahl um einige Gewerkschaftsmitglieder ergänzt, ohne daß die Gelben ausschieden, so etwa im Magdeburger Krupp-Gruson-Werk¹²¹.

Wo hingegen Neuwahlen stattfanden, stellten die verschiedenen Gewerkschaften und die mit ihnen sympathisierenden Angestelltenorganisationen meist gemeinsame Listen auf, und fast immer siegten sie mit klarem Vorsprung¹²². Ihre größten Erfolge erzielten sie in Großbetrieben, deren Belegschaften bisher wirtschaftsfriedlich organisiert, während des Krieges aber von Gewerkschaftsmitgliedern durchsetzt worden waren und in deren Umgebung die Gewerkschaften mittlerweile Fuß gefaßt hatten. Bei Krupp in Essen errang der Werkverein 1917 lediglich 4193, der Gewerkschaftsblock dagegen 43110 Stimmen, also mehr als das Zehnfache; in den Arbeiterausschuß kamen 14 Gewerkschaftsmitglieder, aber nur ein Werkvereinsangehöriger¹²³. In den Continental-Gummiwerken Hannover fielen acht Sitze an die Gewerkschaften und zwei an den Werkverein; bei der Firma Hanomag war das Verhältnis 9:1; auf der Weser AG in Bremen gingen sogar alle Sitze an die Gewerkschaften¹²⁴. Bei der BASF in Ludwigshafen, deren Werkverein 1917 ca. 4200–4500 Mitglieder zählte, erhielt die gelbe Liste nur 1466 Stimmen gegen 4935 des Gewerkschaftsblocks, obwohl die Direktion mit dem Versprechen größerer Kartoffel- und Kohlenlieferungen für den Werkverein Stimmung zu machen versucht hatte. Dessen Wähler rekrutierten sich kaum noch aus der eigentlichen Arbeiterschaft, sondern überwiegend aus den Nachtwächtern, Bademeistern, Bürodienern und Feuerwehrleuten, die wegen ihrer geringen Zahl von der Unternehmensleitung in besonderem Maße abhängig waren¹²⁵. Auch im Leuna-Werk, das 1916 als Zweigwerk der BASF die Produktion aufnahm, erzielten die Gewerkschaften auf Anhieb einen überraschend hohen Stimmenanteil, obwohl die aus Ludwigshafen geschickten Meister, Obermeister und »zuverlässigen« Arbeiter alsbald einen Werkverein gegründet hatten¹²⁶.

Allenfalls dort, wo die Gewerkschaften bisher kaum Mitglieder hatten, vermochten die Gelben ihre Position bei den Arbeiterausschußwahlen zu behaupten. So eroberten sie in der Zellstoff-Fabrik Mannheim-Waldhof zwölf, die Gewerkschaften nur drei Sitze, und in den Röchlingschen Eisen- und Stahlwerken in Völklingen funktionierte das feudalistische Unternehmerregiment noch so gut, daß alle 83 Ausschußsitze den Gelben zufielen. Ähnlich sah es in den Betrieben des lothringischen Industriegebiets aus¹²⁷. In manchen Unternehmen verzichteten die Gewerkschaften auf die Aufstellung eigener Listen, weil sie eine Kandidatur von vornherein für aussichtslos hielten¹²⁸. Einen Indikator für die Stärke der Gelben stellten deren Erfolge jedoch nicht mehr dar, wie der gleichzeitige Verfall der wirtschaftsfriedlichen Organisationen im Saargebiet zeigt¹²⁹. Dort hingegen, wo die Gewerkschaften schon vorher das Feld beherrschten, siegten sie auch jetzt in den Ausschußwahlen, ebenso dort, wo die Unternehmer aus Abneigung

gegen jegliche Art von Arbeiterorganisation sogar die Gründung von Werkvereinen abgelehnt hatten, vor allem in Oberschlesien¹³⁰.

Wo die Industriellen die Wahl von Arbeiterausschüssen nicht hatten verhindern können, versuchten sie vielfach, wenigstens deren Tätigkeit zu behindern, einzuschränken oder zu neutralisieren. Manche Methoden, die sie hierbei entwickelten, kamen ihnen später beim Kampf gegen die Betriebsräte zunutze. So wurde der Versuch unternommen, das Wahlergebnis nachträglich zu korrigieren, etwa durch die Beförderung von Ausschußmitgliedern zu Vorarbeitern oder Werkmeistern. Bei dem damals üblichen Abstand zwischen Arbeitern und ihren Vorgesetzten konnten die Unternehmer in jedem Fall damit rechnen, daß ein befördertes Ausschußmitglied an Vertrauen und Rückhalt in der Arbeiterschaft einbüßte. Nicht selten mochte es sich sogar korrumpieren lassen und von einem Interessenvertreter der Belegschaft in einen Befehlsempfänger der Betriebsleitung verwandeln.

War aber ein Arbeiterausschuß erst einmal »umgedreht« oder neutralisiert, konnte die Betriebsleitung beruhigt sein. Das Hilfsdienstgesetz und seine Ausführungsbestimmungen besagten nämlich nichts über die Amtszeit der Ausschüsse und die Möglichkeit einer Abwahl. Vermochten die Arbeiter einen Ausschuß, von dem sie sich nicht mehr zufriedenstellend vertreten fühlten, nicht durch Mißtrauenskundgebung zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen, fehlte ihnen jede Handhabe, eine Umbesetzung oder Neuwahl zu erzwingen¹³¹. Andererseits wurden Ausschußmitglieder, die die Interessen ihrer Kollegen energisch vertraten und auch vor Arbeitsniederlegungen nicht zurückschreckten, häufig von den Unternehmern bei den Militärbehörden als Streikhetzer und Unruhestifter denunziert und daraufhin einberufen¹³².

Zwar untersagten die Ausführungsbestimmungen zum Hilfsdienstgesetz den Arbeitgebern, Ausschußmitglieder wegen der Übernahme oder Ausübung ihrer Tätigkeit zu benachteiligen¹³³. Die Grenzen dieser Tätigkeit blieben jedoch undefiniert, und ein besonderer Kündigungsschutz fehlte. Dieses Verfahren, sich unliebsamer Arbeitervertreter zu entledigen, war allerdings ein Radikalmittel. Für den Alltagsgebrauch hielten die Unternehmer subtilere Maßnahmen bereit, um den Ausschüssen ihre Arbeit zu erschweren und zu verleiden. Um den Kontakt zwischen Arbeiterausschuß und Belegschaft zu behindern, empfahl Arbeitnordwest, die Sitzungen der Ausschüsse in die arbeitsfreie Zeit zu verlegen¹³⁴. Tagten sie während der Arbeitszeit oder gingen die Mitglieder während der Arbeitszeit den Obliegenheiten nach, die sich aus ihrem Amt ergaben, zahlten ihnen die meisten Zechenverwaltungen entsprechend weniger Lohn. Auch dies verstieß nicht gegen das Gesetz; denn es regelte weder die Entschädigung noch die Freistellung der Ausschußmitglieder von der Arbeit¹³⁵.

Daneben versuchten viele Werke, die Ausschüsse bei Fragen von vitalem Interesse für die Arbeiterschaft zu umgehen, insbesondere bei der werkseigenen Lebensmittelverteilung¹³⁶. In Betrieben, in denen es Werkvereine gab, wurden deren Mitglieder bei der Verteilung der Lebensmittel oft bevorzugt, um sowohl die Wirtschaftsfriedlichen bei der Stange zu halten als auch den übrigen Belegschaftsmitgliedern die Nützlichkeit der Werkvereinszugehörigkeit zu demonstrieren. Einige Werke überließen die Lebensmittelverteilung sogar gänzlich ihren Schützlingen¹³⁷. In manchen Fällen erwies sich diese Praxis allerdings als Bumerang; denn sie erzeugte unter den Arbeitern solche Empörung, daß sie die Arbeit niederlegten. Auf wiederholte Vorstellungen der Gewerkschaften ordnete das Kriegsamt im Mai 1917 deshalb an, daß die Lebensmittelverteilung in den Betrieben in engster Fühlungnahme mit dem Arbeiterausschuß vorzunehmen sei¹³⁸.

Diese Anordnung beschleunigte wiederum den Zustrom zu den Gewerkschaften. Unter den Ruhrbergarbeitern verbreitete sich dadurch, daß die Gewerkschaften gegenüber den Behörden und ihre Vertreter in den Ausschüssen gegenüber den Unternehmern als Anwälte der Arbeiter in Ernährungsfragen auftraten, »der feste Glaube . . ., daß es . . . unbedingt erforderlich sei, Mitglied eines der vier Verbände – besonders aber des sog. »alten . . . Verbandes« – zu sein«; wie der Landrat in Recklinghausen berichtete, würde den wirtschaftsfriedlichen Vereinen hierdurch »der Todesstoß versetzt«¹³⁹.

Ferner bemühten sich die Arbeitgeber, eine Zusammenarbeit verschiedener Ausschüsse zu verhindern. Dies betraf insbesondere die gewerkschaftlich noch kaum organisierten Angestellten und die Beschäftigten der Staatsbetriebe. Als 1917 mehrere Angestelltenorganisationen unter Führung des Werkmeisterverbandes einen Arbeitsausschuß für das Hilfsdienstgesetz bildeten und dieser eine Umfrage über die Angestelltengehälter veranstaltete, empfahlen VDA und Arbeitnordwest, die Ausschüsse darauf hinzuweisen, daß eine Beantwortung dieser Umfrage »auf einen Vertrauensbruch« hinausliefe und einen Kündigungsgrund darstelle¹⁴⁰. Daß das Hilfsdienstgesetz keinerlei Handhabe zum Verbot solcher Kontakte bot und auch der preußische Handelsminister eine Beschwerde über das Vorgehen des Arbeitsausschusses zurückgewiesen hatte¹⁴¹, ließ beide Arbeitgeberorganisationen unbeeindruckt. Schließlich konnte ein Informationsaustausch über die Einkommensverhältnisse der Angestellten das bisherige, durch Schweigeverpflichtungen abgesicherte System individueller Gehaltsfestsetzungen untergraben, einen Schritt zur organisatorischen Solidarisierung der Angestellten und zur Forderung nach kollektiver Regelung ihrer Gehälter bedeuten und hierdurch ihre Abhängigkeit von der Unternehmensleitung lockern.

Aus vergleichbaren Gründen hatten die überörtlichen Staatsbetriebe, in erster Linie die Eisenbahnverwaltung, Interesse daran, eine Zusammenarbeit von Ausschüssen der Einzelbetriebe zu verhindern. Ende 1916 wurden zwar in allen 21 Direktionsbezirken der preußisch-hessischen Staatsbahnen Arbeiterausschüsse eingerichtet. Ihr Einflußbereich endete jedoch an den Bezirksgrenzen, und ihre Kontrahenten waren lediglich nachgeordnete Dienststellen vom Direktionspräsidenten abwärts bis zum Bahnhofsvorsteher. Die Einrichtung eines Zentralausschusses, der die gemeinsamen Interessen aller Eisenbahner gegenüber dem Ministerium hätte vertreten können, wurde von Breitenbach verweigert. Das hatte zur Folge, daß es kein Ventil für die Unzufriedenheit gab, die sich unter den Eisenbahnern über den wachsenden Rückstand ihrer Bezüge gegenüber den Löhnen der Privatindustrie, über die militärähnlichen Befehlsverhältnisse innerhalb der Eisenbahnverwaltung und die Behinderung des freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverbandes sammelte. Erst unmittelbar vor der Novemberrevolution, als sich die Anzeichen für eine gewaltsame Entladung des Unmuts der Eisenbahner bedrohlich mehrten, bildete Breitenbach »in großer Hast und mit viel Mühen« einen Zentralarbeiterschuß, jedoch – wie ein Ministerialdirektor im Eisenbahnministerium rückblickend schrieb – »zu spät, um sein Gefüge noch vor dem Zusammenbruch der Staatsordnung so zu ordnen, daß er der Eisenbahnverwaltung in der schweren Kriegs- und in der noch schwereren Nachkriegszeit als ein fester Pol bei der Regelung wichtigster Arbeiterfragen hätte dienen können«¹⁴².

Auch eine Zusammenarbeit zwischen Arbeiterausschüssen und Gewerkschaften versuchten viele Arbeitgeber nach Möglichkeit zu unterbinden, insbesondere um zu verhindern, daß die Gewerkschaften Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzelner Betriebe gewannen. Noch im September 1918 bat die VDA die Arbeitgeber um Mitteilung aller Vorkommnisse, »aus welchen hervorgeht, wie die Arbeiterschuße durch die Gewerkschaften, sei es durch Einladungen zu öffentlichen Versammlungen, sei es durch direkte Zuschriften, gezwungen werden, Forderungen für die Arbeiterschaft zu erheben, ohne daß entsprechende Wünsche von der Arbeiterschaft des Werkes selbst erhoben« worden seien. Die Industriellen sollten derartige gewerkschaftliche Aktivitäten den Militärbehörden anzeigen. Die VDA nämlich sah die Aufgabe der Arbeiterschuße in erster Linie darin, »das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeiterschaft zu pflegen«, also alles zu unterlassen, was das Mißfallen des Arbeitgebers erregen konnte¹⁴³.

Hiernach verstand es sich von selbst, daß die Arbeitgeber vereinzelt unternommene Versuche der Arbeiterschuße, ihre Kompetenzen über die gesetzlich abgesteckten Grenzen hinaus auszudehnen, mit aller Entschie-

denheit bekämpften. So forderte der Bergarbeiterverband im September 1917 für die Ausschüsse ein Mitspracherecht bei der Lohnregelung, bei der Festlegung von Über- und Nebenschichten und Sonntagsarbeit, bei der Aufstellung der Arbeitsordnung, im innerbetrieblichen Strafwesen und bei der Untersuchung von Unfallursachen¹⁴⁴. Andere Arbeiterausschüsse verlangten eine Geschäftsordnung, die Wahl von Obmännern oder die Einsetzung von Vertrauensleuten in Abteilungen, die keine Ausschußmitglieder stellten. Demgegenüber richtete Arbeitnordwest an seine Mitgliedsfirmen die »dringende Mahnung«, den Ausschüssen lediglich die Rechte zuzugestehen, die das Hilfsdienstgesetz vorsah, denn diese seien »durchaus erschöpfend«¹⁴⁵.

Wirksamkeit und Erfolg der Arbeiterausschüsse waren im Grunde eine Machtfrage. Gegenüber den Behinderungsversuchen der Arbeitgeber vermochten sie sich nur dort zu behaupten und im Rahmen ihrer Kompetenzen die Interessen der Belegschaft zu vertreten, wo diese bereits über ein gewisses Maß an Selbstbewußtsein und Konfliktbereitschaft verfügte oder wo sie sich auf relativ stark entwickelte Gewerkschaften stützen konnten. Wo dieser Rückhalt fehlte, blieben sie oft ohnmächtig, wie manche Klagen aus Gebieten abseits der Industriezentren zeigen, die Arbeiterausschüsse hingen teilweise »völlig in der Luft, der Rechtsschutz steht auf dem Papier«¹⁴⁶. In den Industriegebieten hingegen stärkten sie zweifellos das Selbstvertrauen der Arbeiter und deren Entschlossenheit beim Kampf um die Durchsetzung der eigenen Interessen¹⁴⁷.

Mitunter ging dies sogar so weit, daß die Gewerkschaften Unbehagen beschlich. Manche Ausschüsse nämlich lösten sich aus den Bindungen an die Gewerkschaften und entwickelten sich zu Stützpunkten der Gewerkschaftsopposition. Bereits Anfang Januar 1917 berichtete der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes: »Das Vertrauen zu den Führern der Organisationen sei erschüttert, weil die von den Führern angestrebten Verbesserungen in der Zufuhr pp. der Lebensmittel bisher erfolglos verlaufen seien. Aus diesem Grunde wurden von den Arbeiterausschüssen die Organisationsleiter zu den Beratungen in der Lebensmittelfrage nicht mehr hinzugezogen. Die Arbeiterausschüsse hätten vielmehr offen erklärt, die Organisationsleiter seien nicht in der Lage, eine Änderung in der Angelegenheit herbeizuführen.« Auf den Zechen in Gelsenkirchen und Herne wurden sogar schon gemeinsame Arbeiterausschußversammlungen und Belegschaftsversammlungen ohne Beteiligung der Gewerkschaften geplant¹⁴⁸. Hierin deutete sich eine aus den Belegschaftsvertretungen hervorgehende und von den Gewerkschaften unabhängige Bewegung an. Sie nahm in der Novemberrevolution in der Betriebsrätebewegung Gestalt an¹⁴⁹.

Schlichtungsausschüsse

Auch die Einführung der Schlichtungsausschüsse hatte die Schwerindustrie zu verhindern gesucht¹⁵⁰, wenngleich vergeblich. Das Hilfsdienstgesetz schrieb für jeden Bezirk einer Ersatzkommission die Bildung eines Schlichtungsausschusses aus einem Beauftragten des Kriegsamts als Vorsitzendem und je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vor. Von diesen waren je zwei ständige Mitglieder; die beiden übrigen sollten jeweils aus der Berufsgruppe kommen, welcher der Arbeiter angehörte, der den Ausschuss anrief. Die Berufung erfolgte aufgrund von Vorschlagslisten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen durch das Kriegsamt. Die Wirtschaftsfriedlichen blieben hierbei auf der Strecke; denn freie, christliche, Hirsch-Dunckersche und polnische Gewerkschaften lehnten ihre Mitwirkung auf der Arbeitnehmerseite einhellig ab und wollten sie höchstens als Arbeitgebervertreter akzeptieren¹⁵¹. Um ihren Willen durchzusetzen, reichten sie beim Kriegsamt gemeinsame Kandidatenlisten ein und veranlaßten im Reichstagsausschuß eine Entschließung, wonach nur solche Vertreter in die Ausschüsse entsandt werden sollten, »die das Vertrauen ihrer Berufsgenossen unbedingt in Anspruch nehmen können«¹⁵², eine Voraussetzung, die sie bei den Gelben nicht erfüllt sahen.

Das Kriegsamt konnte und wollte sich diesem Druck nicht widersetzen¹⁵³. Es fand sich lediglich zu der Konzession an die Wirtschaftsfriedlichen bereit, daß einer ihrer Vertreter als unständiges Mitglied berufen werden mußte, falls ein Angehöriger einer wirtschaftsfriedlichen Organisation vor dem Schlichtungsausschuß erschien und rechtzeitig vor der Sitzung einen entsprechenden Antrag stellte¹⁵⁴. Selbst der Hauptausschuß gab sich keinen Illusionen darüber hin, »daß es kaum jedem Mitgliede der wirtschaftsfriedlichen Bewegung einfallen wird, das Organisationsbekenntnis zu seinen Gunsten anzuwenden; in den meisten Fällen wird er darauf verzichten«¹⁵⁵. Wiederholt bemühten sich die Wirtschaftsfriedlichen deshalb um eine Abänderung dieser Bestimmung. Doch schon das erste Gespräch im Kriegsamt ergab, daß dieses mit Rücksicht auf den Reichstag den Wünschen der Gelben nicht nachkommen mochte¹⁵⁶. Eine Eingabe an den zuständigen Reichstagsausschuß, worin der Hauptausschuß für die Wirtschaftsfriedlichen die ihnen nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahlen in den einzelnen Bezirken »rechtmäßig zustehenden« Sitze in den Hilfsdienstauschüssen forderte¹⁵⁷, blieb ebenso erfolglos wie eine Intervention Krupps bei der OHL. Allein mit der »Politik einer Heranziehung der Gewerkschaften für die Aufgaben des Staates«, entgegnete Wahnschaffe, der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, kategorisch, sei es möglich, die Ar-

beiterschaft »trotz aller Schwierigkeiten in Ruhe und Arbeitswilligkeit zu erhalten«; denn »auf die große Masse der Industriearbeiter« habe »niemand in der Welt annähernd denselben Einfluß« wie die Gewerkschaftsführer. »Ohne diese Führer oder gar gegen sie« sei »nichts zu machen«¹⁵⁸.

Trotzdem wollte der Konferenzausschuß »nicht ruhen und immer wieder von neuem bohren so scharf wie möglich, bis das Ziel erreicht ist«¹⁵⁹, und suchte in langwierigen Verhandlungen das Kriegsamt umzustimmen. Gleichzeitig unternahm der Präses der wirtschaftsfriedlichen Berliner Richtung der katholischen Arbeitervereine, Dr. Fleischer, zahlreiche Vorstöße bei Oberst Bauer. Ungerührt aber hielt Groener den Wirtschaftsfriedlichen im Juni 1917 vor, sie verträten »nur Zwangsmitglieder«, die zu den Führern »absolut kein Vertrauen hätten«, und verlangte vom Hauptausschuß, sich zunächst glaubhaft aus der Unternehmerabhängigkeit zu lösen. Er fand sich allerdings zu der Anordnung bereit, daß außer den unständigen auch die beiden ständigen Arbeitervertreter der Schlichtungsausschüsse Wirtschaftsfriedliche zu sein hatten, falls ein Antragsteller darauf bestand. Dies galt jedoch nur für Korpsbezirke, in denen die Werkvereine nennenswerte Stärke aufwiesen, und nur für Verhandlungen über Einzelfälle; von der Behandlung kollektiver Beschwerden oder Streitigkeiten blieben sie auch künftig ausgeschlossen¹⁶⁰. Praktisch war also auch diese Konzession nahezu bedeutungslos. Groener gab denn auch den wirtschaftsfriedlichen Unterhändlern mit jovialer Herablassung zu verstehen, er könne es ihnen »nicht übelnehmen«, wenn sie sich »damit nicht einverstanden erklärten«, indes sei ihm ein weiteres Entgegenkommen nicht möglich¹⁶¹.

Trotzdem kämpfte der Hauptausschuß weiter für die ihm vermeintlich zustehenden »Menschenrechte«¹⁶², von seinen großindustriellen Gönnern massiv unterstützt¹⁶³. Was die Regierung von den Wirtschaftsfriedlichen hielt, demonstrierte sie dadurch, daß sie zur Frankfurter Tagung des Hauptausschusses Ende August 1917 nur wenige subalterne Vertreter schickte, die in der Begrüßung nicht besonders erwähnt zu werden baten, während der Deutsche Arbeiterkongreß, der im Oktober 1917 in Berlin stattfand, von zahlreichen Ministern beehrt wurde. Selbst eine Audienz bei der OHL im selben Monat brachte keine Wendung. Auch hier fand sich der Hauptausschuß hinter die Gewerkschaften zurückgesetzt. Sein Vertreter mußte zusammen mit Legien und Gustav Bauer reisen und wurde erst vorgelesen, nachdem die Gewerkschaftsführer mit Hindenburg und Ludendorff gesprochen hatten. Der Wirtschaftsfriedlichen bemächtigte sich eine tiefe Verbitterung hierüber, die sie zur politischen Radikalisierung trieb. Schon Bethmann Hollwegs Nachfolger Michaelis gegenüber kündigte der Hauptausschuß »schärfste Opposition gegen eine Neuorientierung« an,

falls sich die Diskriminierung der Wirtschaftsfriedlichen wiederholen sollte¹⁶⁴. Als im Oktober 1917 der bayerische Ministerpräsident Hertling Kanzler wurde, kamen die Wirtschaftsfriedlichen endgültig zu der Überzeugung, daß sie »den Kampf gegen die Regierung weiterführen müßten«. Sie vermuteten in dem Katholiken Hertling einen Freund der christlichen Gewerkschaften, von dem sie ebenfalls »nicht viel zu hoffen« haben würden¹⁶⁵. Seitdem schlugen sie einen scharf antigouvernementalen Kurs ein, der sie noch enger mit den reaktionären Kreisen der bürgerlichen Rechten zusammenführte¹⁶⁶.

Sie hatten in der Tat Anlaß zur Erbitterung; denn die Arbeitnehmervertretungen in den Ausschüssen wurden fast überall zur Domäne der Gewerkschaften¹⁶⁷. Auch mahnende Hinweise mancher Verwaltungsbehörden auf den geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Arbeiterschaft in weiten Landstrichen vermochten daran nichts zu ändern¹⁶⁸. Selbst »in die ruhigsten Industriegegenden« seien »Dutzende von Gewerkschaftsbeamten . . . gekommen, um sich als Beisitzer für Schlichtungsausschüsse wählen zu lassen«, klagte der VdESI¹⁶⁹. In manchen Regionen, wie in Schlesien, dominierten die freien Gewerkschaften¹⁷⁰, in anderen teilten sie sich mit den anderen Gewerkschaftsrichtungen in die Sitze¹⁷¹. Hier und da ging das nicht ohne Unstimmigkeiten ab¹⁷², überall aber blieb man sozusagen unter sich. Eine Ausnahme machte nur die Landwirtschaft¹⁷³.

Die Einstellung der Unternehmer zu den Schlichtungsausschüssen war daher von vornherein klar. Daß diese sich in die Entscheidung über die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Belegschaften einschalten und – obwohl sie keine Zwangsmittel besaßen – dadurch indirekt die Dispositionsgewalt der Betriebsleitung beeinträchtigen konnten, erfüllte sie mit Erbitterung. Daß in diese Einrichtungen noch dazu die Gewerkschaften eindringen und so als Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt wurden, veranlaßte die Großindustrie, die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse zu behindern, sie lahmzulegen oder auszuschalten, wo immer es ging.

Dort, wo die militärischen Vorsitzenden den Unternehmern nahestanden, bedurfte es dazu keiner besonderen Anstrengungen. Die Vorsitzenden gaben nicht nur bei Abstimmungen den Ausschlag, sondern konnten durch ihre Zuständigkeit für Vorbereitung und Durchführung der Schlichtungsverhandlungen auch erheblichen Einfluß auf Verlauf und Ausgang der Verfahren ausüben. Deshalb sollten sie nach den Worten Groeners »nicht nur Geschicklichkeit in der Führung von Verhandlungen und in der Behandlung von Menschen besitzen, sondern in erster Linie vollkommen unparteiische Männer mit persönlicher Autorität sein«¹⁷⁴. Nicht überall aber besaßen sie diese Tugenden. In Unternehmerkreisen konnte man zwar die Klage hören, der unparteiische Vorsitzende habe sich »stets auf die Seite

der Arbeitnehmer« gestellt, »so daß die Arbeitgeber immer in der Minderheit geblieben seien«¹⁷⁵. Im DMV erkannte man jedoch in vielen Vorsitzenden »Fleisch und Blut vom Fleisch und Blut der Unternehmer«¹⁷⁶ und kam damit der Wirklichkeit offenbar um einiges näher.

Im Aachener Bergrevier wirkte als Vorsitzender ein Alldeutscher, der die Eingaben der Gewerkschaften entweder ignorierte oder bestenfalls ihren Eingang bestätigte, wobei es dann blieb¹⁷⁷. Im Bezirk Kassel fungierte in dem Amt ein Oberleutnant, der sich im Zivilberuf als Syndikus eines Unternehmerverbandes betätigte¹⁷⁸. Dem badischen Schlichtungsausschuß saß der Direktor einer Maschinenfabrik vor, die für hohe Dividenden und schlechte Behandlung ihrer Arbeiter bekannt war und erst Monate nach Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes zur Einrichtung eines Arbeiterausschusses gezwungen werden konnte¹⁷⁹. Im Elsaß fand der DMV den Schlichtungsausschuß »mit so rückständigen Personen besetzt, daß jeder Funken Zutrauen zu dieser Einrichtung schon im Keime, sicher aber nach einem einmaligen Versuch, sein Recht dort zu erringen, gründlich erstickt« wurde¹⁸⁰. Der Vorsitzende des oberschlesischen Schlichtungsausschusses antwortete fast allen Arbeitern, die den Abkehrschein verlangten, »bei regelmäßiger und fleißiger Arbeit« könnten sie in ihrem derzeitigen Betrieb ebensoviel verdienen wie in dem von ihnen genannten besser zahlenden Werk, und legte ihnen nahe, ihre Anträge zurückzuziehen, da ihnen der Schlichtungsausschuß die Genehmigung zum Wechsel der Arbeitsstelle »ohne weiteres« verweigern würde¹⁸¹. Vielleicht handelte es sich bei diesen Beispielen um Ausnahmen. Mit Sicherheit aber tendierten die Ausschußvorsitzenden häufiger zu den Arbeitgebern als zu den Arbeitnehmern, nicht nur, weil von dort der stärkere Druck ausgeübt wurde, sondern auch, weil »die Vorsitzenden meist aus Kreisen stammten, die sozial dem Unternehmertum näherstanden«, wie Groener notierte¹⁸².

Wo die Arbeitgeber die Schlichtungsausschüsse nicht über die Vorsitzenden zu beeinflussen vermochten, unternahmen sie andere Versuche, den Arbeitern die ihnen zustehenden Rechte zu verkürzen. Kleinere Betriebe traten mitunter aus ihrem Arbeitgeberverband aus oder bewogen ihren örtlichen Verband zum Austritt aus einer regionalen Organisation, um dadurch dem organisatorischen Netz zu entziffern, in das die Ausschüsse hineingewoben waren, und sich deren Zugriff zu entziehen¹⁸³. Die Großindustrie, für die dieser Weg ausschied, verlegte sich auf Behinderungen. So sah die VDA eine »Aufforderung zum Vertragsbruch« bereits dann gegeben, wenn ein Beisitzer der Arbeitnehmerseite einen Arbeiter während der Verhandlung darauf hinwies, daß die Abkehrschiepflicht durch die im § 9 des Hilfsdienstgesetzes festgesetzte 14tägige Karenzzeit begrenzt war, und empfahl den Arbeitgebern, »solchen Bemerkungen sofort entgegenzu-

treten und ggf. Beschwerde zu führen«. Sie selbst erbot sich, derartige Beschwerden beim Kriegsamt zu unterstützen¹⁸⁴.

Auf der gleichen Linie lag der Versuch, den Arbeitern in der Schlichtungsverhandlung einen Rechtsbeistand zu verweigern. Für diese Funktion kamen aufgrund ihrer Kenntnisse in erster Linie Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeitersekretäre in Frage. Die Durchführungsverordnung zum Hilfsdienstgesetz erlaubte die Zuziehung eines Rechtsbeistandes, schrieb sie aber nicht zwingend vor¹⁸⁵. Mit dem Hinweis darauf, daß »die im Bergbau schon seit vielen Jahren bestehenden Arbeiterausschüsse von der Arbeiterschaft als ihre Vertreter gewählt und ausnahmslos in der Lage sind, die Wünsche und Beschwerden der Belegschaften in geeigneter Weise zum Ausdruck zu bringen«, leugnete daher der Zechenverband die »sachliche Berechtigung und ein Bedürfnis zur Zulassung von Mundanwälden« bei den Schlichtungsverhandlungen. Er empfahl den Zechenverwaltungen, entsprechenden Anträgen »zu widersprechen und, falls dem Einspruch nicht ohne weiteres stattgegeben wird, einen formellen Beschluß des Schlichtungsausschusses darüber herbeiführen zu lassen, ob der Mundanwalt zugelassen werden soll oder nicht«¹⁸⁶. Wo die Ausschußvorsitzenden mit den Unternehmern sympathisierten, fielen derartige Beschlüsse oft zugunsten der Arbeitgeber aus.

Insbesondere über die Schlichtungsausschüsse Essen und Recklinghausen häuften sich die Klagen der Bergarbeiterverbände. Dort geschah es sogar, daß ein Arbeitgebervertreter ostentativ die Verhandlung verließ, als der Gewerkschaftsanwalt den Raum betrat. Mehr als einmal mußten die Organisationsvertreter vom Vorsitzenden Verdächtigungen und Beleidigungen über sich ergehen lassen, ohne sich dagegen wehren zu können¹⁸⁷. Das Kriegsamt mißbilligte diese Praktiken, sah aber keine Handhabe, sie zu verhindern. Nur den derartig parteiischen Vorsitzenden in Essen ersetzte es durch einen Mann, der sich um größere Objektivität bemühte und auch die Zulassung von Anwälten durchsetzte¹⁸⁸.

Aus diesen Gründen tendierten die Schlichtungsausschüsse dort, wo die Arbeitgeber einen erheblichen Machtvorsprung vor den Gewerkschaften hatten, zu einer Spruchpraxis, die kein Vertrauen der Arbeiter in diese Einrichtung aufkommen ließ, etwa im Ruhrbergbau und im mitteldeutschen Bergbaubezirk¹⁸⁹. Mit dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad und dem Selbstbewußtsein der Arbeiter stieg im allgemeinen die Nachgiebigkeit der Arbeitgebervertreter. Indessen klagten auch in Gebieten und Gewerben, in denen sich eine Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten schon vor oder während des Krieges angebahnt hatte, die Industriellen mitunter über die Entscheidungen der Ausschüsse. Borsig berichtete 1918 über seine Erfahrungen mit dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins,

der 1915 zwischen den Metallarbeitergewerkschaften und den Metallindustriellen vereinbart worden war: »Es sei gut gegangen, solange diese freiwillige Grundlage bestanden habe. Nach gesetzlicher Einführung jedoch und nachdem die Gewerkschaften Einfluß auf die Besetzung der Posten bekommen haben, sei es ganz anders geworden. Es seien dann nicht mehr kleine Streitigkeiten gewesen, mit denen sich der Schlichtungsausschuß zu befassen gehabt habe. Die Gewerkschaften haben vielmehr die Einrichtung benutzt, um große Forderungen für ganze Arbeitergruppen, ja ganze Fabriken zu stellen. Und es seien nicht die schlechtverdienenden Arbeiter gewesen, sondern gerade die am besten bezahlten. Das zeige eben die uner-sättliche Machtgier.«¹⁹⁰

Doch die Verhältnisse in der Berliner Metallindustrie stellten eine Ausnahme dar. Schon vor den Toren Berlins sahen mit den sozioökonomischen Zuständen die Machtverhältnisse zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ganz anders aus, und dem entsprachen die Sprüche des Schlichtungsausschusses. In Potsdam wurde einem Dreher der Abkehrschein verweigert, obwohl er bei einem Stellenwechsel wöchentlich 22–30 Mark mehr verdient, täglich drei Stunden Eisenbahnfahrt gespart und dadurch die Möglichkeit erhalten hätte, sich um seine kranke Frau zu kümmern. Für dieses Urteil brauchte der Potsdamer Schlichtungsausschuß zweieinhalb Stunden, während in Berlin vermutlich innerhalb von fünf Minuten zugunsten des Drehers entschieden worden wäre¹⁹¹.

Selbst wo die Schlichtungsausschüsse zugunsten der Arbeiter entschieden, nützte dies den Betroffenen nicht immer, denn die Entscheidungen der Ausschüsse waren unverbindlich. Manche Zechenverwaltungen an der Ruhr verständigten sich deshalb darauf, keinen Bergmann einzustellen, der eine andere Zeche verlassen hatte, mochte er den Abkehrschein haben oder nicht¹⁹². Daß die Arbeitgeber erst recht jeden Versuch bekämpften, die Kompetenzen der Ausschüsse zu erweitern, versteht sich von selbst. Als ein Schlichtungsausschuß einen Spruch zugunsten von Arbeiterinnen, die nicht unter das Hilfsdienstgesetz fielen, gefällt und sich auch mit der Wiedereinstellung entlassener Arbeiter befaßt hatte, intervenierte die VDA unverzüglich beim Kriegsamt gegen diese Kompetenzüberschreitung und wurde in ihrer Rechtsauffassung bestätigt¹⁹³.

Insgesamt vermochten die Schlichtungsausschüsse den Zweck, zu dem sie eingerichtet worden waren, nur in bescheidenem Maße zu erfüllen. Das ist schon daran zu erkennen, daß seit Ende 1916 die Streikhäufigkeit erheblich anstieg. Die ökonomischen Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern wurden also hauptsächlich in den Betrieben geführt; in den Ausschüssen fanden sie nur einen schwachen Widerhall. Auch zur Beruhigung des Arbeitsmarkts vermochten sie nur geringfügig beizu-

tragen, weil § 9 des Hilfsdienstgesetzes die Fluktuation in Gang hielt und aufgrund des weiterbestehenden Arbeitskräftemangels viele Arbeiter auch ohne Abkehrschein ihren Arbeitsplatz verließen und sogleich einen neuen fanden. Die materielle Unzufriedenheit der Arbeiterschaft vermochten sie ebensowenig zu beseitigen. Bestenfalls verschafften sie den Arbeitern ein finanzielles Äquivalent für die allgemeine Teuerung. Aber sie konnten nicht die Warenmengen beschaffen, die sich die Arbeiter dafür hätten kaufen können, insbesondere nicht mehr und bessere Lebensmittel. Auch Lohnerhöhungen schützten die Arbeiter in vielen Fällen nicht vor einer weiteren Verschlechterung ihrer Lebenslage. Es war deshalb gänzlich unbegründet, wenn von großindustrieller Seite unter Hinweis auf nominelle Lohnerhöhungen, die Schlichtungsausschüsse empfohlen hatten, behauptet wurde, daß diese Ausschüsse »den unbilligsten Forderungen der Arbeiter in oft ganz urteilsloser Weise« nachgäben und daher »dem Interesse unserer Volkswirtschaft und dem wirtschaftlichen Frieden nicht dienlich, sondern abträglich gewesen« seien¹⁹⁴.

Handhabung des Versammlungsrechts

Ein weiterer Grund für das Wiedererstarken und die Ausbreitung der Gewerkschaften lag in einer gewissen Lockerung des Versammlungsrechts. Nach § 14 des Hilfsdienstgesetzes durfte »den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen . . . die Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Vereins- und Versammlungsrechts nicht beschränkt werden«. Auf der Kundgebung der Arbeitnehmerorganisationen am 12. Dezember 1916 äußerte Bauer deshalb die Erwartung, daß Verordnungen, mit denen einzelne Generalkommandos »das Versammlungsrecht der Gewerkschaften völlig illusorisch gemacht« hätten, »in Zukunft . . . nicht mehr ergehen und daß sie da, wo sie heute noch bestehen, beseitigt werden«. Die Gewerkschaften könnten »die Aufgaben, die das Gesetz ihnen stellt, nur lösen, wenn sie auch Gelegenheit haben, die Arbeiter in Versammlungen zu belehren und sich mit ihnen auszusprechen«¹⁹⁵.

Der preußische Kriegsminister bezeichnete daraufhin eine »Lockerung der erheblichen Beschränkungen der Versammlungsfreiheit . . . bis zu einem gewissen Grade« als »unbedenklich«, ja sogar »erwünscht« und drang außerdem auf eine einheitliche Handhabung. »Die wirtschaftlichen und Ernährungsschwierigkeiten drängen zur Erörterung«, schrieb er zur Begründung, »ein Sicherheitsventil muß vorhanden sein, um angesammelte Unzufriedenheit und Kleinmütigkeit zu entlasten.« Durch die Versammlungen solle »zuverlässigen Führern« – zu ihnen rechnete er vor allem die

Gewerkschaftsfunktionäre – »Gelegenheit gegeben werden . . . , Klagen und Wünsche der Arbeiterschaft kennenzulernen und beruhigend und aufklärend auf sie einzuwirken«¹⁹⁶.

Auch nach den neuen Richtlinien jedoch waren Versammlungen noch immer 48 Stunden vor ihrem Beginn bei den Polizeibehörden anzumelden, die über ihre Genehmigung entschieden. Sofern die vorgesehenen Vorträge militärische Angelegenheiten berührten, wozu auch eventuelle Beeinträchtigungen des Burgfriedens, der Siegeszuversicht und des Durchhaltewillens zählten, mußten sie der Zensurstelle des Generalkommandos vorgelegt werden. Außerdem behielten die Militärbefehlshaber die Befugnis zu Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts in allen Fällen, »von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu besorgen ist«, etwa bei Streiks¹⁹⁷. Nach wie vor blieb also die Genehmigung von Versammlungen weitgehend in das Ermessen untergeordneter Beamter und Offiziere gestellt. Immerhin zeigen diese Richtlinien, daß der Kriegsminister die Stimmung der Massen bereits für kritisch genug hielt, um ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, ihrem Unmut Luft zu machen, und daß er hierbei den Gewerkschaften die Aufgabe zudachte, sie zu besänftigen, was der Staat mit seinen Organen sich allein offensichtlich kaum noch zutraute.

Die Gewerkschaften versagten sich dieser Aufgabe nicht. Zunächst einmal aber benutzten sie die Lockerung des Versammlungsrechts dazu, ihren in Lethargie und Gleichgültigkeit versunkenen Organisationen neues Leben einzuhauchen. Die Zentralen riefen zur Abhaltung von örtlichen Mitgliederversammlungen und zur Wiederaufnahme der Agitation auf¹⁹⁸. Mitglieder der Zentralvorstände unternahmen Vortragsreisen, um mit ihrer Prominenz den Reiz der örtlichen Veranstaltungen zu erhöhen und die Basisarbeit ankurbeln zu helfen. Von Ende 1916 bis tief in den Sommer 1917 hinein rollte eine Flut von Versammlungen über das Land, insbesondere durch die Zentren der Kriegsindustrie. Aus dem Ruhrgebiet berichtete der Regierungspräsident in Münster im April 1917, die Zahl der Belegschaftsversammlungen habe sich »sehr vermehrt«; namentlich die Sozialdemokraten wußten die den Arbeitern zustehenden Rechte »geschickt und zielbewußt auszunutzen« und wähten sich »im Besitz einer gewissen Machtstellung«¹⁹⁹.

Wenig später berichtete er von einer »planmäßigen Tätigkeit« des alten Verbandes. Sie erschien ihm »um so bedenklicher . . . , als die Redner es in den Versammlungen und ganz besonders auch bei ihren Verhandlungen mit Zivil- und Militärbehörden . . . nur zu gut verstehen, den Eindruck zu erwecken, als sei es ihnen hauptsächlich darum zu tun, in der Bergarbeiterbevölkerung den Willen zum Durchhalten zu stärken und Ausstände und

Unruhen zu verhüten, während ihnen in Wirklichkeit die Bergarbeiterversammlungen nur dazu dienen, die in Arbeiterkreisen zweifellos vorhandene große Niedergeschlagenheit über die lange Dauer des Krieges und die Mißstimmung über die Lebensmittelknappheit zu benutzen, um daraus für ihre organisatorischen Zwecke Kapital zu schlagen«.

Als Beispiel hierfür führte er eine Rede an, die der Gladbecker Bezirksleiter des alten Verbandes, Heinrich Krahn, in einer Belegschaftsversammlung der Zeche Osterfeld bei Oberhausen über das Hilfsdienstgesetz gehalten hatte. Krahn hatte die Vorteile des Gesetzes für die Bergarbeiter hervorgehoben, war aber dauernd von den Zuhörern unterbrochen worden, die mehr Lohn und Lebensmittel forderten. »Krahn fährt unbeirrt fort und fordert, davon ausgehend, daß das Gesetz dem Arbeiterausschusse das Recht gebe, die Interessen der Arbeiter wirksam zu vertreten, und daß die Schlichtungsausschüsse nunmehr von der Regierung anerkannte Organisationen seien, zu straffem Zusammenschlusse auf. Daß ein großer Teil der Belegschaft in Osterfeld, wo der Verband der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeitervereine eine große Rolle spielt, nicht organisiert ist, gibt Krahn Gelegenheit, die angeblich besonders schlechte Lebensmittelversorgung auf die fehlende Organisation zurückzuführen. Er könne nicht verstehen, wie die Arbeiter sich den ›Gelben‹ anschließen könnten.« Ähnlich verhielt sich Krahn auch auf anderen Versammlungen. Wurde er später aufgrund des Überwachungsberichts von der Polizei vernommen, führte er »gewöhnlich zu seiner Entschuldigung an, der überwachende Beamte habe seine Rede unrichtig wiedergegeben oder ihn falsch verstanden«. Ähnliches berichtete der Regierungspräsident über die Gewerkschaftssekretäre Pokorny und Hermes. Aus seinen Beobachtungen zog er den Schluß, »das nach oben bezeugte harmlose Gebaren der führenden Persönlichkeiten des ›Alten Verbandes‹ sei »sehr viel weniger von dem Bestreben getragen, die Behörden in ihren Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiter zu unterstützen, als vielmehr von der Absicht, ... für das Hauptziel, eine straffe Organisation, ... zu werben«²⁰⁰.

Besonders nahmen sich die Gewerkschaften der Agitation an der Saar und in Oberschlesien an. Namentlich die Metall- und Bergarbeiterverbände schickten erfahrene Funktionäre in diese gewerkschaftlich unterentwickelten Industriegebiete. So ging Pokorny im Mai 1917 als Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes nach Saarbrücken²⁰¹, wo er bald der von Unternehmern und konservativen Verwaltungsbeamten am meisten gehaßte Gewerkschaftsfunktionär war. Seiner Wirksamkeit sei »die Durchsetzung unseres Saarreviers mit politisch gefährlichen Elementen zu verdanken«, befand der Landrat von Ottweiler²⁰², entsetzt darüber, daß »unser Saargebiet ..., in welchem nach den Überlieferungen des Freiherrn von Stumm seli-

gen Angedenkens in sozialer Beziehung noch bis vor Kriegsbeginn ein glücklicher Friede geherrscht« habe²⁰³, jetzt zum Schauplatz gewerkschaftlicher Agitation wurde. Die Bergwerksdirektion Saarbrücken empörte sich über »die zynische Art des Pokorny, der immer den passenden Ton zu treffen vermag, die Seelen in Aufruhr zu setzen«, und befand: »Was die Führer des alten Verbandes hier unter dem Deckmantel der Aufklärung über das Hilfsdienstgesetz geleistet haben, ist nicht mehr Werbearbeit, es ist Hetzarbeit in vaterlandsfeindlichem Sinne, der gegenüber der Saarbergmann, noch ungeschult und unreif für diesen politischen Kampf, völlig widerstandsunfähig ist.«²⁰⁴

Als im September 1917 unter den Saarbergleuten ein Streik ausbrach, erblickte der Trierer Regierungspräsident dann auch in Pokorny »die hauptsächliche Treibkraft der ganzen Bewegung«. Er führte den Ausstand »in erster Linie auf die seit Monaten beobachtete lebhaftere Agitation des alten sozialdemokratischen Verbandes« zurück, die »wiederum eine lebhaftere Werbetätigkeit aller anderen gewerkschaftlichen Bergarbeitervereinigungen ... zur Folge« gehabt und erst den »Boden vorbereitet« hätte, »um gewisse konkrete Forderungen der Arbeiterschaft nahelegen zu können«²⁰⁵. In der Tat entfaltete auch der christliche Metallarbeiterverband im Sommer 1917 im Saargebiet, in Lothringen und in Luxemburg eine – wie Schlenker sich ausdrückte – »unglaubliche Tätigkeit« und hielt »tagtäglich Hetzversammlungen« ab unter dem »Leitsatz . . . , daß nur der Anschluß an den christlichen Metallarbeiterverband die Freiheit als Mensch und Staatsbürger für die Arbeiter gewähren« könne²⁰⁶.

In Oberschlesien sah es ähnlich aus. Im Frühjahr 1917 hielten die Gewerkschaften nach einem Bericht des Regierungspräsidenten in Oppeln Versammlungen »in großer Zahl« ab, »bei denen in erster Linie als Gegenstand der Tagesordnung das Kriegshilfsdienstgesetz angegeben war, zugleich und wohl vor allem aber die Werbung für die Organisation selbst im Vordergrund stand«²⁰⁷. Einige Monate später trauerte der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein den Zeiten von »Ruhe und Frieden« nach, die »mit einem Schlage« vorbei waren, als mit dem Hilfsdienstgesetz den Gewerkschaften »Tür und Tor geöffnet« worden sei. Vor dem Kriege hätten »kaum 25 %« der oberschlesischen Arbeiterschaft einer Gewerkschaft angehört, und während des Krieges, »wo die Belegschaft, abgesehen von Ausländern und Kriegsgefangenen, nur noch aus Jugendlichen und weiblichen Arbeitern und Invaliden sowie aus der Front Reklamierten besteht«, seien Einfluß und Bedeutung der Gewerkschaften »vollends auf ein Minimum gesunken«. Jetzt aber träten plötzlich »fremde Arbeitersekretäre auf . . . , die mit Oberschlesien nicht das mindeste zu tun haben, hielten Versammlungen ab und entfalteten überhaupt eine eifrige Tätigkeit,

um die oberschlesische Arbeiterschaft zum Anschluß an die Organisationen zu bewegen«, nicht nur um das »verlorene Terrain zurückzugewinnen, sondern überhaupt ihre Macht und ihren Einfluß auf den zweitgrößten Industriebezirk Deutschlands auszudehnen«²⁰⁸.

»Wir haben gewerkschaftliche Versammlungen von morgens bis abends«, bestätigte Hilger. »Hetzer aus anderen Gegenden ... halten Reden, sie wühlen die Leute in einer Weise auf, daß nicht mehr durchzukommen ist«²⁰⁹. Daß das Hilfsdienstgesetz das Versammlungsrecht der Arbeiter besonders hervorhob, fand er »furchtbar unnötig«. Die Arbeitgeberräte »einfach vollkommen rechtlos« da, erklärte er in der VdESI-Vorstandssitzung im Juli 1917 und fuhr fort: »Wenn ich kommandierender General wäre, würde ich sagen: Hol mich der Teufel! Es geht nicht, daß man in der schwersten Zeit des Vaterlandes Versammlungen, auch in Lohnfragen abhält, die Kerls sollen arbeiten und nicht Versammlungen abhalten.«²¹⁰

Viele Industrielle dachten ähnlich. Wo es ihnen möglich schien, verlegten sie deshalb den Gewerkschaften die Versammlungsmöglichkeiten. In Leipzig etwa untersagte ein Betrieb bei Strafe sofortiger Entlassung seinen Beschäftigten, »irgendwelche Versammlungen, die durch den Transportarbeiterverband oder irgendeinen anderen sozialdemokratischen Verband angesagt« würden, zu besuchen; nach einer gewerkschaftlichen Intervention mußte er diese Verordnung allerdings aufheben²¹¹. Mehr Erfolg hatten Bemühungen, die Gewerkschaften der Versammlungsräume zu berauben. In dem kleinen Eifelort Hallschlag war 1915 eine Sprengstoffabrik errichtet worden, die bis zu 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte. Das einzige Lokal in der Nähe bezog Wasser und Licht von der Fabrik. Als der Fabrikarbeiterverband mit der Agitation begann, machte die Fabrikleitung die weitere Versorgung der Gastwirtschaft davon abhängig, daß dort künftig keine Gewerkschaftsversammlungen mehr stattfänden. Die Wirtin, deren Mann als Soldat eingezogen war, gab dem Druck nach. Um zu verhindern, daß die Gewerkschaftsfunktionäre die Arbeiter nun in ihren Wohnquartieren oder gar am Arbeitsplatz aufsuchten, wurden die Fabrik und die zur Unterbringung der Arbeiter auf dem Werksgelände errichteten Baracken eingezäunt. Damit die Arbeiter auch während ihrer Freizeit dieses Gelände nicht verließen, wandelte man die Werkskantine in eine Vergnügungsstätte um, wo Konzerte und andere Attraktionen stattfanden. Selbst ein Karussell wurde aufgestellt²¹².

Ähnliche Einfälle hatten die Chemiewerke in Troisdorf bei Köln. Jedesmal, wenn der Fabrikarbeiterverband eine Versammlung anberaumte, veranstalteten sie ein Konzert, bei dem auch getanzt werden konnte. Namentlich die jungen Arbeiterinnen zogen die in der Kriegszeit selten gewordene

Tanz- und Vergnügungsgelegenheit der spröden gewerkschaftlichen Agitation vor und Scharen jüngerer Arbeiter mit sich. Schließlich spendierte die Direktion auch noch ein Kino für ihre Arbeiter. »Auf derartige Veranstaltungen fällt die Arbeiterschaft . . . immer wieder hinein«, resümierte der Fabrikarbeiterverband bekümmert, »und der Erfolg unserer Tätigkeit bleibt dadurch immer sehr bescheiden«²¹³.

An anderen Orten konnten die Unternehmer die Polizei zum Einschreiten gegen Gewerkschaftsveranstaltungen bewegen. In Bottrop beschied 1917 der Ortsgendarm eine Wirtin, die ihr Lokal der Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes zur Verfügung stellen wollte: »Ich bestimme, daß den Roten das Lokal nicht zu Versammlungszwecken zur Verfügung gestellt wird, und damit ist die Geschichte erledigt.«²¹⁴ In Dresden ließen sich die Gendarmen von den Industriellen die Anzeigen gleich in die Feder diktieren²¹⁵. Im Saargebiet boten manche katholischen Ortsgeistlichen ihren Einfluß auf, um den Dorfgastwirt davon abzuhalten, seinen Saal einer freien Gewerkschaft zu überlassen²¹⁶. Ähnliches geschah im Ruhrgebiet²¹⁷. Die Gutehoffnungshütte forderte die Mitglieder ihres Werkvereins auf, sofort die Polizei zu alarmieren, wenn die Gewerkschaften Belegschaftsversammlungen einberiefen, aber nur die Unorganisierten dazu einluden, um die Wirtschaftsfriedlichen fernzuhalten²¹⁸.

Vor allem in den Großstädten erwiesen sich diese Maßnahmen jedoch als wenig wirksam. Manche Großindustriellen bemühten sich deshalb, die Militärbehörden zu Schritten gegen ein weiteres Vordringen der Gewerkschaften zu bewegen. Im Saargebiet versuchten die Industriellen im Sommer 1917 wochenlang, das Generalkommando zur Abänderung der Richtlinien über das Versammlungsrecht zu veranlassen²¹⁹ – jedoch ohne Erfolg. Der stellvertretende kommandierende General war zwar persönlich zum Eingreifen geneigt, berief sich aber auf die Anweisungen aus Berlin²²⁰. Auch in Oberschlesien bekamen die Industriellen auf eine Reihe von Eingaben, die in der Forderung nach gänzlicher Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechts gipfelten²²¹, vom Generalkommando die Antwort, sie dürften »um Gottes willen in die den Arbeitern garantierten Rechte nicht eingreifen«. Dies sei »die Reverenz vor dem König Mob«, kommentierte Hilger empört, »die Angst, irgend etwas zu machen, wenn daran die große Masse beteiligt ist«²²². Der VdESI-Vorsitzende, der Justizrat und nationalliberale Reichstagsabgeordnete Wilhelm Meyer aus Hannover, bestätigte: »Wo man hinhört, hört man Klagen über die Handhabung des Hilfsdienstgesetzes durch die Behörden. . . . Es liegt an den Anordnungen, die aus Berlin kommen.«²²³

Der VdESI beschloß deshalb, bei den Zentralbehörden darauf zu dringen, daß überall, wo aufgrund der gewerkschaftlichen Agitation »für die

Aufrechterhaltung der Arbeit nicht mehr garantiert« werden könne²²⁴, »richtig vorgegangen wird«²²⁵. In einer Denkschrift, die er im August 1917 dem Reichskanzler unterbreitete, machte er »die neuerdings eifrig aufgenommene . . . Agitation der Sozialdemokraten« dafür verantwortlich, »daß auch die anderen Arbeiterverbände auf dem Plan erschienen und Versammlungen abhielten, um sich die Gunst der Arbeiter zu erringen«²²⁶. Er schob ihnen die Schuld für die »großen Unruhen, Ausstände, Lohnbewegungen und Krawalle« der vorangegangenen Monate zu und erklärte: »Der Burgfrieden ist leider weder durch das Verhalten der Gewerkschaften noch durch gütliches Zureden gesichert. Daher muß, solange der Feind draußen tobt, im Innern durch Strenge Ruhe und Ordnung gesichert werden.« Nur durch ein allgemeines Versammlungsverbot könne es gelingen, »die verderbliche Agitation an der Wurzel« zu packen. Die Hoffnungen auf eine Durchsetzung dieser Wünsche blieben freilich gedämpft. »Wir wissen ja«, erklärte Meyer, »daß in Berlin bei den Behörden die Sozialdemokraten und die christlichen Gewerkschaften einen erheblich größeren Einfluß haben als alles andere.«²²⁷

Tatsächlich unternahm das Kriegsamt keinen Kurswechsel in der Frage des Versammlungsrechts, und die Regierung ließ die Industriellen sechs Monate auf eine Aussprache über die Eingabe warten. Deshalb steckten sie sich wieder hinter die einzelnen Generalkommandos, die von Weisungen des Kriegsammtes und des Kriegsministers weitgehend unabhängig und in ihren Korpsbezirken »allmächtig« waren²²⁸. Nach den Streikwellen vom Frühjahr und Sommer 1917 kamen sie damit an vielen Orten zum Erfolg. In Oberschlesien hatte das Generalkommando Anfang 1917 eine Versammlungsregelung erlassen, die die Gewerkschaften als »erträglich« ansahen²²⁹. Im Juli 1917 jedoch wurde sie widerrufen; alle Versammlungen, in denen wirtschaftliche oder mit dem Hilfsdienst zusammenhängende Fragen behandelt werden sollten, waren fortan wieder genehmigungspflichtig. Die Genehmigungsgesuche mußten mindestens zehn Tage vorher beim Landrat oder der Polizeibehörde eingereicht werden; diese hatten sie dem Generalkommando zur Entscheidung vorzulegen²³⁰. Selbst Betriebsversammlungen mit rein gewerkschaftlicher Themenstellung wurden seitdem entweder ohne Angabe von Gründen verboten²³¹ oder zu politischen Versammlungen erklärt und deshalb untersagt²³². Schließlich durfte die Bekanntmachung von Versammlungen erst erfolgen, wenn die Genehmigung vorlag. Dies war »geradezu ein genialer Streich des Generalkommandos«, denn nun brauchte es die Versammlungen gar nicht mehr zu verbieten. Es genügte, die Genehmigung so spät zu erteilen, daß für ihre Vorbereitung keine Zeit blieb²³³.

Kam trotzdem eine Gewerkschaftsversammlung zustande, dann nicht

selten mit der Auflage, daß über Lohn- und Arbeitsbedingungen und Hilfsdienstangelegenheiten nicht gesprochen werden dürfte und Angriffe auf Parteien, Behörden und Arbeitgeber ebenso zu unterbleiben hätten wie alles, was geeignet sei, die Einigkeit unter der Bevölkerung zu stören. »Über was ein Versammlungsredner bei solcher alles einschränkenden Genehmigung reden sollte, war trotz Rückfragen nicht zu erforschen.«²³⁴ Um die Einhaltung der Auflagen sicherzustellen, wurde jede Versammlung, auch die kleinste Betriebsversammlung, von zwei Polizeibeamten überwacht und, sobald irgendwelche Beschwerden zur Sprache kamen, aufgelöst. Hielt sich ein Redner nicht an die Auflagen, verwarnte ihn das Generalkommando; im Wiederholungsfalle erhielt er gänzlichliches Redeverbot. Über den Liegnitzer Gauleiter des Textilarbeiterverbandes wurde die Brief- und Telegrammzensur verhängt²³⁵. Das Breslauer Generalkommando verlangte noch im August 1918 vor der Genehmigung von Mitgliederversammlungen genaue Angaben über die Stärke der einberufenen Ortsgruppe und die Zahl der zu erwartenden Teilnehmer²³⁶. »Die Behörden richten sich in Schlesien vollkommen nach den Wünschen des Geheimrat Hilger, der in jedem Gewerkschaftsangestellten einen Verbrecher und Landesverräter sieht«, kommentierte ein Porzellanarbeiter-Funktionär diese Praxis²³⁷. Sie wurde dadurch vervollständigt, daß industrienahe Organisationen wie die Alldeutschen und die katholischen Fachabteilungen unbeanstandet Veranstaltungen selbst zu politischen Themen abhalten konnten²³⁸.

Das Generalkommando in Stettin erließ im Sommer 1917 gleichartige Verordnungen²³⁹, nachdem es Ende 1916 das Versammlungsrecht vorübergehend gelockert hatte²⁴⁰. Ähnliches geschah im Bezirk Königsberg²⁴¹; hier wurden außerdem alle Broschüren, Flugblätter, Geschäftsberichte und sonstige literarischen Erzeugnisse unter Zensur gestellt²⁴². Die Generalkommandos in Kassel und Münster übernahmen diese Verordnung. Im Bezirk Posen konnten Vereine, »deren Zweck oder Tätigkeit ... den Interessen der Kriegführung zuwiderläuft«, sogar für die Dauer des Kriegszustandes aufgelöst werden, ohne daß es dagegen Rechtsmittel gab²⁴³. Im württembergischen Göppingen machten die Militärbehörden den Textilarbeitern die strikte Einhaltung der Tagesordnung und den Verzicht auf jede Diskussion bei Versammlungen zur Auflage²⁴⁴. In Eberswalde löste ein Gendarm eine Betriebsversammlung von Metallarbeitern mit der rechtlich unhaltbaren Begründung auf, der DMV sei ein politischer Verein²⁴⁵. Die Gastwirtsangestellten, die wegen der Eigenart ihres Gewerbes vornehmlich nachts Versammlungen abzuhalten pflegten, bekamen nur mit größten Schwierigkeiten die Genehmigung hierzu²⁴⁶. Um die Möglichkeiten des § 9 des Hilfsdienstgesetzes einzuschränken, drohte das

Generalkommando Münster jedem mit Gefängnis- oder Geldstrafe, der Arbeiter der Rüstungsindustrie zur Aufgabe oder zum Wechsel der Arbeitsstelle veranlaßte²⁴⁷. Auch diese Verordnung ließ sich unschwer zur Bekämpfung der gewerkschaftlichen Agitation anwenden.

Die Behörden hielten denn auch nach einem Bericht des Textilarbeiterverbandes »nunmehr die Zeit für gekommen, wo sie gegen die freien Gewerkschaften den von früher her zur Genüge bekannten gehässigen Kampf wieder aufnehmen konnten«²⁴⁸. In einer Eingabe an Reichskanzler und Reichstag vom September 1917 stellte die Generalkommission fest, das Vereins- und Versammlungsrecht sei »nahezu vollständig« aufgehoben und der § 14 des Hilfsdienstgesetzes gänzlich beiseite geschoben. Für den Fall, daß die Einschränkungen, die bereits eine »tiefgehende Erbitterung in der Arbeiterschaft hervorgerufen« hätten, nicht aufgehoben würden, drohte sie mit der Einstellung der gewerkschaftlichen Vermittlungstätigkeit bei Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft und lehnte jede Verantwortung für den Ausbruch von Streiks ab²⁴⁹.

In seiner Antwort verwies der Kriegsminister auf die Selbständigkeit der Generalkommandos in der Handhabung des Versammlungsrechts, verneinte jedoch, daß sie aufgrund einer Anregung aus Berlin verschärft worden sei, und dementierte die Absicht einer gezielten Behinderung der Gewerkschaften²⁵⁰. Intern forderte er allerdings die Militärbefehlshaber auf, eine Beunruhigung der Arbeiterschaft durch zu scharfe Beschränkungen zu vermeiden, insbesondere die Anmeldefristen nicht zu lang zu bemessen, Diskussionen zuzulassen und zuverlässige Redner weniger scharfen Bestimmungen zu unterwerfen²⁵¹. Im Mai 1918 wies er erneut darauf hin, daß den Gewerkschaften bei ihrer Aufgabe, »die Arbeiterschaft aufzuklären und zu beruhigen, ... keine Hindernisse in den Weg gelegt werden« dürften, »soweit es die Verhältnisse irgendwie zulassen«, und unterstrich die Notwendigkeit einer einheitlichen versammlungsrechtlichen Praxis in allen Korpsbezirken²⁵².

Doch seine Ermahnungen fruchteten nicht viel. In Württemberg erhielten die Verwaltungsbehörden die Anweisung, »jede kleinliche oder schikanoöse Beschränkung der Versammlungsfreiheit zu vermeiden« und gewerkschaftliche oder andere Veranstaltungen, die wirtschaftliche Angelegenheiten zum Gegenstand hatten, nicht zu erschweren²⁵³. Vergleichsweise großzügig handhabte man das Versammlungsrecht gegenüber den Gewerkschaften auch in Bayern und in einzelnen preußischen Korpsbezirken²⁵⁴. Im Ruhrgebiet wurden die Verfügungen nach einer Intervention der Gewerkschaften weniger kleinlich angewandt, so daß diese sich wieder einigermassen bewegen konnten²⁵⁵. Dagegen blieben in Schlesien trotz aller Proteste die rigiden Beschränkungen des Versammlungsrechts in Kraft²⁵⁶.

Großindustrie und Gewerkschaften

Wo die Gewerkschaften trotz dieser Behinderungen in die Betriebe eingedrungen waren und aktiv auftraten, griffen die Werksleitungen nicht selten zum altbewährten Instrument der Maßregelung, um die Belegschaften ihrer führenden Köpfe zu berauben, sie nachhaltig einzuschüchtern und womöglich zum Wiederaustritt aus der Gewerkschaft zu veranlassen. Wie das in Kleinbetrieben in agrarischer Umgebung mit einer kleinbürgerlichen Arbeiterschaft ohne Klassenbewußtsein funktionierte, schilderte der Kölner Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes: »In Niederehe in der Eifel befindet sich ein Kalkwerk, das der Stickstoffdüngerfabrik Knapsack gehört, aber an einen Pächter aus dem Aachener Bezirk vergeben ist. Dort arbeiten 24 Mann, von denen 23 reklamiert sind. Es sind das ausschließlich Bauern der Umgegend, die noch nie auf dem Kalkwerk gearbeitet haben und nun dort tätig sind, weil sie dadurch reklamiert wurden und nicht in den Krieg zu ziehen brauchen. Die Löhne sind natürlich sehr niedrig, denn der Pächter war früher schon gewohnt, für ein Trinkgeld arbeiten zu lassen, und nun nutzte er die Abhängigkeit der Leute doppelt aus. Als diese mehr Lohn verlangten, lehnte er ab, und nun fanden sie den Weg zum Verband. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, klagten sie beim Schlichtungsausschuß in Trier, und dieser sprach ihnen die geforderten 10 Pfennig pro Stunde zu. Der Pächter nahm zwar den Schiedsspruch an, aber nach seiner Rückkehr aus Trier erklärte er den Arbeitern, wer bis zum Sonnabend nicht aus dem Verbande ausgetreten sei, der werde sofort freigegeben. Um dem noch etwas Nachdruck zu verleihen, wurde der angebliche Rädelsführer entlassen, und das zog. Die Leute nahmen die 10 Pfennig Lohnerhöhung und traten aus dem Verbande wieder aus.«²⁵⁷

Entlassungen aufgrund der Gewerkschaftszugehörigkeit meldete derselbe Verband auch aus der chemischen Industrie Nürnbergs und der ober-schlesischen Keramikindustrie²⁵⁸. Der christliche Metallarbeiterverband konnte im Mai 1918 nur mit Mühe verhindern, daß den rund 3500 Arbeitern der Munitionsfabrik Kokoschken bei Danzig der Beitritt zur Gewerkschaft verboten und jede darauf gerichtete Werbung mit Entlassung geahndet wurde²⁵⁹. In der ober-schlesischen Hüttenindustrie setzte man Arbeiter »unerbittlich auf die Straße«, wenn sie Petitionslisten zur Unterschrift weitergaben. Wer als erster eine solche Liste unterschrieben hatte, galt als Vertrauensmann des DMV und verlor seine Beschäftigung; andere versetzte man in Abteilungen, in denen sie erheblich weniger verdienten als zuvor, und erreichte dadurch nicht selten, daß sie aus der Gewerkschaft wieder austraten²⁶⁰. Das gleiche widerfuhr Mitgliedern des christlichen Metallar-

beiterverbandes im Saarland²⁶¹. Auch im Ruhrgebiet kam es noch 1918 zu Maßregelungen von Bergarbeitern, die auf den Gruben für die Organisation eintraten²⁶².

Reklamierte Arbeiter, die sich für die Gewerkschaften einsetzten, wurden häufig von den Direktionen den Militärbehörden als abkömmlich gemeldet oder gar als »Rädelsführer« oder »Hetzer« denunziert, um ihre Einberufung zur Armee zu veranlassen. Schlenker konnte im Juni 1917 seinen Kollegen von der Schwerindustrie vertraulich mitteilen, daß es ihm auf diese Weise gelungen sei, zwei der gefährlichsten »Hetzer« aus dem Saargebiet zu entfernen²⁶³. Die oberschlesischen Industriellen empfahlen dasselbe Verfahren²⁶⁴. In großem Stil fand es im letzten Kriegsjahr Anwendung, nachdem die Arbeiterschaft ihrer Unzufriedenheit durch Serien von Streiks und Demonstrationen Luft gemacht hatte. Mitunter wurden der Militärbehörde ganze Hundertschaften als abkömmlich gemeldet, die daraufhin den Betroffenen unverzüglich Gestellungsbefehle zuschickte. Allein im Frühjahr und Sommer 1918 fielen dieser Zusammenarbeit zwischen Industrie und Militärbehörden Tausende von aktiven Gewerkschaftlern zum Opfer, im Saarland und in Oberschlesien ebenso wie in Berlin, in Sachsen und im Ruhrgebiet, in Baden wie in entlegenen Zentren der Textilindustrie²⁶⁵. Was jedoch als Befriedungsmaßnahme gemeint war, erwies sich am Ende als Bumerang. Dieselben Leute nämlich, die so strafweise an die Front kamen, trugen die Unzufriedenheit aus der heimischen Arbeiterschaft unter die Soldaten, schürten sie dort weiter und kehrten in der Novemberrevolution nicht selten als Soldaten- und Arbeiterräte in ihre Heimaterorte und Betriebe zurück²⁶⁶.

Unterdessen gingen die Meinungen darüber, in welchem Ausmaß das Hilfsdienstgesetz die Gewerkschaften gestärkt hatte, unter den Großindustriellen auseinander. Carl Duisberg sprach im August 1917 von einem »bedeutenden Rückgang« des Organisationsgrades auf 15–20% gegenüber rund 40% vor dem Kriege und hielt den Einfluß der Gewerkschaften auf die große Masse der Arbeiter nach wie vor für beschränkt; namentlich die älteren Arbeiter wollten seinen Informationen zufolge von den Organisationen »nichts wissen«²⁶⁷. Der Generaldirektor der Chemischen Werke Troisdorf dagegen vertrat die Meinung, »die fortdauernde Hetze habe den Gewerkschaften . . . große Mengen neuer Mitglieder zugeführt« und ihren Einfluß »außerordentlich gestärkt«. Doch mochten sie auch die Entwicklung der Gewerkschaften unterschiedlich beurteilen – die meisten Großindustriellen blieben darin einig, auch nach Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes jede Verhandlung mit den Gewerkschaften kompromißlos abzulehnen. »Ich verhandele mit Gewerkschaftssekretären überhaupt nicht«, verkündete Hilger im September 1917. Über das Verhalten der oberschlesi-

schen Berg- und Hüttenbarone in der soeben beendeten Streikwelle berichtete er stolz: »Wir haben mit den Leuten, die im Oberbergamt uns vorgeführt werden sollten, nicht verhandelt, weil man mit Leuten, die Redakteure von sozialdemokratischen Zeitungen oder Käsekrämer oder Zigarrenhändler oder sonst etwas ähnliches sind, nicht über schwierige Lohnverhältnisse auf den Hütten verhandeln kann.«²⁶⁸

Bis zur Novemberrevolution hielten die Großindustriellen in Oberschlesien an diesem Grundsatz ebenso fest²⁶⁹ wie die Saarindustriellen²⁷⁰ und die rheinisch-westfälische Schwerindustrie²⁷¹ nebst der von ihnen abhängigen Leichtindustrie am Rande des Ruhrreviers²⁷². Die Firma Krupp verhandelte bis zum Zusammenbruch ausschließlich mit den Werkvereinen, in Essen ebenso wie im Krupp-Gruson-Werk in Magdeburg²⁷³. Als einer der engsten Mitarbeiter Groeners, der Rittmeister Richard Merton, anlässlich eines Streiks sich in einer Essener Kneipe von einigen Gewerkschaftssekretären die Beschwerden der Arbeiter vortragen ließ, rügte der damalige Direktoriumsvorsitzende der Firma, Alfred Hugenberg, das Ungebührliche eines solchen Verhaltens für einen »preußischen Husaren-Rittmeister in Uniform« und warf Merton vor, er habe »der deutschen Industrie einen schweren Stoß gegeben«²⁷⁴.

Im Februar 1918 lud die Kriegsamtstelle Koblenz rund 25 Vertreter der chemischen Großindustrie aus dem Kölner Raum zur Beratung einer Gewerkschaftseingabe zur Regelung von Lohnfragen ein. Die Verhandlung erschöpfte sich in einer langen und fruchtlosen Debatte über die Frage, »ob und wieweit die chemischen Fabriken bereit wären, mit den Gewerkschaften zu verhandeln«. Sie wurde von allen Industrievertretern verneint²⁷⁵. Selbst in Branchen, die nicht von der Kriegskonjunktur profitierten und in denen deshalb die Arbeitgeber eine schwächere Position hatten, lehnten manche die Anerkennung der Gewerkschaften weiterhin ab. Der Verein Berliner Badeanstaltbesitzer würdigte eine Anfrage des Arbeiterobmannes der Schlichtungskommission nach Verhandlungen nicht einmal einer Antwort²⁷⁶. Sogar in der Textilindustrie, die unter den Kriegswirkungen am schwersten litt, sträubten sich 1918 noch einzelne Fabrikanten gegen Verhandlungen mit Gewerkschaftsfunktionären, allerdings vornehmlich dort, wo die Gewerkschaften nur schwach oder gar nicht vertreten waren²⁷⁷.

Wo es dennoch in den letzten beiden Kriegsjahren vereinzelt zu Einbrüchen in die gewerkschaftsfeindliche Phalanx der Schwer- und Großindustrie kam, gingen sie von der Peripherie aus: von kleineren und durch ihren Standort benachteiligten Betrieben, von Unternehmen, die stark unter Arbeitskräftemangel litten, oder von Industriellen, die eher als die Mehrheit ihrer Kollegen begriffen, welche Entwicklung sich anbahnte. Die rheinischen Braunkohlenwerke setzten sich bereits im Juni 1917 mit den Ge-

werkschaften an einen Tisch, um über Löhne und Fragen des Arbeitsverhältnisses zu verhandeln²⁷⁸. Ende Dezember 1917 gründeten sie einen eigenen Arbeitgeberverband mit dem erklärten Zweck, »gesunde und zufriedene Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Wege der Verhandlung von Organisation zu Organisation« herbeizuführen, und richteten gleichzeitig einen paritätischen Arbeitsnachweis ein²⁷⁹. Vermutlich war dies auf den Einfluß Paul Silverbergs zurückzuführen, des Generaldirektors der Rheinischen Braunkohlenwerke AG in Köln; Silverberg hob sich von der Borniertheit und Halsstarrigkeit der meisten deutschen Montanindustriellen durch Klugheit und politische Einsicht auffällig ab und stellte bis 1933 eine in mancher Hinsicht singuläre Erscheinung im Kreise der deutschen Industrieführer dar.

Auch die Industriellen des kleinen oberbayerischen Kohlenreviers schlossen im August 1917, nach längerem Zögern und kräftigen Anstößen durch das Oberbergamt München, mit dem freien und dem christlichen Bergarbeiterverband eine Vereinbarung über Mindestlöhne²⁸⁰. Im Frühjahr 1918 nahm der Verband Bayerischer Metallindustrieller Verhandlungen mit den Gewerkschaften auf und einigte sich mit ihnen über Löhne, Arbeitszeiten und die Bildung von Schlichtungseinrichtungen. Beide Seiten betonten darüber hinaus die Notwendigkeit und Bereitwilligkeit, auch künftig zusammenzuarbeiten, insbesondere in der Übergangswirtschaft nach Kriegsende; die Gelben wurden fallengelassen²⁸¹. Daß gerade die bayerischen Industriellen den Gewerkschaften am ehesten entgegenkamen, erklärt sich daraus, daß die bayerische Industrie einen großen Teil ihrer Rohstoffe und Materialien aus anderen Gebieten heranschaffen mußte und folglich stark unter den Transportschwierigkeiten während des Krieges litt; außerdem fühlte sie sich bei der Rohstoffverteilung benachteiligt, was nicht unerheblich zur Verstimmung gegen die rheinisch-westfälische Schwerindustrie und gegen die Zentralbehörden in Berlin beitrug, wo die Beziehungen zwischen industriellen Interessenverbänden, militärischer und ziviler Bürokratie und parlamentarischen Einflüssen zusammenliefen. Hinzukommen mochte, daß die bayerische Metallindustrie ebenfalls von einem der wenigen vergleichsweise liberalen und einsichtsvollen Unternehmer geführt wurde, dem MAN-Generaldirektor Anton v. Rieppel.

Im übrigen aber begann die antigewerkschaftliche Front erst im Sommer 1918 aufzuweichen, als die sozialen Spannungen bedrohlich zunahmen und die Aussichten für den Kriegsausgang zusehends trüber wurden. Die norddeutschen Seeschiffswerften, die noch 1916 alle Kontakte mit den Gewerkschaften abgelehnt hatten, fanden sich im Juni 1918 nach einer Reihe von Streiks und aufgrund der unverminderten Anspannung des Arbeitsmarkts zu Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen bereit²⁸². Wenig später

nahm der Sauerländische Arbeitgeberverband, der hauptsächlich Unternehmen der Kleineisenindustrie umfaßte, mit dem Christlichen Metallarbeiterverband Fühlung auf; ihn trieben mehrere Protestversammlungen, die sich vor allem gegen den Zwangsarbeitsnachweis der Arbeitgeber richteten, an den Verhandlungstisch²⁸³. Aufgrund immer neuer Forderungen und Unmutsäußerungen der Arbeiter erklärten sich im Juli 1918 selbst die Chemiegiganten des Kölner Bezirks bereit, mit den Gewerkschaften »zu jeder Zeit und über jede Frage zu verhandeln« – nach dem Urteil eines Funktionärs des Fabrikarbeiterverbandes ein »Fortschritt, den wir nicht hoch genug einschätzen können«²⁸⁴.

Von den Ruhrindustriellen kam zwar Hugo Stinnes zusammen mit Borsig, dem AEG-Direktor Deutsch und dem Geschäftsführer des Verbandes der deutschen Elektroindustrie, Hans v. Raumer, schon um die Jahreswende 1917/18 in aller Heimlichkeit mit Legien, Bauer und Jansson zu Gesprächen über die Probleme der Demobilisierung zusammen²⁸⁵; aber sie brachten keine praktischen Erfolge. Im Ruhrgebiet sowie im Saarland und in Oberschlesien änderten sich daher die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften erst im Herbst 1918, als die Industriellen angesichts des einsetzenden Zusammenbruchs einen radikalen Kurswechsel vornahmen und die Gewerkschaften zu Verbündeten beim Abbremsen der Revolution zu gewinnen suchten, bevor sie richtig ausgebrochen war²⁸⁶.

Bemühungen um Konsolidierung der Werkvereine

Folgerichtig unternahmen die Arbeitgeber bis in den Sommer 1918 hinein große Anstrengungen, den steigenden Gewerkschaftseinfluß mit der Strategie der Gegenorganisation einzudämmen, und bemühten sich schon vor Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes um die Wiederbelebung und den Ausbau der wirtschaftsfriedlichen Organisationen. 1916 erweckte der BdW ruhende Vereine zu neuem Leben, gewann befreundete Vereine zum Anschluß, besonders im Königreich Sachsen und im Frankfurter Industriegebiet, und richtete eine Hauptgeschäftsstelle ein²⁸⁷. Der Bund vaterländischer Arbeitervereine engagierte einen neuen Geschäftsführer, der alle angeschlossenen Organisationen besuchte, um sie zu aktivieren²⁸⁸, und an die Werkvereinsmitglieder erging der Aufruf, »noch mehr als bisher ... für Aufklärung in den Reihen der deutschen Arbeiter [zu] sorgen, damit der wirtschaftliche Friede unserem Lande erhalten bleibt und die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung ihre Stärke behalten und weiter steigern kann«²⁸⁹. Zur Unterstützung der Agitation wurden mehrere neue Regionalverbände gegründet²⁹⁰.

Gleichzeitig entstanden zahlreiche neue Werkvereine, im Bereich der Gutehoffnungshütte auf mehreren Gruben im Westerwald²⁹¹, bei der Gelenkirchener Bergbau AG²⁹², im Saarland²⁹³, auf verschiedenen Hütten in Lothringen²⁹⁴, in Sachsen und Thüringen²⁹⁵, auf den Schichau-Werken in Elbing und in den Lederfabriken des Frhr. v. Heyl in Worms²⁹⁶. Nicht selten dienten hierbei zusätzliche Lebensmittel als Köder: In Worms erklärten Mitglieder des neuen Werkvereins freimütig, daß allein »Leckerbissen wie Speck, Butter, Käse« sie zum Eintritt bewogen hätten²⁹⁷. Nicht alle Versuche waren jedoch von Erfolg gekrönt. Zu der groß angekündigten Gründungsversammlung des Werkvereins der Automobil- und Aviatik AG in Bork in der Mark fanden sich Ende April 1918 nur fünf der 400 Beschäftigten ein²⁹⁸. Auch der 1918 unternommene Versuch des Bundes vaterländischer Arbeitervereine, die landwirtschaftlichen Arbeitgeber zur Bildung wirtschaftsfriedlicher Landarbeiterorganisationen zu bewegen, brachte bis Kriegsende keinen Erfolg mehr²⁹⁹.

Namhafte Industrielle unterstützten die Bestrebungen der Werkvereine. »Die Industrie hat alle Ursache, in der jetzigen Zeit, und insbesondere nach dem Kriege, der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen«, ermahnte Reusch einige seiner einflußreichsten Freunde im Oktober 1917³⁰⁰. Der Mittelrheinische Fabrikanten-Verein und die Süddeutsche Gruppe des VdESI beschlossen nach einem ähnlichen Appell des Verbandssyndikus Meesmann im März 1918, die Gelben nach Kräften zu unterstützen und zu fördern, »damit nicht die Kampfgewerkschaften noch mehr als bisher an sich reißen«³⁰¹. Der Deutsche Braunkohlen-Industrieverein rief seine Mitglieder noch im Juli 1918 auf, das gleiche zu tun³⁰².

Dazu brauchte man vor allem Geld. Die VDA bat deshalb im November 1916 die Arbeitgeber um Spenden für die Wirtschaftsfriedlichen; dabei ließ sie wissen, daß sie selbst einen »namhaften Zuschuß« bewilligt habe und andere Verbände »größere Beträge in Aussicht gestellt« hätten³⁰³. Daß dieses Rundschreiben den Sozialdemokraten in die Hände fiel und es ihnen ermöglichte, die von den Beteiligten immer wieder bestrittene finanzielle Abhängigkeit der Gelben von den Unternehmern einwandfrei nachzuweisen³⁰⁴, war freilich eine peinliche Panne. Sie führte nicht nur zu Auseinandersetzungen im Lager der Gelben selbst³⁰⁵, sondern dämpfte vorübergehend auch die Spendierfreudigkeit der Arbeitgeber. Statt ihre ohnehin nicht gerade großzügigen Zuwendungen zu erhöhen³⁰⁶, rieten die Arbeitgeber dem Hauptausschuß, sich durch die Anhebung der Mitgliedsbeiträge von den Arbeitgebern »unabhängig« zu machen³⁰⁷. Im Sommer 1917, als Garvens den Posten des Vorsitzenden aufgab, teilte die VDA dem Hauptausschuß sogar mit, daß sie sich weder in der Lage sehe noch es für zweck-

mäßig halte, weitere Gelder aufzubringen, und ersuchte ihn, sich nach anderen Quellen umzusehen³⁰⁸.

Es ist unklar, worauf dieser Bescheid zurückzuführen ist. Zweifellos aber war er ein Zeichen dafür, daß sich Vorbehalte oder wenigstens Gleichgültigkeit in Arbeitgeberkreisen gegenüber den Wirtschaftsfriedlichen breitzumachen begannen. Vermutlich hatten die gescheiterten Bemühungen des Hauptausschusses, wirtschaftsfriedliche Arbeiter in die Hilfsdienstausschüsse hineinzubekommen, bei manchen Arbeitgebern Zweifel daran geweckt, ob sich die Unterstützung der Werkvereine auf die Dauer auszahlen würde. »Man darf den Werkvereinsgedanken nicht überschätzen«, erläuterte der Zechendirektor Ludwig. »Der springende Punkt« sei, »ob der Hauptausschuß sich bewähren wird durch seine Einwirkungen nach außen hin, auf Parlamente, Behörden usw.«³⁰⁹; diese Probe hatte er noch nicht bestanden.

Um seine Gönner unter Druck zu setzen, drohte jetzt der Hauptausschuß, notfalls mit einem Spendenaufruf die Flucht in die Öffentlichkeit anzutreten. Diese Aussicht erschien wiederum den Industriellen höchst unangenehm, weil eine solche Aktion die Gelben endgültig kompromittieren konnte. Einflußreiche Industrieführer waren ohnehin der Überzeugung, die wirtschaftsfriedlichen Organisationen müßten für die »kommenden, für die deutsche Industrie in bezug auf die Arbeiterverhältnisse recht schwierigen Zeiten mit allen Mitteln gestärkt werden«. Da sie ohne finanzielle Hilfe »den starken Anfeindungen, auch in behördlichen Kreisen, unter allen Umständen unterliegen« mußten, stellte Arbeitnordwest auf Betreiben von Sorge und Reusch dem Hauptausschuß zur Überbrückung der akuten Schwierigkeiten 25 000 Mark zur Verfügung³¹⁰, also einen »relativ nicht hohen Betrag«³¹¹. Anschließend sorgten die Ruhrindustriellen dafür, daß die VDA die Förderung und Werbung für die wirtschaftsfriedliche Sache wieder aufnahm, allerdings in erstaunlich geringem Umfang³¹². Eine schriftliche Sammeltätigkeit unterblieb künftig aus Furcht vor neuerlichen Indiskretionen.

Die Frage der Finanzierung des Hauptausschusses hing eng zusammen mit Überlegungen, die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Werkvereinen auf eine neue Grundlage zu stellen und insbesondere die finanzielle Abhängigkeit der Werkvereine »nach außen hin nicht mehr in der bisherigen Weise in die Erscheinung treten« zu lassen³¹³. Dies schien notwendig, seitdem der Vorwurf der Abhängigkeit von den Unternehmern nicht mehr allein von den Gewerkschaften, sondern auch von Regierungsseite erhoben wurde³¹⁴.

Bisher bestanden nebeneinander der Hauptausschuß als Dachorganisation der wirtschaftsfriedlichen Verbände, der Konferenzausschuß als Ver-

bindung zwischen Hauptausschuß und Arbeitgeberorganisationen, der Förderungsausschuß zur finanziellen Unterstützung der Gelben sowie die Deutsche Vereinigung als Propagandaorganisation und Sammelbecken für Sympathisanten. Die Saarindustrie setzte sich jetzt dafür ein, Arbeiterorganisationen, DV, und Förderungsausschuß, dazu den RgS wie überhaupt »alle antidemokratisch gesinnten Geistesströmungen« zu einer »Gesellschaft zur Sicherung eines gesunden Wirtschaftslebens« zusammenzufassen, die ein »Gegenstück gegen die Gesellschaft für Soziale Reform« sein³¹⁵ und einen Schutzwall gegen die »demokratische Welle« und den »demagogischen Einfluß der Gewerkschaftsführer« bilden sollte³¹⁶.

Die DV aber widersprach dieser Absicht; denn eine solche Organisation hätte sie ihrer Selbständigkeit beraubt. Hoensbroech und Engel schlugen deshalb vor, zunächst nur die Sammlung von Geldern für die Werkvereine »in einwandfreier Form« neu zu organisieren und damit die Bewegung »von dem sog. Bleigewicht« zu befreien³¹⁷. Aus demselben Grund sprach sich der Hauptausschuß gegen den Vorschlag der Saarindustriellen aus; er befürwortete statt dessen einen Ausbau der DV zur wissenschaftlichen Beratungsstelle für die wirtschaftsfriedliche Bewegung, zur politischen Interessenvertretung und zur Kontaktstelle zu befreundeten Verbänden³¹⁸.

In der Frage seiner künftigen Finanzierung regte er lediglich eine mäßige Beitragserhöhung an; in dieser Richtung, bemerkte er, sei »nur ein schrittweises Vorgehen möglich«. Viele Mitglieder ständen noch auf dem Standpunkt, »daß die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung außerhalb des eigenen Vereins sie . . . wenig interessiere«³¹⁹. Daß er je ohne Unterstützungen der Arbeitgeber würde existieren können, schien ihm ausgeschlossen, wegen des Interesses der Arbeitgeber an den Wirtschaftsfriedlichen freilich auch eine unbillige Erwartung. Sollten eines Tages »die Arbeitgeber ihre Hand von der Bewegung zurückziehen«, dann sei »das Ende dieser Bewegung überhaupt« unvermeidlich. Ein neues System für die Erhebung und Verteilung der Gelder hielt der Hauptausschuß deshalb für unnötig, wenn nicht gar für bedenklich. »Wir würden mit allem, was auch nur entfernt danach aussehen könnte, als wollten wir die Beiträge der Arbeitgeber irgendwie verdecken, nur Verwirrung bei unseren Mitgliedern anrichten, den Gegnern aber in die Hände arbeiten. Wir müßten durch solche Versuche ja notwendig den Anschein erwecken, . . . als ob wir uns selbst bewußt wären, etwas zu tun, was das Licht scheuen muß.«

Diese Stellungnahmen und die Aussicht, daß ein Ausbau der DV schneller zu bewerkstelligen sein und rascher praktische Ergebnisse zeitigen würde als eine Neugründung, bewogen den Konferenzausschuß schließlich zu der Entscheidung, die DV »zur geistigen Zentrale des wirtschaftsfriedlichen Gedankens« zu erweitern, die übrigen Organisationen aber unverän-

dert bestehen zu lassen. Die DV sollte sich künftig »für die Sicherung und Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Machtstellung des Deutschen Reiches«, für die »Wahrung der Autorität auf allen Gebieten des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens und die Erhaltung einer starken Monarchie, die Pflege des christlichen und deutschen Charakters unseres Staats- und Volkslebens«, den »Schutz der auf dem Privateigentum und der Familie fußenden Staats- und Gesellschaftsordnung« sowie die »Erhaltung eines lebens- und leistungsfähigen Mittelstandes« einsetzen³²⁰, und zwar in Zeitschriften, Korrespondenzen und Flugblättern, durch Einwirkung auf die bürgerlichen Parteien und durch Vorträge und Kurse vor allem für die Funktionäre der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterschaft. Um ein »Hand-in-Hand-Arbeiten« von DV und Hauptausschuß sicherzustellen, sollte ein Teil der Mitglieder beider Einrichtungen angehören³²¹. Zur Verbesserung der Wirkungsmöglichkeiten wurde die Zentrale der DV von Bonn nach Berlin verlegt. Reusch, Sorge, Hoensbroech und Loebell übernahmen es, für die finanzielle Unterstützung der reorganisierten DV zu werben – mit dem Erfolg, daß im Frühjahr 1918 die meisten rheinisch-westfälischen Werke, ebenso die Saarwerke mit einem »größeren Jahresbeitrag« zu ihren Mitgliedern zählten³²².

Die neue Aufgabe der DV kam auch dadurch zum Ausdruck, daß in ihren Vorstand jetzt Repräsentanten aller Interessengruppen eintraten, die sie materiell oder ideell unterstützten: Sorge von der VDA, Roetger vom CDI, für die Schwerindustrie ferner die Direktoren Beukenberg (Phönix), Weisdorff (Burbacher Hütte), Vielhaber (Krupp), Kleymans und Stens (Mülheimer Bergwerksverein); für andere großindustrielle Unternehmergruppen Greve (Norddeutscher Lloyd) und der Harburger Generalsekretär Hockemeyer³²³. Auch die Großagrarier waren stark vertreten³²⁴, ebenfalls die Alldeutschen³²⁵. Hinzu kamen die Nationalökonomien Richard Ehrenberg und Richard Voigt, die Ideologen der wirtschaftsfriedlichen Bewegung. Außerdem traten zahlreiche Werkvereins-Funktionäre in den DV-Vorstand ein, um die Bindungen zwischen DV und wirtschaftsfriedlicher Arbeiterbewegung zu intensivieren³²⁶. Auch auf örtlicher Ebene wurden diese Beziehungen jetzt verbessert³²⁷. Die personellen Querverbindungen, die darüber hinaus zwischen den Wirtschaftsfriedlichen und ihren Förderern und der Vaterlandspartei, dem Sammelbecken aller antidemokratischen großagrarischen und großindustriellen Kräfte³²⁸, bestanden, verdeutlichen, welchen Knotenpunkt Werkvereine und Deutsche Vereinigung in dem organisatorischen Netz bildeten, mit dem die bisher mächtigsten Gruppen aus Industrie und Landwirtschaft ihre ins Wanken geratene ökonomische und politische Position zu retten versuchten.

Ihren praktischen Niederschlag fand die Umwandlung der DV in einer

Reihe von Publikationen³²⁹ und in der Veranstaltung von Arbeiterkursen. Deren erster fand im Januar 1918 in Berlin statt; er dauerte 14 Tage und zählte 42 Teilnehmer³³⁰; ihm folgte im Oktober 1918 ein dreiwöchiger »staatsbürgerlicher Kurs« für 24 Funktionäre³³¹. Weitere Veranstaltungen waren geplant; sogar an die Gründung einer wirtschaftsfriedlichen Arbeiterhochschule wurde gedacht³³². Bis Kriegsende erzielten diese Aktivitäten allerdings keine nennenswerte Wirkung mehr.

Weniger Erfolg hatten Versuche, die verschiedenen wirtschaftsfriedlichen Verbände, die nicht alle dem Hauptausschuß angehörten, zu einer handlungsfähigen Gesamtorganisation zusammenzufassen. Als der Hauptausschuß Ende 1916 eine Reihe von Arbeitervereinigungen ähnlicher Couleur zu Gesprächen darüber einlud, wie das Gewerkschaftsmonopol im gerade beratenen Hilfsdienstgesetz abzuwenden sei, erschienen nur der Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) und der Deutsche Kellnerbund; und selbst ihre Vertreter brachten keinerlei Vollmachten mit³³³. Im Frühjahr 1917 gelang es immerhin, den Kartellverband deutscher Werkvereine, den Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), die Deutsche Uhrmachergehilfen-Vereinigung und den Deutschen Uhrmachergehilfen-Verband zur Unterzeichnung einer Eingabe des Hauptausschusses an den Reichstag wegen der Benachteiligung der Wirtschaftsfriedlichen in den Hilfsdienstausschüssen zu bewegen³³⁴.

Dieser bescheidene Erfolg ermutigte ihn, zur Gründung einer Interessengemeinschaft der wirtschaftsfriedlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen aufzurufen³³⁵. Doch obwohl die Aufforderung an 32 »unabhängige« wirtschaftsfriedliche Organisationen erging und in ihr die Notwendigkeit betont wurde, gemeinsam den Einfluß der »Vertreter des Klassenkampfes« zurückzudrängen und der Regierung klarzumachen, »daß der weitaus größte Teil der deutschen Arbeiter und Angestellten . . . überzeugte Anhänger der bestehenden Verhältnisse sind«, erschienen zur ersten Beratung außer dem Hauptausschuß nur der Berliner Verband katholischer Arbeitervereine, der rund 113 000 Mitglieder umfaßte, die Deutsche Staats-handwerker- und Arbeitergemeinschaft mit 92 000 Mitgliedern und die Deutsche Uhrmachergehilfen-Vereinigung, deren Mitgliederzahl selbst der Hauptausschuß nicht erfuhr³³⁶. Der Deutsche Gruben- und Fabrikbeamtenverband aus Bochum, der rund 16 000 Mitglieder zählte, schickte lediglich einen Beobachter. Trotz der geringen Beteiligung schlug Jensen die Bildung eines Ausschusses für nationale und wirtschaftliche Fragen der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen vor; er sollte Leitsätze aufstellen, Eingaben an Parlamente und Behörden erarbeiten und gemeinsame Entschlüsse verfassen. Ungeachtet mancher Vorbehalte ergab die Zusammenkunft grundsätzliche Übereinstimmung und endete mit dem Auftrag

an den Hauptausschuß, einen Vorschlag für die organisatorische Gestaltung der künftigen Zusammenarbeit zu erarbeiten und eine neue Zusammenkunft einzuberufen.

Die industriellen Förderer der Wirtschaftsfriedlichen hoben die »außerordentliche Bedeutung eines solchen größeren Zusammenschlusses« hervor³³⁷. Nachdem sich mittlerweile die SPD gespalten hatte, hofften sie nun auch auf ein Auseinanderbrechen der Gewerkschaften: »Es komme einmal der Augenblick der Auseinandersetzung innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaften, und eine große Menge der jetzigen Mitglieder der freien Gewerkschaften werde die radikale Haltung der Verbandsleitung nicht mehr mitmachen. Für die dann zu erwartenden Absplitterungen müßten starke Kristallisationspunkte geschaffen werden, denn solche Absplitterungen seien nur dann von Dauer, wenn sie sich irgendwo anschließen können. Deshalb müsse die neue Interessengemeinschaft sich eine Zentralstelle schaffen.« Diese Aufgabe freilich wollte niemand übernehmen. Der Hauptausschuß zweifelte – vermutlich wegen der nicht verstummenden Vorwürfe gegen seine Unternehmerabhängigkeit – an seiner Eignung. Die DV scheute sich gleichfalls, aus dem Halbdunkel, in dem sie bisher gewirkt hatte, herauszutreten und die propagandistische Offensive zu eröffnen. So einigte man sich einstweilen darauf, die Lösung dieser Frage »der Entwicklung zu überlassen«³³⁸.

Die aber verlief weiter wenig ermutigend. Zur nächsten Besprechung am 15. November 1917 erschien nicht einmal mehr die Staatshandwerker- und Arbeitergemeinschaft³³⁹. Offenbar blieb auch der Kartellverband deutscher Werkvereine fern, obwohl Roetger persönlich sich bemüht hatte, die Mißhelligkeiten zwischen dem Verband und dem Hauptausschuß auszuräumen³⁴⁰. »Mit Bedauern« konstatierte deshalb der Konferenzausschuß im November 1917, »daß der Versuch eines weiteren Zusammenschlusses nationaler und wirtschaftsfriedlicher Verbände gescheitert« sei³⁴¹. Indessen sah er eine Vereinigung »angesichts der geschlossenen Koalition der Streikgewerkschaften . . . nach wie vor als dringend und wünschenswert« an. Im Frühjahr 1918, nach dem Sieg des Bolschewismus in Rußland und nach den großen Streiks in der deutschen Rüstungsindustrie, unternahm er deshalb einen dritten Anlauf. Dicsmal allerdings wurde Hoensbroech als Vorsitzender der DV gebeten, die notwendigen Schritte zu unternehmen³⁴². Offenbar trauten die Industriellen diesem adligen Großgrundbesitzer mehr Überzeugungskraft und Erfolg zu als den Mitgliedern des Hauptausschusses.

In einer Reihe von Gesprächen, die – bereits geprägt von der Furcht vor dem Ausbruch einer Revolution in Deutschland – auch die Frage berührten, wie »die Katastrophe« gemeinsam aufgehalten werden könnte³⁴³, ge-

lang es Hoensbroech, außer dem Hauptausschuß und den katholischen Arbeitervereinen Berliner Richtung die wirtschaftsfriedlichen Staatsarbeiter und eine Reihe weiterer Organisationen mit insgesamt etwa 900 000 Mitgliedern zur Unterzeichnung eines Aufrufes gegen neuerliche Streiks zu veranlassen. Er wurde Ende April 1918 auf Kosten der DV in den Zeitungen veröffentlicht und als Flugblatt verteilt³⁴⁴. Doch zum Ausgangspunkt für einen dauernden Zusammenschluß aller wirtschaftsfriedlichen und verwandten Arbeiterorganisationen taugte er nur wenig. Die Differenzen zwischen der Essener und der Berliner Richtung der Werkvereine bestanden weiter, die Vorbehalte der Staatsarbeiterverbände gegen den Hauptausschuß blieben lebendig, und sogar zwischen Konferenzausschuß und DV traten Eifersüchteleien auf³⁴⁵. Allein der Hauptausschuß und die katholischen Fachabteilungen zeigten nach wie vor die Bereitschaft, engere Bindungen einzugehen; im Saargebiet taten sie sich im Sommer 1918 zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen³⁴⁶. Zwischen den übrigen Organisationen gingen die Verhandlungen über eine Verbindung zwar im Sommer 1918 weiter, kamen aber bis Kriegsende nicht mehr zu einem Abschluß³⁴⁷.

Parallel zu diesen Bestrebungen unternahm der Hauptausschuß den Versuch, seine politischen Einflußmöglichkeiten zu vergrößern. Unter dem Eindruck der wachsenden Erfolge der Gewerkschaften im Reichstag betonte der Hauptgeschäftsführer des BdW, Rupp, schon im September 1916 die »Notwendigkeit«, auch von wirtschaftsfriedlicher Seite »auf die Gesetzgebung Einfluß zu nehmen, da diese die Entscheidung über die künftige Gestaltung unserer Sozialpolitik und der inneren Neuorientierung in Händen habe«. Hierzu schien es – nach dem Vorbild der Gewerkschaften – erforderlich, sowohl die »Wahl von Anhängern und Freunden« der wirtschaftsfriedlichen Sache in die Parlamente zu betreiben als auch die Mitglieder systematisch zur politischen Betätigung anzuhalten. »Sie müßten in die ihnen nahestehenden Parteien eintreten, sich betätigen, Einfluß verschaffen und immer wieder darauf hindrängen, daß deren politische Arbeiten von wirtschaftsfriedlichem Geist durchtränkt würden.« Der Konferenzausschuß beauftragte daraufhin eine Kommission, mit den Parteien der Rechten und den Nationalliberalen ein Einvernehmen über die politische Unterstützung der wirtschaftsfriedlichen Organisationen sowie über eine gemeinsame Propaganda gegen »die demokratische Gefahr« und gegen die Illusion herbeizuführen, »als ob nun die Sozialdemokratie umgelernt hätte und als ob sich die ehemaligen Kampfgewerkschaften in friedfertige Arbeitervereine umgewandelt hätten«³⁴⁸.

Ihr gehörten Reusch, Hoensbroech, v. Alten sowie Jensen, Rupp, Wischnöwski und Garvens an, der sich als Vorsitzender der VDA anheischig machte, »die für den Wahlkampf erforderlichen Gelder zu beschaf-

fen, die zur Erzielung eines Erfolges notwendig« seien. In Gesprächen mit parlamentarischen Interessenvertretern der Schwerindustrie und der Agrarier stießen sie auf grundsätzliches Interesse an einer Kooperation und auf die Bereitschaft, die Wünsche der Wirtschaftsfriedlichen in bezug auf das Hilfsdienstgesetz zu vertreten³⁴⁹. Praktisch war hiervon jedoch kaum etwas zu merken. Bei den Lesungen des Gesetzes glänzten so viele Abgeordnete der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Rechten, durch Abwesenheit, daß Helfferich klagte, »man könne fast sagen, die Sozialdemokraten, Polen, Elsässer und die Arbeitersekretäre hätten das Gesetz gemacht«³⁵⁰. Allenfalls die unbedeutende Einrichtung eines Vertrauensmännerausschusses im Kriegsamt, zu dem auch ein Vertreter der Gelben hinzugezogen wurde, mochte Stresemann und Westarp zu verdanken sein³⁵¹. Die Führer der Wirtschaftsfriedlichen zeigten sich hierüber so enttäuscht, daß sie mit einer eigenen Parteigründung drohten³⁵². Auf die Warnungen, daß eine solche Partei »bestenfalls ein ›Fraktiönchen‹ werden könne« und vermutlich nicht einmal »die revisionistisch gerichteten Sozialdemokraten« erreichen würde³⁵³, ließen sie diesen Gedanken jedoch sogleich wieder fallen.

So blieb ihnen keine andere Wahl, als sich weiterhin um eine Zusammenarbeit mit den etablierten Parteien zu bemühen³⁵⁴. Aber lediglich die Konservativen stellten ihnen ein oder zwei sichere Reichstagsitze in Aussicht. Die Nationalliberalen gingen einer Fühlungnahme monatelang aus dem Wege³⁵⁵; im September 1917 lehnte der Parteivorstand die Aufnahme eines Vertreters des Hauptausschusses ab und schob die Gespräche über andere Formen der Zusammenarbeit auf die lange Bank³⁵⁶. Im November 1917 kam der Konferenzausschuß daher zu dem Ergebnis, »die bisherigen Verhandlungen mit den Parteien hätten nicht zum Ziele geführt«. Das Entgegenkommen der Konservativen, resümierte Max Halbach, das für Werkvereinsfragen zuständige Mitglied des Krupp-Direktoriums, sei dankenswert, aber wenig nützlich. Denn »mit ihnen kommen wir ... in unseren Industriebezirken, wie die Verhältnisse zur Zeit liegen, nicht wesentlich vorwärts. Die Haltung der Nationalliberalen, von denen wir auch einmal freundliche Förderung erfuhren, ist meist unklar, und unsere Hoffnung auf sie ist auf ein Nichts herabgedrückt worden. Von allen übrigen Parteien haben wir bis auf weiteres auch nicht die allergeringste Förderung zu erwarten.«³⁵⁷

Trotzdem blieb der Konferenzausschuß unvermindert daran interessiert, »politischen Einfluß durch Gewinnung parlamentarischer Mandate zu erringen«. Nunmehr schien es dazu »unerlässlich, an die Wahlkreisleitungen heranzutreten und auf diesem Wege die Aufstellung von Kandidaten aus den eigenen Reihen zu erlangen«³⁵⁸. Im Mai 1918 beschloß der

BdW deshalb, in jedem Wahlkreis, in dem Werkvereine bestanden, mit befreundeten Organisationen einen Ausschuß zu bilden, der die politische Betätigung der Vereinsmitglieder anregen und koordinieren und ihre Interessen gegenüber den bürgerlichen Parteien vertreten sollte. Eine zentrale Kommission des BdW sollte die Arbeit dieser Ausschüsse überwachen; außerdem wurde sie beauftragt, einen Kursus zur staatsbürgerlichen Bildung vorzubereiten³⁵⁹. Bis Kriegsende gediehen diese Ansätze jedoch nicht mehr über das Entwurfsstadium hinaus.

Die Überzeugung, daß es »im kommenden Kampfe« ums Ganze gehe, »auf Leben und Tod«³⁶⁰, führte im letzten Kriegsjahr schließlich sogar zu Reformen der Werkvereine selbst. Dazu gehörte der Versuch, die soziale Basis der Werkvereine, denen hauptsächlich ältere Arbeiter der Stammbeslegschaften angehörten, um Jugendliche und Frauen zu verbreitern. Abgesehen vom 1912 gegründeten Jugendbund der wirtschaftsfriedlich-nationalen Arbeiterbewegung in Rheinland und Westfalen, der vor dem Krieg rund 5500 Mitglieder umfaßte, war die wirtschaftsfriedliche Jugendbewegung vor 1914 unbedeutend geblieben³⁶¹ – vielleicht, weil sie nach den Worten eines ihrer Funktionäre »nur Turnen, Wandern, Schwimmen, Spielen, schöne Unterhaltung, wissenschaftliche und Fachfortbildung« gepflegt hatte mit dem Ziel, die Jugendlichen »zu tüchtigen, nationalen Männern und treudeutschen Staatsbürgern«³⁶² und »zu einer nationalen, männlichen und pflichttreuen Weltanschauung zu erziehen«³⁶³. Jedenfalls traten die meisten Mitglieder der gelben Jugendorganisationen später nicht in die Werkvereine ein³⁶⁴.

1917 aber, als die jugendlichen Arbeiter spürbar politisiert wurden, schien es den wirtschaftsfriedlichen Funktionären »hohe Zeit«, die Arbeiterjugend »mit ganzer Kraft und allen Mitteln« für ihre Sache zu gewinnen³⁶⁵. Ende Dezember beschloß eine Funktionärstagung des rheinland-westfälischen Jugendverbandes in Essen, den Aufbau einer Jugendorganisation des BdW vorzubereiten³⁶⁶ und im rheinisch-westfälischen Provinzialverband alsbald einen hauptamtlichen Jugendleiter einzustellen³⁶⁷. Auf der Bundestagung der Werkvereine im Mai 1918 wurde dann der Deutsche Jugendbund gegründet, der alle dem BdW angeschlossenen Jugendvereinigungen zusammenfaßte³⁶⁸. Die Ziele blieben gegenüber der Vorkriegszeit freilich unverändert: neben der Gewinnung des Nachwuchses Anpassung der Jugendlichen an die Prinzipien der bestehenden Gesellschaftsordnung durch Erziehung zur Subordination, sexuelle Repression, Immunisierung gegen soziale Mißstände und Indoktrination entsprechender Wertvorstellungen³⁶⁹.

Irgendwelche Ergebnisse brachten diese Initiativen bis Kriegsende nicht mehr. Dasselbe gilt für die Versuche zur Gewinnung von Frauen, die in den

gelben Verbänden vor dem Kriege gar keine Rolle gespielt hatten³⁷⁰, sowie für die Bemühungen, Interessengruppen im Bereich der Freizeitgestaltung ins Leben zu rufen, wie Gesangsvereine und Stenographiekurse, Turnergruppen und Abteilungen für Belehrung, Bildung, Unterhaltung und Geselligkeit³⁷¹.

Ein weiterer Ansatz betraf das Organisationsprinzip. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften faßten die Werkvereine die Beschäftigten einzelner Betriebe zusammen, ohne Rücksicht auf die Berufszugehörigkeit der Arbeiter und die Branchenzugehörigkeit der Betriebe. Auf diese Weise konnten sich in den Vereinen kaum Tendenzen zur Vertretung besonderer Berufsinteressen herausbilden, und der größtmögliche Einfluß der Betriebsleitungen blieb sichergestellt. Noch 1918 bezeichneten die Werkvereine dies als »die beste Organisationsform für die Industriearbeiter«³⁷². Das Vordringen der Gewerkschaften seit Ende 1916 sowie die kraß unterschiedliche Lohnentwicklung in verschiedenen Arbeitergruppen – etwa bei Rüstungs- und Textilarbeitern – nötigten sie jedoch, die Belange einzelner Berufsgruppen stärker zu berücksichtigen und sich einen mehr »gewerkschaftlichen Charakter« zu geben³⁷³. So richtete der BdW im Mai 1918 besondere Ausschüsse für Berg-, Hütten- und Metallarbeiter, für die chemische, die Textil- und die Werftindustrie sowie für die Holz-, Gummi- und Glasindustrie ein; sie sollten berufs- und branchenspezifische Fragen behandeln und den BdW-Vorstand beraten³⁷⁴, bei dem freilich alle Entscheidungskompetenzen verblieben³⁷⁵. In der Praxis wirkte sich diese Annäherung an gewerkschaftliche Organisationsprinzipien bis Kriegsende nicht mehr aus. Sie zeichnete aber den Weg vor, den die Wirtschaftsfriedlichen bei ihrer Neuorganisation nach dem Kriege einschlugen³⁷⁶.

Ferner ging es um eine Reform der Finanzen der Werkvereine. Im September 1918 verpflichteten sich die dem Hauptausschuß angeschlossenen Verbände, in allen Vereinen die Beiträge so weit zu erhöhen, »daß die gesamten dem Verein obliegenden Ausgaben gewerkschaftlicher Art davon bestritten werden können und auch noch ein angemessener Beitrag für die sonstigen Aufgaben des Vereins verfügbar bleibt«, etwa die Beiträge für die Dachverbände und die Kosten des Verbandsorgans. Nicht zu den gewerkschaftlichen Aufgaben rechnete der Hauptausschuß jedoch »Wohlfahrts-einrichtungen, Bildungszwecke, Geselligkeit, Jugendpflege usw.«. Hierfür Zuschüsse der Arbeitgeber anzunehmen, stellte er seinen Mitgliedern »in unbegrenzter Höhe« frei; denn sie seien durch die gemeinsamen Interessen »durchaus gerechtfertigt«³⁷⁷.

In welchen Größenordnungen sich die finanzielle Opferwilligkeit bewegte, die die wirtschaftsfriedlichen Verbände ihren Mitgliedern glaubten zumuten zu können, ist daran zu erkennen, daß der BdW erst im Mai 1918

nach langer Diskussion und Überwindung schwerer Bedenken die Verdoppelung des Bundesbeitrags auf 2 Pfennig pro Mitglied und Woche ab 1. Januar 1919 beschloß³⁷⁸ und dies als »Markstein in der Geschichte des Bundes« feierte³⁷⁹. Diese Abgabe hätte bei der maximalen Leistung von 52 Wochenbeiträgen 1,04 Mark pro Jahr und Mitglied für die Verbandsgeschäftsstelle erbracht. Das lag weit unter dem, was die freien Gewerkschaften ihren Mitgliedern abverlangten³⁸⁰, und hätte die Gelben noch immer nicht befähigt, aus eigener Kraft Leistungen zu erbringen, die denen der Gewerkschaften vergleichbar gewesen wären. Die Beitragsreform stellte daher kaum mehr dar als eine kosmetische Operation zur Verhüllung der weiterbestehenden finanziellen Abhängigkeit der Werkvereine von den Arbeitgebern.

Mittelbar bekannten sie sich zu dieser Abhängigkeit auch weiterhin, indem sie nach wie vor auf die wichtigste Art gewerkschaftlicher Hilfsleistungen verzichteten, auf die Streikunterstützung. Lediglich um auch Vereinen den Anschluß zu ermöglichen, die aus taktischen Gründen der Arbeitsverweigerung nicht prinzipiell abschwören mochten, hatte der BdW in seiner Satzung bisher den Streik nicht grundsätzlich verworfen, sondern sich damit begnügt, ihn mit dem ausdrücklichen Verzicht auf die Einrichtung von Streikkassen praktisch unmöglich zu machen. Seit jeher hatten die Gewerkschaften den Werkvereinen deshalb den Charakter einer Interessenvertretung der Arbeiter abgesprochen. Während des Krieges, insbesondere seit dem Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes, war die Position der Werkvereine in der Streikfrage »noch wesentlich schwieriger« geworden. In einer Denkschrift des BdW vom Frühjahr 1918 hieß es hierzu: »Den Gewerkschaften ist der Kamm mächtig geschwollen, und sie agitieren heftig selbst unter den Mitgliedern unserer Vereine. Diese werden fortgesetzt in die Enge getrieben mit den Fragen: ›Wie wollt ihr denn eure berechtigten Wünsche durchsetzen, wenn der Arbeitgeber sie euch ablehnt?‹ oder ›Was will der Werkverein machen, wenn einmal ein neuer Direktor kommt, der die Zusammenarbeit mit eurem Verein ablehnt?‹ Darauf wissen unsere Leute dann keine andere Antwort als die, das sei bisher noch nicht vorgekommen. Befriedigt sind sie von dieser Antwort aber selbst nicht, und theoretisch ist hier in unserem Programm ja auch eine Lücke.«³⁸¹ Um aus diesem Dilemma herauszukommen, trat der BdW die Flucht nach vorn an. In seinen im Mai 1918 neugefaßten Richtlinien verwarf er den Streik als »eine Schädigung der Arbeiter und ihrer Familien sowie der Industrie und des gesamten Volkswohlstandes« und sah für die Lösung von Arbeitskonflikten freiwillige Schiedsgerichte vor; nur dort, wo ein Arbeitgeber sich dieser Einrichtung und dem Gedanken des Wirtschaftsfriedens überhaupt verschlösse, sollte der Streik »als Mittel der Notwehr« in Betracht kom-

men. Unterstützungsmaßnahmen für diesen Fall wurden jedoch nicht vorgesehen³⁸².

Schließlich galten die Reformüberlegungen den Wohlfahrtseinrichtungen der Vereine. Von den Arbeitgebern zur Immobilisierung der Arbeiter konzipiert, beschränkten sich die Sozialleistungen auf die Einzelbetriebe, so daß ein Mitglied beim Stellenwechsel alle Ansprüche verlor. Wegen der zunehmenden Konkurrenz der Gewerkschaften sowie im Hinblick auf die Demobilisierung bei Kriegsende, die erhebliche Verschiebungen innerhalb der Arbeiterschaft auslösen mußte, die auch vor den Wirtschaftsfriedlichen nicht Halt machen würden, schien es den Werkvereinen jedoch geraten, ihre Wohlfahrtsfonds in einem überbetrieblichen Verbundsystem zusammenzufassen, um die Mitglieder auch außerhalb ihres angestammten Betriebes der wirtschaftsfriedlichen Sache zu erhalten. »Je besser die Wohlfahrtseinrichtungen sind«, erläuterte Halbach, »desto größer wird auch die Werbekraft der Vereine sein. Alle die Tausende, die sich im Schutz unserer Vereine geborgen wissen, werden gesichert sein gegen die Lockungen der Klassenkampfwühler«³⁸³. 1916 wurden eine zentrale Pensionskasse und eine Unterstützungskasse der wirtschaftsfriedlichen Verbände eingerichtet. Ende 1917 propagierte Jensen die Gründung einer Altersversorgungskasse als »eine der Hauptaufgaben der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung«, in erster Linie offenbar deshalb, weil sich bisher keine andere Arbeiterorganisation auf diesem Gebiet engagiert hatte und er deshalb auf eine hohe Werbewirksamkeit einer solchen Kasse rechnete³⁸⁴.

Bei den Arbeitgebern aber stießen derartige Pläne auf wenig Gegenliebe. Denn mit der Lösung der Sozialleistungen von der Betriebszugehörigkeit wurde der Hauptzweck aufgegeben, den sie mit der Unterstützung der Werkvereine verfolgten. Die meisten Firmen weigerten sich daher, ihre Sozialfonds in zentrale überbetriebliche Einrichtungen einzubringen. Die Pensionskasse brachte es infolgedessen bis 1918 lediglich auf 2000 Mitglieder mit einem jährlichen Beitragsaufkommen von 12000 Mark³⁸⁵ und blieb damit unterhalb der Grenze einer nennenswerten Leistungsfähigkeit. Größere Erfolge scheinen auch der Unterstützungskasse nicht beschieden gewesen zu sein³⁸⁶.

Lediglich auf regionaler Ebene kamen die Reformen voran. In manchen Bezirksverbänden des BdW wurde Anfang 1918 die Mitgliedschaft im Werkverein von der Betriebszugehörigkeit gelöst. Der Bezirksverband erhob einen einheitlichen Werkvereinsbeitrag und übernahm die Verwaltung der Wohlfahrtseinrichtungen, so daß ein Mitglied von einem Betrieb, in dem ein Werkverein bestand, zu einem anderen wechseln konnte, ohne materielle Nachteile in Kauf nehmen zu müssen³⁸⁷. Hierdurch wurde zwar die Abhängigkeit der Werkvereine von den Arbeitgebern etwas gelockert,

aber keineswegs beendet. Nach wie vor konnten die Arbeitgeber mit der Drohung, ihre Zuschüsse zu den Sozialleistungen der Vereine zu kürzen oder ganz einzustellen, unschwer deren Wohlverhalten herbeiführen.

Im übrigen ging diese Reform mit Bestrebungen einher, die Bindungen zwischen Werkvereinen und Arbeitgebern auf regionaler Ebene zu intensivieren und zu institutionalisieren. Der Essener Bezirksverband schlug schon im Sommer 1916 die Einrichtung von Ausschüssen vor, in denen nach dem Vorbild des Konferenzausschusses Wirtschaftsfriedliche und Arbeitgeber zusammenarbeiten sollten, ohne dabei allerdings in die Angelegenheiten der einzelnen Werkvereine einzugreifen³⁸⁸. Die Ruhrindustriellen, die sich ihrer Kontrolle über die Werkvereine offenbar völlig sicher waren, stimmten im Frühjahr 1917 der Verwirklichung dieser Anregung in Gestalt eines sogenannten »Verständigungsausschusses« zu³⁸⁹. In Sachsen wurden örtliche Konferenzausschüsse gebildet, im Saargebiet sogar freiwillige Schiedsgerichte³⁹⁰. Die übrigen Industriellen aber zeigten sich reserviert. Tänzler äußerte die Befürchtung, daß solche Gremien sich »in innere Arbeitsangelegenheiten eines Werkes einmischen«, daß sie sich selbständigen und daß zwischen ihnen unliebsame Meinungsverschiedenheiten aufkommen könnten. Ludwig sah sogar eine »allgemeine Flucht der Arbeitgeber« von der wirtschaftsfriedlichen Sache voraus. Zwar empfahl der Konferenzausschuß im Frühjahr 1917 mit Rücksicht auf die mittlerweile vorhandenen Ansätze die allgemeine Einrichtung solcher Ausschüsse mit der Maßgabe, daß sie engen Kontakt mit ihm hielten³⁹¹. Trotzdem blieben die Bedenken vieler Industrieller so groß, daß keine weiteren Ausschüsse eingerichtet wurden³⁹².

Endlich versuchten die Werkvereine ab 1916, ihre Position innerhalb der Betriebe zu verstärken, wo sie der Kritik der Arbeiter unmittelbar ausgeliefert waren und wo sich die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften zur Hauptsache abspielte. Zunächst widmeten sie sich dem Ausbau, wenn nicht überhaupt erst dem Aufbau eines Vertrauensmännerapparates, der genauere Informationen über die Stimmung der Belegschaft verschaffen und gezieltere Maßnahmen gegen den zunehmenden Einfluß der Gewerkschaften ermöglichen sollte. So wurde im Juli 1916 in einer Versammlung des Werkvereins der Burbacher Hütte die Weisung ausgegeben, die Organisation des Vertrauensmännersystems nunmehr ernsthaft in Angriff zu nehmen³⁹³. Im Dezember 1916 kündigte der Vorsitzende des Werkvereins der Röchlingschen Hüttenwerke eine Neuwahl der Vertrauensmänner an; gewählt werden sollten jedoch nur solche »Kameraden, die auch wirklich das Vertrauen ihrer Arbeitskollegen besitzen und von denen man auch erwarten darf, daß sie mit dem besten Willen und aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft für die gemeinsame Sache arbeiten«³⁹⁴. Demnach besaßen die

bisherigen Vertrauensleute diese Voraussetzungen nicht oder nur zum Teil. Daß es im Ruhrgebiet ähnlich aussah, ist wiederholten Ermahnungen des Vorsitzenden des Werkvereins der Gutehoffnungshütte zu entnehmen, daß »stets die Wünsche und Beschwerden der Mitglieder über Löhne und Arbeitsverhältnisse entgegengenommen und nach Prüfung der Direktion unterbreitet werden« sollten³⁹⁵.

Als solche Appelle nichts fruchteten und sich die innerbetriebliche Stellung der Werkvereine weiter verschlechterte, suchten die Gelben Beistand von oben. Unter Hinweis auf »einschneidende Gefahren für die weitere Entwicklung der einzelnen Werkvereine und damit auch für die Entwicklung der ganzen Werkvereinsbewegung überhaupt« bat der Essener Bezirksverband im November 1917 die Unternehmensverwaltungen, bei der Auswahl der »Vorarbeiter, Kontrolleure, Hilfsmeister und Meister (Steiger), Betriebsführer und ... höheren technischen Beamten« auch die Interessen der Werkvereine zu berücksichtigen, sei dieser Personenkreis doch »für die Entwicklung der Werkvereinsbewegung von entscheidender Bedeutung«³⁹⁶. Denn viele Arbeiter »richten sich gewissermaßen instinktiv nach den Anschauungen ihres Meisters. ... Fühlt ein Arbeiter, welcher der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiterbewegung beitreten möchte, daß sein Meister mehr Sympathie für die Mitglieder der Streikgewerkschaften empfindet, so wird er es nur in seltenen Ausnahmefällen riskieren, sich durch Beitritt zum Werkverein außer der Feindschaft der Streikgewerkschaftler noch die Abneigung seines Meisters zuzuziehen. In der Regel wird er dann mit Rücksicht auf zu erhoffenden Vorteil bei Vergebung der Arbeit und in Erwartung eines kommenden guten Verhältnisses zum Meister der Streikgewerkschaft sich anschließen.« Auch die technisch-industriellen Beamten hätten »einen großen Einfluß« auf die Entwicklung der wirtschaftsfriedlichen Bewegung, »einmal durch das Vorgesetztenverhältnis zu den Meistern und zum anderen durch ihre Verbindung mit den Arbeitern selbst«. Wo Werkvereinsmitglieder sowohl die Meister als auch die Betriebsführer gegen sich hätten, würde ihre Lage folglich »auf die Dauer ganz unerträglich«³⁹⁷.

Doch auch dort, wo die Betriebsbeamten »den Werkvereinen gegenüber zwar nicht Feindseligkeit, aber völlige Interessenlosigkeit an den Tag« legten, sei ihre Lage meist »recht unerfreulich und nachteilig«, namentlich bei der Werbung neuer Mitglieder. Aus diesen Gründen legten die Werkvereine den Unternehmensleitungen nahe, die Betriebsbeamten über die wirtschaftsfriedliche Bewegung aufzuklären, dafür zu sorgen, daß deren Prinzipien »von den Beamten als richtig anerkannt werden«, und diesen verbindliche Instruktionen für die Behandlung der Werkvereinsmitglieder zu geben. Ferner schlugen sie vor, bei der Besetzung der Beamtenposten »die

Gesinnung des Anzustellenden« stärker zu berücksichtigen und insbesondere die unmittelbaren Vorgesetzten der Arbeiter möglichst »aus geeigneten Mitgliedern des Werkvereins« auszuwählen. Um deren Reservoir zu vergrößern, regten sie die Einrichtung betriebsinterner Meisterkurse für besonders befähigte Vereinsmitglieder an. Darüber hinaus forderten sie die Betriebsleitungen auf, auch wirtschaftsfriedlichen Angestelltenorganisationen »jegliche Förderung« zuteil werden zu lassen, um »einen Damm gegen die fortschreitende Radikalisierung der technisch-industriellen Beamten« aufzurichten und »der geschlossenen Kampffront der demokratischen Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften eine geschlossene Front der mit den Unternehmern fest verbündeten wirtschaftsfriedlichen Arbeiter und Angestellten« entgegenzustellen.

Ob dieser Appell in den Großbetrieben des Ruhrgebietes tatsächlich Anweisungen zur Förderung der Gelben auslöste, wie sie in der Gutehoffnungshütte schon 1916 ergangen waren³⁹⁸, ist nicht zu klären. Sollte es der Fall gewesen sein, blieben sie wirkungslos. Jedenfalls wurde von keinem Betrieb eine Konsolidierung seines Werkvereins gemeldet. Vielmehr verfielen trotz aller Gegenmaßnahmen und Reformversuche die Werkvereine seit dem Erlass des Hilfsdienstgesetzes allenthalben rapide. Ihre Mitteilungen über die Mitgliederbewegung zeigen dies freilich kaum. Hiernach verringerte sich nach einem unverhältnismäßigen Anstieg im Jahre 1916³⁹⁹ die Gesamtmitgliederzahl der gelben Verbände 1917 um etwa 3500 Mitglieder oder 2,43 %. Der BdW als größter wirtschaftsfriedlicher Verband meldete allerdings ein Anwachsen um 6858 (8,3 %), der Kartellverband deutscher Werkvereine einen Anstieg um 197 Mitglieder (0,7 %)⁴⁰⁰. Auch der Verband reichstreuer Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter berichtete für den Zeitraum von Sommer 1916 bis Sommer 1917 von einer Zunahme um 282 Mitglieder (2,6 %)⁴⁰¹. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet stieg die Mitgliederzahl des BdW 1917 um 548 (1,8 %)⁴⁰²; von ihnen reklamierte freilich allein der Werkverein der Gutehoffnungshütte 461 Mitglieder, was hier eine Zunahme von nicht weniger als 29,5 % bedeutet hätte⁴⁰³. Angaben über die weitere Mitgliederentwicklung bis zur Novemberrevolution fehlen.

Die Zuverlässigkeit der genannten Zahlen ist zweifelhaft. Doch selbst wenn man sie als richtig ansieht, fällt auf, daß die Mitgliederbewegung der gelben Organisationen derjenigen der Gewerkschaften entgegenläuft. Denn während die Gelben 1917 um 2,43 % abnahmen, wuchsen die freien Gewerkschaften um ca. 35 %, die Hirsch-Dunckerschen um 37 %, die christlichen sogar um 63,7 %. Die Wirtschaftsfriedlichen waren also am Aufschwung der Arbeiterorganisationen nicht beteiligt, sondern fielen absolut und relativ zurück; ihr Anteil an der organisierten Arbeiterschaft sank

von 9,12 auf 7,02%⁴⁰⁴. Alles spricht dafür, daß sich dieser Abstand von Januar bis November 1918 weiter vergrößerte. Dies alles zwingt zu dem Schluß, daß die gelben Vereine 1917 und 1918 bereits weitgehend leblos gewesen sein müssen und nur noch als Organisationshülsen existierten.

Am Beispiel des Saargebiets läßt sich dies belegen. In ihrem Organ deuteten die wirtschaftsfriedlichen Vereine des Saarlandes und Lothringens in den letzten beiden Kriegsjahren nur sporadisch und widerwillig an, daß die Gegner der Gelben »etwas erstarkt« wären⁴⁰⁵. Nach einem Bericht des Landrats von Ottweiler freilich machten sie »fabelhafte Fortschritte«. Es gäbe Gemeinden, berichtete er im September 1917, »wo vor Jahresfrist noch kein Sozialdemokrat vorhanden war, die jetzt einen Bestand des alten Verbandes von 3–400 Seelen aufweisen, darunter . . . rein katholische Gemeinden . . ., die von ihren Geistlichen in ständiger Hut gehalten worden sind«⁴⁰⁶. Tatsächlich gewann der Bergarbeiterverband an der Saar allein 1917 über 14000 neue Mitglieder⁴⁰⁷. Nach eigenen Angaben, die die Bergwerksdirektion Saarbrücken als glaubhaft bezeichnete, gehörten ihm im Oktober 1917 im Saarrevier bereits nahezu 21000 Bergarbeiter an⁴⁰⁸. Beim DMV, der hier Anfang 1917 ganze 73 Mitglieder hatte, kletterte die Zahl bis Jahresende auf 2080, und dies bedeutete trotz der enormen prozentualen Steigerung ein eher bescheidenes Ergebnis; denn selbst der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein der Metallarbeiter brachte es bis Ende 1917 allein im Neunkirchener Eisenwerk auf 800 Mitglieder⁴⁰⁹. Vorerst wurde der Christliche Metallarbeiter-Verband zur stärksten Gewerkschaft unter den saarländischen Hüttenarbeitern⁴¹⁰.

Wenig später meldeten jedoch auch der saarländische Bezirksverband des BdW »glänzende Fortschritte«⁴¹¹, der lothringische Verband eine Mitgliederzunahme in allen Vereinen⁴¹², der Hüttenarbeiterverband Völklingen um nicht weniger als 533 Mitglieder (23,5%)⁴¹³. Im Gegensatz hierzu hatte aber Schlenker schon im Juni 1917 berichtet, daß die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung an der Saar »nahezu als zertrümmert anzusehen« sei, »überwuchert« von den christlichen und freien Gewerkschaften⁴¹⁴. Trotzdem müssen die Meldungen über einen Mitgliederanstieg der Werkvereine nicht falsch sein. Wegen der eingewurzelten Angst vor der Macht der Unternehmer und der noch unsicheren politischen Zukunft im allgemeinen und wegen der Rolle der Werkvereine bei der Lebensmittelverteilung im besonderen unterließen die meisten Mitglieder einen formellen Austritt, und die Hoffnung auf zusätzliche Lebensmittel mochte sogar noch manche neuen Mitglieder anlocken. Für die innere Kraft und Stabilität der Werkvereine aber bedeutete das nichts. Auf diese Weise ließ sich zwar der Mitgliederstamm erhalten, aber die Funktion der Vereine schrumpfte zu der eines Verteilungsapparates für materielle Vorteile und

einer Rückversicherungsgesellschaft für den Fall einer politischen und sozialpolitischen Reaktion nach Kriegsende.

Daß die Mitglieder anderen Richtungen zuneigten, ist daran ersichtlich, daß viele zwar noch den Austritt aus dem Werkverein, aber nicht mehr den Eintritt in die christliche Gewerkschaft scheuten. Der Generaldirektor der Burbacher Hütte gab zwar zu, daß es den Arbeitern der Hütte »selbstverständlich . . . gestattet ist und sein muß, sich der Organisation anzuschließen, zu der sie Vertrauen haben«, schloß aber die Drohung an, die Werksverwaltung werde alle »Versuche, unsere Arbeiterschaft in dieser schweren Zeit zu verhetzen und unruhig zu machen sowie das jahrelange gute Einvernehmen zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft zu stören, . . . mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln . . . bekämpfen«⁴¹⁵. Auf keinen Fall wollten die Industriellen und ihre gelben Gefolgsleute ihr halbherziges Bekenntnis zur Koalitionsfreiheit als Freibrief für eine Doppelmitgliedschaft verstanden wissen. Es sei »ausgeschlossen, daß einer zwei Organisationen angehören könne, hie der christlichen Gewerkschaft und da dem Werkverein«, befand der Geschäftsführer der Röchlingschen Werkvereine in Völklingen Anfang August 1917. Um die Absatzbewegung zu stoppen, führte er den Beschluß herbei, »daß die Mitglieder, die zur christlichen Gewerkschaft übergetreten seien und diesen Schritt nun bereuten, vor Ablauf des Jahres in den Werkverein nicht wieder aufgenommen werden sollten«⁴¹⁶. Viel genützt zu haben scheint er jedoch nicht. Denn schon zwei Wochen später mußte das Verbandsorgan eingestehen, »daß wieder eine Anzahl Leute den christlichen Verlockungen gefolgt« seien⁴¹⁷.

Daraufhin bemühten sich die Vereinsvorstände, ihre Vertrauensmänner in den Betrieben zu aktivieren. Der Vorsitzende des Burbacher Hüttenvereins, welchem fast die gesamte Belegschaft angehörte, beschwor seine Vertrauensleute Ende August 1917, »dafür zu sorgen, daß unter allen Umständen die Gewerkschaften auf der Hütte keinen Einlaß fänden. Das Heft, das der Werkverein jetzt auf der Hütte in der Hand hätte, wolle er auch unter allen Umständen behalten«⁴¹⁸. Aber der Appell blieb offenbar ohne Resonanz, wie den wiederholten Aufforderungen zur Agitation in den folgenden Monaten zu entnehmen ist⁴¹⁹. Keine Hand regte sich gegen die rührige Werbetätigkeit der freien und christlichen Gewerkschaften, und die Werkvereinsfunktionäre allein waren ohnmächtig und mußten zusehen, wie die Gegner ihre Positionen kampfflos einnahmen.

So trieben die Werkvereine unaufhaltsam der Agonie und dem Zerfall zu. 1917 und im Frühjahr 1918, als die Agitation der Gewerkschaften auf Hochtouren lief, sofern die Militärbehörden sie nicht bremsten, brachten die gelben Organisationen in Lothringen lediglich Mitgliederversammlungen zustande⁴²⁰. Im Sommer 1918, als in der Kriegsindustrie eine gewerk-

schaftliche Versammlung mit den Themen Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und Lebensmittelschwierigkeiten die andere jagte, wurden bei den saarländischen Werkvereinen Klagen über schlechten Versammlungsbesuch laut⁴²¹. Die Werkvereinsmitglieder waren zwar ebenfalls vielfach unzufrieden und machten ihrer Stimmung durch »Schimpfen und Räsionieren« Luft⁴²² – aber sie taten es außerhalb der Vereinsversammlungen. Die Werkvereine hatten aufgehört, als Interessenvertretung ihrer Mitglieder eine Rolle zu spielen, die Führer jeglichen Einfluß auf die Mitglieder verloren. Innerhalb der Vereine selbst kam es zu »unerfreulichen Vorkommnissen«, wie das Verbandsorgan vage andeutete⁴²³. Der Niedergang strafte die so oft wiederholte Behauptung der Werkvereine Lügen, eine autonome Arbeiterorganisation zu sein und »tiefe Wurzeln im Saargelände geschlagen« zu haben⁴²⁴. Nur unter dem Schild von Unternehmern und Staatsapparat konnten sie entstehen und sich halten. Als er ihnen entzogen und sie der Konkurrenz der Gewerkschaften preisgegeben wurden, lösten sich ihre Existenzgrundlagen auf, und ihre innere Haltlosigkeit trat zutage. Die Novemberrevolution besiegelte ihren Zusammenbruch.

Gleichermaßen verfielen in Oberschlesien die katholischen Fachabteilungen, die nach Ideologie und praktischem Verhalten den Wirtschaftsfriedlichen glichen. Auch 1917 erlitten sie weiterhin »große Verluste«, während die Mitgliederzahl des alten Verbandes »täglich« stieg⁴²⁵. Er gewann 1917 im Bezirk Kattowitz mehr als 12 500 neue Mitglieder, was einer Steigerung um 584 % entsprach. Der DMV wuchs im gleichen Zeitraum in Oberschlesien um etwa 7550 Mitglieder (154 %). Im März 1918 meldete ein katholisches Arbeiterblatt, »daß unsere von Natur aus gut religiöse Arbeiterschaft in Scharen sich den sog. freien ... Gewerkschaften« zuwende, und schätzte deren Mitgliederzahl auf 20–25 000⁴²⁶.

An den übrigen Stützpunkten der Gelben verlief die Entwicklung ähnlich. Im Sommer 1918 teilte Ernst Poensgen, Vorstandsmitglied der Dortmunder Phönix AG und Vorsitzender von Arbeitnordwest, bekümmert mit, den gesetzlichen Neuerungen und »dem beispiellosen Entgegenkommen der Behörden gegenüber den Wünschen der Gewerkschaften« sei es gelungen, »den Keim des Mißtrauens« gegen die Unternehmer auch bei den älteren Facharbeitern der Hüttenwerke, die hauptsächlich die Mitglieder der Werkvereine stellten, zu säen⁴²⁷. In der Ruhrindustrie, den chemischen Werken wie der Berliner Elektroindustrie blieb zwar der Organisationsapparat der Werkvereine intakt, aber die Zahl ihrer Sympathisanten unter der Arbeiterschaft nahm rapide ab. Die Ergebnisse der Arbeiterausschußwahlen, die nach Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes stattfanden, zeigen dies zweifelsfrei⁴²⁸.

10. Kapitel: Wirtschaftliche Auswirkungen von Hindenburgprogramm und Hilfsdienstgesetz

Organisation der Kriegswirtschaft

Für die Einbußen an unmittelbarer Herrschaft innerhalb ihrer Betriebe, die das Hilfsdienstgesetz den Unternehmern zumutete, wurden jedoch wenigstens die Großindustriellen durch den Zufluß weiterer riesiger Kriegsgewinne, die Vergrößerung ihrer Produktionskapazitäten und den Ausbau ihrer ökonomischen Vormachtstellung auf Kosten der kleinen und mittleren Betriebe entschädigt.

Eine institutionelle Voraussetzung hierfür brachte die Einrichtung des Kriegsamtens Anfang November 1916. Es entstand durch die Zusammenlegung aller für die Kriegswirtschaft zuständigen Abteilungen des Kriegsministeriums und die Schaffung neuer Stäbe und Beiräte und sollte als eine Art wirtschaftlicher Generalstab den für die Durchführung des Hindenburgprogramms notwendigen Einsatz von Rohstoffen und Produktionsmitteln optimal organisieren¹. Bei allen stellvertretenden Generalkommandos wurden Kriegsamtnebenstellen eingerichtet, so daß ein organisatorisches Netz der neuen kriegswirtschaftlichen Zentralstelle das ganze Reichsgebiet überzog. An ihre Spitze trat General Groener, einer der wenigen hohen Offiziere mit gründlichen ökonomischen Kenntnissen und aus seiner Tä-

tigkeit als Chef des Feldeisenbahnwesens und Mitglied des Kriegsernährungsamtes mit den Problemen der Kriegswirtschaft vertraut.

Die Einrichtung des Kriegsamts wurde sowohl von der Industrie als auch von der Gewerkschaftsführung mit lebhafter Genugtuung begrüßt, von der Internationalen Korrespondenz gar als »härtestes Mittel des Kriegssozialismus« gefeiert². Binnen kurzem jedoch entpuppte sich auch diese neue Mammutbehörde als organisatorischer Fehlschlag. Nach den Vorstellungen Groeners hatte sie ein »Reichsnotamt« mit umfassenden Vollmachten werden sollen³, der »Kern . . . für das künftige Reichskriegsministerium«⁴. In Wirklichkeit aber behinderten organisatorische Unzulänglichkeiten innerhalb des Amtes selbst, die »Eifersucht« des preußischen Kriegsministeriums, in dessen Mauern »der bürokratische Geist mehr herrschte als in jeder Zivilbehörde«, Reibungen mit dem Reichsamt des Innern, das eine »Überwucherung der Zivilgewalt durch den militärischen Einfluß« befürchtete⁵, föderalistische Partikularinteressen⁶ und schließlich unzulängliche Kompetenzen⁷ die Arbeit ungemein. So blieb auch jetzt das Ziel einer straffen, zentralen und effizienten Organisation der Kriegswirtschaft in weiter Ferne⁸.

Nichtsdestoweniger wurden mit der Gründung des Kriegsamts die Interessen der Industrie mehr berücksichtigt als die der Arbeiterschaft. Personell kam dies darin zum Ausdruck, daß namhafte Vertreter der Montanindustrie und der Großbanken Schlüsselpositionen innerhalb des Amtes erhielten⁹. Zwar berief man auch Alexander Schlicke, den Vorsitzenden des DMV, der größten deutschen Einzelgewerkschaft, als Repräsentanten der Arbeiterorganisationen in die neue Behörde, um den Gewerkschaften die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz zu erleichtern, die Arbeiterschaft mit dem Hilfsdienst zu versöhnen und die Gewerkschaftsführer für die Durchführung des Hindenburg-Programms mitverantwortlich zu machen¹⁰. Doch Schlicke erhielt nur einen subalternen Referentenposten und den unbedeutenden Vorsitz im Unterausschuß für Arbeiterangelegenheiten¹¹. Gleichzeitig wurde der bisherige Leiter der Arbeiter- und Zurückstellungsabteilung im Kriegsministerium, der in Industriekreisen wegen seiner Aufgeschlossenheit für Ansprüche der Arbeiterschaft seit langem mißliebige Richard Sichler, personell eingemauert und praktisch degradiert¹².

Daß das Kriegsamt trotzdem einen Kooperationskurs gegenüber den Gewerkschaften einschlug und innerhalb des Amtes anfänglich ein vergleichsweise gewerkschaftsfreundlicher Geist herrschte, ist zur Hauptsache Groener zuzuschreiben. Groener aber mußte auf Betreiben der Großindustrie schon im Sommer 1917 seinen Posten verlassen¹³. Hiermit war nach den Erinnerungen der Leiterin des Frauenreferats im Kriegsamt »für viele höhere Offiziere der Moment gekommen, in dem sie ihren politischen

und sozialen Vorurteilen freien Lauf lassen konnten«, auch und gerade gegenüber Schlicker; »niemand sonst wurde so verletzend hochnäsiger in den Sitzungen von ihnen abgefertigt«¹⁴. Im übrigen hing das Kriegsamt weit mehr als von allen Zivilressorts, geschweige denn als vom Reichstag, von der OHL ab. Zur OHL aber unterhielt die Schwerindustrie die besten Beziehungen, und diese Allianz sorgte dafür, daß sich die Tätigkeit des Amtes kaum gegen die schwerindustriellen Interessen richtete.

Das zeigte sich besonders deutlich in der Frage der Kriegsgewinne. Den Modalitäten bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen entsprechend¹⁵, setzten mit dem Hindenburg-Programm kräftige Erhöhungen der Preise für Stahl und Kohle ein¹⁶. Sie verschoben das gesamte Preisniveau nach oben¹⁷. In den Lieferungsverträgen zwischen Industrie und Heeresstellen war nämlich mehr und mehr eine Klausel in Mode gekommen, derzufolge der Preis für die Ware nicht bei Vertragsabschluß vereinbart, sondern erst bei oder gar nach der Lieferung entsprechend den dann gerade geltenden Materialpreisen und Löhnen festgesetzt wurde. Damit entfiel für die Unternehmer aller Zwang zur Kostenkalkulation, eine Konkurrenz gab es nicht mehr, und willkürlichen Preisforderungen standen Tür und Tor offen. Groener versuchte sogleich nach Übernahme seines neuen Amtes, mit dieser Praxis aufzuräumen. Doch abgesehen davon, daß die meisten Lieferungsverträge aus dem Hindenburg-Programm zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen waren, scheiterte er außer an den Kompetenzgrenzen seines Amtes an der »passiven Resistenz« der Vergabestellen, die sich »mit der Industrie brüderlich zusammenfanden«¹⁸.

Ebensowenig Erfolg hatte sein Versuch, als Äquivalent für die Zwänge, die das Hilfsdienstgesetz den Arbeitern auferlegte, mit diesem Gesetz auch die Kriegsgewinne zu beschränken¹⁹. Da die »Doppelmoral« aber, »im Felde sich um des Vaterlandes willen totschießen zu lassen, in der Heimat durch Ausnützung der Kriegskonjunktur sich den Geldbeutel zu füllen«²⁰, seiner Ansicht nach einen wesentlichen Grund für die Zunahme der sozialen Spannungen und die Verschärfung der inneren Auseinandersetzungen bildete und deshalb ein »gefährliches Übel« darstellte, verfolgte er den Gedanken der Gewinnbeschränkung weiter.

Im Juli 1917 schickte er dem Reichskanzler eine Denkschrift über die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe zur Regelung der Unternehmergewinne und Arbeiterlöhne zu; verfaßt hatte sie sein engster Mitarbeiter Richard Merton. Er übte scharfe Kritik daran, daß die Industrie trotz steigender Unkosten »ganz außerordentliche, in durchaus keinem Verhältnis zu den Leistungen stehende Gewinne« erzielte, daß der Handel mit Verdienstspannen rechnete, die ebenfalls »außerhalb jedes Verhältnisses zur Leistung« stünden, daß die Lieferbedingungen »kaum mehr . . . den guten Sit-

ten« entsprächen, daß die Kriegsindustriellen »die Preise ihrer Produkte beliebig« erhöhten und dem Staat nichts anderes übrig bleibe, »als jeden Preis zu bewilligen, der von ihm gefordert wird«. Da die Zustände »auf allen Gebieten unhaltbar« würden, schlug Merton eine Revision der Lieferverträge, eine starke Heraufsetzung der Kriegsgewinnsteuer und eine Ermächtigung für den Reichskanzler vor, Industrieunternehmen unter Zwangsverwaltung zu stellen und ihnen Gewinne wie Löhne vorzuschreiben²¹. Nur wenige Exponenten der Fertigungindustrie aber zeigten Verständnis für diese Vorschläge²². Die Schwerindustrie nahm sie zum Anlaß, mit Hilfe ihrer Freunde in der OHL und in den zivilen Reichsämtern dafür zu sorgen, daß Groener als Chef des Kriegsamtes entlassen und als Divisionskommandeur in die Ukraine verbannt, Merton von ihm getrennt und zu einem anderen Truppenteil kommandiert wurde. Die Denkschrift selbst verschwand im »stillsten Winkel der Akten«²³, und die »völlig zügellose Ausgabenwirtschaft« ging weiter²⁴.

Folglich stiegen auch die Gewinne der am Rüstungsgeschäft beteiligten Firmen weiter, und immer mehr Firmen versuchten, an diesem Geschäft teilzuhaben; selbst Textilbetriebe, Spielzeug- und Pinselfabriken gingen jetzt daran, Granaten zu drehen²⁵. Ebenfalls die bilanztechnische Gewinnverschleierung durch erhöhte Abschreibungen oder Sonderrückstellungen blieb in Übung. Ganze Rüstungsbetriebe konnten innerhalb von ein bis zwei Jahren abgeschrieben werden²⁶. Doch selbst die künstlich gedrückten Dividenden lagen noch weit über dem Vorkriegsniveau. 1917 verteilten die Aktiengesellschaften der Rüstungsbranche mehr als doppelt so hohe Dividenden wie die gesamte übrige Industrie²⁷. Wie schon in den Vorjahren wurden die Gewinne größtenteils reinvestiert, zu Kapitalerhöhungen benutzt oder in Firmenneugründungen gesteckt²⁸. Um sie in die Kanäle der Kriegsfinanzierung zu leiten, führte die Regierung zwar Ende 1917 eine Konzessionspflicht für Kapitalerhöhungen und für Neugründungen von Kapitalgesellschaften ein, sofern sie den Betrag von 300000 RM überschritten²⁹. Aber auch diese Hürde ließ sich umgehen: viele Unternehmen erwarben jetzt alte Aktiengesellschaften, die ihren Betrieb eingestellt hatten, als neue Firmenmäntel; dabei sparten sie obendrein noch die Aktienstempel ein³⁰.

Gewinne und innere Konsolidierung der Aktiengesellschaften führten schließlich zu ungeheueren Kurstreibereien an der Börse, obwohl deren Betrieb während des Krieges gewissen Einschränkungen unterlag. Besonders die »verhältnismäßig breite Masse der niedrigsten Kriegsschieber«, unerfahrene Neulinge und »Emporkömmlinge mit all der breiten und behäbigen Frechheit der Parvenüs« taten sich als Spekulanten hervor³¹ – bis mit der militärischen Niederlage im Oktober 1918 in vielen Fällen die

Kursgewinne von vier Kriegsjahren innerhalb weniger Tage wieder verlorengingen³².

Ihre nachhaltigsten Folgen zeitigten die Kriegsgewinne dadurch, daß sie die Unternehmen in die Lage versetzten, den industriellen Konzentrationsprozeß weiter voranzutreiben. Mehr oder weniger umfangreiche vertikale Konzentrationsbewegungen gab es im Montanbereich, im Maschinenbau und unter den Werften, aber auch unter den Ziegeleien, bei den Buntmetallherstellern und den Porzellanfabriken, den Lederwerken und in der Papierindustrie, in der Textilbranche, im Transportgewerbe und schließlich unter den Banken, deren größte ihren Einfluß überdies durch die Tätigkeit der mit ihnen verbundenen Treuhandgesellschaften ausweiteten³³.

Zu horizontalen Zusammenschlüssen kam es hauptsächlich in den Industriezweigen, in denen die vertikale Konzentration bereits weit vorangehtrieben und die führenden Unternehmen so groß geworden waren, daß sie in ihrer Branche kein befriedigendes Ausdehnungsfeld mehr vorfanden und deshalb in benachbarte oder sogar fernliegende Wirtschaftsbereiche eindringen. Mit Nachdruck betrieben die großen Eisen- und Stahlwerke, aber auch die Chemie Giganten, die Angliederung von Kohlenzechen³⁴. Die Zechen ihrerseits gingen daran, den Transport ihrer Produkte in eigene Regie zu übernehmen, indem sie ihren Einfluß auf die Binnenschiffahrtsreedereien ausdehnten und sich ganze Transportflotten zulegten³⁵. Gleichzeitig knüpften sie Beziehungen zu den Großreedereien an, so Hugo Stinnes zur HAPAG und die Krupp AG zum Norddeutschen Lloyd³⁶. Eine andere Spielart der horizontalen Konzentration bestand in der Zusammenfassung aller Produktionsvorgänge von der Rohstoffgewinnung bis zur Herstellung der Fertigfabrikate unter einem Konzerndach, etwa von der Kohlen- und Erzförderung bis zur Produktion von Edelstahlzeugnissen. Die Montanriesen hatten diese Stufe bereits vor dem Krieg in erheblichem Umfang erreicht; kleinere Unternehmungen folgten ihnen jetzt auf diesem Wege³⁷. In der Fertigindustrie zeigte sich das Bestreben, sich Zuliefererbetriebe anzugliedern. So übernahmen die Automobilwerke Opel und Adler gemeinsam die vormals englischen Dunlop-Reifenwerke in Hanau³⁸.

Auch im staatlichen Apparat zur Wirtschaftslenkung, der mit dem Hindenburgprogramm ausgebaut wurde, behauptete die Großindustrie ihren Einfluß. Da wegen des Rohstoff- und Arbeitskräftemangels ein Neubau von Produktionsanlagen nur noch in beschränktem Umfang möglich war, gewannen für die Rationalisierung der Rüstungsproduktion die Schließung unrentabler oder nicht kriegswichtiger Betriebe und die Zusammenlegung von mehreren Betrieben derselben Branche zu größeren Produktionseinheiten wachsende Bedeutung. In vielen Branchen der Verbrauchsgüterindustrie dezimierten diese Maßnahmen die Zahl der Unternehmen um die

Hälfte. Die Entscheidungen über Schließung oder Zusammenlegung von Betrieben fielte seit Ende 1916 der Technische Stab im Kriegsamt. An seiner Spitze stand Kurt Sorge, Direktor des Magdeburger Krupp-Gruson-Werkes und Vorstandsmitglied des CDI und der VDA, des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller, des Vereins deutscher Eisenhüttenleute und der Nordwestlichen Gruppe des VdESI. Diese Besetzung sorgte dafür, daß die Machtmittel des Amtes im Interesse der mächtigsten Unternehmen der Schwerindustrie gehandhabt wurden. 1917 erhielt der Kriegsausschuß der deutschen Industrie sogar das Recht, alle Vorhaben zur Zusammenlegung oder Stilllegung von Betrieben zu begutachten. Schließlich unterbreitete er von sich aus die entsprechenden Vorschläge³⁹. Indirekt entschieden über das Schicksal von Betrieben außerdem die Kriegswirtschaftsorganisationen, die die Rohstoffverteilung lenkten⁴⁰. Zwar nahmen ihre Leitungsgremien auf militärischen Druck jetzt nicht selten auch Gewerkschaftsvertreter auf. Trotzdem behaupteten die jeweils stärksten Unternehmen oder die von ihnen beherrschten Unternehmerverbände ihre Macht und vermochten nach wie vor dieses Lenkungsinstrument zu ihrem Vorteil zu benutzen.

Am Beispiel der Textilindustrie läßt sich dies illustrieren. In diesem Industriezweig gab es vor dem Krieg noch weit über 100000 Klein- und Mittelbetriebe neben knapp 1000 Betrieben mit 200 bis 1000 Arbeitern und 33 Großbetrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten⁴¹. Während des Krieges mußten Tausende der Klein- und Kleinstbetriebe ihre Pforten schließen, in den sächsisch-erzgebirgischen Textilgebieten nicht weniger als rund zwei Drittel. Schon 1916 berichtete der Textilarbeiterverband aus dem Bezirk Chemnitz, die Ortschaften seien »wie ausgestorben, in den Betrieben die Fenster verhangen, alles tot und leer«⁴². Da in diesen wirtschaftlich einseitig entwickelten Regionen die Textilarbeiter, unter denen die Frauen einen großen Anteil stellten, kaum in andere Industriezweige ausweichen konnten, machte sich unter ihnen bitteres Elend breit⁴³.

Um wenigstens die noch verbliebenen Arbeitsplätze zu retten, war der Textilarbeiterverband daran interessiert, daß bei der Rohstoffverteilung »nicht das Großkapital zuungunsten des anderen Teiles rücksichtslos bevorzugt und dadurch dem kleinen Unternehmertum das Lebenslicht gewaltsam ausgeblasen« würde⁴⁴. Auch in der Textilindustrie aber »saßen in allen Kriegsämtern, in allen Ausschüssen, in allen Wirtschaftsstellen . . ., oftmals in Offiziersuniform gesteckt, Großindustrielle«⁴⁵. Bei Entscheidungen über Rohstoffversorgung wie über Betriebsstillegungen wurden daher »nur die Aussagen der Unternehmer oder die zur Begutachtung herangezogenen Handelskammern und Gewerbeinspektoren« berücksichtigt, die Gewerkschaften aber übergangen⁴⁶. Der Kriegsausschuß für Baum-

wollindustrie etwa, in dem auf Anweisung der Militärbehörden drei Arbeitervertreter saßen, hielt es nicht für nötig, sie zu seinen Sitzungen einzuladen, sie wurden »stillschweigend ausgeschlossen«⁴⁷. Andere Kriegsaus-schüsse bequerten sich erst zu Einladungen an die Gewerkschaftsvertreter, nachdem sich diese über ihre Nichtbeteiligung beschwert hatten. Man zog sie jedoch nur zu den Schlußkonferenzen hinzu, bei denen rund 100 Personen zusammenkamen. Hier wurden die fertig vorliegenden Entwürfe noch einmal kurz beraten, aber in keinem entscheidenden Punkt mehr verändert⁴⁸.

Nur in Einzelfällen gelang es den Gewerkschaftsvertretern durch persönliche Intervention bei der Kriegsrohstoffabteilung, Betrieben, die geschlossen werden sollten, zur Weiterarbeit zu verhelfen⁴⁹. Allerdings haben sie in den Kriegswirtschaftsorganisationen, den Illusionen über den »Kriegssozialismus verhaftet, wohl oft auch den vorgelegten Plänen nicht widersprochen. Der Warenhausbesitzer Hermann Tietz jedenfalls beobachtete mit Verwunderung, wie sie häufig »die Interessen der Verbraucherschaft für vermeintliches »Durchsetzen des sozialistischen Grundsatzes der gelenkten Wirtschaft« preisgaben⁵⁰.

In nahezu allen Zweigen der Fertigungindustrie führten die kriegswirtschaftlichen Lenkungsmaßnahmen dazu, daß ein Teil der Betriebe verschwand, die Zentralisierung der Produktion einen großen Schritt vorankam und sich die Konkurrenzverhältnisse weiter erheblich zugunsten der Großindustrie verschoben. Hierbei handelte es sich um einen weitgehend irreversiblen Vorgang. Denn während die weiterarbeitenden Betriebe Gewinne von oft beträchtlicher Höhe erwirtschafteten und zu ihrer Konsolidierung und Expansion nutzen konnten, gingen die stillgelegten leer aus und gerieten in einen immer größeren Rückstand gegenüber den branchenstärksten. Je länger der Krieg dauerte, desto unwahrscheinlicher wurde es daher, daß sich nach seinem Ende die Wettbewerbsverhältnisse auf den Vorkriegsstand zurückentwickeln würden.

In den Grundstoffindustrien, die bereits einen hohen Konzentrationsgrad erreicht hatten, wurden auf staatlichen Druck die Syndikate weiter ausgebaut. Bei der Verlängerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats im Oktober 1916 bezog man auch die wenigen Zechen ein, die ihm noch nicht angehörten⁵¹. Anfang 1918 erneuerten die Braunkohlenbergwerke östlich der Elbe ihr Syndikat⁵². Auf ultimatives Verlangen der Regierung, die Vorkehrungen für die Wiedereroberung des Weltmarktes nach Kriegsende, für einen eventuellen neuen Krieg sowie die Erschließung neuer Quellen zur Deckung des außerordentlich gestiegenen staatlichen Finanzbedarfs treffen wollte, begannen Anfang 1917 Vorbereitungen, auch die Eisen- und Stahlindustrie in einem Syndikat zusammenzufassen, das

über den Stahlwerksverband weit hinausging; sie kamen bis Kriegsende allerdings nicht mehr zum Abschluß⁵³.

In nahezu allen Wirtschaftszweigen machte sich in der zweiten Kriegshälfte also ein starker Zug zur Konzentration bemerkbar. Der DVC zufolge gab es 1917 »keine einzige Gruppe von Großbetrieben« mehr, »in der vom Organisationsgeist nicht in engerer oder lockerer Form eine Mehrheit von Einzelunternehmungen auf einen gemeinsamen Boden gestellt ist«⁵⁴. Nach derselben Quelle bezweckte diese Bewegung »zunächst, die wirtschaftliche Entwicklung während des Krieges vor Störungen durch den Wettbewerb sowie vor Kraftvergeudung und Betriebsverteuerung zu bewahren«, hatte aber »zweifellos auch die weiteren Ziele dauernden Zusammenschlusses im Auge«. Tatsächlich überdauerten viele industrielle Zusammenschlüsse, die während des Krieges vollzogen wurden, das Kriegsende und zeichneten die Wege vor, auf denen die Konzentrationsbewegung in der Nachkriegszeit rapide Fortschritte machte⁵⁵.

Das industrielle Verbandswesen

Der Ausbau der Kriegswirtschaftsorganisation blieb nicht ohne Folgen für das industrielle Verbandswesen. »Es ist sicher, daß in keiner Zeit so viele Syndikate und sonstige Verbände entstanden wie im laufenden Jahr. 1916 ist das Jahr der Syndizierung, das Jahr des Zusammenschlusses!« rief Reichert auf der Mitgliederversammlung des VdESI im November 1916 aus⁵⁶. Die DVC schrieb zur Begründung: »Eine Industrie, die heute einen Zusammenschluß nicht zustande bringt, wird überhaupt daran verzweifeln müssen, jemals mit dieser Arbeit fertig zu werden; was der Krieg ihr nicht gebracht hat, wird ihr die Friedenszeit für immer versagen«⁵⁷. Dem CDI traten von Kriegsausbruch bis Juli 1918 75 körperschaftliche und 146 Einzelmitglieder neu bei; das bedeutete einen Zuwachs von 30 bzw. 25 %⁵⁸. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der größte deutsche Arbeitgeberverband, vertrat 1913 Firmen mit insgesamt 539000, 1917 hingegen mit 685530 Arbeitern; im Deutschen Braunkohlenindustrieverband, dem einzigen Arbeitgeberverband des Bergbaues auf Reichsebene, stieg die entsprechende Zahl von 40520 auf 54281. Die Zahl der dem Verein deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA) angeschlossenen Werke erhöhte sich zwischen dem 1. 1. 1914 und dem 1. 1. 1918 von 246 mit einer Gesamtbelegschaft von 189086 auf 650 Firmen mit insgesamt 522790 Beschäftigten. In die gleiche Richtung entwickelten sich die Arbeitgeberverbände der chemischen Industrie⁵⁹.

Neue Zentralverbände wurden in der Metall- und Elektroindustrie, im

Großhandel, in der Landwirtschaft und im Baugewerbe gegründet⁶⁰ – nicht allein im letzteren Fall zweifellos auch in der Absicht, die wirtschaftliche Macht der Arbeitgeber »für etwaige künftige Kämpfe mit den Arbeiterverbänden auf das denkbar höchste Maß zu steigern«⁶¹. In der Eisenindustrie entstanden 1916 unter Mithilfe der Reichsregierung Ausführverbände für alle wichtigen Exportprodukte. Auch in der Kleisen- und Stahlwarenindustrie machte der Gedanke des Zusammenschlusses »bemerkenswerte Fortschritte«⁶². Verbandsneugründungen bahnten sich ebenfalls im Maschinenbau an, nicht zuletzt, weil der Krieg die einzelnen Werke sowohl zur Spezialisierung als auch zur Vereinbarung einheitlicher technischer Normen zwang.

Selbst die industriellen Spitzenverbände zollten den wirtschaftlichen Strukturwandlungen ihren Tribut. Nachdem sie sich schon unmittelbar nach Kriegsausbruch im Kriegsausschuß der deutschen Industrie zusammengefunden hatten⁶³, stellten sie bald Überlegungen an, die Zusammenarbeit über den Krieg hinaus weiterzuführen. Der BDI äußerte Mitte 1916 seine Überzeugung, daß auch nach dem Krieg »eine Gesamtorganisation der deutschen Industrie zwecks gemeinsamer Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Regierung, den Parlamenten und der Öffentlichkeit« bestehen bleiben müsse, namentlich zur Lösung der »vielen gemeinsamen Fragen, die sogleich mit dem Friedensschluß aktuell werden und an deren Regelung die Rohstoff-, die weiterverarbeitenden und die Fertigindustrien in demselben Maße beteiligt sind«⁶⁴. Der MAN-Direktor Guggenheimer riet sogar zur »Zusammenschweißung« beider Organisationen zu einem einheitlichen »Industrierat« schon während des Krieges, um gegenüber der Regierung die »Geschlossenheit der Industrie« zu demonstrieren und zu verhindern, daß der »schwerwiegende Gegensatz . . . zwischen Rohstoffherzeugern und Fertigfabrikanten« wieder aufbrechen und den Dualismus zwischen beiden Verbänden neu beleben würde⁶⁵.

Dagegen beharrten im CDI starke Kräfte auf der organisatorischen Selbständigkeit, um auch künftig ihre Sonderinteressen vertreten zu können. Führende Repräsentanten der Fertigindustrie im CDI, namentlich die AEG-Direktoren Rathenau und Deutsch, tendierten daher zum Übertritt zum BDI und dessen Weiterentwicklung zu einem unabhängigen Spitzenverband der Fertigindustrie. Mit Rücksicht auf die sich abzeichnenden politischen Entwicklungen wurden diese Spannungen durch eine Reorganisation des CDI gelöst, die den Großunternehmen der Fertigindustrie innerhalb des Verbandes größeren Einfluß einräumte. Zu diesem Zweck wurde der Verband jetzt in Fachgruppen gegliedert und das Präsidium aus Vertretern der Fachgruppen nach Maßgabe von deren wirtschaftlicher Stärke und Bedeutung zusammengesetzt.

Das Hindenburg-Programm und die Vorbereitung des Hilfsdienstgesetzes aber bewirkten im Herbst 1916 eine stärkere Annäherung von CDI und BdI. Im Oktober 1916 gründeten beide Organisationen zusammen mit dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands den Deutschen Industrierrat, um in »allen Fragen, die im eigenen Interesse der Industrie eine geschlossene Stellungnahme erheischen, auf einen Ausgleich widerstreitender Interessen der verschiedenen Industriezweige hinzuwirken und zu allen Angelegenheiten Stellung zu nehmen, deren gemeinsame Behandlung von einem der beiden Verbände gewünscht wird«⁶⁶. Da indessen die Schwerindustrie, in manchen Bereichen auch die Verarbeitungs- und Fertigungindustrie, ihre Interessen in den Kriegswirtschaftsorganisationen unverhofft wirksam durchzusetzen vermochte, erwies sich der Industrierrat, neben dem der Kriegsausschuß weiterbestand, vorerst als überflüssig. Er blieb daher zunächst untätig. Erst als Anfang 1918 die Streiks der Rüstungsarbeiter die Möglichkeit einer sozialen Revolution andeuteten und die Debatte über die Übergangswirtschaft ein Stadium erreichte, das den Schwerindustriellen ein Zusammengehen mit der Fertigungindustrie nahelegte, nahm er seine praktische Arbeit auf⁶⁷.

Gewerkschaften und Übergangswirtschaft

In den letzten beiden Kriegsjahren nämlich entspann sich eine lebhaft öffentliche Diskussion um die Organisation der Wirtschaft nach dem Kriege. Ausgelöst wurde sie dadurch, daß sich die Stimmen derer mehrten, die sich für eine Beibehaltung eines Einflusses des Staates auf die Wirtschaft auch nach Kriegsende aussprachen, ferner dadurch, daß der Staat bereits Anstalten machte, derartige Absichten zu verwirklichen⁶⁸. Für unseren Zusammenhang sind aus diesem Komplex lediglich die Stellungnahme der Gewerkschaften auf der einen und der Industriellen auf der anderen Seite von Interesse, außerdem der Einfluß, den sich beide Seiten auf den rudimentären staatlichen Apparat zur Lenkung der Nachkriegswirtschaft zu verschaffen wußten.

Die Gewerkschaften setzten sich im Juni 1917 ausführlich mit der Nachkriegswirtschaft auseinander. In Erwartung einer Wirtschaftskrise mit erheblicher Arbeitslosigkeit nach Kriegsende verlangten sie in erster Linie Maßnahmen zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmer⁶⁹. Gleichzeitig befaßten sie sich aber auch mit grundlegenden Strukturproblemen der Nachkriegswirtschaft. Ihr besonderes Interesse galt der Frage weiterer Monopolbildungen, allerdings mehr aus fiskalischen Erwägungen als im Hinblick auf ihre ökonomischen und politischen Auswirkungen. Bereits 1915

hatten sie auf die Unmöglichkeit hingewiesen, die Kriegsfolgelasten allein über direkte oder indirekte Steuern zu finanzieren, und zu ihrer Deckung die Verstaatlichung eines Teils der Unternehmergewinne durch Monopolisierung gewinnbringender Industriezweige gefordert⁷⁰. Aus demselben Grund sprachen sich 1916 und 1917 verschiedene Gewerkschaftsführer und Parteitheoretiker für die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus sowie für die Bildung von Staatsmonopolen in einigen Zweigen der chemischen Industrie, für die Roheisen-, Stahl- und Waffenindustrie, die Elektrizitätsversorgung und für das Transport- und Verkehrsgewerbe aus⁷¹.

Der Ausbau der Kriegswirtschaftsorganisationen und der fortschreitende industrielle Konzentrationsprozeß verstärkten bei den Gewerkschaften die Erwartung, daß die weitere Entwicklung »zur Staats- bzw. Reichsmopolisierung wichtiger Industrien und Gewerbe führen« werde, zu Zwangssyndikaten also mit staatlicher Kontrolle und fiskalischen Umlagen auf die Syndikatsproduktion⁷². Mit Rücksicht auf die fiskalischen Interessen des Staates und die höhere ökonomische Effizienz großer Unternehmensformen erhoben die Gewerkschaften keine grundsätzliche Bedenken dagegen. Sie wollten aber verhindern, daß in künftigen Monopolen wie in den Kartellen und Syndikaten vor 1914 »eine dauernde Steigerung der Unternehmermacht und der Profitrate« eintrat, »die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einseitig durch die kartellierten Unternehmer erfolgt und der Arbeiterschutz . . . zu einem weißen Blatt Papier verwandelt« werde⁷³. Deshalb forderten sie eine Reihe von Kautelen: die Organisation als Staatsmonopole, die Wahl von Arbeitervertretern als vollberechtigte Mitglieder in die Monopolverwaltungen; die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der monopolisierten Industrien durch Tarifverträge; Arbeitsvermittlung ausschließlich durch paritätische Arbeitsnachweise, Verbot schwarzer Listen und ähnlicher Disziplinierungsmaßnahmen gegen einzelne Arbeiter; schließlich die Errichtung einer Reichsbehörde, der die Kontrolle aller Monopole übertragen und der ein Beirat aus Vertretern des Reichstages und der wirtschaftlichen Interessengruppen einschließlich der Arbeiterorganisationen zur Seite gestellt werden sollte.

Analoge Forderungen erhoben die Gewerkschaften für die gesamte Übergangswirtschaft. Sie verlangten »bis zur Wiederkehr normaler Wirtschaftsverhältnisse« eine Beibehaltung der Außenhandelskontrolle, die Überwachung der Verteilung von Rohstoffen und Halbfabrikaten, staatliche Kontrolle aller Syndikate, die Erzeugung, Absatz, Lieferungsbedingungen, Preise sowie Ein- und Ausfuhr regelten, sowie die weitere öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel unter gebührender Berücksichtigung der Konsumvereine. Der gewerkschaftliche Einfluß auf die Wirtschaftslenkung sollte durch die Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiter-

und Angestelltenverbände zu allen zuständigen Reichsbehörden und ihren Untergliederungen sichergestellt werden⁷⁴.

Es ist unklar, ob in den Gewerkschaften die Meinung vorherrschte, daß am Ende der Übergangswirtschaft die Vorkriegsverhältnisse im wesentlichen wiederhergestellt sein würden⁷⁵, oder ob sie sich eher aus taktischen Gründen dieses Begriffs bedienten und darunter einen »Zustand einer planmäßigen Anbahnung wirtschaftlicher Neugestaltung« verstanden⁷⁶. Deutlich ist indessen, daß ihren Forderungen die gleiche Absicht zugrunde lag wie ihrer Innen- und Sozialpolitik während des Krieges, nämlich Zwangslagen von Industrie und Staat – in diesem Fall ökonomische und finanzpolitische – auszunutzen, um ihren eigenen Zielen näherzukommen. Eine Realisierung ihrer Vorstellungen hätte die mit dem Hilfsdienstgesetz eingeführten sozialpolitischen Einrichtungen dauernd verankert. Darüber hinaus wäre in den wichtigsten Wirtschaftszweigen die Macht privater Interessen zugunsten einer Art drittelparitätischer Lenkung durch Industrie, Staat und Arbeiterorganisationen eingeschränkt worden. Unter der Voraussetzung, daß nach Kriegsende das Parlament einen größeren Einfluß auf die Exekutive ausüben würde als vor 1914, folglich die Reichstagsmehrheit auch bei der Auswahl der Staatsvertreter in den Monopolverwaltungen ihre Vorstellungen würde durchsetzen können, mochten sie sogar auf ein annähernd halbpäritätisches Mitspracherecht in diesen Gremien rechnen.

Mit Sozialismus hatte dies freilich wenig zu tun. Von der Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Abschaffung von Kapital- und Grundrente war ebensowenig die Rede wie von einer Vermögensumverteilung und einer Mitbestimmung der Belegschaften über die wirtschaftlichen und produktionstechnischen Angelegenheiten ihrer Betriebe. Die vorgesehene Beteiligung der Arbeiterschaft an der Wirtschaftslenkung beschränkte sich auf die oberste Ebene großer Produktionseinheiten und sollte lediglich von Organisationsvertretern wahrgenommen werden. August Müller bezeichnete das von den Gewerkschaften angestrebte System denn auch als Gemeinwirtschaft, um einer Verwechslung mit dem vieldeutigen Begriff Sozialismus vorzubeugen⁷⁷. Da es aber eine gewisse Garantie für die Ausrichtung der Wirtschaft an gesellschaftlichen Bedürfnissen und für die Berücksichtigung sozialpolitischer Ansprüche der Arbeiterschaft zu bieten schien, sahen maßgebliche Gewerkschaftler darin immerhin einen Schritt zur Vergesellschaftung der Produktion und insofern auch zum Sozialismus⁷⁸. In welchem Maße sich private Kapitalinteressen auch in gemeinwirtschaftlichen Organisationen durchzusetzen vermögen und wie wenig die konkrete Lage der einzelnen Arbeiter in einem Monopolbetrieb durch die Mitwirkung von Gewerkschaftsfunktion-

nären in den Leitungs- oder Aufsichtsgremien beeinflusst zu werden braucht, begannen die Gewerkschaften erst in der Weimarer Republik zu erfahren.

Daß in ihren Überlegungen Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse und eine Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Betriebe nicht vorkamen, ist in erster Linie sicherlich daraus zu erklären, daß die Gewerkschaftsführer nicht an die politische Durchsetzbarkeit derart tiefer Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur glaubten. Bis in den Spätsommer 1918 hielten sie eine deutsche Niederlage für ausgeschlossen, ebenso eine soziale Revolution und einen politischen Umsturz⁷⁹. An eine gewaltsame Änderung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse dachten sie um so weniger, als ihre zahlenmäßige Stärke noch immer unter dem Vorkriegsstand lag und ihr Apparat nach wie vor erheblich geschwächt war. Es ging ihnen deshalb lediglich darum, Entwicklungen, die sie ohnehin vorgezeichnet sahen, zu unterstützen und ihren eigenen Zielen nutzbar zu machen. Insofern stellen die Forderungen zur Übergangswirtschaft die konsequente Fortsetzung ihrer reformistisch-evolutionären Kriegspolitik dar⁸⁰.

Es gibt indessen Indizien dafür, daß die Gewerkschaftsführer auch unabhängig von diesen Gründen keine wirtschaftspolitischen Konzeptionen besaßen, die über systemimmanente Maßnahmen zur Lösung der bevorstehenden Wirtschaftsprobleme unter Beachtung einiger sozialpolitischer Bedingungen hinausgingen. Bezeichnend hierfür ist zunächst, daß im Correspondenzblatt in den letzten Kriegsmonaten, als die Kritik an den ökonomischen und sozialen Zuständen unter der Arbeiterschaft immer schärfere Formen annahm, die gemeinwirtschaftlichen Forderungen auch als »Sozialisierung der gesamten Wirtschaft«⁸¹, also als traditionelle Zielvorstellung der Arbeiterbewegung propagiert wurde. Hiermit bereitete sich übrigens die babylonische Sprachverwirrung vor, die nach der Revolution die Sozialisierungsdebatte so undurchsichtig machte und in hohem Maße behinderte⁸². Auffällig ist ferner, daß manche Gewerkschaftssprecher die gemeinwirtschaftlichen Forderungen so ausschließlich unter dem Aspekt optimaler Produktivität und Rentabilität sahen, daß sie den Industriellen Argumentationshilfen bei ihrer Kampagne für die schleunige Wiederherstellung der wirtschaftlichen Vorkriegsverhältnisse und die Unterordnung der Sozialpolitik unter die Erfordernisse einer gewinn- und wachstumsorientierten »Produktionspolitik« lieferten⁸³.

Schließlich ist bemerkenswert, daß einflußreiche Stimmen aus dem gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Lager bereits 1917 weitergehende Schritte selbst für den Fall ablehnten, daß sie politisch durchsetzbar sein sollten. Anfang 1917 befand Heinrich Peus, »daß der Sozialismus nicht urplötzlich aus sozialrevolutionärer Katastrophe geboren werde«⁸⁴. Wenig

später erklärte August Müller, die Forderung, »daß in der Übergangswirtschaft der Sozialismus zu verwirklichen sei«, würde »vermutlich von der Sozialdemokratie nicht gestellt und erst recht nicht durchgeführt«. Denn »alle Sozialdemokraten, die sich eine Vorstellung von ihrem Zukunftsideal machten«, seien von einer Gesellschaft ausgegangen, »die eine berauschende Fülle von Reichtum aufwies«, nicht aber »von einer zerschlagenen, mit gewaltigen Verpflichtungen belasteten und in ihrer technischen Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigten Volkswirtschaft«, wie sie die deutsche nach Kriegsende darstellen werde⁸⁵. Nicht der Wille zu grundlegenden Veränderungen der Wirtschaftsordnung folgte aus dieser Perspektive, sondern die Aufforderung zur Zusammenarbeit zwischen Arbeiterorganisationen und Unternehmern beim Wiederaufbau der deutschen Industrie. Aus den ökonomischen Prämissen der gewerkschaftlichen Kriegspolitik ergab sich außerdem, daß der Gedanke der Kooperation um so mehr in den Vordergrund rückte, je ungünstiger der Krieg verlief.

Tatsächlich nahmen entsprechende gewerkschaftliche Äußerungen in den letzten beiden Kriegsjahren in dem Maße zu, in dem sich die Siegesaussichten verschlechterten. Brey signalisierte schon 1917 seine Bereitschaft, sich um den Preis einer solchen Kooperation sogar mit den Gelben an einen Tisch zu setzen⁸⁶. Umbreit forderte 1918, beim Kampf um den Weltmarkt habe die deutsche Volkswirtschaft »geschlossen als Ganzes ... aufzutreten« und die Arbeiterschaft »in manchen Dingen mit der Wirtschaftspolitik bürgerlicher Gruppen« zusammenzugehen, »vor allem in der Produktionsförderung«⁸⁷. Einstweilen mochte man derartige Äußerungen wenigstens teilweise noch der Absicht zuschreiben, für den Fall, daß Deutschland den Krieg erfolgreich beenden und die mächtigsten Gruppen der deutschen Gesellschaft gestärkt aus ihm hervorgehen sollten, bei Industrie und Staat die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu erhalten, die sozialpolitischen Errungenschaften der Kriegszeit zu bewahren und den Gewerkschaften eine gewisse Partizipation an der Lenkung der Wirtschaft zu verschaffen. Beim Zusammenbruch erwies sich jedoch, daß die Gewerkschaften tatsächlich kein wirtschaftspolitisches Programm besaßen, das über ihre Forderungen zur Übergangswirtschaft hinausging⁸⁸.

Die christlichen Gewerkschaften stimmten in der Frage der Übergangswirtschaft und der Monopolbildung mit den freien Gewerkschaften weitgehend überein; die entsprechenden Denkschriften wurden von ihnen mitunterzeichnet. Im Unterschied zu den freien Gewerkschaften hielten sie aber an der Überzeugung fest, »daß der Staat nie aus der Volkswirtschaft das machen kann, was eine auf Privatinteresse beruhende Volkswirtschaft zu leisten vermag«, und befürworteten staatliche Monopole nur, »wo sie sich als zweckmäßig erweisen, nicht aber schlechthin ... Vergesellschaft-

tung der Produktionsmittel«⁸⁹. Nichtsdestoweniger waren während des Krieges antikapitalistische Töne in den christlichen Gewerkschaften stärker und fast deutlicher zu hören als in den freien Gewerkschaften. »Das Privateigentum muß dem Allgemeinwohl ein- und untergeordnet werden. Das Geschäftsprinzip muß, wenn ihm die Kraft zur Selbstzucht fehlt, durch Zwang in vernünftigen Grenzen gehalten werden«, konnte man schon im November 1915 im Zentralblatt lesen⁹⁰. »Der Krieg hat den wirtschaftlichen und ... den staatsrechtlichen und kulturellen Individualismus seinem Grabe näher gebracht«, hieß es im theoretischen Organ der katholischen Arbeiterbewegung Anfang 1918⁹¹.

Sechs Monate später trat ein Autor derselben Zeitschrift für die Verstaatlichung des Bergbaus ein⁹². Stegerwald, der durch seine Tätigkeit im Kriegsernährungsamt Einblick in die Ernährungspolitik gewonnen hatte, wandte sich gegen die Wiedezulassung des freien Handels auf dem Ernährungssektor⁹³ und sprach damit aus, was offenbar viele christliche Arbeiter dachten. Gerade die Unzuträglichkeiten der Lebensmittelversorgung bildeten die Hauptquelle der antikapitalistischen Strömung in der christlichen Arbeiterschaft. Ihre Stärke war daran zu ermesen, daß die aus ihr kommenden westdeutschen Zentrumsähler im Juni 1918 zum erstenmal eine eigene Konferenz abhielten, auf der der Essener Arbeitersekretär Kloft unter großem Beifall forderte: »Die Gewohnheiten des Krieges, daß jeder nur an sich denkt und seinem Erwerbssinn nachgeht, müssen auf das entschiedenste bekämpft werden. Das Leitmotiv bei allen Maßnahmen darf nur das Gesamtwohl sein.«⁹⁴ Zwar zeigte die Führung der christlichen Gewerkschaften bis Kriegsende ebensowenig Bereitschaft wie die der freien, sich aktiv für eine Veränderung der Wirtschaftsordnung einzusetzen. Die antikapitalistischen Töne auch in der Publizistik der christlichen Arbeiterschaft zeigen aber, wie weit die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung 1918 verbreitet war⁹⁵.

Unternehmer und Übergangswirtschaft

Ähnliche Konzeptionen wie die Gewerkschaften entwickelten während des Krieges eine Reihe von Nationalökonomern kathedersozialistischer Provenienz – unter ihnen Adolph Wagner, Edgar Jaffé, Carl Ballod, Gerhart v. Schultze-Gävernitz und Johann Plenge⁹⁶ – und vereinzelt Industrielle, namentlich Walther Rathenau und sein langjähriger Mitarbeiter Wichard von Moellendorff⁹⁷. Rathenaus Schrift über die »Neue Wirtschaft« erlebte nicht weniger als 30 Auflagen in 60 Tagen; dies freilich nicht zuletzt wegen der »Abneigung«, die ihr begegnete⁹⁸. Aus dem Lager der

Industriellen nämlich scholl dem Autor, der schon vorher wegen seiner kulturkritischen Schriftstellerei und seiner künstlerischen Neigungen in den Unternehmer- und Diplomatenzirkeln der Reichshauptstadt als »Jesus im Frack« bespöttelt worden war, einhellige Ablehnung entgegen. »Ich warne die Regierung vor solchen Schrittmachern zum sozialistischen Zukunftsstaat, wie es Herr Walther Rathenau ist«, rief Stresemann im Oktober 1917 aus. »Das System Rathenau würde uns das Beste nehmen, was wir in Deutschland besitzen, nämlich die persönliche Schaffensfreude und die persönliche Schaffenskraft des einzelnen«⁹⁹.

Der Geschäftsführer des Verbandes Sächsischer Industrieller prophezeite »die völlige Aufhebung der Gewerbefreiheit in Deutschland« als Folge des Rathenauschen Wirtschaftsprogramms, das sich in seinen Augen »höchstens in der Methode, nicht aber in den Zielen von den kommunistischen Wirtschaftsplänen« unterschied¹⁰⁰. Noch im Oktober 1918 fand es Bergrat Groebler von den Wetzlarer Buderus-Werken im Blick auf Emil Rathenau und die Entstehungsgeschichte der AEG unbegreiflich, »wie der Sohn zu solch irrigen und utopistischen Anschauungen über das Wirtschaftsleben komme«; dessen Vorstellungen »müsse bei jeder Gelegenheit entgegengewirkt werden«, zumal Rathenau »in maßgebenden Kreisen in Berlin eine Rolle spiele und als Sachverständiger aus der Industrie hoch eingeschätzt werde«¹⁰¹. Die entsprechende Aufklärung besorgte der CDI in einem vertraulichen Rundschreiben an seine Mitgliedsfirmen¹⁰².

Denn wenn es eine Forderung gab, in der sich alle deutschen Unternehmerrgruppen in der zweiten Kriegshälfte einig waren, dann die nach der »möglichst raschen Wiederherstellung der freien, ungehemmten Friedenswirtschaft«¹⁰³. Nur Exportindustrie und Handel verschlossen sich nicht gänzlich der Einsicht, daß für eine Übergangszeit staatliche Eingriffe in die Rohstoff- und Lebensmittelverteilung, vielleicht auch eine gewisse Devisenbewirtschaftung notwendig sein könnten¹⁰⁴. Nachdem aber die Schwerindustrie diesen Gruppen insoweit entgegengekommen war¹⁰⁵, entstand eine geschlossene Phalanx von der Industrie bis zu den Privatbanken, »von Landwirtschaft bis Hansabund«¹⁰⁶. Bei ihnen allen bestand Einigkeit, daß eine bis zur vollständigen Rückkehr zur Friedenswirtschaft möglicherweise erforderliche Lenkung »durch eigene Einrichtungen der Industrie unter Aufsicht des Staates« vorgenommen und die Übergangsphase »auf eine möglichst kurze Zeit« beschränkt werden sollte¹⁰⁷.

An die Spitze der seit Ende 1916 mit großem propagandistischem Aufwand und außerordentlicher Heftigkeit geführten Kampagne gegen »Zwangswirtschaft«, »Staatssozialismus«¹⁰⁸ und »Berliner Zentralwirtschaft«¹⁰⁹, für »ungehemmte Gewerbetätigkeit«¹¹⁰, für die »Verteidigung unserer liberalen Wirtschaftsordnung und Gesellschaftsordnung«¹¹¹ oder

einfach für die »Freiheit«¹¹² suchte sich der Hansabund zu setzen. Einmal lehnten die ihm nahestehenden Außenhandels-, Bank- und Reederkreise jegliche Form von Reglementierung besonders nachdrücklich ab, zum anderen wollte er damit wohl seine Position unter den industriellen Spitzenverbänden festigen, die – seit 1911 nicht unbestritten – durch die Annäherung von CDI und BDI erneut bedroht wurde. Bis in den Oktober 1918 setzte er mit großen Kundgebungen seinen »blinden Kampf gegen die Kriegswirtschaft« fort¹¹³.

Die Kampagne gegen die Beibehaltung staatlicher Wirtschaftslenkung erlangte über den Weltkrieg hinaus Bedeutung, weil bereits hier die wichtigsten ideologischen Waffen geschmiedet wurden, mit denen die Unternehmer in der Novemberrevolution gegen die Sozialisierungsbewegung zu Felde zogen. Hierzu zählte vor allem die Diskreditierung des Sozialismus durch die synonyme Etikettierung der kriegswirtschaftlichen Organisationsformen als »sozialistisch« oder auch »staatssozialistisch«, »gemeinwirtschaftlich« oder »kommunistisch«¹¹⁴. Allerdings hatten Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer mit ihren Äußerungen über den »Kriegssozialismus« dieser Gleichsetzung Vorschub geleistet. Sie waren deshalb mitverantwortlich dafür, daß sich die Vorstellung festsetzen konnte, »daß Gleichmacherei und Zwang das Wesentliche am sozialistischen System« seien¹¹⁵. Auch noch manche Bemerkungen zur Übergangswirtschaft ließen sich über diesen Leisten schlagen¹¹⁶. Die DV hatte deshalb nicht ganz unrecht, als sie Neujahr 1918 behauptete: »Die deutschen Sozialisten wittern schon die Morgenluft des Zukunftstaates, ersehen im Kriegssozialismus den Durchgang zum vollkommenen Sozialismus«¹¹⁷. Insbesondere von agrarischer und schwerindustrieller Seite wurde diese sozialdemokratische Leichtfertigkeit im Umgang mit dem Begriff des Sozialismus in demagogischer Weise dazu benutzt, die »Zwangswirtschaft« auch als »sozialdemokratisch« zu bezeichnen, um einen Sündenbock für die offenbaren Mißstände zu benennen und der Sozialdemokratie »das Wasser für die Zukunft abzugraben«, wie der SPD-Abgeordnete Otto Wels im Sommer 1918 im Reichstag feststellte¹¹⁸ – eine Art präventive ökonomische Dolchstoßlegende.

In der Unternehmerpropaganda spielte ferner die Behauptung von der Unfähigkeit staatlicher Wirtschaftsorganisationen im allgemeinen und von Staatsbetrieben im besonderen eine hervorragende Rolle¹¹⁹. Nach der einen Seite wurde daran der Verdacht geknüpft, staatliche Wirtschaftstätigkeit korrumpiere die Beamtenschaft und führe schließlich zum Zerfall der Autorität des Staates¹²⁰, nach der anderen Seite gefolgert – insbesondere von den wirtschaftsfriedlichen Organisationen –, Privatbetriebe seien »sozialer« als staatliche: »Sie tun mehr für das Wohl ihrer Arbeiter und Ange-

stellten und fordern meist eine viel geringere Inanspruchnahme der Arbeitskraft¹²¹. Die Grundlage dieser Rechtfertigung bildeten anthropologische Theoreme von naturwissenschaftlichem Gültigkeitsanspruch über den »Erwerbssinn« als »perpetuum mobile aller Wirtschaft«¹²². In moralischer Hinsicht ergab sich hieraus, daß der Sozialismus »seinem innersten Wesen nach unsittlich und ungerecht« sei¹²³.

Diese Argumentation gipfelte in dem Schluß, »daß der Sozialismus unmöglich« sei¹²⁴ und daß »die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung« sich »bewährt« habe¹²⁵, weil allein das privatwirtschaftliche System »die gewaltige Zunahme aller Wirtschaftsgüter, die Steigerung des Wohlstandes, der Kulturbedürfnisse und damit der Kultur selbst, in der ganzen Welt, vor allem aber in Deutschland«¹²⁶ hervorgebracht habe. Ein ökonomischer und politischer Wiederaufstieg Deutschlands könne daher nur über eine Restauration der unbeschränkten Privatwirtschaft erreicht werden, eine Restauration, die sogar wichtiger sei als der militärische Sieg¹²⁷. Um dieses Ziel zu erreichen, bat der CDI bereits im Februar 1918 die Industriellen, mit einem »größeren Betrage« eine »besondere Werbetätigkeit« zu unterstützen, die den »Neigungen zu einer weitgehenden Sozialisierung unseres Erwerbslebens mit ständiger Aufmerksamkeit und mit verschärftem Nachdruck« entgegentreten sollte¹²⁸. Hiermit begann der antisozialistische Feldzug der Industrie, der nach der Revolution unter der Flagge des Antibolschewismus unverzüglich weitergeführt wurde.

Staatliche Vorbereitungen für die Übergangswirtschaft

Seine Eröffnung ist freilich weniger auf die gewerkschaftlichen Forderungen zur Übergangswirtschaft als auf Planungen und institutionelle Entwicklungen im staatlich-militärischen Bereich zurückzuführen. Die Planungen selbst, die zwischen Kriegsministerium und OHL einerseits, Reichsamt des Innern und Kanzler andererseits sowohl hinsichtlich Dauer, Umfang, Methoden und Ziel als auch ihrer Durchführung durch Militär- oder Zivilbehörden heftig umstritten waren, sollen hier außer Betracht bleiben¹²⁹. Bemerkenswert ist nur, daß sich maßgebende Industriegruppen ungeachtet ihrer öffentlichen Kampagne gegen den »(Staats-)Sozialismus« intern darauf einstellten, für kürzere oder längere Zeit nach Kriegsende mit irgendeiner Form staatlicher Wirtschaftslenkung zu leben. Sie bemühten sich daher, sich im entstehenden zivilen Lenkungsapparat einen ähnlich starken Einfluß zu sichern, wie sie ihn in den militärischen Instanzen zur Wirtschaftslenkung bereits besaßen. Im September 1917 prophezeite der CDI-Geschäftsführer Schweighoffer den Schwerindustriellen: »Die Über-

gangszeit mag ein Jahr oder zwei Jahre oder drei Jahre dauern. Aber es ist sicher eine der schwersten, die wir zu bestehen haben. « Deshalb könne sich die Industrie der Mitarbeit in der Übergangswirtschaft »gar nicht entziehen«, sondern müsse »unter allen Umständen zur Stelle sein, um ihre Rechte, ihre Interessen zu wahren«¹³⁰.

In dem im August 1916 gegründeten Reichskommissariat für Übergangswirtschaft gelang es ihr optimal. Dieses Amt wurde als selbständige Reichsbehörde direkt dem Staatssekretär des Innern unterstellt, allerdings nur mit begrenzten und unklaren Kompetenzen gegenüber den übrigen zivilen und erst recht den militärischen Kriegswirtschaftsorganisationen ausgestattet. An seine Spitze berief Helfferich, von seiner früheren Tätigkeit als Direktoriumsmitglied der Deutschen Bank selbst den führenden Kreisen von Hochfinanz und Großindustrie eng verbunden¹³¹, Friedrich Sthamer. Als ehemaliger Hamburger Senator für Handel und Wirtschaftsangelegenheiten ein Anhänger des wirtschaftlichen Liberalismus und den hanseatischen Gegnern jeder dauernden Reglementierung nahestehend, verfolgte Sthamer das Ziel, »so schnell und so vollständig wie möglich den alten Friedenszustand wieder herzustellen«¹³².

Auch die übrige personelle Besetzung der Behörde entsprach weitgehend den Wünschen der Industrie. An die Spitze der neun Fachabteilungen für die wichtigsten Industriezweige wurden »angesehene Männer« aus Landwirtschaft, Industrie, Handel und Reedereien berufen¹³³; die Posten der Generalvertreter der Abteilungen, die die eigentliche Arbeit leisteten, nahmen Syndici von Unternehmerverbänden ein. Auch die Mitglieder der Fachausschüsse für die einzelnen Warengruppen sowie die Mitglieder des Beirats waren zum größten Teil Interessenvertreter der Wirtschaft¹³⁴. Bei diesem Ausmaß der Präsenz industrieller Interessen ist es begreiflich, daß der Kriegsausschuß der deutschen Industrie seine Mitglieder dringend bat, »über Aufgabenkreis, Tätigkeit und Zusammensetzung des Reichskommissariats und der diesem etwa beigegebenen Stellen völliges Stillschweigen« zu bewahren¹³⁵.

Auch die Gewerkschaften forderten eine Vertretung in dieser Behörde¹³⁶. Ein Jahr nach ihrer Gründung aber meldete das Correspondenzblatt erbittert, Sthamer habe sich »beharrlich geweigert«, Arbeitervertreter selbst zu den Ausschüssen hinzuzuziehen, in denen über Arbeiterfragen beraten und entschieden wurde¹³⁷, und zwar mit der Begründung, »die Arbeiter würden in diesen Körperschaften zu wenig positiv zu arbeiten vermögen«¹³⁸. Auch Helfferich entgegnete auf Vorstellungen der Gewerkschaften: »Die Arbeiter verstehen nichts von diesen Sachen, ergo haben sie nichts dabei zu suchen.«¹³⁹ Infolgedessen blieben der Arbeiterschaft zur Einflußnahme auf die Tätigkeit des Reichskommissariats lediglich die be-

scheidenen Möglichkeiten, die den SPD-Abgeordneten im Reichstags-Ausschuß für Handel und Gewerbe zur Verfügung standen, welcher dem Reichskommissar zur Seite gestellt war¹⁴⁰.

Zunächst befaßte sich das Reichskommissariat nur mit der Sammlung statistischen Materials über künftige Außenhandelsfragen, später auch mit Plänen zur Steuerung des Frachtraummangels und der Devisennot und im übrigen mit Überlegungen zur Ankurbelung der privaten Wirtschaft¹⁴¹. An diesen Zuständen änderte sich auch dann nicht viel, als 1917 die wirtschafts- und sozialpolitische Abteilung aus dem Reichsamt des Innern herausgelöst und ein neues Reichsamt geschaffen wurde. Für das Verhältnis von Industrie und Arbeiterschaft war diese Neuorganisation insofern von Bedeutung, als insbesondere die Schwerindustrie die Priorität der Wirtschaftspolitik vor der Sozialpolitik postulierte. Zum institutionellen Ausdruck dieser Rangfolge forderte sie, die Koppelung wirtschafts- und sozialpolitischer Kompetenzen beizubehalten und in dem neuen Amt die ersteren den letzteren überzuordnen¹⁴². Demgegenüber bewerteten die Gewerkschaften die Sozialpolitik als »ein neues Element im Staatsleben, das sich nicht mit einem bescheidenen Plätzchen an der Rückwand und auch nicht mit etwas mehr oder weniger dekorativer Wirkung begnügt, sondern den ganzen Staat zu durchdringen sucht«¹⁴³. Deshalb forderten sie zwar ebenfalls die Zusammenfassung der sozial- und wirtschaftspolitischen Kompetenzen, aber eine Benennung und innere Organisation des neuen Reichsamtes, die der Sozialpolitik die Priorität gab. Es ging bei der Teilung des Reichsamtes des Innern also nicht allein um ein technisches Problem der Behördenorganisation, sondern auch um den politischen Stellenwert der Sozialpolitik und die Gewichtung von Arbeiter- und Unternehmerinteressen durch den Staat.

Wiederum setzten sich im wesentlichen die Unternehmer durch: Die Bezeichnung der neuen Behörde als Reichswirtschaftsamt erkannte der Wirtschaftspolitik den Vorrang zu, und mit dem bisherigen Straßburger Oberbürgermeister Rudolf Schwander wurde ein Mann als Staatssekretär berufen, der in der Frage der Übergangswirtschaft die Linie der Unternehmer vertrat¹⁴⁴. Auch sein Nachfolger Hans Karl von Stein war in dieser Frage mit den Industriellen »im Grundsatz ... einig«¹⁴⁵. Bis zum Zusammenbruch verfolgte das Reichswirtschaftsamt nach einer Aufzeichnung August Müllers, der im Oktober 1918 seine Leitung übernahm, »im wesentlichen die Wiederherstellung von 1913, ergänzt durch einige tributäre Leistungen des Feindes«; es betrieb »unter einseitiger Einstellung auf Sieg, unter kritikloser Ehrfurcht vor privatwirtschaftlichen Wünschen, unter Vernachlässigung der sich vollziehenden ökonomischen und sozialen Revolution, neben der militärischen Kriegswirtschaft her nichts als Opportunis-

mus« und bereitete »nichts Ernstliches« für den Fall einer deutschen Niederlage vor¹⁴⁶.

Aufgrund der prinzipiellen Übereinstimmung mit dem Staatssekretär gelang es den Industriellen, auch ihre Forderung nach einer »angemessenen Vertretung«¹⁴⁷ und »engster Mitarbeit«¹⁴⁸ in der handels- und wirtschaftspolitischen Abteilung und nach »mitbestimmender« Einflußnahme auf Verordnungen und Gesetzentwürfe¹⁴⁹ weitgehend durchzusetzen. So wurde das Reichskommissariat für Übergangswirtschaft Anfang 1918 nahezu unverändert ins Reichswirtschaftsamt übernommen¹⁵⁰, und seine Organisation diente als Vorbild für den Aufbau der neuen handels- und wirtschaftspolitischen Abteilung. Sie war bisher gegliedert gewesen nach allgemeinen wirtschaftlichen Angelegenheiten, die zahlreiche Industriezweige betrafen, wie Zölle, Verkehrswesen, Syndikate. Infolgedessen wußten die Referenten über Detailprobleme der einzelnen Branchen normalerweise nur wenig Bescheid.

Für den Meinungs austausch zwischen Reichsamt des Innern und Industrie hatte lediglich ein Beirat bestanden, der rund 200 Mitglieder umfaßte und vom Staatssekretär nach Gutdünken einberufen wurde; er war ebenso arbeitsunfähig wie einflußlos. Die Behördenvertreter hatten sich daher vorzugsweise bei denjenigen Industriellen Rat geholt, »deren Zustimmung sie im voraus sicher« sein konnten, und sich bei ihren Entscheidungen auf Kreise gestützt, »die ihnen persönlich bei Dinners oder Soupers bekannt geworden sind«, wie sich ein Stahlindustrieller 1917 empörte. Außerdem hatte das bisherige Verfahren in den Augen der Industriellen den Nachteil, daß sie auf Gesetzesvorlagen nicht schon während deren Entstehung, sondern erst nachträglich einwirken konnten und dann versuchen mußten, »schädliche Bestimmungen ... herauszubringen und vielleicht nützliche hineinzubringen«, wobei sie die Regierung als »Einbringerin der Vorlage natürlich immer als einen gewissen Gegner« vor sich sahen¹⁵¹.

Jetzt wurden für die einzelnen Wirtschaftszweige Fachreferate gebildet, die jeweils einen aus Vertretern des jeweiligen Industriezweigs bestehenden und von einem prominenten Industriellen geleiteten Ausschuß beigegeben erhielten. Aus diesen Spitzenvertretern wiederum setzte sich ein Beirat zusammen, der jeden Monat unter Leitung des Staatssekretärs über alle wichtigen Fragen beriet. Den einzelnen Referaten gehörten überdies Vertreter der verschiedenen Wirtschaftsverbände an – überwiegend die gleichen, die zuvor schon im Reichskommissariat für Übergangswirtschaft gearbeitet hatten; sie waren den beamteten Referenten gleichgestellt¹⁵². Mit dieser Organisation sah man die »Interessen der Industrie durchaus gewahrt«, wie der stellvertretende Geschäftsführer des VdESI feststellte¹⁵³.

Tatsächlich bedeutete sie die behördliche Institutionalisierung der Indu-

strielobby. Sie gestattete den Industriellen nicht nur, schon auf Gesetzentwürfe derart einzuwirken, daß »keine schädlichen, sondern nützliche Bestimmungen« hineinkamen¹⁵⁴, sondern eröffnete ihnen auch die Möglichkeit, sich über alle übrigen Tätigkeiten des Amtes zu informieren und darauf ständig Einfluß zu nehmen. Wie der VdESI-Vorsitzende Meyer erkannte, war dieser Einfluß »erheblich größer, als wenn einzelne Vertreter der Industrie in den Parlamenten sitzen«¹⁵⁵. Über die parlamentarische Vertretung industrieller Interessen herrschte ohnehin unter den Unternehmern chronische, wenngleich verständnisvolle Unzufriedenheit¹⁵⁶. Im Hinblick auf die Wahlrechtsreform in Preußen, die als sicher gelten konnte, und die wahrscheinliche Zunahme der Sozialdemokratie im Reichstag mußte ihnen diese Art der Interessenvertretung künftig noch unzulänglicher erscheinen. Ihre Bemühungen um institutionalisierte Einflußnahme im Reichswirtschaftsamt stellten somit auch einen Versuch dar, rechtzeitig Vorkehrungen gegen die Auswirkungen absehbarer verfassungsmäßiger Veränderungen und parteipolitischer Kräfteverschiebungen zu treffen.

Als Kompensation für die Berücksichtigung ihrer Interessen in der handels- und wirtschaftspolitischen Abteilung zeigten sich die Industriellen bereit, einer Berufung von Arbeitervertretern in den Beirat der sozialpolitischen Abteilung zuzustimmen. Für die wirtschafts- und handelspolitische Abteilung allerdings schien ihnen dies abwegig, weil die Arbeitervertreter mit den dort behandelten Angelegenheiten »nichts zu tun hätten« und »da nicht sachverständig« seien¹⁵⁷. Andererseits hielten sie es für selbstverständlich, daß sie selbst zu allen Beratungen der sozialpolitischen Abteilung hinzugezogen würden. Auf diese Weise hätten sie die Tätigkeit der Arbeitervertreter ständig überwachen und für die dauernde Unterordnung der Sozialpolitik unter die Wirtschaftspolitik sorgen können.

Obwohl die Arbeitervertreter also kaum mehr als eine Alibirolle hätten spielen können, empfanden die Industriellen ihre Bereitschaft, »unter dem Vorsitz der Regierung über Gesetzesvorlagen, die beide Teile betreffen, mit Vertretern der Arbeiter gemeinsam zu beraten«, als großes Entgegenkommen¹⁵⁸. Sie knüpften daran sogleich die Bedingung, daß außer Vertretern der Gewerkschaften, deren Hinzuziehung selbst ihnen unvermeidlich erschien, auch Repräsentanten der wirtschaftsfriedlichen Organisationen beteiligt werden mußten¹⁵⁹. Zugleich verständigten sie sich darüber, daß die prinzipielle Nichtanerkennung der Gewerkschaften von diesen Kontakten im Reichswirtschaftsamt »in keiner Weise« berührt würde¹⁶⁰. Auch in dieser Frage hatten sie Erfolg. Obwohl Staatssekretär von Stein grundsätzlich von der Unmöglichkeit überzeugt war, die Interessen der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter durchzusetzen¹⁶¹, berief er entgegen den gewerkschaftlichen Erwartungen nur einen einzigen Arbeitervertreter in

das Amt, den Zentrumsabgeordneten Johann Giesberts vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften; und auch er erhielt nicht das Amt des Unterstaatssekretärs der sozialpolitischen Abteilung, sondern lediglich die Position eines Beirats.

Angesichts dieser grundsätzlichen Entwicklung erstaunt es nicht, daß nur in der Textilindustrie die Forderung der Gewerkschaften nach staatlicher Lenkung unter ihrer Beteiligung weitgehend erfüllt wurde¹⁶². Diese Branche hatten die Kriegswirkungen so schwer getroffen, daß staatliche Eingriffe zu ihrer Wiederbelebung schlechterdings unabweisbar schienen. Außerdem konvergierte hier die Hoffnung der Arbeiterschaft auf die Wiedergewinnung der Arbeitsplätze mit dem Wunsch zahlloser Klein- und Mittelunternehmer nach der Wiedereröffnung ihrer Betriebe. Auch sahen viele dieser Unternehmer ihre Interessen von den Verbänden, in denen die Großbetriebe den Ton angaben, nur unzureichend gewahrt und vertrauten mehr dem Einfluß der Gewerkschaftsvertreter in Parlamenten und Ministerien. Sie waren es deshalb zufrieden, daß der Textilarbeiterverband nicht nur die Bevorzugung der stillgelegten kleinen und mittleren Betriebe bei der Rohstoffversorgung nach dem Kriege forderte, sondern neben der Hinzuziehung von Arbeiter- und Angestelltenvertretern auch die von Repräsentanten der kleinen Unternehmen zu den Institutionen der Übergangswirtschaft verlangte, und zwar in derselben Stärke, die den Vertretern von Großindustrie und Großhandel zugestanden wurde.

In diesem besonderen Falle gab das Reichswirtschaftsamt den Wünschen der Gewerkschaften nach. Es beriet mit deren Vorständen, bestimmte die ungefähre Zahl der Arbeitervertreter in den Wirtschaftsstellen und Fachausschüssen und überließ ihre Auswahl den Organisationen¹⁶³. Selbst dem der USPD nahestehenden Textilarbeiterführer Jäckel schien dieses Verfahren »einwandfrei«¹⁶⁴. Im Sommer 1918 verfügte der Bundesrat die Einrichtung einer Reichsstelle für die gesamte Textilwirtschaft, besonderer Wirtschaftsstellen für zehn Fasergruppen und von Zweigstellen in den einzelnen Landesteilen. Diesen Gremien sollten außer Vertretern der Industrie, des Handwerks, des Groß- und Kleinhandels auch solche der Arbeiterschaft und der Angestellten angehören, die auf Vorschlag ihrer Verbände zu berufen waren¹⁶⁵. Oswald Schumann, der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes, der als Reichstagsabgeordneter diese Regelung hatte durchsetzen helfen, sah in ihr einen »vielversprechenden Anfang«. Sie zerstöre »die Auffassung . . ., daß die Arbeitervertreter nur berufen und berechtigt seien, bei ›reinen‹ Arbeiterfragen gehört zu werden«. Hier werde anerkannt, »daß es keine Wirtschaftsfrage . . . gibt, für deren Erörterung, Behandlung und Lösung der Arbeiter nicht in gleicher Weise oder stärker interessiert wäre als der Angehörige irgendeiner anderen Gesellschaftsschicht«¹⁶⁶.

Tatsächlich befaßte sich das Reichswirtschaftsamt mit der Vorbereitung eines Ermächtigungsgesetzes für ähnliche Verordnungen in anderen Wirtschaftszweigen¹⁶⁷, und der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe verlangte die Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern zu allen Vorarbeiten für die Überleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft¹⁶⁸. Der Einfluß auf die künftige Wirtschaftspolitik, den sich die Industriekreise zunächst zu sichern geglaubt hatten, drohte also mehr und mehr zu schwinden. Bereits die Regelung für die Textilindustrie, die die Industriellen trotz lebhafter Proteste nicht hatten verhindern können¹⁶⁹, gab ihnen daher Anlaß zu den »größten Bedenken«¹⁷⁰. Erst recht verstärkten die weitergehenden Überlegungen in Regierung und Parlament ihre Befürchtungen vor einer Beibehaltung der Zwangswirtschaft, einer dauernden Einschränkung ihrer unternehmerischen Bewegungsfreiheit und einem weiteren Machtzuwachs der Gewerkschaften. Deshalb verschärften sie in den letzten Kriegsmonaten ihren Propagandafeldzug für die schleunige Wiederherstellung der freien Privatwirtschaft¹⁷¹. Er war insofern erfolgreich, als die Verordnung für die Textilindustrie bis Kriegsende die einzige ihrer Art blieb.

Mit ihren wenigen untergeordneten oder einflußlosen Positionen in den Kriegswirtschaftsorganisationen hatten sich die Gewerkschaften bei Kriegsende zwar – rein formal betrachtet – ihrem Ziel einer gebundenen, von Unternehmern, Arbeitervertretern und Staat gemeinsam betriebenen Wirtschaft um einiges genähert. Praktisch aber waren sie von einer Teilhabe an der Lenkung der deutschen Wirtschaft fast genausoweit entfernt wie 1914. Die Unternehmer jedoch hatten sich weitreichende Mitsprache im zivilen und erheblichen Einfluß auf den militärischen Apparat zur Wirtschaftslenkung verschaffen und daneben ihre Interessenorganisationen ausbauen können. So zeigten sie sich bei Kriegsende ebenso dafür gerüstet, im Rahmen staatlicher und militärischer Instanzen die ihnen notwendig erscheinenden Maßnahmen durchzusetzen, wie dafür, ihre Interessen gegenüber Staat und Arbeiterschaft selbständig mit Nachdruck zu vertreten.

11. Kapitel: Die Auseinandersetzung um die Sozialpolitik 1917/1918

Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik waren die Unternehmer in den letzten beiden Kriegsjahren weniger erfolgreich. Schon bald nach dem Erlaß des Hilfsdienstgesetzes drängten die Gewerkschaften sie mit Forderungen für die Nachkriegszeit weiter in die Defensive. Im Programm zur Übergangswirtschaft von Juni 1917¹ forderten die Gewerkschaften die Wiederinkraftsetzung aller Arbeiterschutzbestimmungen, eine gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens auf paritätischer Grundlage, paritätische Schlichtungsstellen zur Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern, staatliche Arbeitslosenunterstützung und die Übernahme der Hilfsdienstauschüsse in die Friedenszeit, wobei der militärische Vorsitzende durch einen zivilen ersetzt werden sollte. Außerdem drängten sie auf eigene, gesetzlich anerkannte Vertretungen für Arbeiter und Angestellte in Gestalt von Arbeitskammern². Darüber hinaus verlangten die Gewerkschaften die Abschaffung der Streikrechtsbeschränkungen sowie Ausbau und gesetzliche Absicherung der Tarifverträge.

Die Großindustrie antwortete mit einhelliger Ablehnung. »Die beste Sozialpolitik«, hieß es in einer Denkschrift des VdESI vom August 1917, sei »eine solche, die es ermöglicht, die vorhandenen Arbeitskräfte voll zu be-

schäftigen, gute Löhne zu zahlen und eine ausreichende Versorgung der Arbeiterschaft mit Lebensmitteln sicherzustellen. Dazu gehört die Verhütung jeder unnötigen Agitation und Aufreizung der Arbeiterschaft und die Stärkung der Autorität sowohl der Regierungsbehörden wie der für die Betriebsführung verantwortlichen Unternehmer. Schließlich muß uns helfen eine Sicherstellung unserer Rohstoffversorgung und eine zweckmäßige Regelung unserer Außenhandelsbeziehungen.«³ Dieser »Schwanengesang«⁴ brachte das Credo vom autoritären Wohlfahrtsstaat noch einmal zum Ausdruck: auf der einen Seite Vollbeschäftigung und ein Mindestmaß an materiellem Wohlergehen und sozialer Sicherung der Arbeiterschaft, auf der anderen Seite unbeschränkte Herrschaft der Unternehmer in den Betrieben, Ablehnung jeglicher Mitbestimmung der Arbeiter und jeglicher Zusammenarbeit mit ihren Organisationen. Ziel einer solchen Sozialpolitik also war die Befriedigung der materiellen Lebensbedürfnisse des Proletariats in der Absicht, die eigenen ökonomischen, politischen und sozialen Privilegien zu behaupten; das machte eine gleichgerichtete Politik des Staates ebenso erforderlich wie die Gewährleistung ihrer ökonomischen Voraussetzungen mit imperialistischen Mitteln. Der sozialimperialistische Grundzug der schwerindustriellen Kriegsziele wird hieran noch einmal deutlich⁵.

Unter Hinweis auf die Schwierigkeiten beim Wiederaufbau der deutschen Friedenswirtschaft und bei der Rückeroberung der Weltmarktposition der deutschen Industrie stellte die Schwerindustrie der Gewerkschaftsordnung nach Ausbau der Sozialpolitik deshalb ihr Postulat der »Produktionspolitik« entgegen. »Förderung der nationalen Arbeit«, nämlich »Steigerung der Warenerzeugung, Güte der Arbeit, Steigerung der Arbeitskraft und der Arbeitsleistung«, bezeichnete Tänzler im Oktober 1917 als oberstes Ziel für das »Gesamtwirtschaftsleben nach dem Kriege«. Gleichzeitig empfahl er den Arbeitgeberverbänden, nur eine »wirklich praktische Sozialpolitik« zu unterstützen, die »die Gesundheit, die Tüchtigkeit, die Bildung des Arbeiters fördert«, also der Produktivität der Unternehmen unmittelbar zu nützen versprach⁶. Mitte Juni 1918 bekräftigte die VDA den Standpunkt, »daß umfangreiche Ausdehnungen und Neuerungen, die eine erhebliche Belastung der Industrie mit sich bringen würden, mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Industrie und die Lasten, die schon auf ihr liegen, auf absehbare Zeit zu vermeiden« seien⁷.

Eine Reihe von Gewerkschaftsforderungen, etwa die nach Beibehaltung der Arbeiter- und Schlichtungsausschüsse, ließ sich freilich ohne erhebliche finanzielle Mehraufwendungen verwirklichen. Noch härter als ihre ökonomischen Einwände gegen einen Ausbau der Sozialpolitik betonten die Arbeitgeber daher ihre prinzipielle Entschlossenheit, die Verfügungs-

gewalt über die Betriebe zu behaupten oder, wo sie durch Kriegsverordnungen eingeschränkt war, zurückzugewinnen. »Einfacher wäre es wohl, wenn Staat und Bürgertum mit den Gewerkschaften einen Verzichtfrieden schließen und ihnen das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk zu unbehinderter Ausübung übertragen« würden, höhnte die DVC⁸. Die DAZ wandte sich im Juni 1917 gegen alle Tendenzen, »die Grundlagen der notwendigen Fabrikdisziplin und Fabrikordnung mehr und mehr [zu] untergraben«, und befand: »Der demokratische Geist mag sich austoben, wo er will, vor der geschlossenen Einheit praktischer Unternehmungen muß er jedenfalls Halt machen.«⁹

Die VDA faßte alle Einwände der Arbeitgeber gegen die sozialpolitischen Ansprüche der Gewerkschaften im März 1918 in einer Denkschrift zusammen¹⁰. Deutschland könne »die industrielle Blüte und Macht . . ., die es bis 1914 gehabt« habe, nur auf dem Wege der »größtmöglichen Produktivität« zurückgewinnen, hieß es darin. Diese aber sei nur zu erreichen, wenn einerseits die Sozialpolitik auf »die Schaffung der Grundlagen für eine angemessene Lebenshaltung . . . sowie die Steigerung der Arbeitsfreudigkeit und der Arbeitsfähigkeit des einzelnen Arbeiters und die Hebung des gesamten Arbeiterstandes unter Stärkung und Steigerung seiner Verantwortlichkeit« begrenzt, andererseits die »Eigenwirtschaft des freien Unternehmers . . . mit allen Mitteln gefördert« werde, also die »Leitung des Betriebes allein dem Unternehmer oder der von ihm bestellten Geschäftsleitung« obliege und eine »Mitregierung durch unverantwortliche Stellen und die Forderung nach Einführung der sog. »konstitutionellen Fabrik« abgelehnt würden. Die VDA verlangte deshalb die Abschaffung der Arbeiter- und Schlichtungsausschüsse mit Kriegsende und lehnte die gesetzliche Einführung der paritätischen Arbeitsvermittlung ebenso ab wie die der Arbeitslosenunterstützung. Ebenso verwahrte sie sich gegen die Festsetzung von Mindestlöhnen und die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung (GO), der bei Arbeitskämpfen die Behinderung Arbeitswilliger durch die Streikenden unter Strafe stellte und deshalb den Gewerkschaften die Durchführung von Streiks außerordentlich erschwerte¹¹.

Daß die Gewerkschaften es überhaupt wagten, so weitgehende Forderungen zu erheben, lag nach Meinung vieler Industrieller nicht zuletzt an der »völlig verfehlten Behandlung der Massen und der Arbeiter und insbesondere der Arbeiterführer« durch den Staat¹². Im Namen der westdeutschen Großindustrie beschuldigte Duisberg im August 1917 die Behörden, den Gewerkschaften »viel zu viel Entgegenkommen gezeigt . . . und ihnen einen Einfluß eingeräumt« zu haben, »der weit über das hinausgeht, was ihnen ihrer Bedeutung nach« zukomme¹³. »Statt für Ruhe in der Arbeiterschaft zu sorgen«, hätten die Gewerkschaften nach verbreiteter Ansicht

»den Frieden und die Ordnung in den Betrieben zerstört«¹⁴. Die »Gefahr revolutionärer Umtriebe« sei »allmählich zu groß geworden, als daß der Gewerkschaftskampf ... noch eine »gesetzlich gesicherte Grundlage« in Anspruch nehmen könnte, erklärte der VdESI und fügte warnend hinzu: »Wir erleben heute unter dem Hilfsdienstgesetz in der Industrie ungefähr dasselbe wie Rußland an der Front mit seinen Soldatenausschüssen.« Deshalb empfahl er der Regierung, wenigstens dafür zu sorgen, »daß keine derartigen russischen Zustände auf die Friedenswirtschaft übertragen« würden. Dazu müsse sie ihre »Selbständigkeit gegenüber den Einflüssen der Gewerkschaften« zurückgewinnen und »dem in letzter Zeit so stark und rasch sich ausbreitenden Radikalismus in der Arbeiterbewegung« statt »Geduld, Abwarten, Nachgiebigkeit, Zugeständnissen« eine »zielbewußte und willensstarke Politik« entgegensetzen¹⁵.

Trotz dieser harten Position der Arbeitgeber hielt die Regierung gewisse sozialpolitische Konzessionen für unerläßlich, vor allem, weil es ihr aufgrund der steigenden sozialen und politischen Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft notwendig erschien, die Stellung der Arbeiterorganisationen durch sichtbare Erfolge zu festigen und deren Führung in der Absicht zu bestärken, die Kriegführung auch weiterhin zu unterstützen. Aus denselben Gründen mußte sie daran interessiert sein, einen Konflikt mit der Reichstagsmehrheit, namentlich der SPD, zu vermeiden. Die Mehrheitsparteien aber machten sich einige der Gewerkschaftsforderungen zu eigen: im Herbst 1917 knüpften sie ihre Zustimmung zur Ernennung Hertlings zum Reichskanzler an dessen Zusage, den § 153 GO abzuschaffen und die Arbeiter- und Schlichtungsausschüsse auch nach Kriegsende beizubehalten¹⁶.

Aufhebung der Streikrechtsbeschränkung

Der Paragraph 153 der Gewerbeordnung aus dem Jahre 1869 bedrohte mit Gefängnis bis zu drei Monaten jeden, der andere durch Anwendung körperlichen Zwangs, Drohungen, Ehrverletzung oder Verrufserklärung zum Beitritt zu einer wirtschaftlichen Vereinigung oder zur Befolgung ihrer Beschlüsse veranlaßte oder am Rücktritt von solchen Beschlüssen – z. B. Streiks – hinderte. Schon der Versuch war strafbar¹⁷. Zwar galt diese Bestimmung für Arbeiter- wie für Arbeitgeberorganisationen, die Gerichte hatten sie jedoch vor 1914 fast ausschließlich gegen die Gewerkschaften angewandt. Mit Hilfe dieses Paragraphen wurden bereits die Ankündigung eines Arbeitskampfes als Drohung oder Erpressung bestraft, Zurufe wie »Streikbrecher« oder »Pfui« gegenüber Arbeitswilligen als strafbare Dro-

hung oder Ehrverletzung geahndet, das Streikpostenstehen weitgehend unterbunden und Versuche der Gewerkschaften, einen Organisationszwang auszuüben, als versuchte oder vollendete Erpressung behandelt¹⁸. Die aufgrund dieses Paragraphen verhängten Strafen konnten nicht in Geldstrafen umgewandelt werden; daher geschah es wiederholt, daß Arbeiterfrauen ihre Säuglinge mit in die Zelle nehmen mußten¹⁹.

Schon die Tatsache, daß diese Bestimmung Handlungen unter Strafe stellte, die nach dem allgemeinen Strafrecht nicht strafbar waren, verlieh ihr den Charakter eines »gegen die organisierte Arbeiterschaft sich richtenden Ausnahmegesetzes«, wie in einer internen Denkschrift selbst das Reichswirtschaftsamt einräumte²⁰. Erst recht hatte ihre Handhabung die Arbeiter vor dem Krieg erbittert, zumal die Gerichte den Anwendungsbereich des § 153 immer weiter ausgedehnt und immer häufiger die Höchststrafe verhängt hatten²¹. Alle Gewerkschaftsrichtungen zeigten sich deshalb seit langem einig in der Forderung nach ihrer Beseitigung. Die Arbeitgeber hingegen hielten sie noch immer für nicht scharf genug, weil sie trotz ihrer »Prohibitivwirkung«²² den Ausbruch von Streiks nicht gänzlich zu verhindern vermochte. Vor 1914 hatten sie deshalb verschiedene Vorstöße unternommen, das Koalitionsrecht zu beschränken und die Streikrechtsrestriktionen noch zu verschärfen²³.

Während des Krieges verlor der § 153 seine Bedeutung. Er war praktisch suspendiert, weil die Gewerkschaften keine Streiks führten und Regierung und Justiz die Arbeiter nicht unnötig reizen wollten²⁴. Außerdem bot der Belagerungszustand den Behörden genügend andere rechtliche Handhaben, gegen Streikende vorzugehen und ihre Anführer zum Schweigen zu bringen²⁵. Schließlich machten das Zweckbündnis zwischen Regierung und Gewerkschaftsführung sowie die sozialpolitischen Neuerungen des Hilfsdienstgesetzes eine Reaktivierung dieses Kampfmittels nach dem Kriege unwahrscheinlich. Als die Regierung Hertling 1917 auf die Forderung der Gewerkschaften und ihrer parlamentarischen Verbündeten nach endgültiger Abschaffung des Paragraphen 153 einging, tat sie deshalb im Grunde kaum mehr, als die Rechtslage der veränderten Wirklichkeit anzugleichen. In der Begründung räumte sie denn auch ein, der § 153 treffe »zum größten Teil Fälle . . ., in denen eine Bestrafung nach dem allgemeinen Rechtsempfinden nicht mehr einem Bedürfnis entspricht«²⁶.

Diese Auffassung wurde freilich nur von wenigen Repräsentanten der Fertigungindustrie und des Handels geteilt, die einen elastischen Kurs gegenüber den Gewerkschaften steuerten²⁷. Die Schwerindustriellen hingegen reagierten auf die Ankündigung, den Paragraphen aufzuheben, mit geharnischten Protesten²⁸. Die VDA bezeichnete den bestehenden Schutz für die Arbeitswilligen als ungenügend und verlangte erneut eine Verschärfung

der Strafbestimmungen, sei es in der Gewerbeordnung, sei es im Strafgesetzbuch²⁹. Zwar versicherte der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts einer Abordnung von Spitzenvertretern von VDA und Schwerindustrie Anfang Januar 1918, die Regierung wolle lediglich »ein ungeheures Agitationsmittel beseitigen, das vielfach als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter verschrien worden sei«, aber »in der Verfolgung wirklich strafbarer Handlungen nicht nachlassen«³⁰. Hierfür boten ihr tatsächlich die strafgesetzlichen Bestimmungen über Freiheitsberaubung, Körperverletzung, Belcidigung, Nötigung, Bedrohung und Erpressung noch immer reichliche Handhaben³¹.

Trotzdem beharrten die Industriellen darauf, daß der § 153 »eine sehr große Bedeutung bei Arbeitseinstellungen gehabt habe«³²; die Strafandrohung und vor allem »deren rücksichtslose Umsetzung in die Tat« hätten »in den meisten Fällen« abschreckend gewirkt³³. VDA und Unternehmerpresse setzten sich deshalb weiter für eine Verstärkung des Arbeitwilligenschutzes ein, wobei sie selbst einen Hinweis auf die berüchtigte Zuchthausvorlage von 1899 nicht unterließen³⁴. Wenigstens forderten sie eine Verschiebung der Aufhebung des § 153 bis zur allgemeinen Strafrechtsreform; andernfalls, so warnten sie, würden die Koalitionsfreiheit in »einen ausgesprochenen Koalitionszwang« umgekehrt³⁵, »Millionen von Arbeitern . . . ihrer Willensfreiheit beraubt« und »die Vorherrschaft der organisierten Arbeiter über Wirtschaft und Staat« herbeigeführt³⁶.

Hierbei dachten die Unternehmer vor allem an die Gelben. Bisher hatte die Strafbarkeit von Verrufserklärungen die Angehörigen der Werkvereine, ohne daß sie selbst Klage erheben mußten, gegen die Gewerkschaften geschützt. Nach ihrer Abschaffung, so wurde befürchtet, werde sich »die Meinung verbreiten, daß durch das Reich die sozialdemokratischen Organisationen unterstützt werden«³⁷; die »nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter« würden dem »Terrorismus der Sozialdemokratie« ausgeliefert sein³⁸; jeder könne es künftig »als erlaubt ansehen . . . , durch körperlichen Zwang, Drohung und Verletzung den Beitritt wirtschaftsfriedlicher Arbeiter zu einer Kampforganisation zu erzwingen«³⁹. Dann werde eine »Willkürherrschaft der Arbeiterorganisationen eintreten, die für die Industrie zu den schlimmsten Folgen führen müsse«⁴⁰. Auch die Wirtschaftsfriedlichen selbst protestierten heftig gegen die Aufhebung des § 153 und verlangten einen verstärkten strafrechtlichen Schutz der Arbeitwilligen statt der Proklamierung des »Faustrechts«⁴¹. Eine Abordnung des Hauptausschusses, der sich diesmal auch die Berliner Richtung der Werkvereine anschloß, trug dem Reichskanzler ihre Sorgen vor⁴². Fleischer und Koßmann reisten ins Große Hauptquartier, um über Oberst Bauer die Aufhebung der Strafbestimmung zu hintertreiben⁴³.

Trotzdem beschloß der Reichstag im Frühjahr 1918 die ersatzlose Streichung des § 153. Unter dem Druck von Parlament und Gewerkschaften rang sich auch die Regierung zu der Einsicht durch, daß es »ein Gebot der Gerechtigkeit und der Staatsklugheit« sei, der organisierten Arbeiterschaft »die Gleichberechtigung mit den übrigen Bevölkerungsklassen« auf dem Gebiet des Koalitionsrechts zu gewähren⁴⁴. Sie ließ deshalb den Gedanken an einschränkende Klauseln oder Alternativlösungen fallen⁴⁵ und akzeptierte den Beschluß des Parlaments.

Die Schwerindustrie war über diesen neuerlichen »großen Erfolg der gewerkschaftlichen Organisationen« erbittert, durch den »nunmehr der Weg für jeden Terrorismus frei« geworden sei⁴⁶. Der BdW bezeichnete den Beschluß gar als den »größten Akt von Terrorismus . . . , der je stattgefunden« habe⁴⁷, und kündigte an, er werde »angesichts des Versagens der berufenen Instanzen zur Selbsthilfe greifen«, bis der »Schutz der Arbeit und der Koalitionsfreiheit« wiederhergestellt sei⁴⁸. Demgegenüber begrüßte die Generalkommission die Gesetzesänderung als einen »Schritt weiter zur inneren Freiheit in Deutschland«. Zugleich versuchte sie allerdings die Befürchtungen der Arbeitgeber mit der Versicherung zu zerstreuen, die Arbeiter würden ihr neues Recht nicht zu Streikvergehen mißbrauchen⁴⁹. Nur die christlichen Gewerkschaften kritisierten die Gesetzesänderung als Produkt einer unbefriedigenden »Tröpfchenwirtschaft«. Sie erklärten unverhohlen, »daß ein solches Verfahren gar keinen Eindruck« mache und ungeeignet sei, »Durchhaltestimmungsenergie« zu erzeugen⁵⁰. Tatsächlich war die praktische Bedeutung dieser Neuerung unter dem Belagerungszustand unerheblich. Zahlreiche Polizeivorschriften behinderten die Versammlungs- und Propagandatätigkeit der Gewerkschaften und erschwerten die Durchführung von Streiks; im übrigen besaßen Staatsarbeiter, Landarbeiter und Dienstboten nach wie vor nicht das uneingeschränkte Koalitionsrecht.

Die Arbeitskammern

Das zweite sozialpolitische Zugeständnis, das Hertling machen mußte, betraf die Beibehaltung der Arbeiter- und Schlichtungsausschüsse und ihre Zusammenfassung in gesetzlich verankerten Arbeitskammern⁵¹. Im Dezember 1917 unterbreiteten die Gewerkschaftszentralen Bundesrat und Reichstag einen entsprechenden Gesetzentwurf⁵²; sie griffen Pläne der Vorkriegszeit wieder auf und ergänzten sie um wesentliche Teile des Hilfsdienstgesetzes.

Seit 1890 war in den Überlegungen, die Arbeiterbewegung »einzuordnen in die gesellschaftliche Ordnung«⁵³, wiederholt der Gedanke an ge-

setzliche Arbeitervertretungen oder an paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzte Arbeitskammern aufgetaucht⁵⁴. 1908 hatte die Regierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Errichtung paritätischer Arbeitskammern für alle Gewerbebezüge vorsah, ausgenommen Landwirtschaft, Staatsbetriebe und private Haushalte. Bei einer geplanten Besetzung der Kammern mit Vertretern von Fabrikarbeitersausschüssen und Berufsgenossenschaften sollten nur Angehörige des betreffenden Gewerbes wählbar sein. Dem konservativen Grundzug der wilhelminischen Sozialpolitik getreu, bezweckte dieser Plan vor allem die Austrocknung der Gewerkschaften. Das Tätigkeitsfeld beruflich gegliederter Arbeitskammern hätte sich mit demjenigen der Gewerkschaften überschritten und zwischen beiden ein Konkurrenzverhältnis geschaffen. Um aber auch der Möglichkeit einer Zusammenarbeit vorzubeugen, wurde die Wählbarkeit von Gewerkschaftsfunktionären in die Arbeitskammern ausgeschlossen. Zudem enthielt deren Aufbauprinzip ein berufsständisches Element, das auf die Zersplitterung der Arbeiterschaft, die Beschränkung ihrer Aktivitäten auf punktuelle soziale Verbesserungen und auf ihre Entpolitisierung abzielte.

Die freien Gewerkschaften hatten deshalb vom Regierungsentwurf lediglich den den Kammern zugedachten Aufgabenkatalog akzeptiert – Erstattung von Gutachten, Erarbeitung von Anträgen und Behandlung von Beschwerden, Durchführung von Erhebungen, Ausgestaltung des Arbeiterschutzes und Förderung von Tarifverträgen –, im übrigen aber die Bildung selbständiger Arbeiterkammern mit passivem Wahlrecht für Gewerkschaftsfunktionäre verlangt. Auf diese Weise wären die Arbeiterkammern zum verlängerten Arm der Gewerkschaften geworden, die ihrerseits damit wenigstens indirekt die Anerkennung durch den Staat erlangt hätten. Das aber lief den Absichten der Regierung zuwider; sie ließ deshalb nach langen Beratungen im Reichstag, der den Gewerkschaftswünschen teilweise entgegenkam, die Vorlage 1910 an der Frage der Wählbarkeit von Gewerkschaftsfunktionären scheitern⁵⁵.

1917 griffen die Gewerkschaften den Arbeitskammergedanken in der Absicht wieder auf, in der ihnen gerade günstigen innenpolitischen und parlamentarischen Konstellation auf dem Gebiet der Sozialpolitik soweit wie möglich vollendete Tatsachen für die Nachkriegszeit zu schaffen. Aus dem Hilfsdienstgesetz übernahmen sie den Gedanken einer ständigen Einrichtung von Belegschaftsvertretungen und Schlichtungseinrichtungen. Aufgrund unmittelbarer geheimer Wahlen nach dem Verhältnissystem in jedem Betrieb mit mehr als 20 Beschäftigten gebildet, sollten die Arbeiter- bzw. Angestelltenausschüsse das gute Einvernehmen innerhalb der Belegschaft sowie zwischen Belegschaft und Arbeitgeber fördern, Anträge,

Wünsche und Beschwerden der Arbeitnehmer an die Betriebsleitung weiterleiten, sofern sie Betriebseinrichtungen, Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie betriebliche Wohlfahrtseinrichtungen betrafen, und bei Arbeitskonflikten vermitteln. Ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht, etwa über Fragen der Produktions- und Absatzplanung, Preisgestaltung und Investitionen, wurde nicht gefordert. Zur Regelung von Arbeitskonflikten, die sich nicht innerbetrieblich beilegen ließen, wünschten die Gewerkschaften die Einrichtung von Schlichtungsstellen aus je zwei ständigen und einem unständigen Vertreter beider Seiten unter einem neutralen Vorsitzenden in den unteren Verwaltungsbezirken⁵⁶. Die Generalkommission visitierte darüber hinaus sogar ein zentrales Reichseinigungsamt an⁵⁷.

Ferner verlangten die Gewerkschaften die Bildung paritätisch zusammengesetzter Arbeitskammern. Da sie die Vertretung der beruflichen Interessen der Arbeiter für sich selbst beanspruchten, forderten sie im Gegensatz zum Entwurf von 1908 eine Errichtung der Arbeitskammern auf territorialer statt beruflicher Grundlage. Beruflichen Sonderinteressen sollte durch eigene Abteilungen für einzelne Berufs- oder Gewerbebezüge innerhalb der Arbeitskammern Rechnung getragen werden. Im übrigen gedachten sie, die Arbeitnehmer- und die Arbeitgebervertretung der Arbeitskammern als eigene Abteilungen zu organisieren mit dem Recht, reine Arbeitnehmer- bzw. Arbeitgeberfragen für sich allein zu behandeln. Auf der Arbeitgeberseite hätte dies zu einer Überschneidung mit den bestehenden öffentlich-rechtlichen Unternehmervertretungen geführt. Die Gewerkschaften schlugen deshalb für die Handels-, Handwerks-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern eine Kompetenzbeschränkung auf rein wirtschaftliche und gewerbliche Fragen vor; alle Angelegenheiten, die Arbeitgeber oder Arbeitnehmer und ihre gegenseitige Beziehungen betrafen, sollten künftig von der Arbeitskammer behandelt werden. Das passive Wahlrecht war Arbeitgebersyndici ebenso zugedacht wie Gewerkschaftssekretären; das aktive Wahlrecht zur Arbeitnehmerabteilung sollte allen Arbeitern zustehen, die das 21. Lebensjahr vollendet hatten, also auch Landarbeitern, Staatsarbeitern, Privateisenbahnern, Beschäftigten von Handwerksbetrieben und Hauspersonal.

Derartige Kammern hätten das Prinzip der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Regelung sozialpolitischer Angelegenheiten gesetzlich verankert, den Gewerkschaften die faktische Anerkennung durch Staat und Unternehmer eingebracht und die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsrichtungen institutionalisiert. Einen direkten Machtzuwachs für die Arbeiterschaft konnten sie freilich nicht bringen, weil ihnen weder legislative Befugnisse zugedacht waren noch das Recht zum Abschluß von Tarifverträgen. Die wirtschaftlichen Machtverhältnisse ließen sie völlig unangetastet.

Das Reichswirtschaftsamt ließ sich bei den Vorarbeiten für ein Arbeitskammergesetz vor allem von der Absicht leiten, die Wünsche der Gewerkschaften zu berücksichtigen, um sie in ihrer Kriegspolitik zu bestärken. »Entgegen weitverbreiteten Besorgnissen«, hieß es in einer Denkschrift, die es im Dezember 1917 dem Kanzler unterbreitete⁵⁸, hätten sich die Gewerkschaften, »die mangels öffentlich-rechtlicher Arbeitervertretungen in allen Arbeiterangelegenheiten von den militärischen und bürgerlichen Behörden herangezogen werden mußten, durchaus bewährt«, nicht zuletzt »dank dem trotz starker Belastungsproben im großen und ganzen aufrecht erhaltenen Einfluß der gemäßigten und verständigen Führer auf die im Laufe des Krieges durch die Kriegsnoté vielfach stark unzufrieden gewordenen Mitglieder massen«.

Eine Geste demonstrativen Entgegenkommens sollte diesen Einfluß festigen und den zunehmend bedrohten »sozialen Burgfrieden« sichern. Im übrigen machte sich Staatssekretär von Stein keine Illusionen über die »praktische Unmöglichkeit«, die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiter- und Schlichtungsausschüsse wieder zu beseitigen, wenn man nicht »die radikalen Organisationen die Übermacht gewinnen« und »eine Bedrohung unseres Wirtschaftslebens« eintreten lassen wollte⁵⁹. Dies gelte es auch und gerade deshalb zu verhindern, weil die »ungeheuren Verschiebungen der Preis- und Lohnverhältnisse« die Gefahr »großer und langwieriger Arbeitskämpfe« nach Kriegsende mit sich brächten. Mit der Einrichtung der Arbeitskammern, die auch als Verbraucher- und Mieterkammern wirken sollten, wollte er den Behörden ein Instrument verschaffen, um »möglichst frühzeitig alle in der Arbeiterschaft entstehenden Wünsche und Bewegungen wie auch die entgegenstehenden Bestrebungen und Wünsche der Arbeitgeber kennen[zul]ernen, um in enger Fühlung mit beiden Schichten der Erzeuger ausgleichend und Kämpfen vorbeugend wirken zu können«.

Trotz der Absicht, die »bisher so vielfach vom Staate abseits stehende Arbeiterschaft und ihre freie Organisation ... als tätiges Glied in den Staatsorganismus« einzugliedern, hatte das Amt aber nicht den Mut, die Vorschläge der Gewerkschaften voll zu akzeptieren. Zwar deckte sich sein Entwurf mit dem der Gewerkschaften insoweit, als in ihm paritätische Arbeitskammern vorgesehen waren und sowohl die Arbeitnehmer- als auch die Arbeitgeberabteilung das Recht zu selbständigen Tagungen, Gutachten und Beschlüssen erhalten sollten. Auch hinsichtlich des Aufgabenbereichs stimmten beide im wesentlichen überein, mit dem Unterschied freilich, daß das Amt die Arbeitskammern selbst zu Einigungsamtern machen wollte, statt eigene Schiedsstellen einzurichten. Die ehemals strittige Frage, ob Gewerkschaftssekretäre das passive Wahlrecht erhalten sollten, bejahte man

im Reichswirtschaftsamt »aufgrund der Kriegserfahrungen unbedingt«, zumal hieran »nicht nur das Schicksal der Vorlage im Reichstage, sondern die ganze künftige Wirksamkeit der Arbeitskammern« hing. Unter den Referenten herrschte offenbar Klarheit darüber, daß diese Einrichtungen nur dann eine Bedeutung als Interessenvertretungen der Arbeiter erlangen konnten, wenn sie mit den Gewerkschaften eng verzahnt wurden, daß hingegen eine Konkurrenz von Gewerkschaften und Kammern zuungunsten der letzteren ausschlagen würde.

In den übrigen Punkten aber tauchte die Regierungsvorlage von 1908 wieder auf. Statt des territorialen befürwortete das Amt den fachlichen Aufbau der Kammern, überzeugt davon, daß die »Organisierung und Geltendmachung der besonderen Standes- und Berufsinteressen und deren Ausgleich« eine »heilsame Gegenströmung gegen das Überwuchern rein politischer Machtfragen und Kämpfe« darstelle. Territoriale Kammern sollten lediglich für die Angehörigen kleiner und örtlich verstreuter Berufszweige gebildet werden; zu ihren Beratungen über Angelegenheiten, welche die Interessen aller Arbeiter oder Arbeitgeber eines Bezirks betrafen, konnten allerdings Vertreter der Fachkammern hinzugezogen werden; das hätte die Etablierung territorialer Kammern von Fall zu Fall bedeutet. Den Gewerkschaftsforderungen kam das Amt noch insoweit entgegen, als es die Angestellten und die Beschäftigten von Handwerksbetrieben einbezog; die Landarbeiter blieben wiederum ausgenommen. Für Staats- und Gemeindearbeiter wurden Sonderbestimmungen vorgesehen; die Errichtung eines Einigungsamtes für Eisenbahn- und Postbedienstete sollte mit einem ausdrücklichen Streikverbot verbunden werden.

Trotzdem stieß auch dieser Entwurf bei der Industrie auf ebenso entschiedenen Widerstand wie derjenige der Gewerkschaften. »Man nennt das Ding nur Arbeitskammern«, schrieb die DAZ, »meint aber die gesetzliche Vertretung rücksichtsloser Klasseninteressen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften«⁶⁰. Gegenüber dem Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtès äußerte Hilger den Verdacht, daß hier »mit staatlicher Genehmigung die Arbeiter und Angestellten organisiert werden sollten, um gegen die Arbeitgeber vorzugehen«⁶¹. Röchling prophezeite »einen Krieg mit den Arbeitern in Permanenz«, außerdem eine »große Verteuerung der Produktion . . ., die wir später nicht tragen könnten« und die deshalb »geradezu . . . ein Verbrechen an der Volkswirtschaft« darstelle⁶². Im übrigen bestritt er unter Hinweis auf die Millionen eingezogener Arbeiter die Stichhaltigkeit der Annahme, die Arbeiterschaft habe sich mittlerweile an die Einrichtungen des Hilfsdienstgesetzes so gewöhnt, daß man sie nicht wieder abschaffen könne. »Das Volk wolle das Gesetz nicht«, bekräftigte Hilger, »das Volk wolle siegen und wolle nach Hause.« Der Regierung warf er

vor, das Gesetz »nur aus Angst vor der Masse und der Gasse« zu machen⁶³. In der Argumentation der Industriellen spielte ferner die Behauptung eine Rolle, die Einführung von Arbeitskammern bedeute »einen tiefen Eingriff in die Freiheit des Arbeitgebers«⁶⁴ und führe zur »Vernichtung der Autorität« innerhalb der Betriebe⁶⁵. In Verbindung mit der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung und der Ausweitung der Tarifverträge würde sie – so die DAZ – »eine solche Verstärkung der gewerkschaftlichen Macht« bewirken, »daß man ohne Übertreibung von einer tatsächlichen Expropriierung, von einer Enteignung und Entrechtung des selbständigen Unternehmertums sprechen darf«⁶⁶.

Die wirtschaftsfriedlichen Organisationen, die den Gewerkschaftsentwurf »völlig indiskutabel« fanden⁶⁷, fürchteten, nunmehr auch aus den Arbeitskammern ausgeschaltet zu werden, nachdem ihnen schon das Hilfsdienstgesetz den Zugang zu den Arbeiter- und Schlichtungsausschüssen weitgehend verlegt hatte. Sie forderten daher eine Beteiligung in den Kammern und wandten sich ebenso gegen die Wählbarkeit der Gewerkschaftssekretäre wie gegen die Beibehaltung der Schlichtungsausschüsse und die Verankerung der Arbeiterausschüsse im Arbeitskammergesetz⁶⁸.

Zwar gelang es den Industriellen und ihren wirtschaftsfriedlichen Schützlingen nicht, die Regierung gänzlich von ihrem Entwurf abzubringen; sie erreichten jedoch Änderungen zuungunsten der Gewerkschaften. Die Wählbarkeit von Gewerkschaftssekretären wurde an die Bedingung mindestens dreijähriger Berufszugehörigkeit und einjähriger Wohnfrist im Kammerbezirk geknüpft⁶⁹; Arbeitgebersekretäre hingegen sollten schon nach nur einjähriger Ausübung ihrer Funktion ohne bestimmte Berufszugehörigkeit oder Wohnfrist wählbar sein. Darüber hinaus sollte der Anteil der Organisationsvertreter auf höchstens ein Viertel der Kammermitglieder begrenzt werden. In bezug auf die Kommunalarbeiter kam man allerdings den Gewerkschaften entgegen. Wie schon im Regierungsentwurf von 1910 stellte man sie jetzt nicht den Staatsarbeitern, sondern den übrigen Arbeitern gleich. Zudem befürchteten die Ministerialbeamten, daß die Regierung den privaten Arbeitgebern gegenüber in eine unhaltbare Lage käme, wenn sie das Arbeitskammergesetz als Beitrag zur Sicherung des wirtschaftlichen Friedens ausgab, gleichzeitig aber einen Teil der öffentlichen Unternehmungen aus Furcht vor Streiks davon ausnahm. Alle diese Änderungen gingen in den Entwurf ein, den Hertling den Ressorts am 9. Februar 1918 zur Stellungnahme zuleitete. Die Antworten der Ministerien zielten durchweg auf eine noch weitere Entfernung von den Vorstellungen der Gewerkschaften ab⁷⁰.

Die entscheidende Sitzung des preußischen Staatsministeriums am 28. Februar 1918⁷¹ drehte sich dann auch in erster Linie um die Frage, mit

welchem Minimum an Entgegenkommen gegenüber Gewerkschaften und Parlament die Einführung der ungeliebten Arbeitskammern, die nach Breitenbachs bedauernder Feststellung »gewissermaßen in der Luft« lag, bewerkstelligt werden könnte. Eisenbahn-, Innen-, Finanz- und Handelsminister lehnten gemeinsame territoriale Kammern für kleinere Gewerbe ab; Stein hingegen verteidigte sie mit dem Argument, eine fachliche Arbeitskammer könne sich leicht zu einer »Streikorganisation« entwickeln, während in einer territorialen Kammer »andere Interessen vom Streikinteresse wegführen würden«. Der Justizminister empfahl sie ebenfalls, um die Arbeiter der vielen noch nicht organisierten Gewerbebezüge nicht »in die Gewerkschaften hineinzutreiben«. Die Abwägung der Vor- und Nachteile beider Modelle trat indessen zurück hinter das taktische Bedenken, der Reichstag könnte eine Durchbrechung des Berufsprinzips als Bresche benutzen, um den Entwurf der Regierung durch denjenigen der Gewerkschaften zu ersetzen. Stein hingegen hielt diese Gefahr gerade bei einer kompromißlosen Vorlage für gegeben und warnte, der Kampf für den fachlichen Aufbau werde »ein Kampf um nichts sein und nur Zeit und Ärger kosten«. Obwohl der Kanzler empfahl, »von vornherein das zu sagen, was man zusagen wolle«, entschied sich das Kabinett mit 7 gegen 5 Stimmen für die Streichung der gemeinsamen Kammern, kam allerdings überein, an dieser Frage das Gesetz nicht scheitern zu lassen und dem Parlament notfalls wieder Konzessionen zu machen.

Dieser Beschluß war nicht zuletzt ein Ergebnis der Führungsschwäche des Kanzlers. Hertling setzte sich nämlich mit seiner besseren Einsicht deshalb nicht durch, weil er in der Sachdebatte nicht einmal das Wort ergriff. Auch in der Frage der Wählbarkeit der Gewerkschaftssekretäre unterließ er den Hinweis, den er selbst den Ministern schriftlich gegeben hatte, daß nämlich die in den Beratungen vorgenommenen Einschränkungen vom Reichstag »als ein durchaus ungenügendes Entgegenkommen der Regierung und als ein starker Rest des Mißtrauens gegenüber den Berufsvereinsbeamten bekämpft werden« würden⁷². Da niemand diesen Punkt in der Kabinettsitzung zur Sprache brachte, blieb es bei der restriktiven Fassung.

Auch die Ausnahme der Landarbeiter blieb beschlossene Sache. Stein zeigte sich sogar bereit, das Gesetz scheitern zu lassen, falls der Reichstag ihre Einbeziehung verlangen sollte. Als Ersatz kündigte Landwirtschaftsminister v. Eisenhart-Rothe an, daß die Landarbeiter eine Vertretung in den Landwirtschaftskammern erhalten sollten⁷³. Breitenbach hätte am liebsten auch die Eisenbahner von dem Gesetz ausgenommen, das Reichspostamt die Postbediensteten und alle übrigen Staatsarbeiter auch, obwohl Stein vor der Sitzung noch einmal dargelegt hatte, daß er seinen Entwurf »in staaterhaltendem Sinne« konzipiert hatte, zur »Eingliederung des Ge-

sunden in der Gewerkschaftsbewegung in den Staatsorganismus im allgemeinen« und im besonderen dazu, den Eisenbahnergewerkschaften »Bahnen zu schaffen, auf denen sie sich in geordneter und dem Einfluß der Verwaltung zugänglicher Weise äußern« könnten⁷⁴.

Mittlerweile war jedoch der Gesetzentwurf durch Indiskretionen bekanntgeworden. Breitenbach fand seinen Standpunkt deshalb »vollständig erschüttert«. Eine Herausnahme der Eisenbahner hielt er jetzt für unerreichbar, ohne die »größte Unruhe« unter den Bediensteten hervorzurufen und sich selbst innerhalb der eigenen Verwaltung unmöglich zu machen. Nichtsdestoweniger betrachtete er nach wie vor »die Einführung eines Fremdkörpers in die geschlossene Verwaltung« mit »größter Sorge«. Das Staatsministerium hielt die Einbeziehung der Eisenbahner zwar letztlich für unumgänglich, verband sie jedoch nach erneuten Beratungen mit einem ausdrücklichen Streikverbot, das auch die Postbediensteten traf⁷⁵. Auf Drängen Breitenbachs wurde ferner für beide Gruppen die »völlige Absonderung ... von anderen Facharbeitern, insbesondere Metall- und Transportarbeitern« vorgesehen und ihren Arbeitersekretären der Zugang zu den Arbeitskammern verwehrt. Außerdem beschloß man, den beamteten Kammervorsitzenden durch das Ministerium ernennen zu lassen und auch Unparteiische ins Einigungsamt zu berufen. Hinzu kam schließlich die Bestimmung, daß ein Schiedsspruch nicht gefällt werden konnte, sofern ein Unparteiischer oder der Vorsitzende sich der Stimme enthielten. Für ein weitgehend von der Verwaltung abhängiges und noch dazu kompetenzloses Einigungsamt hätten die Bediensteten von Bahn und Post also das Streikrecht verloren und eine Begrenzung des Einflusses ihrer Gewerkschaften hinnehmen müssen. Das Terrain, das das Ministerium mit der Zulassung des freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverbandes verloren hatte, wollte es jetzt also zurückerobern. Am Ende wäre auf diese Weise die Macht der Verwaltung noch über das bestehende Maß hinaus ausgedehnt worden.

Die Referenten der beteiligten Ressorts veränderten in anschließenden Kommissionsberatungen den Regierungsentwurf noch weiter zuungunsten der Arbeiter. Das Recht der Arbeitnehmerabteilung auf separate Tagungen wurde durch die Bedingung nahezu illusorisch gemacht, daß zuvor in gemeinsamer Beschlußfassung beider Abteilungen je drei Viertel der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber einen entgegengesetzten Standpunkt eingenommen haben mußten. Durch Unterschreiten dieses Quorums hätten die Arbeitgeber eigene Beratungen und Sondervoten der Arbeitnehmer jederzeit zu hintertreiben vermocht. Ferner wurde aus dem Kompetenzbereich der Arbeitskammern das Lehrlingswesen herausgenommen. Selbständige Erhebungen und Umfragen über gewerbliche und wirtschaftliche

Verhältnisse sollten sie nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde, in manchen Fällen zusätzlich der statistischen Ämter durchführen können.

In dieser Fassung leitete die Regierung ihren Entwurf im April 1918 dem Reichstag zu⁷⁶. In der damaligen innenpolitischen Situation bedeutete dies eine ebenso sinnlose wie bornierte und verantwortungslose Provokation von Gewerkschaften und Parlament. Sinnlos, weil nach den Erfahrungen bei der Entstehung des Hilfsdienstgesetzes mit der Umformung im Reichstag gemäß den Gewerkschaftsforderungen gerechnet werden mußte – und im preußischen Staatsministerium bestand hieran im Grunde kein Zweifel; borniert und verantwortungslos, weil die Minister in einer Lage, in der sie das Wohlwollen der Arbeiterführer dringender brauchten als je zuvor, keinen Gedanken an die Folgen verschwendeten, die ihre Zumutung bei den Gewerkschaften und bei der Arbeiterschaft selbst hervorrufen mußte. Die Absicht des Reichswirtschaftsamtes, den Forderungen der Gewerkschaften entgegenzukommen und hierdurch die allenthalben aufbrechende Unruhe und Unzufriedenheit aufzufangen und politisch zu neutralisieren, war im konservativen Interesse nicht ungeschickt. Eine weitsichtige Führung hätte eine solche Politik großzügig betrieben, um die Kooperationsbereitschaft und Integrationswilligkeit der Arbeiterführer der langfristigen Sicherung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nutzbar zu machen.

Die Mehrheit der preußischen Regierungsmitglieder war aber politisch so blind, daß sie weder diese Chance wahrnahm noch aus der Entstehung des Hilfsdienstgesetzes irgend etwas gelernt hatte, noch sich über die politische Gesamtlage annähernd im klaren zu sein schien: Es gab keinen Zaren mehr, der österreichische Kaiserthron wackelte bedenklich, und auch im sozialen Gefüge Preußen-Deutschlands taten sich deutliche Risse auf. Grundsätzlich reformunwillig, politisch blind und lernunfähig, verharrete die Regierung im wesentlichen auf ihrer alten Linie, die Arbeiterschaft rechtlos zu halten, ihre Organisationen zurückzudrängen und auszuschalten und in den Staatsbetrieben die autoritäre Herrschaft der Verwaltung analog zum Herr-im-Hause-Standpunkt der Privatunternehmer zu behaupten.

Die Behandlung der Arbeitskammerfrage ist gleichzeitig ein Beispiel für die Passivität der Regierung in zentralen innen- und sozialpolitischen Fragen. Sie ließ sich von Vorstößen der Organisationen und des Parlaments und von spontanen Aktionen der Massen treiben und beschränkte sich auf Trotzreaktionen und Ausweichmanöver, kraftlose, müde und kaum noch ganz ernstgemeinte Finten. Grundrisse eines Reformplans sind in ihnen nirgends zu erkennen. Statt dessen zeigt sich ein Zug gespenstischer Unwirklichkeit, der auch durch die Überlegungen zur Verhinderung der preu-

fischen Wahlrechtsreform geistert und durch manches dynastisch-außenpolitische Intermezzo wie die Posse um die Herzogswürde in Kurland und die hektische Geschäftigkeit zur Proklamation des württembergischen Herzogs von Urach zum König Mindaugas III. von Litauen⁷⁷. All dies zeigt die Agonie einer verfallenden Herrschaftskaste, die nur noch politisch absurdes Theater spielte.

Wie nicht anders zu erwarten, reagierten die Gewerkschaften auf den Regierungsentwurf einhellig ablehnend. Er entspreche »nicht entfernt den Wünschen und Forderungen der Arbeitnehmerschaft«, urteilte die Generalkommission und empfahl den Gewerkschaftskartellen, überall Versammlungen zur kritischen Diskussion der Vorlage abzuhalten⁷⁸. Auch die christlichen Gewerkschaften wiesen wesentliche Teile als »unannehmbar« zurück⁷⁹. In der ersten Lesung im Reichstag am 1. Mai 1918 rügte Legien den »kleinlichen Geist« der Vorlage, den alten Geist »des Mißtrauens und der Bevormundung«. Im Bewußtsein, die Reichstagsmehrheit hinter sich zu haben, vertraute er jedoch darauf, daß der zuständige Reichstagsausschuß, in dem ihm selbst turnusmäßig der Vorsitz zufiel, »gründliche Arbeit« leisten und den Entwurf umarbeiten würde, bis er »den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeitnehmer entspricht und ihnen diejenige Stellung im Gegenwartsstaate sichert, die ihnen gebührt«⁸⁰.

Tatsächlich ersetzte der Ausschuß, in dem die Nationalliberalen nur durch Arbeitnehmer vertreten waren⁸¹ und die Konservativen mehrfach durch Abwesenheit glänzten, alsbald den fachlichen Aufbau der Kammern durch den territorialen, bezog die Landarbeiter ein⁸², stellte das ungehinderte Recht der Arbeitnehmerabteilung auf selbständige Tagungen wieder her und beseitigte die Sonderbestimmungen für die Arbeitskammern bei Bahn und Post. Obwohl die Regierung wiederholt eine Änderung der entscheidenden Punkte ihres Entwurfs für unannehmbar erklärte, zweifelte niemand daran, daß der Ausschuß auch die übrigen Wünsche der Gewerkschaften befriedigen würde⁸³. Denn diese machten deutlich, daß sie sich auf unbefriedigende Kompromisse nicht einlassen würden⁸⁴.

Auf der anderen Seite fuhren die Arbeitgeber fort, in der Öffentlichkeit vor der Einführung von Arbeitskammern zu warnen, weil durch sie der »wirtschaftliche Frieden ... direkt gefährdet« werde⁸⁵. Politisch besser informierte Unternehmer wie der VdESI-Vorsitzende und nationalliberale Reichstagsabgeordnete Wilhelm Meyer brachte die innenpolitische und parlamentarische Situation allerdings zu der Erkenntnis: »Das Arbeitskammergesetz wird doch kommen. Wir werden uns damit abfinden müssen.«⁸⁶ Die Spitzen von CDI und VDA gelangten daher zu der Überzeugung, daß zweckmäßiger als ein völlig ablehnender Standpunkt der Versuch sein würde, rechtzeitig, »ehe die Gesetzesfassung zustande

kommt«⁸⁷, die Vorstellungen der Industriellen in das Gesetz hineinzubringen. Die VDA bot deshalb im März 1918 ihre Mitarbeit bei der Beratung des Entwurfs an⁸⁸. Der Regierungsentwurf vom April 1918 war zwar – wie Roetger namens des CDI erklärte – »gewiß nicht nach unserem Sinne«⁸⁹. Immerhin vermerkte man in großindustriellen Kreisen mit verhaltener Genugtuung, daß darin »in vielen Punkten . . . die von Arbeitgeberseite vorgebrachten Bedenken nicht ganz unberücksichtigt geblieben« waren⁹⁰.

Als der Reichstag sich anschickte, die Vorlage »auf den Kopf« zu stellen⁹¹, bestärkten die Industriellen die Regierung darin, an ihrem Entwurf »unbedingt« festzuhalten⁹² und »dem Drängen der sog. Arbeitervertreter im Reichstagsausschuß . . . auch nicht um eine Handbreit« nachzugeben⁹³. Vor allem widersprachen sie der Ersetzung des fachlichen durch den territorialen Aufbau »auf das entschiedenste«⁹⁴. An den Fachkammern nämlich entdeckten sie jetzt auch positive Seiten; sie stellten »gewissermaßen eine Konkurrenz für die freien Gewerkschaften« dar, erläuterte Reichert; zudem kämen in sie »nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Vertreter anderer Parteien« hinein, so daß sie dazu beitragen könnten, »daß den Sozialdemokraten das Wasser abgegraben wird«⁹⁵. Zentrale Fachkammern für das ganze Reich hielten die Industriellen allerdings für bedenklich wegen der Gefahr, daß »die gesamte Industrie ohne Rücksicht auf die örtlichen Verschiedenheiten der Lohn- und Arbeitsbedingungen schematisiert und bürokratisiert werden könnte«⁹⁶. Deshalb plädierten sie für eine Dezentralisierung der Kammern nach den Gebieten, »in denen gleichartige Wirtschaftsverhältnisse und Produktionsbedingungen für den betreffenden Gewerbezweig vorhanden sind«⁹⁷.

Einen der »wichtigsten Punkte« erblickten die Unternehmer ferner darin, den Arbeitnehmerabteilungen das Recht zu separaten Tagungen und damit zu selbständigen Verlautbarungen vorzuenthalten⁹⁸. Auch sollten nach ihren Vorstellungen die Arbeitskammern nicht öffentlich tagen, um einem »Mißbrauch zu Zwecken der politischen Agitation« vorzubeugen⁹⁹. Um die oft überdurchschnittlich aktiven, einsatzbereiten und politisch radikalen jüngeren Arbeiter fernzuhalten, forderten sie eine Heraufsetzung der Altersgrenze für das aktive und passive Wahlrecht auf 25 Jahre, zur Bewahrung der Distanz zwischen Arbeitern und Angestellten eine Vertretung der letzteren in eigenständigen Angestelltenkammern. Überdies erneuerten sie ihre Bedenken gegen die Wählbarkeit von Gewerkschaftssekretären¹⁰⁰. Außerdem legten sie Wert auf die Unverbindlichkeit der Schiedssprüche der Einigungsinstanzen, und um die Möglichkeit ihrer Majorisierung durch die Arbeitnehmer im Verein mit dem Vorsitzenden auszuschließen, sollte dieser lediglich beratende Stimme erhalten.

Zudem empfahlen sie, nur Staatsbeamte, aber keine Kommunalbeamten

zu Vorsitzenden zu ernennen. Kommunalbeamte kamen bei ihrer Tätigkeit in engere Berührung mit konkreten sozialen Problemen als viele Staatsbeamte, und die Einsichten, die sich ihnen dabei aufdrängten, wirkten nicht selten auf ihre Amtsführung und ihre politischen Ansichten zurück; daher waren sie in den Augen der Schwerindustrie dringend der Nachgiebigkeit gegenüber Forderungen der Arbeiterschaft verdächtig¹⁰¹. Die Kosten der Arbeitskammern schließlich wollten die Arbeitgeber auf das Reich abwälzen, vermutlich in der Absicht, der Regierung den Erlaß dieses »Kampfgesetzes gegen die Unternehmer«¹⁰² überhaupt zu verleiden¹⁰³.

Die Reaktion der Arbeitgeber auf den Entwurf der Reichsleitung ist noch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Sie zeigt, wie sie sich auf die bevorstehende Parlamentarisierung einstellten, die beim Regierungsantritt Hertlings ihre Schatten vorausgeworfen hatte. Nicht zu Unrecht bezeichnete der VdESI-Vorsitzende Meyer den Entwurf als eine »Folge des Parlamentarismus«¹⁰⁴; der Osnabrücker Generalsekretär Stumpf spürte im Verhalten der Regierung in der Arbeitskammerfrage »so etwas wie Wahlpolitik«¹⁰⁵. Doch während Stumpf über die Vorherrschaft der Gewerkschaften im Reichstag lamentierte, wo die Industriellen nur noch als »die reinen Nullen« behandelt würden¹⁰⁶, und Hilger es als Diskriminierung der Unternehmer empfand, daß Legien in dem Ausschuß den Vorsitz führte, der die Arbeitskammervorlage bearbeitete¹⁰⁷, hielt Meyer, selbst Abgeordneter der Nationalliberalen, seinen Kollegen vor, es sei »zum großen Teil mit Schuld der Industrie«, daß sie im Reichstag »geringen Einfluß« habe; es gäbe nur »ganz verflucht wenig« Industrievertreter im Parlament¹⁰⁸.

Sie hatten überdies offenbar ebensowenig Zeit oder Neigung für die Kleinarbeit in den Ausschüssen wie viele ihrer Fraktionskollegen. Tänzler jedenfalls äußerte seine Verwunderung darüber, »daß die bürgerlichen Parteien ... nicht die Gelegenheit ergriffen« hätten, für eine »ordentliche Besetzung« des Ausschusses zu sorgen, der sich mit dem Arbeitskammergesetz befaßte, so daß von seinen 28 Mitgliedern 14 als Arbeiter- oder Gewerkschaftsvertreter und »sage und schreibe wirklich nicht mehr als zwei oder drei als Vertreter des Arbeitgeberstandpunktes« anzusprechen waren¹⁰⁹. Im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit einer vollen Parlamentarisierung ermahnte Meyer seine Kollegen deshalb: »Wie die Verhältnisse sich jetzt entwickelt haben, muß die Industrie mit allen Kräften suchen, ihre Vertreter in den Reichstag zu senden.« Welcher Partei sie angehörten, sei »vollständig gleichgültig«; aber es müsse »in dieser Beziehung etwas geschehen«¹¹⁰. Bei den Vorbereitungen zur Wahl der Nationalversammlung im Januar 1919 beherzigten die Industriellen diese Aufforderung¹¹¹.

Alle Bedenken der Arbeitgeber gegen die Arbeitskammern wurden von den Wirtschaftsfriedlichen geteilt¹¹². Als sie voll ohnmächtiger Wut mit

ansehen mußten, wie der Reichstagsausschuß die Regierungsvorlage den Gewerkschaftsforderungen entsprechend abänderte, gaben sie offenbar die Hoffnung auf, in diesen Einrichtungen irgendeinen Einfluß zu gewinnen. Sie sagten deshalb der Regierung »allerschärfste Opposition« an und erklärten, sie würden »kein Mittel scheuen . . . , das der Ausführung des Gesetzes hinderlich und der Regierung nachteilig sein würde«¹¹³.

Nach den Erfahrungen mit dem Hilfsdienstgesetz schien es auch den Industriellen zweifelhaft, ob die Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderungen durch die Regierung »für immer gilt oder zeitlich begrenzt ist«¹¹⁴. In der Tat war kaum damit zu rechnen, daß die Regierung einen ernsthaften Konflikt mit dem Reichstag und den Gewerkschaften riskieren würde. Einstweilen freilich zeigte sie nur geringe Bereitschaft zum Einlenken. In den Kommissionsberatungen holte sie lediglich den Plan wieder hervor, für diejenigen Arbeitergruppen, für welche keine Fachkammern errichtet werden sollten, »subsidiäre und ergänzende« gemeinsame Kammern auf territorialer Grundlage zu bilden¹¹⁵. Zugleich kam sie den Gewerkschaften in der Frage der Beibehaltung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse entgegen. Der Reichstagsausschuß entschied sich für die Regelung dieser Frage im Arbeitskammergesetz¹¹⁶. Die Regierung widersprach zwar wegen der Verschiedenheit der Materie, um aber vom Parlament nicht weiter in die Defensive gedrängt zu werden, sagte sie einen eigenen Gesetzentwurf hierfür bis zum Wiedertzusammentritt des Reichstages im Herbst 1918 zu¹¹⁷.

Pläne für die Beibehaltung der Arbeiterausschüsse

Ende Juli 1918 lag der Entwurf vor, gemeinsam erarbeitet von Reichswirtschaftsamt und preußischem Handelsministerium¹¹⁸. Im Begleitschreiben hieß es, die Reichsregierung habe ohnehin die Absicht gehabt, die Hilfsdienstausschüsse in die Friedenszeit zu übernehmen, sowohl um eine der dringlichsten Forderungen der Gewerkschaften zu erfüllen als auch um »dem sozialen Frieden zu dienen, dessen das deutsche Wirtschaftsleben namentlich in der Zeit des Übergangs von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft dringend bedürfen, der aber dann gerade besonders gefährdet sein wird«.

In zahlreichen Punkten deckte sich der Regierungsentwurf, der als Ergänzung der Gewerbeordnung konzipiert war, mit den Gewerkschaftsforderungen. So wollte die Regierung in allen Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten Arbeiterausschüsse mit mindestens fünf Mitgliedern einführen. In Betrieben mit mehr als 250 Arbeitern erhöhte sich für je 50 Mitarbeiter

die Zahl der Ausschußmitglieder um eines. Wahlberechtigt waren alle volljährigen Beschäftigten; das passive Wahlrecht setzte eine mindestens sechsmonatige Betriebszugehörigkeit voraus. Die Ausschüsse sollten »das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebs oder der Betriebsabteilung und zwischen der Arbeiterschaft und dem Betriebsunternehmer ... fördern, ... Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebseinrichtungen, die Löhne und sonstige Arbeitsverhältnisse des Betriebs oder auf die mit dem Betriebe verbundenen Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Betriebsunternehmers ... bringen und sich darüber ... äußern«, notfalls die im Arbeitskammergesetz vorgesehene Einigungsstelle anrufen, sich um die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betrieb kümmern und vor Erlaß oder Abänderung von Arbeitsordnungen Stellung nehmen. Ihre Funktionen beschränkten sich also auf unverbindliche Beratung und Anhörung in sozialpolitischen Angelegenheiten; die Dispositions- und Entscheidungsfreiheit der Unternehmensleitung blieb unangetastet.

Widerhaken steckten jedoch in den Verfahrensvorschriften. Die Amtszeit der Ausschußmitglieder betrug sechs Jahre; Wiederwahl war zulässig, vorherige Abwahl nicht vorgesehen. Diese Regelung hätte eine fortschreitende Lockerung der Bindungen der Ausschüsse an die Belegschaft und die Herausbildung einer innerbetrieblichen Arbeiteraristokratie begünstigt, die eine wachsende Informationsüberlegenheit erwerben und sich auf die Dauer als Mitträger von Leitungsbefugnissen empfinden konnte. Außerdem wurden der Unternehmensleitung weitgehende Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten zugewiesen: sie sollte nicht nur die Ausschußwahlen vorbereiten und durchführen, sondern ihr war auch das Recht zur Einberufung, zur Aufstellung der Tagesordnung und zur Leitung der Ausschußsitzungen übertragen. Obwohl der Betriebsleiter kein Stimmrecht hatte, konnte er so nicht nur die Ansichten und das Verhalten der Ausschußmitglieder kontrollieren, sondern auch die Meinungsbildung und die Abstimmungen des Ausschusses beeinflussen.

Zwar konnte ein Viertel der Mitglieder die Einberufung einer Sitzung verlangen; stellte sich der Unternehmer jedoch auf den Standpunkt, daß ein von den Arbeitern beantragtes Thema nicht in den Kompetenzbereich des Ausschusses fiel, mußte zunächst die Entscheidung der Schlichtungsinstanz eingeholt werden. Bei akuten Anlässen ließ sich mit dieser Klausel immer eine Verzögerung erreichen. Außerdem durfte der Ausschuß ohne den Unternehmer nur beraten, aber keine Beschlüsse fassen. Durch einfaches Fernbleiben hätte dieser also den Ausschuß weitgehend lahmlegen können. Ein Kündigungsschutz für Ausschußmitglieder war nicht vorgesehen; der Unternehmer oder drei Ausschußmitglieder konnten aber bei

der zuständigen Landesbehörde die Auflösung des Ausschusses beantragen, falls dieser seine Befugnisse fortgesetzt derart mißbrauchte, »daß dadurch die ordnungsgemäße Fortsetzung des Betriebes ernstlich gefährdet oder beeinträchtigt wird«; bei Arbeitskämpfen etwa konnte dies unschwer als gegeben angenommen werden.

Wohl nicht zu Unrecht glaubten Reichswirtschaftsamt und Handelsministerium, daß gegen einen derart zugunsten der Arbeitgeber konzipierten Entwurf von industrieller Seite »ernstlicher Widerstand nicht zu erwarten« sein würde. Für ihre Begründung, die bisherigen Erfahrungen mit Belegschaftsausschüssen hätten die früheren Bedenken »vielfach gemindert, zum Teil ... sogar zu einer Wandlung der Anschauungen geführt«¹¹⁹, gibt es freilich kaum Belege. Anfang 1918 erklärten einflußreiche Industrielle lediglich, »daß die Arbeitgeber an sich nichts gegen die Arbeiterausschüsse einzuwenden hätten« – freilich meinten sie damit solche, die die Gewerbeordnung seit langem ermöglichte: Ausschüsse, die von den Betrieben freiwillig eingerichtet wurden, keinerlei Mitbestimmungsrechte besaßen und deren Mitglieder jederzeit abgelöst oder entlassen werden konnten¹²⁰.

Gegen obligatorische Arbeiterausschüsse aber zogen die Arbeitgeber bis in den Spätsommer 1918 publizistisch zu Felde. Lauthals unterstützt von den Wirtschaftsfriedlichen¹²¹, beriefen sie sich hierbei nicht selten auf die Verhältnisse im revolutionären Rußland, wo die Arbeiterausschüsse »eine Einsichtnahme in die Bücher, eine Beeinflussung des Betriebes, eine Berechnung der Kosten der bestellten Fabrikate, eine Beurteilung der Geschäfte, die auf dem Weltmarkte abgeschlossen werden sollten, und dadurch überhaupt eine Beeinflussung des Betriebes forderten, die jede Betätigung der obersten Betriebsleitung« abgeschafft¹²² und »fast das gesamte Wirtschaftsleben« gelähmt habe¹²³. »Mit den Lehren von Karl Marx und Lassalle ausgerüstet, kann man eben keinen Fabrikbetrieb leiten«, befanden sie im Sommer 1918¹²⁴. Hiermit prägten sie ein Argument zur griffigen Formel, das nach der Novemberrevolution zu einem zentralen Topos antibolschewistischer Propaganda gegen alle Bestrebungen zur Veränderung der Wirtschaftsordnung avancierte.

Trotzdem wurde der Entwurf Ende September 1918 von den übrigen Ministern gebilligt. Ihre Änderungswünsche beschränkten sich im wesentlichen darauf, den Entwurf nicht als Novelle zur Gewerbeordnung, sondern als eigenes Gesetz einzubringen. Im übrigen galt ihr Interesse der Frage, wie »eine Angliederung der Angestellten an die Arbeiter möglichst vermieden werden« könne, um einer Solidarisierung zwischen beiden Gruppen vorzubeugen¹²⁵. Zur Klärung der Probleme, die das Gesetz für die Staatsbetriebe aufwarf, vereinbarten sie noch eine weitere Ressortbesprechung. Doch bevor sie stattfand und bevor die Öffentlichkeit Stellung neh-

men konnte, wurde dieser erste Entwurf eines deutschen Betriebsrätegesetzes mitsamt den Vorarbeiten für das Arbeitskammergesetz von der Revolution überholt.

Damit war die Probe, »ob die regierende Bürokratie die Einsicht und Anpassungsfähigkeit hat, die die Zeitverhältnisse von ihr fordern, ob endlich der Geist feindseligen Mißtrauens gegenüber der Arbeiterschaft verschwunden« sei, negativ ausgefallen, wie Winnig feststellte¹²⁶. Selbst dieser vielleicht engagierte Verfechter einer schrittweisen Integration der Arbeiterschaft in die damalige Staats- und Gesellschaftsordnung gestand im Sommer 1918 das Scheitern der Hoffnung ein, der Krieg würde die Einstellung der Mächtigen zur Arbeiterschaft revidieren und deren Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft fördern. »Der Kampf der Arbeiterklasse«, notierte er Ende Juli 1918, »beginnt am Tage nach dem Frieden dort, wo er am 4. August 1914 aufgehört hat«¹²⁷.

Die Tarifvertragsdiskussion

Weniger Aufmerksamkeit als die Kontroverse um die Arbeitskammern zogen die Auseinandersetzungen um die Tarifverträge und die Arbeitsvermittlung in den letzten beiden Kriegsjahren auf sich; denn die Regelung beider Fragen war nicht im Katalog der Maßnahmen enthalten, auf den die Reichstagsmehrheit Hertling bei seinem Regierungsantritt festgelegt hatte. Ihre alte Forderung nach tarifvertraglicher Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse begründeten die Gewerkschaften jetzt mit der Notwendigkeit, für die schwierige Nachkriegszeit Vorsorge für eine friedliche Regelung von Arbeitskonflikten zu schaffen. Im Hinblick hierauf mußte ihrer Auffassung nach die Reichsregierung »den größten Wert« darauf legen, »die Tarifverträge auch in der Großindustrie zur Einführung und zur Anerkennung zu bringen«. Für den Fall, daß eine gesetzliche Regelung nicht möglich sein sollte, empfahlen sie, tariffreundliche Unternehmen bei der Vergabe von Staatsaufträgen zu bevorzugen, um so ökonomischen und moralischen Druck auf die Industrie auszuüben¹²⁸.

Die Gewerkschaften legten jedoch keinen Gesetzentwurf zur Regelung des Tarifvertragsrechts vor. Sie überließen dies Akademikern, die ihnen nahestanden. 1916 präsentierte der Frankfurter Rechtsanwalt Hugo Sinzheimer, einer der wenigen linksliberalen Juristen von Rang, einen Entwurf für die gesetzliche Anerkennung der Tarifverträge¹²⁹. Ende 1917 folgte Lujó Brentano, der Nestor der deutschen Kathedersozialisten. Brentano verband die gesetzliche Verpflichtung zur tariflichen Regelung aller Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträ-

ge mit empfindlichen Sanktionen für den Fall einer Tarifverletzung. Zu diesem Zweck schlug er die Einrichtung regional gegliederter öffentlich-rechtlicher Vertretungen aller Arbeiter eines Berufes vor; sie sollten jährlich gewählt werden, und zwar nach dem Proportionalwahlsystem. Diesen Arbeitervertretungen und analog gebildeten Vertretungen der Arbeitgeber übertrug er die Aufgabe, Tarifverträge mit Gesetzeskraft für die jeweilige Region und die vereinbarte Laufzeit auszuhandeln. Ferner schlug Brentano die Bildung von Haftungsfonds vor, aus deren Mitteln jeweils die Seite zu entschädigen war, die Opfer eines Tarifbruchs wurde. Für ihre Mitglieder sollten die Gewerkschaften einen gesetzlich festzulegenden Beitrag an den Fonds abführen, Nichtorganisierte ihn selbst zahlen. Die Arbeitgeber sollten den gleichen Betrag für jeden ihrer Arbeitnehmer entrichten¹³⁰.

Gewiß konnten Rechtsgültigkeit und Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge den Einfluß der Arbeiterschaft auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vergrößern, gewiß hätte das Proportionalwahlsystem den Gewerkschaften den ausschlaggebenden Einfluß in den Arbeitervertretungen verschafft. Dagegen hätten die Haftungsbestimmungen das Streikrecht weitgehend eingeengt und seine Ausübung mit einem erheblichen finanziellen Risiko für die Arbeitnehmer belastet. Überdies war damit zu rechnen, daß sich die Zwangskörperschaften entweder zu Konkurrenzorganisationen der Gewerkschaften entwickelten und sich den Facharbeitskammern annäherten, wie die Regierung sie vorsah, oder daß sie die Gewerkschaften, sofern diese den ausschlaggebenden Einfluß errangen, im Laufe der Zeit in quasi öffentlich-rechtliche Einrichtungen verwandelten und ihnen den Charakter von Kampforganisationen nahmen. Außerdem hätte der Kooperationszwang die Gewerkschaftsrichtungen genötigt, sich untereinander zu einigen, und sie weitgehend der Möglichkeit beraubt, unterschiedliche Ziele zu verfolgen. Längerfristig wäre infolgedessen der Fortbestand von Richtungsgewerkschaften obsolet geworden.

Diese sozial integrative, entpolitisierende und pazifizierende Wirkung war beabsichtigt. Im Hinblick auf die Haltung »einflußreicher Bestandteile der Arbeiterbevölkerung insbesondere derjenigen Berlins« hatte Brentano seinen Vorschlag ausdrücklich mit dem Ziel konzipiert, daß er von den Arbeitern »als ein großer Fortschritt in der Besserung ihrer Lage« anerkannt würde und sie davon abhielt, »ins Lager der ›Unabhängigen‹ abzuschwenken«. Anderenfalls schien ihm »nicht nur die große Errungenschaft dieses Krieges, die Wiedervereinigung des ganzen deutschen Volkes verspielt«, sondern er fürchtete auch für den bevorstehenden Winter »Unruhen und Aufstände . . . , die zu blutigen Straßenkämpfen führen dürften«. Da die Gewerkschaftsführer »mit der Tatsache . . . , daß ihre Anhänger noch nicht wie sie selbst sind«, und mit der Gefahr rechnen mußten, daß

Mitglieder »zu den Unabhängigen übergehen, wenn sie in die Übernahme der Haftung seitens der Gewerkschaften willigen«, hielt Brentano einen politischen Druck für erforderlich, aufgrund dessen die Gewerkschaftsführer würden glaubhaft erklären können, »daß die Anerkennung der Rechtsgültigkeit des kollektiven Arbeitsvertrages auf anderem Wege nicht zu erreichen war«. Zu diesem Zweck empfahl er der Regierung, einen Ausschuß aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Vorbereitung eines Gesetzentwurfes zu berufen und von ihm alsbald die Übernahme der Haftung durch die Organisationen als *Conditio sine qua non* zu fordern. »Dann läge der Tatbestand der Nötigung vor, der den Führern der Gewerkschaften die Zustimmung ermöglichen würde.«¹³¹

Bevor Brentano seinen Vorschlag der Regierung unterbreitete, besprach er ihn mit dem Rechtsvertreter der freien Gewerkschaften, Hugo Heinemann, und mit ihren einflußreichsten Führern, unter ihnen Legien, Leipart, Bauer, Umbreit, Silberschmidt und Kloth¹³². Obwohl die Gewerkschaften vor dem Kriege jede Haftung für die Einhaltung von Tarifverträgen von sich gewiesen hatten, um nicht ihre Streikkassen und sonstigen Vermögenswerte der Gefahr eines Zugriffs von außen auszusetzen, sahen sie jetzt nach den Worten Brentanos ein, daß die Haftung »als Forderung des Rechts und der guten Sitten gar nicht abgelehnt werden kann« und ohne sie die Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge nicht zu erreichen war¹³³. Daraufhin erarbeiteten Brentano und Heinemann im Februar 1918 einen Gesetzentwurf, dem Brentanos Vorschläge zugrunde lagen; sie wurden lediglich um eine Haftungspflicht auch für die Arbeitgeber und die Einführung obligatorischer Einigungsverhandlungen vor Arbeitskämpfen ergänzt¹³⁴.

Die Gewerkschaftsmitglieder erfuhren nur andeutungsweise von diesen Überlegungen. Im Correspondenzblatt las man in allgemeinen Wendungen davon, daß künftige Tarifverträge »nach jeder Richtung hin eine unbedingt zuverlässige Geltung und Respektierung des vereinbarten Inhalts seitens der Tarifbeteiligten verbürgen« und diese »allen Tarifbrüchen und Tarifverstößen« in den eigenen Reihen »mit der nötigen Festigkeit entgegenzutreten« müßten¹³⁵. Nur versteckt fand sich die Bemerkung, daß sich die Sicherung eines Tarifvertrages gegen einseitigen Bruch durch Haftungsbestimmungen eventuell als »unumgänglich« erweisen könnte; sie wurde sogleich mit dem Hinweis bagatellisiert, daß die Gewerkschaften auch nach dem Zivilrecht für Tarifverstöße haftbar gemacht werden könnten, eine vertraglich vereinbarte Einschränkung der Regreßpflicht für sie also »unter gewissen Umständen . . . nur von Vorteil« sei¹³⁶. Im übrigen deutete Leipart an, daß Tarifverhandlungen künftig »immer mehr ein richtiges Berufs- und Industrieparlament erforderten, in dem die Parteivertreter . . . auch

immer mehr das gemeinsame Gewerbeinteresse ins Auge fassen« müßten¹³⁷.

Die innergewerkschaftlichen Konsequenzen, die daraus folgten, ließ er freilich im wesentlichen unausgesprochen, daß nämlich beim Abschluß umfassender Tarifverträge den Basisorganisationen nur noch geringe Einwirkungsmöglichkeiten zukommen, die Anforderung »tiefgehender beruflicher und allgemein-wirtschaftlicher Kenntnisse und Erfahrungen«¹³⁸ einfache Mitglieder von der Teilnahme an Tarifverhandlungen weitgehend ausschließen, also das Gewicht des Funktionärsapparates erheblich vergrößern würde. Es ist deshalb zweifelhaft, ob größeren Teilen der Gewerkschaftsmitglieder klar wurde, welche einschneidenden Änderungen für den innergewerkschaftlichen Entscheidungsprozeß das geplante Tarifvertragsgesetz in sich barg.

Im Frühjahr 1918 freilich scheiterten die Verhandlungen hierüber, und zwar an Bedenken der christlichen Gewerkschaften. Diese fürchteten nicht ohne Grund, in den vorgesehenen Körperschaften ungenügend vertreten zu sein und in entscheidenden Fällen von den freien Gewerkschaften an die Wand gedrückt zu werden¹³⁹. Doch selbst bei einer Einigung wären die Aussichten für die Durchsetzung des Gesetzentwurfes zweifelhaft gewesen; denn die Unternehmer verhielten sich auch in dieser Frage ablehnend. Der VdESI bezeichnete im August 1917 die Einführung von Tarifverträgen in Betrieben der Großeisen- und Stahlindustrie zum wiederholten Male als »völlig unmöglich«¹⁴⁰. Die Chemieindustriellen behaupteten im Februar 1918 für ihren Produktionszweig dasselbe, »da nicht nur in den einzelnen Werken, sondern schon in den verschiedenen Abteilungen eines Werkes die Art der Tätigkeit der industriellen Leistung und in Verbindung damit auch der Entlohnung und Arbeitszeit gänzlich unterschiedlich sind«¹⁴¹. Einen Monat später lehnte die VDA eine gesetzliche Einführung von Tarifverträgen als Rücknahme der »nach jahrhundertelanger Entwicklung durchgesetzten Gewerbefreiheit« ab und wollte Tarifvereinbarungen nur dort gelten lassen, wo hierfür ein »Bedürfnis« bestehe und sie »aus beiderseitigem Willen« zustande kämen¹⁴². Der Zechenverband lehnte noch im Sommer 1918 zentrale Lohnverhandlungen mit den Bergarbeitergewerkschaften ab und bezeichnete es als »geradezu unnatürlich, Organen der Arbeiterverbände oder ihren Führern, die keinerlei Verantwortung für das Gedeihen des Unternehmens und kein Risiko tragen, ein Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaftsführung, den Lohnfragen, der Preisgestaltung einzuräumen«¹⁴³.

Die Erfahrungen mit dem Hilfsdienstgesetz hatten die Industriellen allerdings zu der Erkenntnis gebracht, daß sozialpolitische Neuerungen »jetzt wie ein Sturmwind« kamen und es für die Wahrung ihrer Interessen

bedenklich war, »sich in dem Augenblick erst zu wehren, wo die Dinge auf der Tagesordnung stehen«¹⁴⁴. Deshalb bereitete sich die VDA in aller Stille auf eine gesetzliche Regelung des Tarifvertragswesens vor. Eine zu diesem Zweck eingesetzte Kommission formulierte im April 1918 außer der neuerlichen Ablehnung einer gesetzlichen Verpflichtung zum Abschluß von Tarifverträgen einen Katalog von Bedingungen, die die Arbeitgeber an den Abschluß von Tarifverträgen knüpfen sollten, falls diese künftig unvermeidlich würden¹⁴⁵.

Zwar bejahte die Kommission die Frage, »ob auf seiten der Arbeiter eine Organisation vorhanden sein muß«, weil »ohne eine gewisse organisatorische Zusammenfassung der Arbeiterseite dauernde Wirkungen des Tarifvertrages nicht eintreten können«. Daß die Arbeitgeber um die Anerkennung der Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Arbeiterschaft nicht herumkommen würden, war hiernach klar. Um sich jedoch die Möglichkeit offenzuhalten, auch mit Werkvereinen Vereinbarungen zu treffen, lehnten sie alle Festlegungen über die Tariffähigkeit der Arbeiterorganisationen ab. Auch durften die Tarifverträge nach ihren Vorstellungen »keine Vorschriften über die Einstellung oder Entlassung von Arbeitern machen, also auch keinen Zwang zur Einstellung organisierter Arbeiter ausüben«, wie er in England vielfach zur Bildung sogenannter Closed shops geführt hatte; »die Bestimmung, welche Arbeiter er einstellen oder entlassen will«, sollte dem »alleinigen Ermessen des Arbeitgebers« überlassen bleiben.

Was den materiellen Inhalt der Tarifverträge anging, so verstanden die Arbeitgeber den vereinbarten Lohn als Einheitslohn, der weder über- noch unterschritten werden durfte. Da er der Ertragslage eines durchschnittlich verdienenden Unternehmens und den durchschnittlichen Lebenshaltungskosten entsprochen hätte, mußte diese Bestimmung den Arbeitern gut florierender Unternehmen oder aus Regionen mit einem besonders hohen Preisniveau die Möglichkeit nehmen, sich höhere Löhne zu erkämpfen, ihren Betrieben also Zusatzgewinne verschaffen und den Keim für schwere Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterschaft selbst legen. Die vereinbarte Arbeitszeit hingegen sollte durch gesetzliche Ausnahmebestimmungen oder besondere Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern verlängert oder verkürzt werden können. Daß die Abmachungen über Löhne und Arbeitszeit den Arbeitern überhaupt bekannt wurden, schien nicht im Interesse der VDA zu liegen. Sie wollte nämlich die Informationspflicht allein den Tarifparteien überlassen, den einzelnen Arbeitgeber aber von der Pflicht zum Aushang des Vertrages oder gar der Aushändigung bei der Einstellung eines Arbeiters entbinden. Auf diese Weise wären die unorganisierten Arbeiter vermutlich gar nicht und auch die organisierten nur zum Teil über die Tarifbestimmungen unterrichtet worden, wäh-

rend die Arbeitgeber sie hätten umgehen können, bis Proteste einliefen. Deren Behandlung hätte lange auf sich warten lassen. Denn anders als die Gewerkschaften lehnte die VDA ein staatliches Tarifamt ab und wollte die Durchführung der Verträge allein den Vertragsparteien überlassen.

Im übrigen sollte der Tarifvertrag für die einzelnen Arbeitgeber und Arbeiter nur so lange verbindlich sein, wie sie den Vertragsparteien angehörten. Für unorganisierte Arbeiter hätte er also von vornherein keine Gültigkeit gehabt. Den Arbeitgebern aber hätte diese Klausel erlaubt, sich durch Austritt aus dem Arbeitgeberverband oder durch dessen Auflösung auch den organisierten Arbeitern gegenüber einseitig sämtlicher Bindungen des Tarifvertrages zu entledigen und in dem dann eintretenden vertraglosen Zustand ihre Arbeits- und Lohnbedingungen zu diktieren.

Auch in der Frage der Haftung für Vertragsverletzungen operierte die VDA-Kommission mit dem scheinbar gerechten, in Wahrheit aber sozialinadäquaten Prinzip der strikten Parität. So sollten die Tariforgane bei Einzelverstößen gegen den Vertrag Geldstrafen bis zu 500 Mark verhängen dürfen, gleichermaßen für Arbeiter wie für Arbeitgeber. Darüber hinaus verlangte sie eine Haftung der Organisationen für Schäden, die ihre Mitglieder durch Vertragsverletzungen verursachten, und zwar, falls im Tarifvertrag nicht anders vereinbart, in unbegrenzter Höhe. Auf diese Weise hätte eine Gewerkschaft auch für einen wilden Streik, den einige ihrer Mitglieder anzettelten, finanziell zur Rechenschaft gezogen und ihrer Kampffonds beraubt werden können, insbesondere bei der Einbeziehung kaum nachprüfbarer Folgeschäden in die Schadenersatzansprüche.

Diese Vorstellungen zeigen, daß sich die Arbeitgeber zwar auf eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften einstellten und insofern eine grundsätzliche Position aufgaben, zugleich aber bestrebt waren, die bisherigen Machtverhältnisse in den Regeln formalisierter Beziehungen fortzusetzen und zu verankern, also von einer Gleichberechtigung der Arbeiterschaft nach wie vor nichts wissen wollten.

Infolgedessen blieb die Zahl der Tarifverträge während des Krieges vielfach rückläufig. Im Organisationsbereich des Fabrikarbeiterverbandes ging sie trotz der gewaltigen Expansion der chemischen Industrie bis Ende 1917 um 36,6 % gegenüber dem Vorkriegsstand zurück, die Zahl der erfaßten Arbeiter sogar um 51,4 %. Die weiterbestehenden Verträge umfaßten im Schnitt nicht mehr als zwei Betriebe, überwiegend Ziegeleien, Ton-, Zement-, Papier- und Zellstofffabriken kleiner oder mittlerer Größe, und nur eine geringe Zahl von Klein- und Mittelbetrieben der chemischen Industrie im engeren Sinne. Auch im Bereich des DMV sank die Zahl der zu tariflichen Bedingungen beschäftigten Arbeiter bis Ende 1915 um ca. 7000 oder 36 % des Vorkriegsstandes. Allerdings gelang es 1916, diese Zahl wie-

der um etwa 37 500, 1917 um weitere 95 700 Beschäftigte zu steigern. Ende 1917 betrug die Zahl der tariflich erfaßten Metallarbeiter 257 667 – ein Wert, der 1918 nur unwesentlich überschritten wurde – und lag damit um 63 563 (32,7%) höher als vor Kriegsausbruch. Doch diese Verträge erstreckten sich noch immer ausschließlich auf Mittel- und Kleinbetriebe¹⁴⁶. Auch in den handwerklich-kleinbetrieblichen Gewerben, in denen die Arbeitsverhältnisse vor 1914 teilweise oder überwiegend tariflich geregelt waren, nahm die Zahl der Verträge und der von ihnen erfaßten Arbeiter während des Krieges ab, teils wegen der Verringerung der Beschäftigtenzahl infolge Einberufung der Arbeiter oder ihrer Abwanderung in die Kriegsin-
dustrie, teils weil die Betriebe geschlossen oder zusammengelegt wurden, teils weil manche Unternehmer die Schwächung der Gewerkschaften und die Apathie vieler ihrer Mitglieder nutzten, um sich der Fesseln des Tarifvertrages zu entledigen¹⁴⁷.

Fortschritte machte das Tarifvertragswesen nur in Gewerben, die während des Krieges in die Flaute gerieten, und solchen, die überwiegend für den Heeresbedarf produzierten. Im Holzgewerbe, wo es nur bezirkliche oder lokale Vereinbarungen gegeben hatte, wurden ab November 1916 die wichtigsten Fragen durch Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberschutzverband und dem Holzarbeiterverband für das ganze Reich geregelt¹⁴⁸. Im Frühjahr 1918 begannen sogar Besprechungen über einen Reichstarifvertrag; er wurde allerdings erst nach der Novemberrevolution geschlossen¹⁴⁹. Während des Krieges kamen die ersten Tarifverträge für das ganze Reich mit Unterstützung militärischer und ziviler Behörden in Branchen zustande, die fast ausschließlich das Heer belieferten, so 1915 für das Lederausüstungsgewerbe¹⁵⁰, 1917 für die Militärschuhmacher¹⁵¹, 1918 für die Treibriemenindustrie¹⁵². Mitunter erlangten sie auch für die nicht-organisierten Arbeitgeber dadurch Verbindlichkeit, daß das Kriegsministerium die Vergabe von Aufträgen von ihrer Anerkennung abhängig machte¹⁵³.

Die Auseinandersetzung um den Arbeitsnachweis

Auch in der Arbeitsnachweisfrage blieben die alten Fronten bis Kriegsende nahezu unverändert. Viele Arbeitgeber beobachteten mit Sorge und Empörung, daß die Behörden die öffentlichen und gemeinnützigen Arbeitsnachweise denen der Arbeitgeber vorzogen¹⁵⁴. Von einer Förderung der öffentlichen Nachweise befürchteten sie eine weitere Unterordnung ihrer Interessen in der Arbeitsvermittlung unter soziale Gesichtspunkte, etwa in der Form, daß die öffentlichen Nachweise versuchen könnten, »sämtliche vor-

handenen Arbeitskräfte unterzubringen, um ... der Arbeitslosigkeit zu steuern« und »möglichst wenig Personen der Armenverwaltung zur Last fallen zu lassen«, einen immer stärkeren Einfluß auf die Arbeitsbedingungen auszuüben und den Betrieben schließlich sogar Auflagen für die Vermittlung von Arbeitskräften zu machen. Außerdem trat nach ihrer Ansicht in den öffentlichen Nachweisen »der sozialdemokratische Einfluß ganz besonders stark« hervor; dort kämen als Arbeitsvermittler »doch nur Gewerkschaftler ans Ruder«, die mit allerlei Tricks, gegen die man keine Handhabe besitze, den Arbeitssuchenden den Gewerkschaftsbeitritt mehr oder weniger massiv nahelegten¹⁵⁵.

Der Hauptausschuß appellierte daher an die Arbeitgeber, mit den Wirtschaftsfriedlichen »die Bestrebungen der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie gemeinsam [zu] bekämpfen«¹⁵⁶. Die Vertreter der Arbeitgeberrachweise drückten ihre »bestimmte Erwartung« aus, daß sie »in ihrer Eigenart unangetastet bleiben und in ihrer Bewegungsfreiheit keinesfalls gehindert werden« würden¹⁵⁷. Die VDA forderte im März 1918, daß insbesondere bei der Wiedereinstellung der Millionen von Kriegsteilnehmern die Arbeitgeberrachweise »in unbedingt gleichem Maße herangezogen werden wie die öffentlichen Nachweise« und jeglicher Zwang bei der Arbeitsvermittlung zu unterbleiben habe¹⁵⁸.

Unterdessen ging die Neugründung von Arbeitsnachweisen der Arbeitgeber weiter. 1916 riefen der Arbeitgeberverband für die Provinz Sachsen und der Schutzverband der deutschen Steindruckereibesitzer neue Nachweise ins Leben, desgleichen der Arbeitgeberverband Staßfurt¹⁵⁹. 1917 gründete der Fabrikantenverband des Bezirks Arnberg »unbekümmert um die Haltung der Behörden« einen Nachweis in Hemer, 1918 weitere in Schwerte und Neheim¹⁶⁰. Allerdings stießen die Arbeitgeber dabei auf wachsende Schwierigkeiten. Der letztgenannte Verband wurde in Neheim im Juli 1918 durch mehrere turbulente Protestversammlungen der Arbeiter zur Schließung des Nachweises gezwungen¹⁶¹. In der Frankfurter Metallindustrie scheiterte die Etablierung neuer Arbeitgeberrachweise am Widerstand der Gewerkschaften¹⁶², in Osnabrück verhinderte der öffentliche Arbeitsnachweis die Errichtung eines Nachweises der Metallindustriellen¹⁶³.

Mit Rücksicht auf die Haltung der Arbeitgeber und darauf, daß infolge des Arbeitskräftemangels und der Einschränkung der Arbeitsplatzwahl durch das Hilfsdienstgesetz eine gesetzliche Regelung nicht akut war, unternahm die Reichsleitung seit 1916 keine Schritte mehr zur Reform der Arbeitsvermittlung. Die preußische Regierung lehnte im Frühjahr 1917 gewerkschaftliche Vorstöße zum Ausbau der öffentlichen Arbeitsnachweise mit der Bemerkung ab, das mit der Bundesrats-Verordnung und den Mini-

sterialerlassen vom Sommer 1916¹⁶⁴ anvisierte Ziel, die öffentlichen Arbeitsnachweise dem Bedürfnis entsprechend auszubauen und in allen Stadt- und Landkreisen mindestens einen öffentlichen Nachweis einzurichten, könne »für einen großen Teil des Staatsgebiets ... vorläufig als erreicht oder doch nach Durchführung der einzelnen noch schwebenden Verhandlungen als gesichert« gelten; spätestens bis Dezember 1917 sollte dieses System lückenlos ausgebaut sein¹⁶⁵.

Die Gewerkschaften freilich fanden das Resultat wenig befriedigend. In Westfalen war im Herbst 1917 dem Correspondenzblatt zufolge »wohl eine Besserung eingetreten, jedoch keine durchgreifende Regelung«. Die Unternehmer- und Innungsnachweise – darunter das »Zwinguri« des Zechenverbandes – wirkten unangefochten weiter, die öffentlichen Arbeitsnachweise waren »längst nicht überall« paritätisch besetzt, und wenn, dann hatten die Behörden die Arbeitervertreter meist auf eine »ganz willkürliche« Art ausgewählt¹⁶⁶.

Außerhalb Preußens sah es ähnlich aus. In Sachsen hatte sich die Zahl der öffentlichen Arbeitsnachweise zwar während des Krieges verdreifacht; aber mehr als die Hälfte von ihnen wurde nicht paritätisch verwaltet, an mehr als zwei Dritteln waren die Gewerkschaften nicht beteiligt¹⁶⁷. In vielen Kommunen gab es wegen des Widerstands der Arbeitgeber überhaupt keinen öffentlichen Nachweis. Dafür bestanden zahlreiche andere Vermittlungseinrichtungen nebeneinander weiter, allein in Dresden über 90, in Leipzig über 70 und in Chemnitz über 40¹⁶⁸. In Hamburg zählte man sogar mehr als 20 Nachweise allein für weibliche Arbeitskräfte und weit über 100 für männliche; außerdem wurden hier jährlich noch 300 000–400 000 Stellen durch Nachfrage von Tür zu Tür besetzt. Allerdings begünstigte dieses Durcheinander die Durchsetzung der Gewerkschaftsforderungen; 1917 einigten sich alle interessierten Organisationen auf die Einrichtung eines gemeinnützigen Arbeitsnachweises, der etwa drittelparitätisch von Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- und Kommunalvertretern verwaltet wurde¹⁶⁹.

In Berlin übernahm die Stadt zwar Anfang 1917 den Centralverein für Arbeitsnachweis und legte damit den Grundstein für einen kommunalen Arbeitsnachweis des Groß-Berliner Industriebezirks¹⁷⁰. Im Laufe des Jahres schlossen sich ihm die Nachweise des Handels- und Transportgewerbes, der Holzindustrie, der Steinsetzer und Rammer sowie der Schuh- und Schäftefabrikation an¹⁷¹. Doch die großen Industriebetriebe lehnten ebenso wie die Großbanken eine Beteiligung an dieser oder ähnlichen paritätischen und öffentlichen Einrichtungen ab. Folglich arbeiteten in der Reichshauptstadt die Arbeitgebarnachweise und daneben zahlreiche gewerbliche und private Stellenvermittler bis Kriegsende weiter¹⁷².

Auch in einzelnen Gewerbebezügen kamen die Gewerkschaften ihren

Zielen kaum näher. In der Gastronomie spielten gewerbsmäßige und private Stellenvermittler, nicht selten den Arbeitgebern eng verbunden, nach wie vor eine erhebliche Rolle¹⁷³. In den Glasbetrieben behielten die Unternehmer das Vermittlungswesen sogar völlig in der Hand. Ohne Entlassungsschein des Arbeitgeberverbandes war hier ein Stellenwechsel praktisch ausgeschlossen, und durch den feinen Unterschied zwischen einem gedruckten und einem geschriebenen Schein wurde jeder Arbeiter sogleich als einwandfrei oder als mißliebige und verdächtig gekennzeichnet¹⁷⁴. Nur in den Gewerben, in denen es schon weitgehend Tarifverträge gab und in denen der Vertragsgedanke auch während des Krieges vorankam, machte die Einrichtung paritätischer Arbeitsnachweise deutliche Fortschritte. Im Baugewerbe etwa bestanden sie 1917 in fast allen größeren Orten¹⁷⁵. Eine generelle Regelung der Arbeitsvermittlung nach den Forderungen der Gewerkschaften brachte erst die Novemberrevolution.

Ebenso intransigent wie in der Arbeitsnachweisfrage zeigten sich die Industriellen gegenüber den anderen sozialpolitischen Forderungen, die die Gewerkschaften für die »Übergangswirtschaft« erhoben. In ihrer Denkschrift vom März 1918 lehnte die VDA eine Verpflichtung zur Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern in ihre früheren Arbeitsstellen ebenso ab wie einen Zwang zur Beschäftigung von Kriegsbeschädigten, trat der Forderung nach Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung¹⁷⁶ »mit aller Entschiedenheit« entgegen, sprach sich auch gegen andere Neuerungen in der Arbeiterversicherung aus und verwarf die Einführung von Mindestlöhnen und die Festsetzung einer Höchstarbeitszeit, um nicht »die volkswirtschaftlichen Zwecke in karitative, die Unternehmung in eine Wohltätigkeitsanstalt« zu verwandeln¹⁷⁷. Die Regierung verharrete in diesen Punkten gleichfalls in Untätigkeit, so daß die Gewerkschaften auch hier ihren Zielen keinen Schritt näher kamen.

Die Bilanz ihrer gesetzlich abgesicherten sozialpolitischen Erfolge wies bei Kriegsende also nicht mehr auf als die Vereinsrechtsnovelle, die Zulassung der freigewerkschaftlichen Eisenbahner-Organisation und die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung – gemessen an den Leistungen, die die deutsche Arbeiterschaft während des Krieges erbrachte, fürwahr ein mageres Ergebnis¹⁷⁸. Allerdings war aufgrund der sozialen Veränderungen und der Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse während des Krieges sicher damit zu rechnen, daß Unternehmer und Staat ihren Widerstand gegen die Forderungen der Gewerkschaften in absehbarer Zeit würden aufgeben müssen. Die Unternehmer stellten sich ungeachtet ihrer öffentlichen Ablehnung darauf ein. In der Regierung hingegen, die, zurückgezogen hinter die dicken Mauern der Ämter und Ministerien, in einem erstaunlichen Maße den Kontakt zur sozialen Wirklichkeit verloren hatte, überwo-

gen noch immer diejenigen, die mit Minimal- und Scheinkonzessionen an die Arbeiterschaft oder gar mit völliger Untätigkeit glaubten auskommen zu können. So unterließ sie den Versuch, mit entschiedenem Druck die latente Konzessionsbereitschaft unter den Industriellen zu vergrößern und die sozialpolitischen Neuerungen, die beim Zusammenbruch unabweisbar wurden, so rechtzeitig durchzusetzen, daß die sozialen Spannungen, die das Kriegsende mit sich brachte, nicht einen Kollaps des politischen Systems nach sich zogen. Fixiert auf enge Klassen- und vermeintliche Staat-sinteressen war die Regierung nahezu blind für die Gefahren, die sich um sie herum zusammenbrauten. Als politische Führungsinstanz hatte sie abgedankt, lange bevor die Minister zur Aufgabe ihrer Ämter gezwungen wurden.

12. Kapitel: Die soziale Lage der lohnabhängigen Massen 1916–1918

Lebensmittelnot, Konsumgütermangel, Lohnrückgang

Die Masse der Arbeiterschaft interessierten diese Fragen indessen nur am Rande oder gar nicht. Sie hatte näherliegende Existenzsorgen, denn ihre Lage verschlechterte sich in den letzten beiden Kriegsjahren noch mehr. Das schlimmste war die chronische Lebensmittelnot¹. Die Menge der zur Verfügung stehenden Lebensmittel ging bis Kriegsende weiter zurück, dementsprechend auch die Rationen pro Kopf der Bevölkerung². Auch die Qualität der Lebensmittel sank vielfach auf einen Bruchteil des Vorkriegswertes³. 1918 betrug der Nährwert der zugeteilten Lebensmittel nur noch knapp die Hälfte des Energiebedarfs für mittelschwere Arbeit⁴. Da die Regierung aus Rücksicht auf die Produzenten radikale Eingriffe in den Agrarmarkt nach wie vor unterließ⁵, trieb die Verknappung die Preise weiter in die Höhe. Selbst für die rationierten Lebensmittel betrug die Preissteigerung bis Kriegsende rund 140% gegenüber dem Vorkriegsstand, nach anderen Berechnungen sogar rund 200%⁶, wobei auch dieser Wert eher zu niedrig als zu hoch bemessen scheint.

Je schlechter die Lebensmittelversorgung wurde, desto größere Teile der Bevölkerung suchten nach Auswegen aus der Notlage. Aus den Städten zogen Arbeiter oder ihre Frauen zumal am Wochenende zum »Hamstern«

in die umliegenden Landgebiete in der Hoffnung, bei den Bauern gegen Geld oder Tauschgegenstände einige zusätzliche Lebensmittel erwerben zu können. Behördliche Ermahnungen dagegen blieben wirkungslos; denn die »Angst . . ., in der Ernährung nicht mehr auskommen zu können«, wurde immer größer⁷. Freilich sahen die Bauern diese Scharen ungebetener Gäste oft keineswegs gern. Vom Hunger getrieben, waren sie häufig zudringlich und machten sich mitunter eigenhändig an die Ernte der Feldfrüchte. Der Hamsterer selbst bemächtigte sich Erbitterung und »unbeschreibliche Erregung«⁸, wenn sie auf den Dörfern kleine Mengen von Lebensmitteln hatten erwerben können, diese aber auf der Heimfahrt entschädigungslos an Gendarmen abliefern mußten. Denn so ohnmächtig oder untätig die unteren Verwaltungsbehörden der Lebensmittelhinterziehung und dem Schleichhandel im großen Stil gegenüberstanden, mit um so größerem Eifer stürzten sie sich auf die kleinen Hamsterer, deren sie in Eisenbahnen und auf Bahnhöfen leicht habhaft werden konnten⁹. Nach allgemeiner Empfindung, berichtete ein Vertrauensmann dem Leipziger Generalkommando im Sommer 1918, sei ein solches Vorgehen der Polizei »der reine Raub und mit den gesetzlichen Bestimmungen unvereinbar«¹⁰.

Für die Arbeiterschaft blieb diese Methode der Ernährungsaufbesserung allerdings unbedeutend. Nicht anders stand es mit dem Versuch, einen Teil des Bedarfs selbst zu decken, durch Gemüsebau im eigenen Garten, Kleinviehzucht¹¹ oder »eine unsachgemäße Benutzung der Wohnungen ganz eigener Art«, wie sie sich in den letzten Kriegsjahren häufte: »Kleinvieh aller Art, Geflügel, sogar Schweine wurden in Wohnungen, Kellern, auf Balkonen, in Käfigen, in Ställen auf den Höfen untergebracht, um dem Mangel an Nahrungsmitteln und der Fettnot abzuhelfen.«¹²

Für die Lebensmittelversorgung der Industriearbeiter wichtiger wurde es, daß die Großbetriebe, in erster Linie die Rüstungsunternehmen, eigene Zusatzversorgungssysteme aufbauten. Dazu bedienten sie sich des schwarzen Marktes, der durch diese Massenaufkäufe erst recht in Schwung kam. In den Werksdirektionen kursierten Adressen, von denen Lebensmittel unter der Hand bezogen werden konnten, »und zwar waggonweise«¹³. Hierdurch wurde die staatliche Bewirtschaftung noch mehr durchlöchert. Bis Kriegsende nahm der Schleichhandel einen derartigen Umfang an, daß Oberst Bauer befürchtete, er zerstöre »die ganze Moral und das gesamte Wirtschaftsleben«; im August 1918 hielt Bauer sogar »schwere Streiks« für möglich, »die alle indirekt auf den Schleichhandel zurückzuführen« seien; der jedoch war wegen des unzulänglichen Erfassungs- und Verteilungssystems seiner Meinung nach nicht mehr zu beseitigen¹⁴. Im Interesse einer möglichst ungestörten Rüstungsproduktion wurde deshalb die Betätigung der Rüstungsunternehmen auf dem schwarzen Markt von den Behörden

stillschweigend geduldet oder sogar insgeheim unterstützt¹⁵, schließlich sogar legalisiert, indem sie die Werke als eigene Kommunalverbände anerkannten¹⁶.

Trotzdem blieben die Ernährungsverhältnisse für viele Rüstungsarbeiter und erst recht für die meisten Arbeiter der nicht kriegswichtigen Industriezweige ungenügend. Im Winter 1918 war die Lebensmittelversorgung im Ruhrgebiet so schlecht, »daß vielfach die Leute die ihnen zur Einkellerung überwiesenen Kartoffeln trotz aller Warnung vorzeitig aufgegessen haben«¹⁷. Im Juli 1918 herrschte so großer Mangel an Kartoffeln, daß im Landkreis Essen »die Leute die Kartoffeln und selbst die unreifen Herbstkartoffeln schon aus den Äckern herausreißen und nachts stehlen, um wenigstens einigermaßen ihren Hunger stillen zu können«¹⁸. Einen Monat später brachen an der Ruhr infolge der Lebensmittelknappheit Streiks aus, selbst in Gegenden, in denen es im April 1917 und Januar 1918 ruhig geblieben war¹⁹.

Zur gleichen Zeit erhielten die Bewohner der erzgebirgischen Textilbezirke pro Tag nur zwei Kartoffeln und sehr wenig Brot. Hier ließen sich bereits »sehr viele Fälle« verzeichnen, »wo die Leute auf der Straße« umfielen. »Wenn noch ein Jahr Krieg ist«, hieß es in einem Bericht, »wird die Bevölkerung hier zugrunde gerichtet sein.« Das galt auch für andere Gegenden. Im Reichsdurchschnitt waren 1918 37% aller Todesfälle auf Unterernährung zurückzuführen²⁰. Im September 1918 ging in Berlin wegen der katastrophalen Ernährungsverhältnisse einem Bericht des DMV-Ortsvorsitzenden zufolge »ein Zug tiefster Mißstimmung durch die Bevölkerung«, so stark, daß sie »durch keine Beschwichtigungsrede mehr beseitigt werden kann«²¹. Hier glaubte mittlerweile niemand mehr daran, daß das Kriegsernährungsamt »ernstlich gewillt ist, die Maßnahmen zu treffen, die nötig sind, um die ärmere Bevölkerung vor Auswucherung zu schützen«²². Zwei Monate vor Kriegsende hatte die Empörung über die Ernährungsverhältnisse ein solches Ausmaß erreicht, daß Generalkommission und SPD-Vorstand einen Zustand kommen sahen, »der verhängnisvoll werden muß, wenn die Regierung nicht endlich entschlossen ist, mit jeder Begünstigung der Produzenteninteressen zu brechen und den Lebensbedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen«²³. Aber mehr als die Zusage, die Ernährungslage werde »ganz bestimmt . . . nicht schlechter werden«²⁴, ließ sich die Reichsleitung nicht entlocken, ein Trost, der selbst bei den Gewerkschaftsführern nur noch »Unzufriedenheit und Verstimmung« auszulösen vermochte²⁵.

Zur Nahrungsmittelnot gesellte sich Konsumgütermangel. Infolge der Rohstoffknappheit und des Vorrangs der Rüstungsproduktion nahm die Herstellung von Konsumgütern quantitativ und qualitativ ab²⁶. Da sich das

staatliche Bewirtschaftungssystem hier ebenfalls als weitgehend unwirksam erwies, vervielfachten sich auch auf diesem Sektor die Preise. Zwischen Juli 1914 und Oktober 1918 stiegen sie für Schuhe um das 5,5fache, für Textilien um das 9,7fache. »Für Kleidung, Schuhe, Wäsche, Haushalts- und Wirtschaftsgegenstände müssen Phantasiepreise gezahlt werden, die für die meisten unerschwinglich sind«, hieß es in einer gemeinsamen Eingabe von Generalkommission und SPD-Vorstand vom September 1918²⁷. Vielen blieb nichts anderes übrig, als alte, zerschlissene Kleidungsstücke notdürftig zu flicken oder zerlumpt herumzulaufen. Noch krasser als vorher machte so der Krieg die sozialen Unterschiede äußerlich erkennbar. Welche Erbitterung diese Verarmung auslöste, läßt eine Denkschrift des politisch keineswegs radikalen Vorstands des Dachdeckerverbandes vom Sommer 1918 erkennen, in der es hieß: »Entweder die Regierung findet den Mut, die elenden Preistreiber wirklich aufzuhängen, wenn es Galgen genug für sie gibt, oder sie stellt den Bedarf für die Arbeiter sicher, wie die Kleidung für die Soldaten. . . . Die Regierung sehe schnell ein, daß wir so, wie es heute steht, einfach wirtschaftlich erdrückt werden.«²⁸

Lebensmittel- und Konsumgütermangel trafen die Arbeiterschaft vor allem deshalb besonders hart, weil die Reallöhne immer weiter hinter den Lebenshaltungskosten zurückblieben. Während diese 1918 um mehr als 200 % – in Ballungsgebieten wie Berlin noch erheblich höher – über dem Vorkriegsniveau lagen²⁹, wiesen die Löhne fast aller Arbeitergruppen deutlich niedrigere Steigerungsraten auf. Sie schwankten zwischen knapp 200 % in der Elektro- und 50 % in der Nahrungsmittelindustrie³⁰. Bei Berücksichtigung regionaler Unterschiede werden diese Abstände noch größer³¹. Zwar verringerten sich in der zweiten Kriegshälfte die Einkommensunterschiede zwischen den Beschäftigten verschiedener Branchen, ebenso diejenigen zwischen einzelnen Arbeiterkategorien – etwa gelernten und ungelernten, männlichen und weiblichen, jugendlichen und erwachsenen Beschäftigten –; auch verlief – nicht zuletzt infolge der großen Streiks – ab Frühjahr 1917 die Lohnentwicklung der Preisentwicklung etwa parallel und überholte sie schließlich sogar, so daß gegen Kriegsende der Abstand zwischen Lebenshaltungskosten und Reallöhnen wieder geringfügig abnahm³². Nichtsdestoweniger vermochte lediglich ein kleiner Teil der Arbeiterschaft sein Reallohnniveau zu halten, ein noch kleinerer es zu steigern³³.

Die Mehrheit konnte daher den zunehmenden Mangel an Lebensmitteln und Konsumgütern nicht durch Zukäufe auf dem schwarzen Markt ausgleichen oder mildern. Ihre Lebensverhältnisse wurden ständig schlechter³⁴. »Es reicht nicht für die Schleichhandelspreise, von den rationierten Waren werden wir nicht satt. . . . Verschiedene Artikel sind heute um das

20fache im Preis gestiegen, der Lohn nur um die Hälfte. Wir können nicht mehr mit, wir sind am Ende.« So klagten die Dachdecker im Sommer 1918³⁵, und auch die christlichen Gewerkschaften konstatierten, daß die Löhne »nicht anders wie als Hungerlöhne bezeichnet werden können«³⁶.

Die wenigen Ausnahmen aber – Spezialarbeiter der Rüstungsbetriebe oder Arbeiter, deren Familienangehörige ebenfalls in der Kriegsindustrie arbeiteten und die deshalb gemeinsam einen hohen Familienverdienst erzielten³⁷ – wurden von manchen unternehmerfreundlichen Blättern als typische Beispiele ausgegeben. Bilder des Proleten, der von Delikatessen lebte und Sektgelage in teuren Restaurants hielt, die die frühere bürgerliche Stammkundschaft zu besuchen sich nicht mehr leisten konnte, von Arbeiterfrauen, die Wäsche, Kleidung und Manufakturwaren zusammenrafften und ihren Kindern teures Spielzeug kauften, sowie von Jungarbeitern, die ein ausschweifendes Leben mit lockeren Geldscheinen und lockerer Moral führten, wurden zu festen Requisiten der bürgerlichen Publizistik in der letzten Kriegszeit³⁸. Die Redaktion der DVC eröffnete ihren Lesern im Mai 1918, »daß die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer sich während des Krieges außerordentlich günstig gestaltet« habe, so daß »in den Städten wenigstens die Arbeiter in der Lage sind, ... sich Gänse, Schinken, Butter zu Überpreisen zu leisten, teure Rotweine zu kaufen, Anzüge zu 300 Mark zu bestellen«, daß in den Theatern von Hannover und Frankfurt »auf den besseren Rängen ... fast alle Plätze von Arbeiterfrauen besetzt« seien und daß die Juweliere im Braunschweigischen »nicht genug Schmuckgegenstände« beschaffen könnten, »um der riesig gesteigerten Nachfrage aus den Kreisen der arbeitenden Massen zu genügen«³⁹.

Derartige Lohnlegenden dienten nicht nur dazu, die Behauptung der »ungesunden und unberechtigten Höhe« der Löhne⁴⁰ zu untermauern oder Lohnforderungen als unbegründet und moralisch verwerflich darzustellen und die Behörden zu ihrer Ablehnung zu veranlassen⁴¹. Sie waren zugleich darauf angelegt, in der Öffentlichkeit eine Stimmung für eine Senkung der Löhne und eine »Steigerung der gewerblichen Arbeitsleistung und Arbeitsausbeute« zu schaffen, die die Industriellen in ihren Überlegungen zur Übergangswirtschaft seit 1917 offen propagierten⁴². Darüber hinaus sollten sie der Auffassung Vorschub leisten, die Lohnaufbesserungen für die Arbeiterschaft seien schuld an der allgemeinen Teuerung und am Absinken des Lebensstandards der übrigen Volksschichten, um die Ressentiments des noch schwerer von den Auswirkungen des Krieges betroffenen Mittelstands gegen die Arbeiterschaft zu verstärken und einer Solidarisierung beider Schichten entgegenzuwirken.

Ob diese Propaganda ihr Ziel erreichte, ist zweifelhaft. Zweifellos aber trug sie zur weiteren Verschlechterung der Beziehungen zwischen Arbei-

terschaft und Industriellen bei. Viele Arbeiter, die ohnehin das Gefühl hatten, man wolle sie »öffentlich ... versteigern« und noch ihre »letzte Nervenzelle in Kriegsgewinn ... verwandeln«⁴³, empfanden die »vielfachen tendenziösen Behauptungen von den hohen Arbeiterlöhnen«⁴⁴ als den »Gipfel demagogischer Verhetzungskunst«⁴⁵, und dies um so mehr, als manche Betriebe ihre Beschäftigten sogar noch um einen Teil des Lohns zu prellen suchten. Einige Zechen ordneten an, die Förderwagen so zu beladen, daß sie voll über Tag ankamen, widrigenfalls die Arbeiter mit einer Geldstrafe belegt wurden⁴⁶.

In der Textilindustrie verweigerten viele Arbeitgeber die Zahlung von Mindestlöhnen, auf die der Textilarbeiterverband wegen der ungünstigen Einkommensverhältnisse in diesem Wirtschaftszweig drängte⁴⁷. Wo er sie durchsetzen konnte, fielen sie dank dem Zusammenwirken von Fabrikanten und Staatsvertretern nicht selten derartig gering aus, daß die Arbeiter sie als »Skandal« empfanden⁴⁸, zumal selbst solche Mindestlohnsätze oft nur akademischen Wert hatten, weil viele Unternehmer sie nicht beachteten⁴⁹. Infolgedessen war die Armut unter den Textilarbeitern so groß, daß sie sich selbst nicht einmal in den dringendsten Fällen das Produkt ihrer eigenen Arbeit leisten konnten. So ermittelten bürgerliche Frauenvereine, »daß armen Frauen bei der Niederkunft irgendwelche Stoffunterlage nicht zur Verfügung stand; alte Säcke und schmutzige Lumpen mußten die Stelle vertreten«⁵⁰.

Arbeitszeit und Gesundheitsverhältnisse

Der Reallohnrückgang hätte sich für viele Arbeiter noch stärker ausgewirkt, wenn nicht in fast allen Industriezweigen die Arbeitszeit während des Krieges verlängert worden wäre. In Oberschlesien dauerte bis Kriegsende die Schichtzeit für 60 % der Bergarbeiter 10 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt, für 33 % 9 Stunden und nur für 7 % 8 Stunden⁵¹. In den Chemiewerken des Frankfurter Raums wurde die Arbeitszeit, die vor dem Krieg 8 bis 10 Stunden betragen hatte, auf 11 bis 12 Stunden erhöht. Selbst die gefürchtete 24-Stunden-Schicht kehrte zurück, gleichermaßen für Männer und Frauen⁵². Überall in der Kriegsindustrie bürgerten sich darüber hinaus Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit von Jahr zu Jahr mehr ein⁵³, von der Arbeiterschaft notgedrungen hingenommen oder gar als Mittel zur Aufbesserung der unzureichenden Löhne »freiwillig« akzeptiert⁵⁴. Ähnliche oder mitunter sogar noch längere Arbeitszeiten waren auch in den nicht kriegswichtigen Branchen üblich: hier suchten die Unternehmer ihre schlechten Absatz- und Gewinnmöglichkeiten auf Kosten ih-

rer Arbeiter zu verbessern. So dauerte in der keramischen Industrie Oberfrankens die Arbeitszeit bis zu 80 Stunden pro Woche⁵⁵. Selbst Frauen und Jugendliche blieben von diesen Leistungsanforderungen nicht ausgenommen, und die Zahl der Überstunden und Nachtschichten, die die Gewerbeaufsichtsbeamten für sie bewilligten, stieg unablässig⁵⁶.

Unterernährung und Überarbeitung führten zu einer Zerrüttung der Volksgesundheit und einem deutlichen Rückgang der physischen Leistungsfähigkeit. Im Sommer 1917 meldeten die Bergarbeiterverbände aus dem Ruhrgebiet, »daß Bergarbeiter bei der Arbeit zusammenbrachen, andere nicht ihrer Arbeit nachgehen können, da es ihnen an Lebensmitteln fehlt«⁵⁷. In der Oberlausitz weigerten sich Textilarbeiterinnen, zwei Webstühle zugleich zu bedienen, weil sie die dazu nötigen Kräfte nicht mehr aufzubringen vermochten⁵⁸.

Die Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten sank auf einen Tiefpunkt. Die Zahl der Tbc-Erkrankungen wuchs mit erschreckender Schnelligkeit, vor allem unter den Arbeiterinnen, wobei sich die Sterblichkeit verdoppelte⁵⁹. Auch bei Lungenentzündung, Diphtherie und Kindbettfieber nahmen die Fälle mit tödlichem Ausgang zu⁶⁰. Gegenüber 1913 stieg die Sterblichkeit 1916 um 14 %, 1917 um 32 % und 1918 um 37 %. Im Sommer 1918 forderte eine Grippeepidemie nicht weniger als 200 000 Todesopfer⁶¹. Begünstigt wurde diese Entwicklung dadurch, daß die Unterstützungssätze der Krankenkassen trotz der Teuerung auf dem Vorkriegsstand blieben. Aus Angst vor der Notlage, in die ein Verdienstaustausfall sie und ihre Familie stürzte, schleppten sich viele erkrankte Arbeiter so lange zur Arbeit, bis sie zusammenbrachen, oder suchten erst dann einen Arzt auf, wenn die Krankheit bereits ein fortgeschrittenes Stadium erreicht hatte⁶².

Unterernährung und Überarbeitung trugen in Verbindung mit dem Rückgang der Betriebssicherheit infolge der Vernachlässigung von Schutzvorkehrungen⁶³, des Aufschubs notwendiger Reparaturen und des weitgehenden Ausfalls der Sicherheitskontrollen⁶⁴ dazu bei, daß auch die Zahl der Betriebsunfälle anstieg. Sie lag 1917 in der Kriegsindustrie um rund ein Drittel höher als vor dem Krieg; die Zahl der tödlichen Unfälle verdreifachte sich sogar⁶⁵. In überdurchschnittlich hohem Maß fielen ihnen Frauen und Jugendliche zum Opfer⁶⁶, die erst während des Krieges in die Betriebe gekommen waren⁶⁷. Nach wie vor wurden Arbeiterinnen auch zu schweren und schwersten Arbeiten herangezogen und selbst an die gefährlichsten Maschinen gestellt⁶⁸, und die Behörden genehmigten Ausnahmen von den für sie und für Jugendliche geltenden Schutzvorschriften in solchem Umfang, »daß es beinahe deren Aufhebung« gleichkam, wie das Reichsamt des Innern 1917 rügte⁶⁹.

Zwar entstanden im Zuge des Hilfsdienstgesetzes im Kriegsamts und in

allen Kriegsamtstellen Frauenreferate⁷⁰, doch setzte schon bald ein Kampf der Schwerindustrie und ihrer Sympathisanten in der militärischen und zivilen Bürokratie gegen die Leiterin des Referats im Kriegsamt ein⁷¹; auch manchen Frauenreferaten in den Kriegsamtstellen wurden von Arbeitgebern anhaltende Schwierigkeiten gemacht⁷². Die gewerkschaftliche Forderung, in allen Rüstungsbetrieben Gewerbeaufsichtsbeamtinnen zu beschäftigen, die die Arbeitsplätze der Frauen kontrollieren, für ihre ausreichende Ernährung und eine befriedigende Unterbringung und Versorgung ihrer Kinder sorgen sollten, blieb weithin unerfüllt. Entgegen einer Empfehlung des Kriegsamts versagten sich die Unternehmer ihrer Anstellung in »hartnäckiger Weise«, wie Groener voll Bitterkeit über die »Sorglosigkeit der Unternehmer für Gesundheit und Leben ihrer Arbeiterinnen« nach Kriegsende notierte⁷³. Sofern sie sich schließlich zur Einstellung sogenannter Fabrikpflegerinnen bequerten, wurden diese mit wenigen Ausnahmen bürgerlichen Kreisen entnommen, und statt den Arbeiterinnen im Betrieb mit Rat und Tat beizustehen, übernahmen sie nicht selten Disziplinierungsfunktionen, indem sie Arbeiterinnen nach Feierabend und an Sonntagen überwachten und Einfluß auf ihre Einstellung und Entlassung nahmen⁷⁴. Infolgedessen blieben – abgesehen von den übrigen Arbeitsbedingungen – Aufenthaltsräume und ärztliche Betreuung der Arbeiterinnen »ungenügend« und die Zahl der Kindergärten, Horte, Stillstuben und ähnlicher Einrichtungen an vielen Orten »absolut unzureichend«⁷⁵.

Wohnverhältnisse und Arbeitsleistung

Auch die Wohnverhältnisse verschlechterten sich für viele Arbeiter und ihre Familien. Mit der Zuwanderung in die Zentren der Kriegsindustrie – allein die Belegschaftsstärke von Krupp in Essen wuchs von 1914 bis Oktober 1918 von rd. 40000 auf 115000⁷⁶ – stieg die Nachfrage nach kleinen und billigen Wohnungen. Außerdem suchten viele Familien, deren Ernährer gefallen war, kleinere Wohnungen, ebenso zahlreiche Familien des Kleinbürgertums und des unteren Mittelstandes, die im Kriege verarmten. Der Neubau von Wohnungen aber sank fast auf den Nullpunkt, weil der Bau militärischer Anlagen und Rüstungsfabriken die Baumaterialien verschlang und die wenigen Bauarbeiter absorbierte. Infolgedessen machte sich ein immer stärkerer Mangel an Wohnungen bemerkbar, und die Mieten gingen in die Höhe, durchschnittlich um 15–25 %, an manchen Orten sogar bis 100 %. Zugleich verschlechterte sich der Zustand der vorhandenen Wohnungen, da viele Hausbesitzer infolge der Verarmung ihrer Mieter keine oder nur einen Teil der Mieten erhielten⁷⁷ und notwendige Reparaturen

nicht vornehmen lassen konnten. Fehlte es nicht an Geld, so an Material und Handwerkern.

Um die Wohnraumknappheit zu lindern, wurden leerstehende Läden, Gaststätten und Schulen oder kaum bewohnbare Keller- und Bodenräume zu Unterkünften hergerichtet⁷⁸. Wo auf dem Lande neue Rüstungsfabriken oder Militärbauten entstanden, mußten die Arbeiter mit Massenquartieren in schnell aufgestellten Baracken, geräumten Tanzsälen, selbst in Ställen oder in anderen Notunterkünften vorliebnehmen⁷⁹. Trotzdem nahm der Wohnungsmangel so zu, daß Bayern kurz vor Kriegsende die Wohnraumrationierung einführte⁸⁰. Im Ruhrgebiet, wo im Frühjahr 1918 allein in Essen 10000 und in Dortmund 2000 Wohnungen fehlten, war die Lage schließlich so unerträglich, daß sich die Militärbehörde im Juni 1918 trotz der Proteste der Werks- und Zehndirektionen zur Einschränkung des Kündigungsrechts für Werkswohnungen gezwungen sah⁸¹.

Die Gewerkschaften, die schon 1917 für den Zeitpunkt der Rückkehr der Millionen Kriegsteilnehmer eine »Katastrophe« auf dem Wohnungsmarkt prophezeiten⁸², forderten deshalb im Einklang mit bürgerlichen Organisationen wiederholt staatliche Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot einschließlich einer durchgreifenden Bodenrechtsreform⁸³. Mehr als die Zusage Preußens, sich mit 20 Millionen Mark an gemeinnützigen Bauvorhaben zu beteiligen und 10 Millionen für Hypothekendarlehen bereitzustellen, erreichten sie jedoch nicht. Gegenüber dem Vorkriegsstandpunkt der preußischen Regierung, die Befriedigung der Wohnungsbedürfnisse der Bürger sei keine Aufgabe des Staates und würde ihn auf sozialistische Abwege bringen, bedeutete dies zwar einen »völligen Umschwung«⁸⁴, angesichts der konkreten Notlage aber nur einen Tropfen auf den heißen Stein.

Unter diesen Bedingungen sanken ab 1917 die Arbeitsleistungen der meisten Industriearbeiter. Duisberg schätzte im August 1917 die Minderleistung auf durchschnittlich 20 %, Bauer im Juni 1918 auf rund ein Drittel gegenüber dem Vorkriegsstand⁸⁵. 1918 lagen in den Steinkohlenrevieren die Schichtleistungen bis zu 25 % unter dem Vorkriegsniveau⁸⁶. Seit dem Sommer 1918 machte sich ein weiterer Leistungsabfall bemerkbar⁸⁷. Weder Drohungen noch die Praxis einiger Eisen- und Stahlwerke im Ruhrgebiet, Teuerungszulagen nur den Arbeitern zu gewähren, die während eines bestimmten Zeitraums »nicht gebummelt« hatten⁸⁸, vermochten den Leistungswillen anzuspornen. Die Überarbeitung und Erschöpfung erreichte in den letzten Kriegsjahren ihre Grenze. Die schlesischen Textilarbeiter weigerten sich schon 1916, ihre wöchentliche Arbeitszeit von 4 auf 5 Tage zu verlängern, mit der Begründung, »daß sie nicht mehr die Kraft zur Arbeit für so viele Arbeitstage pro Woche aufbringen könnten«⁸⁹. Bei den

Arbeitern der Rüstungsindustrie läßt sich die Annäherung an den Extremwert daran erkennen, daß sie 1917 zaghaft, 1918 aber sehr vernehmlich nicht mehr allein Lohnerhöhungen zum Ausgleich der Teuerung, sondern auch Arbeitszeitverkürzungen wegen des Nachlassens ihrer Kräfte forderten⁹⁰.

Die Industriellen stemmten sich mit aller Macht gegen derartige Ansinnen⁹¹, in erster Linie deshalb, weil sie befürchteten, durch eine Arbeitszeitverkürzung würde die Arbeiterschaft so »verwöhnt« werden⁹², daß nach Kriegsende die Wiederausdehnung erheblichen Schwierigkeiten begegnen würde. Die Notwendigkeit hierzu predigten sie wie den Lohnabbau schon lange, bevor der Krieg zu Ende war⁹³. Mit dem Hinweis auf vermeintliche militärische Auswirkungen gelang es ihnen, die Behörden weitgehend davon abzuhalten, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zu unterstützen⁹⁴. Nur wenige Arbeitergruppen erreichten daher eine Reduzierung, und wo sie durchgesetzt wurde, stand sie mitunter lediglich auf dem Papier⁹⁵. Für die Massen der Arbeiterschaft trat eine spürbare Minderbeanspruchung erst mit der gesetzlichen Einführung des 8-Stunden-Tages im November 1918 ein.

Proletarisierung der Angestellten

Stärker noch als die materielle Lage der Arbeiterschaft verschlechterte sich die der rund zwei Millionen Angestellten. Ihre Einkommen blieben noch weiter hinter den Preissteigerungen zurück. In der Krise nach Kriegsausbruch setzten viele Betriebe ihre Gehälter um ein Drittel, um die Hälfte oder selbst um zwei Drittel herab. Unter Berufung auf den mit dem Krieg eingetretenen übergesetzlichen Notstand kürzten sie darüber hinaus die Kündigungsfristen, manche sprachen sogar fristlose Kündigungen aus⁹⁶. Obwohl viele Gehaltskürzungen allmählich rückgängig gemacht wurden⁹⁷, lag Ende 1916 das nominelle Durchschnittseinkommen der Angestellten noch immer um 6 % unter dem Vorkriegsstand⁹⁸. Ein Jahr später waren die Gehälter der Handlungsgehilfen zwar um rund 18 % über den Vorkriegsstand gestiegen, gleichzeitig hatte die Teuerungsrate jedoch schon Werte von 100–200 % erreicht⁹⁹. Selbst in der florierenden Kriegsindustrie fielen die Angestelltengehälter zurück¹⁰⁰. Die Einkommen vieler, insbesondere der weniger mobilen und manchmal weniger leistungsfähigen älteren Angestellten sanken damit unter die Löhne der Arbeiter, teilweise sogar derjenigen, denen sie – etwa als Werkmeister – vorgesetzt waren¹⁰¹.

Diese Entwicklung hatte tiefgreifende Folgen für ihren Lebensstandard und ihr Statusgefühl. Vor dem Krieg brauchten die Angestellten einen klei-

neren Teil ihren Einkommens als die Arbeiter für Lebensmittel aufzuwenden; sie konnten einen größeren Anteil für bessere Kleidung, für anspruchsvollere Wohnungen und deren Ausstattung sowie für die Befriedigung kultureller Bedürfnisse ausgeben. Jetzt aber wurden Ausgaben, die nicht unmittelbar der Reproduktion der Arbeitskraft galten, immer seltener möglich; am Ende reichten in vielen Fällen die Gehälter kaum noch zum Erwerb der notwendigsten Lebensmittel. Wer konnte, griff auf Sparguthaben zurück; deren Wert verfiel freilich bei der inflationären Preisentwicklung so rapide, daß auch sie in oft unerwartet kurzer Zeit dahinschwanden. Andere belasteten ihr Eigentum mit Hypotheken und Krediten; aber die Lasten, die sie sich damit aufbürdeten, überstiegen in vielen Fällen bald ihre Kräfte. Deshalb war es schon 1917 keine Seltenheit, daß Angestellte Möbel und andere bewegliche Besitztümer verkauften oder verpfändeten, weil sie keinen anderen Ausweg mehr aus ihrer Notlage sahen¹⁰². Viele konnten ihre Kleidung, der für die äußere Unterscheidung der »Stehkragenproletarier« von der Arbeiterschaft eine bedeutsame Funktion zukam, nicht standesgemäß erhalten, geschweige denn erneuern, zumal Bekleidungsgegenstände die höchsten Teuerungsraten aufwiesen. Ihre Proletarisierung wurde folglich bereits an ihrem äußeren Aufzug erkennbar. »Dieser Jammer und dieses Elend im Angestelltenstande ist nicht mehr mit anzusehen«, klagte der Vorsitzende des DHV im Herbst 1917 und forderte dringend »durchgreifende Maßnahmen«¹⁰³.

Die aber blieben aus. Die Folge war steigende Erbitterung: gegen die Unternehmer, die die Angestellten selbst bei ausgezeichneter Gewinnlage so verarmen ließen; gegen den Staat, der ihnen nicht half, und zum Teil auch gegen die Arbeiter, denen es relativ besser ging. Sogar der Vorsitzende des konservativ-ständischen DHV äußerte im Herbst 1917 »ernsteste Befürchtungen für die Gegenwart« wie für die Demobilisierungsphase und hielt es für »einfach unmöglich, die Stimmung weiterhin hochzuhalten, wenn nicht endlich die vielfachen, von der Mißachtung unseres Standes zeugenden Ärgernisse beseitigt« würden¹⁰⁴. Immer häufiger und offener war 1917 und 1918 von der Verärgerung und Radikalisierung der Angestellten infolge der »Proletarisierung der Kopfarbeiter« und der »Mißachtung der geistigen Arbeit« die Rede¹⁰⁵, und Berichte über ihren Übergang zur Sozialdemokratie mehrten sich¹⁰⁶. Im Januar 1918 zeigten in Nürnberg viele Werkmeister Verständnis für die Streiks der Arbeiter und taten nichts, um sie an der Arbeit zu halten. In Bayern erwiesen sich unmittelbar vor der Novemberrevolution die Angestellten sogar fast ausnahmslos als Anhänger der USPD und weit radikaler als die Arbeiter¹⁰⁷. Vielleicht handelte es sich hierbei um Ausnahmen; auffälligerweise ist jedoch eine ähnlich deutliche Radikalisierung der Angestellten nach rechts kaum bezeugt.

Die Einkommensmisere der Angestellten hatte mehrere Gründe: die im Vergleich mit den Arbeitern meist größere Spezialisierung und längere Betriebszugehörigkeit, die einen Stellenwechsel erschwerte und psychologisch hemmte; die Zunahme der Frauenarbeit, die einen Druck auf die Gehälter ausübte, weil viele Frauen und Mädchen aus bürgerlichen Familien nicht darauf angewiesen waren, ihren Lebensunterhalt allein aus ihrem Einkommen zu bestreiten; die geschäftliche Flaute, in die während des Krieges viele Handels- und Dienstleistungsunternehmen gerieten, die hauptsächlich kaufmännische und Büroangestellte beschäftigten; in der Industrie die leichtere Entbehrlichkeit technischer Angestellter; schließlich die dominierenden Züge des Angestelltenbewußtseins.

Vermittelte ihnen schon ihre überwiegende Herkunft aus mittel- und kleinbürgerlichen Schichten ein Bewußtsein der Zugehörigkeit zum Mittelstand, so wurde es durch ihre Tätigkeit und ihre Stellung in den Betrieben, wo sie vielfach Aufsichts- und Leitungsfunktionen wahrnahmen, bestätigt und verstärkt. Die meisten waren überzeugt, etwas Besseres zu sein als die Arbeiter, den Unternehmern näherzustehen und bei der Verfolgung ihrer Interessen anderer Mittel zu bedürfen als derjenigen des Proletariats¹⁰⁸. Der Traum künftiger Selbständigkeit, der Bewußtsein und Verhalten der ersten Angestelltengenerationen noch nachhaltig geprägt hatte, verblaßte zwar allmählich, weil er sich immer seltener erfüllte. Doch an seine Stelle trat der Glaube an die Möglichkeit individuellen Aufstiegs in den Hierarchien der modernen Großbetriebe, und in dem Maße, in dem sich die Unterschiede in der Situation der Angestellten gegenüber derjenigen der Arbeiter verringerten, grenzten sich viele Angestellte in ihrer Selbsteinschätzung um so stärker von den Arbeitern ab und entwickelten ein dezidiert antiproletarisches Bewußtsein¹⁰⁹. Es wurde von den Unternehmern durch individuelle Arbeitsverträge und Gehaltsregelungen sowie durch differenzierende Statusattribute gefördert, von der Büroeinrichtung über die Verteilung diverser Prämien bis zur Verleihung von Titeln. Diese unterschiedliche Behandlung der Angestellten erleichterte es den Betriebsleitungen, die verschiedenen Kategorien gegeneinander und gegen die Arbeiter auszuspielen und die Entstehung von Solidarität unter ihnen zu verhindern.

Diese Faktoren summierten sich zu einem schweren Handicap für das Eindringen des Gewerkschaftsgedankens in die Angestelltenschaft und erst recht für ihre Zusammenarbeit mit der organisierten Arbeiterschaft. Vor 1914 waren ihre Organisationen in zahllose Branchenverbände kaufmännischer und technischer Angestellter, außerdem in konfessionelle, territoriale und selbst noch lokale Verbände zersplittert; alle betrieben hauptsächlich eng begrenzte Standespolitik und predigten die Harmonie von Angestell-

ten- und Unternehmerinteressen. Manche zählten sogar Unternehmer zu ihren Mitgliedern. Nur eine Minderheit hatte sich gewerkschaftlich organisiert: auf seiten der technischen Angestellten im Bund der technisch-industriellen Beamten (Butib), im Deutschen Techniker-Verband, im Polierbund und im Steigerverband; auf seiten der kaufmännischen Angestellten im Zentralverband der Handlungsgehilfen und Verband der Büroangestellten; beide Organisationen gehörten der Generalkommission an und zählten überwiegend Angestellte von Konsumgenossenschaften, Sozialversicherungsanstalten und ähnlichen der Arbeiterbewegung nahestehenden Institutionen zu ihren Mitgliedern. Diese gewerkschaftlich orientierten Angestelltenverbände schlossen sich 1913 zur Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht zusammen, die sich die Beseitigung der Rechtszersplitterung zwischen Handlungsgehilfen, Technikern und Büroangestellten zum Ziel setzte; im übrigen machte sie zwischen Angestellten und Arbeitern kaum mehr einen Unterschied und hielt daher die organisatorische Trennung von der Arbeiterbewegung für obsolet¹¹⁰. Einstweilen freilich waren fast alle diese Verbände ihren nicht-gewerkschaftlichen Konkurrenten zahlenmäßig weit unterlegen.

Die Verschlechterung ihrer ökonomischen und sozialen Lage während des Krieges veränderte jedoch Bewußtsein und Organisationsverhalten der Angestellten. »Die Erschwernisse in der Lebensmittelversorgung, seelische Depressionen, angestrengte Arbeit, Unzufriedenheit mit Regierungsmaßnahmen usw.« hatten zur Folge, daß sich unter ihnen einerseits »Gleichgültigkeit gegenüber der Unternehmung« und »Arbeitsunlust« und andererseits ein »Arbeitnehmergefühl« ausbreitete und der Gedanke, sich zu organisieren, »in weitesten Kreisen« Fuß faßte¹¹¹. Vor allem die gewerkschaftlich orientierten Verbände gewannen an Boden. Trotz der geringen Verlässlichkeit ihrer Mitgliederzahlen hat es den Anschein, als ob sie geringere Verluste zu verzeichnen gehabt hätten als die Standesverbände, wenn sie nicht gar im Laufe des Krieges ihre zahlenmäßige Stärke gegenüber dem Vorkriegsstand erhöhen konnten¹¹².

Symptomatisch für ihre wachsende Resonanz ist, daß der Vorsitzende des freigewerkschaftlichen Verbandes der Büroangestellten, der SPD-Reichstagsabgeordnete Carl Giebel, Ende November 1916 in einer Angestelltenversammlung der großen Berliner Elektrobetriebe laute Zustimmung erntete, als er davon sprach, daß es für die Angestellten »kein gemeinsames Arbeiten mit den Arbeitgebern auf die Dauer geben könne, sondern nur ein Hüben und Drüben« und »scharfen Kampf«, und daß sie nur dann »etwas erreichen« würden, »wenn sie sich in ähnlicher Form gewerkschaftlich zusammenschlossen wie die Arbeiter«¹¹³. Im August 1917 empfahl eine Versammlung der Angestellten der Siemens-Schuckert-Wer-

ke und der Siemens-Halske AG in Berlin einstimmig den Anschluß an die »unabhängigen Berufsorganisationen«¹¹⁴. Zur gleichen Zeit siegte in der Wahl der Angestelltenausschüsse bei Krupp die Liste der unabhängigen Verbände mit 50 Stimmen Vorsprung vor derjenigen des wirtschaftsfriedlichen Kruppschen Beamtenvereins¹¹⁵. Selbst Verbände, »die früher Wert auf ein gutes Verhältnis zum Prinzipal legten«, wie der DHV und der Werkmeisterverband, gaben 1918 den gewerkschaftlich orientierten Verbänden »an Schärfe des Kampfes gegen den Arbeitgeber nichts nach«¹¹⁶, und dies gewiß nicht nur aus Opportunismus.

Auch Tendenzen zur Vereinheitlichung des Organisationswesens zeigten, daß der Gedanke an kollektive Forderungen und Kampfmaßnahmen sich ausbreitete. Unter den Verbänden der kaufmännischen Angestellten entstand, nach einem Waffenstillstandsabkommen zwischen den stärksten Rivalen, dem DHV und dem Verein für Handlungscommis von 1858, Hamburg, im Oktober 1916 die Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände¹¹⁷. Sie umfaßte teils paritätische, teils reine Angestelltenverbände mit rund 600000 Mitgliedern. Programmatisch freilich stand sie den Gewerkschaften fern; sie betrieb Standespolitik auf der Basis herkömmlicher Mittelstandsideologie. Für viele der angeschlossenen Verbände gehörte hierzu die Ablehnung der Frauenarbeit. Die Organisationen der weiblichen Angestellten reagierten daher Anfang 1918 mit der Bildung der Arbeitsgemeinschaft weiblicher Verbände¹¹⁸. Auch in der Sparte der Büroangestellten kam es Ende 1916 zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft. Unter den Technikerverbänden arbeiteten die ständisch und die gewerkschaftlich orientierten Organisationen seit Herbst 1914 in der Stellenvermittlung zusammen; dies wurde im Januar 1917 intensiviert¹¹⁹. Auf einer Linie zwischen der »Anerkennung der Arbeitnehmereigenschaft und des mittelständischen Charakters der Angestelltenbewegung im Sinne der Unabhängigkeit von der Arbeiterbewegung«¹²⁰ schlossen sich außerdem der gewerkschaftlich ausgerichtete Deutsche Technikerverband und der eher der Standesvertretung zuneigende Werkmeisterverband Ende Dezember 1915 in der Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände zusammen, die insgesamt rund 68000 Mitglieder zählte¹²¹.

Ein Jahr später begann eine engere Zusammenarbeit auch zwischen den neuen Dachorganisationen. Ende 1916 verständigten sich die Arbeitsgemeinschaften der kaufmännischen und der technischen Angestellten mit der Arbeitsgemeinschaft zur Herbeiführung eines einheitlichen Angestelltenrechts – seit Ende 1917 nannte sie sich Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa)¹²² – darauf, je einen Vertreter in den Vertrauensmännerausschuß des Kriegsamtes zu entsenden¹²³. Im Juli 1917 kamen sie überein, »in den Fragen, in denen im Vorwege eine Verständigung erreicht

werden kann, gemeinsam zu handeln«¹²⁴. Tatsächlich führten die verschiedenen Organisationen Gehaltsbewegungen, die sie vor 1914 im Hinblick auf den Werbeeffect materieller Erfolge jeweils auf eigene Faust unternommen hatten, in den letzten beiden Kriegsjahren mehr und mehr gemeinsam durch¹²⁵. Eine weitere Annäherung schien durchaus möglich¹²⁶.

Das Wachsen des Arbeitnehmerbewußtseins unter den Angestellten ist schließlich auch daran zu erkennen, daß ihre Organisationen begannen, mit den Arbeitergewerkschaften zusammenzuarbeiten. Vor dem Kriege hatte es eine solche Kooperation kaum gegeben. Jetzt wurde sie durch die drei Arbeitsgemeinschaften erleichtert. Den ersten großen Erfolg erbrachte sie mit der Einführung von Angestelltenausschüssen durch das Hilfsdienstgesetz. Hiermit wurden den Angestellten ebenso wie den Arbeitern zum erstenmal bescheidene innerbetriebliche Mitwirkungsrechte eingeräumt. Wie der Afa-Vorsitzende Aufhäuser dankbar feststellte, war dies »mit in erster Linie das Verdienst der Gewerkschaftsvertreter im Reichstag«¹²⁷. In der Tat hätten die Angestelltenverbände, von mächtigen Zusammenschlüssen noch weit entfernt und ohne nennenswerten Rückhalt im Parlament, aus eigener Kraft schwerlich diese Einrichtung durchsetzen können. Sie gaben ihrer neuen Verbundenheit mit den Gewerkschaften dadurch Ausdruck, daß sie sich an der großen Kundgebung zum Hilfsdienstgesetz vom 12. Dezember 1916 beteiligten. Der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände apostrophierte hier die »Eigenschaften des Angestellten als Arbeitnehmer« und bekannte sich zu der Möglichkeit, »ein gut Teil Wegs mit der organisierten Arbeiterschaft zusammenzugehen«¹²⁸. Auch der Vorsitzende des Vereins für Handlungscommis von 1858, der kurz zuvor noch die »mittelständische Grundlage« der Angestelltenbewegung betont und »reine Arbeitnehmerpolitik im Anschluß an die organisierten Arbeiter« abgelehnt hatte¹²⁹, bekannte sich jetzt im Namen der kaufmännischen Verbände dazu, künftig von der »Solidarität« zwischen Arbeitern und Angestellten »dort, wo es zweckmäßig und notwendig erscheint, öfter Gebrauch zu machen«¹³⁰.

Die Bildung der Angestelltenausschüsse förderte die Mobilisierung und nicht selten auch die politische und ideologische Radikalisierung der Angestellten¹³¹ und intensivierte die Zusammenarbeit zwischen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen. In vielen Fällen einigten sich die Gewerkschaften mit den Arbeitsgemeinschaften der Angestelltenorganisationen auf gemeinsame Vorschlagslisten für die Besetzung der Einberufungs-, Feststellungs- und Schlichtungsausschüsse, um die Wirtschaftsfriedlichen auszuschalten. Ferner arbeiteten sie in Ernährungsfragen und in der Kriegsbeschädigtenfürsorge, bei den Problemen der Übergangswirtschaft und der Sozialversicherung zusammen¹³². Im übrigen richtete sich die In-

tenazität der Beziehungen zwischen den einzelnen Verbänden nach ideologischen Gemeinsamkeiten. Während sich auf der einen Seite eine enge Kooperation zwischen freien Gewerkschaften und Afa anbahnte, die 1919 feste organisatorische Formen erhielt¹³³, knüpften auf der anderen Seite die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zu einigen mittelständisch orientierten Angestelltenorganisationen engere Bindungen¹³⁴.

Es hat allerdings den Anschein, als ob die Zusammenarbeit zwischen Angestellten- und Arbeiterorganisationen ähnlich wie diejenige zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen auf der Ebene der Verbandsführungen leichter in Gang kam als in den einzelnen Betrieben. Viele Angestellte hatten sich bisher als Sachwalter der Arbeitgeberinteressen verstanden und verhalten; viele Arbeiter sahen in ihnen daher lediglich Agenten der Unternehmer. Oft erwiesen sich die gegenseitigen Vorbehalte als zu groß und zu tief verwurzelt, als daß sie in kurzer Zeit hätten überwunden werden können. Besonders in Betrieben und Industrieregionen, in denen bis 1914 kaum ein Arbeiter und die Angestellten überhaupt nicht organisiert gewesen waren, bestand zwischen beiden Gruppen während des Krieges ein denkbar schlechtes Verhältnis. Im Saargebiet nahmen 1916 die Klagen der Bergleute über schlechte Behandlung durch Steiger und Obersteiger in einem Maße zu, daß die Gewerkschaften die »größten Befürchtungen« befielen¹³⁵. Auch im Ruhrgebiet bestand durchweg ein gespanntes Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten; verschiedentlich kam es hier zu spontanen Streiks, weil die Angestellten – vor allem die unteren – von ihren Vorgesetzten dauernd angetrieben wurden, »Kohlen und nochmals Kohlen zu liefern«¹³⁶.

Im Baugewerbe hingegen, das nur teilweise von der Kriegskonjunktur profitierte, näherten sich beide Gruppen einander an. Vor 1914 waren die Poliere nach den Worten Paepflos nicht selten »die Anreger von Maßregelungen« und »schlimmere Unterdrücker unserer Organisationsbestrebungen ... als die Unternehmer« gewesen¹³⁷. Der Krieg aber verschlechterte ihre Lage drastisch; Teuerungszulagen konnten sie oft nur im Anschluß an die organisierten Bauarbeiter erreichen. Daher ließ sich der Polierbund auf einen Gegenseitigkeitsvertrag mit dem freigewerkschaftlichen Bauarbeiterverband, dem Zimmererverband und dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter ein; darin verpflichtete er sich zur Anerkennung der Arbeiterorganisationen und zur Förderung des Baudelegiertenwesens; die Gewerkschaften sagten dafür zu, sich für die materielle Belange der Poliere einzusetzen¹³⁸.

1918 zeichnete sich auch im Ruhrgebiet ein Umschwung ab. Im März meldeten Bergwerksdirektoren, die Sozialdemokratie und der alte Verband bemühten sich sehr, »die Steiger einzufangen« und ihnen Solidarität mit

den Bergarbeitern nahezubringen, »wie es schein, nicht ohne Erfolg«¹³⁹. Zwei Monate später wurde Otto Hue als Redner zu einer großen Angestelltenversammlung nach Duisburg eingeladen¹⁴⁰. Dort appellierte Otto Thiel, Vorstandsmitglied des DHV, an die Angestellten, »durch Mitarbeit das Wachstum der Organisation zu fördern, ganz gleichgültig, ob für die Zukunft die Losung Kampf oder Verständigung heiße«, und als der Vertreter des Butib sogar »rücksichtslosen Klassenkampf« gefordert und den Streik als das »beste Mittel« empfohlen hatte, »um alle Forderungen durchzusetzen«, wurde Hue bereits beim Betreten des Podiums stürmisch begrüßt. Als er das große Interesse der Gewerkschaften an der Angestelltenbewegung bekundete, die »begründete Hoffnung« äußerte, »daß beide Organisationen im Kampfe gegen das Kapital brüderlich zusammenstehen«, und schließlich verkündete, die Zeit sei gekommen, »nicht mehr zu betteln, sondern zu streiten, und wer wollte den verbündeten Gewerkschaften und Angestelltenverbänden widerstehen!«¹⁴¹, entfesselte er unter den rund 2000 Zuhörern einen Sturm der Begeisterung.

Diese Indizien für eine Annäherung von Arbeiter- und Angestelltenorganisationen bedeuten jedoch nicht, daß die Mehrheit der Angestellten zu einem Arbeitnehmer- oder gar proletarischen Klassenbewußtsein gefunden hätte. Vielmehr fühlten sich die meisten Angestellten durchaus noch dem Mittelstand zugehörig und legten »Wert auf eine selbständige, von der Arbeiterbewegung unabhängige Angestelltenbewegung«¹⁴². Bezeichnend dafür ist, daß die kaufmännischen Angestellten gemeinsame Arbeitskammern für Arbeiter und Angestellte ablehnten und besondere Angestelltenkammern forderten¹⁴³. Kleinere Gruppen – möglicherweise vor allem höhere Angestellte – reagierten auf den Prozeß sozialer und ökonomischer Nivellierung sogar mit einer Radikalisierung nach rechts¹⁴⁴. Immerhin ist festzuhalten, daß unter den Kriegswirkungen der Gedanke des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und kollektiver Kampfmaßnahmen in weiten Angestelltenkreisen an Boden gewann und ein Zusammengehen mit der organisierten Arbeiterschaft in vielen Einzelfragen erleichterte. Damit wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Angestellten in der Novemberrevolution vielerorts das Vorgehen der Arbeiter unterstützten oder billigten, aber auch dafür, daß schon bald starke Angestelltenorganisationen unter Beibehaltung ihres gewerkschaftlichen Charakters sich wieder von der Arbeiterschaft absetzten, erneut ihr Mittelstandsbewußtsein betonten und mit den Parteien der Rechten zusammengingen¹⁴⁵.

Die Haltung der Arbeitgeber

Die Arbeitgeber hatten vor dem Krieg alle Angestelltenorganisationen mit Mißtrauen und Unbehagen beobachtet und, wo möglich, behindert. Ihre besondere Abneigung galt den gewerkschaftlich orientierten Verbänden. Seit 1908 wurden Mitglieder des Butib und des Steigerverbandes von der Schwerindustrie des Ruhrgebiets und Oberschlesiens sowie der bayerischen Metallindustrie nicht mehr eingestellt oder, sofern sie beschäftigt waren, entlassen, zum Austritt gezwungen oder vom Aufstieg in höhere Stellungen ausgeschlossen¹⁴⁶. Kaum anders verhielten sich öffentliche Arbeitgeber, vor allem die Eisenbahnbehörden. Doch auch antigewerkschaftliche und staatsstreuere Organisationen stellten eine potentielle Einschränkung der Entscheidungsfreiheit der Unternehmensleitungen in Gehalts- und Personalfragen dar. Daher wurde selbst der DHV von vielen Arbeitgebern »trotz seines nicht mißzuverstehenden Namens und seines völkischen Charakters als sozialdemokratisch verschrien«, wenn er soziale Forderungen stellte; denn sozial und sozialdemokratisch waren im Verständnis vieler Arbeitgeber Synonyme¹⁴⁷. Bei manchen Werksleitungen bestand eine so starke Abneigung gegen jedwede Organisation, daß sie ihren Angestellten sogar den Wunsch nach Gründung eines wirtschaftsfriedlichen Vereins abschlugen¹⁴⁸.

Auch der Weltkrieg änderte diese Einstellung der Arbeitgeber zunächst nicht. Noch 1916 begehrte die GHH von jedem Techniker, der sich um Einstellung bewarb, Auskunft über seine Zugehörigkeit zum Butib oder zum Deutschen Techniker-Verband. Eine Berliner Firma verpflichtete ihre Angestellten bei einer Strafe von 100 Mark für jeden Einzelfall, sich jeder Werbetätigkeit für Technikervereinigungen zu enthalten¹⁴⁹. Die VDA empfahl im August 1916 den Arbeitgebern, Gespräche mit Angestelltenverbänden abzulehnen und ausschließlich mit den Angestellten der einzelnen Betriebe zu verhandeln¹⁵⁰. Noch unmittelbar vor der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes weigerten sich die Direktionen der größten Berliner Elektrowerke, mit einer Vertretung der Angestellten in Verbindung zu treten¹⁵¹.

Folgerichtig bekämpften die Arbeitgeber auch die Angestelltenausschüsse, nachdem sie deren Einführung nicht hatten verhindern können¹⁵². Hierbei benutzten sie ähnliche Methoden wie gegen die Arbeiterausschüsse – von der Verschleppung der Wahlen über die Beeinflussung und Korrektur ihrer Ergebnisse bis zu Korrumpierungs- und Einschüchterungsversuchen¹⁵³. In Verbindung mit der traditionellen Abneigung der Angestellten gegen kollektives Vorgehen und ihrer Fixierung auf das Wohlwollen der Vorgesetzten führten diese Maßnahmen im Extremfall dazu, daß der Ange-

stellenausschuß die Interessen seiner Wähler gegenüber der Betriebsleitung nicht zu vertreten wagte. In den Berliner Borsigwerken erhoben die Meister 1918 die Forderung, »daß sie ein Gehalt bekommen müßten, das so hoch wäre wie der höchste Verdienst des einzelnen Arbeiters«. Als daraufhin der Betriebsdirektor eine Besprechung mit dem Angestelltenausschuß abhielt und dessen Mitglieder fragte, »worüber sie klagten, was sie wollten«, sie auch ermunterte, »sie möchten sich ruhig aussprechen, es würde keinem verdacht werden, was sie sagen würden«, meldete sich kein einziger Meister zu Wort¹⁵⁴. Die Wirksamkeit der Angestelltenausschüsse bei der Vertretung der Interessen der Angestellten ist demnach recht bescheiden zu veranschlagen. Die Entwicklung der Gehälter bestätigt dies ebenso wie die zunehmende politische Radikalisierung der Angestellten.

Unterdessen verfolgten die Arbeitgeber die Entwicklung der Angestelltenbewegung »mit größtem Interesse«¹⁵⁵. Sie registrierten besorgt, daß die Angestelltenverbände »unter dem Einfluß der sozialen Richtung, in der sich unser gesamtes öffentliches Leben bewegt, immer radikaler geworden« seien¹⁵⁶. Insbesondere befürchteten sie, »daß sich die gewerkschaftliche Angestelltenbewegung im gleichen Maße zu einer industriefeindlichen auswächst wie die Arbeiterorganisationen«¹⁵⁷. Diese Aussicht beunruhigte sie um so mehr, als die Angestellten mit der Technisierung der Produktion und der Zunahme bürokratischer Funktionen in den Großbetrieben an Bedeutung gewannen. »Mit einer radikalen Arbeiterschaft« könnten die Werksleitungen »zur Not arbeiten, solange auf die Beamtschaft noch Verlaß ist«, meinte der Verein der Kruppschen Beamten 1918. »Sobald diese aber selbst ins radikale Fahrwasser abgeschwenkt ist«, würde aufgrund ihrer »Fülle von mittelbarer und unmittelbarer Macht . . . eine geordnete Führung der Betriebe . . . zur Unmöglichkeit«¹⁵⁸. Seit 1917 beschäftigten sich die Arbeitgeber deshalb mit der Frage, wie diese »überaus wichtige Schicht« vor den »Versuchungen der gewerkschaftlichen Agitation« geschützt werden könnte¹⁵⁹.

Obwohl sie wußten, daß das Hauptmotiv für die Unzufriedenheit im Zurückbleiben der Gehälter hinter den Arbeiterlöhnen lag¹⁶⁰, mochten sie sich nicht zu Aufbesserungen entschließen, die den früheren Abstand zwischen Arbeiter- und Angestellteneinkommen wiederhergestellt hätten. Denn ebenso wie eine Senkung der Löhne faßten sie für die Nachkriegszeit eine Rückführung auch der Gehälter auf das Vorkriegsniveau ins Auge. Doch während sie eine Reduzierung der Arbeiterlöhne für einigermaßen unproblematisch hielten, schien ihnen ein Abbau der Angestelltenvergütungen »ungleich viel schwerer, wenn überhaupt« durchführbar, weil die Angestellten eine Kürzung »als Kränkung, als Zeichen des Mißtrauens

oder der Unzufriedenheit« auffassen und aus »Ehrgefühl« zum Anlaß für eine Kündigung nehmen würden¹⁶¹. Also versuchten sie die Angestelltengehälter auf einem Niveau zu halten, das sie auch in den folgenden Jahren glaubten vertreten zu können.

Statt über eine materielle Besserstellung dachten die Arbeitgeber deshalb über andere Mittel nach, die Angestellten vom Beitritt zu gewerkschaftsähnlichen Verbänden abzuhalten. Manche Zechen im Ruhrgebiet wirkten auf ihre Steiger in einer Weise ein, die einem Beitrittsverbot ziemlich nahe kam¹⁶². In Dresden wurden Angestellte, die sich einer Gewerkschaft anschlossen, gemäßregelt¹⁶³. Die Eisen- und Stahlindustriellen befaßten sich mit der Frage, wie man »an die Seele der Leute« herankommen¹⁶⁴ und »in ethischer Weise« auf sie einwirken könne¹⁶⁵; sie erwogen die Einrichtung von Angestelltenausschüssen bei den Handelskammern, um »die Angestellten zu uns hinüberzuziehen« und »ein gedeihliches und harmonisches Verhältnis zwischen Unternehmern und Angestellten herbeizuführen und zu gewährleisten«¹⁶⁶. Ferner wurde als Gegenmittel gegen den »in ganz erschreckendem Maße« gestiegenen »Radikalismus« der Angestellten¹⁶⁷ die Gründung wirtschaftsfriedlicher Angestelltenorganisationen propagiert¹⁶⁸.

Auch die wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen empfahlen diesen Weg; sie mußten von einem Vordringen gewerkschaftlicher Organisationen unter Meistern und Technikern eine weitere Unterminierung ihrer ohnehin prekären Position in den Betrieben befürchten¹⁶⁹. Im Frühjahr 1918 forderte die älteste und mit rund 2500 Mitgliedern stärkste wirtschaftsfriedliche Angestelltenorganisation, der Verein der Kruppschen Beamten, die VDA auf, sich der »Zusammenschlußbestrebungen derjenigen Beamten, die noch nicht radikal geworden sind und es auch in Zukunft nicht werden wollen«, anzunehmen und die Gründung gelber Angestelltenvereine zu fördern, wofür die Kruppschen Beamten selbst »jedem, der für die wirtschaftsfriedliche Beamtenbewegung Interesse hat, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen« sich erboten¹⁷⁰. Tatsächlich erschien seit 1918 eine Zeitschrift zur Werbung für den wirtschaftsfriedlichen Gedanken unter den Angestellten; sie wurde von Industrie- und Handelskreisen finanziert¹⁷¹. Trotzdem verfolgten manche Arbeitgeber den Gedanken der Gründung wirtschaftsfriedlicher Angestelltenorganisationen bis in den Spätsommer 1918 hinein nur halbherzig und widerstrebend. Hilger, der vor dem Kriege in Oberschlesien keine wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen geduldet hatte, bezeichnete noch im September 1918 im Kreise der Eisen- und Stahlindustriellen die »sog. gelben Angestelltenverbände« als Organisationen »gegen uns selber« und warnte, sie könnten zu »ganz kolossalen Schwierigkeiten« führen¹⁷².

Erst die Duisburger Angestelltenversammlung vom 4. August 1918, auf der sich die Möglichkeit einer Einheitsfront der Angestelltenorganisationen wie von Angestellten und Arbeitern angedeutet hatte – von der DAZ wurde sie »den wildesten Veranstaltungen der Sozialdemokratie« an die Seite gestellt und als »ein schwer bedrohliches Symptom für die fortschreitende Radikalisierung in der Angestelltenbewegung« gewertet¹⁷³ –, drängte solche Widerstände zurück. Jetzt empfahl auch der VdESI seinen Mitgliedern, sich der Angestelltenfragen »noch mehr als bisher« anzunehmen¹⁷⁴.

Ob dieser Appell in den letzten Kriegswochen nicht mehr aufgegriffen wurde oder erfolglos blieb, weil das materielle Elend den meisten Angestellten den Harmoniegedanken fürs erste so gründlich ausgetrieben hatte, daß sie gegen wirtschaftsfriedliche Werbungen immun waren, muß offen bleiben. Jedenfalls ist bis Kriegsende von einer wirtschaftsfriedlichen Angestelltenbewegung nichts zu bemerken. Sie kam offenbar über Ansätze im Saarland, im Ruhrgebiet sowie in der chemischen Industrie nicht hinaus¹⁷⁵. Pläne zum Zusammenschluß dieser Angestellten-Werkvereine wurden anscheinend nicht mehr verwirklicht¹⁷⁶.

Lage und Organisation der Beamten

Nicht besser als den Angestellten ging es den Beamten. Fühlten sie sich bei Kriegsbeginn aufgrund ihrer Unkündbarkeit und im Vertrauen auf ihre gleichbleibenden Bezüge den anderen Arbeitnehmergruppen gegenüber im Vorteil, so erwies sich ihre feste Besoldung im weiteren Verlauf des Krieges in dem Maße als Würgeeisen, in dem die Preise in die Höhe gingen. Trotz Teuerungs- und Notzulagen, die in gewissem Umfang gewährt wurden, war die Lage der meisten Beamtenhaushalte Ende 1917 »katastrophal«¹⁷⁷. Die Kaufkraft der Gehälter sank bis 1917 für die unteren Beamten auf 53,6%, für die mittleren auf 48,6% und für die oberen auf nur 42,9% derjenigen von 1913¹⁷⁸. Wegen der Einkommensunterschiede zwischen den drei Kategorien¹⁷⁹ traf diese Entwicklung die unteren und mittleren Beamten am frühesten und am härtesten. Anfang 1918 reichte die »Proletarisierung« schon bis in die mittleren Ränge¹⁸⁰, im Sommer 1918 erreichte sie auch die oberen. »Selbst der sozial hochstehende Beamte . . . kann nicht mehr mit dem, was er verdient, auskommen«, schrieb der bayerische Kriegsminister im Juli 1918. »Der Beamte zehrt seine letzten Ersparnisse auf oder hungert. So treibt man der völligen Proletarisierung des Beamtenstandes zu.«¹⁸¹

Proletarisierung meint hier allerdings lediglich die Verschlechterung der

materiellen Lage der Beamten, nicht eine Veränderung ihrer sozialen Orientierung. Aufgrund der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und ihrer Einkommen, erst recht wegen ihrer Teilhabe an staatlicher Autorität, die durch Titel und in vielen Fällen durch Uniformen zum Ausdruck kam, fühlte sich das Gros der Beamten als ein besonderer Stand und insbesondere von der Arbeiterschaft denkbar scharf unterschieden. Daß ihre Einkommen jetzt auf das Niveau der Arbeiterlöhne sanken oder sogar noch darunter, empfanden viele Beamten daher als Deklassierung, auf die sie mit um so stärkerer Abgrenzung von der Arbeiterschaft reagierten.

Gleichzeitig allerdings erzeugte die Verelendung auch bei den Beamten – insbesondere den unteren und mittleren – hoffnungslose Verzweiflung und maßlose Erbitterung: gegen die Kriegsgewinnler, zu denen in den Augen vieler Beamten auch die Arbeiter zählten, vor allem aber gegen den Staat, der seine Diener so der Not anheimgab und der Bereicherung anderer keinen Einhalt gebot. Dies erschütterte nicht nur die Loyalitätsbindungen der Beamten an den Staat, sondern schließlich auch die moralischen Tugenden, die bisher für einen deutschen Beamten sprichwörtlich gewesen waren¹⁸².

Bezeichnend hierfür ist, daß sich der preußische Innenminister unmittelbar vor Ausbruch der Aprilstreiks 1917 zu der Empfehlung an die Kommunalverwaltungen veranlaßt sah, bei der Gewährung von Kriegszulagen »insbesondere ... die unteren Polizeiorgane zu berücksichtigen«, da »deren Zuverlässigkeit und Tatkraft durch zu große Nahrungssorgen unter keinen Umständen gefährdet werden« dürfe¹⁸³. Während der Januarstreiks 1918 hielt es der preußische Eisenbahnminister für geraten, die Vorstandsmitglieder des Verbandes Königlich-Preussischer und Großherzoglich-Hessischer Lokomotivführer und des Deutschen Eisenbahn-Fahrbeamten-Verbandes zu sich zu bitten – den freigewerkschaftlichen Eisenbahner-Verband einzuladen, konnte er auch jetzt noch nicht über sich bringen –, um ihnen vor Augen zu führen, »daß die Staatseisenbahn-Verwaltung alles tue, was zur Verbesserung der Lage der Beamtenschaft geschehen könne«. Daher sollten sie »mit allen Mitteln« darauf hinwirken, »insbesondere die Schwachen, die Schwankenden und die Ängstlichen« unter den Eisenbahnern »trotz körperlicher Schwächung und des auf dem Gemüt liegenden Drucks« in ihrem Durchhaltewillen und ihrer Arbeitsfreudigkeit zu bestärken¹⁸⁴.

Aber von propagandistischem Zuspruch wurden die Beamten nicht satt. Da sich ihre materielle Situation nicht besserte, blieben die Folgen nicht aus. Kurz vor Kriegsende war nach Aussage des bayerischen Kultusministers »der deutsche Beamtenstand, der ehrlichste der Welt, ... in allen seinen Schichten der Gefahr der Korruption ganz nahe«¹⁸⁵. Im Oktober 1918 fand auch in seinen Reihen der Ruf nach Abdankung des Kaisers Wiederhall,

und in der Novemberrevolution rührte kaum ein Beamter die Hand zur Erhaltung des monarchischen Staates, dem er seinen Eid geleistet hatte¹⁸⁶.

Für die Gehaltsmisere der Beamten spielte neben dem Interesse des Staates an einer Ausgabenbegrenzung, das sich schon vor 1914 in einem Zurückbleiben der Beamten Einkommen hinter der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung niedergeschlagen hatte, eine ähnliche Unterentwicklung und Zersplitterung des Organisationswesens wie bei den Angestellten eine entscheidende Rolle¹⁸⁷. Nebeneinander bestanden Verbände für Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte, untergliedert nach oberen, mittleren und unteren Beamten, getrennt nach Militär- und Zivilbehörden. Gemeinsam war ihnen eine streng antisozialdemokratische Haltung, das vorrangige Interesse an Gehaltserhöhungen, an Veränderungen der Titulatur und eventuellen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. So wenig allgemeine Ziele sie verfolgten, so oft führten sie einen energieverwessenden Kampf gegeneinander. Eine zentrale Vertretung der organisierten Beamenschaft fehlte; es gab lediglich Zusammenschlüsse von Kategorienverbänden¹⁸⁸.

Nur eine Organisation, der 1909 gegründete »Bund der Festbesoldeten«, suchte untere, mittlere und obere Beamte und darüber hinaus kaufmännische und technisch-industrielle Privatangestellte unter einem Dach zu vereinigen¹⁸⁹. Doch auch seine Mitglieder fühlten sich der Mittelstandsbewegung zugehörig und dachten weder an die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel noch an eine Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft; im übrigen verurteilte ihn seine heterogene Zusammensetzung vor 1914 zu einem Schattendasein¹⁹⁰. Sozialdemokratisch-freigewerkschaftliche Organisationsansätze unter den Beamten fehlten gänzlich. Gemeinsam war allen Beamtenorganisationen lediglich, daß sie von den Behörden schikaniert, in ihrer Tätigkeit behindert und ihre Führer diszipliniert wurden, mochten sie auch ihre Treue zu Kaiser und Reich und ihre Ablehnung der Sozialdemokratie noch so oft beteuern¹⁹¹.

Die Verschlechterung der materiellen Situation während des Krieges erbrachte in organisatorischer Hinsicht kaum Veränderungen, nicht zuletzt, weil für die Beamten keine den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen vergleichbaren Kristallisationskerne entstanden¹⁹² und die Behörden ihre koalitionsfeindliche Haltung gegenüber den öffentlich Bediensteten beibehielten¹⁹³. Immerhin kam es zu einer gewissen Vereinheitlichung des zersplitterten Organisationswesens. Namentlich Albert Falkenberg, seit 1910 Chefredakteur des Organs des Bundes der Festbesoldeten, wurde nicht müde, für den Zusammenschluß aller Organisationen derselben Beamtenkategorie, für eine Annäherung der verschiedenen Kategorien, für eine Revision der Stellungnahme zur Sozialdemokratie sowie für die Einrichtung

einer »Verständigungszentrale« als Vorstufe zu einem allgemeinen deutschen Beamtenbund zu werben¹⁹⁴. Auch der Generalsekretär des Verbandes mittlerer Reichs-, Post- und Telegraphenbeamten, der FVP-Reichstagsabgeordnete Louis Hubrich, sprach sich für eine Überwindung der »Kleinstaaterie im Organisationswesen« aus¹⁹⁵. Aufgrund der desolaten materiellen Lage scheint auch unter den Mitgliedern der Beamtenorganisationen selbst der Wunsch nach einer Kräftekonzentration zugenommen zu haben¹⁹⁶.

Ein erstes Ergebnis hatten diese Tendenzen – neben der Annäherung einiger Verbände derselben Kategorie sowie regionalen Zusammenschlüssen¹⁹⁷ – in der Gründung der Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände im Februar 1916. In ihr wurden gemeinsam interessierende Fragen des Beamtenrechts, der Besoldung und der Vertretung der wirtschaftspolitischen Interessen erörtert; die Selbständigkeit der Einzelverbände bei der Verfolgung der jeweiligen Gruppen- und Einzelinteressen blieb aber unangetastet¹⁹⁸. Bei ihrer Gründung gehörten ihr 23 Verbände mit über 300 000 Mitgliedern an; im September 1917 waren es 40 Verbände mit knapp 400 000 Mitgliedern, im Januar 1918 50 Verbände mit rund 500 000 Mitgliedern. Ende 1917 entstanden die ersten Ortsausschüsse; gleichzeitig begannen Vorarbeiten für ein weiterreichendes Programm. Mit einer vorsichtigen Erklärung zur preußischen Wahlrechtsfrage und der Forderung nach Beamtenausschüssen und Beamtenkammern unternahm die Interessengemeinschaft auch erste Gehversuche auf politischem Gebiet¹⁹⁹.

Insbesondere süddeutsche und andere außerpreußische Organisationen aber blieben ihr fern und schlossen sich dem konkurrierenden Verband deutscher Beamtenverbände an. Zwischen ihm und der Interessengemeinschaft entbrannte ein Kampf, »als gelte es . . . noch den Entscheidungskampf zwischen zwei Welten auszutragen«, bis sich beide Organisationen im September 1917 grundsätzlich über ihre Verschmelzung verständigten²⁰⁰. Es dauerte freilich noch bis zur Novemberrevolution, bis mit dem Deutschen Beamtenbund eine Spitzenorganisation der deutschen Beamenschaft entstand.

Bis dahin kam es auch zu keiner Annäherung zwischen Beamten- und Arbeiterorganisationen. In den Beamtenverbänden riefen bis Kriegsende nur einzelne Stimmen dazu auf, den »Turm« zu verlassen, in den die Beamenschaft »sich . . . selbst verbannt« habe, und forderten die »innere Annäherung« an die Arbeiter und Angestellten und die Zusammenarbeit mit diesen Gruppen in wirtschaftlichen Fragen²⁰¹. Bei der Mehrzahl der Beamten war das Bewußtsein gemeinsamer Arbeitnehmerinteressen kaum entwickelt und das Bild des Arbeiters durch Vorurteile und Illusionen über die

eigene Lage verzerrt. Gerade die mittleren und höheren Beamten sahen im Arbeiter häufig kaum etwas anderes als einen »begehrlichen Faulenzer«²⁰². Die Zusammenarbeit von Beamten- und Arbeiterorganisationen kam deshalb über die Kooperation im Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen nicht hinaus²⁰³.

13. Kapitel: Die großen Streiks 1917/1918 und die Machtlosigkeit des Staates

Ausdehnung und Motive der Streiks

Die Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen bereitete den Boden für die wachsende wirtschaftliche und politische Unzufriedenheit der Arbeiter. Sie äußerte sich in den letzten beiden Kriegsjahren in einer nach Häufigkeit und Umfang anschwellenden Streikaktivität. 1917 erhöhte sich die Zahl der Streiks gegenüber dem Vorjahr auf mehr als das Doppelte; die der Streikenden stieg auf 1,5 Millionen. Unter ihnen lagen die Arbeiter der Rüstungsindustrie weit an der Spitze¹. Im Januar und Februar legten bei Krupp in Essen zu verschiedenen Zeiten insgesamt rund 40000 Beschäftigte die Arbeit nieder. Ende Februar und Anfang März lief eine Streikwelle durch das rheinisch-westfälische Industriegebiet, die 75000–100000 Arbeiter erfaßte. Gleichzeitig kam es zu Straßendemonstrationen, an denen sich viele Arbeiterfrauen beteiligten. Mitte März 1917 ereigneten sich in Nürnberg schwere Lebensmittelkrawalle, deren die Polizei nur mit Mühe Herr zu werden vermochte². Im April ging von der Reichshauptstadt die bis dahin größte Streikbewegung aus, die nahezu alle Zentren der Metallindustrie erfaßte. Allein in Berlin verweigerten rund 300000 Beschäftigte die Arbeit³. Von Mai bis Juli 1917 zog sich eine Kette lokaler Aktionen durch das westfälische und das oberschlesische Bergbauebiet. Ende Juli erfaßten

sie auch das Lugau-Oelsnitzer Revier. Im August traten 16000 Arbeiter der Leunawerke und Tausende von Arbeitern anderer mitteldeutscher Industrieorte in den Ausstand und veranstalteten Protestkundgebungen und Straßendemonstrationen⁴. Einen Monat darauf wurde das Saargebiet durch einen Streik der Bergleute erschüttert⁵.

Eine noch größere Massenstreikwelle als im April 1917 ging im Januar 1918 durch nahezu alle Rüstungsbetriebe. Nach behördlichen Erhebungen erfaßte sie 500000 bis 1000000 Arbeiter, nach Angaben der USPD sogar annähernd zwei Millionen⁶. Auch nach dem Abflauen dieser Bewegung flackerten immer wieder neue Streiks und Unruhen auf. Den erbittertsten Arbeitskampf des Sommers 1918 lieferten die oberschlesischen Berg- und Hüttenarbeiter. Auch an der Ruhr schwelte der Brand weiter, und bis zur Novemberrevolution riß die Kette spontaner Streiks in den Industriegebieten des Reichs nicht mehr ab.

Motive und Ziele dieser Bewegungen waren anfänglich überwiegend wirtschaftlicher Art. Die Streiks im Ruhrgebiet von Januar bis März 1917 führten die Behörden in erster Linie auf Nahrungsmittelmangel und zu geringe Löhne zurück⁷. Die Aprilstreiks wurden durch eine Kürzung der Brotration und eine Aufhebung oder Reduzierung von Lebensmittelzulagen für Jugendliche und Schwer- und Schwerstarbeiter ausgelöst⁸. Die Forderungen der Streikenden bezogen sich daher in erster Linie auf eine ausreichende, gleichmäßige und gerechte Lebensmittelversorgung, an einigen Orten auch auf Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen⁹.

Politische Ziele spielten nur eine untergeordnete Rolle. Immerhin nahmen die Streikenden in Leipzig eine Resolution an, in der sie außer einer ausreichenden Versorgung mit Lebensmitteln und Kohlen von der Regierung eine Erklärung zur sofortigen Friedensbereitschaft unter Verzicht auf offene oder versteckte Annexionen, die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur, des Hilfsdienstgesetzes sowie aller Beschränkungen des Koalitions- und Versammlungsrechts verlangten und die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle parlamentarischen Körperschaften in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden forderten; außerdem riefen sie nach russischem Vorbild zur Bildung eines Arbeiterrates aus USPD- und Gewerkschaftsmitgliedern auf¹⁰. Auch in einigen Berliner Betrieben wurden Resolutionen angenommen, die ökonomische mit politischen Forderungen verbanden¹¹. Aber solche Töne blieben noch die Ausnahme¹².

Trotzdem hatten diese Streiks eminent politische Qualität. Nicht nur, weil »Nahrungsmittelnöte des hauptstädtischen Proletariats ... stets eine latente Gefahr für die Staatsordnung« darstellen, wie der preußische In-

nenminister bemerkte, sondern vor allem, weil die Nahrungsmittelsorgen ursächlich mit dem Krieg zusammenhingen. Ernährungsstreiks waren also latente Antikriegsstreiks¹³. Sofern es nicht gelang, die Verhältnisse nachhaltig zu verbessern, bestand die Gefahr, daß sich ähnliche Bewegungen zu offenen Erhebungen gegen den Krieg, seine Propagandisten und Nutznießer ausweiteten. Bei längerer Dauer und besserer Führung konnten sie sich unversehens zu politischen Massenstreiks entwickeln, über die eine Generation von Sozialisten in Deutschland bisher nur theoretisiert hatte.

Da eine spürbare Verbesserung ausblieb, zeichnete sich diese Möglichkeit in den folgenden Monaten immer deutlicher ab. In den Streiks vom Sommer 1917 spielten zwar Nahrungsmittelsorgen und Lohnfragen noch die Hauptrolle¹⁴, die wirtschaftliche begann sich jedoch in politische Unzufriedenheit umzusetzen. Im Mai 1917 meldete ein sächsischer Gendarmeriewachtmeister: »Die Unzufriedenheit über die andauernd unzulängliche Lebensart, insbesondere über die unveränderte Brotration, wächst von Tag zu Tag. ... Das Verständnis zum Durchhalten schwindet immer mehr. Öfters hört man im Volke die Äußerung fallen: ›Für wen führen wir den Krieg, doch nur für das Großkapital.«¹⁵ Einen Monat später war selbst in einem Agrargebiet wie Pommern die Ernährungslage derart unzureichend, daß »täglich hungernde Männer und Frauen jammernd, aber mit trotziger Entschlossenheit« bei ihren Arbeitgebern erschienen und erklärten: »Wir können und wollen nicht mehr arbeiten, wenn wir nicht gesättigt werden. An all dem Elend ist der verdammte Krieg schuld, er muß zu Ende gehen, komme, wie es wolle!«¹⁶

Diese Entwicklung verstärkte sich, als um die Jahreswende 1917/18 in den Massen die Zweifel daran wuchsen, ob der Krieg noch – wie vorgegeben – der nationalen Verteidigung galt oder nicht vielmehr Expansionszielen im Interesse der Herrschenden. Insbesondere im Osten gab es für die Arbeiterschaft nach dem Sturz des Zaren keine Kriegsziele mehr, »die noch unter den Begriff des Verteidigungskrieges zu bringen wären«, wie der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt erkannte¹⁷. Die Pressionen, die die deutsche Regierung in Brest-Litowsk auf das revolutionäre Rußland zugunsten einer Machterweiterung Deutschlands ausübte, nährten deshalb den Verdacht, daß die Reichsleitung Eroberungsziele verfolgte und dazu auch eine Kriegsverlängerung in Kauf zu nehmen bereit war. Daß zwischen diesen Kriegszielen und dem Willen zur Bewahrung der Machtverhältnisse im Innern ein Zusammenhang bestand, machte die gleichzeitige Weigerung der preußischen Regierung und der hinter ihr stehenden Kreise, in der Wahlrechtsfrage nachzugeben, hinlänglich deutlich.

Die Streiks, die Ende Januar 1918 in fast allen Industriestädten ausbrachen und nach dem Urteil des preußischen Innenministers den »ersten poli-

tischen Massenstreik in Deutschland« darstellten¹⁸, zeigten denn auch, in welchem Maße der Zusammenhang zwischen Kriegführung und Kriegszielen, wirtschaftlichem Elend und Entrechtung der Massen durch Klassenwahlrecht und Belagerungszustand großen Teilen der Arbeiterschaft zum Bewußtsein gekommen war. Allenthalben wurden »diesmal politische Ansprüche in den Vordergrund gerückt«¹⁹. In Berlin, dem »Ausgangs- und Mittelpunkt der ganzen Bewegung«²⁰, rangierte die Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen und nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie sie die bolschewistische Regierung in Rußland erhoben hatte, vor derjenigen nach besserer und gleichmäßiger Lebensmittelversorgung; danach kamen das Verlangen nach Aufhebung des Belagerungszustandes, nach voller Wiederherstellung des Vereins- und Versammlungsrechts sowie des Rechts auf freie Meinungsäußerung und die Forderungen, die Schutzgesetze für Arbeiterinnen und Jugendliche wieder in Kraft zu setzen, alle politischen Gefangenen freizulassen, alle Staatseinrichtungen zu demokratisieren und insbesondere das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen einzuführen²¹. Auch in fast allen anderen Teilen des Reiches dominierten die politischen über die wirtschaftlichen Streikziele²².

Da jedoch auch dieser Ausstand in den entscheidenden Fragen keine Veränderungen brachte, blieb die Lage »nach wie vor labil«²³. Die Möglichkeit erneuter Arbeitsniederlegungen bestand weiter, sogar in verstärktem Maße, wie die Behörden sich insgeheim eingestanden²⁴. Die folgenden Monate waren von Gerüchten über bevorstehende Streiks aus politischen Gründen erfüllt²⁵. Tatsächlich richtete sich der umfangreichste Arbeitskampf des Sommers 1918, der der oberschlesischen Bergarbeiter, bereits »vor allem gegen Hindenburg und Ludendorff«²⁶; gegen sie wurden »die schlimmsten Schmähungen« laut, und dies »nicht bloß unter der Arbeiterschaft«. Beide solle man, so war zu vernehmen, »über den Haufen schießen, dann würde der Krieg sofort ein Ende nehmen; sie wollten nur zeigen, was sie können«²⁷. Diese Parolen signalisieren den beginnenden Autoritätsverfall der Obersten Heeresleitung, die die aus den Fugen geratende halbfeudalistisch-kapitalistische Staatsform noch eben notdürftig zusammenhielt; und sie enthalten in der Kampfansage gegen seine Exponenten bereits die gegen den bestehenden Klassenstaat selbst²⁸.

Die Rolle der Gewerkschaften

Ursprünge und Verlauf der Streikbewegungen von 1917 und 1918 sind so bekannt, daß sie hier nicht noch einmal nachgezeichnet werden müssen. Allein die Rolle der Gewerkschaften bedarf noch näherer Betrachtung. In Leipzig etwa, wo der größte Teil der Betriebsfunktionäre der USPD angehörte, wurden den hauptamtlichen Funktionären beim Aprilstreik 1917 »die Zügel vollkommen aus der Hand genommen«. Sie erfuhren von der Streikbewegung erst durch das Generalkommando²⁹. Der örtliche DMV-Vorsitzende mußte den Behörden gegenüber eingestehen, die Arbeiter seien »ohne Zusage der Ortsverwaltung aus den Betrieben gegangen«; diese hätte deshalb »auch nicht die Macht . . . , die Arbeiter und Arbeiterinnen wieder in die Betriebe zu bringen«³⁰. In Berlin waren nach den Ermittlungen der politischen Polizei schon Anfang 1917 fast alle Obmänner und Vertrauensleute des DMV, »die in den Fabriken als tonangebend für die gesamte Arbeiterschaft gelten, in politischer Hinsicht Anhänger der Opposition und zum großen Teil Anhänger der sog. Spartakusgruppe«. Ihrem Einfluß standen die Leiter der DMV-Verwaltungsstelle, Adolf Cohen und Wilhelm Siering, »ohnmächtig« gegenüber³¹. Als die Generalversammlung der DMV-Ortsverwaltung am 15. April 1917 über Streikmaßnahmen beriet, machte Cohen deshalb gar nicht erst den Versuch, entsprechende Beschlüsse zu verhindern, sondern bemühte sich nur darum, der Verbandsführung die Kontrolle über ihre Durchführung zu sichern³².

Er hatte insofern Erfolg, als die Streikenden eine Delegiertenversammlung einberiefen, die ihrerseits eine Kommission für Verhandlungen mit den Behörden einsetzte, in die außer acht Arbeitern auch Cohen und Siering sowie der Vorsitzende der Berliner Gewerkschaftskommission, Albin Körsten, gewählt wurden. Den Gewerkschaftsführern gelang es, die Streikziele im wesentlichen auf Verbesserungen in der Lebensmittelversorgung zu begrenzen und zur Verhandlungstaktik zurückzukehren. Die Regierung kam ihnen hierbei entgegen; sie hatte selbst das größte Interesse daran, die angeschlagene Position der Gewerkschaftsführer wieder zu stärken. Der preußische Ernährungskommissar sagte der Streikkommission deshalb Verbesserungen in der Lebensmittelversorgung zu und erklärte sich darüber hinaus bereit, sie fortan als ständiges Beratungsgremium für die Lebensmittelverteilung bei der Berliner Kommunalverwaltung fungieren zu lassen und bei Bedarf selbst Kontakt mit ihr aufzunehmen. Wie schon die Einrichtung des Beirats beim Kriegs Ernährungsamt hatte auch dieses Angebot den Zweck, die Arbeiterführer für die Ernährungspolitik der Regierung mitverantwortlich zu machen, ohne ihnen wirklichen Ein-

fluß einzuräumen; mit einiger Berechtigung wurde dieses Zugeständnis in einem anonymen Flugblatt daher als »hohle Nuß« verhöhnt³³.

Trotzdem gelang es den Verbandsführern, mit diesem Ergebnis in der Delegiertenversammlung den Beschluß zur Beendigung des Streiks durchzusetzen³⁴. Die Mehrheit der Streikenden folgte ihm. Eine beträchtliche Minderheit freilich – zunächst 40000, später noch 25–30000 Arbeiter der großen Rüstungswerke – setzte den Streik noch mehrere Tage unter überwiegend politischen Parolen fort, angespornt von Obleuten, USPD- und Spartakusanhängern. Die Berliner DMV-Leitung sprach daraufhin namentlich den USPD-Reichstagsabgeordneten Ledebour, Hoffmann und Haase die Legitimation ab, zur Weiterführung des Streiks aufzurufen, weil sie »nicht in der Metallindustrie beschäftigt« seien und mit dem DMV »nichts zu tun« hätten³⁵. Gleichzeitig wurden die Gewerkschaftsführer ihrerseits in Flugblättern und Betriebsversammlungen von der Opposition als »Judasse«³⁶, als »bezahlte Regierungsspione, Spitzel, bezahlte Unternehmernknechte, Arbeiterverräter« beschimpft und die Streikleitung »als eine Gesellschaft von Lügnern und Schwindlern hingestellt, die der Kollegenschaft nur eine Komödie vorgeführt« und »im stillen Einvernehmen mit der Regierung« die Bewegung »auf ein totes Gleis« geschoben hätte³⁷, um »dem Massenstreik das Genick zu brechen«³⁸. Selbst für die Arbeiterbewegung, die ihre Meinungsverschiedenheiten in weniger verblümter Sprache auszutragen pflegte als das Bürgertum, bedeuteten derartige Verbalinjurien einen Schlagabtausch von früher unbekannter Härte. Sie verursachten denn auch »riesige Aufregung« und die »unglaublichsten Zusammenstöße« zwischen Gewerkschaftsfunktionären und streikenden oder oppositionell gesinnten Arbeitern³⁹.

Politisch wichtiger war indessen, daß sich die Opposition gegen die Verbandsführung jetzt zum erstenmal organisierte, und zwar in Gestalt von Arbeiterräten. Sie entstanden in den Großbetrieben, deren Belegschaften im Streik verharren; sodann taten sich die Delegierten dieser Betriebe zu einem zentralen Arbeiterrat zusammen, der die Führung des Ausstandes in die Hand nahm. Zwar brach der Streik nach einigen Tagen zusammen, nichtsdestoweniger aber blieb die Entstehung dieser Organe bedeutsam. Sie markiert den Beginn einer Selbstorganisation von Teilen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft unabhängig und gegen die Führung der Organisationen. In den Januarstreiks 1918 und erst recht in der Novemberrevolution setzte sich diese Entwicklung fort⁴⁰. Der bis zur Feindschaft reichende Gegensatz zur Gewerkschaftsführung, aus dem die Räte entstanden, sollte auf Jahre hinaus bestehen bleiben.

Die gleiche Abwiegelungstaktik wie in Berlin wandten die Gewerkschaftsführer 1917 auch in anderen Streikzentren an. In Leipzig suchten die

DMV-Leiter ebenfalls die wirtschaftlichen Forderungen in den Vordergrund zu rücken. Die Militärbehörde bescheinigte ihnen den Erfolg dieses Unterfangens mit der Feststellung, sie hätten »der Sache die Spitze abgebrochen«⁴¹. Im Ruhrgebiet hatten die Bergarbeiterführer schon während der Streiks am Jahresbeginn »zum Guten und für die Aufnahme der Arbeit geredet«⁴², mitunter freilich mit dem warnenden Zusatz gegenüber Behörden und Arbeitgebern, ein weiteres Mal würden sie »nicht mehr für Ruhe eintreten, sondern den Dingen ihren Lauf lassen«⁴³. Trotzdem ließen sie auch im März Groener ihre Bereitschaft wissen, »Beunruhigungen der Belegschaften hintan zu halten und weitere Ausstände zu vermeiden«⁴⁴. In der Tat versuchten sie unter Hinweis auf die Möglichkeit der Militärbehörden, Reklamierte einzuberufen und Frontsoldaten in die Bergwerke zu beurlauben, den Bergarbeitern klarzumachen, daß während des Krieges ein Streik nicht durchzuhalten sei⁴⁵.

Wie sie sich verhielten, wenn trotz solcher Warnungen Ausstände ausbrachen, zeigt eine Belegschaftsversammlung auf der Zeche Recklinghausen I am 17. April 1917, wo die Arbeiter ohne Rücksprache mit dem Arbeitersausschuß die Arbeit niedergelegt hatten. Die Versammlung begann mit Klagen organisierter Belegschaftsmitglieder über die unzureichende und ungerechte Lebensmittelversorgung. Daraufhin gab der Recklinghäuser Oberbürgermeister das wenig verbindliche Versprechen ab, bei begründeten Beschwerden für Abhilfe zu sorgen, sofern es in seiner Macht läge. Anschließend bescheinigte der Sekretär des christlichen Gewerkvereins dem Oberbürgermeister, er tue »für seine Bergleute alles . . ., was in seinen Kräften stehe«, verteidigte die von der Regierung angeordnete Kürzung der Brottration und ermahnte die Arbeiter »zur Ruhe und Besonnenheit« und zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Gewerkschaftssekretär Hermes vom alten Verband rechtfertigte ebenfalls die Unumgänglichkeit der Regierungsmaßnahmen. Er rief die Arbeiter auf, noch »drei Monate« durchzuhalten, weil sonst »alles verloren« sei, »besonders wenn der Engländer nach hier käme« und »die englischen Großkapitalisten . . . die deutschen Arbeiter ausbeuten« würden. Unter Hinweis auf die Bereitschaft der Behörden, ihren Wünschen in der Ernährungsfrage entgegenzukommen, appellierte er an die Arbeiter, den Streik zu beenden. Die Belegschaft aber lehnte eine entsprechende Resolution mit großer Mehrheit ab, und auch nach geringfügigen Konzessionen der Zechenleitung gab es kein anderes Ergebnis. Daraufhin erklärte Hermes, »für die organisierten Arbeiter heiße die Parole: ›Es wird angefahren‹, unbekümmert darum, was die Unorganisierten machen«. Nach einer gleichen Erklärung des Gewerkvereinssekretärs verkündete der Vorsitzende des Arbeitersausschusses im Namen der Ausschußmitglieder, »daß für sie der

Streik erledigt sei und sie selbst wieder anfahren würden«. Ohne weitere Debatte schloß er die Versammlung⁴⁶.

Vielleicht zeigt dieses Beispiel einen Extremfall gewerkschaftlicher Reaktion auf die Aprilstreiks 1917. Aber es enthält alle Elemente, die einzeln oder in Kombination nahezu überall zu beobachten waren: Herunterspielen der sachlichen Anlässe des Streiks, Zurückhaltung bei der Vertretung der Arbeiterforderungen gegenüber den Behörden, Zusammenspiel von Gewerkschaftsfunktionären und Behördenvertretern, Verletzung demokratischer Spielregeln und am Ende den Durchhaltappell. Es ist leicht vorstellbar, daß eine solche Reaktion die Autorität der Gewerkschaftsführer bei organisierten wie unorganisierten Arbeitern weiter erschütterte. Das Verhalten der Verbandsvorstände und der Gewerkschaftszentralen tat ein übriges. Die Generalkommission hatte zwar nichts gegen kurze Demonstrationstreiks, um den wirtschaftlichen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Aufgrund ihrer ökonomischen und politischen Einschätzung des Krieges stand sie jedoch der Parole eines sofortigen annexions- und entschädigungslosen Friedens mit großer Reserve gegenüber, und um ihre innenpolitische Bündnisstrategie nicht zu gefährden, lehnte sie auch Arbeitsniederlegungen zur Durchsetzung von Reformen ab⁴⁷.

Schon vor Beginn des Ausstandes hatten deshalb die Führer der freien Gewerkschaften der Regierung zugesagt, die Streiks nach Kräften zu bekämpfen und unter Kontrolle zu bringen⁴⁸. So verurteilte die Generalkommission auch die von USPD- und Spartakusanhängern propagierten politischen Streikziele als »Revolutionsspielereien«, die »lediglich die deutsche Arbeiterbewegung, insbesondere unsere gewerkschaftlichen Organisationen, und die Verteidigungskraft des Landes« gefährdeten, konstatierte das »größte Interesse« der Gewerkschaften, dieser Agitation »entschieden Widerstand zu leisten«, und forderte die Einzelgewerkschaften auf, »unter allen Umständen« zu verhindern, »daß jene Kreise die gewerkschaftlichen und Betriebsversammlungen zur Agitation für ihre Zwecke . . . benutzen«. Gleichzeitig erbot sie sich, »zuverlässige und energische« Funktionäre, sofern sie »Einfluß auf ihre Mitglieder ausüben und energisch bestrebt sind, die Gewerkschaften nicht zum Tummelplatz politischer Experimente machen zu lassen«, beim Kriegsministerium zu reklamieren, und bat die Vorstände um die Übersendung entsprechender Listen⁴⁹. Die meisten Verbandsvorstände bemühten sich daraufhin, mit öffentlichen Aufrufen und internen Rundschreiben ihre Mitglieder von neuerlichen Streiks abzuhalten⁵⁰.

Auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften wandte sich »aufs schärfste« gegen das »gewissenlose Treiben« der Streikenden, beteuerte seine Treue »zu Kaiser und Reich und zu unseren tapferen Streitkräf-

ten« und forderte seine Mitglieder auf, »jenen dunklen Kräften, die unter dem Deckmantel der Lebensmittelnot politisch-revolutionäre Ziele erstreben, ... aufs entschiedenste« entgegenzutreten⁵¹. Nach wie vor bemühten sich die christlichen Gewerkschaften, »Lohnkämpfe nicht zu politischen Auseinandersetzungen ausarten zu lassen«⁵². Ähnlich äußerten sich die Hirsch-Dunckerschen Verbände⁵³.

Die Reaktion der Gewerkschaften unterschied sich damit nur graduell von derjenigen der wirtschaftsfriedlichen Organisationen, die als treue Paladine der Unternehmer und in der Angst um ihr eigenes Überleben den Staats- und Militärapparat zum härtesten Einschreiten gegen die Streikenden anspornten⁵⁴. Allerdings hatten sie offenbar zunehmende Schwierigkeiten, ihre Mitglieder von der Beteiligung an den Ausständen zurückzuhalten. Wenn man den Mitteilungen der Verbandsblätter glauben darf, hielten die wirtschaftsfriedlichen Arbeiter während der Aprilstreiks zwar noch an ihren Arbeitsplätzen aus, sofern sie nicht von den Streikenden vertrieben wurden⁵⁵. Drei Monate später jedoch boten wenigstens die wirtschaftsfriedlichen Bergarbeiter in Sachsen ein gegenteiliges Bild. Anlässlich eines Streiks Ende Juli im Bezirk Stollberg äußerte ein Bergwerksdirektor konsterniert, »er habe ... seine sonst so verständige Belegschaft fast nicht wiedererkannt. Auch die besten Mitglieder des Vereins königstreuer Knappen hätten sich aus innerster Überzeugung von der Berechtigung des jetzigen Ausstandes diesem angeschlossen«⁵⁶.

Trotz der Unruhe und Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft hielten die Gewerkschaften in den folgenden Monaten an ihrer Linie fest. Am 1. Mai 1917 proklamierte die Generalkommission zusammen mit dem SPD-Vorstand wie in den beiden Vorjahren den Verzicht auf Arbeitsruhe und verurteilte scharf die Agitation einiger USPD-Abgeordneter für politische Demonstrationstreiks⁵⁷. Als es im Sommer an der Ruhr zu spontanen Arbeitsniederlegungen kam, drängten die Bergarbeitergewerkschaften das Kriegsernährungsamt, die Lebensmittelversorgung zu verbessern, um die Arbeiter in die Lage zu versetzen, das ihrige zur Herbeiführung eines »ehrentvollen Friedens« zu tun⁵⁸. Die Bergarbeiter aber beschworen sie, keine Schritte ohne das Einverständnis der Organisationsleitungen zu unternehmen⁵⁹. Auch beim Streik im Lugau-Oelsnitzer Revier vom Juli 1917 verwandten sie alle Energie darauf, die Belegschaften zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen⁶⁰. Als einen Monat später in Dresden Arbeitsniederlegungen befürchtet wurden, wiesen die betroffenen Gewerkschaften ihre Mitglieder an, »sich in keiner Weise zu beteiligen«⁶¹. Indessen verscherzten sich die Gewerkschaften mit dieser Politik weitere Sympathien in der Arbeiterschaft. So waren sie im Ruhrgebiet im Sommer 1917 nach einem Bericht des Arnsberger Regierungspräsidenten, »obwohl sie es nicht an

ihrer Einwirkung fehlen ließen, nicht in der Lage, die Ausstände zu verhindern oder einzuschränken oder die Arbeiter zur Ruhe zu bringen«⁶².

Daß auch andernorts ihre Vertrauensbasis brüchig und ihr Einfluß schwächer wurde, zeigten die Streiks vom Januar 1918. Überall brachen sie ohne Zutun der Gewerkschaften aus, oft ohne ihre vorherige Konsultation oder sogar ohne ihre Kenntnis⁶³. Die christlichen und Hirsch-Duncker-schen Gewerkschaften, die konfessionellen Arbeitervereine und erst recht die wirtschaftsfriedlichen Organisationen sprachen sich trotzdem erneut gegen den Streik aus⁶⁴. Hingegen erklärte sich die Generalkommission am 29. Januar unter Hinweis auf die politischen Streikforderungen für neutral und ließ sich diese Stellungnahme am 1. Februar von der Vorständekonferenz bestätigen⁶⁵. Hier wurde zwar heftige Kritik an der Ernährungspolitik und den unzureichenden Bemühungen der Regierung um einen Verständigungsfrieden laut, an der Verschleppung der preußischen Wahlrechtsreform, an der Handhabung des Belagerungszustandes und den Repressionsmaßnahmen gegen streikende Arbeiter. Doch begnügten sich die Teilnehmer mit der Ermahnung an Regierung und Militärbehörden, »den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeiterschaft in dem erforderlichen Umfange Rechnung zu tragen«; deren Berechtigung leiteten sie nicht aus politischen Ansprüchen, sondern aus der Notwendigkeit der Landesverteidigung ab, für die die Gewerkschaftsführer »nach wie vor« ihre Kraft einzusetzen versprachen⁶⁶. Folgerichtig hinderte ihre Neutralitätserklärung sie keineswegs, sich wie die christlichen Gewerkschaften für die schleunige Beendigung der Streiks einzusetzen.

Dabei stießen sie jedoch auf erhebliche Widerstände. Fast überall brachen die Streiks in Großbetrieben der Rüstungsindustrie aus, deren Belegschaften aufgrund ihrer ökonomischen Schlüsselstellung und ihrer vergleichsweise hohen Löhne durchweg ein stärkeres Selbstbewußtsein bewahrt oder gewonnen hatten als die Beschäftigten kleiner Betriebe in den handwerklich-gewerblichen Branchen, insbesondere in denjenigen, die nicht von der Kriegskonjunktur profitierten. Außerdem waren in Großbetrieben die Mobilisierungsmöglichkeiten besser und die individuellen Risiken einer Streikbeteiligung geringer als in kleinen. Ihre Belegschaften, großenteils erst während des Krieges entstanden, setzten sich überwiegend aus Arbeitern zusammen, die aus anderen Branchen in die Kriegsindustrie geströmt waren, sowie aus Frauen und Jugendlichen, die vorher noch gar nicht im Arbeitsprozeß gestanden hatten. Viele von ihnen waren nicht gewerkschaftlich organisiert und kannten nicht die Disziplin, die älteren Angehörigen der sozialdemokratischen Organisationen selbstverständlich war.

Am ehesten behaupteten die Gewerkschaften ihren Einfluß daher in Ge-

genden, in denen ein Industrieproletariat nur ansatzweise vorhanden war, und in Gebieten, in denen sie eben erst in die Betriebe einzudringen begannen. Hier vermochten sie die politischen Forderungen der Arbeiter, die einen Nachholbedarf in ökonomischer und sozialpolitischer Hinsicht hatten, dadurch zu neutralisieren, daß sie sich die wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden zu eigen machten und durchsetzten. Auf diese Weise gelang es dem Bergarbeiterverband, dem Streik im Saargebiet den Charakter eines Lohnkampfes zu geben; seine Ausbreitung konnte er freilich nicht verhindern⁶⁷. Auch in Bayern hielten die Gewerkschafts- und Parteiführer die Bewegung einigermaßen unter Kontrolle, aber nur, indem sie zunächst auch politische Forderungen mitvertraten⁶⁸. In manchen mitteldeutschen Industriestädten hatten sie hiermit ebenfalls Erfolg⁶⁹.

Schwieriger war die Situation im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo ähnliche politische Forderungen laut wurden wie in Berlin. Der christliche Bergarbeiterverband bekämpfte »mit aller Macht« die auch unter den ruhigen Teilen der Arbeiterschaft verbreitete Meinung, »daß der Krieg ein sofortiges Ende hätte, wenn nur die deutsche Regierung wollte«, und daß es den Arbeitern gleichgültig sein könne, »ob hier eine deutsche, eine englische oder französische Regierung herrschen werde«⁷⁰. Christliche Gewerkschaftsführer, an ihrer Spitze Stegerwald, zogen durch das Revier, um abwiegelnd zu wirken⁷¹. Vertraulich machten sie jedoch die Essener Polizeidirektion darauf aufmerksam, »daß unsere Kräfte nicht ausreichen, diese Gedanken unschädlich zu machen und den Giftstoff zu beseitigen, der durch sie verbreitet wird«; hierfür hielten sie »eine ganz umfassende Hilfe sämtlicher Behörden und auch der bürgerlichen Öffentlichkeit« für erforderlich⁷².

Der alte Verband enthielt sich zwar wie die Generalkommission zum Verdruß der Behörden einer Stellungnahme gegen die Streiks⁷³, um nicht weitere Sympathien unter den Bergarbeitern aufs Spiel zu setzen. Aber auch er unterzeichnete einen Aufruf, alle Arbeitskonflikte auf friedlichem Weg auszutragen⁷⁴, und schickte seine Funktionäre mit beruhigenden Reden durch das Revier, um die Streikziele auf ökonomische Forderungen wie Lohnerhöhungen, Verdoppelung des Kindergeldes und bessere Belieferung der Arbeiter mit Lebensmitteln und Bekleidung einzuengen⁷⁵. Politischen Forderungen verweigerte er jegliche Unterstützung⁷⁶. Das überließ er der USPD, offenbar in der Annahme, die Unabhängigen würden sich hiermit auf Bergarbeiterversammlungen »die Köpfe einrennen«⁷⁷ und sich durch Mißerfolge diskreditieren, denen gegenüber sich alsdann die ökonomischen Erfolge der Gewerkschaften um so deutlicher hervorheben ließen. Denn noch spielte die USPD im Ruhrgebiet gar keine Rolle; erst recht nicht der Spartakusbund⁷⁸. Vielmehr warteten die Bergarbeiter auch in politi-

scher Hinsicht »auf Weisung von ihren Führern«. Als sie ausblieb, wurden sie »unsicher und ratlos, weil sie nicht wußten, was sie machen sollten«⁷⁹. Auf diese Weise trugen die Bergarbeiterführer entscheidend dazu bei, daß im Ruhrgebiet »auffällig wenig« gestreikt wurde⁸⁰, der Ausstand auf eine geringe Anzahl von Zechen beschränkt blieb⁸¹ und »nach kürzester Dauer und ohne jeden Zwischenfall beendet« werden konnte⁸².

In den Hafenstädten hingegen, wo die Werftarbeiter ein politisch bewußtes Industrieproletariat stellten und die Marinerevolten von 1917 und ihre brutale Niederschlagung zusätzlich zur Politisierung beigetragen hatten, gab es für die Gewerkschaftsführer mit ähnlichen Bemühungen nur wenig Erfolg. In Hamburg wurde der Streik vornehmlich von den Betriebsfunktionären getragen, so daß die Gewerkschaftsführung von der Basis isoliert war. Immerhin gelang es ihr, eine Beteiligung an der Streikkommision zu erreichen, politische Forderungen im Hintergrund zu halten und, als Direktiven der Streikzentrale in Berlin ausblieben, den Ausstand nach wenigen Tagen zu beenden⁸³. In Kiel hingegen bildete sich wie in Berlin und Leipzig ein Arbeiterrat, der die Streikleitung übernahm und die gleichen politischen Forderungen erhob wie die Arbeiter der Reichshauptstadt; selbst Legien, der den Wahlkreis Kiel im Reichstag vertrat, vermochte sich nur durch eine widerwillige Sympathieerklärung für diese Forderungen überhaupt Eingang in dieses Gremium zu verschaffen⁸⁴. Auch in Wilhelmshaven und Danzig schlugen Beschwichtigungsversuche der Gewerkschaften fehl⁸⁵.

In Berlin schließlich wurden die Gewerkschaften »weder von dem Ausbruch des Streiks verständigt noch zu seiner Leitung hinzugezogen«⁸⁶. Vorbereitung und Agitation lagen allein bei den revolutionären Obleuten und bei der Spartakusgruppe; die Leitung übernahm eine eigene Räteorganisation. Die Beschäftigten der bestreikten Betriebe wählten Arbeiterräte, aus denen sich ein zentraler Rat rekrutierte, der aus seiner Mitte einen elfköpfigen Aktionsausschuß als Streikleitung bestimmte. Während in anderen Städten die Gewerkschaftsführer meist noch Aufnahme in solche Räte fanden und mehr oder weniger Einfluß gewannen, wurde in Berlin dazu aufgerufen, »die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und alle Durchhalter«, die »Todfeinde des Massenstreiks«, unter »keinen Umständen« zu wählen⁸⁷. Tatsächlich gelangte kein einziger Gewerkschaftsführer in den Aktionsausschuß. Ihm gehörten ausschließlich revolutionäre Obleute an, die schon im Aprilstreik 1917 eine führende Rolle gespielt hatten. Alle waren gewerkschaftlich organisiert, die meisten standen politisch der USPD nahe⁸⁸. Von deren Vorstand kamen Haase, Ledebour und Dittmann hinzu; sie blieben jedoch anfänglich ganz im Schatten der Obleute⁸⁹.

Nach dieser Abfuhr unterließen die Berliner Arbeiterführer zunächst je-

den Versuch, sich in die Durchführung des Ausstandes einzuschalten und offen gegen die Streikziele aufzutreten; sie hätten sich nur »der Gefahr ausgesetzt, mißhandelt oder ausgelacht zu werden«⁹⁰. Die Verhältnisse in Berlin waren es auch in erster Linie, welche Generalkommission und Vorstandskonferenz zu ihrem Neutralitätsbeschluß bewogen⁹¹. »Unfähig, die Lawine aufzuhalten, rückten sie die Organisationen tunlichst aus ihrem Wege fort, damit sie nicht von ihr erdrückt würden«⁹². Die Neutralitätserklärung bedeutete das Eingeständnis, daß die Gewerkschaften den Einfluß auf erhebliche Teile der Arbeiterschaft verloren hatten und befürchten mußten, mit offenem Widerstand gegen deren Forderungen ihren Einfluß noch weiter zu schmälern.

Nur mit Hilfe der SPD und der Behörden gelang es ihnen, den Streik in Berlin zu beenden. Nach längeren Auseinandersetzungen unter den Streikenden wurden zunächst drei Mitglieder des SPD-Vorstandes, der »um jeden führenden Einfluß auf die Massen« fürchtete⁹³, zur Streikleitung hinzugezogen. Sie setzten sich dafür ein, die politischen Forderungen in den Hintergrund zu stellen⁹⁴ und die Bewegung »so schnell als möglich durch Verhandlungen mit der Regierung geschlossen zum Abschluß zu bringen«⁹⁵. Nachdem hierdurch die Streikziele unklar geworden waren, untersagten die Behörden der Streikleitung und dem Arbeiterrat jede weitere Betätigung, schlossen das Gewerkschaftshaus, den wichtigsten Treffpunkt der Streikenden, erließen ein allgemeines Versammlungsverbot und untersagten sogar das Erscheinen des Vorwärts. Um die angeschlagene Position der Gewerkschaften zu festigen, erklärte sich die Regierung zu Verhandlungen mit der Streikleitung nur unter der Bedingung bereit, daß auch die Generalkommission hinzugezogen würde.

Während die Unabhängigen diese Bedingung entschieden ablehnten, fanden sich SPD und Generalkommission selbst sogleich zu ihrer Annahme bereit. Daß sie hierdurch ihre Neutralität verletzen könnte, kam der Generalkommission »gar nicht in den Sinn«⁹⁶. Die Vorstandskonferenz war im Gegenteil überzeugt, daß, »wenn die Streikenden entscheiden könnten, . . . doch die Generalkommission mit der offiziellen Verhandlung betraut würde«⁹⁷. Um den Streik zu einer Demonstration zu drosseln, als die die Generalkommission ihn ohnehin nur ansah, und ihm sodann »einen nicht zu blamablen Abgang zu verschaffen«⁹⁸, schlug Bauer vor, die SPD-Vertreter sollten das »ungeheuer fanatische Verhalten der Unabhängigen« zum Anlaß nehmen, um aus der Streikleitung auszutreten, das Verhalten der Unabhängigen zu »geißeln« und zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzurufen. »Dann hätten wir unter allen Umständen glänzend als Partei abgeschnitten, sobald die ruhige Vernunft wieder allgemein Einkehr gehalten«⁹⁹.

Erst nach eingehenden Beratungen mit der Gewerkschaftsführung lehnte der SPD-Vorstand diesen Vorschlag ab, weil Cohen und rund 100 sozialdemokratische Betriebsfunktionäre erklärten, daß dann »das ganze Odium auf uns gefallen wäre, wir hätten die Bewegung verraten«¹⁰⁰. Wegen der Meinungsverschiedenheiten zwischen SPD, Generalkommission und Regierung auf der einen und der USPD auf der anderen Seite kam es jedoch zu gar keinen Verhandlungen zwischen Streikleitung und Regierung, bis diese mit Repressionen gegen die Streikenden vorging und der Ausstand langsam abflaute. Am 3. Februar 1918 wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Streik endete für die Arbeiter ohne politische oder ökonomische Erfolge, im Gegenteil: 40000 bis 50000 Streikteilnehmer wurden unverzüglich einberufen, rund 200 ins Gefängnis geworfen¹⁰¹. In den Augen der Regierung war dies ein »sehr glückliches« Resultat. Denn »die Sozialdemokraten, namentlich die Unabhängigen, hätten ihren Arbeitern gesagt, wir brauchen nur auf den Tisch zu schlagen, um unsere Absichten zu erreichen, und hätten sich nun vor jenen blamiert«¹⁰². Die Regierung hatte auch deshalb Anlaß zur Genugtuung, weil Gewerkschaften, USPD und Spartakusbund ihre Auseinandersetzungen weitertrieben und sich gegenseitig mit der Verantwortung für die Niederlage belasteten¹⁰³. Unter den Arbeitern breitete sich Resignation aus. Allgemein herrsche unter ihnen die Ansicht, so berichtete der preußische Innenminister Anfang Februar, sie seien »auf den Leim gelockt« worden, ein Streik habe »keinen Zweck«¹⁰⁴; ein »großer Teil der anständig Gewesenen« befände sich »in einer gewissen Katzenjammerstimmung« und sei »nichts weniger als streiklustig«¹⁰⁵.

Auch Ende April war nach seinen Informationen die Stimmung der Arbeiter noch »gut, ein Streik . . . nicht zu befürchten«¹⁰⁶. Außer der Niederlage im Januar bewirkte dies die Hoffnung, daß dem in Brest-Litowsk besiegelten Frieden an der Ostfront bald ein Frieden im Westen folgen und der Friedensschluß mit der Ukraine die Lebensmittelversorgung spürbar verbessern würde. Hinzu kam die Erwartung, die mittlerweile in Angriff genommene Reform des preußischen Wahlrechts werde endlich demokratischere Zustände im Innern schaffen. Als aber im Sommer alle diese Hoffnungen zerrannen, vielmehr die Möglichkeit der endgültigen Niederlage sichtbar wurde, nahm die Unruhe unter der Arbeiterschaft wieder zu und äußerte sich erneut in zahlreichen spontanen Arbeitsniederlegungen.

Die Gewerkschaften reagierten wie zuvor. An manchen Orten forcierten sie ihre Aktivität auf wirtschaftlichem Gebiet, um ihre Wirksamkeit als ökonomische Interessenvertretung zu demonstrieren, ihren Einfluß zu festigen und durch eine Verbesserung der materiellen Bedingungen weiteren Streiks vorzubeugen¹⁰⁷. Kam es dennoch zu Arbeitsniederlegungen, wiegelten sie wiederum ab. Als im August 1918 die Bergarbeiter auf einer Rei-

he von Ruhrzechen in den Ausstand traten, weil trotz einer Erhöhung der Kohlenpreise die Zugeständnisse, die man ihnen nach langem Drängen gemacht hatte, nach Ansicht selbst der Bergarbeiterführer »bei weitem nicht den Erwartungen« entsprachen, appellierten die Führer der Verbände trotzdem an ihre Mitglieder, »sich jetzt an Ausständen nicht zu beteiligen«¹⁰⁸. Sie versprachen dem Generalkommando, »daß sie alles tun würden, um die Arbeiterschaft zu beruhigen, und dafür sorgen würden, daß die Arbeiter sich wenigstens vorläufig mit den zugesagten Lohnaufbesserungen zufrieden gäben«¹⁰⁹.

Die Zurückhaltung und Erfolglosigkeit der Gewerkschaften selbst auf ihrem angestammten Gebiet der wirtschaftlichen Interessenvertretung schürte jetzt jedoch auch unter der Arbeiterschaft an der Ruhr die Empörung über die Verbände und deren Politik. Anlässlich eines Streiks auf der Zeche Gewerkschaft Westfalen in Ahlen, der wegen Lohndifferenzen, Lebensmittelschwierigkeiten und der Behandlung der Arbeiter durch die Vorgesetzten ausgebrochen war, bekannte ein Arbeiterausschußmitglied, »daß unter den Gewerkschaftsmitgliedern eine große Gewitterschwüle herrsche und diese zur Explosion gekommen sei«. Als der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, Osterroth, auf der Streikversammlung erschien, drohten einige Bergarbeiter: »Wenn der Osterroth heute wieder bremst, dann werfen wir ihn vor die Tür.«¹¹⁰

Reaktionen von Unternehmern und Staat

In den Augen der Unternehmer allerdings nahm sich das Verhalten der Gewerkschaften ganz anders aus. Viele von ihnen führten die Aprilstreiks 1917 nicht auf Ernährungsschwierigkeiten, sondern »lediglich auf die dauernde Beunruhigung der Arbeiterschaft durch die Gewerkschaftsführer« zurück¹¹¹. Es sei deren Absicht, »die Löhne immer höher zu treiben und die Arbeitsleistung niedrig zu halten«, um über derartige materielle Erfolge »möglichst die Leute in die Organisationen zu treiben«¹¹². Die Arbeiterpresse unterstellte ihnen außerdem politische Motive. Zwischen Spartakus, Haase, Scheidemann und Legien bestand für sie in dieser Hinsicht kein grundlegender Unterschied. Bei allen machte sie als Ziel »den vollen Sieg über Regierung und bürgerliche Gesellschaft« und »die Durchsetzung der sozialistischen Internationale« aus¹¹³. Erst recht für die Wirtschaftsfriedlichen galt es als ausgemacht, daß den Gewerkschaften »ihr internationales Idol alles, das Vaterland und das Wohl des deutschen Volkes nichts« sei und daß die Gewerkschaftsführer »den Streik gewollt« hätten, um ihre »radikalsten Forderungen« durchzusetzen¹¹⁴.

Von den Behörden erwartete man im Arbeitgeberlager daher, »nicht nur gegen alle auf so erpresserische Weise vorgebrachten Forderungen fest zu bleiben . . . , sondern auch gegen den Streik selbst und seine gewissenlosen Anstifter und Leiter mit allen Machtmitteln . . . rücksichtslos vorzugehen«¹¹⁵. Bereits im Februar 1917, nachdem zum erstenmal während des Krieges die Bergarbeiter an der Ruhr die Arbeit niedergelegt und die Zechen zu einigen materiellen Zugeständnissen gezwungen hatten, wies der Zechenverband die Oberste Heeresleitung besorgt darauf hin, daß die »Nachgiebigkeit der Arbeitgeber, ihr allen Überlieferungen widersprechendes Kapitulieren vor der Gefahr eines Streiks für die weitere Entwicklung der Dinge nicht nur ihre Stellung empfindlich geschwächt, sondern auch die Aufrechterhaltung eines ordnungsmäßigen Betriebes sehr erschwert« habe. Hindenburg wurde aufgefordert, seine Autorität dafür einzusetzen, die drohende Gefahr der »Desorganisation der Privatindustrie . . . noch eben rechtzeitig zu bannen«¹¹⁶. Im August 1917 mahnte der VdESI, es dürfe »nicht vorkommen, daß Behörden in offener Weise gegen die Industriellen zugunsten der Arbeiter und Gewerkschaften Partei ergreifen, sei es in Lohnfragen oder anderen Angelegenheiten«; insbesondere Vermittlungsversuche in bestreikten Werken seien ohne ausdrückliche Bitte der Firmenleitung »durchaus zu vermeiden«. Statt dessen müsse die »Autorität sowohl der Regierungsbehörden wie der für die Betriebsführung verantwortlichen Unternehmer« gestärkt werden¹¹⁷.

Abgesehen davon, daß sie materielle Zugeständnisse an die Arbeiter zu vermeiden suchten, riefen die Industriellen deshalb so laut nach einer Unterdrückung der Streiks, weil sie befürchteten, erfolgreiche Bewegungen könnten das Selbstbewußtsein und die Solidarität der Arbeiter stärken und sie den Organisationen in die Arme treiben, wodurch das innerbetriebliche Kräfteverhältnis weiter zugunsten der Gewerkschaften verändert würde. Die durch die sozialpolitischen Neuerungen geweckten Befürchtungen wurden also durch die Streikbewegung verstärkt¹¹⁸. Diese Reaktion macht den engen Zusammenhang der Massenstreiks mit der Frage von Bewahrung oder Reform der Staats- und Betriebsverfassung deutlich und beweist, daß die Streiks unbeschadet ihrer vordergründigen Ziele die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse des Kaiserreichs im Kern betrafen.

Viele staatliche und militärische Machthaber teilten die Meinung der Arbeitgeber über die Rolle der Gewerkschaften in den Streiks¹¹⁹ und waren daher grundsätzlich bereit, den Forderungen der Industriellen nachzukommen. Oberst Bauer gab die »moralische Schuld« an den Januarstreiks der Sozialdemokratie, »und zwar in allen ihren Färbungen von rechts bis zu den Ultraradikalen«¹²⁰. In rein militärischen Vorstellungen von Disziplin

befangen, ging er davon aus, daß »die Arbeiterschaft an blinden Gehorsam gegen ihre Führer und besonders die Gewerkschaften gewöhnt« sei¹²¹, und folgerte, daß diese »im innersten Herzen auf seiten der Streikenden standen«¹²², also »Landesverräter« waren¹²³. Er empfahl deshalb eine Strategie, die schon vor 1914 nur geringen Erfolg gehabt hatte: Drohung mit den Machtmitteln des Staates, um die Arbeiterbewegung zu spalten, anschließend Integration des einen und Unterdrückung des anderen Teils.

Dem Reichskanzler schlug er Anfang Februar 1918 vor, »Gewerkschaftsführer und Abgeordnete klipp und klar vor die Frage zu stellen, wie sie sich zu einem Streik im Kriege stellen. Verurteilen sie den Streik, so sind sie gezwungen, vor ihren Arbeitern das auch zu vertreten, und das muß zu einer Spaltung im Arbeiterlager führen, wobei sich ergeben wird, daß der weitaus größte Teil der Arbeiter auf nationalem Boden steht. Das wäre somit ein schwerer Schlag gegen die dann in eine absolute Minderheit gedrängte Sozialdemokratie. Verurteilen die Führer den Streik nicht unbedingt, so ist wenigstens klar erwiesen, auf welche Ziele sie hinauswollen, und der Kampf muß dann aufgenommen und durchgeführt werden.«¹²⁴

Sofern sie ihre Macht noch für stark genug hielten, schlugen viele Behörden den Weg ein, auf den die Industriellen sie drängten. Vor allem geschah dies gegenüber Exponenten der oppositionellen Minderheit, in der Erwartung, Gewerkschaftsführer und sozialdemokratische Mehrheitsfraktion würden die Ausschaltung ihrer linken Widersacher tolerieren und höchstens mit verbalen Protesten quittieren¹²⁵. Aber auch gegen die Gewerkschaften gingen die Behörden vor, wo sie es sich noch glaubten leisten zu können. Dies geschah insbesondere bei den oberschlesischen Bergarbeiterstreiks im Sommer 1917.

Die Motive dieser Streiks waren durchaus heterogen. Das Hilfsdienstgesetz erlaubte den Gewerkschaften erstmals die Agitation; die Wahlen für die Arbeiterausschüsse brachten Unruhe unter die Belegschaften; die plötzliche Einberufung mancher gegen den Willen der Unternehmer gewählter Ausschußmitglieder verstärkte sie. Die Arbeiter aus den polnischen Westgebieten empörten sich darüber, daß die deutsche Zivilverwaltung in Polen den Rubel abgewertet und damit die Kaufkraft ihrer Löhne und Gehälter herabgedrückt hatte. Auch die russische Revolution wirkte sich aus. »Daß man einen Zaren zum Teufel jagen kann, haben die Oberschlesier nicht recht begriffen«, berichtete Hilger, »noch weniger haben sie begriffen, daß der Mann sich nicht gewehrt hat«¹²⁶. Viele russische Kriegsgefangene brachen aus, um zu der erwarteten Landverteilung in Rußland nicht zu spät zu kommen. Schließlich spielten Ernährungsschwierigkeiten eine Rolle. Die Gefangenen waren durchweg in einem Maße unterernährt, das selbst ein Generaldirektor »geradezu haarsträubend« nannte. »Im Ko-

kereibetriebe fallen die Kriegsgefangenen vor Schwäche um«, erläuterte er¹²⁷.

Aber auch die deutschen Arbeiter hatten Nahrungsmittelsorgen; folglich forderten sie höhere Löhne, um sich mehr Lebensmittel kaufen, und eine Verkürzung der Arbeitszeit, um ihre nachlassende Arbeitskraft wiederherstellen zu können¹²⁸. Es war bezeichnend für den Grad der Not und der Unzufriedenheit, freilich auch für die mangelnde politische Schulung und Disziplin der oberschlesischen Arbeiter, daß Demonstrationen, an denen sich auch viele Frauen und Jugendliche beteiligten, mehrfach mit der Plünderung von Lebensmittelgeschäften endeten und vereinzelt in blinde Zerstörungswut ausarteten¹²⁹. Die Gewerkschaften bemühten sich nach Kräften, auch diesen Streik unter Kontrolle zu bringen. Der Bergarbeiterverband entsandte seinen populärsten Führer, Otto Hue. Er wollte »Ordnung in diesen disziplinlosen Arbeiterhaufen« bringen, die unterschiedlichen Streikforderungen vereinheitlichen, sie auf ein durchsetzbares Maß herunterschrauben und sodann mit den Unternehmern verhandeln¹³⁰. Damit allerdings wurde die Frage nach der Anerkennung der Gewerkschaften durch die Unternehmer aufgeworfen. Sie bildete bald das Kernproblem des Streiks.

Die oberschlesischen Behörden hatten sich mittlerweile zwar zu Verhandlungen mit Arbeitervertretern herbeigelassen, wenn auch widerwillig und in einer Form, »welche die Leute nicht den Eindruck gewinnen läßt, daß wir von ihnen eine große Meinung hätten«, wie der Oppelner Regierungspräsident bemerkte¹³¹. Immerhin wollten sie nun die Industriellen bewegen, auf dem neutralen Boden des Oberbergamtes ebenfalls mit Arbeitervertretern zusammenzutreffen. Die Industriellen aber befürchteten als Folge einer auch nur indirekten Anerkennung der Gewerkschaften deren rapides Wachstum. Für sie handelte es sich bei dem Streik deshalb auch »gar nicht um eine Lohnbewegung, sondern um eine sozialdemokratische Kraftprobe«¹³². Damit stand ihre Haltung fest. Hilger beharrte »bis zur äußersten Konsequenz« auf seinem Standpunkt, »mit Gewerkschaftssekretären überhaupt nicht« zu verhandeln¹³³. Er wollte sich höchstens mit Abordnungen der eigenen Belegschaften oder mit den Arbeiterausschüssen zusammensetzen, deren Mitglieder zu ängstlich, zu unerfahren oder der deutschen Sprache zu wenig mächtig waren, als daß sie die Interessen der Belegschaft hätten artikulieren und energisch vertreten können¹³⁴.

Zur Unterdrückung des Streiks empfahl er den Behörden im übrigen, streikende Arbeiter »wie Landesverräter« zu behandeln; »die Rädelsführer müßten, wenn sie heerespflichtig sind, sofort eingezogen werden«, und zwar, wie Williger ergänzte, »zur Front«. Sollte sich zur Wiederherstellung der Ruhe in den Betrieben die Gendarmerie als zu schwach erweisen,

sei auf Antrag der Werksverwaltungen »militärische Gewalt am Platze«¹³⁵. Zur Bekämpfung der gewerkschaftlichen Werbeaktionen forderten die Industriellen die »Entfernung der fremden Agitatoren aus Oberschlesien«¹³⁶. Sollte dies aus rechtlichen oder politischen Gründen nicht möglich sein, müsse man »im dringenden vaterländischen Interesse« wenigstens »alle Versammlungen, die politischen . . . wie die gewerkschaftlichen«, verbieten¹³⁷. Tatsächlich untersagte das Breslauer Generalkommando dem Bergarbeiterverband die Verbreitung seines Flugblatts, verbot den Gewerkschaften die Abhaltung aller Versammlungen und begann, streikende Arbeiter einzuberufen. Das lähmte den Kampfgeist der Arbeiter; der Ausstand verebte Anfang August 1917¹³⁸.

Ein Jahr später ereignete sich in Oberschlesien eine ähnliche Bewegung. Den Anlaß bildete der Antrag des Arbeiterausschusses des Richthofenschachtes der Gieschegruben bei Schoppinitz auf Lohnerhöhungen sowie Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden. Als die Grubenverwaltung ihn ablehnte, rief der Arbeiterausschuß den Schlichtungsausschuß in Kattowitz an. Dieser aber trat – angeblich wegen Erkrankung des Vorsitzenden – wochenlang nicht zusammen, so daß sich unter den Arbeitern die Überzeugung verbreitete, ihre Angelegenheit solle verschleppt werden. Schließlich legten sie die Arbeit nieder. Daraufhin tagte der Ausschuß endlich und fälltte einen Schiedsspruch, den die Arbeitervertreter anzunehmen bereit waren und auf das ganze oberschlesische Revier ausgedehnt wissen wollten. Die Unternehmer aber lehnten ihn ab. Diese Reaktion, die selbst der Vorsitzende der wirtschaftsfriedlichen Richtung der katholischen Arbeitervereine »aufreizend« fand¹³⁹, hatte zur Folge, daß sich der Streik rasch auf benachbarte Werke bis ins Waldenburger Gebiet hinein ausdehnte.

Nach einem Bericht der oberschlesischen Bergarbeiterführer nahm er »einen noch nie gekannten Grad von Erbitterung« an¹⁴⁰. Die Industriellen lehnten jede Verhandlung mit den Gewerkschaften ab, entließen zahlreiche gewerkschaftliche Betriebsfunktionäre und warfen sie aus den Werkswohnungen, in manchen Fällen mit ausdrücklicher Billigung der katholischen Ortsgeistlichen. Trotzdem bemühten sich die Gewerkschaften, am Ausbruch auch dieses Streiks unbeteiligt, alsbald um seine Beilegung. Sie ersuchten die Polizeidirektion Kattowitz um die Erlaubnis für eine Versammlung, um den Arbeitern vor Augen zu führen, sie hätten »sich mit dem . . . Streik ins Unrecht gesetzt« und »unter allen Umständen« zunächst die Entscheidung des Schlichtungsausschusses abwarten müssen. Sie verbürgten sich dafür, daß während der Versammlung nichts geschehe, »was die Kriegswirtschaft und die Kriegführung« schädigen könne¹⁴¹. In der Annahme, der Streik werde auch ohne Einschaltung der Gewerkschaften

bald versanden, verweigerte die Polizeidirektion jedoch die Genehmigung.

Aber der Ausstand breitete sich weiter aus. Da auch das Breslauer Generalkommando in den Abwiegelungsbemühungen der Gewerkschaften »keineswegs ... ein Zeichen von Ehrlichkeit« sah, sondern nur ein »Manöver, ihre Unentbehrlichkeit, ihre Machtstellung und ihren Einfluß auf die Arbeiter zu erweisen«¹⁴², glaubte es sich in seiner Überzeugung bestätigt, daß der Streik eine »überaus geschickte Mache« sei. Folglich erschwerte es die Abhaltung von Versammlungen noch weiter, obwohl es schon zuvor das Versammlungsrecht mit äußerster Rigidität gehandhabt hatte¹⁴³. Es ließ zwar eine frühere Verfügung fallen, wonach Versammlungen sechs Tage im voraus angemeldet und genehmigt werden mußten. Weil aber nur die Frist, nicht jedoch die Genehmigungspflicht selbst entfiel, hatte es die Militärbehörde fortan in der Hand, den Zeitraum zwischen Antrag und Genehmigung nach Belieben auszudehnen¹⁴⁴. Sie lehnte sogar den Vorschlag der wirtschaftsfriedlichen katholischen Arbeitervereine ab, zur »Aufklärung und Beruhigung« der oberschlesischen Bergarbeiter »zuverlässige, polnisch sprechende, aber durchaus deutsch empfindende« Vereinsmitglieder zu reklamieren, die »den unzufriedenen und aufsässigen Elementen« entgegentreten sollten¹⁴⁵.

Gleichzeitig suchte das Generalkommando mit scharfen Maßnahmen gegen streikende Arbeiter den Ausstand abzuwürgen. Die Gieschegruben, auf denen er den größten Umfang angenommen hatte und am hartnäckigsten anhielt, stellte es Anfang Juli 1918 unter militärische Leitung. Damit galten alle Arbeiter im wehrpflichtigen Alter als Soldaten, unterstanden der Militärgerichtsbarkeit und erhielten statt ihres Lohnes lediglich den kärglichen Wehrsold. Die angeblichen Führer des Ausstandes, insgesamt 102, wurden zur Truppe eingezogen und den übrigen Teilnehmern die sofortige Aufnahme der Arbeit befohlen. Wer diese Aufforderung nicht sofort befolgte, kam vor ein Kriegsgericht. Je nach der Dauer der Verzögerung schwankten die Strafen zwischen 15 bis 30 Mark und einem Monat Gefängnis¹⁴⁶. Diese Maßnahmen fanden später im ganzen oberschlesischen Bergbaurevier Anwendung¹⁴⁷. Insgesamt wurde gegen 1692 Arbeiter Anklage erhoben¹⁴⁸. Mit Streikenden aus den inneren Gebieten Polens machte man noch kürzeren Prozeß. Das Generalkommando ließ sich von den Werksverwaltungen alle diese Arbeiter nennen, soweit sie während des Streiks »als Hetzer oder ... als besonders unzuverlässig« aufgefallen waren, und lieferte sie in ein Arbeitslager ein¹⁴⁹.

Diese Maßnahmen trieben die Erregung und Erbitterung der Arbeiter »bis zur höchsten Grenze«¹⁵⁰, im übrigen aber zeigten sie überraschenderweise nur geringe Wirkung. Viele Arbeiter nämlich mißachteten die

militärischen Befehle und beantworteten sie mit anhaltendem passivem Widerstand. Sie ließen sich weder durch Strafandrohungen zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen noch durch die Verlockung, »je schneller sie zur Arbeit zurückkehren und je eifriger sie dieser obliegen« würden, desto eher könne ihnen die Werksverwaltung Zulagen zu dem niedrigen Wehrsold bis zur Höhe des bisherigen Lohnes gewähren. Dieses als Entgegenkommen gemeinte Versprechen enthielt nach ihrer Meinung nichts als eine Selbstverständlichkeit, da die geringe Soldatenlöhnung zur Bestreitung des Lebensunterhalts einfach nicht ausreichte¹⁵¹. Zu ihrer Überraschung fanden sich die Militärs gegenüber den Streikenden also in einem Zustand der Ohnmacht und Hilflosigkeit. Denn mit Gewalt konnten sie die Streikenden erst recht nicht an die Arbeit zurückbringen, zumal es »außerordentlich schwierig« war, »der Arbeiter, die sich weithin verstreut haben, habhaft zu werden«, wie das Generalkommando klagte. Viele tauchten bei Bauern unter, die in der gerade anstehenden Ernte jeden, der sich bei ihnen meldete, auch für nur kurze Zeit beschäftigten. Die Streikenden hatten dadurch die Möglichkeit, an wechselnden Orten Geld zu verdienen, und obendrein den Vorteil, auf dem Lande besser gepflegt zu werden als in den Industriorten.

Daß militärische Befehle derartig wirkungslos blieben, war für den Militärbefehlshaber eine unerhörte Erfahrung und erschütterte sein Weltbild. »Ich bin bisher der Ansicht gewesen«, schrieb er, »daß jedem Deutschen die Unterordnung unter militärische Machtverhältnisse in Fleisch und Blut übergegangen sei. Hier handelt es sich um den ersten mir bekannt gewordenen Fall, daß ein Teil der Bevölkerung sich in die militärischen Einrichtungen nicht gefunden hat und die militärischen Maßnahmen mißachtet.« Tatsächlich deutete sich in diesen Vorgängen der Zusammenbruch der militärischen wie der staatlichen Autorität an¹⁵² und damit das Entstehen der sozialpsychologischen Voraussetzung für eine Revolution.

Erst in dieser Situation suchte der Militärbefehlshaber die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, um den Streik »möglichst schnell zu Ende zu bringen«. Jetzt gewährte er den Gewerkschaftssekretären »jede nur gewünschte Möglichkeit, sich mit den Streikenden in Versammlungen persönlich in Verbindung zu setzen«, und bemühte sich auch, die Unternehmer zur Teilnahme an Verhandlungen zwischen den Behörden und den Gewerkschaften zu bewegen. »Die Austragung der sog. Machtfrage zwischen den Werksleitungen und den Arbeiterorganisationen muß jetzt zurücktreten«, entschied er. Die Industriellen des Waldenburger Reviers waren zu solchen Kontakten bereit, sofern es um allgemeine, sämtliche Belegschaften berührende Fragen und nicht um Angelegenheiten einzelner Werke ging. Die oberschlesischen Magnaten aber weigerten sich auch jetzt

noch, die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln.

Unter dem Eindruck dieser Kompromißlosigkeit der Unternehmer auf der einen und dem mäßigenden Einfluß der Gewerkschaften auf der anderen Seite kehrte das Generalkommando bald auf seinen alten Kurs zurück. Anfang August 1918 erließ es erneut Anordnungen zur Versammlungsbehinderung und zur Kontrolle der Gewerkschaften¹⁵³. Im September wurde deshalb die Generalkommission bei der Reichsregierung vorstellig. Mit der Warnung, die Erbitterung hierüber sei unter den oberschlesischen Arbeitern so gestiegen, »daß, wenn eine Änderung nicht baldigst herbeigeführt wird, es zu neuen Streiks kommen« werde, wandte sie sich sogar an Oberst Bauer¹⁵⁴. Der aber verschanzte sich hinter seiner Unzuständigkeit und blieb im wesentlichen untätig¹⁵⁵. Mit der Obersten Heeresleitung verzichtete die einzige Instanz, die die Autorität dazu gehabt hätte, darauf, der einseitigen Begünstigung der oberschlesischen Unternehmer durch die Militärbehörden Einhalt zu gebieten. Infolgedessen blieben die Verhältnisse dort bis zum Zusammenbruch unverändert: das Generalkommando befaßte sich mit der Strafverfolgung der Teilnehmer an den Streiks vom Sommer 1918, und die Großindustriellen lehnten jede Verhandlung mit den Gewerkschaften weiter ab¹⁵⁶. In diesen Zuständen lag ein wesentlicher Grund dafür, daß die Auseinandersetzungen der Revolutionsmonate in Oberschlesien heftiger und härter ausgetragen wurden als in den meisten anderen Industriegebenden Deutschlands¹⁵⁷.

Oberschlesien freilich war mit seinen noch halbfeudalen sozialökonomischen Verhältnissen und seiner unentwickelten Arbeiterbewegung das rückständigste deutsche Industriegebiet. In den übrigen Regionen des Reiches fehlte den Militär- und Zivilbehörden auch im Bund mit den Industriellen die Macht, in gleicher Weise gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen vorzugehen. Ihre Erfahrungen bei der Streikbekämpfung belehrten sie im Gegenteil darüber, daß sie kaum noch in der Lage waren, den Unwillen gegen den Krieg und die wachsende Unzufriedenheit über seine Begleiterscheinungen zu dämpfen, die Aufladung dieser Stimmungen zu politischen Explosivkräften zu verhüten und die Arbeiter zur Aufrechterhaltung der Rüstungsproduktion zu zwingen.

Die Schwierigkeiten begannen bereits bei der Beschaffung verlässlicher Informationen über die Stimmung der Arbeiterschaft, die es den Behörden ermöglicht hätten, sich rechtzeitig auf kommende Unruhen vorzubereiten. Nach den Aprilstreiks versuchten sie, unter den Arbeitern Vertrauensleute zu gewinnen, die ihnen einschlägige Nachrichten liefern und gleichzeitig in der Arbeiterschaft beruhigend wirken sollten¹⁵⁸. Die bayerischen Behörden hatten sich zu diesem Zweck bereits im Herbst 1916 an die Gewerk-

schaften gewandt¹⁵⁹ und wenigstens in München eine Reihe gewerkschaftlicher Vertrauensleute für die Aufgabe gewonnen, »bei Aufläufen usw. die Tätigkeit der Polizeibeamten in unauffälliger Weise durch Beruhigung der Volksmenge zu unterstützen«¹⁶⁰; sie fuhrten hiermit nicht schlecht¹⁶¹. Preußische Generalkommandos hatten mit ähnlichen Versuchen offenbar weniger Erfolg. Der stellvertretende kommandierende General des Korpsbezirks Münster, der die Januarstreiks auf eine gewaltige feindliche Agententätigkeit zurückführte, für die – wie er zu wissen glaubte – »ein Kapital von 200 Millionen an der Arbeit« sei¹⁶², ersuchte im März 1918 die ihm unterstellten Regierungspräsidenten »nochmals dringend« um die »Heranziehung von Vertrauensleuten, die durch ihre Stellung Gelegenheit haben, unauffällig den Geheimwegen der Propaganda nachzuspüren«, und bat die Zivilbehörden, »soweit wie irgend möglich die Tätigkeit solcher Vertrauensleute auszudehnen und neue heranzuziehen und für die Mitarbeit zu gewinnen, wo es nur immer möglich« sei. Mit ihrer Hilfe hoffte er, die Wirkung der gegnerischen Propaganda »im Keime zu ersticken«.

Hierfür stand ihm eine »größere Geldsumme« zur Verfügung¹⁶³. Sie an den rechten Mann zu bringen, erwies sich jedoch als schwierig. Die Bergwerksdirektoren des Kreises Lüdinghausen erklärten dem Landrat, »sie hätten selbstverständlich einige ihrer Beamten (Steiger usw.) beauftragt, ihnen verdächtige Erscheinungen zu berichten«, doch sei »natürlich keine Gewähr geboten, daß diese derartige Agitationen bemerken, namentlich, da ja zwischen Beamten- und Arbeiterschaft im allgemeinen ein eher gespanntes Verhältnis« bestehe. Arbeiter für diese Aufgabe heranzuziehen, hielten sie erst recht für unmöglich. »Entweder seien diese nicht gerissen genug für eine derartige Stellung, oder nicht zuverlässig genug«¹⁶⁴. Da ähnliches für die meisten industriellen Großbetriebe galt, dürfte es den Behörden kaum irgendwo gelungen sein, in nennenswerter Dichte ein Netz von Vertrauensleuten innerhalb der Arbeiterschaft zu knüpfen.

Kaum besser als um derartige Präventivvorkehrungen war es auch um die Mittel bestellt, die der Staat gegen streikende Arbeiter aufbieten konnte. Zwar gaben sich die Militärbehörden aufgrund von Meldungen, deren Verlässlichkeit dahingestellt bleiben muß, überzeugt davon, daß die Zahl der Arbeiter, die lieber arbeiten als streiken wollten, »sehr groß« war; viele hätten »gar nicht gewußt . . . , weshalb gestreikt werde«, schrieb der Staatssekretär des Reichsmarineamtes nach den Januarstreiks 1918; sie seien jedoch »stark verängstigt gewesen« und hätten »große Furcht gehabt . . . , ihre Arbeitswilligkeit zu zeigen, weil sie sich nicht genügend geschützt glauben«¹⁶⁵. Ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen, wie er vor 1914 praktiziert worden war und auch jetzt bei den Generalkommandos angeregt wurde, kam jedoch nicht in Frage. Ein Verbot von »Hetzreden« vor den Fabri-

ken und in der Bahn, das der Kriegsminister zum Schutz der Arbeitswilligen »auch auf dem Wege von der Wohnung zur Arbeitsstelle und zurück, auf den Wegen zu den Speisesälen etc.« aussprach¹⁶⁶, war praktisch überhaupt nicht durchzusetzen¹⁶⁷.

Innerhalb der Betriebe ließ sich ein Schutz der Arbeitswilligen allenfalls im Rahmen der »Militarisierung« erreichen. Hierbei wurde der Betrieb militärischer Leitung unterstellt. An seine Spitze trat ein Offizier, die wehrpflichtigen Arbeiter erhielten Gestellungsbefehle, wurden zur Arbeit im Betrieb kommandiert, hatten nur Anspruch auf Sold und verloren alle Rechte aus dem Hilfsdienstgesetz. Die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse konnte ganz oder teilweise untersagt werden. Arbeitsniederlegung galt als Gehorsamsverweigerung und wurde von Militärgerichten nach dem Militärstrafgesetzbuch geahndet, das für gleiche Delikte empfindlich härtere Strafen vorsah als das zivile Recht. Schließlich konnte jeder wehrpflichtige Arbeiter ohne weiteres jederzeit an die Front versetzt werden¹⁶⁸.

Über den Ablauf einer solchen Aktion bei der Hamburger Vulcan-Werft nach den Januarstreiks berichtete das Generalkommando Altona: »Am Sonnabend, dem 3. Februar, erhielten die in Frage kommenden Arbeiter – etwa 5600 Mann – bei ihrer Entlohnung nachmittags um drei Uhr ihre Beorderung, die auf den 5. 2. 1918 lautete. In der Beorderung war Ort und Zeit der Gestellung so genau angegeben, daß stündlich ein Gestellungsappell über 400 Mann an zwei verschiedenen Orten der Werft abgehalten werden konnte. – Am 5. 2. 1918 wurde bei dem Appell den Eingezogenen in möglichst kurzer Form durch zwei Stabsoffiziere bekanntgegeben, daß sie eingezogen dienstlich zur Arbeit auf der Werft kommandiert seien und den Militärsetzen unterständen. . . . Die militärische Leitung werde diejenigen, die sich durch schlechte Führung und Säumigkeit in der Arbeit zur Verwendung auf der Werft nicht eigneten, zur sofortigen Einstellung bei der Truppe eingeben. Vergünstigungen und Urlaub würden nur Unbestraften gewährt werden. Dann wurde jeder Mann einzeln aufgerufen. Jeder mußte einzeln vortreten und seine Kriegsbeorderung abgeben, worauf er einzeln zu seiner Arbeit zurückkehrte. Alle Appells verliefen in muster-gültiger Ruhe und Ordnung.«¹⁶⁹

Nach dem Urteil des Chefs des Allgemeinen Kriegs-Departements im Kriegsministerium, General von Wrisberg, hatte sich dieses Mittel bei den Januarstreiks 1918 »glänzend bewährt«¹⁷⁰. Bei näherem Zusehen ergeben sich jedoch starke Zweifel an dieser Wertung. Groener erkannte schon anläßlich der Aprilstreiks 1917, eine Militarisierung sei »nur möglich für einzelne Betriebe, um ein Exempel zu statuieren«; man könne aber nicht daran denken, »in weiterem Maße Betriebe militärisch zu organisieren«¹⁷¹. Das Oberkommando in den Marken kam aufgrund seiner Erfahrungen mit der

Militarisierung von Berliner Rüstungsbetrieben im April 1917 und Januar 1918 ebenfalls zu dem Schluß, dieses Mittel sei »nur in beschränktem Maße« anwendbar¹⁷².

So war eine Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln und Bekleidung aus militärischen Beständen »ganz ausgeschlossen«¹⁷³. Außerdem mangelte es an Offizieren, die die Fähigkeit zur Leitung eines Betriebs besaßen und über genügend »Takt und ... Umsicht« verfügten, damit die Militarisierung »ihren Zweck« erreichte, nämlich »sofortige Herstellung von Ordnung in dem Betriebe und Gewinnung von Vertrauen unter den gutwilligen Arbeitern«. Hierfür »wirklich geeignete« Offiziere waren »selbst in der großen Garnison Berlin so selten, daß eine Militarisierung zahlreicher Betriebe auf einmal« schon daran scheiterte¹⁷⁴. Zur Beschränkung dieser Maßnahme »auf wenige, ganz besonders wichtige Betriebe« zwang ferner der Umstand, daß »Hand in Hand mit der Militarisierung« eine Wache für den Betrieb gestellt werden mußte, die stark genug war, »die militärische Autorität unter allen Umständen zu wahren«. Für große Betriebe bedurfte es daher »eines solchen Aufgebotes, daß die gleichzeitige Militarisierung vieler solcher Betriebe eine Verzettelung der militärischen Kraft bedeuten und die Schlagfertigkeit der für etwaige Unruhen bestimmten Truppen bedenklich vermindern würde«¹⁷⁵. Die Anwendung dieser Maßnahme in großem Stil überstieg also die Machtmittel selbst Preußens während des Krieges und schied zur Unterdrückung von Massenstreiks aus. Das Oberkommando in den Marken resümierte: »Allgemeine Militarisierung bei einem Generalstreik gehe nicht an.«¹⁷⁶

Ihre Exekution gegen einzelne Betriebe hatte seinem Bericht zufolge allerdings »ausgezeichnet« gewirkt. »Die Ruhe in dem Betriebe trat sofort wieder ein, und die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter nahm die Arbeit gutwillig sogleich wieder auf.«¹⁷⁷ Aus ähnlichen Beobachtungen schloß das Generalkommando in Altona, »daß die volle Militarisierung ein wirksames Mittel« sei, »um einem neuen Streik vorzubeugen«¹⁷⁸. Doch selbst in bezug auf einzelne Betriebe ist dies zweifelhaft. Sicherlich konnte die Militarisierung – besonders wenn sie so inszeniert wurde wie in Hamburg – in den betroffenen Arbeitern Gedanken an kollektive Widerstandsaktionen unterdrücken und ihnen das Gefühl einflößen, einer übermächtigen Institution wehrlos ausgeliefert zu sein.

Trotzdem war das Ritual nur leere Drohgebärde. Selbst der Altonaer General verhehlte nicht, daß seine Wirkung begrenzt blieb. Einmal schuf die Militarisierung innerhalb eines Betriebes zwei Klassen von Arbeitern: die der Wehrpflichtigen, die militärischen Sold bezogen und dem Militärrecht unterstanden, und die der Nicht-Wehrpflichtigen, für die weiterhin die zivilen Gesetze galten und die den bisherigen Lohn erhielten. Unter der

ersten Gruppe lösten die Einkommensverluste manchmal das Gegenteil der erwünschten Wirkung aus, indem sie die Streikenden von der Wiederaufnahme der Arbeit abhielten. In Oberschlesien erklärten sie, die geringen Bezüge machten ihnen »eine Durchführung der Arbeit unmöglich«¹⁷⁹.kehrten die Arbeiter dennoch in die Betriebe zurück, war nach Erkenntnissen des Altonaer Generalkommandos zu befürchten, »daß durch eine Herabsetzung des Verdienstes auch die guten Arbeiter unwillig wurden und nunmehr mit den schlechten Elementen der Arbeiterschaft gemeinschaftliche Sache machten«¹⁸⁰. Auf den militarisierten Hamburger Werften wurde deshalb den wehrpflichtigen Arbeitern der bisherige Lohn weitergezahlt¹⁸¹.

Zum anderen gab sich das Altonaer Generalkommando keinen Illusionen darüber hin, »daß ein wirklich gutes Arbeiten auch durch Befehle nicht erzwungen werden« könne, »zumal wenn viele Tausende gemeinschaftlich die Arbeit verweigern«¹⁸². Die Wirkung der Militarisierung reichte also über die psychologische Wirkung kaum hinaus. Sie war lediglich geeignet, die Arbeiter einzelner Betriebe »abzuschrecken und daher arbeitswillig zu erhalten«, als warnendes Beispiel auch die Arbeiter anderer Betriebe zum Wohlverhalten zu veranlassen und dadurch, wie die Militärs hofften, »einen großen moralischen Eindruck auf die gesamte Bevölkerung« zu machen¹⁸³.

Mitunter ergaben sich auch Schwierigkeiten daraus, daß die Unternehmensleitung die Militarisierung ablehnte, sei es aus Mißtrauen gegen die Managerfähigkeiten der Offiziere, sei es aus Argwohn, sie könnten zu tief in Betriebsinterna hineinleuchten, sei es aus Furcht, die Arbeiterschaft würde dadurch erst recht in den Streik getrieben und die Arbeitsniederlegung unnötig verlängert. Jedenfalls sträubte sich die Berliner Metallindustrie während der Aprilstreiks 1917 entschieden gegen die Militarisierung ihrer Betriebe¹⁸⁴. Weil sie »leicht zu bedenklichen Nebenerscheinungen« führen könne, mochte sie auch der VdESI nur dann empfehlen, »wenn alle anderen Mittel versagen«¹⁸⁵. In Hamburg wehrte sich 1918 besonders Hermann Blohm, der Generaldirektor von Blohm & Voss, der größten Hamburger Werft, »sehr stark« gegen die Militarisierung seines Betriebes¹⁸⁶ und verzögerte sie durch »kleinliche Schwierigkeiten« um mehrere Tage, wie das Altonaer Generalkommando ärgerlich berichtete¹⁸⁷.

Aus diesen Gründen wurde die Militarisierung immer nur für wenige Tage durchgeführt und nach der Beendigung des Streiks sogleich wieder aufgehoben. Trotz des sparsamen Gebrauchs erwies sich dieses Instrument gegen Kriegsende jedoch als stumpf. In Oberschlesien blieb es im Sommer 1918 weitgehend unwirksam, sei es, weil die Arbeiter sich nicht mehr einschüchtern ließen, sei es, weil sie durchschauten, daß die Generäle gar nicht

in der Lage waren, ihre Drohungen in großem Stil in die Tat umzusetzen. Als der oberschlesische Streik trotz der Militarisierung und trotz der Strafbefehle gegen 2000 Arbeiter kein Ende nahm, stöhnte der preußische Handelsminister: »Wie das bei einem Streik von etwa 120000 Mann werden würde, sei nicht abzusehen.«¹⁸⁸

Weitere Zwangsmittel standen den Behörden nämlich nicht zur Verfügung. Massenverhaftungen schieden schon wegen des Arbeitskräftemangels aus. Derselbe Grund sprach gegen die Einberufung streikender Arbeiter in großer Zahl zur Armee. Sie hätte nach den Feststellungen des Kriegsministers die Kriegswirtschaft lahmlegen können, »und zwar dauernd«¹⁸⁹. Deshalb war sie auch den Industriellen höchst unsympathisch. Als 1917 nach den Aprilstreiks in Berlin 4000 Arbeiter schlagartig eingezogen werden sollten, wehrten die Großbetriebe entsetzt ab: »So scharf darf man nicht eingreifen«¹⁹⁰. Beide Maßnahmen konnten daher nur in Einzelfällen angewandt werden, und selbst dann schien den Behörden eine gewisse Zurückhaltung opportun, »damit nicht Märtyrer geschaffen« würden¹⁹¹.

Aus denselben Gründen galt auch die allgemeine Verhängung des Standrechts als »höchst bedenklich«¹⁹². Ein Einsatz bewaffneter Kräfte gegen streikende Arbeiter kam ebenfalls kaum in Frage. Die Polizei war hierfür vielerorts zu schwach, ihre Zuverlässigkeit – nicht zuletzt wegen der Verschlechterung der materiellen Lage der Polizeibeamten – nicht mehr über jeden Zweifel erhaben¹⁹³. Auch die Heimattruppen zeigten sich in den letzten beiden Kriegsjahren nur noch bedingt einsatzfähig. Unter Urlaubern, erst recht unter Verwundeten in den Heimatlazaretten machte schon im Frühjahr 1917 das Wort »Revolution« die Runde¹⁹⁴. Gegen Jahresende benutzten Tausende den Heimaturlaub oder Truppentransporte dazu, sich von der Armee abzusetzen und in den Großstädten unterzutauchen; allein in Köln wurde ihre Zahl auf etwa 30000 geschätzt¹⁹⁵.

Selbst in Bayern, wo die Streiks im allgemeinen weniger heftig verliefen als in den industriellen Ballungsgebieten, sah sich der Kriegsminister bereits im April 1917 zu der Weisung an die Militärbefehlshaber genötigt, beim Ausbruch von Unruhen die Truppen in den Kasernen zu versammeln und eine allgemeine Urlaubssperre zu verhängen, auch über Soldaten, die im Lazarett lagen, Genesungskompanien angehörten oder Urlaub hatten, »um ihre Teilnahme an den Aufläufen zu verhindern«. Revolutionäre Bewegungen großen Stils würden – das stand für ihn schon zu diesem Zeitpunkt fest – »wie . . . Seuchen« auch vor den Kasernentoren nicht haltmachen und »mit Sicherheit« auf die Truppen übergreifen. Zur Niederschlagung eines Aufstands mit Waffengewalt dürften diese daher »nicht der Umgebung des Infektionsherdes selbst entnommen werden«. Vielmehr seien »zur Unterdrückung ernster Unruhen zuverlässige Truppen anderer

Standorte schleunigst heranzuziehen und die Truppen des eigenen Standorts abzuschieben«¹⁹⁶. Den Fall, daß ein Aufstand an mehreren Orten zugleich ausbrach, ließ er unerörtert. Im Januar 1918 aber zeigten in Nürnberg selbst ortsfremde Soldaten, die zum Einsatz gegen die streikenden Arbeiter in Bereitschaft gehalten wurden, eindeutige Sympathien für die Streikenden und wären schwerlich gegen sie vorgegangen. Fünf Monate später kam es in Bayern bei der Verlegung von Ersatztruppen an die Westfront zu aufrührartigen Szenen¹⁹⁷.

Ob die Fronttruppen sich gegen streikende Arbeiter hätten einsetzen lassen, ist ebenfalls zweifelhaft. Ludendorff glaubte zwar im Februar 1918 genügend zuverlässige Einheiten zu finden, um selbst einen Generalstreik niederwerfen zu können; notfalls müsse die Westoffensive verschoben werden, aber mehr als eine Verlängerung des Krieges wäre keinesfalls die Folge, meinte er leichthin. Vorsichtshalber befahl er die Bereitstellung einiger Bataillone für den Fall innerer Unruhen¹⁹⁸. Es ist jedoch höchst zweifelhaft, ob sein Optimismus und die rosige Lagebeurteilung des Obersten Bauer, der die Niederlage der Arbeiter im Januarstreik als Beweis dafür wertete, »wie fest die Regierungsgewalt im Grunde noch steht«¹⁹⁹, begründet und nicht vielmehr das Produkt eines Wunschdenkens waren.

Unter den Frontsoldaten im Westen herrschte Gustav Radbruch zufolge bereits im Frühjahr 1917 eine »unglaublich gesteigerte Verbitterung«. Als er im Zuge der »Aufklärung« der Truppen Propagandareden für die Zeichnung von Kriegsanleihe hielt, löste allein das Wort Kriegsanleihe schon »Entrüstungstürme« aus²⁰⁰. Im Frühjahr 1918, nach dem Fehlschlag der Westoffensive, geriet die Stimmung unter den Soldaten an der Westfront bedenklich ins Wanken. In Feldpostbriefen tauchten zum erstenmal »ganz bittere Stellen« auf. Manche lehnten sich offen gegen einen fünften Kriegswinter auf; die Drückebergerei nahm allgemein zu²⁰¹. Viel wahrscheinlicher als die Prognosen Ludendorffs war daher, daß die Fronttruppen schon nach kurzem Kontakt mit der Heimatbevölkerung unzuverlässig geworden wären, so wie es beim Ausbruch der Novemberrevolution geschah. Mit Sicherheit hätte ihr Einsatz den Beginn bürgerkriegsähnlicher Zustände bedeutet. In den Planungen der Zentralbehörden kam deshalb der Gedanke an eine solche Maßnahme kaum vor.

Es zeigt sich also, daß den Zivil- und Militärbehörden schon lange vor der Novemberrevolution ein verlässliches Instrument zur Niederschlagung ausgedehnter Streikbewegungen nicht mehr zu Gebote stand, erst recht nicht zum Brechen passiven Widerstands. Zur Erhaltung der Ruhe im Innern und zur Gewähr eines reibungslosen Fortgangs der Rüstungsproduktion und der Auffüllung der Heeresverbände waren sie auf die Unterstützung durch die Arbeiterorganisationen angewiesen. Die wachsende Unzu-

friedenheit der Massen und die ansteigende Streikaktivität machten deshalb in den letzten beiden Kriegsjahren die Zusammenarbeit mit der SPD und den Gewerkschaften mehr und mehr zum zentralen Kalkül ihrer Befriedungspolitik und ihrer gesamten Innenpolitik. Im Juli 1917, unmittelbar vor seinem Sturz, deutete Bethmann Hollweg an, daß nichts weniger als der Fortbestand der Staatsordnung vom Verhalten der Arbeiterverbände abhing, als er in einer Kronratssitzung die bange Frage stellte: »Was solle werden, wenn die Regierung bei der Bekämpfung der Streikbewegungen sich nicht mehr der Hilfe der Gewerkschaften bedienen könne? ... Wenn solche Bewegungen einen weiteren Umfang annähmen und vom Militär und mit Maschinengewehren bekämpft werden sollten, so wären die Folgen nicht auszuzahlen«²⁰².

Bereits im Sommer 1916 hatte der preußische Kriegsminister den Militärbefehlshabern daher geraten, bei Streiks nach der Verhaftung der Rädelführer und notfalls der Militarisierung einzelner Betriebe die Führer von SPD und Gewerkschaften zu sich zu bestellen, ihnen die Notwendigkeit dieser Maßnahmen darzulegen und »womöglich ihre Einwirkung auf die Arbeiter« zu erreichen²⁰³. Unmittelbar vor den Aprilstreiks 1917 empfahl der preußische Innenminister den Regierungspräsidenten »Führung mit den Gewerkschaften, auch da, wo nur ein mäßiger Teil der Arbeiter organisiert ist«. Die Wirtschaftsfriedlichen seien, »wenn die Gewerkschaften die Zusammenarbeit verweigern, gesondert zu behandeln«²⁰⁴. Auch der bayerische Kriegsminister wies die Befehlshaber zur »dauernden Führungnahme mit zuverlässigen Führern der Arbeiterorganisationen und der sozialdemokratischen Partei« an²⁰⁵.

Wenig später bat die Reichsregierung die Gewerkschaftsführer, den bevorstehenden Streiks entgegenzuwirken und ihr möglichstes zu tun, um sie unter Kontrolle zu halten²⁰⁶. Erst dadurch, daß die Gewerkschaftsvorstände geschlossen gegen die Streiks votierten, wurden die Behörden in die Lage versetzt, energisch gegen die Streikenden vorzugehen. Nur unter dem Schutz der gewerkschaftlichen Stellungnahmen konnte Groener es wagen, jeden Streikenden als »Hundsfoth« und »Feigling« zu bezeichnen, zum Streik auffordernde Arbeiter als »Verräter am Vaterland und am Heere« zu brandmarken und von allen Rüstungsbetrieben »Arbeit und wiederum Arbeit bis zum glücklichen Ende des Krieges« zu verlangen, ohne befürchten zu müssen, daß die Empörung vieler Arbeiter über diese Behandlung in organisierten Widerstand umschlagen würde²⁰⁷.

Groener hielt schon seit längerem eine dauernde Zusammenarbeit von Zivil- und Militärbehörden »mit den rechtsstehenden Sozialdemokraten und den Gewerkschaften« und sogar eine Unterstützung der Gewerkschaften seitens der Regierung für notwendig, um ihre Stellung zu festigen und

nicht den um die USPD gescharten oppositionellen Gruppen weiteren Zulauf zu verschaffen²⁰⁸. Aus dem gleichen Grunde suchte er die Generalkommandos von allzu scharfem Vorgehen gegen Streikende zurückzuhalten. Mit seiner Entlassung im Sommer 1917 setzte zwar eine Phase erneuter Repression auch gegenüber den Gewerkschaften ein²⁰⁹. Die anhaltenden Arbeitsniederlegungen aber zwangen die Behörden, ob es ihnen gefiel oder nicht, schon bald wieder zu einem Arrangement mit den Massenorganisationen der Arbeiter. Sie wurden deshalb von begrifflicher Nervosität befallen, als die Gewerkschaften sich während der Januarstreiks 1918 neutral erklärten und die Streikwellen, die seitdem durch die Industriebezirke liefen, allenfalls noch bremsen, aber nicht mehr zurückhalten wollten oder konnten. Der bange Gedanke beschlich die Regierung, in absehbarer Zeit könnten die Gewerkschaften sogar selbst wieder Streikbewegungen anführen. Daß Arbeitseinstellungen dann »erheblich ernster« sein würden als die Januarstreiks, mochte sich selbst der preußische Innenminister nicht verhehlen²¹⁰.

Die Nervosität der Behörden zeigte sich zunächst daran, daß sie die Gewerkschaften vor politischen Attacken zu bewahren suchten. Im August 1917 stellte der Reichskanzler sie sozusagen unter Polizeischutz, indem er »Angriffe gehässiger Art auf die rechtsstehenden Teile der Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie« zu einem hinreichenden Grund für die Auflösung von Versammlungen erklärte²¹¹. Während der Januarstreiks 1918 äußerte sich die Besorgnis in dringenden Ermahnungen zum Wohlverhalten. Auf dem Höhepunkt der Streiks rief der Chef des Kriegsamts, General Scheüch, den Vertrauensmann der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen in seiner Behörde, Alexander Schlicke, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des DMV zum Verbandsvorstand nach Stuttgart gereist war, telegraphisch nach Berlin zurück. Er forderte ihn auf, sich sofort mit der Generalkommission in Verbindung zu setzen, und rügte die »Inaktivität der Gewerkschaften, die . . . den Streik hätten verhindern oder . . . mindestens seine Beendigung hätten betreiben können«²¹².

Im Sommer 1918 äußerte sich die Angst der Behörden vor unkontrollierbaren Entwicklungen sogar in Form von Befehlen und Drohungen. Während des Streiks im rheinisch-westfälischen Industriegebiet erklärte der Befehlshaber in Münster den Gewerkschaftsführern, »daß es ihre Pflicht sei, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß diese wilden Streiks beendet würden«²¹³. Einer seiner Mitarbeiter drohte ihnen sogar: »Wenn sie das nicht könnten, täten die Voraussetzungen für ihre Reklamation wegfallen«²¹⁴. Mit solchen Aussprüchen liefen die Militärs allerdings Gefahr, den Bogen zu überspannen und sich die Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften zu verschmerzen. Der Düsseldorfer DMV-Bezirksleiter verzichtete dar-

auf, weitere Reklamationsanträge zu stellen; er hielt es für besser, daß die Funktionäre »in der Etappe oder als Bahnwachtmann, Nachtwächter oder in einer Garnisonsküche Kartoffeln schälen, als wie unter solchen Zumutungen ihre gewerkschaftliche Tätigkeit zu verrichten«²¹⁵. Unmittelbar vor der Novemberrevolution schließlich mußte die Regierung erkennen, daß sie »keinen absolut verlässlichen Stützpunkt« mehr besaß und sich deshalb in der »Zwangslage« befand, »sich mit der Sozialdemokratie zu verständigen«²¹⁶.

Dieses Wechselspiel von Hoffnungen auf und Forderungen an die Gewerkschaften beleuchtet einige Stationen auf dem Wege des preußisch-deutschen Militärstaats in die innere Ohnmacht. An ihm wird deutlich, wie der Krieg, der immer mehr ein Kampf um die Bewahrung der überkommenen Herrschaftsverhältnisse wurde, die sozialen Fundamente dieser Verhältnisse mit zunehmender Dauer immer gründlicher zerstörte und ihre Exponenten immer tiefer in das eigentlich widernatürliche Bündnis mit den Arbeiterorganisationen hineintrieb. Als diese es aufkündigten, um nicht selbst ihren Einfluß in der Arbeiterschaft zu verlieren, brach der Klassenstaat widerstandslos zusammen.

Kriegspropaganda

Lediglich ein Mittel, um die Arbeiterschaft von Streiks abzuhalten, konnten die Behörden ohne Rücksicht auf beschränkte personelle Ressourcen und unliebsame politische Rückwirkungen anwenden, nämlich die propagandistische Beeinflussung der Massen. Infolgedessen gewann sie in den letzten beiden Kriegsjahren in dem Maße an Bedeutung, wie die Repressionsmöglichkeiten des Staates abnahmen. 1917 erhielten alle stellvertretenden Generalkommandos Unterrichtsoffiziere, die die Zivilbevölkerung und die Ersatztruppenteile ihres Korpsbezirks propagandistisch zu betreuen hatten. Gleichzeitig wurde für die Soldaten des Feldheeres der »Vaterländische Unterricht« eingeführt. Auf Drängen der Obersten Heeresleitung verstärkten auch die Zivilbehörden ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet²¹⁷.

An der militärischen wie der zivilen Propaganda, soweit sie die Industriearbeiter erreichen sollte, beteiligten sich neben den konfessionellen und wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen auch die SPD und die Gewerkschaften aller Richtungen. Namhafte Gewerkschafts- und Parteiführer unterhielten Beziehungen zum Kriegspresseamt und zur Zentralstelle für Heimataufklärung. Prominente Gewerkschaftsfunktionäre und Parlamentsabgeordnete stellten sich den Behörden als Multiplikatoren ei-

ner optimistischen Lagebeurteilung und der außenpolitischen Ziele der Regierung zur Verfügung. Sie wurden auf Kosten der Armee in die Kampf- und Besatzungsgebiete transportiert, dort über die Leistungen der Truppen und die – durchweg schöngefärbte – militärische Lage ins rechte Bild gesetzt und »mit Siegesgewißheit« geimpft²¹⁸, in der stillen oder ausdrücklichen Erwartung, sie würden anschließend in ihren Wahlkreisen, in der Partei- oder Gewerkschaftspresse oder auf andere Weise Ruhmesnachrichten und Zuversicht verbreiten. Zu ihrer Enttäuschung mußte die Oberste Heeresleitung allerdings mehrfach beobachten, daß »nachher weiter nichts geschah«. Ende Dezember 1917 bat sie deshalb dringend, nur noch solche Abgeordnete einzuladen, »von denen man sicher ist, daß sie Kapital schlagen aus dem, was man mit ihnen unternimmt«²¹⁹.

Der Beeinflussung der Stimmung in der Arbeiterschaft diene auch die Reklamationspraxis. Nach den Aprilstreiks 1917 forderte die Generalkommission die Vorstände der Einzelgewerkschaften auf, ihren Apparat in den Dienst der »Aufklärung über den Stand und den Ernst der Situation« zu stellen und insbesondere ihre Gau- und Bezirksleiter sowie die Leiter der großen Ortsgruppen entsprechend zu informieren, »damit alle verantwortlichen Stellen innerhalb unserer Organisationen zusammenarbeiten können, um dem Treiben unverantwortlicher Kreise entgegenzuwirken«. Wie schon in anderem Zusammenhang erwähnt, erbot sie sich, zu diesem Zweck »für besonders gefährdete« Regionen »zuverlässige und energische zum Heeresdienst einberufene Organisationsleiter« zu reklamieren²²⁰. In Leipzig etwa wurden daraufhin Bezirks- und Ortsfunktionäre der freien Gewerkschaften, die der SPD angehörten, mit der ausdrücklichen Begründung vom Kriegsdienst zurückgestellt oder entlassen, es sei ihre »Hauptaufgabe ..., die Ruhe im Bezirk unter allen Umständen zu wahren«²²¹.

Außerdem unterstützten die Gewerkschaften die Regierung durch das Abfassen und Verbreiten von Flugschriften zur Rechtfertigung und Propagierung der Kriegspolitik. Vor allem der wortgewandte August Winnig, umfangreichen kontinentalen und kolonialen Erwerbungen Deutschlands zugetan, wurde von der Regierung wiederholt als Broschürenautor herangezogen und so gleichsam von Staats wegen in eine literarische Erfolgskarriere katapultiert, die ihn von der Arbeiterbewegung immer weiter wegführte und schließlich in deutschnational-völkischer Umgebung landen ließ. Auf Anregung des Staatssekretärs des Reichskolonialamtes hielt er im November 1916 in der Deutschen Gesellschaft 1914 einen Vortrag über die Gewerkschaften im Weltkrieg. Auf Intervention Oberst Bauers, der dem Vortrag beiwohnte, bekam er anschließend sechs Wochen Sonderurlaub, um seinen Text zu einer Broschüre zu verarbeiten²²².

Anschließend wurde er aus dem Heeresdienst entlassen. »Was nützt uns Ihr Garnisonsdienst?« erklärte ihm Bauer. »Sie können uns am meisten helfen, wenn Sie tun, wozu Sie da sind«, nämlich unter den Arbeitern für die Kriegführung zu werben. In diesem Sinne sei ja der »Gewerkschaftsdienst ... auch ... Dienst am Vaterlande«²²³. Nachdem sich Winnig durch sein Eintreten für den unbeschränkten U-Boot-Krieg in den Augen der Regierung als Propagandaschriftsteller weiter qualifiziert hatte, erhielt er 1917 den Auftrag, eine Broschüre über die Wirkungen des englischen Wirtschaftskrieges auf die deutsche Arbeiterschaft zu schreiben; sie wurde auf Staatskosten in einigen hunderttausend Exemplaren verbreitet²²⁴ und in Unternehmerkreisen so positiv aufgenommen, daß selbst die VDA den Arbeitgebern ihre Verteilung unter der Arbeiterschaft empfahl²²⁵.

Auch andere »geeignete sozialdemokratische Schriftsteller« brachte das Kriegspresseamt dazu, »im Sinne der mit dem 4. August 1914 eingeleiteten nationalen Sammlungsbewegung« zu schreiben²²⁶. So steuerte Jansson 1918 einen Aufsatz über »Die Arbeiterinteressen am Siege« für die vom Kriegspresseamt herausgegebene Kriegswochenschau bei. Im Namen der Gewerkschaften versicherte er darin, sie seien »entschlossen, den Krieg zu einem siegreichen Ende führen zu helfen, weil die Zukunft des eigenen Landes auch die Zukunft der deutschen Arbeiter und ihrer Kinder ist«²²⁷.

Weniger Erfolg hatten die Behörden mit dem Versuch, die Gewerkschaftszentralen als Verteilungsstellen für ihr eigenes Propagandamaterial einzuspannen. Das Reichsmarineamt etwa empfahl den Direktionen der Marinewerften, Broschüren außerhalb der Betriebe »durch geeignete Mittelpersonen«, nämlich »Arbeiter- und Angestelltenausschußmitglieder, Vorsitzende von Gewerkvereinen und Gewerkschaften, nationalen und sonstigen Vereinen usw.« verteilen zu lassen, und riet ihnen, Gewerkschaftsführer zu Vorträgen einzuladen²²⁸. Die Marinebehörden selbst nämlich kamen »außerordentlich schwer an die Leute heran«. Der Anschlag von Plakaten, das Auslegen von Broschüren in Kantinen, Arbeitsräumen, Lehrlingsheimen und Unterkunftsbaracken, selbst in den Wartezimmern der Kassenärzte, sowie Vorträge innerhalb der Arbeitszeit hatten nicht den erhofften Erfolg erbracht²²⁹. Den Arbeitern erschien alles, was unter dem Namen der Werft oder der Marinebehörden an sie herangetragen werde, »von vornherein suspect«²³⁰. Die Propagandaoffiziere der Marinebehörden kamen deshalb zu dem Schluß, »es müßten Mittel und Wege gefunden werden, die Aufklärungstätigkeit möglichst mit Hilfe der Gewerkschaften außerhalb der Betriebe auszuüben«²³¹.

Bei den christlichen Gewerkschaften wurde ihnen diese an manchen Orten zuteil: Die Vorsitzenden der örtlichen Gewerkschaftsorganisationen erhielten Propagandamaterial zugeschickt, das sie unter den Mitgliedern

verbreiteten²³². Im Juni 1918 suchte ein Presseoffizier des Admiralstabs auch Legien auf und bat ihn um sein Einverständnis dafür, daß die Presseabteilung unter Berufung auf ihn Aufklärungsschriften an die Kartelle und Sekretariate der freien Gewerkschaft senden dürfe. Außerdem regte er an, von einem U-Boot-Kommandanten Vorträge im Berliner Gewerkschaftshaus halten zu lassen. Legien entgegnete, »daß er persönlich dem Gedanken sehr sympathisch gegenüberstehe«, wich jedoch einer verbindlichen Antwort mit dem Hinweis auf die Kompetenz der Generalkommission für die Entscheidung derartiger Angelegenheiten sowie die Zuständigkeit Körstens für das gewerkschaftliche Vortragswesen in Berlin aus. Angesichts der oppositionellen Einstellung der Mehrheit der Berliner Gewerkschaftsführer mochte er dem Marineoffizier auch keine großen Hoffnungen machen, wobei er sich freilich die Bemerkung nicht verkneifen konnte, »er halte die Arbeiter für verständiger als die Führer«²³³.

Anderwärts jedoch leisteten die freien Gewerkschaften die gewünschten Vermittlungsdienste. Die Leipziger Gewerkschaftsführer taten dies schon anlässlich der Aprilstreiks 1917²³⁴. Im Sommer 1917 brachte das Frankfurter Generalkommando über die freigewerkschaftlichen Verbände der Metall-, Fabrik- und Transportarbeiter Flugblätter des Kriegspresseamts, Rechtfertigungsschriften des SPD-Vorstandes und Winnigs Broschüre »Der englische Wirtschaftskrieg und das werktätige Volk Deutschlands« unter die Arbeiter²³⁵.

Auch auf andere Weise unterstützten die Gewerkschaften die behördlichen Propagandabemühungen. In vielen Städten und Kommunalverbänden wurden zur Beruhigung der Bevölkerung über die wirtschaftliche Lage sowie zur Entgegennahme und Erörterung von Beschwerden und Anregungen Aufklärungsausschüsse gebildet²³⁶. Ohne tatsächlich Veränderungen herbeiführen zu können, sollten sie der Bevölkerung das Gefühl vermitteln, angehört zu werden und auf Entscheidungsprozesse einwirken zu können. Die Behörden bemühten sich daher, außer den für die Bildung der öffentlichen Meinung besonders wichtigen Lehrern und Geistlichen vor allem Repräsentanten der Arbeiterschaft für die Mitarbeit zu gewinnen²³⁷.

Überwiegend zu ihrer Zufriedenheit gelang ihnen dies wiederum bei den christlichen Gewerkschaften²³⁸, nicht zuletzt »dank der sehr regen Unterstützung der katholischen Geistlichkeit«²³⁹. Selbst im Ruhrgebiet konnten sie darauf rechnen, daß die christlich-nationalen Arbeiterführer »durchaus bereit sind, an der Aufklärungsarbeit mitzuwirken, und daß sie auch dankbar sind für jede Fühlungnahme, die das stellvertretende Generalkommando mit ihnen nimmt«²⁴⁰. Nach den Januarstreiks 1918 forderte der Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter sogar von sich aus Behörden und bürgerliche Organisationen zu verstärkten Propagandaan-

strebungen auf, um den gefährlichen »Giftstoff« der Streikgelüste und der Kriegsmüdigkeit zu beseitigen. Er bat darum, alles von den Behörden herausgegebene Aufklärungsmaterial »auch uns in genügender Menge zur Verfügung zu stellen, damit wir mit Hilfe der Vertrauensmänner unserer Bewegung dasselbe aufs schnellste verbreiten können«²⁴¹.

Hingegen verhielten sich die Führer der freien Gewerkschaften eher reserviert. In der durchweg oppositionell gesinnten Berliner Arbeiterschaft vermochte selbst Legien keine Anknüpfungspunkte für eine propagandistische Kooperation mit den Behörden zu entdecken²⁴². Auch in Kassel waren die Arbeiterführer »für eine umfassende, unparteiische Aufklärung im allgemeinen nicht zu haben, weil sie befürchten müssen, daß ihnen eine solche Aufklärung den bisherigen Einfluß auf die Massen schmälern würde«; deshalb vermochte die Propaganda hier »einen großen Teil der städtischen Arbeitermassen« nicht zu erreichen²⁴³. Im Ruhrgebiet war es ebenfalls »außerordentlich schwer . . ., an die Gewerkschaften selbst heranzukommen«; höchstens in Einzelfällen hielt der Aufklärungsoffizier des Generalkommandos Münster die »praktische Bearbeitung einzelner Führer« für erfolgversprechend²⁴⁴. Ähnliches gilt für Sachsen. Selbst in Ostpreußen stand die organisierte Arbeiterschaft bis in den Sommer 1918 hinein der militärischen Aufklärung ablehnend gegenüber und beteiligte sich nicht an ihr²⁴⁵.

Dagegen scheint sich in Süddeutschland eine recht enge Zusammenarbeit zwischen freien Gewerkschaften und Behörden entwickelt zu haben. In Bayern, wo es schon seit 1916 feste Kontakte zwischen Gewerkschaften und Behörden gab²⁴⁶, bezeichnete das Kriegsministerium Ende 1917 die Ergebnisse der Kooperation als »wirklich gut«. Sie erlaubte ihm, sich bei der Aufklärungsarbeit im Hintergrund zu halten. »Massensuggestion« nämlich, so erläuterte ein Abteilungsleiter im Kriegsministerium, könne man »niemals ausüben auf jemanden, der mit einem gewissen Widerwillen gegen die Aufklärung ausgerüstet« sei, und das sei »jeder, sobald ihm zum Bewußtsein kommt, daß die Belehrung von Amts wegen kommt«²⁴⁷.

Ähnliche Erfolge meldeten die Militärbehörden aus Württemberg, wo namentlich der Aufklärungsoffizier des Stuttgarter Generalkommandos eine rührige Tätigkeit entfaltete²⁴⁸. Um »dauernde Föhlung« mit der Arbeiterschaft zu halten, besuchte er regelmäßig die Sitzungen der Arbeiterausschüsse in den wichtigsten württembergischen Betrieben, bei Bosch und Daimler in Stuttgart, den Zeppelinwerken in Friedrichshafen und den kleineren Betrieben in Göppingen²⁴⁹. Im April 1918 lud er die Arbeiterausschuß-Vorsitzenden aller württembergischen Rüstungsbetriebe, ferner die Bezirksleitungen der drei Metallarbeiterverbände und des Fabrikarbeiterverbands, den Vorsitzenden des Stuttgarter Gewerkschaftskartells sowie

des evangelischen und des katholischen Arbeitervereins und die Vorsitzenden des Verbandes württembergischer Metallindustrieller zu einem zweitägigen Lehrgang über kriegswirtschaftliche Fragen nach Stuttgart ein. Die Namen der Ausschußvorsitzenden hatte er von der Stuttgarter DMV-Bezirksleitung erhalten. Reisekosten und Lohnausfall wurden den Teilnehmern ersetzt; außerdem bekamen sie ein reichliches Tagegeld. Als Referenten traten Giesberts, Prof. Wiedenfeld von der Kriegsrohstoffabteilung, ein Mitarbeiter des Kriegsernährungsamts und der Unterrichtsoffizier des Stuttgarter Generalkommandos auf.

Um den Arbeitervertretern Gelegenheit zur Aussprache zu geben und »die Ventile der Unzufriedenheit zu öffnen«, fanden nach den Vorträgen Diskussionen statt. Nach zwei Arbeitern kam allerdings jeweils wieder der Referent des Generalkommandos oder des Kriegsministeriums zu Wort, um Klagen zurückzuweisen oder Beanstandungen zurechtzurücken. Am Abend wurden die Teilnehmer teils ins Hoftheater, teils in ein Kino geführt, wo Durchhaltefilme liefen. Der DMV stellte sein Haus für ein gemeinsames Mittagessen zur Verfügung, bei dem die Arbeiter mit den Offizieren an einem Tisch sitzen und mit ihnen ihre Probleme erörtern konnten, für die meisten mit Sicherheit ein unerhört neues und nachhaltig wirksames Erlebnis. »Der Erfolg der Tagung war derart durchschlagend«, konnte das Generalkommando denn auch stolz berichten, »daß während derselben und kurz nach ihr von verschiedenen Teilnehmern Bestellungen auf Plakate, Broschüren und Vorträge« einliefen; eine »ganze Reihe von Leitern der Arbeiterausschüsse« bat, »es möchten mit den Arbeitern ihrer Werke an Ort und Stelle ähnliche Besprechungen abgehalten werden«. Sogar die Metallindustriellen erkannten an, »daß durch die Veranstaltung ein nationaler und volkswirtschaftlicher Gewinn erzielt worden sei«.

Ähnliche Lehrgänge hielt das Generalkommando Kassel ab²⁵⁰. Das Generalkommando Hannover sicherte sich die Mitarbeit der »maßgeblichen Führer« der Gewerkschaften, indem es sie mit Repräsentanten anderer Organisationen und Regierungsvertretern in einem Ausschuß zusammenbrachte. »Man merkte es den sozialdemokratischen Vertretern an«, berichtete der Propagandaoffizier, »daß sie dankbar waren, daß man ihren Rat hören wollte, wie man die Aufklärungsorganisation aufbauen sollte, daß man sie in diesen engeren Ausschuß mit hineinnahm«²⁵¹.

Im übrigen leisteten die Gewerkschaftsführer den militärischen und zivilen Propagandastellen indirekte Hilfe mit den Argumenten, mit denen sie seit den ersten Kriegsmonaten ihre Kriegspolitik rechtfertigten. Je größer die Widerstände in der Arbeiterschaft gegen die Weiterführung des Krieges wurden, desto enger lehnte sich die staatliche Propaganda an diese Argumente an. Ludendorff bezeichnete es im Juli 1917 als wichtigste Aufgabe

der Aufklärung unter den Soldaten, »die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, ihre Bedeutung und die Folgen eines verlorenen Krieges, besonders auch für den deutschen Arbeiter«, hervorzuheben²⁵³. Demgemäß belehrte das Kriegspresseamt in einer Broschüre die Arbeiter, das Kriegsziel der Entente sei »die gänzliche Zerschlagung der deutschen Volkswirtschaft«, der Krieg folglich »ein Kampf des angelsächsischen Kapitals gegen die deutsche Arbeiterklasse. . . . Auch die Verwirklichung nur eines Teils dieser Kriegsziele würde eine völlige Vernichtung Deutschlands und grausige Verelendung seines Volkes zur Folge haben. Alle organisatorischen Leistungen der Arbeiterbewegung würden zunichte werden: Gewerkschaften, Genossenschaften, Bildungseinrichtungen, Sozialgesetzgebung usw.«²⁵³

In den letzten Kriegsmonaten rückte die Propaganda die ökonomischen Aspekte des äußeren und inneren Zusammenbruchs ganz in den Vordergrund. Im August 1918 verstieg sich Oberst Bauer sogar zu der Behauptung, »daß der Krieg ganz wesentlich für den deutschen Arbeiter geführt« werde, »denn ohne Deutschlands Weltmachtstellung läge Industrie und Handel brach und damit wäre auch die Arbeits- und Erwerbsmöglichkeit der Arbeiter beschränkt«²⁵⁴.

Propaganda der Industrie

Auch die Industriellen entfalteten ab 1917 besondere Propagandaaktivitäten, um die im Hindenburgprogramm vorgesehenen Ziele zu erreichen und der wachsenden Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft entgegenzuwirken. Sehr überzeugt vom Erfolg dieses Mittels waren sie freilich nicht. Denn sie kannten sehr genau das Bewußtsein der Arbeiter aus täglicher Erfahrung in den Betrieben. »Das hat keinen Zweck, die Arbeiter benutzen das zu allen anderen Sachen, bloß nicht zum Lesen«, umschrieb Borsig im September 1917 die in Industriekreisen weitverbreitete Einstellung zur Propaganda. Trotzdem ermahnte er seine Kollegen, sie dürften sich »die Mühe nicht verdrießen lassen«²⁵⁵.

Da die Arbeiter die Unternehmerpresse nicht lasen, suchten die Industriellen auf andere Weise an ihre Belegschaften heranzukommen. Der Verband Berliner Metallindustrieller setzte 1917 einen Ausschuß ein, der Agitationsmaterial auf seine Eignung zur Verteilung unter der Arbeiterschaft prüfte. Außerdem engagierte er einen Schriftsteller, der Postkarten, Flugblätter und Broschüren verfaßte, die mit einer Auflage von 30000 Exemplaren allmonatlich in den Betrieben verarbeitet wurden²⁵⁶. Auch der VdESI unternahm im Frühjahr 1918 eigene Flugblattaktionen zur Aufklärung der

Arbeiterschaft. Unter der Schlagzeile »Hue auf dem Holzweg« suchte er vor allem in »gemeinverständlicher und schlagender Weise« die »unbedingte Notwendigkeit« der Annexion von Longwy-Briey zu propagieren²⁵⁷. Zur gleichen Zeit empfahl die VDA allen Arbeitgebern, unter den Belegschaften Flugschriften zu verteilen – freilich nicht umsonst, sondern gegen ein geringes Entgelt, weil andernfalls bei den Arbeitern Zweifel an der Qualität der Schriften geweckt würden. Ihre Empfehlungsliste enthielt außer der schon genannten Schrift von Winnig auch eine Broschüre des rechten Sozialdemokraten Cohen-Reuß sowie eine des Syndikus der Süddeutschen Gruppe des VdESI, Meesmann, der ebenfalls für die Annexion der lothringischen Erzgruben eintrat²⁵⁸.

In stilistischer Hinsicht folgte diese Propaganda dem Rat des Siemens-Direktors Diehlmann, »Einwirkungen auf die Arbeiter ... in demagogischem Tone« zu halten und »in kurzen Sätzen alle Argumente ab ovo« zu entwickeln²⁵⁹. Inhaltlich bediente sie sich ebenfalls weitgehend der Gründe, die die Gewerkschaften zur Rechtfertigung ihrer Kriegspolitik benutzten. Sie gestatteten ihnen, die eigenen Kriegsziele als vitale Interessen der Arbeiterschaft auszugeben. So verkündete Heinrich Claß: »Den größten Nutzen von einem den Notwendigkeiten unseres Volkes genügenden Frieden würde ... diejenige Schicht haben, die man ›Arbeiter‹ im engeren Sinne nennt – sie würde in der Blüte des deutschen Wirtschaftslebens nicht nur die Sicherung, sondern die Besserung ihrer Lage finden – umgekehrt aber: falls der Friede nicht bringt, was unser Volk braucht, müßten sie den schwersten Schaden tragen, weil eine schwache deutsche Volkswirtschaft zerstörende Wirkung auf die Lage ihrer Arbeiter ausüben müßte.«²⁶⁰ Der Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden drückte im Februar 1917 seine Überzeugung aus, »daß ein Scheidemann-Frieden gleichbedeutend ist mit dem Ruin unseres Vaterlandes, insbesondere seines Arbeiterstandes«²⁶¹.

Nach den Januarstreiks 1918 verkündete die VDA, daß in der Kriegszielfrage »eine verschiedenartige Stellungnahme von Unternehmern und Arbeitern nicht denkbar« sei. Auch für die deutschen Arbeiter sei der Kampf um einen günstigen Kriegsausgang »eine Lebensnotwendigkeit, das erste und höchste Gebot der Selbsterhaltung. ... Denn wenn die Industrie zurückgeht, dann geht die Arbeitsgelegenheit zurück, dann gehen die Löhne herunter. Auf den Arbeitsmangel folgt die Notwendigkeit, auszuwandern, und unsere Arbeiter werden dann verurteilt sein, Kulturdünger im Ausland zu werden ... Nur ein Frieden, hinter dem die überlegene deutsche Macht steht, kann verhindern, daß die Interessen der deutschen Arbeiter aufs schwerste geschädigt werden. Die deutschen Arbeiter handeln daher nur zum Besten ihrer eigenen Sache, wenn sie in diesem Sinne die Kriegsarbeit,

die noch getan werden muß, als Friedensarbeit auffassen und in dieser für ganz Deutschland entscheidenden Lebensfrage der bewährten Führung der Unternehmer, die mit aller Entschiedenheit für einen solchen Frieden eintreten, sich vertrauensvoll überlassen«²⁶².

Neben hergebrachten publizistischen Mitteln bediente sich insbesondere die rheinisch-westfälische Industrie zur Beeinflussung der Arbeiterschaft auch des Films, der allem Gedruckten den Reiz der Neuheit voraus hatte und deshalb als besonders werbewirksam gelten konnte. Im November 1916 wurde zu diesem Zweck unter Führung Hugenbergs die Deutsche Lichtbildgesellschaft gegründet, an der sich alle wichtigen wirtschaftlichen Interessenverbände finanziell beteiligten²⁶³. Einige Monate später begannen die Rüstungsbetriebe im Ruhrgebiet, die ersten Filme vorzuführen. Sie sollten vor allem der »blödsinnigen Redensart: ›schlimmer kann es auch nicht werden, wenn der Feind ins Land kommt‹«, entgegenwirken. Zur Demonstration, »was der Krieg für ein Land bedeutet, das mit Krieg überzogen ist«, enthielten sie Bilder aus dem zerstörten Ostpreußen. Um den Arbeitern die Abscheulichkeit der Kriegsziele der Feinde vor Augen zu führen, folgten Bilder aus dem Elsaß, aus Lothringen und vom Rhein. Anschließend wurde den Zuschauern in einer kurzen Ansprache eingepreßt: »Seht, diesen schönen Rhein wollen uns die Feinde nehmen, das ist das Ziel der Feinde«²⁶⁴.

Als Propagandamaßnahmen im weiteren Sinne sind schließlich auch die besonderen Anreize zu verbuchen, mit denen manche Industriellen ihre Arbeiter zur Zeichnung von Kriegsanleihe zu verlocken suchten. Der Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie empfahl, den Arbeitern hierfür Vorschüsse mit besonders günstigen Rückzahlungsbedingungen zu offerieren oder sie – besonders sinnig – für die Zeichnung von Kriegsanleihe mit dem Abschluß einer Lebensversicherung zu belohnen²⁶⁵. Die Gutehoffnungshütte mußte freilich registrieren, daß von solchen Angeboten »nur in ganz geringem Ausmaß« Gebrauch gemacht wurde²⁶⁶.

Als sich im Sommer 1918 mit den militärischen Rückschlägen im Westen die Stimmung der Arbeiterschaft alarmierend verschlechterte²⁶⁷, bemühten sich die Industriellen um »neue Reizmittel«. Der Siemens-Direktor Diehlmann entsann sich jetzt der »Forderung der altrömischen Massen nach panem et circenses« und schlug vor, »an unsere hervorragendsten Bühnenschriftsteller heranzutreten mit der Aufforderung, politische Theaterstücke zu schreiben, die dem Sinn und der Auffassung unserer Arbeitermassen entsprechen würden, die ihnen ihre eigenen Interessen in drastischer Weise vor Augen führen, ihnen zeigen, was aus uns werden würde und werden wird, wenn die englischen und amerikanischen Reden von der Zertrümme-

rung Deutschlands Gestalt gewinnen sollten, und so an ihr patriotisches Empfinden schließlich appellieren«. Diehlmann zweifelte nicht, »daß die Industrie hierfür . . . gern bereit wäre, Opfer zu bringen, um einen mehr oder weniger großen Prozentsatz ihrer Arbeiter unentgeltlich solchen Veranstaltungen beiwohnen zu lassen«²⁶⁸. Ob die Industrie einen namhaften Dramatiker fand, der sich bereit erklärte, diese Aufgabe zu übernehmen, muß offen bleiben. Jedenfalls war der Krieg zu Ende, bevor ein Spektakel dieser Art auf die Bühnen kam.

Im übrigen arbeiteten die Industriellen eng mit Behörden und anderen Institutionen zusammen. Die Industriellen-Organisationen des Ruhrgebiets forderten ihre Mitglieder auf, in den Aufklärungsausschüssen mitzuarbeiten und durch finanzielle Zuwendungen »für eine zweckmäßige Durchführung der Aufklärungsarbeit« zu sorgen²⁶⁹. Viele Berliner Industrielle baten im März 1918 das Oberkommando, »Flugblätter, Druckschriften, Plakate und auch geeignete Herren zur Abhaltung von Vorträgen zur Verfügung zu stellen«²⁷⁰.

Allerdings endete die Kooperationsbereitschaft der Industrie nicht selten an der Rücksicht auf einen ungestörten Produktionsablauf. Die VDA stieß auf entschiedenen Widerstand, als sie nach den Januarstreiks 1918 den Unternehmern empfahl, in den Betrieben Offiziere, Geistliche oder einfache Soldaten über Verwendung, Wirkung und Bedarf der verschiedenen Rüstungsgüter berichten zu lassen und hierdurch den Arbeitern »überzeugend« klarzumachen, »wie ihre ihnen vielleicht unwesentlich erscheinende Arbeit zu ihrem Teil zum Gelingen des Gesamterfolgs beizutragen vermag«. Denn um diesen Veranstaltungen die »weitgehendste Beteiligung der Arbeiterschaft (besonders auch der Frauen)« zu sichern, regte die Vereinigung an, sie »womöglich im Rahmen der Arbeitszeit unter Gewährung des Lohnes« abzuhalten²⁷¹. »Wenn man einerseits den Arbeitern sagt, daß keine Minute gefeiert werden dürfe«, so entgegneten etwa die Arbeitgeber in Kiel, dann könne »man sie andererseits nicht selbst von der Arbeit abhalten«. Sobald »das Prinzip, daß an der Arbeitsstätte Unterbrechung der Arbeit durch Besprechungen, Vorträge und dgl. nicht stattfinden dürfen, einmal durchbrochen sei, müsse man den Arbeitern auch zugestehen, daß sie ihrerseits Besprechungen über Lohnfragen usw. abhielten«²⁷².

Auch die Frage der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften führte zu Schwierigkeiten, vor allem im Ruhrgebiet. Wegen der geringen Wirkung der kommunalen Aufklärungsstellen richteten die Ruhrindustriellen im August 1917 einen eigenen Ausschuß ein, der mit den militärischen Propagandastellen zusammenarbeitete und alsbald auch die Gründung von Ortsausschüssen unter Beteiligung von Geistlichen, Lehrern und Redakteuren der kleinen Lokalzeitungen betrieb, um effektive Basisarbeit leisten

zu können²⁷³. Silverberg erachtete es dazu als »unbedingt notwendig«, auch mit den Führern und Publikationsorganen der Gewerkschaften »Hand in Hand . . . zu wirken«; denn »die Arbeiter seien durch Lokalblätter nicht zu beeinflussen«²⁷⁴. Duisberg aber widersprach mit der Behauptung, der Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeiter sei erst »immerhin ein beschränkter«; gerade die älteren wollten von diesen »meist durch Schürung der Unzufriedenheit wirkenden Organen nichts wissen«. Kirdorf lehnte jede Beteiligung der Gewerkschaften mit der Begründung ab, daß andernfalls ihr »Machtdünkel« gestärkt würde; Hugenberg empfand ihr Vorgehen als »so aggressiv, daß sich die Industrie ihnen gegenüber in scharfer Abwehr halten muß«. Infolgedessen unterblieb im Ruhrgebiet eine Zusammenarbeit zwischen Industrie und Gewerkschaften auf dem Gebiet der Propaganda.

Auch die württembergischen Metallindustriellen zeigten zunächst wenig Neigung, sich an der erwähnten Veranstaltung des Stuttgarter Generalkommandos zu beteiligen; nach ihrer Ansicht stärkte dieses »in unnötiger Weise das durch den Krieg ungeheuer gewachsene Selbstbewußtsein der Arbeiter«. Besonderen Anstoß nahmen sie an der Absicht, ein gemeinsames Mittagessen aller Teilnehmer im Haus des DMV zu veranstalten; es erschien ihnen »unwürdig, daß Offiziere mit Arbeitervvertretern zusammen zu Tisch saßen«²⁷⁵. Erst aufgrund des unerwarteten Erfolges dieser Veranstaltung stellten sie ihre Bedenken zurück.

Wirkung der Propaganda

Exakte Angaben über die Wirkung der Propaganda sind aus naheliegenden methodischen Gründen nicht möglich. Es mag sein, daß sie dort, wo sie zu einem erheblichen Teil von den Gewerkschaften getragen wurde, einen Beitrag zur Stabilisierung der Stimmung in der Arbeiterschaft leistete, insbesondere in Süddeutschland.

Der bayerische Kriegsminister unterstellte diesen Zusammenhang, als er im August 1917 konstatierte: »Verhältnismäßig am besten werden die moralischen und materiellen Prüfungen von der organisierten Arbeiterschaft ertragen. Hohe Löhne, die straffe Organisation und der starke Einfluß der Führer der sozialdemokratischen Mehrheitspartei sowie der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften stützen und stärken ihren Willen zum Aushalten so nachhaltig, daß – wenigstens in Bayern – von dieser Seite her ein Nachlassen der seelischen Widerstandskraft zunächst nicht zu befürchten ist«²⁷⁶. Der Unterrichtsoffizier des Stuttgarter Generalkommandos berichtete noch im September 1918 über ein vergleichswei-

se ruhiges Verhalten der Arbeiterschaft, welche die »gemäßigten Führer . . . noch völlig in der Hand« hätten²⁷⁷. Auf einen Zusammenhang zwischen gewerkschaftlicher Organisierung und Durchhaltewillen könnte auch der Hinweis schließen lassen, daß in Pommern, wo die Gewerkschaften noch kaum eine Rolle spielten, der Krieg bereits im Sommer 1917 unter der Landarbeiterschaft ebenso wie unter der Bevölkerung der Kleinstädte »vollständig unpopulär« geworden war und es »von Tag zu Tag mehr« wurde; hier half schon damals »kein Stimmungsmachen« mehr, »es komme her, woher es wolle«²⁷⁸.

Jedoch scheint jener Zusammenhang selbst in den genannten Regionen nicht überall bestanden zu haben. In Nürnberg, wo die Gewerkschaften sich um Besänftigung der Arbeiterschaft wegen der Ernährungsmisere bemühten, hatte die Bevölkerung nach einem Bericht des stellvertretenden Generalkommandos schon im September 1917 zu behördlichen Versprechungen alles Vertrauen verloren; »die Leute wollen einfach nicht mehr, es sei ihnen alles gleichgültig«, notierte der Oberbürgermeister²⁷⁹. Im übrigen ist es fraglich, wieweit die relative Ruhe der Arbeiterschaft in Süddeutschland auf der propagandistischen Beeinflussung beruhte und nicht vornehmlich auf dem Umstand, daß die süddeutschen Länder noch überwiegend ihre agrarische Struktur erhalten hatten und die Ernährungsverhältnisse hier im allgemeinen günstiger lagen als in den industriellen Ballungszentren. Hinzu kam, daß ein Industrieproletariat hier nur in Ansätzen vorhanden und überdies teils noch zu bodenständig, teils zu bunt zusammengewürfelt war, um ein starkes Klassenbewußtsein zu entwickeln und ausgedehnte Kampfaktionen durchzuhalten.

In einem industriellen Ballungsraum wie Berlin jedenfalls erzielte die Propaganda unter der Arbeiterschaft anscheinend nur sehr bescheidene Wirkungen. Dichlmann berichtete Ende Oktober 1918 über die »politische Arbeiteraufklärung«, daß »das Interesse der Arbeiter für all das, was ihnen bisher auf diesem Gebiete geboten wurde, sehr rasch nachgelassen hat. Möge es sich nun gehandelt haben um Flugblätter, Abhandlungen sowie Reden und Vorträge, und das selbst dann, wenn die letzteren von einem . . . glänzenden Redner ihnen geboten wurden. . . . Flugblätter und Broschüren zu lesen, ist für den Arbeiter immerhin eine geistige Anstrengung; er tut es einmal und schließlich auch zwei- und dreimal, aber dann erlahmt seine Bereitwilligkeit, fremde Gedanken aufzunehmen. Mit Vorträgen und Reden ist es . . . bis zu einem gewissen Grade ebenso. Es kostet dem Arbeiter seine freie Zeit, und es dauert nicht lange, so hört man Ausdrücke wie »wir sind nun uffjeklärt jenuch«²⁸⁰.

Der eigentliche Grund für die geringe Wirksamkeit der Propaganda aber lag darin, daß sie mit der Wirklichkeit so wenig übereinstimmte, und zwar

je länger, desto weniger. Alle Anstrengungen, mochten sie von Gewerkschaften, Behörden, Unternehmern oder anderer Seite ausgehen, und noch so große Aufwendungen konnten die Arbeiter über ihre wirkliche Lage nicht hinwegtäuschen und sie allenfalls vorübergehend mit Versprechungen und optimistischen Prognosen bei Laune halten. Anfang September 1918 berichtete ein Aufklärungsoffizier aus Chemnitz nach Gesprächen mit den Arbeiterausschüssen von über 20 Rüstungsbetrieben, die Mitglieder seien zwar überall bereit gewesen, Propagandaveranstaltungen vorzubereiten zu helfen, selbst zu besuchen und auf die Belegschaften im gleichen Sinne einzuwirken. Sie hätten aber übereinstimmend »nachdrücklichst« darauf hingewiesen, »daß bei der überaus mangelhaften Ernährung die Einwirkung auf die Mitarbeiter gering sei, ja die ganze Arbeit zwecklos werde. Sie könnten die Arbeiterschaft wohl bis zu einem gewissen Zeitpunkt ruhig halten, sie wüßten aber genau, daß ihre Macht eines Tages aufhöre und dieser Tag sehr nahe gerückt sei«²⁸¹.

Vollends als die militärischen Rückschläge vom Sommer 1918 offenbarten, wie haltlos, unbegründet und illusionär die Behauptungen gewesen waren, die amtliche Stellen bisher über Deutschlands Durchhaltevermögen, die militärische Lage und die Verächtlichkeit der Feinde verbreitet hatten, erlitt die Glaubwürdigkeit jeglicher Propaganda einen irreparablen Stoß. In Berlin lösten die schweren Niederlagen Mitte Juli und Anfang August 1918 einen »furchtbaren Stimmungsumsturz« aus²⁸². In Schlesien glaubte nach Aussage einer Postagentin jetzt »auch der einfachste Mann aus dem Volke der OHL in ihren Berichten und Darstellungen und Vertröstungen kein Wort mehr«²⁸³. Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ging das Vertrauen der Bevölkerung »zu dieser offiziellen und offiziellen Beeinflussung« verloren; »man glaubt nicht mehr an die von oben her abgegebenen Erklärungen, wo sich diese nur zu oft als unrichtig herausgestellt haben«²⁸⁴. Das gleiche galt selbst dort, von wo im Frühjahr noch vergleichsweise bemerkenswerte Erfolge der Propaganda gemeldet worden waren. In Bayern und den anderen süddeutschen Bundesstaaten sah Ende August die Stimmung »besonders trübe« aus²⁸⁵. Aus Württemberg berichtete Mitte September derselbe Aufklärungsoffizier, der im April mit so großem Erfolg die Tagung in Stuttgart durchgeführt hatte²⁸⁶: »Immer wird uns vorgeworfen, durch bestimmte Berichte des Kriegspresseamtes oder des Kriegsernährungsamtes sei das Volk angelogen worden; deshalb glaube man auch keinem Heeresbericht mehr; man kenne den Schwindel.«²⁸⁷

Auch in der Armee schwand die Siegeszuversicht, und die Stimmung sank auf einen Tiefpunkt, ohne daß der Vaterländische Unterricht oder andere Propagandamaßnahmen ihren Verfall hätten aufhalten können. Un-

ter den Soldaten, die tagtäglich mit ansehen mußten, welche menschlichen und materiellen Opfer der Krieg forderte, und die angesichts der Überlegenheit der Feinde eine Fortsetzung der Kämpfe für völlig sinnlos hielten, waren Unzufriedenheit, Empörung und Verbitterung über den Krieg anscheinend sogar noch stärker als unter der Zivilbevölkerung. Seit dem Spätsommer 1918 mehrten sich die Besorgnisse der Militärbehörden, daß die Urlauber durch ihre defätistischen Schilderungen von der Front die Stimmung in der Heimat in höchst unerwünschter Weise beeinflussten, und zwar selbst Offiziere. Der Kriegsminister sah sich deshalb zu der Instruktion an die stellvertretenden Generalkommandos veranlaßt, gegen derartige Frontberichte »ganz rücksichtslos« einzuschreiten und in Urlaub befindliche Offiziere darauf aufmerksam zu machen, »was unvorsichtige Reden und Erzählungen für schädliche Wirkung in der Heimat haben müssen«, damit sie entsprechend auf die Truppe einwirkten²⁸⁸.

Selbst wenn die offizielle Propaganda jetzt unvermittelt von der Schönfärberei zur Verkündung der ungeschminkten Wahrheit übergegangen wäre – wie es den amtlichen Stellen etwa von seiten der christlichen Gewerkschaften nahegelegt wurde²⁸⁹, ohne daß sie sich jedoch dazu durchringen konnten²⁹⁰ –, sie hätte kaum das Vertrauen des Volkes zurückgewinnen und kaum etwas zur »Hebung des nationalen Schwunges« beitragen können, wie es Ludendorff Mitte Oktober verlangte. Sogar ihm war die Diskreditierung der amtlichen Propaganda nicht entgangen; deshalb wollte er jetzt die Sozialdemokratie noch stärker für diese Aufgabe einspannen. »Packen Sie das Volk. Reißen Sie es hoch. Kann das nicht Herr Ebert tun? Es muß gelingen!« forderte er am 17. Oktober 1918²⁹¹. Noch am 9. November bat das Kriegspresseamt Wolfgang Heine um einen Propagandabeitrag »zur Stärkung und Hebung des Reichsgedankens«²⁹². Im Zeichen des beginnenden Zusammenbruchs ließ sich jedoch das Vertrauen nicht wieder gewinnen, das die Propaganda vier Jahre lang mißbraucht hatte²⁹³.

Sogar dem Kaiser selbst gelang es nicht, als er in der ersten Septemberhälfte eine Propagandatournee durch die größten deutschen Rüstungsbetriebe unternahm. Henschel in Kassel, Krupp in Essen und die Marinewerften in Kiel bildeten die Stationen seiner Auftritte; ein Besuch in den Spandauer Militärwerkstätten war geplant. Nach den Vorstellungen seines erkonservativen Kabinettschefs Friedrich von Berg sollten diese Visiten »den Kaiser in persönlichen Kontakt mit den Arbeitern« bringen. Berg versprach sich hiervon »bei den gespannten Verhältnissen einen guten Erfolg«²⁹⁴.

In den Augen der Häftlinge verlief das Unternehmen zufriedenstellend. In Kassel, wo der Kaiser mit zahlreichen Arbeitern und Werkmeistern sprach, fand ihn der Chef des Marinekabinetts »sehr geschickt und gewin-

nend«²⁹⁵. In Essen und Kiel gewann die kaiserliche Begleitung von den Arbeitern nur »gute Eindrücke«. In den Kruppwerken, in denen sich der Kaiser stundenlang aufhielt und viele Arbeiter ansprach, hörten sie zu ihrer Freude eine Arbeiterin sagen: »Unser Kaiser ist doch ein lieber Kerl«, und von rund tausend Arbeitern, die der Monarch am Ende einer langen Rede in einer Werkhalle fragte, ob sie mit ihm bis zu einem guten Ende ausharren wollten, vernahmen sie ein lautes »Ja«²⁹⁶. Die Kaiserin, die Auszeichnungen an leitende Angestellte verteilte, wollte gesehen haben, wie dem Kaiser »alle Arbeiter zugejubelt« hätten²⁹⁷. Wie zur Bestätigung wurde die Rede Wilhelms in der katholischen Arbeiterschaft als »die schönste Rede . . ., welche der Kaiser jemals gehalten hat«, gefeiert und der Wunsch geäußert, sie »nicht bloß an allen Plakatsäulen, sondern auch in allen Schulen, in allen Kasernen und in allen Arbeitssälen angeschlagen« zu sehen²⁹⁸.

In Wirklichkeit jedoch war der letzte kaiserliche Besuch in Essen ein peinlicher Reinfall²⁹⁹, wenn auch nicht zuletzt infolge eines Regiefehlers. In Unkenntnis der kaiserlichen Ambitionen sah das von Gustav Krupp entworfene Besuchsprogramm lediglich Ansprachen an ausgewählte Vorarbeiter und leitende Angestellte vor. Der Kaiser aber äußerte spontan den Wunsch, vor gewöhnlichen Arbeitern zu sprechen, und machte Anstalten, hierzu in seiner Feldmarschalluniform eine riesige Kohlenhalde zu erklimmen. Nur mit Mühe konnte er in die nächstgelegene Werkhalle gelenkt werden. Es gelang jedoch nicht mehr, die politisch zuverlässigen Mitglieder der Kruppschen Werkvereine zusammenzutrommeln, sondern man mußte die zufällig in der Nähe Beschäftigten zusammentreiben, in Papierhemden und Holzpantinen, rußig und verdreckt, wie sie eben waren, dazu teilnahmslos und voller Skepsis.

Da der Kaiser das bemerkte, wich er von dem von Berg entworfenen Redetext ab und verfiel in seinen gewohnten Stil voll von hohlem Pathos und grotesker Metaphorik, redete vom Durchhalten und vom Sieg, ließ keines der in der Rechtspresse gängigen Klischees aus und beschwor gar den Beistand des Allerhöchsten im Kampf für das gemeinsame Ziel nach dem Motto: »Ich auf meinem Thron und du an deinem Amboß.« Nach den Beobachtungen seiner Adjutanten erstarrten die Mienen seiner Zuhörer immer mehr; ihre Ablehnung wurde desto offenkundiger, je mehr der Kaiser sich steigerte. Auf die erwähnte Frage am Ende seiner Rede erfolgte nach den Angaben von Augen- und Ohrenzeugen keine einzige bejahende Antwort, statt dessen vereinzelte Rufe: »Wann ist endlich Frieden?« oder der lapidare Ausruf »Hunger«.

Völlig irritiert und verstört haspelte Wilhelm seinen vorbereiteten Schlußsatz ab, der nun noch grotesker wirken mußte: »Ich danke euch. Mit diesem Ja gehe ich jetzt zum Feldmarschall. Jeder Zweifel muß aus Herz

und Sinn verbannt werden. Dazu helfe uns Gott. Amen. Und nun, Leute, lebt wohl!« Anschließend stürzte er von dannen, sein Gefolge betroffen und konsterniert hinterdrein³⁰⁰. Selbst Berg empfand die Rede als so unmöglich, daß er den Vertreter des Wolffschen Telegraphenbüros, der größten deutschen Nachrichtenagentur, der sie mitstenographiert hatte, kurzerhand in den Hofzug entführte und ins Hauptquartier mitnahm, wo er in stundenlanger Arbeit den Text durch Änderungen und Auslassungen korrigierte, bis er ihm publikationsfähig erschien³⁰¹. Nur der Kaiser selbst, noch immer blind für das Hinschmelzen seiner Autorität in der Bevölkerung³⁰², scheint den Eindruck, den er hinterließ, nicht wahrgenommen oder aufgrund der frisierten Druckfassung seiner Rede sogleich wieder verdrängt zu haben; jedenfalls brüstete er sich wenige Tage später damit, sogar USPD-Anhänger hätten in Essen Tränen der Rührung vergossen³⁰³.

Nach dieser Panne hielt es das Marinekabinett, das für die Inszenierung des kaiserlichen Auftritts in Kiel verantwortlich war, für besser, den Kaiser im Geschwindmarsch durch die Werftanlagen der Ostseestadt hindurchzuführen, so daß er kaum dazu kam, mit einzelnen Arbeitern zu sprechen, obwohl doch dies der eigentliche Zweck seines Besuches hatte sein sollen³⁰⁴. Der Besuch in den Spandauer Militärwerkstätten wurde gestrichen. So blieb der Rundgang durch die Kieler Marinebetriebe der letzte Auftritt Wilhelms II. in der Öffentlichkeit. Nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin flüchtete er aus der politischen Wirklichkeit in den Kreis der Offiziere im Hauptquartier, sozusagen zurück zu den militärischen Ursprüngen der Hohenzollerndynastie³⁰⁵, und von dort ins Exil nach Holland. Man mag es als bezeichnend für den inneren Zustand seines Regimes ansehen, daß die Revolution ausgerechnet dort ausbrach, wo er zuletzt versucht hatte, sie abzuwenden. Jedenfalls macht dieser Umstand das völlige Fiasko des kaiserlichen Werbefeldzuges in eigener Sache deutlich und illustriert auf eindringliche Weise das Scheitern sämtlicher Propagandabemühungen überhaupt.

14. Kapitel: Die Kontinuität der gewerkschaftlichen Kriegspolitik und das Anwachsen der Opposition

Kriegsziele

Trotz der Verschlechterung der Lebensbedingungen und trotz des geringen Entgegenkommens der Regierung in der Sozialpolitik änderte sich an den Kriegszielen der Gewerkschaftsführung in der zweiten Kriegshälfte nichts Wesentliches. Für sie und ihre Gesinnungsgenossen auf dem rechten SPD-Flügel blieb der Krieg eine Verteidigung gegen »die Unterdrückung unseres Handels und unserer Industrie« und deren »Ausschluß vom Weltmarkt«¹, gegen das britische Streben nach »Beherrschung der Weltwirtschaft«², die Abwehr eines Angriffs, den England »gegen die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands« führte³, oder ein defensiver »Kampf um die Erschütterung der englischen Weltherrschaft«⁴. Wurden so auf der einen Seite die Modalitäten des Kriegsausbruchs so wenig berücksichtigt wie in den ersten Kriegsmonaten⁵, so setzten die Gewerkschaften sich auf der anderen Seite weiterhin für einen Kriegsausgang ein, der die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie erhielt, ihr den Zugang zu den ausländischen Rohstoffquellen und Absatzmärkten sicherte, womöglich gar gegenüber der Vorkriegszeit erleichterte, und hierdurch die Voraussetzungen für die Bewahrung und Steigerung des vor dem Krieg erreichten Lebensstandards der deutschen Arbeiterschaft schuf.

Die Streiks zwangen Gewerkschaftsführung und SPD allerdings seit 1917, die Parolen vom Verständigungsfrieden, vom Selbstbestimmungsrecht und vom Verzicht auf Gebietsabtretungen und Kontributionen aufzugreifen und den Verteidigungsgedanken als Hauptlinie ihrer Kriegspolitik herauszustreichen. Die sozialdemokratische Delegation bei der internationalen sozialistischen Friedenskonferenz, die im Sommer 1917 in Stockholm stattfand und an der von den Gewerkschaften Legien, Bauer und Sassenbach teilnahmen, legte diese Prinzipien der Denkschrift zugrunde, die sie der Konferenz unterbreitete⁶. Auch die Friedensresolution, die die Reichstagsmehrheit im Juli 1917 auf Drängen der »leitenden Kreise der deutschen Arbeiterbewegung«⁷ verabschiedete, enthielt das Bekenntnis zum Verteidigungskrieg und zu einem »Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker« ohne »erzwungene Gebietsabtretungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen«⁸.

Die Friedensresolution hat viel innenpolitischen Staub aufgewirbelt und zum Sturz Bethmann Hollwegs beigetragen. Tatsächlich aber legten Regierung und OHL ihrem Zustandekommen nicht nur nichts in den Weg, sondern beteiligten sich sogar an ihrer Abfassung. Ludendorff selbst nahm mit Südekum die Endredaktion vor⁹, und der neue Reichskanzler Michaelis akzeptierte sie mit Rücksicht darauf, daß der andernfalls unumgängliche Konflikt mit der Reichstagsmehrheit »Unruhen und Streikgefahr bei den gewerkschaftlichen Arbeitern hervorgerufen« hätte und »der Fortgang der Rüstungsindustrie gefährdet und die Stimmung an der Front schwer beeinträchtigt« worden wären¹⁰. Indem er sie allerdings nur so zu verwenden erklärte, wie er »sie auffasse«, nahm er ihr »die größte Gefährlichkeit« und jeden außenpolitischen Wert. Nach seiner Auffassung nämlich konnte man mit der Resolution »jeden Frieden machen, den man will«¹¹, und eben dies war auch die Absicht ihrer Initiatoren. Sie gingen »von dem Zustande aus, der damals herrschte und den man nicht in die Zeitungen bringen konnte, schon um des Auslandes willen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erklärt hatten: Wir können in diesem Winter die Massen nicht mehr in der Hand behalten, wenn wir nicht auf eine wenn auch vergeblich verlaufende nochmalige Friedensresolution hinweisen können«¹².

Wie sich bald herausstellte, sollten die Formeln der Friedensresolution keineswegs eine Beschränkung der Kriegsziele bedeuten¹³. Da zugleich die innenpolitische Diskussion geschickt gesteuert wurde¹⁴, legten sich die Stürme, die die Resolution in den Kreisen der Annexionsbefürworter ausgelöst hatte, schneller und erwiesen sich als »unschädlicher . . . , als anfangs befürchtet werden mußte«, wie die Handelskammer Düsseldorf erleichtert feststellte¹⁵. Nicht nur bürgerliche Politiker verkündeten, mit der Resolution würde auf »gar nichts« verzichtet, »was für Deutschlands Größe, für

Deutschlands Entwicklung, für Deutschlands Freiheit auf der Welt notwendig« sei¹⁶; manche Sozialdemokraten faßten sie genauso auf¹⁷.

Auch die Führung der freien Gewerkschaften zeigte sich Gebietsverweiterungen und einer Ausdehnung der politischen und ökonomischen Machtsphäre Deutschlands nach wie vor keineswegs abgeneigt. Wenn Jansson Ende 1917 ein detailliertes Friedensprogramm, »etwa keine Annexionen, keine Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker«, ablehnte, weil der Krieg »durch sich selbst entschieden würde«, bejahte er die Möglichkeit eines Gewaltfriedens einschließlich Annexionen und Kriegsschädigungen¹⁸. Im April 1918, auf dem Höhepunkt der Westoffensive, als Parvus schon triumphierte, »der Sieg Deutschlands und seiner Bundesgenossen kann nicht mehr hintertrieben werden«¹⁹, zeigte sich auch die Generalkommission offen für alle Eventualitäten, für »Veränderungen der Landesgrenzen« und Kriegsschädigungen, für »koloniale Ausdehnung« und ein mitteleuropäisches Wirtschaftsbündnis, und sprach sich gegen einen Frieden aus, »der die Gefahr neuer Kriege in absehbarer Zeit zuläßt«²⁰.

An die Möglichkeit, durch Verhandlungen zu einem Frieden und zu einer dauerhaften internationalen Verständigung zu gelangen, glaubten die Führer der Gewerkschaften offenbar nicht. Sie erwarteten eine Beendigung des Krieges »nur durch Flugzeuge und Maschinengewehre«²¹, also »mit militärischen, nicht mit politischen Mitteln«²², und rechneten deshalb zu den »festen Tatsachen des künftigen Völkerlebens« die »Fortdauer der weltpolitischen Spannungen und Kriegsgefahren«²³. Für deren Eindämmung oder für die Austragung zwischenstaatlicher Konflikte dachten sie im Grunde nur an die herkömmlichen Mittel latenter oder manifester Gewalt. Entsprechend wenig hielten sie von dem Gedanken eines Völkerbunds oder anderer internationaler Einrichtungen zur Friedenssicherung, die die Handlungsfreiheit der einzelnen Nationen eingeschränkt hätten. Bezeichnend hierfür ist ihre Beurteilung Wilsons, des führenden Repräsentanten solcher Ideen, die sich bis kurz vor Kriegsende zwischen Mißtrauen und Ablehnung bewegte²⁴.

Die einzigen konkreten Forderungen, die sie an den künftigen Friedensvertrag stellten, bezogen sich auf sozialpolitische Regelungen²⁵. Sie betrafen das Koalitionsrecht, das Recht der Freizügigkeit, ferner Fragen der Arbeitsvermittlung, des Arbeiterschutzes, der Arbeitsaufsicht und der Sozialversicherung. Gewiß waren internationale Vereinbarungen auf diesen Gebieten für die Arbeiterschaft nicht weniger wichtig als die Modalitäten von Handelsverträgen. Sie hingen jedoch mit Gebietsabtretungen, Kriegsschädigungen und wirtschaftlicher Abhängigkeit nur indirekt zusammen und ließen sich sowohl mit einem Expansions- als auch mit einem Statusquo-Frieden vereinbaren.

In noch stärkerem Maße gilt dies alles für die Kriegsziele der übrigen Gewerkschaftsrichtungen. Die christlichen Gewerkschaften erblickten das »erste und letzte Kriegsziel« und den »Sinn des Krieges« in der Forderung: »Deutschland will leben, . . . will frei sein in seinen Entschliefungen, will seine Kräfte entfalten können, ohne künstlich dabei gehemmt und gestört zu werden«²⁶. Daher waren sie »vernünftigen Auseinandersetzungen über die Kriegsziele jederzeit zugänglich«²⁷. Zwar räumten sie ein, daß dem deutschen Betätigungsdrang »bestimmte Schranken« gezogen werden müßten²⁸. Doch hinderte sie das nicht daran, auch in den letzten beiden Kriegsjahren unter Verwendung der einschlägigen dehnbaren Begriffe, unter die sich jedes Expansionsprogramm subsumieren ließ, einen Frieden zu fordern, »der uns reale Garantien dafür bietet, daß uns künftig ähnliches Blutvergießen erspart bleibt, einen Frieden, der die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands sichert«²⁹. Einen annexions- und entschädigungslosen Frieden lehnten sie ab³⁰. Stegerwald erklärte auf dem Höhepunkt der Westoffensive im April 1918: »Wenn wir in der Lage sind, einen Machtfrieden erlangen zu können, sind wir unter allen Umständen für einen Machtfrieden.«³¹ Der christliche Metallarbeiterverband sprach sich noch im September 1918 für den dauernden Verbleib der lothringischen Erzgebiete bei Deutschland aus³². Das gleiche defensiv interpretierbare Vokabular und zugleich das Vermeiden jeder Festlegung auf ein defensives Programm zeigen auch die Kriegszieläußerungen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zwischen 1916 und 1918. Sie wollten sich ebenfalls die Option auf einen Expansionsfrieden offenhalten³³.

Die drei Gewerkschaftsrichtungen stimmten also in den Kriegszielfragen im wesentlichen überein. Sie demonstrierten dies anlässlich der Gründung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, zu dem sich die seit dem Erlaß des Hilfsdienstgesetzes kooperierenden Arbeiter- und Angestelltenverbände mit einigen bürgerlichen Organisationen Anfang Dezember 1917 zusammenschlossen³⁴. Giesberts forderte bei dieser Gelegenheit einen nicht mit einem »Verzichtfrieden« identischen »Verständigungsfrieden«, der die Grundlage für »ein wirklich starkes, unabhängiges Deutschland« schaffen und ihm »die gesunden Wirtschaftsbedingungen . . . sichern« sollte, »die für unser Glück und Wohlergehen unerläßlich« seien und insbesondere Arbeitern und Angestellten »gute Lebensverhältnisse« zu gewährleisten hätten³⁵. Mit Recht bezeichnete die linke Opposition den Volksbund als »Organisation der gemäßigten Annexionisten«³⁶.

Auch in den letzten beiden Kriegsjahren blieben die Gewerkschaften also dem Ziel der Erhaltung und Stärkung Deutschlands als industrielle und imperialistische Großmacht verhaftet. Damit stimmten sie nach wie vor mit den Forderungen der industriell-agrarischen Kriegszielmehrheit im

wesentlichen überein. Durch die Charakterisierung ihrer Position als »sozialimperialistisch« gaben sie dies gelegentlich selbst zu³⁷. Ein Unterschied bestand allenfalls hinsichtlich der Mittel, mit denen die Ziele erreicht und behauptet werden sollten³⁸. Die Meinungsverschiedenheiten, die in der letzten Kriegsphase darüber ausbrachen, welchen Einsatz es sich für diese Ziele aufzubringen lohne, hatten im wesentlichen innenpolitische Gründe³⁹.

Die Gewerkschaften bestätigten ihre programmatischen Äußerungen in ihrem praktischen Verhalten. Nach der Ablehnung des Friedensangebots der Mittelmächte vom Dezember 1916 durch die Entente bekräftigten die Gewerkschafts- und Angestelltenverbände ihre Auffassung, »daß Deutschland sich in einem Verteidigungskrieg« befinde, und bekannten sich zu der »heiligsten Verpflichtung«, nun »alle Kräfte des arbeitenden Volkes zur äußersten Kraftentfaltung« anzuregen. Einen Verzicht auf Annexionen aber forderten sie von der Regierung nicht, obwohl zur gleichen Zeit Schwerindustrie und Landwirtschaft lautstark nach einem Expansionsfrieden riefen und dazu den unbeschränkten U-Boot-Krieg propagierten, von dem sich annehmen ließ, daß er auch noch die USA in die Reihe der Feinde Deutschlands treiben würde⁴⁰. 1917 übten sie auf die Regierung ebenfalls keinen ernstlichen Druck aus. Sie nahmen die entwertende Interpretation der Friedensresolution durch Michaelis ohne nennenswerten Widerstand hin⁴¹ und blieben auch in den folgenden Monaten in der Friedensfrage passiv. Das ist um so bemerkenswerter, als die Generalkommission bereits 1917 von der österreichischen Separatfriedensofferte gegenüber Frankreich Kenntnis hatte und deshalb wußte, wie es um die Verteidigungskraft des wichtigsten Bundesgenossen und damit um die militärische Lage der Mittelmächte bestellt war⁴².

Über den Kriegseintritt Amerikas und den Einsatz der U-Boot-Waffe dachten die Gewerkschaftsführer ebenfalls kaum anders als die Rechte. Schon im Mai 1916 hatte Winnig die USA als »Deutschlands Feind« bezeichnet und die »Gewißheit« ausgesprochen, »daß der Konflikt mit Amerika nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben« sei⁴³. Auf die Aufforderung des Vorsitzenden der American Federation of Labor, Samuel Gompers, auf die deutsche Regierung einzuwirken, um den Bruch mit den USA zu vermeiden, reagierte Legien im Frühjahr 1917 lediglich propagandistisch, indem er den unbeschränkten U-Boot-Krieg mit dem »Aushungerungskrieg« Englands rechtfertigte und von den USA einen mäßigenden Einfluß auf England forderte⁴⁴. Den unbeschränkten U-Boot-Krieg akzeptierte die Gewerkschaftsführung als Mittel zur schnelleren Beendigung des Krieges. Möglicherweise traute sie den Erfolgsprognosen seiner alldeutsch-industriellen Befürworter nicht recht. Um jedoch die Stellung der Regierung

nach innen und außen nicht zu schwächen und keine Zweifel an ihrem Bekenntnis zur Landesverteidigung aufkommen zu lassen, stimmten die Gewerkschaftsführer mit der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit dafür, zwar jede Verantwortung für die Anwendung dieses Kampfmittels abzulehnen, aber alles zu unterlassen, was die Regierung dabei behindern könnte⁴⁵.

Daß der Einsatz dieser Waffe den Kriegseintritt der USA nach sich zog, nahm die Gewerkschaftsführung auf die leichte Schulter. Sie wertete dies unbeeindruckt als »Eintritt eines bisher stillen Sozius in die Firma als öffentlicher Teilhaber«⁴⁶, und noch Anfang 1918 mochte sie den USA »schwerlich eine für das große Weltringen entscheidende Bedeutung« beismessen⁴⁷. Je mehr sich allerdings der Kriegseintritt Amerikas zuungunsten Deutschlands auswirkte, desto stiller wurde es um diese leichtfertige Einschätzung der amerikanischen Wirtschafts- und Militärmacht. Statt dessen veränderte sich die Einstellung der deutschen Gewerkschaftsführer zu den amerikanischen von dem hochmütigen Gefühl eigener Überlegenheit zu Ablehnung und Haß, und zwar nicht nur in politischer, sondern auch in persönlicher Hinsicht⁴⁸.

Brest-Litowsk

Daß die Gewerkschaften gegen Expansionsziele nichts einzuwenden hatten, zeigten sie schließlich anlässlich der Friedensverhandlungen mit Rußland. Als diese nach dem militärischen Zusammenbruch Rußlands im Dezember 1917 in Brest-Litowsk begannen, warnten die Gewerkschaften die Regierung davor, einen Frieden zu erzwingen, dem das russische Volk »sich zähneknirschend fügen müßte«⁴⁹. Trotzdem übten die deutschen Vertreter schon bald massive Pressionen auf das revolutionäre Rußland aus. Vielen Arbeitern erschien dies als gewaltsame Annexionspolitik und deshalb unvereinbar mit der Friedensresolution; außerdem befürchteten sie hiervon eine weitere Verlängerung des Krieges. In den Streiks vom Januar 1918 spielte daher die Forderung nach dem unverzüglichen Abschluß eines annexions- und entschädigungslosen Friedens eine wichtige Rolle. Unter diesem Druck drohte Ebert im Hauptausschuß des Reichstags am 22. Januar 1918: »Wenn es sein muß, wird die deutsche Arbeiterklasse ihre ganze Kraft daran setzen, um zu verhüten, daß die Bestrebungen zur Herbeiführung eines baldigen Friedens der Verständigung und des Rechts durchkreuzt werden«⁵⁰.

Zur gleichen Zeit aber setzten sich SPD-Vorstand und Gewerkschaftsführung für eine schnelle Beendigung der Streiks ein. Damit schlugen sie

der Arbeiterschaft die einzige Waffe aus der Hand, mit der die Regierung eventuell zur Mäßigung gegenüber Rußland hätte genötigt werden können⁵¹. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes war sich zwar darüber klar, daß »bei jedem äußeren Anlaß, der den Agitatoren Stoff zu erneuten Behauptungen über mangelnden Friedenswillen der Regierung geben würde, ... ein Wiederaufleben der Streiks« und dann »in größerem Umfange« erwartet werden mußte⁵². Von den Führern der Arbeiterorganisationen jedoch brauchte die Regierung keine Behinderung mehr zu befürchten. Der Volksbund verlangte lediglich, daß der Friede im Osten »mit Rücksicht auf das große weltpolitische Bedürfnis einer Sprengung der feindlichen Koalition und die Öffnung eines Durchbruches in die Weltwirtschaft geschlossen werde und daß dem die übrigen Interessen untergeordnet« würden⁵³. Winnig ermunterte die Regierung sogar, sie solle »das gute Recht unseres Volkstums ... mannhaft vertreten, aber mit den Mitteln, die heute allein in der Welt gelten«⁵⁴. Aus »realpolitischen« Gründen hielt er es für notwendig, auch Friedenslösungen zuzustimmen, die den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker »unerfüllt« ließen⁵⁵.

Als die Reichsleitung die der Sowjetregierung abgepreßte Abtretung von Polen, Litauen und Kurland sowie die Selbständigkeit der Ukraine dem Reichstag zur Ratifikation präsentierte, brauchte sie demnach mit Widerstand seitens der Sozialdemokratie nicht zu rechnen⁵⁶. Tatsächlich kritisierte die SPD zwar die Art und Weise, in der der Vertrag zustande gekommen war, und brachte auch manche Bedenken gegen seinen Inhalt vor. In der Abstimmung aber enthielten sich ihre Abgeordneten der Stimme und ließen ihn passieren⁵⁷. Schmidt und Bauer hatten sich in den Fraktionssitzungen sogar für seine Annahme ausgesprochen, und die Redaktion des Correspondenzblattes polemisierte aufs heftigste gegen die USPD, die als einzige Fraktion gegen den Vertrag stimmte⁵⁸.

Ein Motiv für die Entscheidung der SPD-Fraktion war die Befürchtung, andernfalls die Reichstagsmehrheit zu gefährden, deren Erhaltung in ihren innenpolitischen Überlegungen nach wie vor eine zentrale Rolle spielte⁵⁹. Die Mittelparteien nämlich hatten erst recht nichts gegen den Vertrag einzuwenden; Erzberger verkündete als erster seine Vereinbarkeit mit der Friedensresolution⁶⁰. Auch das Organ der Generalkommission ging hiervon aus bei dem Versuch, den Inhalt des Vertrages als unumgänglich und mit den Wünschen der Betroffenen übereinstimmend darzustellen. Hierzu berief es sich auf der einen Seite wie die bürgerlichen Parteien auf das »Bestreben der ›Randvölker«, sich von Rußland loszulösen«, das von Deutschland im »Interesse der Fernhaltung des Chaos von seinen Grenzen« habe unterstützt werden müssen. Auf der anderen Seite verwies es auf die Zweidrittelmehrheit, mit der der Sowjetkongreß dem Vertrag zugestimmt hat-

te⁶¹. Daraus folge, daß auch die russischen Arbeiter »kein Interesse an einem anders gearteten Frieden haben« könnten⁶² – angesichts des Drucks, den Deutschland auf die Sowjetunion ausgeübt hatte, und angesichts der territorialen, wirtschaftlichen und politischen Schwächung Rußlands durch die Vertragsbestimmungen ein blanker Zynismus.

Über die wirtschaftlichen Aspekte des Vertrages zeigte sich die Gewerkschaftsführung sogar unverhohlen befriedigt, insbesondere über die »Durchkreuzung der englisch-französischen Absichten der dauernden Absperrung Deutschlands«, über den Verzicht auf Kriegskontributionen und die Wiederherstellung des Güteraustausches zwischen Deutschland und Rußland. Robert Schmidt bemerkte in diesem Zusammenhang, »auch ein Gewaltfrieden könne so verständige Bedingungen enthalten, daß wir ihm zustimmen können«⁶³, und Winnig erklärte aus diesen Gründen eine Ablehnung des Vertrages trotz seiner »wenig angenehmen Formen« für abgeschlossen⁶⁴.

Der einzige »schwere Vorwurf« gegen den Vertrag betraf die Ignorierung der sozialpolitischen Forderungen, die die Gewerkschaften erhoben hatten⁶⁵. Doch hierbei ging es in erster Linie um ihren Anspruch, bei Abfassung der Friedensverträge ebenso gehört zu werden wie die Unternehmer, also um die Übertragung des sozialpolitischen Prinzips der Parität auf das Feld der Diplomatie und um die Anerkennung der Gewerkschaften als Anwalt der Arbeiterinteressen auch im außenpolitischen Bereich⁶⁶. Inhaltlich war die Forderung ebenso unnötig wie sinnlos. Einerseits konnte es als sicher gelten, daß die sozialistische russische Regierung von sich aus alle sozialpolitischen Maßnahmen ergreifen würde, die sie für realisierbar erachtete. Um der russischen Arbeiter willen brauchten die deutschen Gewerkschaften sich also nicht über das Fehlen entsprechender Klauseln zu sorgen. Andererseits trugen die deutschen Organisationen durch ihre indirekte Zustimmung zu diesem Gewaltfrieden selbst dazu bei, die Voraussetzungen für soziale Fortschritte in Rußland zu verschlechtern. Ohne eine einigermaßen prosperierende Wirtschaft konnte auch eine sozialistische Regierung Verkürzungen der Arbeitszeit oder erhebliche Aufwendungen für Arbeitsschutzmaßnahmen kaum finanzieren. In Verbindung mit den drückenden Lasten, die der Frieden der Sowjetunion auferlegte – sie verlor 26 % ihres Territoriums mit 56 Mill. Bewohnern, knapp einem Drittel der Gesamtbevölkerung, 26 % ihres Eisenbahnnetzes, 33 % ihrer Textilindustrie, 73 % ihrer Eisenindustrie und 75 % ihrer Kohlenbergwerke⁶⁷ –, hätten die von den Gewerkschaften geforderten sozialpolitischen Bestimmungen sogar dazu beitragen können, eine ökonomische Gesundung Rußlands noch schwieriger zu machen.

Ob sich die Gewerkschaftsführer hierüber klar waren oder dies gar im

Interesse eines Konkurrenzvorteils der deutschen Industrie beabsichtigten, läßt sich nicht feststellen. Die russischen Arbeiter jedenfalls empfanden »tiefen Schmerz und Empörung« über die Haltung der deutschen Gewerkschaften zum Frieden von Brest-Litowsk. »Die Schamröte stieg uns ins Gesicht beim bloßen Gedanken, daß dies geschrieben wurde von unseren älteren Brüdern – von deutschen Proletariern«, erklärte der Präsident der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale, Losowsky, als er im Oktober 1920 – erst nach Überwindung erheblicher Schwierigkeiten von seiten der deutschen Gewerkschaftsführung übrigens – als erster Abgesandter des revolutionären Rußland bei einer zentralen deutschen Gewerkschaftsveranstaltung auftrat⁶⁸.

Von den christlichen Gewerkschaften blieb sogar jeglicher Einwand gegen den Friedensvertrag aus. Unter Hinweis auf die angebliche Kriegsschuld Rußlands sowie auf das, »was das deutsche Volk unserer Heeresleitung zu danken hat«, bekundete Stegerwald »durchaus Verständnis« für die Absicht der Obersten Heeresleitung, die Gunst der Stunde zur Erzwingung günstiger Grenzen im Osten zu nutzen⁶⁹. Nach Abschluß des Vertrags zeigten sie Erleichterung, »daß wir auf absehbare Zeit von der allslawischen Gefahr befreit sind«, und Befriedigung, daß sich »der diplomatische Sieg dem Waffensieg angemessen« anpasse⁷⁰. Das Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands konstatierte erfreut, »daß die sozialistischen Gewerkschaften . . . den östlichen Friedensverträgen viel mehr Verständnis entgegenbringen als die offizielle Partei«. Dies wurde als Bestätigung der Möglichkeit weiterer politischer Zusammenarbeit gewertet, wie sie auch die Generalkommission anstrebte: »Mit diesen Gewerkschaftssozialisten läßt sich Politik machen«⁷¹.

Die wirtschaftsfriedlichen Verbände erhoben erst recht keinen Widerspruch. In ihren Augen war mit dem Zusammenbruch Rußlands »die Gelegenheit gekommen, uns für alle Zukunft so zu sichern, daß wir nach menschlichem Ermessen künftig ruhig in Frieden unser täglich Brot verzehren können«, der »Augenblick, auch unser deutsches Selbstbestimmungsrecht zur Geltung zu bringen«⁷². Sie verdrehten also sogar den Begriff der Selbstbestimmung zum verbalen Vehikel ungehemmter Expansion.

Auch an den Zusatzverträgen zum Brester Vertrag vom Sommer 1918, die Estland, Livland und Georgien aus dem russischen Staatsverband herauslösten und Rußland eine Kontribution von sechs Milliarden Rubel auferlegten, hatten die Gewerkschaften wiederum nur das Fehlen sozialpolitischer Vereinbarungen auszusetzen⁷³. Schmidt und Sachse sprachen sich in der SPD-Fraktion ebenfalls für den Bukarester Frieden aus, der Rumänien wirtschaftlich von Deutschland abhängig machte und seine politische Sou-

veränität nur noch dem Schein nach weiterbestehen ließ, und setzten die Zustimmung der Fraktion durch⁷⁴.

Zu den Kritikern der Ostpolitik im allgemeinen und des Friedensvertrags im besonderen, die sich in der SPD zu Wort meldeten, seit mit den militärischen Rückschlägen die Aussichten auf einen Sieg schwanden und der Brester Vertrag zunehmend als schwere Hypothek für einen allgemeinen Verständigungsfrieden erschien, gehörten kaum Gewerkschaftsführer⁷⁵. Möglicherweise gab es hierfür einen besonderen Grund. Um sich die Zustimmung der Gewerkschaften zu erhalten, lud das Reichsamt des Innern nämlich führende Vertreter der drei Gewerkschaftsrichtungen zu einer Reise durch die Länder ein, die, von Rußland abgetrennt, nach den Absichten von Oberster Heeresleitung und Reichsleitung dem Reich angegliedert werden sollten. Die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Führer zeigten sich schon vorher davon überzeugt, »wie notwendig für die innere Kolonisation die Angliederung von Kurland und Litauen« sei⁷⁶. In der Führung der freien Gewerkschaften verbreitete sich diese Auffassung ebenfalls, als Winnig und Umbreit im Hochsommer 1918 durch die baltischen Länder reisten. Hier wurden sie auf die Herrenhäuser der deutschen Ritter eingeladen und tafelten mit Baronen und Pastoren. Sie blieben sich zwar, wie Winnig berichtet, »des Abstandes bewußt«, fanden aber »doch Gefallen an dieser adeligen baltischen Welt«. Umbreit war einem späteren Bericht Winnigs zufolge von den Ansiedlungsplänen der deutschen Regierung so begeistert, daß er ausrief: »Jetzt müßte ich 20 Jahre sein – dann würde ich selber siedeln«⁷⁷. Winnig selbst blieb, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, bis Kriegsende im Baltikum und wuchs in den Wirren der militärischen Niederlage zur letzten Säule der deutschen Macht in diesen Ländern, die das Kaiserreich noch geraume Zeit überdauerte⁷⁸.

Nach dem Zusammenbruch jedoch, einen ähnlichen Frieden vor Augen, wie ihn das Reich der Sowjetunion in Brest-Litowsk aufgezwungen hatte, versuchten die Gewerkschaften, sich von jeder Mitverantwortung für dieses Diktat zu befreien und seine Bedeutung herunterzuspielen. 1919 entdeckte auch die Redaktion des Correspondenzblattes in ihm einen »Gewaltfrieden« und schob sein Zustandekommen vor allem auf Ludendorffs »unheilvollen Einfluß«⁷⁹. Jetzt begründete die Generalkommission ihre damalige Haltung mit der Behauptung, sie habe gehofft, daß der Vertrag »bei den allgemeinen Friedensverhandlungen revidiert werden würde«⁸⁰. Hiervon findet sich in den Beiträgen der Gewerkschaftsführer während der Fraktionsberatungen und auch anderweitig freilich keine Spur. Im Gegenteil ist nachzulesen, daß die SPD-Fraktion Anfang Juli 1918 die Forderung nach Revision des Brest-Litowsker Friedens ausdrücklich gegen zehn Stimmen ablehnte und sich dieser Frage erst beim Eintritt in die Regierung

im September 1918 wieder zuwandte, als es darum ging, eine günstige diplomatische Ausgangsposition für die Beendigung des Krieges zu schaffen, nunmehr im Zeichen einer deutschen Niederlage⁸¹. Bis dahin protestierten Gewerkschaften und SPD nicht einmal dagegen, daß trotz der Verträge Tausende russischer Kriegsgefangener in Deutschland zurückgehalten wurden.

Tatsächlich revidierten die Gewerkschaftsführer ihren Kurs in der Kriegszielfrage erst in den letzten Kriegswochen. Als nach dem Scheitern der Westoffensive, den erfolgreichen Gegenstößen der alliierten Truppen und schließlich dem Zusammenbruch der Verbündeten die Niederlage Deutschlands unabwendbar näher kam, kehrten sie den defensiven Sinn der Formel vom annexions- und kontributionslosen Verständigungsfrieden heraus, sagten sich von Expansionsgedanken los, proklamierten den Status quo und beschworen als ideologische Hilfe das gemeinsame europäische Kulturerbe, das sie vier Jahre lang entweder vor allem für Deutschland reklamiert oder weitgehend ignoriert hatten⁸². »Nur die Sicherung der eigenen Grenzen« unter ausdrücklicher Absage an alle weitergehenden Ziele nannte Legien Anfang September 1918 als gewerkschaftliches Kriegsziel⁸³. Zwei Tage später verlangte eine Gewerkschaftsdelegation von der Regierung, »sich unzweideutig auf den Verständigungsfrieden festzulegen«⁸⁴. Gleichzeitig appellierte Winnig an die Deutschen und die Welt, »keinen Augenblick« zu vergessen, »daß wir in der Verteidigung und nur in der Verteidigung kämpfen«⁸⁵. Diese rein defensive Interpretation der gewerkschaftlichen Kriegszielformeln trat dann nach dem Krieg ganz in den Vordergrund⁸⁶.

Nun erst begann man sich in der Gewerkschaftsführung auch auf den Gedanken an einen Völkerbund und an internationale Schiedsgerichtbarkeit⁸⁷ und erinnerte sich des Prinzips der internationalen proletarischen Solidarität, in der Hoffnung, mit ihrer Hilfe die Modalitäten der Kriegsbeendigung im letzten Augenblick noch günstig beeinflussen zu können⁸⁸. Einen »Frieden um jeden Preis« aber verwarfen die Gewerkschaften bis Kriegsende⁸⁹. Noch drei Wochen vor Ausbruch der Revolution verwahrte sich das Correspondenzblatt im Namen der deutschen Arbeiterschaft gegen einen Frieden, »wie ihn die Imperialisten Frankreichs und Englands uns diktieren möchten«, und rief »das ganze Volk« auf, zusammenzustehen, voll Zuversicht, es werde, »wenn es um die letzte Verteidigung von Heim und Herd geht, . . . aufs neue Riesenkräfte entwickeln«⁹⁰.

Auch die christlichen Gewerkschaften wiesen einen »Frieden um jeden Preis« bis zuletzt von sich. Noch im Oktober 1918 forderten sie einen Vertrag, »bei dem die Ehre und die Lebensinteressen des Deutschen Reiches und des Volkes gewahrt« bleiben, insbesondere der Rohstoffbezug und der

Absatz deutscher Produkte auf dem Weltmarkt. Sie wendeten ebenfalls die alten zweideutigen Friedensformeln ins Defensive, wenn sie von der Garantie des »Rechtsfriedens« durch den Völkerbund sprachen⁹¹, riefen aber auch schon nach einer »unzerreißbaren Einheitsfront« im Innern⁹² für den Fall, daß »die Feinde uns an unsere nationale Ehre wollen«⁹³.

Wahlrecht und Parlamentarisierung

In der Frage der preußischen Wahlrechtsreform⁹⁴ und der Parlamentarisierung der Reichsverfassung hielten die Gewerkschaften ebenfalls an der Linie fest, die sie bei Kriegsausbruch eingeschlagen hatten. Nach den Streiks vom April 1917 verstärkten die Gewerkschaften aller Richtungen allerdings ihren Druck auf die Regierung. Wiederholt forderten sie seitdem »mit größter Entschiedenheit« das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht mit gerechter Wahlkreiseinteilung sowie die Abschaffung des preußischen Herrenhauses⁹⁵ als Zeichen der »Anerkennung und Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im öffentlichen Leben«⁹⁶. Bis zum Ende der Regierung Bethmann Hollwegs fiel die Kritik an deren zögernder Unentschlossenheit in der Wahlrechtsfrage und am Verhalten der Konservativen im preußischen Landtag jedoch bemerkenswert milde aus.

Die christlichen Gewerkschaften begrüßten die sogenannte Osterbotschaft, mit der der Kaiser 1917 die Einführung des allgemeinen, jedoch nicht des gleichen Wahlrechts in Preußen ankündigte, als »verheißungsvollen Ausdruck« des »Vertrauens . . . zwischen Regierung und Arbeiter- und Angestelltenorganisationen«⁹⁷. Die freien Gewerkschaften kritisierten die Osterbotschaft zwar als »unzureichenden Versuch, Versäumtes nachzuholen«, doch taten sie dies mit drei Monaten Verspätung erst anlässlich des Sturzes von Bethmann Hollweg, der in einer seiner letzten Amtshandlungen im Juli 1917 Wilhelm II. die Zusage auch des gleichen Wahlrechts abgerungen hatte und dafür vom Organ der Generalkommission flugs einen »Ehrenplatz in der Reihe der fortschrittlichen Staatsmänner aller Zeiten« zugewiesen bekam⁹⁸. Immerhin verkündete die Vorstandskonferenz bei dieser Gelegenheit ihre Auffassung, daß Wahlrechtsreform und Parlamentarisierung »nicht mehr länger verzögert werden« dürften⁹⁹.

Im November 1917 brachte die Regierung Hertling im preußischen Landtag endlich eine Vorlage ein, in der sie sich wenigstens nominell zum gleichen Wahlrecht bekannte, in Wirklichkeit freilich durch zahlreiche Klauseln noch immer weit hiervon entfernt blieb¹⁰⁰. Die christlichen Gewerkschaften zeigten Verständnis für einzelne dieser Einschränkungen, empfanden den Entwurf insgesamt allerdings als »goldene Nuß ohne

Kern«¹⁰¹ und formulierten detaillierte Änderungsvorschläge¹⁰². Die freien Gewerkschaften begnügten sich damit, »abzuwarten, was das Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus aus den Vorlagen machen werden und was die Regierung zu diesen Ergebnissen sagen wird«¹⁰³. Als das Abgeordnetenhaus den Entwurf ablehnte und sich statt dessen mit allerlei Modellen für ein Pluralwahlrecht zu befassen begann, verurteilten die Gewerkschaften schließlich die Intransigenz der Konservativen als »direkte Herausforderung zum Kampfe«¹⁰⁴, forderten erneut die sofortige Durchführung der Reform im demokratischen Sinne und warnten vor der andernfalls bevorstehenden »Katastrophe«¹⁰⁵.

Nach den Januarstreiks verschärfen sie ihre Tonart und wiederholten ihre Forderungen nahezu unablässig¹⁰⁶. Einen politischen Streik für die Wahlrechtsreform zu führen, schien der Führung der freien Gewerkschaften jedoch »unverantwortlich« und daher »auf das schärfste« zu verurteilen¹⁰⁷. Auch die christlichen Organisationen forderten mit wachsendem Nachdruck die Wahlrechtsreform, was sie in schwere Konflikte mit dem konservativen Zentrumsflügel und dem Episkopat brachte. Indessen ließen sie sich auch jetzt nicht davon abbringen, die Reichsleitung für »zweifellosgutwillig« zu halten und die Arbeiterschaft aufzufordern, sie mit allen Kräften zu stärken¹⁰⁸. Der Volksbund begnügte sich nach der Ablehnung der Wahlrechtsvorlage im preußischen Landtag im Mai 1918 mit einem »entschiedenen Protest« und dem neuerlichen Appell an die Regierung, »sich durch keinerlei Kompromisse von der Linie des gleichen Wahlrechts abbringen« zu lassen¹⁰⁹. Als die Berliner Ortsverwaltung des DMV im Juli 1918 bei den Vorständen von SPD und USPD und bei der Generalkommission eine Demonstration der deutschen Arbeiterschaft gegen die Ablehnung des gleichen Wahlrechts in Preußen anregte, reagierte die Generalkommission mit einem strikten Nein¹¹⁰. Noch im September 1918, als die Empörung der Massen über die Verschleppung der Wahlrechtsreform »zur Siedehitze gediehen« war, beschränkten sich die Gewerkschaftsführer darauf, der Regierung ein weiteres Mal dringend zu raten, sie müsse »endlich ein Machtwort sprechen, den Landtag auflösen und das Kaiserwort wahr machen«¹¹¹.

Ein Motiv für diese Zurückhaltung der Gewerkschaften hatte sich bereits in ihrer Stellung zur anschwellenden Streikbewegung in den letzten beiden Kriegsjahren gezeigt. Es war die Befürchtung, ein politischer Massenstreik könne chaotische Verhältnisse schaffen, die Verteidigung nach außen unmöglich machen und mit der militärischen Niederlage die Folgen auslösen, die die Gewerkschaften mit Rücksicht auf die ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft unbedingt vermeiden wollten. Aus demselben Grund warfen sie auch den Gedanken, zur Herbeiführung demokratischer Zu-

stände auf die Hilfe der alliierten Armeen zu setzen, die den Krieg als Kreuzzug für Demokratie und gegen Militarismus und Autokratie zu führen vorgaben. An die Adresse der Arbeiter der Ententemächte gerichtet, verkündete das Correspondenzblatt im Juli 1918: »Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands ist die Stellung der Arbeiterschaft eng verknüpft. Ihr könnt uns nicht mit Furen asiatischen, afrikanischen Horden eine freie politische Entfaltung bringen. Die Aufgaben werden wir selbst übernehmen, jetzt und für die kommende Zeit«¹¹².

Dieselbe Überlegung veranlaßte die Gewerkschaften, die Wahlrechtsreform gegenüber der Regierung als Mittel darzustellen, »um Staat und Gesellschaft vor gewaltsamen Ausbrüchen zu bewahren«¹¹³, also als Element einer Präventivstrategie zur Abwendung einer heraufziehenden Revolution. Namentlich die christlichen Gewerkschaftsführer erhofften sich vom gleichen Wahlrecht »außerordentlich staaterhaltende Wirkungen«¹¹⁴. Doch sprach Stegerwald auch für die freien Gewerkschaften, als er diese Wirkungen gleichsam verbürgte, indem er dem preußischen Herrenhaus verriet: »In den Gewerkschaften aller Richtungen herrscht mehr konservativer Geist, als Außenstehende glauben möchten.«¹¹⁵ Daß die Reformforderungen mit den außenpolitisch-ökonomischen Zielen der Gewerkschaften unmittelbar zusammenhingen, machte der Volksbund mit der Formulierung deutlich, »daß jede Außenpolitik, die sich nicht auf die breitesten Schichten des eigenen Volkes stützt, von vornherein mit Unfruchtbarkeit geschlagen«, daß dagegen eine »freiheitliche Entwicklung des Volkes im Innern« die »höchste und oberste Kraftquelle nach außen« sei¹¹⁶. Die Wahlrechtsreform erschien hier als Voraussetzung für das Erreichen der äußeren Kriegsziele, Demokratisierung im Innern als Bedingung politischer Selbstbehauptung und außenwirtschaftlicher Expansion.

Ein weiteres Motiv für die Zurückhaltung der Gewerkschaften bildete ihre unveränderte Überzeugung von der eigenen Ohnmacht und der Übermacht des Staates. Schlicke verteidigte die Politik der Gewerkschaftsführung auf dem DMV-Kongreß 1917 mit dem Argument, »daß wir erst ein kleines Häuflein in der Arbeiterschaft darstellen, ... daß wir erst einen winzigen Bruchteil des ganzen Volkskörpers bilden und daß die Minderheiten selbstverständlich nicht darauf rechnen können, daß ihre Wünsche voll erfüllt werden«¹¹⁷. Der Rückgang der Mitgliederzahlen und des Organisationsgrades der Arbeiterschaft während des Krieges bestärkte die Gewerkschaftsführer in dieser Meinung ebenso wie die Verschiebungen in der Zusammensetzung der Industriearbeiterschaft. Waren doch allein in die Metallindustrie innerhalb von drei Jahren Hunderttausende von Arbeitern hineingeströmt, die nach den Worten Reichels »vielfach die gewerkschaftliche Organisation kaum dem Namen nach und noch viel weniger hinsicht-

lich ihrer wirtschaftlichen Bedeutung kannten«¹¹⁸. Mit derselben Begründung vertrat Brey noch nach dem Kriege den Standpunkt, 1917 seien »das Machtverhältnis das gleiche wie bei Beginn des Krieges« und daher die »realen Vorbedingungen zur Erhebung nicht gegeben« gewesen¹¹⁹. Schlikke machte deshalb denen, die die Aprilstreiks befürwortet und geführt hatten, den Vorwurf, den Arbeitern unter Hinweis auf die russische Revolution wider besseres Wissen vorgegaukelt zu haben, »die und die Macht könnt ihr entfalten, es ist eine Kleinigkeit, ihr braucht bloß aufzustehen und die ganze bürgerliche Gesellschaft liegt am Boden«¹²⁰.

Die Generalkommission rechnete selbst nach den Aprilstreiks 1917 noch damit, daß der Staat auf einen politischen Streik mit den seit dem Sozialistengesetz sattsam bekannten Mitteln der Verfolgung, Unterdrückung und Zerschlagung der Arbeiterorganisationen reagieren würde. »Die Lahmlegung jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit und eine schwere Schädigung unserer gewerkschaftlichen Organisation« wären die Folge, und es sei »zu befürchten, daß die Reaktion die Oberhand bekommt und die sichere Aussicht politischer Reformen gefährdet« werde¹²¹. Die Möglichkeit, daß in Deutschland eine Revolution ausbrechen könnte, hielten die Führer der freien Gewerkschaften bis in den Spätherbst 1918 für ausgeschlossen¹²².

Das letzte Zitat enthält bereits das dritte Motiv für das innenpolitische Zögern der Gewerkschaften, die Befürchtung nämlich, durch Streiks und Massenaaktionen die Sympathien derjenigen zu verspielen, ohne deren Unterstützung die Durchsetzung von Reformen unmöglich schien. Das betraf in erster Linie die Reichstagsmehrheit, in zweiter Linie den Volksbund. In der Existenz und der Sicherung dieser Koalitionen sahen Gewerkschaften und SPD eine der wichtigsten Voraussetzungen für innerpolitische Veränderungen gegen den Widerstand des konservativen Lagers. Unterstützt von ihren Bündnispartnern, schien ihnen allenfalls die Zeitspanne fraglich, innerhalb welcher die Reformen durchgesetzt sein würden, nicht aber der Erfolg selbst¹²³. Bei einem Bruch der Reichstagsmehrheit und ihrer außerparlamentarischen Absicherungen aber sahen sie sich in die Isolation zurückgeworfen und die Reaktion triumphieren. Deshalb meinten sie sich auch eine Weile in Geduld wappnen zu können und die Ungeduld der Arbeiterschaft zügeln zu müssen.

»Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht kommt in Preußen. Es wird die Stimmung kommen, in der notwendigerweise jede Regierung nachgeben muß«, erklärte Legien in der Fraktionssitzung vom 19. Juli 1917¹²⁴. »Die Klassenwahlrechte sind abgetan. Wenn heute noch mächtige und anscheinend übermächtige Kräfte sich um ihre Rettung bemühen, so hat das keine andere Bedeutung als die eines mitternächtigen Spuks, der vor dem tagenden Morgen zerrinnen wird«, rief Winnig auf dem

Bauarbeiterverbandstag im März 1918 aus¹²⁵. In seinem leidenschaftlichen Schlußwort zur Rechtfertigung der »Politik des 4. August« erklärte Paepflow bei gleicher Gelegenheit: »Es ist ein ganz veralteter Standpunkt, daß wir alles nur durch eigene Kraft erreichen können. Nein, wenn wir darauf warten wollten, dann erlebten wir gar keinen Fortschritt auf politischem Gebiet, und unsere Kinder und Kindeskinde auch nicht; wir könnten noch so verzweifelt kämpfen, wir würden doch nicht erreichen, daß wir im Parlament den Einfluß erlangen, der uns nach unserer Stärke gebührt. Wer die Hoffnung hat, daß, wenn es nicht auf parlamentarischem Wege geht, dann eine gewaltsame Revolution uns die Erfolge bringt, der befindet sich auf dem Holzwege. Gerade das ist Politik im besten Sinne des Wortes, daß man versucht, sich mit anderen Parteien zu verbinden, um sich unentbehrlich zu machen, um festen Fuß zu fassen. Und das ist eben das Grundlegende der Politik des 4. August.«

Die in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen während des Krieges erzielten sozialpolitischen Fortschritte schienen ihm die Richtigkeit dieser Überzeugung zu bestätigen und zugleich zu beweisen, »daß die sozialdemokratische Partei viele Jahre hindurch überhaupt keine Politik getrieben hat, weil sie niemals darauf gesehen hat, nur das zu erreichen, was möglich ist. . . . Immer waren wir isoliert; wir fanden nicht die Unterstützung anderer Parteien, weil wir auch die anderen Parteien nicht unterstützten, weil wir als vaterlandslose Partei stigmatisiert wurden, weil wir eben der Regierung keinen Mann und keinen Groschen bewilligten.« Die Politik der Unabhängigen mußte nach Paepflows Überzeugung »in den Sumpf zurückführen«, »in dem die sozialdemokratische Partei jahrelang gesteckt hat. Es ist nicht richtig, daß das der gute alte Weg gewesen ist. Es ist zwar ein alter, aber es war immer ein verkehrter Weg«¹²⁶.

In der Frage der Bündnisfähigkeit dachten die christlichen Gewerkschaften nicht anders¹²⁷. Nur die freien Gewerkschaften jedoch drängten auf die Parlamentarisierung der Reichsverfassung. Denn erst sie hätte der Reichstagsmehrheit die Möglichkeit eröffnet, ihre Reformvorstellungen auch gegen den Willen des Kanzlers und der hinter ihm stehenden politischen Interessengruppen durchzusetzen¹²⁸. Die christlichen Gewerkschaften hingegen hegten starke Bedenken gegen eine Parlamentarisierung nach westeuropäischem Muster, gegen »jene übertriebene Demokratie . . . , die gar keine mehr ist«¹²⁹, auch gegen eine solche, »die dem Bestande und den Hoheiten der einzelnen Bundesstaaten abträglich sein würde«¹³⁰. Sie befürchteten vor allem, daß bei einer Kombination von Parlamentarisierung und Wahlrechtsreform die Macht in Preußen »der Sozialdemokratie und dem Berliner Tiergartenfreisinn verantwortet werden« und die Klassenherrschaft der »Großagrariere und Industriemagnaten« alsbald durch eine

»neue einseitige Klassenherrschaft« einer sozialistisch-liberalen Parlamentsmehrheit abgelöst werden könnte¹³¹.

Daß die Führer der freien Gewerkschaften ihre Einschätzung der innenpolitischen Situation subjektiv aufrichtig beschrieben, ist ernstlich nicht zu bestreiten. Zu fragen ist nur, warum sie nicht erkannten, daß die sozialen Veränderungen während des Krieges die Machtgrundlagen des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaats so unterhöhlt hatten, daß schon im Sommer 1916 »die politische Macht gleichsam auf der Straße lag«¹³², daß sich den Arbeiterorganisationen spätestens seit den Streiks der letzten beiden Kriegsjahre ungleich größere Handlungsmöglichkeiten boten als je zuvor und daß sich das Abhängigkeitsverhältnis zwischen ihnen und der Reichsleitung nahezu umgekehrt hatte. Die Rücksicht auf die Erfordernisse der Kriegführung und ihre Einschätzung der ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft allein erklären dies nicht.

Vielmehr zeigte sich jetzt, wie weit die politisch-gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung groß geworden war, und dazu die Enge des politischen Handlungsspielraums vor 1914 die Arbeiterführer geprägt und ihren Gesichtskreis auf sozialpolitische Interessen und parlamentarische Chancen begrenzt hatten. Die Möglichkeiten, die sich auf diesen Gebieten während des Krieges auftaten, nutzten sie sogleich aus, die darüber hinausgehenden sahen sie nicht. Starr wie das politisch-gesellschaftliche System, in dem die Gewerkschaftsführer ihre politischen Erfahrungen gesammelt hatten, hielt sich auch ihre Vorstellung von der Übermacht dieses Systems. Da es vor dem Krieg wenig Anlaß gegeben hatte, am Realitätsgehalt dieser Ansicht zu zweifeln, überstieg der Gedanke, daß sich die politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse ausgerechnet während des Krieges, der höchsten Entfaltung staatlichen und militärischen Potentials, verschieben, die Fundamente der Klassenherrschaft brüchig werden könnten und vor 1914 undenkbbare Kampfmittel anwendbar würden, ihr Vorstellungsvermögen bei weitem.

Paepow machte dies deutlich, als er am Ende seiner leidenschaftlichen Verteidigung der gewerkschaftlichen Kriegspolitik vor dem Bauarbeiterkongreß 1918 ausrief: »Mich ändern Sie nicht, in diesem Punkte nicht. Ich bin durch meine jahrelange Tätigkeit in der Partei zu der Überzeugung gekommen, daß wir nur diesen Weg gehen können, und ich werde nicht mehr davon abgehen«¹³³. Bereits während der letzten beiden Kriegsjahre zeigte sich also, was während der Novemberrevolution vollends offenbar wurde: die im Grunde lernunfähigen Machteliten des Kaiserreichs hatten mit konsequenter politischer Entrechtung, sozialpolitischer Bevormundung, sozialer Ächtung und juristischer Diskriminierung der Arbeiteror-

ganisationen auch deren Führung in hohem Maß der politischen Lernfähigkeit beraubt.

Für beide Seiten erwies sich dies am Ende als verhängnisvoll. Hätten die Arbeiterorganisationen im Frühjahr 1917 oder Anfang 1918 politische Streiks zur Durchsetzung der preußischen Wahlrechtsreform und der Parlamentarisierung geführt, so wäre der Reichsleitung wahrscheinlich keine andere Wahl geblieben, als diesem Druck nachzugeben, allerdings in Formen, die den alten Eliten erlaubt hätten, das Gesicht zu wahren und einen Teil ihrer Macht zu retten. Zwar wäre möglicherweise die militärische Widerstandskraft erschüttert worden, doch nach einer demokratischen Erneuerung hätte sie sich vermutlich regeneriert, ähnlich wie in Rußland nach der Februarrevolution. In jedem Fall wäre die militärische Führung Deutschlands anschließend in der Lage gewesen, sich auf eindeutig defensive Ziele zu beschränken, weil die politischen und sozialen Motive für einen expansionistischen Siegfrieden nicht mehr bestanden. Im übrigen waren die Chancen für einen Verständigungsfrieden so lange relativ günstig, wie militärisch in etwa ein Gleichgewichtszustand herrschte und auch die Ententestaaten mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hatten; sie verschlechterten sich erst in dem Augenblick zuungunsten der Mittelmächte, als deren militärische Unterlegenheit evident wurde.

Indem Gewerkschaften und SPD 1917/18 auf die Anwendung außerparlamentarischer Kampfmittel verzichteten, begünstigten sie eine widersprüchliche Entwicklung. Auf der einen Seite setzten sie mit ihrer Zurückhaltung die Regierung überhaupt erst in die Lage, die inneren Reformen so lange zu verschleppen, sie förderten also ihre eigene politische Erfolglosigkeit¹³⁴. Auf der anderen Seite trugen sie hierdurch dazu bei, die Legitimationsgrundlagen der herrschenden Eliten weiter zu unterhöhlen. Je elender die Lebensbedingungen der Massen wurden, ohne daß die Aussicht auf ein siegreiches Kriegsende oder auf innere Reformen sich verbesserte, desto schneller verfiel die Autorität der Machthaber und desto mehr schwand in den Massen der Glaube an die Möglichkeit einer gewaltlosen Änderung der Verhältnisse im Innern; zugleich wurde das Vertrauen in die Fähigkeit der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterinteressen weiter untergraben. Mit ihrer Politik trieb die Gewerkschaftsführung also die revolutionäre Gärung, die sie aufzuhalten bestrebt war, erst recht voran, stärkte die Opposition in der Arbeiterbewegung, schmälerte ihren eigenen Einfluß und trug so dazu bei, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß gewaltlose Reformen am Ende keinerlei sozial und politisch stabilisierende Wirkung mehr ausüben vermochten. Als sie schließlich kamen, war es zu spät, die Revolution nicht mehr aufzuhalten¹³⁵.

Die Gewerkschaftsopposition

Wie die Politik der Gewerkschaftsführung in Verbindung mit den allgemeinen Veränderungen der materiellen und politischen Situation die innergewerkschaftliche Opposition weiter nährte, ist am deutlichsten den Anträgen und Debatten des Verbandstages des DMV vom Juni 1917 zu entnehmen. In dieser größten deutschen Einzelgewerkschaft verfügte die Opposition auch in der zweiten Kriegshälfte über ihre mit Abstand stärksten und wichtigsten Stützpunkte, mit dem Führer der Berliner revolutionären Obleute, Richard Müller, und dem Frankfurter USPD-Sekretär Robert Dißmann außerdem über einige ihrer brilliantesten Köpfe. Was die Opposition in anderen Verbänden vorbrachte, deckte sich im wesentlichen mit dem, was hier zur Sprache kam.

Den Ausgangspunkt bildete nach wie vor die Erfolglosigkeit der Gewerkschaften auf ihrem eigentlichen Tätigkeitsgebiet. Begründung und Zielrichtung der oppositionellen Kritik aber trugen deutlich stärker politische Züge als in der ersten Kriegshälfte. Nach drei Jahren gewerkschaftlicher Kriegspolitik, erklärte die Opposition in ihrer Resolution, befände sich das Proletariat »in tiefster wirtschaftlicher Not, mit völlig unzureichenden Löhnen, mit überlanger Arbeitszeit, ohne jeden Schutz für Schwache, Frauen und Kinder«¹³⁶. In der Aufhebung der Schutzgesetze für Frauen und Jugendliche erblickte sie sozialpolitische Rückschritte¹³⁷, im freiwilligen Streikverzicht und der Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz eine Preisgabe des Streikrechts und der Freizügigkeit¹³⁸, in Ermächtigungsgesetz und Belagerungszustand eine Beschneidung oder Aufhebung der politischen Rechte der Arbeiter¹³⁹, in der Beschleunigung der wirtschaftlichen Konzentration eine Stärkung des kapitalistischen Wirtschaftsystems¹⁴⁰. Darüber hinaus verwies sie auf die Unnachgiebigkeit der Regierung in den zentralen innenpolitischen Fragen¹⁴¹. Für all dies war nach Überzeugung der Opposition die Kriegspolitik der Gewerkschaftsführung ursächlich mitverantwortlich.

Den ersten Kardinalfehler sahen die Kritiker in der Burgfriedenspolitik, insbesondere im freiwilligen Streikverzicht bei Kriegsausbruch. Hiermit sei »der Damm zerstört« worden, »der allein der Arbeiterklasse hätte wirksamen Schutz bieten können gegen die Verschlechterung ihrer Lebenshaltung durch Lebensmittelwucher und Preistreiberei«¹⁴². Behörden und Unternehmer hätten von vornherein sicher sein können, daß die Gewerkschaften ihre Forderungen nicht mit Hilfe von Streiks durchzusetzen versuchen würden. Dadurch seien das Zurückbleiben der Löhne hinter den Preisen, die Verlängerung der Arbeitszeit sowie eine Ernährungs- und Wirtschaftspolitik möglich geworden, die Agrariern und Industriel-

len unbegrenzte Gewinne bescherte, die Arbeiter jedoch darben ließ und der Freizügigkeit beraubte¹⁴³. »Hätten die Gewerkschaften sich entschlossen gezeigt, auch auf dem Wege des Streiks die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern, dann wäre die Regierung ganz anders an die Unternehmer herangegangen und hätte sie gezwungen, höhere Löhne zu gewähren, und dann hätte man auch in bezug auf die Lebensmittelversorgung ganz anders durchgegriffen.« Daß die Gewerkschaftsführung nicht ein einziges Mal »entschlossen die Zähne gezeigt« habe, vielmehr den Arbeitern bei den Aprilstreiks 1917 sogar in den Arm gefallen sei, darin liege der »tiefste Grund der Unzufriedenheit« mit den Organisationen¹⁴⁴.

Darüber hinaus hielt die Opposition das Urteil der Gewerkschaftsführung über die ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse in entscheidenden Punkten für falsch. Rechtfertigte die Führung ihre Zurückhaltung mit dem geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, der während des Krieges noch hinter den Vorkriegsstand zurückgefallen war, mit der Apathie der Arbeiterschaft und den Machtmitteln des Staates, so verwies die Opposition auf den extremen Arbeitskräftemangel, der durch die Kriegskonjunktur und die Einberufungen zum Heer verursacht wurde und den Arbeitern eine ungewöhnlich günstige Position im Lohnkampf verschaffte, von welcher aus eine Abwehr der ökonomischen Verschlechterungen »verhältnismäßig leicht« hätte erfolgen können¹⁴⁵. Die Drohungen mit Repressionsmaßnahmen gegen streikende Arbeiter und ihre Organisationen hielt sie vollends für einen »Wauwau«. Denn »die Regierung und die bürgerlichen Parteien . . . wissen genau, die Arbeiter sind unentbehrlich zur Fortsetzung des Krieges, also der Bogen kann von ihnen nicht überspannt werden, sonst schlägt er in das Gegenteil um«¹⁴⁶. Insbesondere hinsichtlich der Militarisierung der Betriebe hielt Liebmann den Anhängern der Vorstandspolitik vor: »Glaubt ihr wirklich, daß ein Volk von 67 Millionen militarisiert werden kann, ein Volk, das man braucht und wo man genau weiß, daß ein Mann, der für 30 Pfennig arbeitet, nicht ebenso viel produziert wie ein freier Arbeiter? . . . Hätte man es getan, so wäre die Sache längst zuungunsten der Herrschaften ausgegangen, die sich auf einen solchen Versuch eingelassen hätten.«¹⁴⁷

Für ebenso verfehlt wie die Beurteilung der Machtverhältnisse hielt die Opposition die daraus gezogenen politischen Konsequenzen, insbesondere die »praktische Arbeit« und die Bündnispolitik gegenüber bürgerlichen Gruppen¹⁴⁸. Zwar lehnte die Opposition nicht jedes Zusammengehen mit Bürgerlichen ab. Aber »Leitstern« aller gewerkschaftlichen Politik mußte nach ihrer Überzeugung »der eine Gedanke des proletarischen Klassenkampfes« bleiben: »Wir sind die Todfeinde der bürgerlichen Klasse, unser

Feind ist der Kapitalismus.«¹⁴⁹ Diese Grundsätze vermisse sie in der Bündnispolitik, wie sie die Gewerkschaftsführung mit der SPD praktizierte. Statt Prinzipienfestigkeit sah sie die Gewerkschaftsführung sich »dienstbe-flissen« der »bürgerlichen Klasse« anbiedern, sah »Verbrüderung« und »überall die Verbeugung vor der Regierung«¹⁵⁰. Eine solche Ablösung der alten Konfliktstrategie durch eine Annäherung konnte nach ihrem Urteil keine Erfolge bringen, sei es doch ein »politisches Gesetz, daß überall, wo Rechte und Linke sich liieren, die Linke verliert und die Rechte gewinnt«¹⁵¹, daß hingegen »auf dem Boden des rücksichtslosen Klassenkampfes« die Arbeiterbewegung »am besten« fahre¹⁵².

Die Politik der Generalkommission schien der Opposition aber auch von dem bisher verfolgten Ziel der »Sozialisierung der Gesellschaft«¹⁵³ und dem Umsturz des bürgerlichen Staates abzulenken. In ihren Augen war es durch das der Integration in die bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ersetzt worden, und dies hielt sie für unvereinbar mit den Interessen der Arbeiterschaft¹⁵⁴. Deshalb forderten ihre Sprecher die Rückbesinnung auf die Macht der Arbeiterschaft, die Wiedergewinnung ihres alten Selbstbewußtseins und die Rückkehr zu den früheren Kampfmitteln. Konkret hieß dies: Wiederanwendung des Streiks im ökonomischen und politischen Kampf, Verzicht auf Ergebnisadressen an die Regierung und auf deren weitere parlamentarische und außerparlamentarische Unterstützung¹⁵⁵, Lösung der Bindungen an bürgerliche Parteien und Organisationen, insbesondere Austritt aus dem Volksbund für Freiheit und Vaterland, und Beendigung der Zusammenarbeit mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften¹⁵⁶.

Um einen solchen Kurswechsel durchzusetzen, verlangte die Opposition organisatorische Veränderungen hin zu einer engeren Bindung der Funktionäre an den Willen der Mitgliedschaft¹⁵⁷. Denn die Kriegspolitik der Gewerkschaftsführung wurde in der Regel nach wie vor von den hauptamtlichen Funktionären getragen, die Oppositionsbewegung hingegen von einfachen Mitgliedern¹⁵⁸. Dieser tendenzielle politische Gegensatz zwischen Funktionären und Mitgliedschaft hatte im DMV, aber auch in anderen Gewerkschaften ein nicht selten tiefes Mißtrauen gegenüber den Verbandsangestellten entstehen lassen¹⁵⁹.

Politisch bekannte sich die Gewerkschaftsopposition nach der Spaltung der SPD und der organisatorischen Neukonstituierung der Minderheit zur USPD¹⁶⁰. Da sich die Gewerkschaften nicht gleichzeitig an zwei sich befehdende Parteien binden konnten, verlangten die Oppositionellen von der Gewerkschaftsführung Neutralität im sozialdemokratischen Parteistreit. Das sollte keineswegs politische Enthaltksamkeit bedeuten, sondern lediglich den Verzicht auf die ausschließliche Bindung an eine Seite und Zusam-

menarbeit je nach Lage der Dinge auch mit der USPD, außerdem innergewerkschaftliche Diskussion über Formen und Grenzen des Zusammengehens mit den sozialistischen Parteien von Fall zu Fall. Konkret forderten sie damit die Kündigung des Mannheimer Abkommens¹⁶¹. Die Alternative dazu wäre die Spaltung der Gewerkschaften gewesen. Eine derartige Lösung des innergewerkschaftlichen Konflikts aber wollte die Opposition keineswegs. Sie war sich völlig darüber klar, daß die Gewerkschaften zum Kampf gegen ihre »natürlichen Feinde« die Einigkeit »so notwendig wie das liebe Brot« brauchten, und zwar »sowohl während des Krieges wie erst recht nach dem Kriege«. Wiederholt warnte sie deshalb vor einer Spaltung der Gewerkschaften¹⁶².

Die gleiche Linie verfolgte die politische Opposition selbst. Auf ihrer Konferenz vom 7. Januar 1917 in Berlin forderten die Spartakusgruppe und die Gruppe Internationale Sozialisten Deutschlands übereinstimmend den »systematischen Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaften«¹⁶³. Auch auf dem Gründungsparteitag der USPD Ostern 1917 wurde trotz scharfer Angriffe auf die Politik der Generalkommission nicht zum Austritt aus den Gewerkschaften aufgerufen, sondern nur dazu, »im Notfalle ohne die Gewerkschaftsführer und über die Gewerkschaftsführung hinweg« vorzugehen¹⁶⁴. Tatsächlich widersetzte sich die USPD-Führung bis Kriegsende allen Absichten zur Spaltung der Gewerkschaften; in den wenigen Fällen, wo es dennoch zu Absplitterungen kam – etwa in Düsseldorf, Stuttgart und Bremen –, geschah dies gegen ihren Willen¹⁶⁵.

Wegen der tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen ihren Flügeln und der Schwierigkeiten, die vielerorts den organisatorischen Aufbau der Partei begleiteten, kam es innerhalb der USPD nicht einmal zur Einrichtung einer Zentrale zur Förderung und Zusammenfassung der Opposition in den Gewerkschaften¹⁶⁶. Infolgedessen blieb die Gewerkschaftsopposition bis Kriegsende politisch weitgehend unkoordiniert. Allem Anschein nach hat es bis dahin auch lediglich innerhalb einzelner Verbände Fraktionsbildungen der Oppositionsanhänger auf örtlicher, vereinzelt auch auf zentraler Ebene gegeben.

Wenn ihre Führer trotzdem gelegentlich den Gedanken der Spaltung ventilierten, so nur als *Ultima ratio* für den Fall, daß ihnen ein Eintreten für ihre Ziele in den Verbänden unmöglich gemacht würde¹⁶⁷. Die Gewerkschaftsführungen allerdings taten viel, um es dahin zu bringen. Auf eine sachliche Diskussion der Argumente der Opposition ließen sie sich kaum ein. Einer Auseinandersetzung mit den ökonomischen Vorwürfen gingen sie vermutlich deshalb aus dem Wege, weil die Verschlechterung der materiellen Lage der Arbeiterschaft nicht zu bestreiten war. Vereinzelt Versu-

che, ihre Kriegspolitik als wirtschafts- und sozialpolitisch erfolgreich auszugeben, gerieten denn auch wenig überzeugend¹⁶⁸.

Der Kritik an ihrer Einschätzung der politischen Kräfteverhältnisse entledigten sie sich, indem sie der Opposition, die für sich die Bewahrung der Prinzipien jahrzehntelanger gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Politik in Anspruch nahm, vorwarfen, sie propagiere einen »Sprung ins Dunkle, ins Ungewisse«. Ihre Taktik sei zugeschnitten »auf die Verhältnisse des Krieges«, so daß zweifelhaft sei, »ob sie für die kommende Zeit überhaupt anwendbar« sein und nicht etwa »die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe ... erschweren, sondern ... auch die Errungenschaften in Frage« stellen würde, »die wir in jahrzehntelangen und opferreichen Kämpfen erreicht haben«¹⁶⁹. Der Forderung nach Neutralität im Parteistreit setzte die Gewerkschaftsführung eine Bekräftigung der Bindung an die Mehrheitssozialdemokratie entgegen. Mit dem schon anlässlich der Fraktionsspaltung benutzten Argument, das Mannheimer Abkommen kenne nur eine sozialistische Partei, nämlich die nunmehrige Mehrheitssozialdemokratie, lehnte die Vorstandskonferenz im Juli 1917 einen Antrag des Handlungsgehilfenverbands ab, die Generalkommission solle in allen Fragen, in denen sie gemeinsam mit der politischen Arbeiterbewegung vorgehe, beide sozialistischen Parteien hinzuziehen¹⁷⁰.

Im übrigen bemühte sich die Gewerkschaftsführung, die Opposition in den Verbänden zu isolieren und zum Schweigen zu bringen und sie womöglich ganz aus den Organisationen hinauszudrängen. Nicht Anhänger der Opposition, sondern Mitglieder der Generalkommission warfen das Stichwort »Spaltung der Gewerkschaften« in die Debatte. Schlicke sprach auf dem DMV-Verbandstag 1917 davon, es müsse »Fraktur gesprochen« werden¹⁷¹. Legien löste an gleicher Stelle große Unruhe aus, als er ausrief: »Wir wollen es in unseren Gewerkschaften unter keinen Umständen dahin kommen lassen, die Zügel schießen zu lassen und daß jeder treiben kann, was ihm beliebt. Lieber Trennung als dies Zusammenleben«¹⁷². Zugleich versuchte die Gewerkschaftsführung, eine eventuelle Spaltung als Verschulden oder gar Absicht der Opposition erscheinen zu lassen. Zu diesem Zweck leitete die Generalkommission aus ihrer Interpretation des Mannheimer Abkommens den Vorwurf ab, mit der Anlehnung an die Unabhängigen hätten ihre Kritiker den Parteistreit in die Gewerkschaften hineingetragen, und unterstellte zugleich, die Opposition ziele damit auf die Spaltung der Gewerkschaften. Ungeachtet gegenteiliger Beteuerungen wurden ihre Anhänger im Correspondenzblatt fortan vorzugsweise als »Spalter« und »Organisationszersplitterer« bezeichnet¹⁷³, die »die Sprengung der Einheit der Gewerkschaften ohne Rücksichtnahme auf die daraus für die Arbeiterschaft erwachsenden Schädigungen« betrieben¹⁷⁴.

Weiterhin setzte die Gewerkschaftsführung gegen die Opposition auf den spezifisch sozialdemokratischen Begriff der Disziplin. Die Erfahrungen der Vorkriegskämpfe mit Unternehmern und Staat hatten die sozialdemokratische Arbeiterschaft gelehrt, welche Bedeutung der Disziplin und der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit für Erfolg oder Mißerfolg einer Aktion zukam. Diese Verhaltensweisen standen deshalb in der Wertskala der Tugenden, die jedem Sozialdemokraten in Fleisch und Blut übergegangen waren, an oberster Stelle. Diesen moralisch-emotionalen Rang des Disziplinbegriffs suchte sich die Gewerkschaftsführung gegen die Opposition zunutze zu machen.

Legien übertrug den Vorwurf des Disziplinbruchs, mit dem er schon den Kampf gegen Liebknecht und andere Oppositionelle innerhalb der Reichstagsfraktion bestritten hatte, auf die Gewerkschaftsopposition, wenn er der USPD vorwarf, sie habe einen der »ersten Grundsätze, die wir in unserer Arbeiterbewegung hochgehalten haben bis zu diesem Augenblick, den Grundsatz der Organisationsdisziplin«, nicht gewahrt und sei deshalb »auch für unsere Gewerkschaftsorganisationen gefährlich«. Hierbei löste er den Disziplinbegriff aus seinem Funktionszusammenhang und behandelte ihn wie einen Wert an sich. Auf diese rein formale Auslegung, durch die der Begriff für die Disziplinierung unbequemer Minderheiten innerhalb der Organisationen instrumentalisiert wurde, entgegnete Dißmann: »Das Wort Disziplin hat den Schutzmantel für so unendlich vieles während des Krieges abgeben müssen und wird ihn noch abgeben. Die Disziplin, auch die formale Disziplin, haben wir lange genug gehalten, aber über der Disziplin steht letzten Endes der Lebensfaden der modernen Arbeiterbewegung, steht die Hochachtung dessen, was wir in jahrzehntelangen Opfern, Mühen und Arbeiten erkämpft haben, stehen unsere Grundsätze, steht der proletarische Klassenkampf überhaupt.«¹⁷⁵

Aber Legien ließ sich nicht beirren. Zwar räumte er ein, es sei ungewiß, »ob die eine oder die andere Seite in der sozialdemokratischen Partei die Mehrheit hinter sich« habe, meinte aber weiter: »Ehe die Mehrheit nicht gesprochen hat, ehe die zuständigen Instanzen nicht entschieden haben, gilt derjenige, der sich abseits gestellt hat, als Zerstörer der Einheit, als ein Zerstörer der Organisation.«¹⁷⁶ Auch den Gewerkschaftsmitgliedern wurde hiermit die Möglichkeit bestritten, innerhalb der Organisationen abweichende Meinungen über Aufgaben und politische Orientierung zu vertreten. Wenn die Gewerkschaftsführer zur Wahrung der Einheit aufriefen¹⁷⁷, dachten sie an eine bedingungslose Unterwerfung der Opposition, nicht an eine Änderung ihrer eigenen Politik in einer Richtung, in der sich möglicherweise ein Konsens hätte erzielen lassen. Dieselbe Linie vertraten sie innerhalb der SPD. Auch dort bekannten sie sich zur Wiederherstellung

der Parteieinheit, doch sie forderten als Voraussetzung von der Opposition die ausdrückliche »Anerkennung der legalen Parteitagsbeschlüsse, die die Haltung der Reichstagsfraktion und die gegenwärtige Taktik der Partei sanktioniert haben«¹⁷⁸.

Die Gewerkschaftsführer argumentierten hauptsächlich deshalb mit den Prinzipien der demokratischen Mehrheitsentscheidung, der Organisationsdisziplin und der organisatorischen Einheit, weil sie ihnen eine formale Handhabe zur Verteidigung der Inhalte ihrer Politik boten. Im übrigen ging es ihnen wie schon in der ersten Kriegshälfte darum, die Opposition durch Verfälschung ihrer Motive moralisch zu diskreditieren und die Gewerkschaftsmitglieder davon abzuhalten, sich ihr anzuschließen.

Der Diskreditierung der Opposition diene ferner die Verunglimpfung ihrer Führer und die Verächtlichmachung ihrer Publikationen. Die Stuttgarter Unabhängigen, die die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation forderten, wurden im Correspondenzblatt als Leute abqualifiziert, »die überhaupt keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören, in der Gewerkschaft nichts geleistet oder aber durch ihre bisherige Arbeit gezeigt haben, daß die Gewerkschaften auf ihre Mitarbeit wohl verzichten können«¹⁷⁹. Dem Redakteur der Kürschnerzeitung warf Adolf Cohen einen »geradezu fanatischen Haß« auf die Generalkommission und die Gewerkschaftsvorstände vor und beschuldigte ihn, ihm seien die »Unehrllichkeit im Kampfe zum obersten Grundsatz« und »die Verdrehung der Tatsachen . . . zum Zweck geworden, der alle Mittel heiligt«¹⁸⁰. Der Redakteur des Bauarbeiterverbandes rechtfertigte den äußerst rüden Ton, den sein Organ gegenüber der Opposition anschlug, mit der Behauptung, die andere Seite habe »sehr häufig leider mit Unwahrheiten, Unterstellungen, Verdächtigungen und Lügen gearbeitet«, er selbst also nur »in der Abwehr« scharfe Worte gebraucht, »um die Interessen der Gewerkschaften zu wahren«¹⁸¹. Die Publikationen Winnigs hingegen, die selbst mehrheitssozialdemokratische Verbandsmitglieder als so »unangenehm« empfanden, daß sie den Verbandsvorstand baten, er möge Winnig »hin und wieder einmal etwas am Ärmel zupfen«¹⁸², wurden von Paepelow ausdrücklich gebilligt¹⁸³. Eine Kritik der Beiträge Winnigs für die Glocke lehnte er mit der Begründung ab: »Die ›Glocke‹ geht uns . . . nichts an. Was ein Kollege außerhalb seiner Verbandstätigkeit tut, das untersteht nicht der Kritik des Verbandstages.«¹⁸⁴

Dem Ruf, die Oppositionellen aus den Gewerkschaften hinauszuerfen, wie er gelegentlich in der Gewerkschaftspresse laut wurde¹⁸⁵, konnte die Gewerkschaftsführung freilich nicht ohne weiteres folgen; hierfür fehlte ihr die Handhabe. Wo es aber möglich war, verdrängte sie die Anhänger der Opposition aus Funktionärsposten, sofern sie sich nicht durch die An-

drohung der Entlassung auf die Linie der Vorstände zurückbringen ließen. Als der Aschaffener Arbeitersekretär Karsten zur USPD übertrat, wurde er unverzüglich vom Gewerkschaftskartell entlassen¹⁸⁶. Standen die oppositionellen Funktionäre noch im wehrpflichtigen Alter, bedurfte es zu ihrer Entfernung nicht einmal direkter Eingriffe der Führung. Es genügte, daß die Vorstände Reklamationsgesuche nicht weiterleiteten oder gegen Einberufungsbefehle keinen Einspruch einlegten. Daß Anhänger der Opposition aufgrund eines solchen Zusammenspiels von Gewerkschaftsführung und Militärbehörden einberufen wurden, steht außer Zweifel¹⁸⁷; wie oft derartige geschah, ist jedoch nicht zu klären. Sicher ist außerdem, daß die Generalkommission Reklamationsersuchen für Funktionäre, die auf dem Boden der Opposition standen, als Zumutung auffaßte¹⁸⁸, hingegen selbst die Zurückstellung solcher Gewerkschaftsführer betrieb, die sie für zuverlässig hielt, um zu verhindern, daß Schlüsselfunktionen des Gewerkschaftsapparates der Opposition in die Hände fielen¹⁸⁹. Wo innerhalb der Mitgliedschaft die Opposition die Oberhand gewonnen hatte, die Parteigänger der Generalkommission aber noch die Funktionärsposten besetzt hielten, verhinderten Gewerkschaftsführung und Militärbehörden überdies gemeinsam, daß die alten Funktionäre gestürzt und durch oppositionelle ersetzt wurden¹⁹⁰.

Trotzdem breitete sich die Opposition in den Gewerkschaften weiter aus. In Berlin zwar verlangsamten die Folgen, die die Beteiligung am Liebknecht-Streik im Juni 1916 in vielen Fällen nach sich gezogen hatten – außer Lohnausfall Verhaftungen und Einberufungen zum Militär –, die weitere Entwicklung der Opposition. Aufzuhalten aber vermochten sie sie nicht. Bereits Anfang 1917 stand in der Reichshauptstadt die Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft politisch im Lager der USPD, größtenteils sogar des Spartakusbundes¹⁹¹. Den Hauptanteil stellten wie in den Vorjahren die Arbeiter der Rüstungsbetriebe, namentlich die Metallarbeiter. Aber die Opposition hatte sich mittlerweile auch auf Verbände ausgebreitet, die der Rüstungsindustrie fernstanden. Im Januar 1917 verurteilten zahlreiche gewerkschaftliche Untergliederungen die Zustimmung der SPD zum Hilfsdienstgesetz und rügten insbesondere, »daß Gewerkschaftsabgeordnete das Gesetz zur Drückebergerei für sich selbst mißbraucht und den Arbeitern den Zwang aufgepackt haben«¹⁹².

Selbst Spitzenfunktionäre konnten derartige Beschlüsse nicht mehr verhindern. Als Brey in der Generalversammlung der Berliner Fabrikarbeiter die Politik von Partei- und Gewerkschaftsführung zu rechtfertigen suchte, erntete er nur stürmischen Widerspruch. Auch die Teilnehmer dieser Versammlung protestierten gegen das Hilfsdienstgesetz und erhoben schwere Vorwürfe gegen Generalkommission und Parteivorstand; darüber hinaus

sprachen sie den aus politischen Gründen verhafteten Arbeitern ihre Sympathie aus und verlangten von der Gewerkschaftsführung, sich im Reichstag mit allen Mitteln für eine Beendigung des Krieges einzusetzen¹⁹³. Noch ärger erging es Gustav Bauer Ende Februar 1917 in der Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter. Sein Vortrag über das Hilfsdienstgesetz wurde von der Tagesordnung abgesetzt und gegen eine Stimme eine Resolution angenommen, in der die Anwesenden »etwaige Rechtfertigungsversuche für das Verhalten des Reichstagsabgeordneten Bauer und seiner Anhänger zu diesem Gesetz« als »zwecklos« zurückwiesen, »weil es für einen Sozialdemokraten eine Rechtfertigung dafür nicht« gebe; die »betreffenden Arbeitervertreter des Reichstages« hätten durch ihre Mitarbeit an diesem Gesetz »das in sie gesetzte Vertrauen der Arbeiterschaft verwirkt«¹⁹⁴.

Im Spätherbst 1917 war die Erregung unter den Berliner Arbeitern so groß geworden, daß die Gewerkschaftsführung die Einberufung von Versammlungen für unumgänglich hielt, um der Unzufriedenheit ein Ventil zu öffnen. Dabei kam es zu ähnlichen Ereignissen wie zu Jahresbeginn. Die sozialdemokratischen Redner – unter ihnen Bauer, Schmidt und Körsten –, von der Gewerkschaftskommission beauftragt, die Debatte auf die Ernährungsprobleme zu beschränken und eine entsprechende Resolution verabschieden zu lassen, »wurden durch unqualifizierte Zwischenrufe ständig unterbrochen, mit persönlichen Injurien belegt, ihnen in allen Versammlungen systematisch das Schlußwort abgeschnitten und das Abstimmen über die Resolution verhindert, in einem Falle kam es sogar zu einer Sprengung der Versammlung«. Fast überall nahmen die Teilnehmer Entschließungen an, in denen der Zusammenhang der Ernährungsmisere mit der Kriegführung betont und ein sofortiger Verständigungsfriede verlangt wurde¹⁹⁵.

Bis Kriegsende verlor die mehrheitssozialdemokratisch orientierte Gewerkschaftsführung unter der Berliner Arbeiterschaft immer weiter an Boden. Die Streiks von Januar 1918 bildeten den eindrucksvollsten Beleg hierfür¹⁹⁶. Im selben Monat protestierten die Berliner Bauarbeiter gegen die Politik des Verbandsvorstands, sprachen der Generalkommission ihre »schärfste Mißbilligung« aus, beschlossen, ihr die Beiträge zu sperren, und verlangten den Bruch mit der »Politik des 4. August«¹⁹⁷. Die Angehörigen der Berliner Ortsgruppe des Fleischerverbands traten aus der SPD aus¹⁹⁸, die Mitglieder des Bäckerverbands gingen zur Opposition über¹⁹⁹, desgleichen die Schneider und Tapezierer²⁰⁰. Unter den Transportarbeitern machte sich »passive Resistenz« gegen die örtliche Verbandsführung breit²⁰¹. Schließlich brach sogar die Gewerkschaftskommission auseinander, als die Spandauer Unterkommission ihren Austritt erklärte und andere Unterkommissionen zu einem gleichen Schritt zu ermuntern suchte²⁰². Um das

Feld nicht völlig den Unabhängigen und Spartakusanhängern zu überlassen, bemühte sich die SPD nach den Januarstreiks um eine Intensivierung ihrer Verbindungen zu den sozialdemokratischen Vertrauensleuten in den Berliner Großbetrieben – eine Maßnahme, die ihr in der Novemberrevolution sehr zustatten kam²⁰³.

Eine weitere Hochburg der Opposition entwickelte sich in Leipzig. Der Verlauf der Aprilstreiks 1917 zeigte mit aller Deutlichkeit, daß auch hier die Mehrheit der Metallarbeiter sie unterstützte. Wie weit sie in andere Arbeitergruppen hineinreichte, erweisen die Absplitterungen vom Leipziger Gewerkschaftskartell, die im Anschluß an den Streik einsetzten. Nach den Metallarbeitern beschlossen die Tabakarbeiter, Asphaltleute und Handlungsgehilfen im Juni, die Kupferschmiede im Juli, die Schneider und Steinsetzer im September, die Fleischer im Oktober und die Sattler und Portefeuller im November ihren Austritt – alle aufgrund der Kriegspolitik von Gewerkschaftsführung und SPD. Mitte November gründeten die Sezessionisten ein unabhängiges Kartell mit eigenem Sekretär und Arbeitersekretariat; den Vorsitz übernahm Hermann Liebmann. Mit über 10000 Mitgliedern umfaßten die angeschlossenen Verbände rund zwei Fünftel der Leipziger Gewerkschaftsangehörigen²⁰⁴.

Ähnliches geschah in Dresden; hier traten die Fabrikarbeiter aus dem Kartell aus²⁰⁵. In Braunschweig verfügte die Opposition spätestens seit 1917 über die Mehrheit im örtlichen Zusammenschluß²⁰⁶, in Hamburg bekannte sich eine Funktionärsversammlung des Gewerkschaftskartells nach einem Referat Legiens im Frühjahr 1917 mit großer Mehrheit zu ihr²⁰⁷. In Essen beherrschten im Frühjahr 1918 Anhänger der Opposition die Gewerkschaften²⁰⁸. Daß sie in nahezu allen übrigen Zentren der Rüstungsindustrie weitere Stützpunkte hatte, zeigen die Anträge der Zahlstellen dieser Orte zu den Verbandstagen, die während des Krieges stattfanden²⁰⁹.

Auch in anderen Branchen und außerhalb der Industriegebiete gewann sie an Boden. Im Herbst 1916 rühmte sich Carl Giebel, Vorsitzender des Büroangestelltenverbandes und sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Cottbus-Spremberg, in dem vornehmlich Textilarbeiter ansässig waren, gegenüber dem zur Opposition tendierenden Vorsitzenden des Textilarbeiterverbandes, Jäckel: »Deine Mitglieder in meinem Kreise denken ganz anders wie du.« Wenig später aber mußte er erleben, daß die Teilnehmer einer Mitgliederversammlung trotz einer 3½stündigen Rede, in der er die Mehrheitspolitik zu rechtfertigen versuchte, einem Redner der Opposition zustimmten; im Januar 1917 gingen die zu seinem Wahlkreis gehörenden Ortsgruppen Spremberg und Slamen vollends zur USPD über²¹⁰. Im übrigen ist anzunehmen, daß überall dort, wo die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteiorganisation sich auf die Seite der Un-

abhängigen schlug, dieser Schritt in den Gewerkschaften Widerhall fand, auch wenn er sich nicht in formellen Beschlüssen niederschlug²¹¹.

Welche Stärke die Opposition in den einzelnen Verbänden erreichte, ist mit annähernder Sicherheit nur für diejenigen festzustellen, die während des Krieges Verbandstage abhielten. Hier läßt sie sich an den Ergebnissen der Abstimmungen über die Grundsatzresolutionen ablesen, die von Befürwortern wie Gegnern der Politik der Gewerkschaftsführung vorgelegt wurden. Allerdings stimmte das Stärkeverhältnis, das hierbei zutage trat, nicht ohne weiteres mit demjenigen in der Mitgliedschaft überein, weil auf den Kongressen die Gewerkschaftsangestellten meist überrepräsentiert waren. Da die mittleren und unteren Funktionäre schon aufgrund ihrer Abhängigkeit vom Hauptvorstand dazu neigten, der Linie der Verbandsführung zu folgen, ist für alle Gewerkschaften, deren Vorstand der Politik der Generalkommission anhing, die Stärke der Opposition in der Mitgliedschaft größer anzunehmen, als sie auf dem Verbandstag in Erscheinung trat²¹².

Von den 118 Delegierten des DMV-Verbandstages 1917 waren nicht weniger als 49 – knapp 42 % – Gewerkschafts- oder Parteiangestellte²¹³. Berücksichtigt man ferner die 29 Funktionäre aus Hauptvorstand, Bezirksleitungen, Schriftleitung und Verbandsausschuß, die zwar kein Stimmrecht besaßen, mit Berichten und Diskussionsbeiträgen aber trotzdem Verlauf und Resultate des Verbandstags zu beeinflussen vermochten, ergibt sich sogar eine zahlenmäßige Unterlegenheit der werktätigen Mitglieder gegenüber den Angestellten²¹⁴. Dennoch wurde die vom Vorstand vorgelegte Resolution, die die Kriegspolitik der Gewerkschaftsführung guthieß, nur mit 64 gegen 44 Stimmen angenommen; unter ihren Befürwortern befanden sich nicht weniger als 40 Funktionäre, unter ihren Gegnern hingegen 39 Vertreter der Basis²¹⁵.

Es wäre gewiß übertrieben, wollte man hieraus schließen, die Mehrheit der DMV-Mitglieder habe schon 1917 im schroffen Gegensatz zu den Funktionären gestanden. Immerhin waren die Ortsfunktionäre sicherlich nicht ohne Berücksichtigung ihrer politischen Einstellung zum Verbandstag delegiert worden. Wenn man jedoch in Rechnung stellt, daß bei den Wahlen in vielen kleineren Zahlstellen, die nur einen Delegierten stellten, die Gegner der Verbandspolitik überstimmt wurden und deshalb auf dem Verbandstag nicht in Erscheinung traten, daß ferner noch immer 44 Delegierte (knapp 38 %) ausdrücklich für die Opposition stimmten und sogar 53 (45 %) es ablehnten, sich gegen sie zu erklären, so drängt sich die Annahme auf, daß in der größten deutschen Einzelgewerkschaft Mitte 1917 über die Hälfte der Mitglieder im Lager der Opposition stand. Es ist daher verständlich, daß ihre Anhänger 1918 einen Anlauf unternahmen, um auf ei-

nem außerordentlichen Verbandstag den Vorstand zu stürzen. Durch eine Intervention der Militärbehörden wurde dieses Vorhaben jedoch vereitelt²¹⁶.

Die Oberhand gewann die Opposition während des Krieges allein in den kleinen Verbänden der Kürschner, Glasarbeiter und Bäcker, ohne daß dies jedoch einen Vorstandswechsel nach sich zog²¹⁷. Auf den Verbandstagen anderer Gewerkschaften, deren Vorstände die Politik der Generalkommission unterstützten, machte sich die Opposition zwar ebenfalls bemerkbar, blieb aber deutlich in der Minderheit. Das umgekehrte Bild zeigten die Verbände der Schuhmacher, Textilarbeiter und Handlungsgehilfen, die von Anhängern der Opposition geführt wurden²¹⁸.

Doch ihr Einfluß in den Gewerkschaften reichte weiter, als die Verbandstage oder die Beschlüsse von Lokalorganisationen erkennen lassen. Bereits im Juli 1917 registrierte der rechtssozialdemokratische Abgeordnete Paul Göhre, »daß die Gewerkschaftsführer nur mit aller Mühe ihre Leute im Zaum halten könnten«²¹⁹. Im September 1917 waren sich die Gewerkschaftsführer in Nürnberg der Gefolgschaft ihrer Mitglieder nicht mehr sicher; im Januar 1918 hatten sie sie gänzlich eingebüßt²²⁰. Aus Sachsen, wo die USPD das Feld in der Arbeiterschaft weitgehend beherrschte²²¹, berichtete das Leipziger Generalkommando im Spätsommer 1918, die unabhängige Parteileitung bemühe sich intensiv, »die bisher unpolitischen Gewerkschaften konsequent zu politisieren und zugleich die arbeitenden Frauen und Jugendlichen zu gewinnen«. Zwar seien ihre Erfolge »einstweilen noch unbedeutend«, doch wüchsen sie »von Tag zu Tag«, und das Ende der Entwicklung könne »nicht zweifelhaft sein«²²². Wenig später meldete der Regierungspräsident in Arnberg, im Ruhrgebiet versuchten die Unabhängigen, die seit Monaten an Boden gewannen²²³, »mit steigendem Eifer in den sozialdemokratischen Gewerkschaften . . . Einfluß zu gewinnen«; sie machten im Bergarbeiterverband unverkennbare Fortschritte²²⁴. Über die soziale Basis der Gewerkschaftsopposition könnten nur Einzeluntersuchungen genaueren Aufschluß geben. Die aktive Rolle, die an vielen Orten Jugendliche und Frauen spielten, deutet allerdings darauf hin, daß sie zu einem erheblichen Teil von den Gruppen getragen wurde, die erst in den Kriegsjahren in die Gewerkschaften eintraten.

Im Gegensatz zur Entwicklung unter den Mitgliedern blieb der Einfluß der Opposition in der Gewerkschaftsführung gering. In der Vorstandskonferenz wurden ihre Vorstellungen lediglich von den Vorsitzenden der Schuhmacher, Textilarbeiter und Handlungsgehilfen vertreten, wegen der Mehrheit der Gewerkschaftsvorstände, die der Generalkommission folgten, jedoch ohne Erfolg. Der Handlungsgehilfenverband scheiterte kläglich, als er anläßlich der Januarstreiks 1918 den Antrag stellte, der General-

kommission den Rücktritt zu empfehlen, weil sie »das Vertrauen der Arbeiterschaft nicht mehr« besitze²²⁵. In der Generalkommission selbst saß bis Kriegsende gar kein Vertreter der Opposition, und auch unter den Reichstagsabgeordneten, die zugleich Gewerkschaftsführer waren, blieb ihre Anhängerschaft gering. Lediglich Simon und Bock gehörten der USPD seit der Gründung an, Jäckel, Brandes und Hüttmann folgten ihnen Anfang 1918²²⁶. Freilich zählten sie, wie Wolfgang Heine notierte, »ihrer ganzen Art nach« eher zur Mehrheit und wechselten zur Minderheit, »um ihre Posten bei der Gewerkschaft und ihren Einfluß auf die Berufskollegen nicht zu verlieren«²²⁷. Unter den Abgeordneten der Mehrheitsfraktion sympathisierten allenfalls Hermann Krätzig und Gustav Hoch mit der Gewerkschaftsopposition.

Aus der unterschiedlichen Verbreitung der Opposition in Basis und Führung läßt sich jedoch nicht ohne weiteres eine wachsende Entfremdung zwischen beiden ableiten. Denn gleichzeitig mit der Ausbreitung der Opposition verzeichneten die Gewerkschaften einen enormen Mitgliederzulauf. Ihre Attraktivität war offenbar ungebrochen; von einem fundamentalen Vertrauensverlust konnte demnach schwerlich die Rede sein. Diese widersprüchliche Entwicklung erklärt sich hauptsächlich aus den regionalen Unterschieden in der Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Die Opposition hatte ihre Schwerpunkte in den Industriezentren Mitteldeutschlands, an Rhein und Ruhr und in den großen Küstenstädten, wo die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterschaft schon vor dem Kriege am weitesten fortgeschritten war, ferner unter den Arbeitern, die, in Arbeitskämpfen erfahren, auch im Krieg die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse recht gut einzuschätzen vermochten²²⁸. Sie besaßen politische Zielvorstellungen, die nicht sehr deutlich sein mochten, ihnen aber die Richtung des Kampfes auch im Krieg wiesen. Außerdem hatte sich hier die organisatorische Infrastruktur einigermaßen intakt erhalten, so daß vergleichsweise günstige Voraussetzungen sowohl für Streiks als auch für die Organisation der Opposition Anhänger bestanden. Schließlich verschaffte die Kriegswirtschaft der Arbeiterschaft dieser Industriegebiete eine starke Position auf dem Arbeitsmarkt, die dazu beitrug, ihr Selbstbewußtsein zu heben und ihre Konfliktbereitschaft zu steigern.

Hingegen waren große Teile der Arbeiterschaft außerhalb der genannten Industriegebiete, wie die Industriearbeiterschaft an der Saar und in Oberschlesien oder viele Beschäftigte handwerklich-mittelständischer Betriebe in den Klein- und Mittelstädten, von den Landarbeitern ganz zu schweigen, bis 1916 überwiegend unorganisiert und politisch ungeschult geblieben. Deutliche politische Zielvorstellungen besaßen sie ebenso-

nig wie Erfahrungen in Arbeitskämpfen. Ihr politischer und gesellschaftlicher Lernprozeß setzte gerade erst ein.

Für sie bot der Beitritt zur Gewerkschaft, der ihnen seit dem Hilfsdienstgesetz offenstand, wenigstens eine Hoffnung, ihre ökonomische Lage zu verbessern, und eine Möglichkeit der Interessenvertretung, über die die organisierten Arbeiter in Berlin, Leipzig oder Hamburg schon größtenteils verfügten. Ihnen mußten daher die Gewerkschaftsfunktionäre als Vorkämpfer und Helfer, nicht als Opportunisten und Verräter der Arbeiterklasse erscheinen, als die die Opposition sie häufig darstellte. Die Gewerkschaftsführer hatten daher möglicherweise nicht unrecht mit der Behauptung, die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder stünde hinter ihnen und nicht hinter der Opposition.

Es ist allerdings auch denkbar, daß manche Arbeiter, die jetzt den Gewerkschaften beitraten, diese zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen für unabdingbar, den politischen Kurs der Gewerkschaftsführung jedoch für verfehlt hielten. Der Mitgliederzulauf zu den Gewerkschaften läßt sich daher nicht ohne weiteres als Zustimmung zur Politik der Generalkommission werten. Schließlich ist auch nicht auszuschließen, daß Arbeiter, die erst jetzt in die Organisationen eintraten und eine rasche Verbesserung ihrer materiellen Lage erwarteten, den politischen Parolen der Opposition folgten, als ihre Erwartungen enttäuscht wurden²²⁹.

Unzweifelhaft aber deutet die Ausdehnung der Oppositionsbewegung darauf hin, daß in den Gewerkschaften ein Zug zur Politisierung einsetzte. Da die Führung ihm nicht folgte und die Mitglieder während des Krieges nur beschränkte Möglichkeiten hatten, sich innerhalb der Verbände zu artikulieren, bahnte sich hier wenigstens die Gefahr einer politischen Entfremdung zwischen ihr und erheblichen Teilen der Mitgliedschaft an, und an vielen Orten bauten sich einstweilen unausgetragene Spannungen auf.

Nicht minder bedeutsam war, daß die Sympathie, die die Gewerkschaften vor dem Krieg auch unter den unorganisierten Arbeitern gefunden hatten und die einen wichtigen Grund für ihre Erfolge gebildet hatte, jetzt zurückging. Die Aprilstreiks 1917 zeigten in Berlin wie in Sachsen, daß »die alten Arbeiterführer, namentlich die Gewerkschaftsbeamten, fast allen Einfluß auf die Massen verloren hatten«²³⁰. Auch im Ruhrgebiet konnten sie für das Verhalten der Arbeiter nicht mehr garantieren²³¹. In Nürnberg mußte der Oberbürgermeister feststellen, daß die Gewerkschaften »keinen Einfluß auf die Arbeiterbevölkerung« mehr auszuüben vermochten²³². Im Sommer 1917 taten sich im Ruhrgebiet die Unorganisierten auf Versammlungen der Bergarbeiterverbände »durch Beschimpfen der Organisationsleitungen und der Arbeiterausschüsse, durch maßlose Forderungen und übertriebene Kritik« so hervor, »daß Unruhen und gräßliche Aus-

einandersetzungen die Folge waren«²³³). In den Januarstreiks 1918 vermochten die Gewerkschaften das Verhalten der Arbeiter in den Industriezentren kaum noch oder – wie in Berlin und Leipzig – gar nicht mehr zu steuern.

Im September 1918 mußten die Arbeiterführer sogar in Bayern, wo sie bis in den Sommer hinein die Massen ziemlich fest in der Hand gehabt hatten, der Regierung eröffnen, sie hätten sich zwar bisher »alle Mühe gegeben, die Arbeiterschaft ruhig zu erhalten und hätten willig im Sinne der Regierung mitgearbeitet«. Nunmehr aber »würden ihnen Vorwürfe gemacht, daß sie mit einer Regierung gingen, die ihre Versprechungen auf Besserung der Lage nicht einzulösen vermöchte, statt dessen nur immer neue Opfer und neue Entbehungen verlange und dadurch das Vertrauen des Volkes verloren habe. Sie würden für diese Enttäuschungen mitverantwortlich gemacht . . . und . . . stünden vor der Gefahr, ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft zu verlieren«²³⁴.